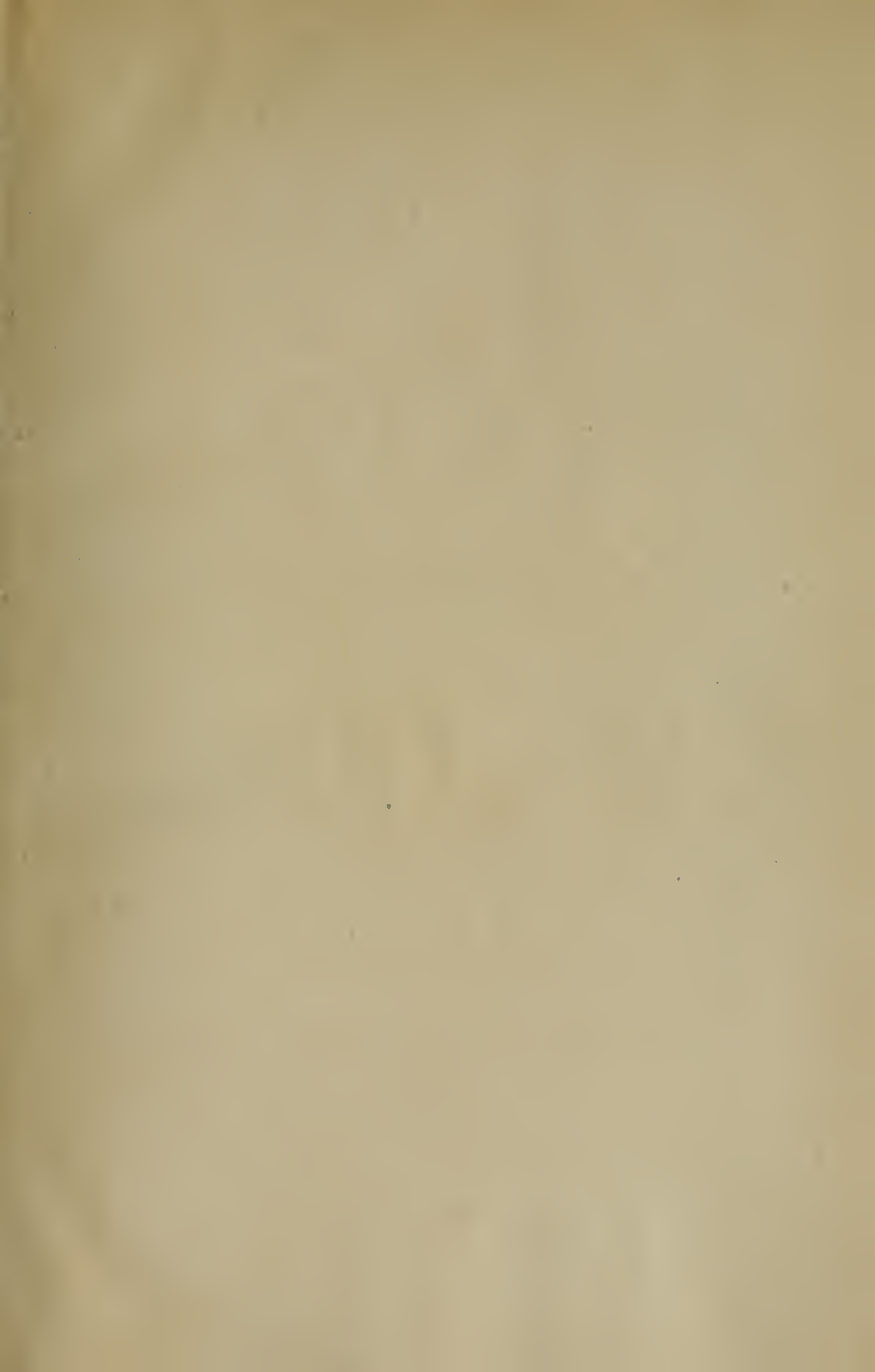

Heinrich Friedjung
Das
Zeitalter des
Imperialismus
1884-1914





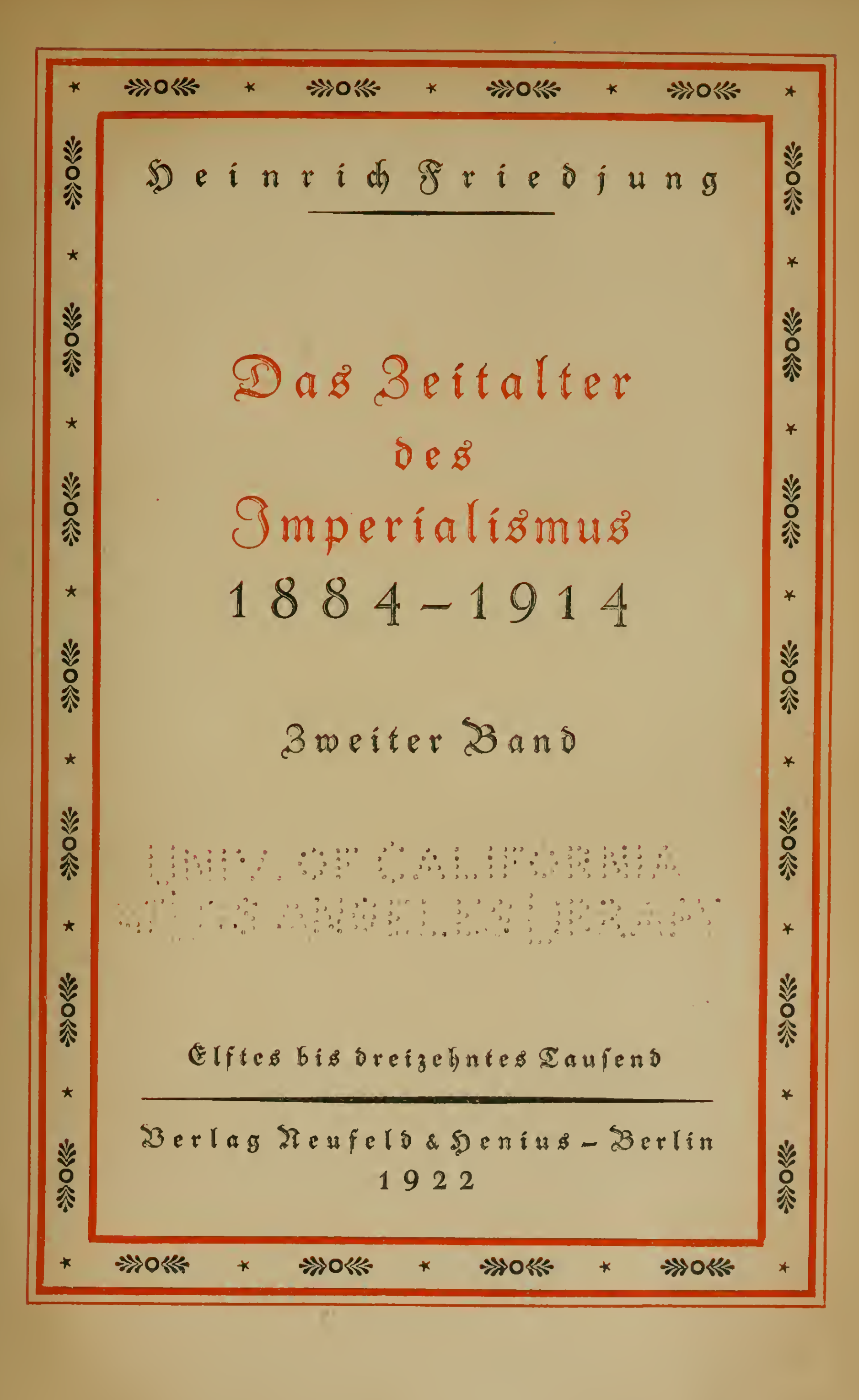




Das Zeitalter des Imperialismus
1884–1914

Zweiter Band





Heinrich Friedjung

Das Zeitalter des Imperialismus 1884–1914

Zweiter Band

Elftes bis dreizehntes Tausend

Verlag Neufeld & Henius – Berlin
1922

Druck der Spamerschen Buchdruckerei in Leipzig

Vorrede

Am 14. Juli 1920 ist Heinrich Friedjung aus dem Leben geschieden. Seinem testamentarisch ausgesprochenen Wunsche gemäß übergebe ich hiermit die Schlußbände seines Werkes „Das Zeitalter des Imperialismus" der Öffentlichkeit. Ihre erste Niederschrift stammt aus den letzten Jahren vor dem Ausbruche des Weltkrieges. Nach dessen Ende entschloß sich Friedjung, sein Werk einer gründlichen Umarbeitung zu unterziehen, an der mitzuwirken mir vergönnt war. Ich war daher mit seinen Plänen und Wünschen, soweit sie die Vollendung seines Buches betrafen, völlig vertraut, als er inmitten dieser Arbeit vom Tode hinweggerafft wurde und mir die ehrenvolle, zugleich aber auch sehr schwierige Aufgabe zufiel, seinen letzten Willen zu erfüllen. Was ich an der von Friedjungs Hand herrührenden Niederschrift geändert, was ich hinzugefügt und gestrichen habe, geschah im Sinne des verstorbenen Freundes, als dessen geistiges Eigentum und politisches Glaubensbekenntnis seine nunmehr dem Publikum zugänglich gemachte letzte große Arbeit angesehen werden möge. An seinen Urteilen über Ereignisse und Menschen habe ich nichts geändert, obwohl unsere Auffassungen mitunter voneinander stark abwichen. Doch hat diese Verschiedenheit unserer Ansichten in mir den Entschluß reifen lassen, von der Abfassung der letzten im Manuskripte Friedjungs fehlenden Kapitel, in denen die Zeit vom Bukarester Frieden (10. August 1913) bis zum Ausbruch des Weltkrieges dargestellt werden sollte, abzusehen. Auf Ersuchen des Verlages hat sich Herr Prof. Dr. Otto Hoetzsch in liebenswürdiger Weise bereit erklärt, diese Lücke auszufüllen, wofür

ihm aufrichtiger Dank gebührt. Ich erfülle schließlich einen von Friedjung mir gegenüber oft geäußerten Wunsch, wenn ich die Leser, zumal solche, die selbsttätig in die in diesem Buche geschilderten Ereignisse eingegriffen haben, bitte, durch Zusendung von Berichtigungen und Ergänzungen, die bei folgenden Auflagen Berücksichtigung finden sollen, die Vervollkommnung des Werkes zu fördern.

Wien, im April 1922.

Alfred Francis Pribram.

Inhaltsverzeichnis



Einleitung

Einleitung

Das Wesen des modernen Imperialismus

Nicht nach einer großen Persönlichkeit, nicht nach einem einzelnen Volke trägt dieses Werk seinen Namen, sondern nach der, die zwischenstaatliche Geschichte des Zeitraums beherrschenden Massenerscheinung. Die imperialistische Flut, von England ausgehend, zog allgemach auch die anderen großen Nationen, die Nordamerikaner eingeschlossen, in ihre Kreise und überdeckte, Tod und Verwüstung zurücklassend, zuletzt nahezu die ganze Menschheit. Sie erreichte ihren Höhepunkt in dem Siege der Randmächte über Mitteleuropa und in der harten Behandlung der Unterlegenen, in der nach der Waffenstreckung fortdauernden Hungerblockade, dann in den unerschwinglichen Kriegssteuern, im Losreißen edler Teile der deutschen Nation vom Vaterland. Ob damit der Drang gesättigt ist, ob späterhin bei den Gewaltigen der Erde Maß und Besinnung einkehren wird, steht dahin; bis jetzt behielt Friedrich Christoph Schlosser recht, der in seiner Weltgeschichte immer wieder darauf zurückkommt, daß die Macht an sich etwas Böses ist. Die in der Einleitung des ersten Bandes entwickelten Grundgedanken waren dort noch nicht herb genug gefaßt; der Name des Zeitalters des Imperialismus, der manchem einseitig zu sein schien, da das Menschengeschlecht doch immer auch von altruistischen Ideen geleitet werde, ist eine unauslöschliche Marke geworden. Nochmals sei es, um Mißverständnissen vorzubeugen, gesagt, daß zu allen Zeiten der Drang nach Macht und Herrschaft einer der Grundtriebe im Völkerleben gewesen ist, was Hobbes mit den Worten ausdrückt, die allgemeine Neigung der Menschheit sei „das beständige und rastlose Begehren von Macht über Macht, das nur mit dem Tode endigt“. Dem 19. Jahrhundert war es jedoch vorbehalten, dieses Streben nicht bloß zu preisen und zu idealisieren, sondern es auch theoretisch als den eigentlichen Inhalt der einzuschlagenden Politik zu bezeichnen. Cecil Rhodes, der den Briten Südafrika unterwarf, hat immer wieder gesagt, „die Ausdehnung sei alles“ und „unsere große Aufgabe muß sein, so viel von der Welt zu nehmen, als wir irgend

haben können". Das Wesen des modernen Imperialismus, wie er ähnlich von Disraeli, Chamberlain und Rosebery verkündigt wurde, besteht in dem Bekenntnis der staatlichen Macht als Hochziel, in der Erhebung des in der Volksseele lauernden Dämons zur Gottheit. Der ursprüngliche Trieb ist damit aus dem Unterbewußtsein herausgetreten, ist zum politischen Plan geformt, zur beherrschenden Idee geworden. Man verwischt die Unterschiede der Geschichtsperioden, wenn man verwandte Vorstellungen aus früherer Zeit und aus der Gegenwart mit demselben Worte bezeichnet. Wenn man von den Imperialismen der Assyrier, Perser und Römer oder der Herrscher des 18. Jahrhunderts spricht, so führen solche Analogien leicht irre[1]). Es ist daran festzuhalten, daß der Ausdruck „Imperialismus" in dem jetzt üblichen Sinne erst um 1890 in England geprägt wurde, weil die neue Vorstellung auch einen bestimmten Namen erforderte.

Der Zusammenstoß des deutschen und des angelsächsischen Machtwillens, diese Voraussetzung des Weltkrieges, bildet den Hauptgegenstand unseres Werkes. Daneben aber durften die anderen die Nationen aufregenden und verwüstenden Triebe nicht vernachlässigt werden, nicht die nationale Glut im französischen Volke, das von dem Vergeltungskriege den Wiedergewinn des Vorranges auf dem europäischen Festlande erwartete, nicht die Ansprüche des Panslawismus, der sich die politische Vereinigung aller slawischen Völker unter dem Zaren zum Ziele setzte,

[1]) Dieser Gefahr entgeht auch nicht die geistreiche Schrift von Josef Schumpeter „Zur Soziologie der Imperialismen" (Tübingen, 1919), aus der man viele Einsichten gewinnt. Er definiert den Imperialismus zutreffend als ein Streben, „die Expansion des Expandierens, Kampf des Kämpfens, Sieg des Siegens, Herrschaft des Herrschens halber wollen" . . . . „Unabhängig von jedem konkreten Ziel oder Anlaß tritt er uns entgegen, als dauernde Disposition, die eine Gelegenheit so gut begrüßend wie die andere" . . . . „Obgleich auch Expansion als Selbstzweck ein „Objekt" ist, so hat eine solche Expansion doch kein adäquates Objekt außerhalb ihrer selbst." Schumpeter verfolgt dieses Streben durch die ganze Weltgeschichte, bestreitet aber merkwürdigerweise, daß die Angelsachsen von ihm beherrscht waren. Da die Tatsachen zu seiner Auffassung des Angelsachsentums nicht stimmen, nennt er (Seite 15) die napoleonischen Kriege „ein Intermezzo ohne Folgen", den Krimkrieg eine „Aberration". Diese und andere Paradoxien verringern etwas den sonst großen Wert der Studie. Die Geschichte der Generation, der außer Chamberlain, Rhodes, Rosebery auch Curzon, Cromer, Milner, Roberts und Kitchener angehörten, und die in Rudyard Kipling den Dichter fand, läßt sich nur verstehen, wenn man sie als imperialistisch bezeichnet, wie sich alle diese Männer selbst nannten. Die Unterwerfung Ägyptens, des Sudans, der Burenrepubliken, Rhodesias, Südpersiens ist doch nicht auch ein „Intermezzo" der britischen Geschichte.

und ebensowenig die hochfliegenden Entwürfe der Alldeutschen, die in einem Menschenalter alles nachholen wollten, was ein halbes Jahrtausend staatlicher Zerrissenheit ihrer Nation versagt hatte.

Diesen Erscheinungen gegenüber tritt in dem uns beschäftigenden Zeitraume das zurück, was durch einzelne Persönlichkeiten geleistet oder verfehlt worden ist. Deren Einfluß beiseite schiebend, vollzog sich das Geschehen im Ringen der sozialen und wirtschaftlichen Interessengruppen, noch energischer durch das Streben der Völker und der Rassen nach Herrschaft und Reichtum. Der Geschichtschreiber wird den Anteil der einzelnen durch Fähigkeiten oder durch Geburt emporgetragenen Männer nicht vernachlässigen, aber er muß feststellen, daß die von ihnen ausgehenden Anstöße in keinem Menschenalter so wenig entscheidend waren als in der Zeit vom Rücktritte des Fürsten Bismarck bis zum Ausbruche des Weltkrieges. Was die Nationen in ihrer Gesamtheit bewegte, war ungleich wichtiger als das, was die sogenannten führenden Männer zum Weltgeschehen beitrugen. Dabei braucht man an die letzteren nicht einmal den Maßstab von Geistern wie Friedrich den Großen, Napoleon und Bismarck anzulegen; schlechtweg ist zu sagen, daß sowohl die Staatsoberhäupter wie die übrigen politischen Machthaber ihren Platz mehr oder weniger unzureichend ausgefüllt haben. Selbst die Besten gehörten nur zum Mittelgute, die meisten standen unter ihrer Aufgabe. Das gilt für sie alle, von Wilhelm II. angefangen bis zu Wilson, der an den Aufgaben des von ihm übernommenen Schiedsrichteramtes scheiterte und die Dinge verworrener zurückließ, als sie bei seinem Eintritt in die Weltgeschichte lagen. Wohl überragen einzelne Feldherren des Weltkrieges weitaus das Mittelmaß, aber selbst dem strategischen Talent eines Hindenburg und eines Ludendorff gelang es nicht, die widrigen Verhältnisse zu meistern. Hegel nennt in seiner Philosophie der Geschichte die großen Männer die Geschäftsführer des Weltgeistes; welcher von den Zeitgenossen des letzten Krieges würde diesen Namen verdienen? Somit gibt über die Ereignisse der Zeit nicht die Psychologie die wichtigsten Aufschlüsse, sondern die Soziologie, die Wissenschaft von den Massenerscheinungen innerhalb der Menschheit. Damit soll zwar nicht die Verantwortlichkeit der handelnden Menschen für ihre Taten verdunkelt werden, weder nach der sittlichen Seite hin noch nach ihrem geistigen Können. Indessen sind die Ereignisse wie ein Sturm über das Wirken der einzelnen hinweggebraust.

Sozialismus und zwischenstaatliche Geschichte

Unverkennbar ist, daß auf den Verlauf der Dinge bis zum Kriege gerade diejenigen Massenerscheinungen, die in der Zeit des Friedens am eifrigsten durchforscht worden sind, eine verhältnismäßig geringe Wirkung geübt haben; und das waren die sozialistische und die Friedensbewegung. Vergebens stellten sich deren Träger den zerstörenden Einflüssen entgegen; das Bemühen, die Völker zu liebevollem Zusammenarbeiten zu bewegen, ist gescheitert, so viel edle Kräfte sich ihm auch widmeten. Der Bundesgedanke der Internationalität erwies sich gegenüber dem Aufeinanderprallen der rasenden Leidenschaften als ohnmächtig. Vielleicht wird das Ideal der Sozialisten, die arbeitenden Klassen aller Völker zu einer segenbringenden Einheit zu verknüpfen, in einer späteren Generation der Erfüllung entgegenreifen, in dem Zeitraume jedoch vor und während des Weltkrieges vermochte es das Werden der Dinge in keiner Weise zu bestimmen. Die Internationale zerfiel gleich am ersten Tage des Weltkrieges in Scherben. Der Sozialismus ist wohl für die Gesetze und die Verwaltung der einzelnen Gemeinwesen von Bedeutung gewesen und wird es immer mehr werden; was aber die Beziehungen der Staaten untereinander betrifft, so steht sein Einfluß nach wie vor im umgekehrten Verhältnisse zum Selbstgefühl der Propheten der neuen Heilslehre.

Das ist der Grund, weshalb der sozialdemokratischen Bewegung in diesem Bande kein größerer Raum zugewiesen ist als im ersten; sicherlich nicht aus Geringschätzung, deren sich nur ein enger Sinn schuldig machen wird. Da sich aber dieses Werk nur mit der zwischenstaatlichen Geschichte beschäftigt, so kann es sich über den Sozialismus nur soweit verbreiten, als er an der Weltpolitik mitgewoben hat. In Hohlspiegeln sieht man einzelne Baumgruppen größer, andere kleiner als den natürlichen Verhältnissen entspricht; das Ganze also verzerrt. Ein Bild ähnlicher Art wäre es, würde die internationale Sozialdemokratie als Machtelement auch der äußeren Politik vorgeführt werden. Das war sie weder vor dem Weltkrieg noch in dessen Verlauf, wenigstens solange die kämpfenden Völker aufrecht standen. Im Sommer 1917 vermochte sie nicht einmal das Zustandekommen der sozialistischen

Friedenskonferenz zu Stockholm durchzusetzen, zu der wohl Deutschland und seine Bundesgenossen die Fahrt freigaben, nicht aber die dem Kriegsrausche verfallenen gegnerischen Staaten. Die über Mitteleuropa verhängte Blockade und die daselbst seit 1917 herrschende Hungersnot waren die Hauptursache des Ermattens des anfänglich stolzen Nationalgeistes. Das war zwar nicht die einzige, aber die Hauptursache der schließlichen Niederlage des Deutschen Reiches. In den überwundenen Staaten gelangte der Sozialismus erst zur Herrschaft, als der Mut der Nation durch Hunger und die Ereignisse auf dem Schlachtfelde gebrochen war; ohne das öffentliche Unglück und die allgemeine Verzweiflung würde er die früher herrschenden Gewalten nicht zu Boden geschlagen haben. Seine eigene Kraft hätte dazu nicht ausgereicht, wie er denn in den siegreichen Ländern überhaupt nicht zur Geltung gelangen konnte. Wohl drang in England die Arbeiterpartei nach dem Kriege vor, aber gleichzeitig damit verleugnete sie die Brüderlichkeit unter den Völkern. Beweis dessen: ihr Verhalten im englischen Unterhause bei der Abstimmung über den Gewaltfrieden von Versailles, bei der ihre Mitglieder teils durch Schweigen, teils durch Abwesenheit glänzten; bloß vier Abgeordnete stimmten gegen den Friedensvertrag, diesen Hohn auf das Recht der Selbstbestimmung der Völker. Auf dem unmittelbar vorhergehenden internationalen sozialistischen Kongresse hatten die britischen Mitglieder zwar ihrer sogenannten sittlichen Entrüstung Ausdruck gegeben; das war aber bloß ein Lippendienst vor dem Bilde des Götzen der Internationalität. Die Zukunft wird vielleicht andere Erscheinungen und Ergebnisse zeitigen; man verlange jedoch nicht von dem Historiker, er solle die spätere Entwicklung vorwegnehmen, noch auch, daß er Licht und Schatten nach dem lockenden Schein der Lieblingsideen seiner Leser verteile.

*

Die materialistische Geschichtsauffassung und ihre Vertreter

Für das Ringen der Völker und Staaten in ihren zwischenstaatlichen Beziehungen war der Sozialismus bis 1918 bloß ein Faktor zweiter oder dritter Ordnung, unendlich mehr aber als für das Ge-

schehen leistete die marxistische Lehre für die Erkenntnis des Ablaufs der Vergangenheit. Karl Marx ist in seinen Werken der unentbehrliche Führer durch die wirtschaftliche Revolution, die im 18. Jahrhundert mit der Herrschaft der Maschine und des Dampfes eintrat. Mit umfassender Sachkenntnis und zwingender Dialektik entwickelt er, wie damals aus der kleinbürgerlichen, in Zünften gegliederten Gesellschaft die neue hervorging samt ihrem Gegensatz von Kapital und Arbeit. Sollte auch die Verkündigung des messianischen Heils durch den Sozialismus dessen Bekennern eine Enttäuschung bringen, so bleibt Marx doch immer der Bahnbrecher zum Verstehen jener gewaltigen Geschichtsperiode wie auch früherer Entwicklungen.

Nur engte Marx selbst den Ausblick in frühere Jahrhunderte dadurch ein, daß er in der Geschichte nichts sah als den Kampf der Gesellschaftsklassen um die Macht. Er erblickt in der wundervollen Mannigfaltigkeit des Geschehens immer nur diesen einen Vorgang. Ihn zieht bloß das die Menschen Trennende an, nicht was sie vereinigt. Alles, was der Gesellschaft gemeinschaftlich ist, was sie zu gemeinsamen Anstrengungen im Staate, in der Nation beflügelt, vernachlässigt er. In der Glut seiner Empörung über die drückende Herrschaft der Eigentümer der Arbeitswerkzeuge schmelzen alle anderen Ergebnisse der Geschichte in ein Unwesentliches zusammen. Seine leidenschaftliche Einseitigkeit erzwang sich eine begeisterte Anhängerschaft, aber Geschichte und Soziologie wurden in den schmalen Rahmen der Klassenkämpfe gepreßt und eingesargt.

Es ist auch nicht richtig, daß die sozialen Fortschritte der Menschheit sich bei den Völkern bloß in der Form von Revolutionen einstellen. Der friedliche, besonnene Ausgleich spielt glücklicherweise eine bedeutende Rolle. Wenn Athen sich durch die Reformen Solons und Perikles' aus einem Adelsstaate zur reinen Demokratie — allerdings nur der Vollbürger — entwickelte; wenn sich die römischen Patrizier und Plebejer im vierten Jahrhundert vor Christus friedlich verglichen; wenn Josef II. den Bauern ein besseres Dasein bereitete und eine Revolution wie die französische in seinen Ländern überflüssig machte; wenn England vom 18. bis zum 20. Jahrhundert sich aus einer Oligarchie zur Demokratie wandelte: so waren dies ebenso einschneidende Ereignisse wie die englische Revolution gegen Karl I. und die große französische Staatsumwälzung. Der Satz des kommunistischen Manifestes: „Die Gewalt ist die Geburtshelferin jeder neuen Gesellschaft",

ist in seiner Allgemeinheit falsch. Geblendet durch die Volkserhebungen von 1789 und 1830, erblicken Marx und Engels in den Revolutionen die einzigen Stufen nach aufwärts. Sie waren Kinder der Zeit vor 1848 mit deren Einseitigkeiten und Übertreibungen. Das 1845 erschienene Erstlingswerk von Friedrich Engels: „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“, ist vortrefflich in der Schilderung der Leiden des Volkes; aber seine Voraussage, eine Besserung sei nur durch einen Umsturz zu erreichen, ist durch die Tatsachen vollständig widerlegt. Für die von innen heraus sich anbahnende Sozialreform fehlte ihm das Organ.

Den Bahnbrechern folgten die das System ausbauenden Schüler. Sie hielten sich möglichst genau an deren Fachwerk von Begriffen; der unermeßliche Inhalt der wirtschaftlichen, politischen, besonders der Geistesgeschichte verengte sich bei dieser Behandlung immer mehr und mehr; unter ihren Händen trocknete das durch die Adern der Historie pulsierende Blut förmlich ein. Es ist auf den ersten Blick erstaunlich, aber leicht erklärlich, daß die mächtige, die Geister an- und aufregende sozialistische Bewegung nur eine dürftige historische Literatur und kein einziges Geschichtswerk ersten Ranges hervorgebracht hat. Darin steht der Sozialismus hinter früheren Geistesströmungen zurück. Im Zeitalter der Aufklärung haben Gibbon, Voltaire und Herder Unübertreffliches im Nachbilden der Vergangenheit geleistet; die Romantik hat in das Leben des Staates, der Kunst, des Schrifttums, der Sprache hineingeleuchtet wie keine Geistesrichtung vorher; vom Liberalismus sind die Werke Michelets, Thiers', Schlossers und Dahlmanns durchhaucht; der katholischen Kirche diente eine ganze Schule von Geschichtsforschern seit Döllinger und Janssen. Hingegen ist der Sozialismus fast unfruchtbar geblieben. Es ist eben undenkbar, die Geschichte Athens und Roms, Frankreichs und Englands bloß unter dem Gesichtspunkte des Klassenkampfes zu schreiben. Wer solches unternähme, müßte die Tatsachen in ein Prokrustesbett zwängen, aber es hat sich dessen auch kein ernst zu nehmender Forscher unterwunden. Die Versuche Karl Kautskys haben selbst bei seinen Parteigenossen nur einen Achtungserfolg erzielt. Seine Belesenheit reichte nicht aus, von den Zuständen Deutschlands und Englands im Reformationszeitalter, von der französischen Gesellschaft des 18. Jahrhunderts ein anschauliches und treues Bild zu geben; seine Schilderung der wirtschaftlichen Entwicklung Roms im Zeitalter Christi beleidigt den sachkundigeren Leser durch ihre Oberflächlichkeit. Die historische Literatur der Sozialisten leistete dann Tüch-

tiges, wenn sie die Geschichte der arbeitenden Klassen in den letzten zwei Jahrhunderten oder, wie es Mehring tat, das Wirken der Führer der sozialistischen Bewegung durchforschten; es ist auch der neumarxistischen Schule, Männern wie Rudolf Hilferding, Karl Renner und Otto Bauer, gelungen, in der Entwicklung ihrer Zeit die Züge festzustellen, welche für die Richtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung sprechen. Darüber sind scharfsinnige und die Wissenschaft fördernde Arbeiten entstanden, aber an zusammenfassende Darstellungen der Geschichte ganzer Völker und großer Zeiträume haben sich die sozialistischen Schriftsteller Deutschlands nicht herangewagt.

*

Macht der Ideen und Gewalt der Tatsachen

Die Gewalt der Tatsachen war in diesem Zeitabschnitte so überwältigend, daß die Ideen neben ihr eine bescheidene Rolle spielten. Es wäre ein aussichtsloses Beginnen, die Ereignisse vor und im Weltkriege in ein Spiel von miteinander wetteifernden und kämpfenden Ideen aufzulösen.

Es hat in der Weltgeschichte große Abschnitte gegeben, in denen geistige Bewegungen die Hauptsache waren, wo die Idee die ihr entgegenstehenden Hindernisse niederwarf, wo sie die vorhandenen Realitäten — Staaten und gesellschaftliche Organisation — als Werkzeuge benützte und von deren ursprünglichen Zielen ablenkte. Das war bei der Ausbreitung des Christentums und während der Reformation, auch beim Vordringen des Nationalbewußtseins zwischen 1815 und 1870 der Fall. In den genannten Zeiträumen sind die Wandlungen der Geister der vornehmste Gegenstand der geschichtlichen Darstellung, sie bestimmen nicht bloß die Stoffwahl, sondern auch den historischen Stil. So aber stehen die Dinge nicht in der zwischenstaatlichen Geschichte des Menschenalters vor dem Weltbrand von 1914. Hier verhält es sich ähnlich wie im Zeitraume *vor* der Reformation oder *vor* der Revolution. Wer die Politik der Staaten in der Epoche vor der französischen Staatsumwälzung schildert, wird sich hüten müssen, die später mächtig gewordenen Ideen bereits in der Politik Friedrichs des Großen

oder Katharinas II. als maßgebend darzustellen. Die in der Ferne sich ankündigende Revolution darf nur wie das Wetterleuchten eines heraufziehenden Gewitters erscheinen. Die zwei zuletzt genannten Herrscher ließen ihre äußere Politik in keiner Weise durch die Philosophie ihrer Zeit bestimmen. Friedrich und Katharina besaßen für sie zwar volles Verständnis, auch standen sie mit den Enzyklopädisten, mit Voltaire, d'Alembert und Diderot, auf freundschaftlichem Fuße; während sie jedoch vor dem Zeitgeist ihre Verbeugung machten, setzten sie sich bei der Teilung Polens über das öffentliche Gewissen Europas hinweg. Ähnlich hielten es anderthalb Jahrhunderte später die mit dem Plane des Völkerbundes spielenden Staatsmänner Englands und Frankreichs. Die einen bereiteten den Vergeltungskrieg gegen Deutschland vor, die anderen unterwarfen das freie Burenvolk, errichteten Verträge zur Teilung Abessiniens und Persiens, sie umgaben Deutschland mit einem Ring von zum Losschlagen bereiten Bundesgenossen. Im achtzehnten Jahrhunderte prunkten die Träger der Gewalt mit den Ideen der Aufklärung und der Humanität, im zwanzigsten mit denen des Völkerbundes und des ewigen Friedens. Damals wie jetzt entschied jedoch über das Verhältnis der Staaten untereinander die Macht und diese allein. Die Vereinigten Staaten nahmen Kuba und die Philippinen mit dem Rechte des Stärkeren weg und hielten die letztgenannte Inselgruppe fest, wiewohl die Bewohner heiß widerstrebten. Rußland scheiterte in der Mandschurei nicht an der Gewalt von Ideen, sondern weil Japan besser gerüstet und organisiert war. England und Frankreich dehnten ihr Kolonialreich so weit aus, als die Geschosse ihrer Truppen reichten. Die dem Islam anhangenden Völker wurden als Teilungsgegenstände behandelt, und niemand fragte nach dem Rechte der Selbstbestimmung der Türkei oder Persiens, Tunis' oder Marokkos. Es läßt sich nicht finden, daß die Ideologien, das Wort in verklärendem und nicht in spöttischem Sinne genommen, dabei durchgeschlagen haben. Wenn ihnen irgendwo Raum gewährt wurde, wie bei der Zerschlagung der österreichisch-ungarischen Monarchie in Nationalstaaten, so geschah es bloß, um den wirklichen oder vermeinten Feind zu treffen; gleichzeitig aber trieben die Sieger mit den von ihnen verkündeten Lehren Spott, so als sie die Deutschen der Sudetenländer den Tschechen, als sie die Heimat Andreas Hofers den Italienern als Beute hinwarfen.

Wohl kann die Ideengeschichte der Menschheit nicht gründlich genug durchforscht werden, und noch ist über die Wurzel und das

Keimen, die Verzweigung und das Absterben der die Zeiten und Völker beherrschenden Gedanken nicht volles Licht verbreitet; es sollte aber doch einmal auch zusammenhängend die Heuchelei geschildert werden, mit der dem jeweiligen Götzen der Zeit gehuldigt wurde, während ihn die Menschen in ihren Taten verleugneten.

In unseren Tagen haben die Machthaber ebenso gehandelt und gefrevelt wie in früheren Jahrhunderten und als ob die Religionsstifter, die Moralphilosophen und die sozialistischen Weltverbesserer nie gelebt hätten. Die innerste Natur der Träger der Gewalt ist sich gleich geblieben, und wesentlich mit ihr hat es der Geschichtschreiber zu tun; er schildert wohl auch die Masken und die Verkleidungen, in die sich die handelnden Menschen hüllen, aber er soll bis zu den Zügen ihres Antlitzes und bis zu ihren eigentlichen Triebfedern vordringen.

*

Erzählende und philosophische Geschichtsbetrachtung

Fließend sind die Grenzen zwischen der politischen Geschichte eines Zeitalters und dem Geschehen auf dem Felde der Kunst, der Philosophie, der Kultur. Indessen läßt sich sagen, daß die politische Historiographie sich nur so weit mit dem geistigen Leben der Menschheit beschäftigt, als sich aus ihm Kräfte zur Umgestaltung der Staaten emporringen. Diese Wissenschaft rückt also von den philosophischen und sozialen Ideen nur diejenigen in den Vordergrund, die den Staat mitgeformt haben. Wer sich das römische Gemeinwesen unter den Kaisern aus dem julischen Hause zum Vorwurfe wählt, wird das Emportauchen des Christentums aus dem jüdischen, hellenischen, orientalischen Untergrunde nicht darstellen müssen; dieser Werdegang tritt erst unter Diokletian und Konstantin dem Großen in den Bereich der römischen Geschichte. Die Ideen werden erst dann und insoweit zum Gegenstande der Staatengeschichte, als sie politische Kräfte geworden sind. Diese letzteren sind der eigentliche Gegenstand der Wissenschaft, der auch das vorliegende Werk dient.

Der Darsteller zeitgenössischer Ereignisse wird leicht in den Fehler

verfallen, die ihm und seinen Lesern liebgewordenen Vorstellungen in seine Arbeit hineinzutragen. Die Verlockung liegt nahe, an das Zeitalter des Imperialismus den Maßstab der modernen Ideale anzulegen. Wünschen doch die meisten Leser eines Buches, die Hörer einer Rede, darin die ihnen vertrauten Begriffe und damit sich selbst zu finden. Die Wissenschaft ist aber nicht dazu da, der Tagesmeinung zu huldigen; wer dieser Versuchung aus Schwäche oder Berechnung erliegt, wird ihrem Dienste untreu. Wie leicht war es doch, die Tatsachen jeweilig nach den Formeln der Hegelschen Philosophie oder der Rassentheorie Gobineaus oder nach den Sätzen des marxistischen Systems zu gruppieren! Man soll aber das Spröde, das Elementare, das Vernunftlose für sich sprechen lassen und hüte sich, den geographischen und wirtschaftlichen Naturgrundlagen des Völkergeschehens Tiefe und Innerlichkeit aufzuquälen. Sehr berechtigt ist der Spott Chamissos über diejenigen, die ihr Gefährt mit vorgespanntem Zeitgeiste zu lenken belieben. Eine derartige Behandlung der Vergangenheit wird sich auf die Dauer doch nicht durchsetzen, sicherlich nicht lange behaupten. Die Weltgeschichte erwehrt sich mit jungfräulicher Sprödigkeit des Vorwitzigen, der sie zwingen will, ihm zu Willen zu sein. Sie vertraut sich lieber dem Forscher an, der die Ereignisse unverschönt zu Worte kommen läßt.

Ehrfurcht vor den Tatsachen! Wer von diesem Gefühl durchdrungen ist, wird sich nur mit höchster Vorsicht an der Arbeit beteiligen, von den Ereignissen zu allgemeinen Formeln, zu den sogenannten geschichtlichen Gesetzen aufzusteigen. So fruchtbar auch dieses Bemühen sein mag, es liegt außerhalb der unserer Darstellung gezogenen Grenzen. Dieses Werk stellt sich das Erzählen und nicht das Betrachten zur Hauptaufgabe. Dies sind die beiden von den Historikern angewendeten Methoden, wobei aber eine pedantische Scheidung nicht gemacht werden darf; denn auch der erzählende Historiker wird dem Zergliedern und Zusammenfassen der Erscheinungen nicht aus dem Wege gehen, wenn dies zum Verständnisse notwendig ist. Einem naheliegenden Gebote folgend, wird auch auf die wirtschaftlichen Wurzeln des Imperialismus eingegangen werden; im allgemeinen aber hält sich unsere Darstellung an den Fluß der Ereignisse, der uns im ersten Bande bis 1904 geführt hat.

Am Anfange aller Geschichtschreibung stehen die Historiker, die sich, ohne vorgefaßtes System, um das möglichst unbefangene Vorführen

des Geschehenen bemühten, worin Herodot und Thukydides vorangingen; neben sie sind unter den Neueren, um nur einige Namen zu nennen, Männer wie Macaulay, Thierry, Ranke, Mommsen getreten, die, so oft sie auch zu allgemeinen Betrachtungen aufsteigen, doch immer von der einzelnen Begebenheit, von der Persönlichkeit, von einer bestimmten Massenerscheinung ausgehen. Voraussetzungslos waren sie nicht etwa in dem Sinne, daß sie der Grundsätze entbehrten oder sie in ihren Büchern verleugnen wollten; es lag ihnen jedoch ferne, Lehrsätze beweisen und sie letzten Endes zu einem System ausgestalten zu wollen.

Auf der anderen Seite befinden sich die zergliedernden und dann zusammenfassenden Köpfe, welche die Gesetze des Geschehens erforschen, die Lehren für die Zukunft ableiten wollen. In diesem Sinne hat Hegel die unmittelbaren von den reflektierenden Geschichtschreibern unterschieden. Von den letzteren haben Machiavelli und Montesquieu die Ursachen der Größe und des Niederganges der Staaten an dem Beispiele des römischen Reiches zu erkennen versucht, ähnlich sind Tocqueville und Taine in das Wesen der Regierung Frankreichs unter den letzten Königen aus dem Hause Bourbon eingedrungen; Lorenz Stein und Karl Marx unternahmen es, den Zusammenhang zwischen der sozialen Schichtung und den politischen Erlebnissen der Völker festzustellen. Diese Geister haben einen Zug zum Systematischen, während die früher charakterisierte Geschichtschreibung dem Nacheinander der Ereignisse zwar nicht sklavisch, aber doch gewissenhaft folgt. Die einen schlagen von Anfang an den Weg zu dem zu beweisenden Satze ein, die anderen lassen die Tatsachen für sich selbst sprechen und deuten ihren tieferen Sinn wohl an, ohne zu glauben, ihn ausschöpfen zu können. Übergänge und Mischformen hat es jedoch auch auf diesem Gebiete gegeben; auch durften sich die erzählenden Historiker nicht der Pflicht entschlagen, das Darstellen des Nacheinander durch eine Zustandsschilderung, durch das Zergliedern ökonomischer und geistiger Zusammenhänge zu unterbrechen. Diese Betrachtungsweise, von den Engländern ungenau die philosophische genannt, setzt aber das Sammeln und Vorführen des Tatsachenstoffes voraus. In unserer Zeit ist es vielfach Mode geworden, der später aufgetauchten Methode die Palme zu reichen und von den Historikern der ursprünglichen Richtung mit herablassender Nachsicht zu sprechen. Indessen läuft bei einer derartigen Wertung viel

Schein und Selbsttäuschung mit. Denn ohne die Forschungen der darstellenden Historiker ließe sich der vielgepriesene Gedankenaufbau nicht aufführen, könnten die Geschichtsphilosophen nicht zu ihren Systemen vordringen. Der naive Leser vollends ist vor allem begierig, sich über das Geschehene als solches zu unterrichten und weiß mit der geschichtsphilosophischen Betrachtung nichts anzufangen; er greift zunächst nach einer, wie er wünscht und hofft, voraussetzungslosen Darstellung. Es gehört zu den Bedürfnissen der Menschennatur, sich in den anziehenden Ablauf der Ereignisse zu versenken, ein Bedürfnis, fast so stark wie das nach Religion, Philosophie und Naturbeobachtung.

Es ist kein Zufall, daß diese Art von Geschichtschreibung bei den meisten Völkern die erste Wissenschaft war, die sich von der Theologie oder Philosophie losgelöst hat. So wurde bei den Römern und bei den Deutschen die Annalistik früher gepflegt als irgendein Zweig des positiven Wissens. Bei den Juden war die Geschichtschreibung nicht bloß der Zeit nach die erstentstandene Wissenschaft, sie scheint sogar die einzige geblieben zu sein. Das Alte Testament beginnt mit dem Berichte über die ersten Schicksale des Menschengeschlechtes und bringt in dem Buche der Richter, zumal aber in der fesselnden Schilderung des Lebens und Wirkens König Davids, Meisterstücke lebendiger Geschichtserzählung. In den heiligen Büchern der Juden ist eine andere Wissenschaft überhaupt nicht zu Worte gekommen, obwohl von König Salomon rühmend bemerkt ist, er habe die Sprache der Vögel verstanden und sämtliche Pflanzen bis zum Ysop herab gekannt. Es ist kein Zufall, daß die neun Bücher des Herodot das erste prosaische, der Wissenschaft gewidmete Werk des griechischen Schrifttums sind, das vollständig erhalten geblieben ist. Offenbar ist es von den Griechen mehr gelesen, öfters abgeschrieben worden als Werke der gleichzeitigen Philosophen und Naturforscher, unter denen sich Geister wie Heraklit und Anaxagoras befanden, mit denen sich Herodot an Tiefe nicht vergleichen läßt.

Auch in Zukunft werden die Menschen niemals die möglichst unbefangene Darstellung des Nacheinander der Ereignisse vermissen mögen. Zumal nach dem Ablauf eines sie erschütternden Ereignisses wollen sie das Geschehene an der Hand eines kundigen Führers noch einmal durchleben. Immer wird die Kunst gepriesen werden, die versinkende Vergangenheit aus ärmlichen Überresten oder aus der Fülle des Stoffes neu aufzubauen als unentbehrlichen Besitz für die nachgeborenen Ge-

schlechter. Den Geschichtschreibern, denen dies gelingt, ist die wahre Unsterblichkeit beschieden, die darin besteht, daß sie nicht bloß gepriesen, sondern immer aufs neue mit brennendem Anteil gelesen werden. Ihr Reiz besteht darin, daß in ihnen die Gewissenhaftigkeit der Studien mit der Schöpferkraft des Gestaltens vereinigt ist, obwohl sich diese Gaben auszuschließen scheinen. In die Spuren der Meister erzählender Geschichtschreibung zu treten, bei denen sich dieses zwiefache Können in schönem Einklange befindet, ist der den Verfasser dieses Werkes beseelende Gedanke.

XVIII
Die Weltlage im Jahre 1904

XVIII. Die Weltlage im Jahre 1904

Die Folgen des Russisch-Japanischen Krieges

Es ist schwer zu entscheiden, welches der zwei Hauptereignisse des Jahres 1904, die Niederlage Rußlands im japanischen Kriege oder die Aussöhnung Frankreichs mit Großbritannien, tiefere Spuren in der Geschichte der Menschheit zurückgelassen hat. Im fernen Osten verschoben sich die Machtgewichte zugunsten der gelben Rasse, in Europa fand der seit Ludwig XIV. währende Streit der zwei westeuropäischen Nationen um See- und Kolonialgewalt den vorläufigen Abschluß. Die Gleichzeitigkeit der zwei Ereignisse war kein Zufall. Denn so wie Rußland den europäischen Händeln den Rücken kehrte, um auf die Unterjochung Ostasiens auszugehen, sah sich Frankreich nach einem Bundesgenossen gegen Deutschlands offenkundige Übermacht um. Den Briten wieder, von Sorge über den Ausgang des Krieges erfüllt, war der Gedanke, das Zarenreich werde sich bis an die Grenzen Indiens ausdehnen, ebenso unheimlich wie die Gefahr, die ihrer Handelsherrschaft von Deutschland drohte. So trafen sich die zwei Nationen Westeuropas in demselben Wunsche, schlichteten durch die Verträge vom 8. April 1904 ihre Kolonialstreitigkeiten und gelangten in allen großen Fragen zu einem festen Einvernehmen.

Doch waren die wechselseitigen Beziehungen der europäischen Großmächte auch nach der in der Mandschurei gefallenen Entscheidung in einem wichtigen Punkte ungeklärt. Als Rußland sich wieder den europäischen Zielen zuwandte, war es noch unsicher, welcher Kraftgruppe es sich anschließen werde. Zugunsten Deutschlands sprach der Umstand, daß es dem Zarenreiche im Laufe des japanischen Krieges diplomatische und wirtschaftliche Hilfe geleistet, Britannien dagegen ihm seinen bösen Willen gezeigt hatte. Es war für das Deutsche Reich eine Lebensfrage, ob Frieden und Freundschaft mit Rußland bestehen blieb oder ob dieses zu den Westmächten abschwenkte. Jetzt strafte es sich, daß das Berliner Kabinett während des Burenkrieges und des gleichzeitigen Vordringens Rußlands in Ostasien (1899—1903)

sowohl die feste Verbindung mit Rußland als auch die mit Großbritannien und Japan ausgeschlagen hatte. Damals entschied sich die deutsche Regierung in Verkennung der Weltlage für eine Politik der freien Hand, womit sie die Erweiterung ihres Bündnissystems versäumte (Band I, Seite 319). Da sich England und Rußland damals die Wage hielten, so schien die Politik der wechselnden Gegengewichte, wie Bethmann Hollweg sie 1913 im Reichstage nannte, ebenso gefahrlos als gewinnbringend. Indem aber Deutschland zwei Eisen im Feuer hielt, erweckte es bei beiden Parteien Mißtrauen und den Verdacht, es nähre den Hader unter seinen Nachbarn. Es benützte die Sachlage jedoch nur zur eigenen Kräftigung und schritt von 1900 ab an den Bau einer starken Schlachtflotte. Daraus ergab sich der kaum mehr überbrückbare Gegensatz zu England, und seitdem suchte die deutsche Regierung bei Rußland Rückendeckung.

Es waren Gründe mannigfacher Art, aus denen Wilhelm II. im japanischen Kriege dem östlichen Nachbarn alle nur möglichen Liebesdienste erwies. Er und seine Ratgeber mußten wünschen, daß Rußland seine militärische Kampffront gegen Hinterasien kehrte, so daß sich der von ihm auf Mitteleuropa geübte Druck verminderte. Auch war Kaiser Wilhelm von Abneigung gegen die Japaner wie besessen, sah in der mongolischen Rasse die der europäischen Gesittung drohende Gefahr und glaubte, auf den mandschurischen Schlachtfeldern entscheide sich der Kampf zwischen dem Kreuz und dem Buddhismus. Deutschlands Sicherung an seiner östlichen Grenze war sein Hauptantrieb, mit dem sich die Vorurteile gegen Japan verbanden. Dazu kam, daß Wilhelm in der Zarenmacht eine der Bürgschaften des Sieges des monarchischen Gedankens sah. Mit dem ihm eigenen Überschwange entrollte er in seinem Briefwechsel mit Nikolaus die ihn leitenden, zum Teile berechtigten, zum Teile schiefen Gedankengänge, schmeichelte der Eigenliebe des Zaren als des Vorkämpfers des Christentums gegen die von Osten sich ankündigende Überflutung, ging aber in der Naivität, mit der er ihn auf Eroberungen im Osten hindrängte, so weit, daß Deutschlands Interesse daran auch einem stumpfen Sinne deutlich werden mußte. Gesprochene oder geschriebene Worte haben aber nie die Wirkung wie Taten; das Entscheidende war, daß Deutschland die Russen durch Lieferung von Waffen und Kohle bis an die äußerste Grenze der eigenen Neutralität unterstützte. Ohne eine Gegenleistung zu fordern, ohne durch Abschluß eines

Bündnisses für die Zukunft zu sorgen, ermöglichte die deutsche Regierung der russischen nicht bloß die Entblößung der Westgrenze, sondern stellte sich neben sie als zuverlässige Freundin und Genossin.

Da wurde das Berliner Kabinett durch die Kriegsdrohung Großbritanniens vom 24. August 1904 aufgeschreckt: so kam England dem japanischen Bundesgenossen zu Hilfe, um den Kohlenlieferungen für die russische Flotte ein Ende zu machen, durch welche allein die Fahrt der russischen Ostseeflotte nach Ostasien ermöglicht wurde. Von jetzt an warb die deutsche Regierung um einen Bundesvertrag mit Rußland; sein eigener Handel, seine junge Kriegsflotte standen unter den Kanonen der britischen Schlachtschiffe. Der Zar ging auf den Wunsch Deutschlands ein und forderte den Kaiser zum Entwurf eines Vertrages auf, den ihm dieser am 30. Oktober sandte. „Wir wollen zusammenhalten“, stand in dem Geleitbrief Wilhelms. „Das Bündnis würde natürlich rein defensiv sein und sich ausschließlich gegen einen europäischen Angreifer oder mehrere richten, in der Gestalt einer gegenseitigen Feuerversicherungsgesellschaft gegen Brandstiftung.“ Die Absicht Wilhelms und Bülows war, Frankreich sei vom Zaren zum Beitritt einzuladen, auf daß es sich zwischen Rußland und England entscheide; denn „Clemenceau und alles übrige Lumpengesindel“, so schrieb der Kaiser am 30. Oktober 1904 an den Zaren, sträubten sich gegen die Erfüllung der dem russischen Bundesgenossen schuldigen Vertragspflichten. Auf diesem Wege wollte die deutsche Regierung Frankreich in ein dreieckiges Verhältnis hineinziehen, welches den Deutschen den Besitz Elsaß-Lothringens dauernd sichern sollte[1]). Aber so vorsichtig auch Kaiser Wilhelm den deutsch-russischen Vertrag faßte, er erlebte doch eine schwere Enttäuschung. Deutschland hatte sich völlig verausgabt, den Russen alle nur erwünschten Dienste geleistet und die Ratgeber des Zaren waren nicht gewillt, sich ihrerseits zu binden. Wie immer der Zar über die Sache gedacht haben mag: sein Minister des Äußeren, Graf Lambsdorff, hintertrieb den Abschluß eines Bündnisses, offenbar um den französischen Freund nicht zu verletzen, der eigentlich ein so treuer Vasall war, wie es das Deutsche Reich nie

[1]) Vgl. Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914 (Berlin 1920), Seite 131. Am 31. Oktober fand über den Gegenstand bei Bülow eine Beratung statt, der Holstein, der Generalstabschef Schlieffen und Tirpitz beigezogen waren. Holstein verteidigte den Plan eines Bündnisses mit Rußland und Frankreich, Tirpitz sprach sich dagegen aus (Tirpitz, Erinnerungen, Seite 143).

werden konnte. Rußland ließ sich bloß zu einer dem Berliner Kabinett gegebenen Erklärung bereit finden, daß es Deutschland in jeder aus den Kohlenlieferungen sich ergebenden Verwicklung unterstützen werde. Das war das mindeste, was es zu tun verpflichtet war, eine Zusicherung bloß für den vorliegenden Fall und für die Dauer des gegenwärtigen Krieges. Wohl eröffnete der Zar seinem kaiserlichen Freunde, man könnte auch einem Vertrage nähertreten, jedoch nur derart, daß Frankreich zur Unterhandlung herangezogen werde. Darauf aber ging Wilhelm nicht ein. Jene Erklärung Rußlands befriedigte ihn; er schrieb am 21. Dezember in würdigem Tone: „Es ist trotzdem nicht meine Absicht, Dir eine Lösung aufzudrängen, die Dir unerwünscht scheinen mag. Wir werden unter allen Umständen treue und loyale Freunde bleiben.“ Das Heranziehen der französischen Regierung aber lehnte er aus einem Grunde ab, der in seinem überreizten monarchischen Bewußtsein wurzelte: „Meine Meinung über den Vertrag ist noch dieselbe; es ist unmöglich, Frankreich in unser Vertrauen zu ziehen, bevor wir zu einer definitiven Regelung gekommen sind. Loubet und Delcassé sind zweifellos erfahrene Staatsmänner, aber da sie keine Fürsten oder Kaiser sind, bin ich nicht in der Lage, sie — in einer Vertrauensfrage wie diese — auf denselben Fuß zu stellen wie Dich, meinesgleichen, meinen Vetter und Freund[1])“, Worte, die eine völlige Verkennung des Wesens der äußeren Politik beweisen. Wenn Kardinal Richelieu mit den deutschen Protestanten, Ludwig XIV., der allerchristlichste König, mit dem Sultan Geheimverträge schloß, wenn Cavour seinem Könige riet, die einzige Tochter mit dem Prinzen Napoleon zu vermählen, wenn Bismarck der Republik von Frankreich den Vorzug vor dem Königtum gab, wenn der Zar nur in der Staatsform Frankreichs eine Minderung seiner Bündnisfähigkeit sah, so durfte Wilhelm II., falls Deutschland daraus Vorteil zog, nicht zögern, auch mit den französischen Staatsmännern zu unterhandeln. Es ist wohl richtig, daß diese, schon mit Rücksicht auf das soeben mit England geschlossene Einvernehmen, das Bündnis voraussichtlich vereitelt haben würden; das war aber kein Grund, den Faden abreißen zu lassen, kaum daß er geknüpft war. Es ist dies einer der Kunstfehler der deutschen Diplomatie, die zur Vereinsamung des Reiches führten. Es war schon ein Mißerfolg, daß das mächtige Deutschland bei dem in der Mandschurei halbbesiegten Rußland vergebens um ein Bündnis warb. Die

[1]) Briefe Wilhelms II., S. 153.

Beweggründe, die den russischen Minister des Äußeren, Grafen Lambsdorff, zur Ablehnung bestimmten, lagen nicht bloß in dem Bündnisse mit Frankreich, auf dessen Hilfe Rußland angewiesen war. Er hielt es außerdem für überflüssig, sich zu allen anderen Sorgen noch mit der zu belasten, die aus dem deutsch-englischen Gegensatze entsprang. Weshalb die öffentliche Meinung Großbritanniens noch mehr reizen, indem sich der Petersburger Hof mit dem Berliner verband? So ließ sich Rußland auch weiterhin von Deutschland alle Freundschaftsdienste gegen Japan leisten, ohne für die Zukunft eine Verpflichtung auf sich zu nehmen. Die Beziehungen der beiden Kabinette blieben indessen so warm wie bisher: auch wiederholte Wilhelm II., wie wir sehen werden, gelegentlich der Zusammenkunft von Björkoe (23. und 24. Juli 1905) den im Jahre vorher mißglückten Versuch, scheinbar mit besserem Erfolge. Damals huschte der Schatten des Dreikaiserbündnisses noch einmal über die politische Bühne, um darauf völlig zu verschwinden.

*

Der Suezkanal und Konstantinopel

Der Ausgleich mit Frankreich wurde von König Eduard und seinen Ministern in der Absicht betrieben, gegen Deutschland die Hände frei zu bekommen. Das Abkommen zeitigte aber auch das wichtige Ergebnis, daß England nicht mehr für den Suezkanal fürchten mußte, da Frankreich in dem Vertrage die lästige Forderung nach Räumung Ägyptens fallen ließ. So stark hatte vor 1904 dieser Druck auf England gelastet, daß es bis dahin die stärkste seiner Flotten dauernd im Mittelländischen Meere beließ, mit Malta als Stützpunkt. Nicht der Ärmelkanal und die Nordsee wurden damals am sorgsamsten verwahrt, sondern die Gewässer, durch die der Weg zum Suezkanal und nach Indien ging; 12 Schlachtschiffe, 5 große und 12 kleine Kreuzer nebst vielen anderen Fahrzeugen hielten die Wacht. Sie behielten auch Konstantinopel und die Dardanellen im Auge, sorgten ebenso dafür, daß Rußland den Meerengenvertrag nicht verletze, wie anderseits, daß dem Sultan die Lust verging, von seiner völkerrechtlich verbrieften

Oberlehnsherrschaft über Ägypten auch nur ein Wort zu sprechen. Die ganze Flottenverteilung trug der welthistorischen Tatsache Rechnung, die durch den Bau des Suezkanals gesetzt worden war.

Durch die Entdeckung des Seeweges nach Ostindien (1498) war die ehemalige Bedeutung Ägyptens für den Welthandel gesunken, das Mittelländische Meer stand nicht mehr im Lebensmittelpunkt der Kulturvölker, wogegen der Atlantische Ozean an Wichtigkeit gewann. Jetzt aber stellte die Fahrt durch den Suezkanal bis zu einem gewissen Grade die frühere Gruppierung wieder her. England, das ursprünglich von der neuen Wasserstraße Einbußen befürchtet hatte, bereitete dem Bau jedes nur mögliche Hindernis. Umgekehrt förderte Napoleon III. die Pläne Lesseps' zur Durchbohrung der Landenge von Suez, von der er für Frankreich als Mittelmeermacht erheblichen Vorteil erhoffte. Tatsächlich faßten die Franzosen vor und während des Kanalbaus festen Fuß in Ägypten; die Vizekönige des Landes bezogen aus Paris ihren Bedarf an Zivilisation. Sobald aber die Wasserstraße fertiggestellt war, rechnete England mit der neuen Tatsache und ließ die Erwerbung Ägyptens nicht mehr aus dem Auge. Dilke empfahl sie schon 1869 dem englischen Unterhause, Disraeli bahnte sie 1875 durch den Kauf der Suezkanalaktien an. Wohl hatte Gladstone, 1880 Premierminister geworden, für die Größe der Sache nicht den Blick, aber Chamberlain und Hartington, Mitglieder seines Kabinetts, drangen mit dem Unterstaatssekretär Dilke so kräftig in ihn, daß er zuletzt in die Besitznahme willigte. Früher als er, gleich beim Ausbruch der Unruhen in Ägypten, erklärte sich die öffentliche Meinung Englands für rücksichtsloses Eingreifen. Die am Ruder befindliche liberale Partei hätte durch ihre sogenannten Grundsätze von dem Anschlage auf ein sich selbst regierendes Land abgehalten werden sollen; indessen trug Dilke am 14. Juni 1881 in sein Tagebuch die Worte ein: „Unsere Partei im Unterhause ist in bezug auf Ägypten ganz Jingo. Sie wollen schlechterdings irgendwen totschlagen. Sie wissen nur nicht, wen[1].“ Trotz gegenteiligen wiederholten Zusagen der Regierung dachte nach der Besetzung niemand mehr ernstlich an das Aufgeben des Landes. Man hat den Bau des Suezkanals mit gutem Grunde den ersten Anstoß zur imperialistischen Bewegung in England genannt.

Mit diesem Ereignisse verschob sich der Schwerpunkt der Weltpolitik von Konstantinopel nach Ägypten. Als England überdies von

[1]) The Life of Sir Charles Dilke von Gwynn und Tuckwell, London, 1917.

1896 bis 1898 den Sudan eroberte und Cecil Rhodes die Unterwerfung von ganz Südafrika in Angriff nahm, wurde das Öffnen und Schließen der Dardanellen für Britannien eine Frage zweiter Ordnung. Zuletzt, als der Gedanke der Verbindung des anglo-afrikanischen und des anglo-indischen Reiches auftauchte, stand den Briten der türkische Sultan im Wege, da er über die Landbrücke von Mesopotamien und Arabien verfügte. Abgesehen davon, war die Türkei von jetzt ab ein bequem sich darbietender Teilungsgegenstand, um mit Franzosen, Italienern und Russen politische Geschäfte zu machen. Dieses Ziel ins Auge fassend, ließ sich England weder durch geschichtliche Überlieferungen noch durch Gefühlsseligkeiten auf seinem Wege beirren.

Die Abwendung Englands von der Türkei wurde von Gladstone schon seit dem russisch-türkischen Kriege empfohlen, indessen schritt Britannien erst zur Zeit der armenischen Greuel (1895) zur Tat. Salisbury schlug den Mächten zunächst Armeniens Losreißung von der Herrschaft des Sultans vor. Derselbe Staatsmann, der 1878 und 1887 der Türkei mit den Waffen Beistand zu leisten bereit gewesen war, gab 1896 den Russen zu verstehen, er hätte nichts dagegen, wenn sie nach Konstantinopel griffen; er sagte damals in öffentlicher Rede: „Konstantinopel hat jetzt weniger Interesse für uns als ehedem. Für uns liegt die Pforte zum Orient in Ägypten, im Suez; und wenn Rußland unseren Besitz in Ägypten anerkennen will, so sehen wir kein Hindernis gegen seine Niederlassung in Konstantinopel — eines schönen Tages[1]).“ Man weiß heute, daß Salisbury bei einer persönlichen Begegnung dem Kaiser Wilhelm am 8. August 1895 die Teilung der Türkei angeboten hat und durch die Ablehnung arg verstimmt worden ist[2]). So gründlich hatte Salisbury seit 1887 umgelernt. Für ihn war, wie auch aus der obigen Rede hervorgeht, das Wechselverhältnis zwischen Konstantinopel und dem Suezkanal maßgebend, nicht etwa die moralische Entrüstung über die türkischen Grausamkeiten, was bei Gladstone mitsprach. Er war ein wetterharter Brite und machte

[1]) So nach Herm. Oncken, „Das alte und das neue Mitteleuropa“, Gotha, 1917, S. 66, 67. Vgl. auch Justus Hashagen „Umrisse der Weltpolitik“, 2. Auflage, Leipzig, 1918; I, S. 97—103.

[2]) H. Frhr. v. Eckardstein, „Lebenserinnerungen“, I, S. 211. Die Absicht Salisburys war, die Verbindung Deutschlands mit Rußland aufzulösen und, während der junge Zar und Lobanow Ostasien zum Ziel ihrer Ausdehnungspolitik machten, in der Türkei ein Feuer anzublasen.

aus seinen Zweifeln an den modernen Idealen kein Hehl, wodurch er nicht selten die jüngeren, demokratisch angehauchten Mitglieder seiner Partei verletzte; sie verargten es ihm, wenn er, sich gehen lassend, über die Lieblingsschlagworte des Tages seinen Spott ausgoß. Schien es notwendig, Reformen im Innern anzubahnen, so stimmte er oft nur zögernd und mit ironischen Seitenblicken auf die unbequemen Dränger zu[1]). Doch auch Salisbury, wiewohl sonst Skeptiker, hatte seine Religion, und das war der Glaube an die Macht und die Größe Englands. In dieser Gesinnung warf er die Grundsätze seiner früheren Balkan- und Dardanellenpolitik über Bord. So erforderte es die veränderte Weltlage, in die er ebenso umsichtig eingriff, wie er gemeinsam mit Disraeli Konstantinopel gegen die Russen verteidigt hatte.

Mit dem Bau des Suezkanals endete die Periode, die mit der Entdeckung des Seeweges nach Ostindien begonnen hatte. Es läßt sich nur ahnen, was der neue Zeitabschnitt noch in seinem Schoße bergen mag. Wichtiger als alle Grenzstreitigkeiten unter den europäischen Staaten ist der veränderte Zug des Welthandels auf den Meeren.

*

Englischer Frontwechsel

Von der Besitznahme Ägyptens bis zum Ausgleiche mit Frankreich war die europäische Politik Großbritanniens vorwiegend durch die Verhältnisse im Mittelländischen Meere bestimmt. Während dieses Zeitraumes vollzog sich aber der wundervolle Aufschwung Deutschlands mit dem Vordringen seiner Industrie auf den überseeischen Märkten und selbst auf dem Boden Altenglands, überhaupt sein Aufstieg zur zweiten Handelsmacht der Welt; die Krönung des Ganzen bildete der Beginn des Baues einer Schlachtflotte durch das Gesetz von 1900. Seitdem legte Deutschland jährlich im Durchschnitte drei große Panzerschiffe auf Kiel, um zum Schlusse des Jahres 1917 über 34 Schlachtschiffe und die entsprechende Anzahl von Kreuzern, Torpedoschiffen und anderen Einheiten zu verfügen. Bis zu Beginn

[1]) Vgl. seine Charakteristik in dem ihm gewidmeten Artikel der „National Biography".

des 20. Jahrhunderts hielt sich England nach dem Grundsatze der „Zwei-Mächte-Stärke“ (two power standard) für seine Flottenrüstung an die vereinigten Streitkräfte Frankreichs und Rußlands als Maßstab. Als aber Deutschland sich vermaß, für sich allein ihm an die Seite zu treten, als den Briten die Sorge aufstieg, der rüstige Nebenbuhler könnte dereinst die England mit seinen Kolonien verbindenden Schiffahrtslinien durchschneiden, nahmen sie rasch entschlossen den Wettbewerb auf und schritten zu einem vollständigen Frontwechsel sowohl ihrer Bündnis- wie ihrer Flottenpolitik. Im Dezember 1904 kündigte die englische Regierung dem Parlament die bevorstehende Umgruppierung der Kriegsflotte an, und das ist das dritte weltpolitisch bedeutsame Ereignis des Jahres. Darnach verlegte Großbritannien seinen maritimen Schwerpunkt nach den heimischen Gewässern, zumal nach der Nordsee. Und da sich Deutschland durch den Ausbau seiner Stützpunkte Wilhelmshaven und Helgoland die Küsten desselben Meeres zum Waffenplatze erkor, sammelte sich an der Nordsee ein gewaltiger Vorrat an politischer Elektrizität, der über kurz oder lang zur Entladung kommen mußte. Bei der bisherigen Flottenverteilung waren Malta und Gibraltar die zwei Hauptstationen der englischen Streitkräfte, mit Hinblick darauf, daß die Franzosen den Hauptteil ihrer Schlachtflotte in Toulon liegen hatten. Von Gibraltar aus behielten die Briten den Atlantischen Ozean im Auge, diese Vordertreppe der Welt, wie sich Tirpitz anschaulich ausdrückt. Außerdem besaßen sie kleinere Geschwader in verschiedenen Gewässern des Erdballs, ein größeres in Ostasien, das schon Indiens wegen in gutem Stande gehalten wurde. Die Heimatflotte in Südengland aber bestand aus einer nicht großen Anzahl von zumeist älteren Schiffen; auch die an der irischen Küste stationierte Kanalflotte stand hinter der im Mittelländischen Meere an Stärke zurück: so sicher fühlte sich Britannien auf seiner Insel.

Der Flottenplan von 1904 paßte sich dem geänderten Weltbilde genau an. Die Zusammenfassung der Macht an den Küsten Englands wurde so sehr die Hauptsache, daß schon damals die Absicht gefaßt wurde, das ostasiatische Geschwader aufzulösen und statt seiner nur einzelne Stationsschiffe dort zu belassen; und dieser Vorsatz kam in den nächsten Jahren zur Ausführung. Die Vernichtung der Flotte des Zaren in der Tsushima-Schlacht wendete die russische Gefahr von Indien ab, und das Bündnis mit Japan von 1905 nahm auf den Schutz des

Juwels unter den englischen Kolonien gebührend Rücksicht. Die Entblößung Ostasiens von britischen Schiffen erweckte in Australien, wo man in Japan mehr eine Gefahr als einen Schutz erblickte, große Unzufriedenheit. Gleichviel: Großbritannien legte das Hauptgewicht darauf, in Nordeuropa so stark wie möglich aufzutreten. Das Mittelländische Meer wurde deshalb nicht etwa aus dem Auge gelassen. In Malta blieb noch immer ein ansehnliches, aber im Vergleiche zur früheren Organisation vermindertes Geschwader.

Um so mächtiger wurde die Seewehr in den heimischen Gewässern. An Stelle der bisherigen Heimatflotte kam ein Geschwader von 12, kurz darauf von 15 Schlachtschiffen neben sechs Panzerkreuzern und einer großen Anzahl leichterer Fahrzeuge. Schon diese Flotte war der deutschen überlegen, sie erhielt aber noch einen Rückhalt an der in Gibraltar liegenden sogenannten Atlantischen Flotte, die binnen wenigen Tagen an die englische Küste gezogen werden konnte. Gegen Deutschland war also nötigenfalls immer eine gewaltige Übermacht bereit. Mehr als je wurde also Gibraltar Flottenstützpunkt. Von dort schaute Albion nach dem Westen aus, wo sich die Seerüstung der Vereinigten Staaten von Jahr zu Jahr verstärkte. Alte Schlachtschiffe wurden nach Europa gezogen, während in den anderen Weltteilen neue Panzerkreuzer, Torpedos und Unterseeboote ständig Wacht hielten. Es war ein Frontwechsel von epochemachender Bedeutung [1]).

Wie bei allen folgenschweren Entschlüssen wirkten auch hier mehrere Beweggründe zusammen, neben den weltpolitischen auch marinetechnische. Zu jener Zeit begann nämlich der Bau der neuen Riesenschiffe, von deren erstem, dem Dreadnought, die ganze Klasse ihren Namen erhielt; dieser Panzer von 18 000 Tonnen, auf Anregung des Seelords Sir John Fisher erbaut, glitt 1906 ins Meer, worauf Deutschland 1908 mit der „Nassau" folgte. Den gewaltigen Geschützen dieser Fahrzeuge waren die älteren Panzerschiffe nicht gewachsen und wurden somit für künftige Seeschlachten fast wertlos. Nun besaß England in allen Schiffsgattungen von alters her das Übergewicht, konnte aber von den meisten derselben nur nebenher Gebrauch machen. Viele Fahrzeuge wurden überhaupt unverwendbar, so daß die Regierung 1905 dem Parlament mitteilte, die Marineverwaltung habe 160 Ein-

[1]) Graf Ernst zu Reventlow, „Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914", 4. Auflage, Berlin, 1916, S. 243. — Hans Plehn, „Die britischen Wehrfragen und die Reichskonferenz von 1909" in der Marinerundschau, 1910, 1 Heft.

heiten, meist kleinere Fahrzeuge, ausscheiden müssen. Das Überaltern von früher immer noch wichtigen Streitmitteln und die Verminderung der Schiffszahl setzten England außer stand, auf allen Meeren der Erde seine Flagge sehen zu lassen. Nun traten wohl die Kolonien, Australien und Kanada, in die Bresche und begannen selbst mit dem Bau von Kriegsschiffen; das geschah aber nicht ausreichend und änderte für England nichts an der Notwendigkeit, die entfernteren Meere außer Obhut zu lassen, während es durch die neuen Dreadnoughts das Übergewicht in Europa bewahrte. Der Marineminister Tweedmouth konnte zur Beruhigung mitteilen, England werde 1910 bereits acht bis neun Dreadnoughts ausgerüstet haben, Deutschland erst vier, Frankreich zwei.

Die Zwischenfrage liegt nahe, weshalb ein Mann von der Einsicht und Erfahrung des ersten Seelords, Admirals Fisher, den Anstoß zu einer England beeinträchtigenden Änderung im Schiffbau geben konnte. Er hatte aber zwei Gründe für sich. Auf der einen Seite nahm er an, Deutschland werde finanziell nicht stark genug sein, um den Übergang zum Dreadnoughtbau mitzumachen, so daß seine Flotte in offener Seeschlacht von vornherein verloren sein mußte. Dann aber glaubte Fisher, die Deutschen würden auch deshalb nicht an den Bau der Riesenschiffe schreiten, weil der Nordostseekanal für deren Fahrt nicht tief und nicht breit genug war; durch diese Wasserstraße war in jedem Augenblicke eine Vereinigung ihrer gesamten Streitkräfte, sei es in der Nord- oder in der Ostsee, möglich, die geteilt bleiben mußten, wenn sie in beiden Meeren Dreadnoughts hielten. Diese Rechnung der englischen Admiralität erwies sich sehr bald als falsch, da Deutschland nicht bloß reich genug war, um die größten Schiffe auszurüsten, sondern auch tatkräftig genug, um den Nordostseekanal gänzlich umzubauen und ihm die notwendige Tiefe wie Breite zu geben. Das war die schwere Enttäuschung, die das mächtig aufstrebende Deutschland seinem Nebenbuhler bereitete.

Diese letzte Wendung vollzog sich indessen erst in den nächsten Jahren. 1904 waren erst wenige Jahre verflossen, seit Deutschland Schlachtschiffe baute, es verfügte damals nur über eine Flotte, die den vierten Teil der englischen betrug. Trotzdem erregte es bereits die Eifersucht der Briten, in denen schon deshalb Bitterkeit aufstieg, weil sie genötigt waren, um Deutschlands willen ihre Organisation zu ändern und ihre Kriegsschiffe aus dem Großen Ozean fast ganz herauszuziehen. Es war töricht, von einer Bedrohung der eng-

lischen Küste durch die deutschen Seestreitkräfte zu sprechen, Tatsache jedoch, daß Britanniens Seegeltung auf dem Erdenrund dadurch gemindert war, daß es in den fernen Ozeanen nicht mehr so gewaltig auftreten konnte wie ehedem.

Aus diesen Gedankengängen entsprang der Plan, sich jählings auf den Nebenbuhler zu stürzen und seiner Flotte mit einem Schlage den Garaus zu machen. Das stellte der Zivillord der Admiralität Arthur Lee in der bereits (I, Seite 460) erwähnten Rede vom 3. Februar 1905 in Aussicht, in der er in den Ruf ausbrach: „Gesegnet ist derjenige, der den ersten Schlag führt!" Das Verfahren der Japaner beim Kriegsausbruch von 1904 wurde von ihm empfohlen, so daß die feindliche Flotte schon in dem Augenblicke vernichtet sein könne, wenn man auf dem Festlande die englische Kriegserklärung in der Zeitung lese. Diese Rede entsprang nicht etwa dem unüberlegten Ungestüm eines jugendlichen Mitgliedes der Regierung, das von sich sprechen machen wollte, wie der Führer der Opposition, Campbell-Bannerman, unwillig bemerkte. Denn ungefähr zur selben Zeit schlug Sir John Fisher dem englischen König vor, das furchtbare Beispiel von 1801 und 1807 nachzuahmen, und wie damals vor Kopenhagen jetzt in den deutschen Kriegshäfen überraschend zu erscheinen und die Flotte des Nebenbuhlers zu zerstören. Und auch bei Admiral Fisher handelte es sich nicht um einen flüchtigen Einfall, denn der erste Seelord kam 1908 auf seinen Vorschlag mit neuen Gründen zurück. Auch weiterhin hielt er dieses Verfahren für zweckmäßig; denn in seinen, nach seinem Tode 1919 erschienenen Erinnerungen macht er den Lenkern des britischen Reiches den Vorwurf, sie hätten, statt rechtzeitig der Schlange das Haupt wegzuschlagen, es darauf ankommen lassen, daß sich Großbritannien erst durch einen langen, schweren Krieg des Feindes erwehren mußte [1]). König Eduard ging auf den Vorschlag nicht ein, er ist nie Gegenstand eines Ministerrates geworden, da der König entweder selbst vor dem ruchlosen Zuschlagen zurückscheute oder vorausberechnete, seine verantwortlichen Ratgeber würden zu dem Furchtbaren nicht ihre Einwilligung geben. Der stärkste sachliche Grund für die Zurückhaltung Englands lag übrigens darin, daß es unklug gewesen wäre, den Krieg mit Deutschland zu beginnen, bevor es mit Sicherheit auf festländische Bundesgenossen zählen konnte. Wohl war vielleicht Frankreich für den Krieg zu gewinnen; nicht aber Rußland,

[1]) Memories by admiral of the fleet, Lord Fisher, S. 19 u. a. O.

das in Ostasien die Hände voll zu tun hatte. Fehlte aber die Voraussetzung eines Zweifrontenkrieges in Mitteleuropa, so wagte England doch zu viel: es ist erst bei dieser Weltlage am 4. August 1914 auf den Kampfplatz getreten. Wir sind über die Eduard VII. und seine Minister 1905 leitenden Gedanken in diesem Punkte nicht unterrichtet; Fisher aber urteilte und plante ganz im Sinne Altenglands, das 1801 mitten im Frieden den Dänen ihre Flotte geraubt, 1882 durch die grundlose, lange vorher erwogene Beschießung Alexandrias seine Macht mühelos erweitert hatte (Bd. I, S. 49). In der Admiralität wie im Heere war, wie wir sehen werden, Fishers Gesinnung weit verbreitet, öffentlich jedoch sprach man nicht davon, da das Gewissen der Nation sich gegen den Anschlag aufgelehnt hätte. Das Bekenntnis des ersten Seelords gleicht aber einem die Landschaft erhellenden Blitzstrahl; im Jahre 1919 erfuhr auch die weite Öffentlichkeit, an welchem Abgrund jedes Volk steht, in dem die britische Admiralität den Feind sieht.

So tief griffen die wichtigen Vorfälle des Jahres 1904 in den Weltenlauf ein. Es war ein Frontwechsel auf der ganzen Linie, wie es überhaupt im Wesen der britischen Politik liegt, im Gewollten bis ans Ende zu gehen. Die Aussöhnung mit Frankreich und die neue Gruppierung seiner Seestreitkräfte hingen eng zusammen, damit auch die Vertiefung des Bündnisses mit Japan. Es war ein Zeugnis britischer Staatsklugheit, daß es um so wichtiger Dinge willen den Franzosen Marokko überließ. Dieses Land war nicht Eigentum Englands, es gehörte aber zu seinen wohlerprobten Methoden, durch Teilungsverträge dieser Art den Staat, dessen Bundeshilfe erwünscht war, in seine Kreise zu ziehen. Das Zweckmäßige an der Sache war, daß die Kosten dabei von einem Dritten bestritten wurden, in diesem Falle vom marokkanischen Sultan. In derselben Weise war mit Italien Halbpart gemacht worden, wobei Abessinien zum Opfer fallen sollte (Bd. I, S. 181). In diese Reihe gehört auch das mit Deutschland 1898 über die Teilung der portugiesischen Besitzungen in Afrika geschlossene Abkommen; durch lange Jahre bis zum Weltkriege wurde der Köder dem Berliner Kabinett hingehalten. Aber keines dieser Geschäfte reicht an Wichtigkeit an das über Ägypten und Marokko heran, diesen Einschnitt, mit dem ein neues Zeitalter anhebt. Seitdem entwickelte sich das Verfahren Englands zu einem förmlichen System. Persien wurde 1907 das Opfer; im Weltkriege fiel den Japanern als Lohn Kiautschou

zu; das deutsche Südwestafrika war gleichzeitig die Lockspeise für die Partei Bothas im Kaplande; den Russen ward Konstantinopel zugesprochen, den Italienern Welschtirol, Triest und Dalmatien. Das waren zweckmäßige Mittel zur Aufrechthaltung der Seeherrschaft Englands, das dabei unerbittlich über unabhängige Völker hinwegschritt. Meisterhaft wurde der Pazifismus als Deckmantel verwendet und eine weitere Verfeinerung trat durch das Ausspinnen der Idee des Völkerbundes hinzu. Die Taten Englands waren zum Greifen klar; dennoch ließen sich die beschränkten Köpfe in allen Ländern durch die Rhetorik der britischen Staatsmänner täuschen. Wohl schwang sich Deutschland in überraschendem wirtschaftlichen und technischen Fortschritt der ehemals allein gebietenden Handelsmacht an die Seite; diese aber schlug den Nebenbuhler durch das geschickte Spiel ihrer äußeren Politik. Die in Jahrhunderten erlangte Übung des Herrschens überwand das aufstrebende Deutsche Reich, dessen Regierung noch in den Anfangsgründen der großen Politik stak. Im mandschurischen Kriege arbeitete für das ruhig zuwartende England die Weltgeschichte, beim Vertrage mit Frankreich 1904 die Klugheit seiner Staatsmänner. Von da beginnen die Jahre der britischen Vorherrschaft auf der östlichen Halbkugel der Erde, die nach der langen, Europa gegönnten Friedensepoche ausgefüllt waren durch stete Unruhe und drohende Kriegsgefahr, bis sich das Ungewitter über den Erdball entlud.

XIX

Beginn des Marokkostreites. Rücktritt Delcassés

Eindruck des Marokkovertrages in Deutschland

Im Frühjahr 1904 waren in Deutschland Aller Augen auf die Mandschurei gerichtet, wo trotz dem gelungenen Überfalle auf die russische Flotte der Ausgang des Krieges noch zweifelhaft war; denn ununterbrochen rollten die Eisenbahnzüge mit den Landtruppen des Zaren auf dem langgestreckten Schienenstrange nach Osten. Das Gefühl der Kraft und Sicherheit, von dem die deutsche Nation im Vertrauen auf das Heer erfüllt war, wurde dadurch erhöht, daß sich Rußland freiwillig für eine Zeitlang aus den europäischen Machtkämpfen ausschaltete. Schon deshalb nahm die deutsche Regierung das englisch-französische Abkommen anfangs ohne Unruhe hin; die Größe des Ereignisses verbarg sich ihr hinter dem, was im fernen Osten vor sich ging.

Die französische Regierung tat das ihrige, um den deutschen Reichskanzler in Sicherheit zu wiegen. Drei Wochen vor Abschluß des englisch-französischen Vertrages teilte der Minister des Äußeren, Delcassé, dem deutschen Botschafter in Paris, Fürsten Radolin, die Hauptbestimmungen der Abmachung mit und versicherte zugleich, die Rechte dritter Staaten, auch Deutschlands, seien durch dieselbe nicht in Frage gestellt. Am 12. April 1904 kam das Ereignis im Reichstage zur Sprache und Bülow ließ sich vernehmen: „Das kann ich über diesen Punkt sagen, daß wir keine Ursache haben anzunehmen, das englisch-französische Kolonialabkommen enthalte eine Spitze gegen eine andere Macht. Was vorzuliegen scheint, ist der Versuch, eine Reihe von Differenzpunkten, die zwischen England und Frankreich bestanden, auf dem Wege der Verständigung aus dem Wege zu räumen. Dagegen haben wir vom Standpunkte deutscher Interessen nichts einzuwenden.“ Ob nun der Reichskanzler innerlich dieser Ansicht war oder nicht: jedenfalls hielt er es für angezeigt, weder Überraschung noch Verstimmung zu zeigen. Als darauf ein Abgeordneter Widerspruch erhob und es einen Fehler nannte, Marokko den Franzosen zu überlassen,

erklärte Bülow am 14. April, Deutschland erhebe weder auf das Ganze noch auf Teile des scherifischen Kaiserreiches Anspruch. Wiederholt versicherte die deutsche Regierung amtlich wie durch ihre Presse, daß sie in Marokko nicht politischen Einfluß suche, sondern bloß die deutsche Volkswirtschaft zu betreuen gedenke. Die Beziehungen zu Frankreich blieben in den nächsten Monaten unverändert. Als im Oktober 1904 bekannt wurde, das französische Kabinett habe mit dem spanischen über Marokko einen Vertrag geschlossen, wandte sich die deutsche Regierung nach Paris um Auskunft, worauf Delcassé versicherte, auch dieses Übereinkommen werde den deutschen Handel in Marokko nicht benachteiligen, ihm sogar infolge der zu erwartenden Verbesserung der Rechtspflege im Lande nützlich sein. Darauf erklärte der deutsche Staatssekretär Richthofen dem französischen Botschafter Bihourd, seine Regierung sei durch jene Mitteilungen befriedigt.

Im Winter auf 1905 trat jedoch ein Umschwung ein.

Die öffentliche Meinung Deutschlands kam zur Erkenntnis der Umgruppierung der Mächte und empfand darüber steigende Unruhe.

Frankreich, des Beistandes Britanniens sicher, machte kein Hehl aus seiner Absicht, sich in den Alleinbesitz Marokkos zu setzen, wofür Delcassé das Wort von der „friedlichen Durchdringung" des Landes prägte. Deutlicher noch sprachen die französischen Zeitungen, welche die „Tunisifikation" Marokkos forderten, also dessen Herabdrückung zum Vasallenstaat in der Art von Tunis. Wenn nun auch in Deutschland ein großer Teil der öffentlichen Meinung nichts davon hören wollte, sich wegen Marokkos in Abenteuer zu stürzen, so fand man es doch allgemein bedenklich, daß England und Frankreich, das Deutsche Reich beiseite schiebend, über die Südküste des Mittelländischen Meeres verfügten. Ägypten wurde Britannien zugewiesen, Marokko den Franzosen, die sich darüber mit Spanien verständigten, Tripolis ward den Italienern in Aussicht gestellt, Deutschland ging leer aus, man fragte es nicht einmal um seine Ansicht. Der Vertrag von 1904 wurde zwar, abgesehen von den Geheimartikeln, den Parlamenten Frankreichs und Englands vorgelegt, kam mithin soweit zu öffentlicher Kenntnis; es ward aber nicht die Rücksicht geübt, ihn den Kabinetten von Berlin und Wien mitzuteilen. Der Inhalt der Geheimartikel blieb überhaupt verborgen. Da Italien durch Tripolis vom Dreibund weggelockt und auch Spanien eingefangen wurde, war der Ring geschlossen, aus dem Mitteleuropa sich verwiesen sah. An dieser Stelle war die von England ge-

plante Ausschaltung Deutschlands aus der Weltpolitik Tatsache geworden.

Auch sonst stellten sich Anzeichen des Sinkens der Geltung des Deutschen Reiches ein. Das stärkste war die im August 1904 von England ausgesprochene Kriegsdrohung, falls Deutschland fernerhin zur Kohlenversorgung der russischen Kriegsflotte beitrage. Solches würde Britannien vor dem Ausgleiche mit Frankreich nicht gewagt haben; es war um so auffallender, als die französische Regierung den Russen größere Liebesdienste leistete, ohne deshalb von Großbritannien belästigt zu werden. Ebenso deutlich war die vom Zivillord der englischen Admiralität, Lee, an Deutschland gerichtete Herausforderung.

Hier zum erstenmal greift in den Gang der Dinge die Triebkraft ein, die man die alldeutsche Bewegung nennt. Nicht, daß sie jetzt erst auftaucht, denn ihr Träger, der Alldeutsche Verband, war schon 1890 gegründet worden und hatte sich oft und überlaut vernehmen lassen. Man begegnete ihm bereits, so oft es sich um Ausbreitung des deutschen Kolonialgebietes, um die Ermutigung der Buren, so oft es sich im Innern Deutschlands um Flottenbauten und um „Eindeutschung" polnischen Bodens handelte. Die ansehnliche Lebensdauer des Verbandes stand aber mit seinem Einflusse in einem Mißverhältnis. Er war nie etwas anderes gewesen als eine Stimme im Chorus, er glich, wenn es hoch kam, dem Zwischenrufer in einer parlamentarischen Versammlung, der sich nur als solcher und nicht durch eine geordnete Rede Aufmerksamkeit zu verschaffen vermag. Wir werden später, beim Anschwellen der Bewegung, zusammenfassend auf sie zu sprechen kommen, auf ihre nationale Wurzel und ihre Ausartungen, auf ihre Ideen und Machtmittel. An dieser Stelle ist bloß Raum zur Darstellung ihres Einflusses auf den Marokkohandel, der anfänglich durchzudringen schien, um später zu ermatten und zuletzt im Sande zu zerrinnen.

Zu den Zielen der Alldeutschen gehörte die Erwerbung überseeischer Gebiete, nicht bloß zu Handelszwecken und als Flottenstützpunkte, sondern um für den Überschuß der wachsenden Volkszahl Ackerbausiedlungen zu gewinnen. Der Wunsch war in einer Nation begreiflich, die sich jährlich um eine Million Menschen vermehrte. Indessen war schon die ganze Welt vergeben, auch bei der Teilung Afrikas waren die Deutschen, verglichen mit Briten und Franzosen, zu kurz gekommen. Der Groll darüber, insbesondere als Caprivi absichtlich vom Wettbewerb in Afrika zurücktrat, hatte zur Gründung des Alldeutschen Verbandes geführt.

Nachdem sein früheres Drängen ergebnislos geblieben war, hatte er sich im neuen Jahrhundert das letzte, von Europäern noch unbesetzte Stück der Welt zum Felde der Tätigkeit gewählt, und in seiner Mitte war der Geograph Theobald Fischer, Professor in Marburg, nach wiederholten Reisen in Afrika, besonders in Marokko, 1903 mit dem Vorschlage hervorgetreten, Deutschland solle sich dieses Land nicht entgehen lassen. Er sprach in den Alldeutschen Blättern 1903 mit Bewunderung von dem, was die Franzosen in Algerien und Tunis zur Hebung des Landes und zu eigenem Gewinn geleistet hatten, wies darauf hin, daß Marokko am Ozean entlang fruchtbaren Boden besitze und gewaltige Mengen von Nährstoffen wie Handelsgewächsen hervorzubringen vermöge; diese Gebiete dürften den Franzosen und Briten nicht gänzlich überlassen werden. Sein Vorschlag gipfelte in der Teilung Marokkos zwischen den drei Nationen, bei der die Deutschen alles Land an der Westküste von Rabat nach Süden, vor allem die fruchtbare Ebene des Sus erhalten sollten; dann konnten sie das Übrige Frankreich und England überlassen. Würden weitere Gebietsveränderungen zum Vorteile dieser zwei Nationen stattfinden, so müsse dies zugunsten Deutschlands durch eine Kohlenstation an der Ozeanküste (Agadir oder Mogador) ausgeglichen werden[1]).

Als die Kunde von dem englisch-französischen Vertrage über Marokko durch die Welt ging, reichte der Alldeutsche Verband noch im April beim Reichskanzler eine Denkschrift ein, in der er die Erwerbung der atlantischen Küste Marokkos, einschließlich des dazu gehörigen Hinterlandes, forderte. Dadurch allein wäre den Deutschen noch eine Massensiedlung über See, ferner die Massenproduktion von Baumwolle und ähnlichen Rohstoffen möglich.

In dieser Kundgebung ist kein feindseliges Wort gegen Frankreich gesagt, vielmehr wurde in den Äußerungen des Vorsitzenden des Verbandes, Professors Hasse, und auch sonst das Einvernehmen mit Frankreich über den Gegenstand empfohlen[2]). Dahinter standen

[1]) Alldeutsche Blätter 1903, Nr. 41. Vorhergegangen waren dieser Anregung die zwei Arbeiten Fischers: „Wissenschaftliche Ergebnisse einer Forschungsreise im Atlasvorlande von Marokko 1899“ und „Meine dritte Forschungsreise im Atlasvorlande von Marokko im Jahre 1901“.

[2]) Alldeutsche Blätter Nr. 10, S. 233. Alles Wichtige über die alldeutsche Bewegung 1890—1910 ist zusammengefaßt in dem Buche: „Zwanzig Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe.“ Herausgegeben vom Alldeutschen Verbande (Leipzig 1910).

freilich harte Drohungen, falls sich die Franzosen nicht zur Teilung bequemten.

Das war jedoch nicht die Ansicht Bülows, und er fragte die Alldeutschen, in einer im preußischen Herrenhaus gehaltenen Rede, ob das Reich etwa um Marokkos willen vom Leder ziehen solle. Überhaupt wies die Regierung die Ansprüche der Alldeutschen als zu weitgreifend von sich und mahnte zur Mäßigung. Um so heftiger war deren Antwort. Es bestand überhaupt Kriegszustand zwischen ihnen und den auf Bismarck folgenden Kanzlern. Diese hätten, so grollten die Alldeutschen, die Gelegenheit zur Vergrößerung des Reiches aus der Hand gegeben, besonders während des Burenkrieges. Sie klagten bei jedem Anlasse Bülow der Schwäche an; auch verlangten sie vom Kaiser, er solle das persönliche Regiment sein lassen und die Leitung des Reiches einem Manne übertragen, der die Verantwortung für die Politik des Reiches übernehme und sich nicht den Wünschen des Hofes anschmiege, an einen Mann selbstverständlich nach ihrem Herzen und ihren Zielen. Nur konnten sie nach Bismarcks Tode keinen Anwärter ihres Sinnes vorschlagen. Sie blieben in einer Opposition, aus der jedoch mehr Verärgerung als Leidenschaft sprach. Dabei kam — nicht bloß diesmal — die eigentliche politische Schwäche der Alldeutschen zutage.

Sie wollten von jedem Nachbarn mit Güte oder mit Gewalt — vor letzterer schreckten sie nie zurück — Land oder wirtschaftliche Vorteile erjagen, ohne Rücksicht darauf, ob das Deutsche Reich mit einem seiner Nachbarn oder mit allen in Streit und Krieg geriete. Doch hatten sie in der Marokkofrage das richtige Gefühl, ein Ausgleich mit Frankreich sei das klügste. Wie erwähnt, hatte Bülow anfangs auf ihre Angriffe spöttisch geantwortet. Indessen lenkte er, als Rußlands Niederlagen in der Mandschurei dem Deutschen Reiche Ellbogenfreiheit verschafften, betreffs Marokkos doch in ihre Richtung ein. Er wollte sich nicht dem Vorwurf aussetzen, er lasse die Gunst der Lage ungenützt.

Wie aus dem Lager der Alldeutschen, die nur eine kleine, im Reichstage wenig Zustimmung findende Gruppe bildeten, so tönte es ihm auch sonst aus der öffentlichen Meinung mahnend und anspornend entgegen. Überhaupt war in der öffentlichen Meinung Deutschlands während der letzten Jahre ein gründlicher Wandel eingetreten. Sie hatte an der Weltpolitik Geschmack gefunden und verlangte von der Regierung rühmliche und erfolgreiche Taten. Dieser Wechsel der Gesinnung fällt zeitlich ziemlich genau mit dem Tode Bismarcks zu-

sammen, der, siegreich wie kein anderer, nach 1871 in weiser Mäßigung auf Enthaltsamkeit gedrungen hatte. Wie viele andere hatte auch Maximilian Harden, der schneidigste deutsche Publizist jener Tage, diese Entwicklung durchgemacht. Als Bewunderer Bismarcks war er nicht müde geworden, ihn selbst zu preisen und den Prunkreden Wilhelms II. entgegenzutreten, die, obwohl der Kaiser friedlich handelte, den Völkern ringsum nur zu oft die Spitze des deutschen Schwertes zeigten. So hatte es Harden noch in den ersten Jahren nach Bismarcks Tode gehalten, besonders als der Kaiser am 27. Juli 1900 die berüchtigte Hunnenrede gegen den chinesischen Boxeraufstand hielt (Bd. I, S. 322). Dann aber bog Harden in die Linie der Eroberungspolitik ein. Als die Engländer und Franzosen sich am 8. April 1904 einigten, das Mittelländische Meer unter sich teilten, lehnte sich Harden gegen die von ihnen vereinbarte Zurücksetzung Deutschlands auf. In dem Aufsatze vom 23. April sagte er sich von dem Kernsatze der Bismarckschen Politik, Deutschland sei saturiert, ausdrücklich los und schrieb:

„Wir sind nicht saturiert. Wir brauchen fruchtbares Land, brauchen, seit die Großindustrie sich in Treibhaushitze entwickelt, der standard of life der Nation weit über alle Gewohnheit erhöht worden ist, offene Riesengebiete, die unsere Waren zu anständigem Preise kaufen. Sonst verzwergen wir uns nach und nach zu einem zweiten Belgien."

Wohl mahnt Harden, zur Erreichung dieser Ziele neue Bündnisse zu suchen, aber auch ohne solche hält er Deutschland für stark genug, sich Geltung zu verschaffen. Obwohl er nicht zu den Alldeutschen gehörte, stimmte er doch einer ihrer Hauptforderungen zu, der nach umfangreichen überseeischen Erwerbungen.

*

Deutschlands Programm in der Marokkofrage. Friedrich von Holstein

Das war die Stimmung, die der Regierung aus der öffentlichen Meinung entgegenschlug. Die Verdrossenheit über die Verdrängung Deutschlands vom Mittelländischen Meer war allgemein, nur mahnten die

Parteien der Linken, sich darob nicht zu hitzigen Schritten fortreißen zu lassen, und auch in der „Kreuzzeitung" entwickelte Theodor Schiemann am 29. Juni 1905, in Marokko habe sich Deutschland nur wirtschaftliche und nicht politische Ziele zu setzen. Nun aber spitzten sich die Dinge im scherifischen Reiche so zu, daß Frankreich immer schärfer ausgriff; es trat in Fez geradezu als Herr auf. Im Winter 1904 erhielt der Gesandte Saint-René-Taillandier eine ausführliche Weisung zum Handeln. Er traf am 21. Februar 1905 in Fez ein und hatte vom Sultan aufs bestimmteste (en termes pressants) zu verlangen, dieser solle seine Truppen von französischen Offizieren ausbilden und die Zölle unter Aufsicht französischer Oberbeamter einheben lassen. Seinen Auftrag erfüllend, sprach er mit dem Sultan wie mit einem Vasallen. In seiner Not wandte sich dieser an die deutsche Regierung und fragte, ob denn die Behauptung Taillandiers, seine Forderungen seien im Namen Europas vorgebracht, auf Wahrheit beruhe. Man hat später in Paris in Abrede gestellt, daß der Gesandte etwas Derartiges gesagt hätte; das war jedoch gegenüber der Größe der erhobenen Ansprüche nebensächlich.

Unter diesen Eindrücken reifte in Berlin der Entschluß kräftiger Abwehr. Es war notwendig, der Welt zu zeigen, daß Deutschland noch eine Großmacht sei; am allerwenigsten wollte es sich gefallen lassen, daß die französische Regierung bei dem marokkanischen Sultan im Namen Europas, also auch in seinem, das Wort führte. Dies gab den Ausschlag: das Deutsche Reich sollte der französischen Republik wieder in Erinnerung gebracht werden.

Wo aber den Hebel ansetzen? In diesem Belang wurde vor allem Holstein gehört, der vielvermögende Rat im Ministerium des Äußeren. Von ihm war bereits die Rede, als er nach dem Rücktritte Bismarcks die Lösung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland anregte und durchsetzte (Bd. I, S. 120). Seitdem stieg er noch zu größerem Einflusse empor, um gerade aus diesem Anlasse zu Falle zu kommen.

Bülow war der vierte Reichskanzler, dem sich Holstein unentbehrlich machte. Dabei stand er Bülow menschlich näher als dessen Vorgängern; denn der zwölf Jahre ältere Geheimrat schätzte die Begabung des jüngeren Diplomaten hoch und förderte ihn, der immer im Ausland tätig war, vom Ministerium aus auf jede Weise, er räumte ihm manches Hindernis aus dem Wege. Als Bülow Reichskanzler wurde, bot er Holstein das Amt des Staatssekretärs an, nicht bloß

aus Dankbarkeit, sondern in Anerkennung der überragenden Kenntnisse, die Holstein in den Geschäften besaß. Indessen lehnte dieser den Ministerposten ab und begnügte sich mit der bisherigen Stellung eines Stellvertreters des Unterstaatssekretärs. Als Grund gab er seine unüberwindliche Abneigung gegen die gesellschaftlichen Pflichten mit ihrem Prunk und Schein an, das wahre Motiv jedoch war die Scheu vor der Öffentlichkeit, hervorgerufen durch die bittere Feindschaft der Anhänger des toten Bismarck, die ihm die Hauptschuld an dem Falle des großen Kanzlers zuschrieben. Er wußte, daß sie aus seinem Leben das Geheimste ans Tageslicht ziehen würden; schonungslos wäre ihm als Minister auch vorgehalten worden, was er dem Botschafter Grafen von Arnim, seinem Vorgesetzten in Paris, angetan hatte. Er zog es also vor, auf seinem dem Range nach bescheidenen Posten im Ministerium des Äußeren zu bleiben und von hier aus die Drähte zu ziehen. Harden, der ihn genau kannte, deckte nach dem Tode Holsteins die Widersprüche in dessen Innern auf und faßte sein Urteil dahin zusammen: „Eigensinniger Wille zur Macht in der Seele eines Empfindsamen, der grelles Licht nicht verträgt und unter öffentlicher Kritik wie unter frecher Entschleierung seiner Scham erschauert: ein politisch und psychologisch schwieriger Fall.“

Statt seiner wurde Freiherr von Richthofen zum Staatssekretär ernannt, der es aber nur dem Namen nach war, da Holstein der maßgebende Mann blieb. Dessen Arbeitszimmer lag neben dem Richthofens, und er trat, wann immer es ihm beliebte, bei dem Minister ein, ihn befragend, was die fremden Gesandten gebracht hätten; beim Reichskanzler war er für das zu Verfügende maßgebend. Begreiflich, daß Richthofen sich gedemütigt fühlte und gegen den gefürchteten Untergebenen Widerwillen empfand. Die Sachkunde und der Scharfsinn Holsteins konnten aber auch von ihm nicht bestritten werden. Zeitweise war Holstein so gereizt gegen seinen Vorgesetzten, daß er bei Bülow auf dessen Entfernung hinarbeitete und am 1. Juli 1904 sein Abschiedsgesuch einreichte, weil Bülow nicht auf seinen Antrag einging; nur mit Mühe ließ sich Holstein besänftigen.

Sein Ansehen im Amt brachte es mit sich, daß die deutschen Diplomaten, wenn sie von ihrem Posten nach Berlin kamen, sich in seinem Vorzimmer drängten, mancher nicht ohne Selbstüberwindung, viele aber auch gefesselt von der seltenen Persönlichkeit. Doch stimmten sie darin überein, daß Holstein stärker war im Zergliedern als im Aufbauen.

Das Schlimmste war das Holstein zerwühlende Mißtrauen; es ging ins Krankhafte und mußte behutsam geschont werden. Auf diese Art rächte sich die Schuld, die er Bismarck und Arnim gegenüber auf sich geladen hatte. Er lebte nur den Amtsgeschäften und zog sich immer mehr von den Menschen zurück. Kaiser Wilhelm kannte Holstein, den seine Minister als überaus fähigen Beamten schilderten, kaum von Angesicht. Im Winter auf 1905 äußerte der Herrscher zu Bülow den Wunsch, Holstein bei einer Mahlzeit im Hause des Reichskanzlers zu sehen. Holstein erhielt eine Einladung, bat jedoch, ihn zu entschuldigen, da er keinen Frack besäße. Als der Kaiser auf seinem Wunsche beharrte, stellte sich Holstein natürlich ein, aber — wie scherzhaft behauptet wurde — mit einem entlehnten Frack. So weltfremd war der Mann geworden, der in jungen Jahren in der Pariser Gesellschaft heimisch gewesen. Beim Kaiser waren seine Fürsprecher Bülow und Graf, später Fürst Eulenburg, der dem Herrscher lange Zeit nahe stand. Dies genügte ihm, da er durch Erscheinen bei Hofe seine zahlreichen Gegner nicht noch mehr reizen wollte. Aber mehr als unter deren Hasse litt er durch den eigenen Argwohn, der ihn überall Feinde wittern ließ.

Holstein war durch die Schule Bismarcks gegangen, aber der erste Kanzler hatte es ganz anders verstanden, die fremden Kabinette nach den Bedürfnissen Deutschlands zu schieben und zu gewinnen. Freilich muß festgestellt werden, daß Holstein nicht allmächtig war, daß manches auch gegen seinen Rat geschah. Der Hauptunterschied zwischen seiner Methode und der Bismarcks war, daß dieser das Verhältnis zu Rußland mit peinlicher Sorgfalt pflegte, während Holstein in stolzer Zuversicht auf die Macht des Reiches die engere Verbindung mit dem Zarenreiche zwar für wünschenswert, aber nicht für unerläßlich hielt. Er behandelte die Staaten, außer denen des Dreibundes, mit kühlem Stolz. Indessen machte er zwischen England und Frankreich einen bestimmten Unterschied. Nach seiner Ansicht tat die deutsche Regierung gut daran, sich auf freundschaftlichen Fuß mit Großbritannien zu stellen. Aus diesem Grunde war er einer ausgreifenden Flotten- und Kolonialpolitik abhold; hier jedoch hatte sein Einfluß eine Grenze, da der Kaiser und Bülow andere Wege gingen. Mit den Briten, so behauptete Holstein, lasse sich leben, während die Franzosen unversöhnlich und immer eine Gefahr für den Weltfrieden seien. Jeder Annäherungsversuch würde von ihnen nur als Zeichen der Schwäche

gedeutet und steigere ihre Begierde nach Vergeltung für 1870. Nicht daß er sie gering achtete, er war vielmehr ein Kenner und Schätzer ihrer Literatur. Auch verwarf er gleich dem Fürsten Bismarck den Gedanken an einen Vorbeugungskrieg. In der Annahme, sie seien unverbesserlich, hielt er es aber für notwendig, von Zeit zu Zeit die Schneide des deutschen Schwertes zu zeigen. Auf diese Art müßten sie gewarnt und abgekühlt werden. Das empfahl er auch in seinen der marokkanischen Frage gewidmeten Denkschriften. Da die französische Regierung sich über Deutschland hinwegsetzte, sollte sie hören und wissen, daß sie ohne dessen Zustimmung auf keine Gebietsausdehnung rechnen dürfe. Er drängte zu kräftigem Eingreifen, da Deutschlands Ansehen in der Welt sonst tief sinken würde. Es war einer seiner Vorwürfe gegen Richthofen, und deshalb hatte er sich im Sommer 1904 gegen ihn gewendet, weil er ihm Schuld gab, in den Welthändeln nicht kräftig genug aufgetreten zu sein. Er überzeugte den Reichskanzler, daß das Gewährenlassen der zwei Westmächte in allen Mittelmeerangelegenheiten, zumal in Marokko, der Macht- und Weltstellung Deutschlands abträglich sei.

Über diese Gesichtspunkte, wie in betreff des Frankreich gegenüber einzuschlagenden Verfahrens kam es zwischen Bülow und Holstein zu vollständiger Einigung, und der Kaiser gab seine Zustimmung. Es blieb dabei, daß Deutschland für sich keinen Anspruch auf marokkanisches Gebiet erhob, es forderte aber dieselbe Uneigennützigkeit von Frankreich. Die Republik sollte aus ihrer Verbindung mit England nicht den erhofften Vorteil ziehen. Hauptpunkt des also entworfenen deutschen Programms war, daß Marokko ein selbständiger Staat bleiben solle und dabei auf den Schutz des Deutschen Reiches rechnen konnte. Die Handhabe zum Eingreifen war der deutschen Regierung durch frühere Verträge gegeben, in erster Linie durch das Ergebnis der 1880 zu Madrid abgehaltenen Staatenkonferenz. Damals waren die am Handel mit Marokko beteiligten Staaten (Deutschland, Frankreich, England, Österreich-Ungarn, Italien, Spanien, die Vereinigten Staaten und Holland) übereingekommen, daß vom scherifischen Kaiserreiche den Untertanen irgendeines fremden Staates Vorzugsrechte nicht gewährt werden durften. Wenn also Frankreich, dies der Gedankengang Holsteins, das wirtschaftliche oder politische Übergewicht in Marokko an sich ziehen wollte, so mußten die übrigen Staaten um ihre Einwilligung gefragt werden. Abgesehen übrigens von dem Madrider Vertrage be-

stand seit 1880 auch ein Handelsabkommen Deutschlands mit Marokko, in welchem den Deutschen Meistbegünstigung eingeräumt war. Darauf berief sich das Berliner Kabinett, um den Vorstoß der französischen Regierung nötigenfalls allein abzuwehren, wenn die anderen Staaten sich nicht sollten einmengen wollen. Frankreichs Protektorat über Marokko konnte also nur aufgerichtet werden, wenn Deutschland politisch oder militärisch niedergerungen war, und darauf wollte das Berliner Kabinett es ankommen lassen. Es befand sich in der günstigen Lage, sich auf das internationale Recht stützen zu können.

Das Programm Holsteins baute sich streng logisch auf, somit standen sich die Kabinette von Berlin und Paris Aug in Aug gegenüber. Der deutsche Geschäftsträger in Marokko, Kühlmann, eröffnete seinem französischen Kollegen, daß Deutschland durch den englisch-französischen Vertrag, der ihm nicht einmal mitgeteilt worden war, nicht gebunden sei; und das wurde in Berlin dem Botschafter Bihourd bestätigt. Lebhafter Widerspruch erfolgte seitens der französischen Regierung, in deren Namen Delcassé am 31. März in der Kammer zu verstehen gab, er sei entschlossen, sich auf dem betretenen Wege durch den deutschen Widerspruch nicht beirren zu lassen. Und doch wäre das Natürlichste gewesen, daß das Pariser Kabinett, gleich nach der Vereinbarung mit England, sich auch mit Deutschland ins Einvernehmen gesetzt hätte. Das bezeichnete Jaurès als den Grundfehler der französischen Republik, wie er ihr überhaupt „tückische Feindseligkeit“ gegen Deutschland vorwarf. Aber auch Lord Rosebery fand, es sei unstatthaft, eine Macht wie Deutschland in den Welthändeln beiseite zu schieben. Dieses Verfahren wurde jedoch von Delcassé im Vertrauen auf den Beistand Englands bis kurz vor seinem Falle abgelehnt.

*

Kaiser Wilhelm in Tanger

Um der französischen Regierung den Ernst der Lage klar zu machen, griff auf Vorschlag seiner Ratgeber Kaiser Wilhelm in eigener Person ein. Am 23. März 1905 stach er zu Bremerhaven in See und fuhr über Lissabon ins Mittelländische Meer. Auf dieser Reise gedachte er

in Tanger, Marokkos größtem Handelsplatz, zu landen und hier gegen die Eroberungsabsichten Frankreichs ein kräftiges Wort zu sagen. Die deutsche Regierung legte auf dieses auch im einzelnen vereinbarte Vorhaben so großen Wert, daß sie nach Lissabon an den Kaiser ausführlich die dringende Bitte telegraphierte, der Monarch möge seine Absicht nicht unausgeführt lassen. In der Tat hielt Wilhelm nach seiner Landung zu Tanger (31. März 1905) zwei Ansprachen, die eine an den Oheim des Sultans, der ihn in dessen Namen begrüßte, die andere beim Empfange der deutschen Kolonie. Er sei gekommen, so sagte er, um dem Sultan als unabhängigem Herrscher einen Besuch abzustatten, und er hoffe, Marokko werde unter dessen Souveränität dem friedlichen Wettbewerb aller Nationen offen bleiben. Er erklärte ferner, sein Erscheinen solle kundtun, daß Deutschland seine Interessen in Marokko mit Nachdruck wahren wolle. Die Bedeutung dieser Worte lag darin, daß der Kaiser Frankreich gegenüber die Souveränität des Sultans feierlich anerkannte und ihm seinen Schutz zusagte.

Es steht übrigens fest, daß die Ansprachen zu Tanger auf Vorschlag des Auswärtigen Amtes gehalten worden sind. Der Kaiser hatte schon gesprochen, als am selben Tage aus Berlin wieder eine Depesche an seinen Begleiter, Freiherrn von Schön, den späteren Botschafter, einlief, in der er beauftragt wurde, dem Monarchen die Kundgebung, falls sie noch nicht erfolgt war, dringend zu empfehlen. Daraus, wie auch aus anderen Tatsachen geht hervor, daß Wilhelm sich nur ungern zu dem Schritte verstand[1]). Später, als die Souveränität des Sultans doch nicht geschützt werden konnte, fühlte Holstein das Bedürfnis, die Verantwortung für das Geschehene von sich abzuschieben und sagte zu Harden, er hätte beim Lesen der Kaiserreden einen Nervenschock erlitten[2]). Nun mag Wilhelm II. durch die Schärfe und Wärme im Ausdruck über die Absicht seiner Ratgeber hinausgegangen sein, wie sein Temperament es auch sonst mit sich brachte. Das aber hätte Holstein in Rechnung ziehen müssen. Hauptsache war aber nicht der Wortlaut der Ansprachen, sondern das Erscheinen des Kaisers in Tanger; auch lag es bei der deutschen Regierung, die Worte in der „Kölnischen Zeitung", wo sie zuerst erschienen, so zu veröffentlichen, wie es der ursprünglichen Absicht entsprach. Im Hinblick auf diese Umstände hat

[1]) Vgl. auch Schoen, „Erlebtes", S. 13; Bethmann Hollweg, l. c. S. 12 f.; Eckardstein, Hermann, Lebenserinnerungen III S. 99 f.

[2]) Harden, „Köpfe", I, S. 110.

Bülow, aufrichtiger als Holstein, die Verantwortung für die Reden des Kaisers auf sich genommen und sowohl im Reichstage (6. Dezember 1905) wie auch später erklärt, der Monarch habe nach seinem Rate gehandelt. Damit gab der Kanzler der Wahrheit die Ehre. Es war aber ohne Zweifel ganz unzweckmäßig, den Kaiser in dieser Weise in den Vordergrund treten zu lassen, und das wurde gleich damals von Bassermann, dem Führer der Nationalliberalen, im Reichstage festgestellt. Es ist ein erprobter Erfahrungssatz, daß das offensichtliche Hervortreten eines Monarchen die erst im Werden begriffenen Staatsgeschäfte eher schädigt und möglichst vermieden werden sollte. Da Wilhelm ohnedies oft den Fehler beging, sich überflüssigerweise vor der Öffentlichkeit hören zu lassen, so hätten ihn seine Ratgeber eher zurückhalten als anspornen sollen.

Überlaut dröhnten die Kaiserworte, sie waren in der Sache aber nicht einmal so folgenreich wie die aus der deutschen Reichskanzlei hervorgehenden Depeschen vom 11. und 12. April, deren Wortlaut zunächst nicht veröffentlicht wurde. Die eine war nach London, die andere an mehrere befreundete Regierungen gerichtet. Ihre Summe war, daß das Berliner Kabinett das Recht Frankreichs, Englands und Spaniens auf eine selbständige Ordnung der marokkanischen Angelegenheit bestritt und die Mitwirkung all der acht Staaten forderte, die den Madrider Vertrag von 1880 unterzeichnet hatten. Früher schon hatte die französische Regierung behauptet, die Madrider Akte habe nur die Regelung der Privatrechte der fremden Untertanen in Marokko bezweckt; diese Auslegung wurde jedoch in einer der Depeschen des Berliner Kabinetts als „rabulistisch" zurückgewiesen und die völkerrechtliche Bedeutung des Vertrages in den Vordergrund gerückt. Die Rechte Deutschlands in Marokko, so hieß es weiter, könnten nicht von anderen Mächten an irgend jemanden, also auch nicht von England an Frankreich, abgetreten werden. Dieser Satz wurde mit einer, im diplomatischen Verkehr ungewöhnlichen, fast verletzenden Schärfe begründet. In dem für die englische Regierung bestimmten Schriftstück hieß es: „Wir treten für unsere Interessen ein, über welche anscheinend ohne unsere Zustimmung verfügt werden soll. Die Bedeutung der Interessen ist dabei Nebensache. Derjenige, welchem Geld aus der Tasche genommen werden kann, wird sich immer nach Möglichkeit wehren, gleichviel, ob es sich um 5 Mark oder 5000 handelt. Daß wir wirtschaftliche Interessen in Marokko haben, bedarf keines Beweises. Wenn wir die-

selben stillschweigend preisgeben, so ermuntern wir damit die zuschauende Welt zu ähnlichen Rücksichtslosigkeiten gegen uns bei anderen, vielleicht größeren Fragen.“ Diese Rechtsbelehrung wurde an England gerichtet, um von hier nach Frankreich weitergegeben zu werden.

Zur Geltendmachung ihres Standpunktes wendete die deutsche Regierung die geeigneten Mittel an. Die seit 1896 nicht besetzte marokkanische Gesandtschaft erhielt im Grafen Tattenbach wieder einen Vollmachtträger. Dieser traf im Mai 1905 beim Sultan ein und bestärkte ihn in der Zurückweisung der französischen Ansprüche auf die Oberaufsicht seiner Armee und Finanzen. Unschwer wurde er bestimmt, sich an alle am Madrider Vertrage beteiligten Kabinette zu wenden und sie behufs internationaler Feststellung seiner Rechte zu einer Konferenz einzuladen. Das war ein guter Schachzug der deutschen Diplomatie; denn der als Kläger auftretende Sultan bat nicht Deutschland allein, sondern auch die anderen mitbetroffenen Staaten um Schutz. Das Deutsche Reich seinerseits wiederholte seine Erklärung, es strebe in Marokko für sich keinen Vorteil an, dagegen für alle die Aufrechthaltung eines im Wesen verletzten Vertrages.

*

Die englische Regierung schürt gegen Deutschland

Die von der deutschen Regierung bezogene Stellung war so fest, die Rechtslage so klar, daß jenseits des Rheins, sowohl in der Kammer wie unter den Ministern, die Ansicht überwog, man solle auf Unterhandlungen mit Deutschland eingehen und den Konferenzvorschlag annehmen. Was war damit auch für Frankreich verloren? Wegen der formellen Vorentscheidung stand es nicht dafür, den Frieden in Frage zu stellen; über die Sache selbst aber wäre durch die Beschickung der Konferenz noch nichts entschieden gewesen. In der Kammersitzung vom 19. April kam Delcassé in die Klemme, da nicht bloß die Sozialisten Jaurès und Pressensé, sondern auch Deschanel, der frühere und auch spätere Präsident der Deputiertenkammer, dessen Hartnäckigkeit mißbilligten. Diesmal kam noch der Ministerpräsident Rouvier seinem Kollegen zu Hilfe, aber, wie sich bald zeigte, mit halbem Herzen.

In dieser Bedrängnis war die Haltung Englands für Delcassé ein Trost. Das Londoner Kabinett stützte ihn, die britische Presse pries ihn in den höchsten Tönen. Die „Times" standen dabei in erster Linie, sie eröffneten gegen die Berufung einer europäischen Konferenz einen förmlichen Kreuzzug. Ebenso hielten sich konservative Blätter, wie „Standard" und „Daily Mail", ebenso liberale gleich den „Daily News" und dem „Daily Chronicle". Es war bezeichnend, wie England den französischen Minister gegen Deutschland ins Feuer schickte. Die „Times" meldeten am 16. Mai aus Paris: „Das allgemeine Gefühl hier ist, daß jeder, der an die Stelle des Herrn Delcassé treten würde, vom deutschen Kaiser ernannt wäre." In demselben Blatte wurde den Franzosen ins Gewissen geredet, „den größten Diener ihres Landes" nicht den Deutschen zu opfern. Dabei stand es fest, daß die „Times" enge Beziehungen zur englischen Regierung unterhielten [1]). In dem Chorus der Presse machte König Eduard den Kapellmeister. Er hielt sich auf der Durchreise nach Nizza am 6. April in Paris auf und sprach eingehend mit Loubet. Am 31. April erschien er wieder in der französischen Hauptstadt, um mit Delcassé Rat zu pflegen. Eigentlich hätte Eduard als der erklärte Liebling der Pazifisten für das Schiedsgericht einer internationalen Konferenz wirken sollen, aber England hielt es für nützlicher, diese Lösung zu vereiteln und den Streit erbitterter werden zu lassen.

Wohl war England verpflichtet, zum Pariser Kabinett zu stehen,

[1]) So nach E. D. Morel, „Marocco in Diplomacy", London 1912, S. 146. Dieses lesenswerte Buch des Mitarbeiters des „Manchester Guardian" bekämpfte die englische Politik, besonders die Greys, weil sie durch die stete Herausforderung Deutschlands notwendigerweise zum Kriege führen müsse. Seite 88 schreibt Morel über die Haltung der „Times" während der Krise: „Ich empfehle die Durchsicht des auswärtigen Teils der ‚Times' in dieser Periode vom Mai bis zum November 1905. Der Leser wird dadurch in Staunen gesetzt. Die Angriffe und Drohungen gegen Deutschland, vermischt mit persönlichen Schmähungen Kaiser Wilhelms, nehmen in den Pariser und Berliner Depeschen, besonders in den ersteren, kein Ende. Nicht weniger bemerkenswert ist die Parteinahme für Herrn Delcassé gegen die Kritiker in seinem Lande. Jedes Lob Delcassés gilt als Zeugnis für seine staatsmännische Gesinnung, und die seltenen Äußerungen dieser Art werden gewissermaßen religiös wiedergegeben; die Kritiken seiner Politik in ihren zahlreichen Kundgebungen werden scharf gekürzt oder als Beweis engherziger Parteinahme angeführt. Das Recht Deutschlands, bei der Neuordnung Marokkos mitzusprechen, wird höhnisch geleugnet. Der Idee einer Konferenz wird heftig opponiert. ‚Man sollte sich nicht einen Augenblick damit beschäftigen' (12. Juni 1905)". — „Sie würde eine Demütigung, eine Kapitulation sein" (9. Juni)". So weit Morel.

da im Vertrage vom 8. April 1904 Marokko den Franzosen zugesprochen war. Indessen ging die Feindseligkeit Albions gegen Deutschland über alles Maß, wobei die ein Jahr vorher gehaltenen Reden Lees und Balfours ahnen ließen, was von dort zu besorgen war. Offenherzig besprach Bülow mit dem französischen Botschafter Bihourd die Sachlage. Er erwog die Aussichten eines Krieges zwischen den zwei festländischen Mächten und gab zu, daß England den Franzosen zu Hilfe kommen werde, um die in Entstehung begriffene deutsche Flotte zu vernichten und dem deutschen Seehandel den schwersten Schlag zu versetzen. Er verhehlte aber nicht, daß Deutschland sich für diese Verluste an Frankreich schadlos zu halten gedenke. Deutlicher noch als der Reichskanzler sprachen sich Männer in nicht verantwortlicher Stellung aus. Zu ihnen gehörte Graf Henckel-Donnersmarck, der, seit Jahren in Paris lebend, dank seinem Reichtum und seiner Freigebigkeit, die besten Verbindungen in den leitenden Kreisen, auch mit dem Ministerpräsidenten Rouvier, besaß. Er warnte die französischen Politiker, den Bogen zu überspannen; auf ihn ist allem Anscheine nach das scharfe Wort zurückzuführen, das in Paris umlief: Deutschland werde, wenn es von Großbritannien angegriffen werden sollte, Frankreich sofort den Krieg erklären und es als Geisel behandeln, der für England büßen und zahlen müsse. Noch schärfer ging Holstein vor oder wollte doch vorgehen. Im April 1905 dachte er einen Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zu veröffentlichen, in dem Frankreich geradezu mit Krieg gedroht werden sollte. Das aber schien dem Leiter der Presseabteilung Hammann doch zu viel und er verweigerte die Aufnahme des gefährlichen Aufsatzes; der Reichskanzler, dessen Entscheidung angerufen wurde, gab Hammann recht, was Holstein derart erbitterte, daß er den persönlichen Verkehr mit diesem abbrach[1]).

Auf dem Höhepunkte der Krise kam die englische Regierung ihrem Schützling mit einem wichtigen Angebote zu Hilfe, sie erklärte sich zum Abschlusse eines Verteidigungsbündnisses gegen Deutschland bereit. Delcassé teilte dies Loubet und Rouvier mit und zog daraus den Schluß, jetzt bestünde noch weniger als früher die Notwendigkeit, sich dem Diktat der Deutschen zu fügen; die Konferenz wäre abzulehnen und kaltblütig abzuwarten, ob deshalb ein Angriff erfolgen werde. Als ihm vorgehalten wurde, daß die Vernichtung der deutschen Flotte durch die

[1]) Auf diese Mißhelligkeiten ist manches Überscharfe zurückzuführen, das in Hammanns beiden Büchern gegen den reizbaren Amtsgenossen gesagt wird.

englische den Heeren der Republik nicht viel nützen könne, gab Delcassé tröstliche Aufschlüsse. Großbritannien, so legte er dar, hätte ein Landheer von 100000—150000 Mann bereit, um es an die deutsche Küste zu werfen; mithin würden beträchtliche Teile der deutschen Landmacht an die Häfen und Küsten gebunden sein, um die weitgestreckte Seegrenze zu schützen.

*

Rücktritt Delcassés

Ministerpräsident Rouvier war nicht der Mann, sich auf dieses gefährliche Spiel einzulassen. Er war ein kühler Rechner und erwog in erster Linie immer, was der französischen Volkswirtschaft förderlich wäre. Deshalb hielt er es fürs klügste, sich mit Deutschland zu verständigen, wie er schon in einem früheren Kabinett das Zusammenwirken des französischen mit dem deutschen Kapital beim Bau der Bagdadbahn durchgesetzt hatte. Im Ministerium Combes war Delcassé für die äußere Politik maßgebend gewesen; Rouvier jedoch, im Februar 1905 an die Spitze der Regierung tretend, griff, wenn notwendig, kräftig durch.

In den Augen dieses nüchternen Geschäftsmannes war das Bündnis mit England eine schöne Sache, jedoch ungenügend, um daraufhin einen Krieg mit Deutschland zu wagen. Die britische Landarmee kam gegen die Millionenheere des Festlandes nicht in Betracht, so daß eine Militärkonvention zwar nicht abzulehnen war, aber doch keine Lebensfrage sein konnte. Für Rouvier blieb entscheidend, daß Rußland, auf welches früher zu zählen war, noch mit dem japanischen Kriege zu tun hatte, daß seine Armee soeben bei Mukden geschlagen, seine Flotte bei der Tsushima-Insel vernichtet war. Im Innern des Zarenreiches löften sich Aufstände ab, es konnte Frankreich keine Hilfe senden. Auch war Nikolaus II. infolge der russenfreundlichen Politik Deutschlands während des japanischen Krieges durch ein festes Band mit Wilhelm II. verknüpft. Das war aber nicht alles. Jedermann wußte, daß es mit der französischen Kriegsmacht nicht zum besten bestellt war. Das Offizierkorps war infolge des Dreyfus-Handels innerlich gespalten; solange der Generalstab unter klerikalem Einflusse gestanden hatte, waren die republikanisch

gesinnten Offiziere zurückgesetzt worden, seit dem Siege der Radikalen richtete sich die Verfolgung gegen die strengen Katholiken und die Monarchisten. Doch war die Armee dank ihren großen Überlieferungen nicht gering zu schätzen; schlimmer stand es um die in Verfall begriffene Kriegsflotte. So kam Rouvier zu dem Entschlusse der Ausschiffung Delcassés aus dem Kabinett.

Am 6. Juni fiel im Ministerrat die Entscheidung. Delcassé erstattete über die Einladung zur Marokko-Konferenz Bericht und beantragte mit Hinweis auf den Bündnisvorschlag Englands die Ablehnung. Da trat ihm Rouvier entgegen und setzte in tiefer Erregung auseinander, daß Frankreich sich in diesem Falle auf Krieg gefaßt machen müsse. Dann, so ist glaubwürdig bekundet, wandte er sich an den Kriegsminister Berteaux und verlangte dessen Gutachten. Dieser erhob die Hände zum Himmel und rief aus: „Wir sind in keiner Hinsicht gerüstet!" Der Marineminister gab eine ähnliche Auskunft. Darauf sprach sich der Ministerrat mit allen Stimmen gegen die Delcassés grundsätzlich für die Beschickung der Konferenz aus [1]). Delcassé erhob sich und kündigte seinen Austritt aus der Regierung an. Das wurde unmittelbar darauf der Öffentlichkeit bekanntgegeben, und Rouvier übernahm in dem von ihm geleiteten Kabinett auch das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten.

Es war für Delcassé eine schwere Enttäuschung, daß seine Entlassung von der französischen Presse, wenige Ausnahmen abgerechnet, als Befreiung von einem Alp begrüßt wurde. Einer seiner Freunde schrieb einige Jahre später: „Ich habe mir die Mühe genommen, alle am 7. Juni 1905 erschienenen Artikel zu lesen. Ich habe darüber wahrhaft Schmerz empfunden. Ist es möglich, daß ein Land in einem psychologischen Augenblick seiner Geschichte bis zu solchem Grade seine Interessen vergessen und sich derart narren lassen konnte [2])?" Delcassé

---

[1]) René Pinon, „France et Allemagne 1870—1913", Paris 1913, S. 165.

[2]) André Mévil, „De la paix de Francfort à la conférence d'Algésiras", Paris 1909, S. 298. Was in diesem Buche von der Politik Delcassés erzählt wird, ist auf dessen Mitteilungen zurückzuführen. Übrigens ist Mévil von einem an Zurechnungsunfähigkeit grenzenden Hasse gegen Deutschland beseelt. Ebenso leidenschaftlich urteilt er über Rouvier, dem er die niedrigsten Motive unterschiebt. Er läßt durchblicken, Rouvier habe nach Berlin Staatsgeheimnisse verraten und überhaupt mit der deutschen Regierung in unlauteren Beziehungen gestanden (Seite 252 und 281). Die Denkungsart Mévils ist bezeichnend auch für seinen Freund Delcassé. — Zu den Blättern, die sich gegen Delcassé wandten, gehörte auch der „Temps"; daher die Verstimmung zwischen dessen Redakteur Tardieu und

hatte sich über die Stimmung seiner Landsleute einem Irrtum hingegeben; die Mehrheit des Volkes war, was auch die Schaumschläger sagen mochten, friedlich gesinnt. So trug er Schuld an einer schweren diplomatischen Niederlage Frankreichs. Es war doch ernst, daß die Republik der deutschen Regierung zuliebe einen Minister des Äußeren fortschicken mußte; auch die Gegner der Politik Delcassés empfanden dies als Demütigung Frankreichs. Da er jedoch als Opfer des Berliner Kabinettes galt, verlor er nie völlig die Zuneigung seiner Landsleute, die ihm 1911 das Marineministerium anvertrauten. Es war aber nicht die Schuld Deutschlands, sondern seine eigene, daß Frankreich ebenso wie im Streite um Faschoda den Rückzug antreten mußte. Beide Male war Delcassé durch sein antideutsches Vorurteil irregeleitet; Frankreich mußte es büßen, daß er sich in den Kopf setzte, den mächtigen Nachbar wie Luft zu behandeln.

*

England und der Weltfriede

Nachdem Delcassé sich von seiner Bestürzung erholt hatte, ließ er am 12. Oktober 1905 seine Politik durch Stefan Lauzanne im „Matin" rechtfertigen und zugleich Rouvier angreifen, weil dieser unnötigerweise zurückgewichen wäre; bei diesem Anlasse wurde auch bekannt, daß das britische Landheer zu einem Angriffe im Rücken der deutschen Armee bestimmt gewesen war. Durch diese Eröffnung sah sich die englische Regierung bloßgestellt. Sie suchte die Spuren einer Politik zu verwischen, die einen Krieg hätte entzünden können. Sie stellte also die Wahrheit des Enthüllten in Abrede; England habe, so ließ sie durch das Reutersche Bureau verbreiten, in Paris kein Versprechen militärischer Hilfe gegeben. Auch dem Berliner Kabinett wurde amtlich eine ähnliche Mitteilung gemacht. Diese Höflichkeit wurde am 15. Oktober 1905 in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" im selben Tone

Delcassé. — Vgl. auch Georges Reynald, „La diplomatie française (L'oeuvre de M. Delcassé), Paris 1915, in dem Rouvier gleichfalls niedriger Beweggründe geziehen wird, und die ernstere Arbeit von Léon Maurice, „La politique marocaine de l'Allemagne", Paris 1916.

erwidert, ohne daß in Berlin oder anderswo die Beteuerung des Londoner Kabinetts Glauben gefunden hätte. Die Ableugnung durch das Reutersche Bureau war so gewunden, daß sie der Wahrheit nicht geradezu widersprach und den Sachverhalt zweifelhaft ließ. In der Sache selbst bestand in Deutschland wie in Frankreich kein Zweifel. Clemenceau und Jaurès, obwohl Gegner Delcassés, stellten ihm in ihren Zeitungen sofort das Zeugnis aus, er habe im Kerne offenbar die Wahrheit gesagt. Übrigens hieße es, Delcassé ungebührlich unterschätzen, würde man ihm zumuten, er hätte dem französischen Ministerrat mit dem englischen Bündnisse ein Blendwerk vorgetäuscht. Er war damals und später wirklich der Meinung, daß es eine unverzeihliche Schwäche Rouviers gewesen sei, nicht auf das englische Angebot einzugehen. Dieser Ansicht war auch der französische Botschafter in London, Paul Cambon, der in dieser Angelegenheit zu ihm hielt; er gab auf spätere Anfragen die wohl abgewogene Antwort: Ob nun England seine Waffenhilfe förmlich angeboten habe oder nicht, jedenfalls konnte Frankreich auf sie rechnen [1]).

In dem Berichte, den der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, am 5. April 1906 nach Brüssel schickte, versucht er, eine Erklärung für die Widersprüche zu geben. Darin heißt es: „Es besteht kein Zweifel mehr, daß es der König von England gewesen ist, der, unabhängig von seiner Regierung, Herrn Delcassé in eine kriegerische Politik hineingetrieben und ihm das übrigens nicht ausführbare Versprechen gegeben hat, 100 000 englische Soldaten in Holstein zu landen... Es gibt tatsächlich in England eine Hofpolitik, die neben und unabhängig von derjenigen des verantwortlichen Ministerrates verfolgt wird. Glücklicherweise sind alle diese Umtriebe außerstande gewesen, den Frieden zu stören."

Es ist jedoch angesichts der Haltung der vom Ministerium Balfour beeinflußten Zeitungen ausgeschlossen, daß die Regierung keinen Teil an der Aufpeitschung der französischen Öffentlichkeit hatte. Auf eigene Faust machte der im Ruhestande befindliche Admiral Fitzgerald im Mai einen heftigen Ausfall gegen Deutschland; noch über Lee hinausgehend verlangte er die Vernichtung der deutschen Flotte und des deutschen Handels.

Der König selbst machte kein Hehl aus seinem Übelwollen gegen Deutschland, besonders gegen Kaiser Wilhelm. Es wurde viel bemerkt,

[1]) So äußerte sich Cambon im November 1912 zu dem Verfasser dieses Werkes.

daß im Jahre 1905 die gewöhnliche Zusammenkunft der zwei Herrscher unterblieb, was von den Franzosen als eine ihnen geltende Artigkeit des Königs aufgefaßt wurde. Nun erklärte zwar Bülow am 14. Dezember 1905 im Reichstage, die Meldung des „Vorwärts", es hätte zwischen Wilhelm II. und Eduard VII. bei ihrer vorjährigen Begegnung zu Kiel einen persönlichen Zusammenstoß gegeben, für falsch; bald aber wurde es offenkundig, daß die Liebe des britischen Onkels zum Neffen einiges zu wünschen ließ. In den Februar 1906 fiel die silberne Hochzeit des Kaisers, und eine Zeitung wollte wissen, Eduard werde beim Feste erscheinen. Flugs ließ dieser Ende November 1905 durch seinen Privatsekretär, also in möglichst auffallender Form, die Meldung als unrichtig bezeichnen.

Nicht das ist die Hauptfrage, ob und in welcher Form England der französischen Regierung seine Waffenhilfe in Aussicht stellte. Entscheidend war, daß die britische Regierung Delcassé in der Politik bestärkte, die mit der Ablehnung der Konferenz begann und zu den schlimmsten Weiterungen führen konnte. Es geschah auf ihren Antrieb, daß die „Times" und eine Reihe anderer englischer Blätter die Kluft vertieften, während die sonst aufgeregte französische Presse fast durchwegs kaltes Blut bewahrte und mit dem Einlenken einverstanden war. Noch im Juli 1905 sagte der britische Botschafter in Paris, Bertie, zu Radolin: „Ihr werdet diese Konferenz nicht bekommen[1])."

Die Besonnenheit Rouviers stand im Gegensatz zu den Aufreizungen, die von der englischen Regierung ausgingen. Ihr Anteil an dem diplomatischen Feldzuge wird im einzelnen erst nach Öffnung der geheimen Archive festzustellen sein. Aber schon was vorliegt, genügt, um ein Urteil über die englische Politik zu fällen. Sie entsprach den Überlieferungen Englands, dessen Seeherrschaft auf den Streitigkeiten der Mächte des Festlandes beruht. Dabei müssen die britischen Staatslenker nicht geradezu den Krieg gewollt haben, wenn es ihnen nur gelang, Deutschland eine diplomatische Niederlage zu bereiten. Die Verantwortung für einen Krieg trägt aber nicht derjenige, der den ersten Kanonenschuß abfeuert, sondern wer eine derartige Verwicklung herbeiführt, daß der Knoten nicht mehr gelöst, sondern nur zerhauen werden kann.

[1]) Triumphierend erzählte die National Review im Juni 1916, S. 525, wie unhöflich Bertie damals Radolin behandelte.



XX

Die neue Mächtegruppierung und die Marokko-Konferenz von 1906

Der Fall Delcassés war nur ein blendender und kein nachhaltiger Erfolg der deutschen Diplomatie. Bloß in der Vorfrage, ob dem Berliner Kabinett bei der Entscheidung über Marokko eine Stimme gebühre, drang der Anspruch Deutschlands durch, über die Sache selbst war noch nichts ausgemacht. Nun aber ruft schon der Schein eines politischen Sieges die Eifersucht der anderen Kabinette wach, und sofort bildet sich ausdrücklich oder stillschweigend eine Verschwörung aller gegen den einen, um ihm den Erfolg zu entreißen.

*

Französische Angebote an Deutschland

Bülow, der am 6. Juni 1905 in den Fürstenstand erhoben wurde, sah sich durch das Errungene zum Fortschreiten auf seinem Wege bestimmt. Da die von Holstein empfohlene Methode sich bewährt hatte, war das Vertrauen des Kanzlers in ihn befestigt. Die marokkanischen Angelegenheiten wurden auch weiter von Holstein bearbeitet, sein Rat blieb maßgebend, wenn der Reichskanzler auch mitunter seinen Übereifer dämpfen mußte. Bülow und sein Ratgeber waren der Ansicht, daß man den Franzosen bestimmt bedeuten müsse, Deutschland sei durch den Rücktritt Delcassés nicht zufriedengestellt, sondern fordere nach wie vor den Verzicht Frankreichs auf die Herrschaft über Marokko. Die deutsche Regierung ließ also Rouvier am 10. Juni durch den Botschafter Fürsten Radolin sagen: „Wir stehen hinter der Konferenz. Wenn sie nicht stattfindet, gilt der Status quo, und Sie müssen wissen, daß wir hinter Marokko stehen[1].“ Aus dieser Erklärung ging hervor,

[1]) So nach dem französischen Gelbbuch Nr. 269, S. 232.

daß die Unabhängigkeit des Sultans das letzte Wort Deutschlands war. Um die deutsche Politik auf diesen Grundsatz festzulegen, war Kaiser Wilhelm vermocht worden, in Tanger zu erscheinen.

Schon Delcassé hatte versucht, der deutschen Regierung die französische Schutzhoheit über Marokko mundgerecht zu machen. Diese Tatsache wurde 1911 durch eine Mitteilung des Staatssekretärs Kiderlen-Wächter in der Budgetkommission des Reichstags bekannt, ohne daß von ihm ausgeführt worden ist, worin im einzelnen der Versuch Delcassés zu einer direkten Verhandlung bestand[1]). Dagegen liegen Angaben über die Vorschläge vor, welche die französische Regierung auf einem Umweg zur selben Zeit nach Berlin gelangen ließ. Zur Übermittlung wurde Luzzatti ausersehen, der wiederholt italienischer Schatzminister gewesen war, sich aber seit dem März 1905 nicht im Amte befand. Damals war noch Delcassé Minister, aber die Wahl Luzzattis, eines der hervorragendsten Nationalökonomen Italiens, läßt vermuten, dieser sei von Rouvier herangezogen worden. Der von dem italienischen Staatsmanne dem deutschen Botschafter Grafen Monts überantwortete Vorschlag bezweckte einen Ausgleich der Interessen der zwei Mächte. Darnach war der Großteil Marokkos dem französischen Einflusse überlassen, wobei aber, mit Rücksicht auf das persönliche Eingreifen Wilhelms II., die Souveränität des Maghzen formell aufs neue Anerkennung finden sollte; auf der anderen Seite wurde dem deutschen Reiche die Besitznahme zweier Häfen in Marokko, darunter Casablancas, freigestellt und die Aussicht auf Zugeständnisse im Kongogebiet eröffnet. Dieses Angebot wurde vom Grafen Monts mit einer warmen Empfehlung nach Berlin geleitet. Der Botschafter hielt dafür, mit der Zustimmung wäre ein doppelter Vorteil verbunden, die Ver-

---

[1]) In dem halbamtlichen Berichte über den Vortrag Kiderlen-Wächters vor der Budgetkommission des Reichstages (11. November 1911) heißt es: „Im Jahre 1905, nach der Tangerreise des deutschen Kaisers, habe Delcassé einen Versuch einer direkten Verhandlung gemacht, der aber mangels positiver Vorschläge zu einem Ergebnis nicht geführt habe. Dann habe Rouvier wiederum auf offiziösem und auch offiziellem Wege dem Wunsche nach einer Verständigung Ausdruck gegeben. Damals sei zum erstenmal das Wort „Kongo" gefallen. Von unserer Seite seien positive Vorschläge verlangt worden, ohne daß sie zu einem Ergebnis geführt haben. Inzwischen hatten wir uns auf den Standpunkt festgelegt, daß Änderungen in Marokko nur mit Zustimmung der Signatarmächte der Madrider Konferenz erfolgen könnten, um uns eventuell nicht zwischen zwei Stühle zu setzen. Daher habe Fürst Bülow nicht weiter auf die französischen Verständigungswünsche eingehen können, die niemals von positiven Vorschlägen begleitet gewesen seien."

ständigung mit Frankreich wie eine schätzenswerte Erweiterung des deutschen Kolonialbesitzes in Afrika.

Die deutsche Regierung beharrte jedoch auf ihren Vorsätzen und ging nicht auf die Unterhandlung ein. Die formelle Anerkennung des Sultans als Souverän, zu der Frankreich die Hand bot, würde nach der Ansicht Bülows und Holsteins nichts an dem Eindrucke geändert haben, daß er preisgegeben werde und Deutschland sich auf seine Kosten vergrößern wolle. Auch die sich daraus ergebende Schwächung der persönlichen Autorität Kaiser Wilhelms wäre zu bedenken. Übrigens, so wandte man in Berlin ein, weshalb machte die französische Regierung den Umweg über Rom? War ihr Angebot etwa eine Falle? Vielleicht lockte sie das Berliner Kabinett nur heran, um feststellen zu können, daß die deutsche Regierung in Marokko so uneigennützig nicht war, wie sie sich gab. Wenn Deutschland sich auf Unterhandlungen einließ, so war, zu diesem Schlusse kam die deutsche Regierung, der Beweis geliefert, daß ihr an dem Sultan und seiner Souveränität so viel nicht lag. Das waren die Gründe der Ablehnung des Berliner Kabinetts, die aber nicht die Zustimmung des Grafen Monts fanden. Der Botschafter sah in dieser Schroffheit einen Mißgriff und wurde in seinem Urteil durch die nächsten Ereignisse bestärkt. Seitdem begann eine immer schärfere Entfremdung zwischen ihm und Bülow.

Sobald Rouvier das Ministerium des Äußeren übernommen hatte, erneuerte er den Versuch. Für beide Mächte, so ließ er in Berlin vorstellen, sei es ratsam, sich noch vor dem Zusammentritte der Konferenz zu einigen, um diese Versammlung vor eine fertige Tatsache zu stellen. Er ging zwar auf den Konferenzgedanken ein, aber nicht bedingungslos; denn den durch den Vertrag mit England erworbenen Rechten Frankreichs wollte er nichts vergeben und sie auch Deutschland gegenüber zur Geltung bringen. Es war für Rouvier eine Lebensfrage, aus dem widrigen Handel mit Ehren herauszukommen. Er mußte seinem Lande den Beweis liefern, daß Delcassé nur geopfert worden war, um vom Berliner Kabinett bessere Bedingungen zu erhalten. Bei dieser seiner direkten Verhandlung mit Berlin verlangte Rouvier also für Frankreich in Marokko Ellbogenfreiheit, deutete aber an, er sei zu einer Entschädigung am Kongo bereit. Ob auch diesmal von ihm ein Stück Marokkos angeboten wurde, ist unbekannt; Staatssekretär Kiderlen-Wächter wenigstens erwähnte davon nichts in den 1911 vor dem Reichstagsausschuß gemachten Mitteilungen. Die deutsche Re-

gierung verhielt sich Rouvier gegenüber zwar ebenso kühl wie früher, verlangte jedoch bestimmte Vorschläge, um sich entscheiden zu können. Da Rouvier jedoch seine Karten angesichts der sichtbaren Abneigung Deutschlands nicht aufdecken mochte, kam die Sache ins Stocken. Ließ man sich in Berlin auf nichts ein, so wollte er sich durch das Angebot von Gebietsteilen oder Vertragsrechten am Kongo nicht bloßstellen. Er befürchtete, wenn seine Bereitwilligkeit dazu in Frankreich bekannt wurde, die heftigsten Angriffe auf seine Geschäftsführung.

Die Idee eines Austausches Marokkos gegen Gebiete am Kongo tauchte übrigens auch in der deutschen Diplomatie auf. Kühlmann, der in Abwesenheit des Grafen Tattenbach Geschäftsträger in Marokko war, besprach mit seinem französischen Kollegen, Grafen Cherisey, eine derartige Lösung. Wie oben erzählt wurde (Band I, Seite 65), hatte Frankreich von Leopold II. das Vorkaufsrecht auf den belgischen Kongo für den Fall erworben, daß der König sich jemals seines Besitzes würde entäußern wollen. Kühlmann faßte nun die Abtretung dieses Vorkaufsrechtes als Preis ins Auge, damit Deutschland den Franzosen in Marokko Platz mache, und Cherisey fand, die Sache lasse sich hören. Die zwei Diplomaten hatten keine Vollmacht von ihren Regierungen; Kühlmann aber brachte den Vorschlag selbst nach Berlin, um ihn dem Reichskanzler zu unterbreiten. Dieser ließ ihn an Holstein weisen, der alles anhörte, jedoch erwiderte, Deutschland müsse unbedingt auf der vollen Unabhängigkeit Marokkos bestehen. So war auch diese Möglichkeit einer Vereinbarung von der Hand gewiesen.

Als sich später herausstellte, das Berliner Kabinett hätte gut daran getan, auf den 1911 zuletzt doch geschlossenen Ausgleich schon sechs Jahre früher einzugehen, verantworteten sich die beteiligten Staatsmänner dahin, es sei von der französischen Regierung 1905 kein bestimmter Vorschlag auf direktem Wege gemacht worden; es wären immer nur Andeutungen gewesen oder Anträge durch dritte Hand, die aber für die französische Regierung nicht bindend waren. In diesen Erklärungen Bülows, Kiderlen-Wächters und anderer Diplomaten liegt eine gewisse Wahrheit, ohne daß sie den Sachverhalt erschöpfen. Rouvier trat an die deutsche Regierung allerdings nicht mit einem festen Programm heran. Indessen wird im diplomatischen wie im Geschäftsverkehr der bereitgehaltene Preis naturgemäß nicht genannt, wenn der andere Teil von vornherein erklärt, sich auf den Handel nicht einlassen zu wollen. Es war von Rouvier nicht zu verlangen, daß er seine Tasche ohne

weiteres ausleere. Es ist in solchen Fällen nicht üblich, gleich den vollen Preis zu nennen. Hätte man mit Rouvier gesprochen, so würde er entweder Stücke am Kongo oder von Marokko, vielleicht auch von beiden etwas, in Aussicht gestellt haben. Nur darin war die deutsche Regierung im Recht, daß sie annahm, ein deutsch-französischer Mitbesitz in Marokko würde zu fortwährenden Streitigkeiten führen. Anders standen die Dinge am Kongo. Hier waren Erwerbungen in jeder Hinsicht wünschenswert, denn in Südafrika konnte noch ein deutsches Kolonialreich geschaffen werden, sofern es gelang, Deutsch-Ostafrika und Südwestafrika über den belgischen Kongo hinweg zu einem Gebietsganzen zu vereinigen.

Indessen richtete sich 1905 der weltpolitische Plan, von dem die deutsche Regierung ausging, auf ganz andere Gebiete des Erdballs. Sie verfolgte schon damals das Ziel, die islamische Welt enge an Deutschland anzuschließen. Das war eine vielverheißende Idee, die von Kaiser Wilhelm 1899 zu Damaskus verkündet wurde; er versicherte damals die Bekenner des Islams seiner Freundschaft. Sorgsam war seitdem nach diesem Grundriß weiter gebaut und der Schienenweg nach Bagdad in Angriff genommen worden. Am Bosporus war der deutsche Botschafter Marschall der unermüdliche Förderer dieser Entwürfe. Von ihnen erfüllt, bestärkte Marschall 1905 den Reichskanzler, wie dieser in seinem Buche „Deutsche Politik" berichtet, in seiner Absicht, den Sultan von Marokko zu unterstützen. Es würde auf die Bekenner des Islams, so schrieb der Botschafter, einen schlechten Eindruck machen, wenn man Marokko preisgäbe. Anderer Ansicht waren die Botschafter in Paris und Rom; sie rieten, sich auf Kosten des Maghzen mit Frankreich auszugleichen. Graf Monts führte auch ins Treffen, Italien sei kein zuverlässiger Bundesgenosse und werde bei einem Zusammenstoße mit Frankreich voraussichtlich abfallen. Doch umsonst; in Berlin schlug der von Marschall entwickelte Gedankengang durch. Dieser irrte jedoch in der Annahme, daß der Sultan in Stambul für den in Fez einstehe. Die Beherrscher Marokkos betrachteten sich als direkte Nachkommen der Tochter des Propheten aus der Ehe mit Ali und erkannten die Sprossen Osmans nicht als Kalifen an; Abdul Hamid nahm also keinen besonderen Anteil an dem Schicksal des Maghzen. Es war ein Fehler, seinethalben den Ausgleich über Marokko abzulehnen.

*

Strömungen am Petersburger Hof. Nikolaus II. Lambsdorff. Witte

Die Harthörigkeit der deutschen Regierung hatte aber noch einen anderen Grund, und das war die Gewißheit, daß Rußland weder den Willen noch die Macht hatte, Frankreich während der Delcassé-Krise zu unterstützen. Jenseits des Rheins wieder war Taten- und Angriffslust durch den betrüblichen Eindruck der Niederlagen Rußlands im japanischen Kriege und seiner inneren Zerrüttung gelähmt. Trotz dem russisch-französischen Bündnisse war es zudem nicht ganz sicher, ob der Zar bei seinem persönlichen Verhältnisse zu Kaiser Wilhelm und im Gefühle der Zusammengehörigkeit der Herrscherhäuser unter allen Fällen für die Franzosen Partei ergreifen werde. Die deutsche Regierung hatte ihm im japanischen Kriege große Dienste geleistet, ihm gestattet, sein ganzes Heer von der Westgrenze abzuziehen und in den Kampf gegen Japan und die russische Revolution zu schicken. Deutschlands Uneigennützigkeit setzte sich dabei über die Grenzen der Klugheit hinweg; zog es doch die Unzufriedenheit Britanniens und dessen Kriegsdrohung auf sich. Wenn Rußland auch, wie wir wissen (Band II, Seite 21), sich trotzdem nicht für ein Bündnis mit Deutschland gewinnen ließ, so fühlte sich der Zar doch in herzlicher persönlicher Freundschaft zum Kaiser hingezogen. Auf der anderen Seite war Nikolaus II. von tiefem Unwillen gegen England erfüllt, da es den Japanern dieselben Dienste geleistet hatte, wie Deutschland ihm selbst. Von Eduard VII. sprach der Zar in seinem Briefwechsel mit Kaiser Wilhelm als von dem „Erzintriganten und Unheilstifter“ in Europa [1]).

Indessen ward Nikolaus bei seiner Schwäche und Urteilslosigkeit von den in seiner Umgebung sich bekämpfenden Einflüssen hin und her gezogen. Sein Minister des Äußeren, Lambsdorff, hielt ihn bei dem Bündnisse mit Frankreich fest und stellte sich dem Zusammenschlusse mit Deutschland in den Weg; der hervorragendste Staatsmann seines Landes dagegen, Finanzminister Witte, arbeitete für ein

[1]) So nach dem Briefe Wilhelms II. an den Zaren vom 22. August 1905, S. 195 ff.

umfassendes Bündnis der Mächte des Festlandes, um Englands Übergewicht zu brechen und es für seine russenfeindliche Haltung zu bestrafen. Witte war dabei in erster Linie durch ökonomische Erwägungen bestimmt. Er leitete die russischen Finanzen seit September 1892 und erwarb sich um sie große Verdienste. Er hatte den Staatshaushalt in Ordnung gebracht, die Goldwährung eingeführt, das Branntweinmonopol und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ins Werk gesetzt[1]). Dies alles war möglich geworden, weil sich die Ausfuhr des russischen Getreides während seiner Verwaltung mächtig hob. Da die einströmenden Gegenwerte seine Arbeit erleichterten, baute er mit einer, wie seine Gegner behaupteten, gefährlichen Einseitigkeit darauf seine Verwaltung auf; denn während die Staatsfinanzen gediehen, ward dem Volke die Brotfrucht verteuert, deren Verbrauch eingeschränkt. Da Witte nun den Außenhandel zum Eckstein seines Systems machte, Deutschland aber der beste Käufer und Zahler von Bodenerzeugnissen, daneben auch der größte Lieferant von Industrieerzeugnissen war, so erblickte er im Deutschen Reiche den natürlichen Bundesgenossen Rußlands. Indessen wollte er darum nicht von Frankreich abrücken, schon deshalb nicht, weil dieses unaufhörlich mit den Anleihen aushalf, die für die Rüstungen gegen Japan wie für den Bau von Eisenbahnen und sonstiger Nutzanlagen unentbehrlich waren. Da er außerdem überall auf die Gegnerschaft Englands stieß, formte sich in seinem Geiste der Plan, das Zarenreich, Deutschland und Frankreich zu einem festländischen Block zu vereinigen, um so der britischen Seeherrschaft die Spitze zu bieten[2]). Er erwartete allerdings, wenn er die Brücke von Berlin nach Paris schlagen half, von der deutschen Regierung eine wichtige Gegenleistung: sie dürfe in den Balkanfragen Österreich-Ungarn nicht mehr unbedingte Hilfe leisten, sondern müsse den russischen Ansprüchen Gehör schenken. Dabei hatte er aber, wenigstens solange Rußland darniederlag, nicht eine Politik der Ausdehnung, sondern des Friedens im Auge, der durch die Versöhnung Frankreichs mit

[1]) Über seine Tätigkeit als Finanzminister berichtet Witte ausführlich in seinen 1921 erschienenen „Mémoires du Comte Witte; traduction de François Rousseau", Paris, S. 40ff.

[2]) In seinen „Mémoires" l. c. berichtet Witte eingehend über seine Unterredungen mit Wilhelm II., die sich auf die Einigung Rußlands, Frankreichs und Deutschlands bezogen. Witte (Mém., S. 366ff.) hatte bereits 1897 in Peterhof diese Ansicht Wilhelm II. vorgetragen.

Deutschland gesichert gewesen wäre. England war dann in seine Schranken zurückgewiesen.

Durch diesen Gedankengang trat Witte jedoch in Gegensatz zu der in Rußland überaus starken deutschfeindlichen Strömung. Seine Entwürfe waren den Panslawisten ein Greuel, aber auch wer bloß russisch und nicht allslawisch empfand, wie Lambsdorff, wollte das Geleise der 1891 begründeten Bündnispolitik nicht verlassen. Denn es war so gut wie ausgeschlossen, daß Frankreich sich zum Dritten im Bunde werde gewinnen lassen; eher war dessen Abwendung von Rußland und das Abschwenken zu Großbritannien zu erwarten. Und ein so dienstwilliger, so gefügiger Bundesgenosse wie die französische Republik war schlechterdings nicht zu ersetzen. In dieser Auffassung hatte der Minister des Äußeren die meisten Botschafter und Gesandten auf seiner Seite, unter ihnen Benckendorff in London, Nelidow in Paris, Iswolskij in Kopenhagen. Wohl wirkten Graf Osten-Sacken in Berlin, Graf Kapnist in Wien für ein gutes Verhältnis zu den Mittelmächten, ohne daß sie, soviel bekannt geworden ist, einen Wechsel des von Alexander III. begründeten Systems befürworteten. Zunächst nun überwog beim Zaren der Einfluß Wittes, der schon deshalb eine starke Stellung hatte, weil er der geeignete Mann war, um die Friedensverhandlungen mit Japan zu führen. Im Juli reiste er über Paris nach Nordamerika, wo er zu Portsmouth mit den japanischen Bevollmächtigten zusammentraf. Indessen waren die Witte entgegentretenden Hemmungen überstark, und wenn auch der Zar der Meinung Wittes zuneigte, so hätte nur ein willensstarker Herrscher die Widerstände, besonders die panslawistischen, besiegen und ein durch ein Bündnis befestigtes, dauerndes Einvernehmen mit Deutschland herstellen können.

Für Deutschland war die Aussicht, über Petersburg zur Aussöhnung mit Frankreich zu gelangen, derart lockend, der Vorteil so augenscheinlich, daß Kaiser Wilhelm dieses Ziel wie im Vorjahre mit Feuereifer verfolgte. Von Bülow ist nicht dasselbe zu sagen. Er lieh dem Kaiser zwar bei dem Beginnen seine Unterstützung, er scheint aber von vornherein an dem Erfolge gezweifelt zu haben, und in tiefstem Grunde hielt er es für vorteilhafter, wenn die deutsche Regierung in unabhängiger Stellung zwischen Rußland und Britannien blieb, sich weder hier noch dort tiefer verpflichtete. Besser als über Bülow sind wir über die Gesinnung und Haltung Holsteins unterrichtet. Am Tage, nachdem Kaiser Wilhelm dem Zaren seinen Bündnisvorschlag gesendet

hatte (Band II, Seite 21), am 31. Oktober 1904, fand beim Reichskanzler eine Beratung statt, bei welcher Holstein den Eingeladenen, darunter Tirpitz und Schlieffen, dem Generalstabschef, über jenen Schritt Mitteilung machte und ihn näher begründete [1]). Er wünsche das Bündnis mit Rußland, um auf die französische Regierung den stärksten Druck üben, um sie zum endgültigen Verzicht auf Elsaß-Lothringen nötigen zu können. Hierbei fällt zunächst auf, daß Holstein es gewesen war, der 1890 die Verlängerung des von Bismarck geschlossenen Rückversicherungsvertrags vereitelt hatte; damals verschüttete er den Weg zu einem Bündnisse mit Rußland. Jetzt dachte er anders; offenbar durch die veränderte Weltlage belehrt und in der Sorge vor einem von England etwa zu führenden Schlag. Dieser nach vierzehn Jahren eintretende Meinungswechsel läßt sich sehr wohl verstehen; bedenklich aber ist, daß Holstein ein umfassendes Festlandsbündnis durch gegen Frankreich gerichtete Drohungen und durch die von ihm geleitete herrische Marokkopolitik zustande bringen wollte: die Franzosen sollten in die Allianz mit Deutschland hineingezwungen werden. Ein in sich widerspruchsvoller Gedanke, der sich über das wirkliche Leben und den Charakter des französischen Volkes hinwegsetzte; war es doch ausgeschlossen, daß es, wenn auch an die Wand gedrückt und gedemütigt, sich aufrichtig zu einer festen Verbindung mit Deutschland bequemen würde. Auch diesmal war der Ideengang Holsteins künstlich und bewegte sich im Zickzack, in überfeinerten, überspitzten Paradoxien. Mit gutem Grunde hielt Tirpitz, der von dem Bündnisse mit Rußland abriet, um das zur See noch unfertige Deutsche Reich nicht in einen Krieg mit Großbritannien hineinziehen zu lassen, den Männern des Auswärtigen Amtes entgegen, ein den Franzosen mit der Pistole aufgezwungenes Bündnis sei wertlos.

*

Zusammenkunft von Björkoe

Gerade die deutsche Marokkopolitik erschwerte den zwei Kaisern die Verwirklichung des Planes, der von Wilhelm mit heißer Seele erstrebt ward und von Nikolaus nicht ungern gesehen worden wäre. Im Ver-

[1]) Tirpitz, „Erinnerungen", S. 143.

folgen seiner Absicht ging Wilhelm ungestüm, mit solcher Überschätzung seines persönlichen Einflusses auf seinen unschlüssigen Freund an der Newa vor, daß es diesen mehr als einmal heiß überlaufen haben mag. Bemerkenswert ist, daß Wilhelm den Zaren mehrmals versicherte, er wolle den Streit um Marokko friedlich schlichten; darüber urteilte er richtiger als sein Auswärtiges Amt[1]). Sonst sind die Herzensergüsse Wilhelms immer überschwänglich, wenn auch von edlen Antrieben eingegeben; er schreibt an Nikolaus, als wenn er die Sache der russischen Nation zu führen beauftragt wäre. So wenn er ihm dringend rät, seinem Volke durch Gewährung einer beratenden Reichsverfassung — nicht eines beschließenden Parlamentes — entgegenzukommen, oder wenn er ihm die baldige Beendigung des aussichtslosen und im Volke unbeliebten Krieges gegen Japan ans Herz legt. Dazwischen verlangte er von seinem Freunde Abenteuerliches: er sollte, falls der Krieg dennoch fortzusetzen wäre, sich an die Spitze seiner Schwarze-Meer-Flotte stellen, ihre Durchfahrt durch die Meerengen aus eigener Kraft vollziehen und mit ihr in den Kampf ziehen; er möge, um sein Volk mit fortzureißen, Vertreter aller Gesellschaftsklassen nach Moskau in den Kreml berufen und sie durch eine flammende Ansprache zur Teilnahme an dem öffentlichen Wohl gewinnen. Welch seltsame Zumutung an die dürftige Persönlichkeit des russischen Kaisers! Es wäre kein Wunder gewesen, wenn Nikolaus sich durch die Einmengung in seine eigensten Angelegenheiten verletzt gefühlt hätte. Das scheint aber nicht der Fall gewesen zu sein, wenigstens folgte er der Einladung Wilhelms zu einer Zusammenkunft, die am 19. Juli an ihn erging. Der russische Minister des Äußeren war von der deutschen Regierung früher nicht verständigt worden, er wurde von dem Ereignisse überrascht. Die Zusammenkunft fand am 23. und 24. Juli zu Björkoe in den finnischen Schären statt. Der Zar brachte seinen Marineminister Birilew mit, einen Gesinnungsgenossen Wittes; Wilhelm II. den Gesandten Tschirschky, der zu jener Zeit das Auswärtige Amt auf den Reisen des Herrschers zu vertreten pflegte. Da nun gelang es dem Kaiser in frischem Anlauf, den Zaren ganz für den Bündnisgedanken einzunehmen. Dieser war sich bei seiner beschränkten Einsicht nicht bewußt, was der Vertrag bedeutete, dem er seine Genehmigung gab. Es war ein Tag des Triumphes für Wilhelm II., als sie ausmachten, sie wollten sich, wenn eines der zwei Reiche angegriffen werden sollte, in Europa Waffenhilfe

[1]) Briefe Wilhelms II. an den Zaren, S. 213, 216.

leisten und Frankreich zum Eintritt in das also geschlossene Verteidigungsbündnis einladen. Damit war England zum gemeinsamen Feind erklärt, aber nicht in kriegerischer Absicht, sondern, wie Wilhelm unmittelbar darauf am 27. Juli an den Zaren schrieb, um dessen „Anmaßung und Impertinenz“ abzukühlen. „Der 24. Juli 1905“, fuhr der Kaiser in diesem Briefe fort, „ist ein Eckstein in der europäischen Politik und schlägt ein neues Blatt der Weltgeschichte um; es wird ein Kapitel des Friedens und Wohlwollens unter den Großmächten des europäischen Kontinents sein, die einander respektieren werden in Freundschaft, Vertrauen und im Verfolgen einer allgemeinen Politik in der Richtung einer Interessengemeinschaft[1].“

Bevor sich die zwei Herrscher trennten, verabredeten sie noch, daß Kaiser Wilhelm, der bereits in Kopenhagen seinen Besuch angekündigt hatte, Dänemark für die Teilnahme am Bündnisse gewinnen sollte. Denn bei der damaligen Schwäche der Seestreitkräfte Deutschlands und Rußlands konnte der britischen Flotte die Einfahrt in die Ostsee nicht versperrt werden, wenn Dänemark den Engländern den Sund offen ließ. Indessen stieß der Kaiser in Kopenhagen auf ängstliche Zurückhaltung und auf die Scheu, sich in ein Abkommen gegen das seegewaltige Britannien einzulassen. Auch hatte die englische Diplomatie geschickt vorgebaut. Unmittelbar vorher war die Union zwischen Schweden und Norwegen in die Brüche gegangen. Lange schon empfanden die Norweger die Führung der äußeren Politik durch den schwedischen Staat als Herabsetzung. Da König Oskar den Gesetzentwurf nicht unterzeichnen wollte, durch den Norwegen ein selbständiges Konsulatwesen begründete, sprach die Volksvertretung am 7. Juni 1905 seine Absetzung aus. Ursprünglich beabsichtigte der unabhängige Staat die Wahl eines schwedischen Prinzen zum König, was aber Oskar II. tiefverletzt ablehnte; so wurde ein Sohn des Dänenkönigs auserkoren,

[1]) Briefe Wilhelms, l. c. S. 191. Witte, Mémoires, S. 375ff., erzählt, daß ihm Kaiser Wilhelm zu Rominten, wo Witte, aus Portsmouth zurückkehrend, einen Tag weilte, von dem Vertrage, der zu Björkoe geschlossen worden war, sprach und mit Erlaubnis Kaiser Nikolaus II. den Text zeigen wollte. Witte lehnte aber ab und bemerkte nur, daß ihn die Worte Wilhelms II. mit Freude erfüllten. Als er dann von Lambsdorff den genauen Wortlaut des Vertrages erfuhr, sei er entsetzt gewesen und habe alles getan, um Lambsdorff in seinem Streben zu unterstützen, Nikolaus II. zur Annullierung des Vertrages zu bestimmen. Der Marineminister Birilew erklärte später auf Befragen Wittes, er habe, dem Verlangen Nikolaus' II. entsprechend, das Dokument, ohne von dem Inhalte Kenntnis zu erhalten, unterzeichnet (l. c. S. 383).

Karl, ein Schwiegersohn des Königs von England. Die Wahl dieses Prinzen war dem russischen wie dem deutschen Kaiser wegen der Verwandtschaft mit Eduard VII. in gleicher Weise unangenehm, aber als Wilhelm anfangs August in Kopenhagen weilte, war die Sache so gut wie abgemacht. In der Tat wählte der Storthing am 10. November 1905 den dänischen Prinzen zum König, der den Namen Hakon VII. annahm.

Übrigens blieb der englischen Regierung nicht lange verborgen, was in Björkoe vorgegangen war. Als man in London erfuhr, weshalb Wilhelm nach Kopenhagen gereist war, schrieb Königin Alexandra, die Gemahlin Eduards VII., an ihren Vater, König Christian von Dänemark, und fragte ihn vorwurfsvoll, ob er denn England verraten wolle. Darauf schickte der Dänenkönig seinen Minister des Äußeren, Raben, nach London, um hier die Versicherung abzugeben, sein Land werde sich unter allen Umständen strenger Neutralität befleißigen. Dies war ein Gebot der Klugheit, und die Bemühung des deutschen Kaisers ein Schlag ins Wasser[1]).

Das war jedoch Nebensache. Unendlich wichtiger dagegen war, daß jeder der Kaiser bei der Heimkehr von der Zusammenkunft auf den Widerspruch des verantwortlichen Ratgebers stieß. Wilhelm glaubte in Björkoe einen Sieg davongetragen zu haben, da er die Sache mit Bülow besprochen und mit ihm über die Linie seines Verhaltens einig geworden war. Der dort angenommene Vertragsentwurf enthielt aber eine vom Reichskanzler nicht erwartete Einschaltung: im ersten Artikel war ausgemacht, daß sich die zwei Reiche, wenn angegriffen, in E u r o p a Waffenhilfe leisten sollten. Dieser Zusatz erschien Bülow so nachteilig, daß er erklärte, die Verantwortung nicht tragen zu können, und am 3. August 1905 sein Entlassungsgesuch überreichte. Darin stand, daß er den Vertrag zwar im Grundsatze billige, jedoch finde, er habe durch die Beschränkung auf Europa seinen Wert für Deutschland verloren. Denn Rußland könne dem Deutschen Reiche in Europa keine Dienste

[1]) Nach Lord Loreburn, „How the war came", S. 76, kam die Kunde von den Vorgängen bei der Björkoer Zusammenkunft durch Dillon, den Korrespondenten des Daily Telegraph, aus Petersburg an die englische Regierung. Offenbar war ihm das Geheimnis von Feinden Deutschlands in der Umgebung des Zaren verraten worden. Über die Sendung Rabens nach London machte dieser, in Berichtigung irreführender Angaben Iswolskijs, dem österreichisch-ungarischen Gesandten in Kopenhagen, Grafen Szechenyi, 1917 die obige Mitteilung.

leisten; nur wenn es Indien bedrohe, wären die Engländer an einem empfindlichen Punkte getroffen. Sobald sie erführen, daß die Russen bei einem englischen Angriff auf Deutschland dieses nur in Europa zu unterstützen brauchten, Rußland also nicht verpflichtet sei, gegen Indien vorzugehen, würden sie es eher auf einen Zusammenstoß mit dem Deutschen Reiche ankommen lassen, als wenn Indien in Gefahr wäre[1]). Läßt man diese Einwendung Bülows auch gelten, so ist sie doch nicht von dem Gewicht, um sein unüberwindliches Widerstreben erklärlich zu machen. Denn einerseits war Rußland nach seinen Niederlagen zu Wasser und zu Lande für lange Jahre, selbst für Jahrzehnte, außerstande, den Briten in Indien gefährlich zu werden; und dann lag der Wert der Umgruppierung der Mächte darin, daß Rußland sich von Frankreich nicht in eine den Deutschen gefährliche Verbindung hineinziehen lassen konnte, ohne den Björkoer Vertrag zu brechen. Bülow hielt diese Gefahr für gering und schlug damit die nie wiederkehrende Gelegenheit in den Wind, das Zarenreich an Deutschland zu knüpfen. Das war ebenso schlimm, wie das doch von Bülow getadelte Fallenlassen des Bismarckschen Rückversicherungsvertrages.

Im Jahre 1905 lief die irrige Annahme mit, Russen und Briten seien so arg verfeindet, daß sie sich nicht verständigen könnten; dagegen die zwei Kaiserhöfe so innig verbunden, daß es überflüssig wäre, dieses Verhältnis durch einen Vertrag zu verankern. Nun konnte man, von einem ganz verschiedenen Gesichtspunkte aus, der Ansicht sein, für Deutschland sei der Zusammenschluß mit Rußland lange nicht so wichtig wie der mit England, Weltpolitik sei gemeinsam mit dieser Macht zu treiben.

Ganz verfehlt aber war es, das eine wie das andere Bündnis auszuschlagen und den zwei Großmächten den Weg zu einer gegen Deutschland gerichteten Verständigung offen zu lassen.

*

Rußlands Abschwenken von Deutschland

Wilhelm II. war von dem Einspruch des Kanzlers betroffen, lehnte dessen Entlassungsgesuch ab, blieb jedoch seinem Vorsatze treu und

[1]) Der obige Auszug aus dem Entlassungsgesuch Bülows ist den deutschen Staatsakten entnommen. Vgl. auch Hammann, „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges“, S. 142.

war bemüht, auch Nikolaus II. beim Björkoer Vertrag festzuhalten. Die Meinungsverschiedenheit des Kaisers und des Kanzlers wurde aber von selbst gegenstandslos, da der von seinen Ratgebern umgestimmte Zar seine Unterschrift bereute und sie, wenn auch nicht in der Form, so doch in der Sache verleugnete. Graf Lambsdorff war im Innersten verletzt, dem wichtigen Staatsakte nicht zugezogen worden zu sein[1]) und verargte dem deutschen Kaiser, daß er seine geistige Überlegenheit dazu benützt hatte, um den Zaren gewissermaßen zu überrennen. So wie der Vertrag vorlag, war er mit dem 1891 geschlossenen russisch-französischen Bündnis kaum in Einklang zu bringen. Beide Male verband sich Rußland behufs Verteidigung gegen eine dritte Macht, das eine Mal mit Frankreich, das andere Mal mit Deutschland. Wie aber, wenn diese beiden Staaten handgemein wurden? In diesem Kriegsfalle, welcher der wahrscheinlichste war, befand sich Rußland in einer unhaltbaren Lage. Lambsdorff, so wird berichtet, stellte also dem Zaren vor, das Abkommen zu Björkoe wäre in moralischer Hinsicht ein Treubruch an Frankreich, vom politischen Standpunkte ein Wagnis, im ganzen ein arger Mißgriff. Denn Rußland stellte sich dadurch in Gegensatz zu beiden Westmächten. Da nun zeigte sich die ganze Haltlosigkeit des russischen Kaisers. Es ist schwer zu sagen, ob dieser Charakterfehler deutlicher beim Abkommen von Björkoe zutage trat oder bei dem vom Zaren genehmigten Fallenlassen des Vertrages. Diese Schwenkung erfolgte nicht jäh; denn noch am 24. August schreibt Wilhelm an den Kaiser von den köstlichen Stunden, die sie vor einem Monat zusammen verbrachten, freut sich über ihre freundschaftliche Vereinigung, die „unseren Ländern, so Gott will, gute Früchte tragen wird". Als er aber dem russischen Kaiser am 26. September vorschlug, die beiden Regierungen sollten ihre Gesandten im Auslande anweisen, „in allen Fragen gemeinsamer Politik zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig über ihre Instruktionen und Ideen zu unterrichten", ward Nikolaus bedenklich; er zögerte, sich zu dem Bundesgenossen zu bekennen, weil ihn dies zu Frankreich in ein schiefes Verhältnis brächte[2]). Lambsdorff erhielt die Vollmacht, dem Berliner Kabinett

[1]) Wie Schoen l. c. S. 28, berichtet, sagte ihm Lambsdorff, „es sei zu bedauern, daß er, der zuständige Minister, in Björkoe nicht zugezogen worden war; er würde vor zu weit gespannten Hoffnungen gewarnt und verhindert haben, daß die Monarchen einen Pakt unterzeichneten, dessen Ausführung unmöglich schien."

[2]) Wilhelm II. an den Zaren, 28. November 1905, S. 214.

mitzuteilen, der Zar fühle sich durch dringende Gründe bestimmt, von der Abmachung zurückzutreten. So trug Lambsdorff und die Deutschland feindliche Partei am Petersburger Hofe einen vollständigen Sieg davon [1]).

An diesem Gange der Dinge konnte auch Witte nichts ändern, der nach wie vor eine russisch-deutsch-französische Allianz befürwortete. Der Zar zog ihn nunmehr nur zur Leitung der inneren Angelegenheiten seines Reiches heran. Auf Wittes Betreiben erhielt Rußland am 30. Oktober eine Verfassung; am 1. November wurde er zum Ministerpräsidenten ernannt. Er behauptete sich aber nur kurze Zeit, denn das neue Grundgesetz befriedigte nur die besitzenden Klassen, während die Demokratie den Kampf und die Revolution fortsetzte. Der Zar hatte die Verfassung nur widerwillig gewährt; als die Wahlen noch dazu demokratisch ausfielen, entließ er Witte und ernannte Goremykin, einen absolutistisch gesinnten alten Beamten, zum Ministerpräsidenten.

Unter diesen Stürmen hatte Witte nicht die Macht, die äußere Politik in die ihm erwünschte Richtung zu lenken [2]).

So entging England glücklich der Gefahr einer großen, gegen dasselbe aufgerichteten festländischen Friedensverbindung, durch die es

[1]) Wie Witte, S. 384, erzählt, lautete die Antwort Deutschlands auf die erste Erklärung Lambsdorffs von der Unmöglichkeit für Nikolaus, den Vertrag gutzuheißen: „Was geschehen, ist geschehen; et vous ne pouvez vous dérober.“ Später sagte Lambsdorff zu Witte, als dieser Ministerpräsident war und Lambsdorff nach der Abmachung von Björkoe fragte: „Soyez tranquille, le traité de Björke n'existe plus.“ Über die Björkoer Zusammenkunft findet sich ein ausführlicher aber einseitiger Bericht in den Memoiren Iswolskijs: „The memoirs of Alexander Iswolskij“. Ed. and translated by Charles Louis Seeger, London, p. 40 ff. Vgl. auch Veit Valentin, „Deutschlands Außenpolitik 1890—1918“, Berlin 1921, S. 60 ff. und die dort S. 62 Anm. zitierte Literatur.

[2]) Für die deutsch-russischen Beziehungen war es verhängnisvoll, daß die Russen sich nur zu oft strenger Logik verschließen. Einen Beleg dafür bilden die widersprechenden Äußerungen Kuropatkins über das Verhältnis zu Deutschland (Band I, S. 428), wie die Verworrenheit, die über diesen Punkt im russischen, den japanischen Krieg behandelnden Generalstabswerk herrscht. Der erste Band des Werkes, die diplomatische Einleitung, wurde im Ministerium des Äußern verfaßt; man findet dort folgende einander widersprechende Stellen: Auf Seite 7 heißt es: „In dem im fernen Osten begonnenen Kampfe war der Rücken Rußlands, der sich in diesem Falle an die Westgrenze lehnte, gesichert. Deutschland und sein Monarch verblieben treu den Traditionen, die die Häuser Romanow und Hohenzollern verbanden.“ Seite 59 aber liest man: „Die Beziehungen derjenigen Staaten zu uns, die für den bevorstehenden Kampf die größte Bedeutung hatten, England, Deutschland und China, waren entweder feindselig oder wenig geklärt.

eingekreist worden wäre, wie einige Jahre später das Deutsche Reich. Wir wissen, daß eine derartige Gruppierung 1885 England an der Besitznahme des Kongobeckens und Innerafrikas verhindert hatte, daß es hart daran war, zu Beginn des Burenkrieges auf eine ähnliche Schranke zu stoßen (Bd. I, S. 66 u. 202ff.). Die unvorhergesehene Zusammenkunft von Björkoe erregte in London Sorge und Unmut; König Eduard sagte zum österreichisch-ungarischen Botschafter Mensdorff, eine derartige Begegnung ohne jede diplomatische Vorbereitung sei ein ungewöhnliches Ereignis. Übrigens war auch die österreichische Diplomatie über das Abkommen im Dunkel gelassen worden; weder Aehrenthal in Petersburg noch Szögyény in Berlin wurden zunächst darüber unterrichtet; der erstere meldete nach Wien, selbst der deutsche Botschafter Alvensleben habe von der Zusammenkunft früher nichts gewußt. Als die englische Regierung sich über das Geschehene klar wurde, ließ sie Deutschland ihren Zorn fühlen. Unmittelbar vorher hatten die Zeitungen die Meldung gebracht, König Eduard gedenke den deutschen Kaiser zu besuchen; der König ließ aber durch seinen Privatsekretär in aller Form diese Absicht in Abrede stellen[1] (siehe Bd. II, S. 55). Es war dann auf die Einschüchterung Deutschlands abgesehen, als Ende August eine englische Flotte in der Ostsee erschien, wofür es seit längster Zeit kein Beispiel gab. Deutsche und Russen sollten sehen, daß Albion über das Baltische Meer ebenso wache wie über die Ozeane. Übrigens war Britannien diplomatisch besser gerüstet als 1885 und während des Burenkrieges, denn am 12. August 1905 kam mit Japan der Vertrag zustande, der Indien unter den Schutz des bereits bestehenden Bündnisses stellte und bestimmte, daß, wenn Großbritannien oder Japan

[1]) Kaiser Wilhelm war über Eduard VII. damals ungehaltener als je. „Zuerst ließ er", so schrieb er an den Zaren am 22. August (Briefe l. c. S. 197), „seine Presse den Gedanken eines Besuches bei mir lancieren, und, nachdem alle Zeitungen Europas dies aufgegriffen und besprochen hatten, veröffentlichte er plötzlich ein beleidigendes Dementi, die Idee wäre von meinem Auswärtigen Amt ausgegangen. Die feinste Lüge, die mir je begegnet. Dann lädt er hinter meinem Rücken meinen Sohn ein, ihn in England zu besuchen! Daraus wird natürlich nichts." Zu dem vielen Kindischen in den Briefen Wilhelms gehört folgende Stelle in dem Schreiben vom 25. August (l. c. S. 202): „Ich habe meiner Flotte befohlen, der britischen wie ein Schatten zu folgen, und wenn sie Anker geworfen hat, in der Nähe der britischen Flotte anzulegen, ihnen ein Diner zu geben und sie so betrunken zu machen wie möglich, um herauszukriegen, was sie vorhaben, und dann wieder fortzusegeln." Die englische Flotte legte sich vor Swinemünde vor Anker, wo sie von deutschen Behörden in geziemender Form begrüßt wurde.

in Asien auch nur von einer Großmacht bedroht wäre, der Bundesgenosse zur Waffenhilfe verpflichtet sei.

Durch einen Handstreich wie den Kaiser Wilhelms zu Björkoe ließ sich eine geänderte Mächtegruppierung nicht schaffen; dazu wäre die sorgsamste diplomatische Vorarbeit notwendig gewesen. In den Jahren 1899 bis 1904, als der Zar noch in Ostasien Großes zu erreichen gedachte, würde er die ihm gebotene Hand sicher ergriffen haben. Dann freilich ward ihm zu Beginn des japanischen Krieges die bedingungslose Hilfe Deutschlands zuteil, womit sich dieses ohne Entgelt verausgabte. Das Versäumnis von Jahren konnte durch Überrumpelung des Zaren nicht wettgemacht werden, um so weniger, als der deutsche Reichskanzler den Kaiser auf halbem Wege zu verlassen Miene machte. Nachdem einmal die Würfel in Ostasien gefallen waren, schien Deutschland den Russen entbehrlich, und auf die Dankbarkeit für geleistete Dienste darf nie gerechnet werden. Jetzt war es für Rußland notwendig, das ostasiatische Abenteuer abzubrechen und zu trachten, Sibirien vor einem Anschlage Japans zu schützen. Dafür bot ein Abkommen mit England sichere Gewähr, wozu die Briten auch bereit waren. Schon bei den Friedensunterhandlungen zu Portsmouth hatten sie sich für Japan nicht sehr stark eingesetzt, zumal nicht für eine ihrem Bundesgenossen zu zahlende Kriegsentschädigung, gegen die Roosevelt sich ausdrücklich aussprach. Seit 1905 begann eine Art Wettlauf der deutschen und der englischen Diplomatie um die Bundesgenossenschaft Rußlands, wobei Frankreich unermüdlich und erfolgreich für Großbritannien wirkte[1]). Mit solchen weltpolitischen Erwägungen verband sich der allslawische Gedanke, dessen Träger von tiefer Abneigung gegen alles Deutsche erfüllt waren. Zar Nikolaus war aber nicht darnach geartet, einen Damm gegen diese Strömungen zu bilden. Das Ereignis von Björkoe ließ bei ihm persönlich ein Gefühl der Beschämung zurück, denn er hatte sich durch seine Nachgiebigkeit zuerst vor seinen Ministern bloßgestellt, durch seinen Wortbruch später vor dem Kaiser. Die Schuld maß er dem stürmischen Drängen Wilhelms bei und grollte ihm ob der Ausnützung der eigenen Schwäche. So stellte der russische Diplomat Nekludow die Sache dar und so wird es gewesen sein, da die Briefe Wilhelms an den Zaren nach 1905 auf einen anderen Ton gestimmt waren als vordem. Es fehlen die schmetternden Trompetentöne, Wil-

[1]) J. Hashagen, „Umrisse der Weltpolitik", I, S. 131. (2. Aufl., Leipzig 1918.)

helm schreibt freundschaftlich, aber begibt sich nicht mehr auf das gefährliche Gebiet der inneren Politik Rußlands; seine Briefe sind nur ausnahmsweise politische Kundgebungen. Zwischen ihm und Nikolaus ist eine Erkältung eingetreten. Bei der nächsten Verwicklung, die sich im Winter 1906 auf der Marokkokonferenz ergab, wendet sich das Petersburger Kabinett mit einem Ruck von Deutschland ab und steht mit Frankreich und damit auch mit Großbritannien in Reih und Glied. Persönliche Verstimmungen haben dazu jedoch weniger beigetragen als allslawische Strömungen, als die veränderte Gesamtrichtung der Politik Rußlands, das sich von Ostasien ab- und wieder europäischen Zielen zuwandte. Da es hierbei auf die Mauer des mitteleuropäischen Bündnisses stieß, verband es sich zuletzt mit jedermann, der sich an deren Niederwerfen zu beteiligen willens war.

*

Englisch-französische Militärkonvention

Da nun Rouvier sah, das Berliner Kabinett lasse sich auf nichts ein und erwarte alles von der einzuberufenden Konferenz, so verwandelte sich seine Geschmeidigkeit in zähes Beharren. Erst nach langem Verhandeln einigten sich die zwei Kabinette über das der Konferenz vorzulegende Programm, wobei für Deutschland der zum Gesandten in Marokko bestimmte Rosen das Wort führte. Das Abkommen kam am 28. September 1905 zustande. Deutschland erreichte lange nicht das, was der leichte Sieg über Delcassé hatte erhoffen lassen. Es drang zwar mit dem von ihm aufgestellten Grundsatze der internationalen Regelung durch, indessen war es unsicher, auf welche Seite sich die Konferenz stellen werde. Rosens drohende Worte brachten zuwege, daß er in Paris der bestgehaßte Mann wurde.

Da die nach Algeciras in Spanien einberufene Versammlung erst im Januar 1906 eröffnet wurde, hatten die zwei Kabinette Zeit, auf die anderen Regierungen einzuwirken. Die französische Diplomatie, Hand in Hand mit der englischen, warb mit steigendem Erfolge. Um so nachdrücklicher wurde in Berlin verkündet, daß Deutschland von seinem Standpunkte nicht abgehen werde. Holstein fand, daß Kaiser Wilhelm

durch einige wohlgemeinte Äußerungen die Wucht der deutschen Erklärungen abgeschwächt habe. Am 6. Juni 1905 nämlich, dem Tage des Rücktritts Delcassés, wurde zu Berlin die Hochzeit des deutschen Kronprinzen mit Cäcilie von Mecklenburg gefeiert, zu welchem Feste der Präsident der französischen Republik gleich den anderen Staatsoberhäuptern eine militärische Abordnung entsendete. Der Kaiser empfing die französischen Offiziere und sagte ihnen, er nehme die Entlassung Delcassés als Zeichen, daß auch Frankreich den Frieden wünsche; jetzt werde sich auch in bezug auf Marokko die Einigung leicht erzielen lassen. Da nun die französische Regierung nach wie vor der Vorherrschaft in Marokko zustrebte, ließen sich die Worte des Kaisers so auslegen, als ob er in diesem Punkte zum Einlenken bereit wäre[1]). Um so schärfere Saiten zog Holstein auf. Es bestand zwischen dem Herrscher und dem einflußreichen Geheimrat insofern eine Meinungsverschiedenheit, als jener den Franzosen gegenüber ritterliches Entgegenkommen vorzog, während Holstein ihre Niederhaltung für notwendig hielt. Der Reichskanzler sprach sich in der Form immer gleich verbindlich aus, in der Sache aber ließ auch er es nicht an Deutlichkeit fehlen. Seine Reichstagsrede vom 6. Dezember 1905 war eine gemessene Warnung an Frankreich und England, nicht zu glauben, daß Deutschland ihnen die Verfügung über seine eigenen Rechte anheimstellen werde; bei diesem Anlasse verlas er seinen oben erwähnten Erlaß vom 11. April 1905 mit seinen derben Wahrheiten. Aus der Rede Bülows ging hervor, daß sich das Berliner Kabinett darauf gefaßt mache, auf der Marokkokonferenz einen harten Strauß zu bestehen.

Das folgte schon aus der Haltung Englands. „Die riesenhaften Anstrengungen der englischen Presse," berichtete am 23. September 1905 der belgische Gesandte Greindl aus Berlin, „einen friedlichen Ausgang der Marokkoangelegenheit zu verhindern, und die doch wohl unaufrichtige Leichtgläubigkeit, mit der sie alle Verleumdungen gegen die deutsche Politik aufnimmt, beweisen, wie sehr die öffentliche Meinung Großbritanniens bereit ist, jede deutschfeindliche Kombination zu begrüßen."

Die konservative englische Regierung legte sich auch öffentlich keinen Zwang auf und blies wohlgemut ins Feuer. Der Minister des Äußeren, Lansdowne, äußerte sich im November, England sei von Zeit zu Zeit

[1]) „Belgische Aktenstücke 1905—1914", herausgegeben vom Auswärtigen Amt, S. 17 f.

durch den Umstand behindert gewesen, daß es sich an verschiedenen Teilen der Welt Rivalitäten gegenüber befunden habe, „die für niemanden anderen ein Vorteil sein konnten als für einen verschlagenen Monarchen, der es verstehe, sie auszunützen“. Niemand in Europa zweifelte, daß der englische Minister mit diesen beleidigenden Worten den deutschen Kaiser gemeint hatte, was auch in dem Bericht des belgischen Gesandten Greindl (18. November) an seine Regierung angenommen wird. Vorsichtiger war der vom Premierminister beim Lordmayorsbankett am 9. November gemachte Ausfall. Er prophezeite eine Zeit langwährenden Friedens, aber mitten dazwischen kam der Satz vor: „Ich bin so sanguinisch zu denken, daß wir in Zukunft keinen Krieg sehen werden, es sei denn, daß eine Nation oder ein Herrscher erstünde, die unfähig wären, einen Plan nationaler Vergrößerung anders auszuführen als durch Niedertreten der Rechte der Nachbarn. Ich habe aber keinen Grund zu der Annahme, daß ein solches Unglück in Europa entstehen wird. Es würde eine Rückkehr zu längst vergangenen Tagen sein, wenn Europa gezwungen wäre, ein Bündnis gegen eine oder zwei Mächte einzugehen.“

Diese einmal heftig, dann wieder aus dem Hinterhalt geführten Ausfälle auf Deutschland bereiteten auf Schlimmes vor, wenn das konservativ-unionistische Kabinett im Amt blieb. Als es im Dezember 1905 dem liberalen Ministerium Campbell-Bannerman Platz machen mußte, nahm man in Berlin an, dies werde auch auf die äußere Politik Englands Einfluß üben. Doch weit gefehlt; der neue Staatssekretär Grey schlang ein noch engeres Band um die zwei Westmächte. Gleich nach dem Eintritt in sein Amt, so erzählte er der aufhorchenden Welt in seiner großen Rede vom 3. August 1914, kam an ihn während der Algecieraskonferenz die Anfrage der französischen Regierung, ob, wenn ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ausbrechen sollte, Großbritannien bewaffneten Beistand leisten würde.

Seine Antwort war, er könne ohne den herzhaften Beistand der öffentlichen Meinung nichts versprechen; da aber das Abkommen über Marokko außerordentlich volkstümlich sei, so werde seiner Ansicht nach England für eine tatsächliche Hilfe (material support) für Frankreich zu gewinnen sein. Diese Versicherung muß ausreichend gewesen sein, denn der belgische Geschäftsträger in London schrieb darüber am 14. Januar 1906 nach Brüssel: „In letzter Zeit sagte der Minister des Äußern zu wiederholten Malen den verschiedenen in London

beglaubigten Botschaftern, daß Großbritannien Frankreich gegenüber bezüglich Marokkos Verpflichtungen eingegangen sei, denen es bis zum Äußersten nachkommen werde, selbst im Falle eines deutsch-französischen Krieges; koste es, was es koste." Gleich beim Betreten der Weltbühne wählte also Grey das von ihm bis zum Schlusse befolgte Verfahren; er ermutigte das befreundete Frankreich, vor einem Kriege gegen Deutschland nicht zurückzuschrecken, da es des Beistandes Großbritanniens sicher sein könne.

Hocherfreut über die Antwort Greys erklärte die französische Regierung, daß, wenn die englische bewaffnete Hilfe in erwünschter Aussicht stehe, auch Verabredungen getroffen werden müßten, in welcher Art dies zu geschehen hätte. Darüber sollten jetzt schon „Verabredungen zwischen den Marine- und Militärautoritäten" der zwei Mächte stattfinden. Auch darauf ging Grey ein, und so entstand die erste zwischen England und Frankreich geschlossene Militärkonvention.

Diese Verabredung wurde nicht nur vor dem Parlament, sondern mit Ausnahme von dreien auch vor allen anderen Mitgliedern des Kabinetts geheim gehalten; die Eingeweihten waren der Premierminister Campbell-Bannerman, der Schatzkanzler Asquith und der Kriegsminister Haldane. In jener Rede versuchte Grey, die auffallende Umgehung des Ministerrates zu erklären und zu beschönigen. Es war zur Zeit der allgemeinen Wahlen, die Mitglieder des Kabinetts meistens außerhalb Londons mit politischen Reden beschäftigt, so daß der Ministerrat nicht berufen werden konnte.

Niemand Geringerer als der damalige Lordkanzler Loreburn hat in Abrede gestellt, daß die Mitteilung an den Ministerrat damals unmöglich gewesen wäre, und er tadelt die Unterlassung nachdrucksvoll. Im Dezember 1905, so legt er dar, versammelte sich das Kabinett regelmäßig jede Woche, während des Monats der Wahl am 3. und am 31. Januar. Ein guter Teil der Mitglieder war in London oder eine Stunde weit davon, und gerade die von Grey befragten befanden sich entfernt; übrigens gibt es Eisenbahnen und Postämter in Großbritannien, fügt Loreburn sarkastisch hinzu. Der Grund, weshalb Grey gerade Asquith und Haldane zu Rate zog, war, daß sie gleich ihm Imperialisten waren; von Campbell-Bannerman aber sagt der damalige Lordkanzler: „Einige von denen, die Sir Henry Campbell-Bannerman kannten und mit ihm im Dezember 1905 und Januar 1906 in enger, vertraulicher Verbindung standen, werden nicht glauben, daß er den

Zweck und die Bedeutung dessen verstand, was in Wahrheit gemacht wurde, es wäre denn, daß dafür ein Beweis geliefert wird (unless some evidence of it is given)." Loreburn deutet damit also an, daß der Premierminister von seinen Kollegen hinters Licht geführt wurde — was weder für die Aufrichtigkeit Greys noch für den Scharfsinn des Premierministers spräche[1]). Offenbar besorgten die drei imperialistischen Minister Widerspruch von seiten der altliberalen Kollegen, den sie sich ersparen wollten; es war auch nicht notwendig, deren Gewissen zu beschweren.

Auch waren die Bedingungen der Militärkonvention nicht so unbedeutend, wie Grey im Jahre 1914 vorgab. Winston Churchill machte über sie im Laufe des Weltkrieges folgende Mitteilung: „Der vom Kriegsminister Haldane mit den Generälen Nicolson und French ausgearbeitete Plan bestand darin, in zwölf bis vierzehn Tagen nach der Mobilisierung vier bis sechs Divisionen Infanterie und Kavallerie mit voller Ausrüstung an die linke Flanke der französischen Front zu bringen, während die Verteidigung der britischen Insel durch vierzehn Divisionen Landtruppen gesichert werden sollte." Die Franzosen wußten demnach genau, welche Hilfe sie von den Engländern zu erwarten hatten, sofern diese mit ihnen in den Krieg ziehen würden; und dieser Plan wurde auf das peinlichste durchgeführt[2]). Überraschend ist die vom Blockademinister Robert Cecil am 24. Juli 1918 im Unterhause gemachte Enthüllung: das Militärabkommen sei wirksam geworden ohne Austausch von Ratifikationen[3]). Das geschah offenbar gleichfalls behufs Beiseiteschiebung des Kabinetts und ist ein hübscher Beitrag zur Geschichte des Parlamentarismus und der Ministerverantwortlichkeit in England. Lord Loreburn, der den Vertrag strenge tadelt, datiert von ihm die veränderte Stellung Britanniens zu den Mächten des Festlandes und sieht darin eine der Ursachen des sich vorbereitenden Weltkrieges.

[1]) Loreburn, „How the war came", S. 105. Grey hatte in seiner Rede gesagt, daß das Kabinett später in Kenntnis der Militärkonvention gesetzt wurde, Loreburn macht dazu die Bemerkung (S. 81): Man möchte wissen, ob dies einige Monate oder Jahre, und wie viele Jahre später, geschah.

[2]) So nach Begbie, The vindication of Great Britain, London 1916, S. 99.

[3]) So nach der Meldung des Wolffschen Bureaus vom 10. August 1918.

*

Konferenz von Algeciras

Unter diesen für Deutschland unheilverkündenden Umständen trat am 15. Januar 1906 die Konferenz zusammen. Da sie auf dem Boden Spaniens tagte, führte dessen Bevollmächtigter, der Herzog von Almodovar, den Vorsitz[1]). Teilnehmer waren die zwölf Staaten, die an Marokko irgendwie wirtschaftlich oder politisch beteiligt waren: Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Österreich-Ungarn, Portugal, Rußland, Schweden, Spanien und die nordamerikanische Union.

Anfangs ließen sich die Dinge für das Berliner Kabinett gut an. Marokkos Unabhängigkeit und die Unversehrbarkeit seines Gebietes wurden in der Eröffnungsrede des Vorsitzenden als Grundlage der Beratungen erklärt; von dem Protektorate Frankreichs war keine Rede, es wurde von ihm klüglich nicht in Anspruch genommen. Sowie man jedoch auf die positiven Bestimmungen überging, entbrannte der Streit. Er galt besonders der Reform der Polizei und der Finanzverwaltung. Allgemein wurde für notwendig angesehen, der Gesetzlosigkeit und Barbarei im Lande ein Ende zu machen. Zu diesem Behufe mußte für eine straffe Polizeigewalt gesorgt werden. Hierbei standen sich die Anträge Deutschlands und Frankreichs schroff entgegen. Die französische Regierung verlangte durch ihren Bevollmächtigten, Revoil, daß in den acht größten Häfen des Landes die einheimische Mannschaft unter den Befehl von französischen und spanischen Offizieren gestellt werde. Dies entsprach dem zwischen den Kabinetten von Paris und Madrid am 3. Oktober 1904 geschlossenen Vertrage. Gegenüber dem französisch-spanischen Vorrecht stritt Deutschland für die Unabhängigkeit des Sultans und für internationale Gleichberechtigung. Der deutsche Bevollmächtigte, Freiherr von Radowitz, beantragte also: Der Sultan organisiert seine Polizei selbst und stellt als deren Leiter europäische Offiziere an; der Chef der Polizei wird immer einem europäischen Kleinstaat entnommen und steht unter der Oberaufsicht des diplomatischen Korps zu Tanger. Nun hatte man in Berlin angenommen, daß die nicht beteiligten Staaten für die internationale Lösung der Frage stimmen und sich nicht von Frankreich

[1]) Tardieu, „La conférence d'Algéciras, Paris 1907.

verdrängen lassen würden. Dies schien so einleuchtend, daß die deutsche Diplomatie ihren Feldzugsplan auf dieser Voraussetzung aufgebaut hatte. Sie erlebte aber eine schwere Enttäuschung; denn mit Ausnahme Österreich-Ungarns stimmten alle Staaten für das französisch-spanische Vorrecht. Von Rußland und England war nichts anderes erwartet worden; auch Italien hatte die deutsche Regierung schon früher aufmerksam gemacht, es sei durch sein mit Frankreich getroffenes Mittelmeerabkommen gebunden und müsse dessen Anspruch unterstützen. Merkwürdigerweise aber stellten sich auch alle anderen europäischen Staaten und ebenso die Vereinigten Staaten auf die Seite Frankreichs. Die Vereinsamung Deutschlands war, nach den während des letzten Jahres gemachten Anstrengungen, ein widriges Ergebnis.

Die Ursache des Mißgeschickes lag in dem Siege, den es im Vorjahre über Delcassé davongetragen hatte. Deutschland, in dem Duell der Stärkere, drückte auch nach jenem Ereignis auf Frankreich, um seine Ansprüche durchzusetzen. Die Sprache der deutschen Diplomaten und der halbamtlichen Presse klang allzu gebieterisch. Nun haben sich die Mitglieder des europäischen Staatensystems seit jeher immer gegen den Mächtigsten vereinigt. Die Neutralen standen unter dem Eindrucke, Deutschland habe seinen Erfolg durch Einschüchterung errungen; daher ihre Abstimmung auf der Konferenz. Die englischen Gesandten bliesen überall ins Feuer und setzten die Welt gegen Deutschland in Bewegung. Von ihnen ging die seitdem immer wiederkehrende Behauptung aus, das Deutsche Reich strebe nach der Vorherrschaft in Europa. Sie erzielten damit einen gewissen Erfolg. Und doch stand es so, daß Deutschland durch die Vereinbarungen über das Mittelländische Meer beiseite geschoben war, daß man ihm den Platz als Großmacht streitig machte. Es forderte also nur sein Recht und nicht ein Vorrecht. Es ergriff zwar nicht die richtigen Mittel, um sich geltend zu machen; aber die Anrufung einer internationalen Konferenz war der beste Beweis, daß es seinen Willen Frankreich nicht aufzwingen wollte. Entgegen der englischen Behauptung war die Entwicklung dahin gediehen, daß Deutschlands Einfluß im Sinken begriffen war. Unter Bismarck konnte von seiner Hegemonie gesprochen werden, nicht aber seitdem England sich seinen Gegnern zugesellte und bei den Randmächten Europas den Aufmarsch gegen das Deutsche Reich betrieb. Tatsächlich aber wirkte das Schlagwort, ganz besonders auf die kleinen an Deutschland grenzenden Staaten, wie Belgien und Holland. Es

ist nur auffallend, daß die deutsche Regierung über deren Stimmung entweder nicht unterrichtet war oder sie nicht in Rechnung zog. Nur so konnte es ihr widerfahren, auf der Konferenz nahezu allein zu stehen. Sie hatte einen Ausgleich mit Frankreich abgelehnt und den Prozeß vorgezogen, der zu ihren Ungunsten ausfiel.

*

Vermittlung des Wiener Kabinetts. Einlenken Deutschlands

Als nun die Verhandlungen zu Algeciras ins Stocken kamen, trat der Bevollmächtigte Österreich-Ungarns, Graf Welsersheimb, mit einem Vermittlungsvorschlag hervor. In sieben Häfen sollte die Polizei französisch oder spanisch sein, dagegen in dem achten und wichtigsten, Casablanca, international. Das war ein starkes Zugeständnis an Frankreich; dem deutschen Standpunkte wurde wieder dadurch Rechnung getragen, daß nach dem österreichischen Vorschlage zum Chef der gesamten Polizei ein Schweizer bestellt und dieser zur Berichterstattung an das diplomatische Korps in Tanger verhalten werden sollte. Aber Frankreich blieb hartnäckig, denn gerade auf Casablanca wollte es nicht verzichten. Damit nun nicht alles in die Brüche gehe, willfahrte Welsersheimb in diesem Punkte der Republik, während er an der internationalen Oberaufsicht festhielt. Ein Kompromiß also, aber ein für Frankreich günstiges. Damit erklärte sich der französische Bevollmächtigte einverstanden. Durfte Deutschland jedoch nachgeben und das zäh bestrittene Vorrecht Frankreichs anerkennen? War damit nicht der Grundsatz verlassen, um dessentwillen der ganze Feldzug geführt wurde? Dies war die Ansicht Holsteins, und er stemmte sich gegen den Beitritt zum Vermittlungsvorschlage. Eher sollte die Konferenz unverrichteterdinge auseinandergehen. Dies war seiner Ansicht nach besser als unrühmliches Zurückweichen. Sein Beweisgang war dieser: kam in Algeciras kein Beschluß zustande, so blieb der Madrider Vertrag von 1880 die allseits anerkannte Rechtsgrundlage; es gab dann kein französisches Vorrecht und die Republik hätte nur unter Verletzung jenes Vertrages

die Macht an sich ziehen können. Eine derartige Herausforderung Deutschlands, so meinte Holstein, würden die Franzosen aus Furcht vor einem Kriege nicht wagen; wenn aber doch, dann, so forderte er, müßten Kaiser und Reich zum Äußersten entschlossen sein.

Die also empfohlene Politik barg aber eine große Gefahr in sich. Ging die Konferenz ergebnislos auseinander, so stand Europa vor dem Ungewissen. Es war immerhin möglich, daß Frankreich, ermutigt durch den Rückhalt an fast allen anderen Staaten, in Marokko gebieterisch auftrat und den Sultan vor ein Entweder-Oder stellte. Sollte dann wegen der französischen Polizeigewalt in den acht Häfen das Schwert aus der Scheide fliegen? Gesetzt auch, daß die deutsche Regierung zuletzt durchdrang, so daß die marokkanische Barbarei von europäischem Einfluß unberührt blieb, in jedem Falle war dieser Erfolg die Opfer an Blut und Geld nicht wert.

Die deutschen Vertreter im Ausland waren geteilter Ansicht. Der Botschafter in Paris, Fürst Radolin, war kein Freund der Methode Holsteins und hielt gleich dem Kaiser die Schonung der Empfindlichkeit Frankreichs, des schwächeren Teiles, für geboten. Radowitz, Botschafter beim König von Spanien und jetzt in Algeciras tätig, riet gleichfalls zum Einlenken. Daß Marschall auf der entgegengesetzten Seite stand, wurde bereits erwähnt. Graf Monts hatte sich für den Ausgleich mit Frankreich eingesetzt und war nicht damit einverstanden gewesen, daß dem Kongreß die Entscheidung zugeschoben wurde; jetzt aber, da man sich so stark für Marokko eingesetzt hatte, müsse Deutschland, dies war seine Ansicht, fest bleiben und es auf das Auffliegen der Konferenz ankommen lassen. Monts stimmte Holstein auch in dem Punkte zu, daß Frankreich deshalb doch nicht einen Krieg wagen werde. Kiderlen-Wächter fällte später dasselbe Urteil; am besten zwar wäre die Einigung mit Rouvier gewesen, aber da Deutschland sich nun einmal nicht darauf eingelassen hatte, müßte es, was auch immer die Folgen sein würden, bis ans Ende gehen.

Die Verantwortung hatte der Reichskanzler zu tragen, die Entscheidung lag beim Kaiser. Fürst von Bülow war bereit, die Konsequenzen zu ziehen und die Versammlung ergebnislos auseinandergehen zu lassen. Indessen hatte Kaiser Wilhelm seit dem Anfang der Krise seinen Ratgebern die Richtschnur gegeben, er sei nicht willens, wegen Marokkos einen Krieg zu führen. Diese Gefahr, so setzte er dem Reichskanzler und Tschirschky auseinander, — der nach dem

Tode Richthofens (17. Januar 1906) Staatssekretär des Äußeren geworden war — müsse mit redlichem Bemühen vermieden werden. In wiederholten Gesprächen führte der Kaiser aus, daß er zwar um einer Ehren- und Lebensfrage Deutschlands willen zum Schwert zu greifen bereit sei; das Schicksal Marokkos jedoch habe für das Reich nur geringe Wichtigkeit und es ginge gegen sein Gewissen und seine Herrscherpflicht, die deutsche Nation wegen des Maghzen in einen Krieg zu verwickeln.

Wenn nun auch nach der Lage der Dinge nicht gerade das Äußerste zu befürchten war, so sagte sich der Reichskanzler doch, daß Deutschland, wenn es die Konferenz verließ, auf einen Waffengang gefaßt sein mußte. Somit befand sich Bülow zwar nicht in derselben, aber doch in einer ähnlichen Lage wie Bismarck in den Jahren vor dem Ausbruche des Krieges von 1866. Der große Staatsmann, der diesen Zusammenstoß kommen sah, sagte später, es wäre für ihn nicht statthaft gewesen, den König zu einem Kriege, den dieser nicht führen wollte, zu überreden. Das lag noch weniger in der Absicht Bülows, der nicht wie Bismarck die Entscheidung mit den Waffen planvoll vorbereitet hatte, sondern sie vermeiden wollte. Er erkannte die Geschlossenheit des Gedankenganges Holsteins an, legte auch weiterhin auf dessen Ratschläge großen Wert, trennte sich aber an diesem Scheidewege von ihm. Vom März an übernahm er selbst die Bearbeitung der Marokko betreffenden Geschäftsstücke, Holstein war beiseite geschoben. Die deutschen Bevollmächtigten in Algeciras wurden angewiesen, dem österreichischen Vermittlungsvorschlage zuzustimmen.

Nach der Einigung über die Polizeigewalt in den marokkanischen Häfen kam es noch über die Finanz- und Zivilverwaltung zu lebhaftem Streit. Wohl wurde allseits der Grundsatz angenommen, die Leitung sei einer marokkanischen Staatsbank zu übertragen, aber über die Verteilung der Stimmen an der Anstalt konnten sich Deutschland und Frankreich lange nicht verständigen. Auch hier formte der geschäftskundige österreichisch-ungarische Vertreter, Graf Welsersheimb, eine beiden Teilen annehmbare Lösung. Je ein Zensor der marokkanischen Bank sollte von den Zettelbanken Deutschlands, Frankreichs, Englands und Spaniens bestellt werden; von den fünfzehn Anteilen an der Bank erhielt Frankreich drei, die übrigen Staaten je einen. Von geringem Belang waren die anderen Vereinbarungen über den Schmuggel, über die Vergebung von Staatslieferungen und ähnliches. Am

7. April 1906 wurde die Akte unterzeichnet, deren Bestimmungen noch im selben Jahre in Kraft traten.

Es gab für Deutschland in diesen Schwierigkeiten nur einen Lichtpunkt, die treue Freundschaft Österreich-Ungarns. Dafür hatte Wilhelm II. eine starke Empfindung; er sandte am 13. April an den Grafen Goluchowski ein warmes Danktelegramm, das mit den Worten schloß: „Sie haben sich als brillanter Sekundant erwiesen und können gleicher Dienste in gleichem Falle auch von Mir gewiß sein.“ Die Anerkennung war verdient, und Deutschland hat während der bosnischen Krisis von 1908 die Dankesschuld beglichen.

*

Holsteins Scheiden aus dem Dienst

Durch den Endverlauf der Marokkokrise kam die Stellung Holsteins ins Wanken. Wohl widersprach die Nachgiebigkeit des Kaisers seinem Gutachten, trotzdem machten ihn seine Gegner für den Mißerfolg verantwortlich. Er wandte dagegen ein, daß die Probe auf die Richtigkeit seiner Politik nicht gemacht worden war, da man nicht bis ans Ende festgehalten hatte. Die Vorgänge, die in seinem Rücktritte vom Amte gipfelten, hatten ihren letzten Grund in der von der seinigen abweichenden Ansicht des Kaisers über das Verhältnis zu Frankreich. Während Holstein überzeugt war, alle Ausgleichsversuche würden an der Gereiztheit der Franzosen scheitern, war der Kaiser immer bereit, die Hand zur Versöhnung zu bieten. Wilhelm II. sah in ihm ein Hindernis seiner Friedenspolitik und wollte nichts von dem kalten Wasserstrahle wissen, den Holstein über den Rhein zu senden beliebte. Als dieser die Stunde seines Abschiedes kommen sah, klammerte er sich an sein Amt, das er bei Verstimmungen früher wiederholt zur Verfügung gestellt hatte; er verlangte ein äußeres Zeichen der Anerkennung seiner Dienste. Damit konnte er jedoch nicht durchdringen. Dazu kam, daß der neue Staatssekretär des Äußeren, Tschirschky, sich die von seinem Vorgänger Richthofen seufzend ertragene Vormundschaft seines Untergebenen nicht gefallen lassen wollte. Eines Tages fand Holstein die Türe versperrt, die aus seinem Arbeitszimmer in das des Staats-

sekretärs führte und von ihm selbst nach Belieben benützt worden war; seitdem mußte er sich wie jeder andere Beamte anmelden lassen. Dieser Zurücksetzung folgten andere; er bat somit am 2. April 1906 um den Abschied. Bülow hielt nach wie vor große Stücke auf ihn und wußte auch, daß Holstein mit ganzem Herzen an dem Amte hing, dem er Tage und Nächte widmete; er lehnte also das Anliegen ab, wie das schon in früheren Fällen geschehen war, wenn Holstein schmollte. Dieser wiederholte sein Gesuch und teilte dem Kanzler mit, er habe eine Abschrift desselben an das Auswärtige Amt, also an Tschirschky, geschickt. Da trat ein Holsteins Schicksal besiegelndes Ereignis ein. Am 5. April 1906 wurde der Kanzler im Reichstag von einer schweren Ohnmacht befallen und für Wochen aufs Krankenlager gestreckt; auf Anordnung der Ärzte mußten ihm bis zu seiner Genesung alle Geschäfte ferngehalten werden. Ob nun Holstein sein Gesuch ernst gemeint hatte oder nicht; Tschirschky erledigte es zustimmend, wohl wissend, daß der Kaiser nichts gegen die Verabschiedung einzuwenden hatte. Bülow erfuhr von der vollzogenen Tatsache erst nach seiner Genesung. Er machte darauf die feine Bemerkung: es wäre Holstein ähnlich ergangen wie Cesare Borgia, von dem Machiavelli erzählt, er hätte für den Fall des Todes seines Vaters, des Papstes Alexander VI., alles in Rechnung gezogen und für jede Möglichkeit vorgesorgt, nur nicht für die, die dann eintrat — und das war Cesares eigene Krankheit; etwas Ähnliches wäre Holstein widerfahren[1]).

Holstein besaß manche Vorzüge. Er war ein Mann von spartanischer Bedürfnislosigkeit, uneigennützig, allem Schein und Prunk abhold. Auf der anderen Seite stand sein Hang zur Intrige; Leidenschaftlichkeit und krankhaftes Mißtrauen führten ihn auf Abwege. Die wenigen Jahre, die ihm noch beschieden waren — er starb am 8. Mai 1909 —, lebte er dem Hasse gegen diejenigen, denen er die Schuld an seinem Sturze beimaß. Dem Fürsten von Bülow bewahrte er bis zum Schlusse freundschaftliche Gesinnung; dieser holte auch fernerhin mitunter seinen Rat ein und gewährte ihm dann Einblick in wichtige Aktenstücke. Drei Männern aber grollte Holstein bitter, da er annahm, er wäre durch ihre Verschwörung aus dem Amte gedrängt worden.

[1]) So schilderte Bülow später den Sachverhalt, während Hammann, l. c. S. 151, erzählt, der Reichskanzler hätte schon vor seiner Erkrankung der Annahme des Entlassungsgesuches Holsteins zugestimmt. Holstein aber nahm bis zu seinem Tode an, Bülow habe seine Hand nicht im Spiele gehabt.

Der eine war Tschirschky, der andere Hammann, der Chef des Pressebureaus, der dritte Fürst Philipp Eulenburg. Diesen verfolgte er am heftigsten, weil Eulenburg früher sein Freund gewesen war, ihn aber, wie er annahm, verraten hatte. Eulenburg, zuerst Gesandter in München, später Botschafter in Wien, stand bei Wilhelm II. hoch in Gnaden und begleitete ihn auf den Sommerreisen ins Nordland. Auch als der 1900 in den Fürstenstand erhobene Botschafter zwei Jahre später wegen erschütterter Gesundheit den Abschied nehmen mußte, blieb er im Vertrauen des Herrschers und sah ihn mitunter als Gast auf seinem Schlosse Liebenberg. Während der Marokkokrise nun, das war die Überzeugung Holsteins, habe Eulenburg beim Kaiser gegen ihn gearbeitet und auch veranlaßt, daß die Franzosen durch freundliche Worte des Kaisers in ihrer Hartnäckigkeit bestärkt worden seien; so wäre die Einschüchterungspolitik durchkreuzt worden. Nach dem Rücktritte Holsteins brach über Eulenburg das Verderben herein; er wurde von Harden in der „Zukunft“ geschlechtlicher Verfehlungen beschuldigt und in dem von ihm angestrengten Prozesse bloßgestellt. Der Angriff war, wie Harden später feststellte, ohne Zutun Holsteins erfolgt; aber dieser stellte dem geistreichen und gefürchteten Schriftsteller wichtige Beiträge zur Geheimgeschichte der letzten Jahre als neue Waffen zur Verfügung. Holstein wählte Harden, um Eulenburg zu treffen und zu vernichten; der gemeinsame Feldzug führte zum Siege. So kühlte Holstein seine Rache[1]).

---

[1]) Holstein und Eulenburg waren von Bismarck als Miturheber seines Sturzes bezeichnet worden, weshalb Harden lange Zeit die beiden Männer lebhaft bekämpfte. Indessen knüpfte Holstein unmittelbar nach der eigenen Entlassung mit Harden an, um dessen, wie er versicherte, ungerechte Vorurteile zu zerstreuen. Zu den von Holstein gegen Eulenburg erhobenen Vorwürfen gehörte, daß der Fürst bei einem Besuche des Kaisers auf Schloß Liebenberg auch den französischen Legationssekretär Lecomte einlud, einen Genossen der Verirrungen Eulenburgs. Zu Lecomte hätte der Kaiser in seiner Arglosigkeit Äußerungen getan, aus denen die französische Regierung schließen konnte, daß er es wegen Marokkos nicht zum Bruche treiben werde. So konnte Rouvier seine Forderungen ohne Gefahr höher spannen. Sicher ist, daß Fürst Eulenburg den Kaiser in seiner Auffassung der Marokkofrage bestärkte und so dazu beitrug, Holstein beiseite zu schieben. Vgl. Hardens „Köpfe“, Band I, S. 116—125 und die einschlägigen Artikel in der „Zukunft“.

*

Belgien im Lager der Feinde Deutschlands

Zur Geheimgeschichte dieser Tage gehört es, daß es den zwei Westmächten gelang, auch Belgien in ihre militärischen Vereinbarungen hineinzuziehen, wiewohl die Gesandten Belgiens in London, Paris und Berlin ihre Regierungen immer vor den Kriegsabsichten Eduards VII. warnten. Über den Beweggrund König Leopolds II. ist ein Zweifel nicht möglich. Es war in erster Linie nicht die Rücksicht auf das Wohl Belgiens; der König dachte dabei vor allem an den Kongostaat, seine eigenste Schöpfung. Der Kongo war damals noch (bis 1908) sein persönlicher Besitz, dort hatte er große Kapitalien festgelegt, dort vergrößerte er sein Vermögen auch weiterhin. Trat er nun mit England und Frankreich in den Bund, so war der Kongostaat durch die Flotten der zwei Westmächte geschützt. Ob der König annahm, seine Schöpfung wäre durch die Kolonialpläne Deutschlands gefährdet, läßt sich nach dem Stande unserer Kenntnisse weder behaupten noch bestreiten; die englischen Versucher werden dieses Schreckbild jedenfalls vorgeführt haben.

England besaß eine Handhabe, um Leopold II. kirre zu machen, wenn er sich nicht aus freien Stücken fügen wollte. Das waren die im Kongostaat an den Eingeborenen verübten Gewalttaten, von denen bereits die Rede war (Bd. I, S. 195—197). Im Jahre 1903 war in England gegen diese Frevel von neuem eine von menschlichen Empfindungen hervorgerufene Bewegung entstanden, zu welcher Morel den Anstoß gab. Die britische Regierung machte sich die ehrliche Entrüstung zunutze, um auf Leopold zu drücken: die „Morning Post" behauptete, Belgien sei zur Verwaltung des Riesengebietes nicht fähig und schlug vor, den Kongostaat zwischen England, Frankreich und Deutschland zu teilen. Die Bewegung gegen die Greuel war aus dem liberalen Lager hervorgegangen und von den Führern der Partei, auch von Grey, warm gefördert worden; ihn leitete aufrichtige Teilnahme für die unglücklichen Eingeborenen, er verlor aber dabei das Wohl Englands nicht aus dem Auge. Morel und seine Freunde betrieben die Übertragung der Souveränität im Kongo von dem König, der sie selbstherrlich und nach Willkür übte, auf den belgischen Staat, dessen Minister für die Regierung verantwortlich gemacht werden konnten, und Grey nahm diese Forderung

als die der englischen Regierung auf. Dagegen sträubte sich Leopold, der erst nach seinem Ableben Belgien zum Eigentümer erhoben sehen wollte. Um sich den Griffen des englischen Kabinetts zu entziehen, vielleicht um es milder zu stimmen, ging er auf die ihm gleichzeitig vorgeschlagene Militärkonvention ein, durch die Belgien in das englisch-französische System hineingezogen wurde. So kam es zu der Vereinbarung, die acht Jahre geheim blieb und erst enthüllt wurde, als die Papiere des belgischen Kriegsministeriums 1914 den Deutschen in die Hände fielen[1]).

Das wichtigste dieser Schriftstücke ist ein Brief des Chefs des belgischen Generalstabes, Ducarne, an den belgischen Kriegsminister vom 10. April 1906. Das Datum ist beachtenswert, drei Tage war's nach der Unterzeichnung der Friedensakte von Algeciras. Jenem Schreiben ist zu entnehmen, daß die Unterhandlungen schon im Januar 1906 begannen, daß der belgische Generalstabschef mit dem englischen Militärbevollmächtigten in Brüssel, Oberstleutnant Barnardiston, einen eingehenden Plan für die gemeinsame Operation eines englischen Heeres von 100 000 Mann mit der belgischen Armee ausgearbeitet hatte. Dieser Plan war vom Chef des englischen Generalstabes, General Grierson, gebilligt worden. Also ein Entwurf der Verbindung der „verbündeten Armeen", wie es in dem Schriftstück heißt, doch mit dem Vorbehalt, daß das Übereinkommen erst im Falle eines Angriffes Deutschlands auf das neutrale Land seine Wirkung zu üben hätte[2]).

Man erfährt daraus weiter, daß die Landung einer englischen Armee in Antwerpen nicht möglich war; es hatte sich die Schwierigkeit ergeben, daß die Niederlande die Zufahrt in diesen Hafen, der durch

[1]) „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 13. Oktober 1914 und 19. Februar 1916. „Belgische Aktenstücke 1905—1914." Herausgegeben vom Auswärtigen Amt, S. 21, 35, 47. Über den Zusammenhang der Militärkonvention mit der Kongopolitik des Königs siehe den Aufsatz von Rathgen in den Preußischen Jahrbüchern, Band 162, Jahrgang 1915.

[2]) Die deutsche Regierung fand bloß das Konzept des Berichtes des Generals Ducarne vor, der endgültige Wortlaut wurde in der Schrift Emil Waxweilers, „Hat Belgien sein Schicksal verschuldet?" (Zürich 1915) veröffentlicht, der im wesentlichen dasselbe enthält. Daraus geht klar hervor, daß die vom Januar bis zum April 1906 dauernden Besprechungen zu einem bindenden Abschlusse führten. Waxweiler, der den belgischen Standpunkt vertritt, bestreitet dies mit schwachen Gründen. Unhaltbar ist seine Behauptung, daß der englische Oberstleutnant Barnardiston nicht als Bevollmächtigter betrachtet werden kann. Wenn auch das Abkommen nirgends eine Militärkonvention genannt wird, so ändert dies nichts an der Sache.

die ihnen gehörende Scheldemündung geht, nicht freigeben wollten. Die englische Regierung muß dies bei der niederländischen angeregt haben, denn Barnadiston erklärte dem belgischen Generalstabschef, daß auf die Unterstützung Hollands nicht zu rechnen wäre. Belgien dagegen, obwohl ein neutraler Staat, setzte sich über derartige Bedenken hinweg. Da Antwerpen entfiel, wurden in dem Übereinkommen französische Häfen für die Landung in Aussicht genommen; Calais, Dünkirchen, Boulogne. Darüber ward auch mit Frankreich das Notwendige vereinbart. Von jenen Ausschiffungspunkten würden die englischen Truppen auf belgischen Eisenbahnzügen in ihren Aufmarschraum gebracht werden. Für Dolmetscher bei der britischen Armee, für die Begleitung durch belgische Gendarmen wurde das Geeignete verabredet, ebenso für die Versorgung englischer Verwundeter. Endlich war auch der Austausch von Ergebnissen der Spionage über deutsche Rüstungen ins Auge gefaßt. War das Geplante zu Beginn des Krieges ins Werk gesetzt und die Nordsee von deutschen Kriegsschiffen gesäubert, dann sollte Antwerpen die Basis der englischen Armee werden. Der gemeinsame Feldzug gegen Deutschland war also sauber aufs Papier gebracht.

Das war vielleicht nur ein Teil der Verabredung, aber das bisher Bekanntgewordene genügt. Nun war Belgien durch den europäischen Vertrag vom 15. November 1831 neutral erklärt worden und erfreute sich seither des Vorteils dieses Verhältnisses. Es setzte sich jetzt darüber hinweg. Die belgische Regierung ließ während des Weltkrieges wiederholt erklären, sie habe sich bloß auf die Verteidigung gegen einen etwaigen Angriff Deutschlands eingerichtet; sie wäre zur Kriegführung nur für den Fall bereit gewesen, wenn ein deutsches Heer ins Land gebrochen sei. Hegte sie aber diese Besorgnisse, so war sie gehalten, sich mit Deutschland auseinanderzusetzen, bevor sie fremde Hilfe anrief. Die Neutralität legte ihr die Verpflichtung auf, sich von den Welthändeln fernzuhalten; in militärische Abmachungen durfte sie sich weder mit Deutschland noch mit seinen Gegnern einlassen. In der Tat wurde der Vertrag gerade vor den erfahrensten Mitgliedern der belgischen Diplomatie geheimgehalten, die, wie wir gesehen haben, bis zum Kriege ihre Regierung zur Vorsicht und Zurückhaltung mahnten. Als nun Deutschland 1914 von Belgien, ähnlich wie von Luxemburg, Neutralität heischte, war das Land bereits durch Verträge für England und Frankreich verpflichtet; so wurde Belgien der Feind des Deutschen Reiches mit allen Folgen für Land und Volk. Die Anregung zu dem

Waffenbündnisse war, wie Winston Churchill später mitteilte, von England ausgegangen; Lord Loreburn erwähnt noch, daß das Abkommen nie zur Kenntnis des englischen Kabinetts gebracht wurde, obwohl, wie er sarkastisch hinzufügt, die Wahlen schon lange früher vorgenommen waren, so daß sie nicht als Vorwand der Geheimdiplomatie gebraucht werden konnten [1]).

In Frankreich waren zu dieser Zeit neue Männer ans Ruder gekommen. Als Loubets Amtsdauer endigte, wurde am 18. Februar 1906 Fallières zum Präsidenten der Republik gewählt, was nur einen Personenwechsel bedeutete. Wichtiger war der Rücktritt Rouviers, der in der Kammer aus Gründen der inneren Politik in die Minderheit kam. Er hatte noch Zeit gefunden, eine große Reform durchzusetzen, die Trennung des Staates von der Kirche. Bis dahin waren Bischöfe und Pfarrer, protestantische Pastoren und Rabbiner aus Staatsgeldern besoldet worden; das Gesetz vom 11. Dezember 1905 machte dem ein Ende, die Summen wurden aus dem Budget gestrichen. Seitdem hörte aber auch die Besetzung der Bischofssitze durch die Regierung auf, jede Kirche bestellte und bezahlte ihre Priester selbst. Mit diesem Gesetze war die Lebenskraft des Kabinetts Rouvier erschöpft; am 14. März 1906 trat Sarrien an die Spitze der neuen Regierung, in der Clemenceau die Hauptperson war. Dieser bildete am 25. Oktober des Jahres selbst ein Ministerium und war bis 1909 der maßgebende Mann, der auch die Richtung der äußeren Politik bestimmte, wenngleich Stephen Pichon dem Namen nach deren Leitung führte. Clemenceau hielt dieselbe Linie ein wie Rouvier; auch er wollte sich nicht in einen Krieg mit Deutschland hineinziehen lassen, ging aber mit der englischen Regierung Hand in Hand, in der richtigen Erkenntnis, daß die zwei Westmächte dadurch ihren Einfluß in der Welt vergrößerten. Belgiens Beitritt war ein weiterer Vorteil. Dessen König erreichte zwar in der Form nicht seinen eigentlichen Zweck, die Festhaltung seiner persönlichen Souveränität im Kongostaat, die er 1908 doch dem belgischen Staate abtreten mußte. Aber da er vorher vier Gesellschaften gebildet hatte, welche seine wirtschaftlichen Vorrechte im Kongo übernahmen und in denen er durch seinen Aktienbesitz eigentlich gebot, erlitt sein Vermögen keine Minderung. Als er am 17. Dezember 1909 starb, hinterließ er seinen Töchtern und Verwandten ein gewaltiges Erbe. Die englische Regierung

[1]) Loreburn, „How the war came“, S. 84, 85.

trat mit der Zeit gelinder auf, so daß Morel sich erbittert von Grey abwandte, von dem er sich für mißbraucht erklärte. Man blickt in die Werkstatt des englischen Ministers hinein, wenn man erfährt, daß er, um Belgien zu schonen, die Berichte der Konsuln und Agenten über Kongogreuel nicht mehr veröffentlichen ließ und diese 1911 anwies, in ihren Berichten die belgischen Behörden schonender zu behandeln, auch auf Schwierigkeiten Rücksicht zu nehmen, mit denen sie selbst zu kämpfen hätten[1]). Dadurch erreichte England 1912 neue militärische Vereinbarungen mit Belgien. So geschickt mischte die britische Regierung die Karten; immer aber war Trumpf nicht Menschlichkeit, in deren Namen sie auftrat, sondern politischer Vorteil.

*

Ergebnisse der Algecieraskonferenz

Bei dem abschließenden Urteil über die Marokko-Konferenz ist zwischen dem aktenmäßigen Tatbestand und den allgemeinen Verhältnissen zu unterscheiden. Die Gesamtlage gestaltete sich für Deutschland ungünstig; es war bloß von Österreich-Ungarn unterstützt worden, sonst aber diesseits wie jenseits des Ozeans vereinsamt. Dagegen konnten die formellen Beschlüsse der Konferenz nicht ein voller Sieg Frankreichs, nicht eine Niederlage Deutschlands genannt werden. Der Republik entging das sehnlich gewünschte Protektorat über den Sultan, besonders der Oberbefehl über dessen Armee, was im Frühjahr 1905 von Frankreich angestrebt worden war. Die sogenannte Souveränität des Sultans wurde aufs neue anerkannt und blieb Bestandteil des Völkerrechtes. Übrigens zeigte sich bereits in Algeciras, daß Marokko sich fremde Eingriffe gefallen lassen mußte; es war überhaupt nicht einzusehen, was seine Unabhängigkeit mit den Lebensinteressen der deutschen Nation zu tun hatte[2]).

---

[1]) Diese Eröffnung machte Grey dem belgischen Gesandten Lalaing.

[2]) Das französische Hauptwerk über die Epoche (A. Debidour, „Histoire diplomatique de l'Europe", IV. Band, Paris 1918) gibt zwar über die Vorgänge in Algeciras nach den bereits veröffentlichten Akten eine gute Darstellung, ist aber für den inneren Zusammenhang der Geschehnisse nicht unterrichtend und oft irreführend. Es fehlt dem Verfasser vollständig die

Herbe war die Kritik, die in Deutschland an der äußeren Politik des Reiches geübt wurde. Die Mehrheit der Nation war zwar einverstanden, daß der Kaiser es nicht zur Kraftprobe durch das Schwert hatte kommen lassen, sie empfand aber die Vereinsamung unter den Völkern mit Mißbehagen. Demgegenüber gab es eine starke Strömung, welche der Nachgiebigkeit der Regierung die Schuld an dem Mißerfolge beimaß; dieses Urteil entsprang dem Bewußtsein der eigenen, besonders der militärischen Kraft.

Wortführer dieser Anklage war jetzt und durch Jahre Maximilian Harden, der nicht müde wurde, die Leser seiner „Zukunft" hartzuschmieden. Nie war ihm die deutsche Regierung kraft- und rücksichtslos genug, und er hielt ihr am 1. April 1909 vor: „Im Bereiche der Politik herrscht nicht Individualsittlichkeit, hämmert von jeher Macht sich das Recht!" Loszuschlagen, wenn es der Vorteil heischte, war seine Losung, und er nahm es auf seine Kappe, daß man ihm vorhielt, dies sei eine Brigantenpolitik. Dabei galt ihm England als der Hauptgegner, gegen den auch Frankreich als Bundesgenosse angeworben werden müsse, sei es mit Güte oder Gewalt. Deutschland hätte gelegentlich der Marokkokrise zu Frankreich sagen sollen: „Jeder Gegner, den ich hatte und haben werde, ist Deines Beistandes sicher; seit fünfunddreißig Jahren hinderst Du mich, frei die Arme zu rühren; jetzt bist Du auf dem Kontinent allein; gib unerfüllbare Hoffnungen auf und laß uns fortan einträchtig handeln, dann können wir unsere Heere um die Hälfte verringern, gemeinsam dem neuen Rußland, das schüchtern aus den Ruinen steigt, aufhelfen und mit verstärkten Flotten zu dreien Europens Kolonialbedürfnis gegen England assekurieren. Willst Du aber nicht, willst weiter wie ein dauernder Alb um den Wasgenwald schleichen, dann sei der alte Zwist lieber auf der Stelle gleich ausgefochten. Überlege; nur bitte, recht schnell." Damit drang Harden

Kenntnis des Getriebes im Rate Kaiser Wilhelms, er gibt, was viel auffallender ist, auch keinen Einblick in die von England bei der Entlassung Delcassés gespielte Rolle, über die doch auch in französischen Büchern viel Aufklärung zu finden ist. Diese Mängel sind bedenklicher als die nicht gerade auffallende Gewohnheit Debidours, die französische Politik im schönsten Lichte, die deutsche dagegen als anmaßend, tückisch, intrigant darzustellen. Daß Wilhelm II. für die friedliche Lösung entschied, wird von Debidour verschwiegen. Während er sonst deutsche und englische Bücher benützt, fehlen diese fast gänzlich in der langen Liste der Seite 1 und 25 von ihm über den Marokkohandel angeführten Werke. Solcher Mängel, einer derartigen Enge des Gesichtskreises, dürfte sich ein deutscher Historiker nicht schuldig machen, ohne sich in seinem Lande strengem Tadel auszusetzen.

auf den Vorbeugungskrieg, vor dem Bismarck abgemahnt hatte und den der Kaiser und Bülow weit von sich wiesen.

Von solchen zügellosen Temperamentsausbrüchen hielt sich der Alldeutsche Verband in seinen öffentlichen Kundgebungen frei, verurteilte aber ebenso strenge wie Harden das Zurückweichen der deutschen Regierung in Marokko. Anfangs, als diese im Spätherbst 1905 sich zum scharfen Angreifen entschloß, jubelten die Alldeutschen, daß sie, trotz dem Spotte Bülows über sie, doch recht behalten hätten, genau wie in der Flotten- und in der Polenpolitik, wo sie um manches Jahr vorher Machtentfaltung gefordert hatten, bis das amtliche Deutschland ihren Winken Folge leistete.

Ihre Enttäuschung war groß, als die Reichsregierung als ihren Leitgedanken die Souveränität des Maghzen verkündigte, und weiter erklärte, daß sie ein für allemal auf Stücke marokkanischen Landes verzichte. Diesmal hatte der Alldeutsche Verband die richtige realpolitische Witterung; er verwarf, ohne damals noch von den Teilungsvorschlägen Delcassés und Rouviers etwas zu wissen, die marokkanische Ideologie der Regierung und stellte fest, daß der Kaiser zu Tanger der deutschen Politik etwas Verkehrtes zum Ziele setzte. Wenn die Regierung nichts anderes wünsche, als Marokko unversehrt zu erhalten, weshalb der Lärm? so fragte Heinrich Claß, und er fuhr fort: „Wir fürchten, daß unser Kaiser schlecht beraten wurde, als er sich entschloß, Tanger zu besuchen, und könnten es nur bedauern, wenn seine Person einem Mißerfolge ausgesetzt wird[1].“

Als Deutschland zum Schlusse das Ergebnis der Marokkokonferenz über sich ergehen ließ, brausten die Alldeutschen auf und beschuldigten Wilhelm II. und den Kanzler einer die Nation vor aller Welt bloßstellenden Schwäche. Wolle Deutschland sich als Weltmacht behaupten, so dürfe es einen Waffengang nicht scheuen. Dadurch freilich wäre der Weltkrieg voraussichtlich zehn Jahre früher, als er ausbrach, entfesselt worden. Allerdings standen die Dinge 1906 günstiger, da Rußland nach dem japanischen Kriege und während der Revolution siech darniederlag. Der überlegenen militärischen Landmacht Deutschlands wäre das Niederwerfen des französischen Heeres wahrscheinlich gelungen;

---

[1]) Alldeutsche Blätter 1905, Nr. 13. Dazu die vom Verband herausgegebenen Flugschriften „Marokko verloren?“ von H. Claß und „Warum brauchen wir Marokko?“ von Joachim Graf v. Pfeil (beide München 1905).

in dieser Voraussicht hätte es sich die französische Regierung mehr als einmal überlegt, es auf die Waffenprobe ankommen zu lassen. Wäre es dazu gekommen, so würden die Engländer die Gelegenheit benützt haben, um in die damals noch wenig erprobten deutschen Häfen einzudringen und dort die Kriegsflotte zu vernichten.

Diese Vorwürfe richteten sich in erster Linie gegen den Kaiser. Denn es war allgemein bekannt, daß, während Holstein es aufs Biegen oder Brechen ankommen lassen wollte, Wilhelm II. entschieden hatte, der Bruch sei zu vermeiden. Die Freunde scharfen Durchgreifens tadelten die Äußerungen des Kaisers zu der französischen Offiziersabordnung im Juni 1905, noch mehr, daß er auf dem Höhepunkt der Krisis den französischen Legationssekretär Lecomte über seine Absichten beruhigte. Richtig ist, daß seine Redseligkeit die darüber unterrichtete französische Regierung zum zähen Ausharren ermutigte; Holstein hat darin die Ursache des Schiffbruches seiner Politik gesehen. Stellt man die Reden des Kaisers in den Jahren während des Buren- und Boxerkrieges neben die während der Marokkokrise, so stößt man dort auf Worte überschwänglichen Machtgefühls, hier überwiegen in dem krausen Gemisch Versicherungen der Friedensliebe. In die frühere Zeit fällt die Hunnenrede gegen die Chinesen (Band I, Seite 332) und die ihr vorhergehende, vom 3. Juli 1900, in der Deutschlands Eintritt in die Weltpolitik bombastisch angekündigt wird. Dagegen bekannte sich der Kaiser, bevor er sich auf die Reise nach Tanger begab, am 23. März 1905 zu Bremerhaven zu besonnenster Auffassung seiner Pflichten und Rechte. Er lehnte für sich und die deutsche Nation den Gedanken ab, der Schöpfung eines Weltreiches zuzustreben, das, wie er sagte, durch Blut gegründet, auf der Unterjochung anderer Völker aufgebaut wäre. Dann fuhr er fort: „Das Weltreich, das ich mir erträumt habe, soll darin bestehen, daß vor allem das neuerschaffene Deutsche Reich von allen Seiten das absolute Vertrauen als eines ruhigen, ehrlichen und friedlichen Nachbarn genießen soll und daß, wenn man dereinst von einem deutschen Weltreich oder einer Hohenzollernweltherrschaft in der Geschichte reden sollte, sie nicht auf Politik gegründet sein soll durch das Schwert, sondern durch gegenseitiges Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen.“ Dem Kaiser sollte es nicht vergönnt sein, dieses Ziel zu erreichen; es war vielmehr sein Schicksal, der Urheberschaft des furchtbaren Zusammenstoßes geziehen zu werden, den er tatsächlich um Jahre hinausschieben half.

Am schärfsten wurde Wilhelm II. von Harden angefaßt, der ihm das wiederholte Zurückweichen in der Marokkofrage als persönliche Schuld anrechnete. Mit schneidendem Hohne belegte er den Kaiser zuerst mit dem Beinamen „Wilhelm der Friedliche", um ihn 1907 mit dem „Wilhelm der Furchtsame" („Guillaume le timide") zu vertauschen, den der Franzose Jules Huret aufgebracht hatte. So Harden, als Deutschland die feindseligen Reden französischer Generäle und Minister im Frühjahr 1907 hinnahm und, wie sich der scharfe Kritiker ausdrückte, eine Herausforderung einsteckte, „wie das Deutsche Reich sie seit seiner Geburt nicht erlebt hatte". So schrieb derselbe Mann, der seit 1916 und noch schärfer nach dem Zusammenbruch Deutschlands Wilhelm und seine Minister mit der alles Maß überschreitenden Hassesanklage verfolgte, sie hätten den Weltkrieg verschuldet. In seinen Aufsätzen spiegelt sich der jähe Umschwung der wandelbaren öffentlichen Meinung.

Den Anklagen gegen die Reichspolitik trat Bülow am 14. November 1906 im Reichstage durch eine Rede entgegen, in der er die aus der Weltlage sich ergebenden Schwierigkeiten auseinandersetzte und unter anderem sagte: „Sie wissen alle, meine Herren, daß die Ströme nicht rückwärts fließen, daß ein fünfzigjähriger Mann sich nicht in einen vierzigjährigen zurückverwandeln kann. Sie wissen, welche elementaren Triebkräfte: die rasche Zunahme unserer Bevölkerung, der gewaltige Aufschwung unserer Industrie, die Unternehmungslust unserer Kaufleute, die wirtschaftliche Tüchtigkeit des deutschen Volkes, uns in die Weltpolitik hineingeführt und überseeische Interessen für uns geschaffen haben[1])." Bülow hatte darin recht, daß Deutschland durch den Aufschwung seiner Volkswirtschaft, besonders des überseeischen Handels, vor völlig neue Aufgaben gestellt war und sich in dem großen Spiel der Kräfte erst zurechtfinden mußte. Noch aber war die preußisch-deutsche Politik mit ihren festländischen Überlieferungen nicht in das neue Gewand hineingewachsen. So kam es, daß Deutschland den Weltmächten gegenüber zuletzt allein stand, gestützt bloß auf das von Bismarck geschaffene Festlandsbündnis. Diese überkommene Rüstung reichte jedoch unter den neuen Gefahren nicht aus.

Ohne dies in Betracht zu ziehen, stellte sich Deutschland nicht bloß durch die Vergrößerung seiner Flotte und durch den dem osmanischen

[1]) Die Alldeutschen, dies betonte der Reichskanzler, erschwerten ihm noch durch ihre alle Nachbarn herausfordernde Politik seine Aufgabe.

Reiche gewährten Schutz — wozu die triftigsten Gründe vorlagen —, sondern überflüssigerweise auch mit seiner Marokkopolitik den anderen Mächten in den Weg. Das war zu viel. In Marokko wollte es nicht auf Ausgleich und Teilung eingehen; und damit wählte es ein Verfahren, das dem von England in der ganzen Welt befolgten entgegengesetzt war. Großbritannien ging überall auf Abfindung der Wettbewerber aus und teilte fremde Landgebiete auf, wenn es dabei nur das beste Stück zugesprochen erhielt. Dagegen steifte sich das Deutsche Reich auf die Rolle des Mannes mit den zugeknöpften Taschen, so daß auch ihm niemand etwas zulieb tun wollte.

XXI

Flottenbau bis 1906. Haager Friedenskonferenz 1907

XXI. Flottenbau bis 1906. Haager Friedenskonferenz 1907

Wohl war die wegen der Marokkofrage drohende Kriegsgefahr glücklich abgewendet, aber die zwischen den Westmächten und Deutschland bestehende Spannung verringerte sich nicht. Die Marokkokrise war nur ein äußeres Anzeichen der eigentlichen Krankheit des Weltteils gewesen, die in der wachsenden Eifersucht Englands auf das wirtschaftlich und als Seemacht emporsteigende Deutsche Reich bestand. Ohne diesen tieferen Grund hätte Großbritannien auf der Algecíraskonferenz auch eine andere Lösung annehmen können. Es genügte aber, daß das Berliner Kabinett irgendeinen Vorteil anstrebte, um die englische Regierung zum Widerspruch zu reizen.

*

Flottenfrontwechsel in England

Großbritannien besaß in der Tat Grund zu peinlicher und schwerer Unruhe. Es hatte eine große Zeit durchlebt, in der es nicht bloß jeder einzelnen Macht Europas, sondern jedem nur möglichen Bündnisse gewachsen war. So stand es während des Kampfes gegen Napoleon I.; damals bot England nicht nur ihm die Spitze, sondern nach 1807 auch dem russischen Reiche, dessen Herrscher, Alexander I., im Banne des Franzosenkaisers lag. Und mehr noch: als die Briten in dem erbitterten Handelskriege gegen das europäische Festland gleichzeitig auch die nordamerikanische Republik und ihre Schiffahrt schwer schädigten, als diese ihnen 1812 den Krieg erklärte, nahmen sie auch den Kampf mit der Union auf und erwiesen durch die Einnahme Washingtons ihre Überlegenheit zu Wasser und zu Lande. Das heroische Zeitalter Großbritanniens war jedoch vorüber. Es war nicht mehr wie in dem Menschenalter nach der Losreißung der spanischen Kolonien vom Mutter-

lande die einzige große Kolonialmacht der Welt. Indessen überragte es bis 1870 jedes andere Seevolk um mehr als Haupteslänge. Erst nach dem deutsch-französischen Kriege erwuchs ihm ein Nebenbuhler nach dem andern. Das war die Folge des jahrzehntelangen Friedens, dessen sich Europa nach der Gründung des Deutschen Reiches dank der Einsicht und Selbstbeherrschung Bismarcks und seiner Nachfolger erfreute. In dieser Epoche gelangten nicht bloß die Deutschen, sondern auch die Franzosen und die anderen Nationen des Festlandes zu früher niemals erreichtem Wohlstande. Da sich das Festland nicht selbst zerfleischte, konnte Albion sich nicht mehr auf seiner überragenden Höhe behaupten. Wohl machte es gleichfalls ansehnliche Fortschritte, ohne aber mehr einer Koalition gewachsen zu sein, bei der die übrigen Seevölker ihre Streitkräfte gegen England vereinigt hätten. Indessen war, wenn die britische Politik keine unentschuldbaren Fehler machte, ein Bündnis des ganzen Festlandes gegen seine Seeherrschaft nicht zu besorgen. Das war schon wegen des deutsch-französischen Gegensatzes so gut wie ausgeschlossen, wenn sich auch zur Zeit der Kongokonferenz 1885 (Band I, Seite 66) ein diplomatisches Einvernehmen Deutschlands und Frankreichs einstellte. In dieser Zeit, vor dem Eintritte Deutschlands in die Weltpolitik, hatte Großbritannien höchstens damit zu rechnen, daß sich die zwei stärksten Seeflotten Europas, Frankreichs und Rußlands, zu einem Vorstoß verbanden. Insofern hatte das von diesen Mächten 1891 angebahnte Bündnis eine Spitze auch gegen die Briten. Mit Hinblick darauf pflegte Salisbury das 1887 mit Italien und Österreich-Ungarn getroffene Einvernehmen, damit England bei der Verteidigung des Suezkanals und Konstantinopels auf Gefährten zählen könne. An Schiffen fehlte es den Briten nicht, denn bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hielten sie stets eine Flotte gerüstet, die stark genug war, um es mit den zwei nächstmächtigsten Seestaaten aufzunehmen. Es trat nicht förmlich in den mitteleuropäischen Dreibund und ebensowenig in die französisch-russische Allianz ein und fühlte sich in seiner „glänzenden Isolierung" sicher[1]).

Das war die Sachlage bis zum Burenkriege. Er brachte schon deshalb einen Wandel, weil Deutschland und die nordamerikanische Union sich zu fühlen begannen. Ohne von den Briten gestört zu werden, schritten sie an größere Schiffsbauten, und die Vereinigten Staaten

[1]) Dieses Wort wird von Eduard Bernstein, „Die englische Gefahr und das deutsche Volk", Berlin 1911, S. 13 dem britischen Finanzminister Goschen zugeschrieben.

entrissen dem in Afrika beschäftigten England die Mitverfügung über den Panamakanal. Dies war jedoch nur die eine Folge des Burenkrieges. Zudem ließ der mehr als dreijährige Kampf eine Schuldenlast zurück, die für einige Jahre die Finanzkraft Englands lähmte. Die Anlehensspapiere des Staates füllten die Geldschränke der Banken und konnten erst allmählich von den großen Kapitalisten und den kleinen Sparern zu Anlagen übernommen werden. Auch wurde nach dem Friedensschlusse die Einkommensteuer wieder herabgesetzt, so daß im Staatshaushalte und besonders bei den Flottenbauten Sparsamkeit vonnöten war, sollte nicht mit einem ständigen Fehlbetrag gewirtschaftet werden. Während des Krieges waren noch genug Kriegsschiffe gebaut worden, um die Zwei-Mächte-Stärke der englischen Flotte aufrechtzuhalten. Dann aber schränkte sich Albion notgedrungen ein. Schon das konservative Kabinett Balfour mußte, wenngleich widerstrebend, im letzten Jahre seines Regiments (1905) die Auslagen für die Marine von 36,9 auf 33,2 Millionen Pfund herabsetzen[1]). Während Deutschland und die Vereinigten Staaten dank ihrer günstigen Finanzlage ihre Flotten rüstig vermehrten, begann das Absinken der früher unbestrittenen Überlegenheit Englands zur See. Diese Umstände allein hätten ausgereicht, um England zu bestimmen, aus seiner Vereinsamung herauszutreten und Bundesgenossen als Stützen seiner Seeherrschaft zu suchen. Dies führte 1902 zur Allianz mit Japan, das fortan den Russen die Einbruchsstraßen in das indische Reich Britanniens verlegte; in Europa und gegen Deutschland bot sich Frankreich als festländischer Degen, das, durch die Abkehr Rußlands nach dem Osten enttäuscht, gerne in den ihm angebotenen Bund willigte. Die erste Frucht dieser Aussaat pflückte England, als die russische Flotte in der Schlacht bei Tsushima von den Meeren verschwand. Da die eigenen Streitkräfte Albions dem Vereine der zwei nächststärksten Seestaaten nicht mehr gewachsen waren, ersetzte es den Ausfall durch Verträge und Bündnisse.

Stets wachsam, stets eifersüchtig, wie es sein mußte, um von seiner kleinen Insel die Meere des Erdkreises zu überwachen, sah England jetzt in Deutschland die Gefahr. Mit Unrecht, sofern es der deutschen Regierung finstere Pläne zur Unterwerfung Europas zuschrieb, da sie doch die augenfällige, nie wiederkehrende Gelegenheit,

[1]) F. W. Hirst, „The six panics and other essays", London 1913, S. 63.

während der Kriege im Burenland und in der Mandschurei einen Schlag gegen Frankreich oder einen Vorstoß gegen die Rhein- und Scheldemündungen zu führen, aus Friedfertigkeit ungenützt ließ. Aber da der Nebenbuhler bei dem Wachstum seiner Volkszahl, seines Reichtums, des technischen Könnens und des Unternehmungsgeistes England bereits bedrängte, konnte es später einmal das kindische, prahlerische Wort Kaiser Wilhelms, der Dreizack gehöre in seine Faust, wahrzumachen versuchen. Die entfernte Gefahr schärfte die Voraussicht und das Mißtrauen der britischen Staatslenker, wie denn der Neid eines Handelsvolkes auf das andere zu den entscheidenden Tatsachen des Weltgeschehens gehört.

Auf diese Art vollzog England zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen völligen Frontwechsel. Dies kam in einer der wichtigsten Tatsachen der Marinepolitik zum Ausdruck, von der die Geschichte zu erzählen weiß. Das war die neue Verteilung der britischen Flotten auf dem Erdenrund.

Deutschlands Flottenbau war nicht der einzige Grund für den englischen Flottenfrontwechsel, der sich vielmehr als Ergebnis der gesamten Weltlage ergab; aber der nächste Anstoß zu der Maßregel kam von der Sorge vor dem Aufstieg der deutschen Nation. Wohl verfügte diese 1905 erst über ein Viertel der britischen Seemacht, da aber ihre trefflich bemannten Schiffe insgesamt in den Häfen Kiel und Wilhelmshaven im Angesicht Englands lagen, hielt auch dieses seine Mittel straff zusammen. Im Hinblick auf das Stärkeverhältnis war es Torheit oder Heuchelei, wenn die Furcht vor einem Überfall auf Altengland wachgehalten wurde. Viel eher läßt sich sagen, daß die öffentliche Meinung Großbritanniens erst durch das Zusammenziehen der ganzen englischen Schlachtflotte in den heimischen Gewässern stutzig und unruhig geworden ist. Stehe es, so fragte man sich, bereits so, daß das seegewaltige England kein Geschwader mehr für Ostasien bereit habe, bloß weil es gegen Deutschland bis an die Zähne gerüstet bleiben müsse? Müsse es sich das Gesetz für seine Flottenpolitik von Deutschland auferlegen lassen? Was Ursache, was Wirkung ist, läßt sich hierbei kaum auseinanderhalten: sicher ist, daß die Umgruppierung der britischen Flotte ziemlich genau mit dem Zeitpunkte zusammenfällt, in denen durch England der Ruf ging, die Flotte Kaiser Wilhelms sei der Feind.

*

Die innere Notwendigkeit des Flottenbaues in Deutschland

Nach dem Untergang der Kriegsflotte, der größten Schöpfung der Regierung Wilhelms II., ließ sich die Afterweisheit hören, nun sei es doch klar, daß Deutschland sich von vornherein den Bau seiner Schiffe hätte ersparen können. Willfährig wurde das höhnische Wort eines Feindes des Deutschen Reiches, Winston Churchills, nachgesprochen, für Britannien sei die Kriegsflotte ein Bedürfnis, für die Deutschen ein Luxus. Nur merkwürdig, daß zur selben Zeit und auch später alle am Meere liegenden Staaten, die nordamerikanische Union voran, sich an dem Wettbewerb beteiligt haben. Im Dezember 1919 erstattete die Marineleitung der Vereinigten Staaten einen Bericht, der in der Forderung des Baues einer so starken Flotte gipfelte, daß sie auch dem stärksten Gegner gewachsen wäre. Der die Nationen seit jeher beherrschende Drang nach Seegeltung wird auch weiterhin wirksam bleiben, bis das goldene Zeitalter des ewigen Friedens allen Machtwünschen der Völker ein seliges Ende bereitet. Dann freilich ist jede Seerüstung Torheit und Frevel, während die Menschen der vorhergehenden Jahrtausende immer nur nach der Einsicht ihrer eigenen Zeit gemessen werden dürfen. Wenn also Amerikaner und Japaner, Franzosen und Russen wie alle anderen Völker zur Sicherung ihres Landes auch auf der See wehrhaft sein wollten, so konnte sich auch das Deutsche Reich dieser Notwendigkeit nicht verschließen. Wohl blieb die Frage offen, wie stark die Rüstung zu sein hätte, um weder durch Überspannen der Kräfte noch durch schwächliches Zurückbleiben fehlzugehen, aber nur das Mehr oder Minder fiel unter die Aufgaben abwägender Politik. Die zwei Männer, die nach der Gründung des Deutschen Reiches aufeinanderfolgend an der Spitze der Admiralität standen, waren darin verschiedener Meinung. General Albrecht von Stosch (1871—1883) betrieb eifrig den Schiffsbau, während Leo von Caprivi (1883—1888) der Ansicht war, Deutschland habe alle seine Kräfte für den nicht zu vermeidenden Landkrieg an zwei Fronten zu sparen; der eine bestimmte den Reichstag zur Genehmigung eines umfassenderen Flottenprogramms, von dessen Ausführung der andere

Abstand nahm, so daß zur See ein Rückgang eintrat. Deshalb enthob Wilhelm II., von Eifer für die Flotte erfüllt, Caprivi schon 1888 des Amtes eines Chefs der Admiralität. Wilhelms rastloses Drängen mag den Bau der Hochseeflotte um fünf, vielleicht um zehn Jahre beschleunigt haben, aber jeder andere Herrscher hätte ähnlich nach Seegeltung gestrebt. Der beste Beweis liegt darin, daß selbst Bismarck, obwohl Zeit seines Lebens eifriger Fürsprecher europäischer Festlandspolitik und treuer Warner vor den Lockungen der Weltweite, den Flottenplänen des Kaisers zustimmte. Als Tirpitz 1897 nach Friedrichsruh kam, um des Altreichskanzlers Teilnahme zu wecken, erwiderte ihm dieser, es sei überflüssig, sich zu bemühen, da er den Bau von Kriegsschiffen ohnedies billige. Wäre Bismarck noch Kanzler gewesen, so hätte er seinen mächtigen Einfluß auch amtlich für die Flottenpläne eingesetzt, wenngleich nicht aus den ihm von Tirpitz entwickelten und von ihm abgelehnten Gesichtspunkten politischer Seeromantik. Im Völkerleben gehen die Notwendigkeiten ihren Weg mit oder gegen den Willen einzelner überragender Persönlichkeiten. Ob man nun als Hauptantrieb zum Flottenbau den edlen oder den krankhaften Ehrgeiz der Nation gelten lassen will, ob man von den Forderungen der aufstrebenden deutschen Volkswirtschaft oder von der Macht- und Habgier des Kapitalismus spricht, so stimmen diese Formeln doch in dem Punkte überein, daß nicht persönliche Gründe den Lauf der Dinge bestimmt haben, sondern Seelenvorgänge in den breiten Schichten. Wem der Kapitalismus als böser Dämon gilt, auf den das Unheil auch in diesem Falle, wie sonst in der modernen Entwicklung, zurückgeführt werden muß, der erlaubt sich einen logischen Seitensprung, wenn er einzelnen Männern, Wilhelm II. und Tirpitz, die Schuld an der Verwirrung beimißt. Ist der wirtschaftliche Unterbau das maßgebende im Weltgeschehen, so darf eine Ausnahme auch nicht gemacht werden, um einen gestürzten Herrscher und seinen hervorragendsten Minister als Verführer der Nation anzuklagen.

Indessen hätten die Sozialisten von ihrer Lehrmeinung aus noch immer das Recht zu dem Vorwurf, daß die Staatslenker sich vom völkerverheerenden Kapitalismus als Werkzeuge gebrauchen ließen. Nicht so die bürgerlichen Parteien Deutschlands, die ihre Stimme doch für die Flotte abgegeben hatten, und, solange diese kraftvoll dastand, mit der Opferwilligkeit der Nation prunkten. Die nachträgliche Ableugnung der Verantwortlichkeit entlastet sie nicht, sondern beweist nur ihre innere Haltlosigkeit. Aufschluß darüber und die Belege finden

wir in den Verhandlungen des Reichstages und anderer Körperschaften. Man überblickt hier die Reihenfolge, in der die politischen und die wirtschaftlichen Gruppen sich in den Dienst der Kriegsmarine stellten. Von Anfang an wirkten Großindustrie und Großhandel für den Flottenbau, aus dem sie näher oder entfernt Vorteil zogen; daher die bedeutenden, dem Flottenverein behufs Wirken auf die öffentliche Meinung zur Verfügung gestellten Geldmittel. Deshalb war auch die nationalliberale Partei als politischer Ausdruck dieser Interessen die beste Stütze des Admirals Tirpitz. Auch in den Konservativen lebte ein starkes Gefühl für nationales Machtstreben, aber bei ihnen gab es eine Gegenströmung der ausschließlich agrarischen Kreise, die sich gegen die Vorherrschaft der Seeinteressen sträubten; darauf weist das Wort des Abgeordneten Hahn von der „gräßlichen Flotte" hin. Ähnlich stand es im Zentrum, aber nach anfänglichem Widerstreben, namentlich der bayerischen Mitglieder, bekannte sich die Partei bald insgesamt zum Flottenprogramm; Erzberger stellte sich Tirpitz förmlich zur Verfügung. Ebenso früh erlahmte der Einspruch unter den Freisinnigen. Eugen Richter zwar war nicht zu überzeugen; Rickert und Barth jedoch lehnten sich gegen ihn auf, das Auseinanderbrechen der Partei hatte darin seine Ursachen. Von 1906 an, dem Todesjahre Richters, stimmte die Fortschrittspartei geschlossen für alle Flottenvorlagen, oft unter lebhaften Kundgebungen für Tirpitz, der durch verbindlichen persönlichen Verkehr, dann durch die für die Parlamentarier veranstalteten See- und Hafenrundfahrten den Reichstag zu bearbeiten verstand. Als der Abgeordnete Struve, später der erbitterte Gegner des Marineministers, 1908 das Zurückbleiben im Bau von Unterseebooten tadelte, geschah es mit der ausdrücklichen Begründung, auch seiner Partei liege der Bau einer mächtigen Flotte am Herzen, wenn sie auch mitunter andere Wege zum Ziel empfehle. Noch während des Weltkrieges, als der Kampf um den Verständigungsfrieden entbrannte und Tirpitz der bei den Freisinnigen bestgehaßte Mann war, leitete Naumann seine Kampfrede mit der Anerkennung der Verdienste des ehemaligen Marineministers um den Flottenbau ein, bei dem er selbst dem Admiral zur Seite gestanden habe. Die Liberalen und nicht die rechte Seite des Reichstages galten bis 1914 als Träger der Flottenpolitik [1]). Auch in der Fortschrittspartei erhob sich von 1906 bis 1918 nicht eine Stimme gegen den Wert einer starken Kriegsmarine.

[1]) Tirpitz, „Erinnerungen", S. 493.

Die Haltung der Sozialdemokraten bildet ein eigenes Kapitel. Sie stimmten grundsätzlich gegen alle militärischen Forderungen und aus ihren Reden ergoß sich ein ununterbrochener Hohn über das angebliche Spielzeug Wilhelms II. Indessen war dies oft nur ein Scheingefecht, denn die Partei verschloß sich nicht den maritimen Notwendigkeiten, was sich darin zeigte, daß sie bei Schlußabstimmungen über Flottenvorlagen nicht selten auf eine Debatte verzichtete. So bei der dritten Beratung der zwei Flottennovellen von 1906 und 1912, so auch 1909, als in Deutschland allgemeine Erregung darüber herrschte, daß die britische Regierung ihr Volk in die Flottenpanik hineinjagte. Damals empfahl der Obmann des Budgetausschusses, der konservative Freiherr von Gamp, als würdigste Antwort die wortlose Annahme des Flottenvoranschlags und sprach darüber zuerst mit dem Führer der Sozialdemokraten, Paul Singer. Dessen Partei erklärte sich einverstanden; darauf traten ohne weiteres auch die anderen Fraktionen bei[1]). So stark war die Empfindung, daß Deutschland sich gegen den englischen Imperialismus zur Wehr setzen müsse.

Erst nach der Niederlage der deutschen Seemacht ging durch Deutschland der Ruf, der Kaiser und Tirpitz seien die Versucher und die Abgeordneten die hintergangenen armen Sünder gewesen. Die sich auf diese Art als Opfer eines faulen Zaubers hinstellten, bekannten sich selbst als urteilslos und zurechnungsunfähig. Es war im Jahrzehnt vor dem Weltkriege allgemein bekannt, daß alle Briten ohne Ausnahme den deutschen Flottenbau mit Bitterkeit verfolgten, daß infolgedessen die Beziehungen der zwei Nationen getrübt seien. Wer also für jede der Flottenvorlagen stimmte, mußte sich über die Folgen klar sein. Der Historiker kann es sich in den meisten Fällen ersparen, auf Torheit und Schwäche im Parteileben einzugehen; wenn sie sich aber so breit in die Quere legen wie diesmal, ist er wider Willen zum Verweilen genötigt. Die Demokraten und die Klerikalen haben, so oft von der Verantwortlichkeit für den Flottenbau gesprochen wird, bescheiden zu schweigen, wenn sie es nicht vorziehen, sich auf das fortreißende Verlangen der Nation zu berufen[2]).

---

[1]) So Freiherr v. Gamp in dem Aufsatz des „Großen Deutschand" vom 19. Juni 1918.

[2]) Das „Berliner Tageblatt" und die „Frankfurter Zeitung" stellten nach dem Weltkriege den Flottenbau fortgesetzt als den Grundfehler der deutschen Politik hin, klagten die Marineleitung leidenschaftlich der Verblendung an, verschwiegen aber sorgfältig, daß sie

Die deutsche Flottennovelle von 1906

Unter allen Umständen wäre 1906 eine Novelle zum Flottengesetz eingebracht worden, da der Reichstag 1900 wohl dem Programm für die Schlachtflotte zugestimmt, aber das Eingehen auf den Bau großer Kreuzer für einen späteren Zeitpunkt aufgeschoben hatte (Band I, Seite 244). Das ward jetzt nachgeholt, der Bau von sechs Panzerkreuzern im Reichstage grundsätzlich beschlossen.

Das war aber nicht die Hauptsache. Wichtiger war, daß inzwischen England zum Bau von Dreadnoughts übergegangen war, also von Riesenschiffen mit sechs statt mit zwei Geschütztürmen mit einer Panzerung von über 28 Zentimeter Dicke. Sollte sich Deutschland auch auf diesen Wettbewerb einlassen? Dann mußten nicht bloß die Werften erweitert, sondern auch der Nordostseekanal verbreitert und vertieft werden. Das waren Auslagen, durch die sich Deutschland kühnlich Britannien an die Seite setzte. Für die öffentliche Meinung in Deutschland war es entscheidend, daß England im Marokkostreit von 1905 und auf der Algecieraskonferenz den Deutschen unerwartet heftige Feindseligkeit gezeigt hatte. Das wirkte wie ein Sporn in die Seiten eines Renners, und die bürgerlichen Parteien bewilligten einmütig die erforderlichen Summen.

Damit trat der Reichstag dem 1900 in der Denkschrift des Marineamtes verkündigten Grundsatze bei, Deutschland müsse eine so starke

und ihre Partei den Vorschlägen der Regierung jedesmal zugestimmt hatten. Sie warnten zwar vor dem Übermaß an Bauten und empfahlen die Verständigung mit England, aber mit der Schaffung der Flotte erklärten sie sich einverstanden. All dies gilt auch von L. Persius, Marinemitarbeiter des „Berliner Tageblattes“, der den Kaiser und Tirpitz nach dem Kriege mit Schimpf und Hohn überschüttete (vgl. seine Schrift, „Die Tirpitzlegende“ in „Der Tag des Deutschen“). Früher findet man seine zustimmenden Flottenartikel auch in den alldeutschen Blättern („Tägliche Rundschau“ vom 3. Juni 1910, „Kreuzzeitung“ vom 2. Juli 1910); seine Flottenrundschauen erschienen im „Tag“; selbst der Kalender des Flottenvereins für 1910 brachte einen Aufsatz, in welchem Persius für den Neubau von fünf Kreuzern an Stelle der bereits veralteten schrieb. In vielen Artikeln ist England die Schuld am Wettrüsten zugeschrieben, indem es mit dem Bau der Dreadnoughts voranging. Das ging so bis zum Krieg; von seinen früheren, den Kaiser lobpreisenden und die Flottennovelle von 1912 empfehlenden Artikeln im „Berliner Tageblatt“ wird noch die Rede sein. Dann kam die Katastrophe, nach der Persius alles Frühere verleugnete und die Urheber des Flottenbaues wie Verbrecher behandelte.

Schlachtflotte besitzen, daß Großbritannien im Falle eines Krieges, selbst wenn es ihn siegreich führe, furchtbare Verluste zu besorgen hätte; und da das meerbeherrschende Land, nach einer derartigen Einbuße, nicht mehr über den früheren Vorrang unter den Seemächten verfügen würde, werde es sich vor einem Angriffe auf Deutschland hüten. Dieser „Risikogedanke", dem Geiste Tirpitz' entsprungen, später vertieft und verschärft, schmeichelte dem deutschen Nationalstolz, kam aber auch den Friedenswünschen der erwerbenden Klassen entgegen; man bezahlte also mit dem Flottenbudget nur die Versicherungsprämie für die Erhaltung des Friedens. Indessen war das Ganze nur ein lockeres Ideengespinst; lehrte doch die Erfahrung, daß Großbritannien nicht einen Augenblick zögerte, loszuschlagen, sobald Deutschland im Osten und im Westen in einen Landkrieg verwickelt war. Darin dachte Grey, wie wir sehen werden, ebenso wie die Konservativen. Denn England lief nach ihrer aller Ansicht dieselbe Gefahr, ob es nun mit gekreuzten Armen zusah, wie das Deutsche Reich seiner Flotte in den Jahren des Friedens den Vorrang ablief, oder ob es sich auf einen noch so gefährlichen Seekrieg einließ. Voraussichtiger als Tirpitz urteilte darüber Aehrenthal, der zur Zeit der bosnischen Krisis zu einem Freunde sagte: „Ein Staat wie England stirbt nicht, ohne zuvor einen großen Krieg geführt zu haben."

Ob man nun die Richtigkeit des Risikogedankens gelten läßt oder nicht, jedenfalls war von der deutschen Regierung schon 1900 mit vorausschauender Klugheit alles getan, um das Parlament auf den Ausbau der Schlachtflotte festzulegen. Das Gesetz von 1900 ordnete innerhalb siebzehn Jahren die Fertigstellung von vier Geschwadern zu je acht Linienschiffen und dazu zweier Flaggschiffe an, also zusammen von 34 Schlachtschiffen. Wohl war dem Reichstag die jährliche Bewilligung der Summen vorbehalten, doch hatte er sich durch das Flottenprogramm auch darin selbst gebunden. Durfte er später kargen, wenn die Fortschritte im Geschützwesen, in der Panzerung und Ausrüstung zu neuen Auslagen drängten? Unzureichende, dem Tode geweihte Schiffe zu bauen wäre schlimmer gewesen als der vollständige Rücktritt vom Gesetze: und zu solchem Verzicht hätte die deutsche Regierung nie ihre Einwilligung gegeben. Dazu kam ein anderes. Die 1900 beschlossene Organisation ging nicht von einzelnen Schiffen, sondern vom Geschwader aus. Das war eine Gliederung, vergleichbar mit der der Landarmeen in Heeresgruppen und Armeekorps. In den Revo-

lutionskriegen schuf die französische Heeresleitung mit Carnot an der Spitze die durchgängige Einteilung der Truppen in Korps, Divisionen, Brigaden, bei der das Wesentliche ist, daß jeder Heereskörper von vornherein eine schlagkräftige Kampfeseinheit bildet, innerhalb deren das richtige Verhältnis zwischen Infanterie, Kavallerie, Artillerie und technischen Truppen besteht, so daß jede für sich dem Feinde entgegentreten kann. Vor der Revolution hatte eine derartige Kraftgruppe für einen bestimmten Kriegszweck jedesmal erst gebildet werden müssen. Ähnlich also wurde seit dem Ende des 19. Jahrhunderts — zuerst in der deutschen Flotte — das Geschwader als Kampfeseinheit zusammengestellt. Auf Grund der bei den Übungen gewonnenen Erfahrung, daß ein Befehlshaber nicht mehr als acht Panzerschiffe lenken könne, wurde eben diese Macht zugrunde gelegt; sie und die entsprechende Zahl von Torpedoschiffen, Tauchbooten und sonstigen Fahrzeugen standen unter einheitlichem Befehl. Bei der Flotte muß auf das genaueste Zusammenarbeiten im Manövrieren geachtet werden. Sind die Schiffe des Geschwaders nicht im Fahren miteinander sorgfältig eingeübt, so drohen Zusammenstöße, ein Unheil, noch größer, als wenn zu Lande die Kolonnen beim Anmarsch zur Schlacht sich kreuzen und behindern. Schon früher gab es in England und auch sonst Ansätze zur Geschwaderbildung, doch erst in lockerer Organisation. Es spricht für den militärischen Sinn der Deutschen, daß sie den Briten in der modernen Taktik der Schlachtflotte vorangegangen sind.

Daran hatte Tirpitz wichtigen Anteil. Er hatte als Leiter der Torpedoflotte begonnen und überhaupt eine gründliche technische Ausbildung erworben; dann wurde er Stabschef der Hochseeflotte, als der er mit seinen Gefährten die Schiffstaktik schaffen half. Vor allem ragt er jedoch als Organisator hervor. Der fortschreitende Flottenbau machte die Anlage von Werften und Häfen erforderlich; in der Technik, Bestückung und Ausrüstung der Schiffe stand das Marineamt vor einem Labyrinth verschiedenster Aufgaben; vielleicht das wichtigste aber war die Ausbildung eines tüchtigen Offizierkorps. Alles war neu zu schaffen. Wohl wurde nicht selten Lehrgeld bezahlt, aber im ganzen klappte in der jüngsten Marine des Erdballs das Räderwerk bewunderungswürdig. Überraschend war auch, wie Tirpitz die öffentliche Meinung zu bearbeiten, die Presse durch größere und kleinere Gefälligkeiten zu gewinnen verstand. Der 1898 gegründete Flottenverein diente als Vortrab, der ausschwärmen mußte, wenn das Marineamt nicht selbst

eingreifen mochte; er zählte 1914 bereits 333 574 Einzelmitglieder und umschloß auch zahlreiche andere Vereine, durch die der Flottensache mittelbar 780 054 Personen zugeführt waren. Das Marineministerium besaß auch Abteilungen für Handelspolitik, Finanzwesen und andere Zweige, durch die Tirpitz über die Vorgänge auf dem ganzen Erdenrund auf dem laufenden blieb. In dem vorzüglich geleiteten „Jahrbuch für Seeinteressen" wurde das Ergebnis dieser Studien für die Öffentlichkeit fruchtbringend niedergelegt; demselben Zwecke diente die „Marinerundschau". So ward die Teilnahme der Nation für die Seeschiffahrt in Atem gehalten.

Sorgsam mußte abgewogen werden, für wieviel Schiffe, eingerechnet die Ausbesserungen, die Werften reichten. Nach den bewilligten Summen, aber auch nach dem Fassungsraume der Docks richtete sich die Zahl der jährlich auf Kiel zu legenden Einheiten. Durchschnittlich waren es jährlich drei Linienschiffe, aber zeitweise nur zwei, von 1908 bis 1911 vier Schiffe. Mitunter mußte sich Tirpitz gegen das hitzige Drängen des Kaisers wehren, mehr in Angriff zu nehmen, als gebaut werden konnte. Es war gut, daß das „Dreiertempo" nicht im Gesetz festgelegt worden war, es hätte nicht immer eingehalten werden können. Der Flottenplan von 1900 war eine wohlüberlegte organische Einheit, aus der sich nicht leicht etwas ohne Schaden fürs Ganze herausbrechen ließ. Die Geschwaderformation bot nicht bloß seetaktisch Vorteile, sondern diente auch dem jährlichen Durchlotsen des Budgets im Parlament. Darauf ist auch die Zähigkeit zurückzuführen, mit welcher der Kaiser und Tirpitz sich gegen das Ansinnen Englands auf Abgehen vom Flottengesetz sträubten. Sie wollten nicht an den Talisman rühren lassen, der sowohl gegen den Feind zur See als auch gegen parlamentarische Stürme Schutz bot[1]).

[1]) Über alle diese Verhältnisse handeln die „Erinnerungen" von Tirpitz ohne Ruhmredigkeit und mit nicht zu überbietender Klarheit. Dazu A. v. Hassel, „Alfred von Tirpitz, Sein Leben und Wirken", Stuttgart 1920; E. Graf von Reventlow, „Deutschlands auswärtige Politik", 1. Aufl. Berlin 1914, 4. Aufl. Berlin 1916, und desselben Verfassers „Deutschland zur See" Berlin 1914; Kapitän v. Selchow, „Weltkrieg und Flotte", Berlin 1916.

*

Das liberale englische Ministerium Campbell-Bannerman

Das Anwachsen des deutschen Außenhandels wie der deutschen Kriegsflotte hatten schon das konservative englische Ministerium zu scharfer Abwehr veranlaßt; die auswärtige und die Flottenpolitik Großbritanniens war von diesem Gesichtspunkte geleitet. Als nun die konservativ-unionistische Regierung durch Chamberlains Feldzug für den Schutzzoll erschüttert wurde und im Dezember 1905 zusammenbrach, schien es, als ob freundlichere Lüfte nördlich vom Kanal wehten. Denn die jetzt ans Ruder kommende liberale Partei schloß in ihrem radikalen linken Flügel entschiedene Friedensfreunde und Gegner des Imperialismus in sich, die mit ihr verbündete Arbeiterpartei hegte dieselbe Gesinnung. Und durch die Arbeiter errangen die Liberalen den entscheidenden Sieg bei den allgemeinen Wahlen vom Januar 1906. Diesmal zuerst ging der vierte Stand als geschlossene Partei in den Wahlkampf. Bei den Wahlen von 1895 und 1900 hatten die Arbeiter nicht einheitlich, sondern zum Teil für die Liberalen, zum Teil für die Konservativen gestimmt, neben denen die Sozialisten eine ganz kleine Gruppe bildeten. Das Proletariat wollte aber nicht länger das Anhängsel der zwei bürgerlichen Parteien sein. Im Jahre 1903 vereinigten sich drei Gruppen, die unabhängige Arbeiterpartei, die Gewerkschaften und die Fabier zu einer Gemeinschaft, die sich die Partei der Arbeit (Labour Party) nannte; nur die sozialdemokratische Fraktion hielt sich abseits. Mit dieser letzteren flogen aber nur Splitter des Proletariats von dem neuen Bunde ab, der unter Führung Keir Hardies und Macdonalds eine politische Macht war. Damit war die Kräfteverteilung im neuen Parlament gegeben.

Die Januarwahlen 1906 brachten den vereinigten Parteien des liberalen Mittelstandes und der Arbeit einen glänzenden Sieg, wie sie ihn selbst kaum erhofft hatten. Die Liberalen allein zählten 376 unter 570 Abgeordneten, hatten also schon für sich die Mehrheit, sie erhielten noch durch die 40 Mitglieder der Arbeiterpartei eine Verstärkung. Auch konnten sie in vielen Fällen auf die 83 irischen Nationalisten zählen, da Selbstregierung für Irland auch im Programm der

liberalen Regierung stand. Die Opposition zählte bloß 157 Stimmen, die nur einig waren im Gegensatz zu Homerule, aber noch durch Jahre geschieden in der Frage des Schutzzolls. Chamberlain wurde zwar in Birmingham gewählt, aber seine Gesundheit hatte durch die Anstrengungen des Feldzuges für den Schutzzoll schwer gelitten, und bald darauf war seine Kraft so gebrochen, daß er, ein Schatten seiner selbst, gänzlich vom Schauplatz abtrat.

Der Umschwung hatte nun zwar für das innere Leben des Staates Bedeutung; die äußere Politik aber wurde durch ihn kaum berührt. Zwischen den Konservativen und den eigentlichen Liberalen bestand keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Seeherrschaft Englands unbedingt aufrechtzuhalten sei. Demgegenüber kam es nur nebenher in Betracht, daß die Arbeiterpartei und der linke Flügel der Liberalen sich gegen dieses Dogma Ketzereien herausnahmen, denn es geschah bloß kritisch und einschränkend, nicht aus einem festen Grundsatz. Die bisherige Bündnispolitik Englands fand bei der neuen Mehrheit schon deshalb besonderen Beifall, weil die Liberalen dem demokratischen Frankreich innerlich näherstanden als die Konservativen und einen Teil seiner Einrichtungen auf ihr eigenes Land übertragen wollten. Man teilte die eigentlichen Liberalen in Imperialisten und in die ältere Schule, von ihren Gegnern spöttisch Kleinengländer genannt; doch lag der Unterschied zwischen ihnen nicht in den Zielen, nur in den Mitteln. Die Altliberalen, an deren Spitze der Premierminister Sir Henry Campbell-Bannerman stand, rieten zum Maßhalten, zu friedlichem Austrag der Streitigkeiten mit den fremden Nationen, zur Verringerung der militärischen Ausgaben, wogegen den Imperialisten — darin mit den Konservativen völlig einig — die Ausdehnung des Reiches als Vermächtnis der Schöpfer der Größe Englands galt. Campbell-Bannerman wiederholte als Schüler Gladstones mit Vorliebe den Satz, die Staaten sollten in ihrer äußeren Politik ebenso durch die Gebote der Moral geleitet werden wie die einzelnen Menschen im Privatleben. Der Premierminister war das Muster eines guten Bürgers und nahm es mit seinen Grundsätzen so ernst wie sein Meister. Aber wie diesem beim Besetzen und Festhalten Ägyptens die sittliche Forderung verblaßt war, so drückte Campbell-Bannerman ein Auge zu, als bei dem an den Buren begangenen Völkerrechtsbruch Chamberlain und Rhodes ihre schuldigen Häupter aus der Schlinge zogen (Band I, Seite 285). Persönlich allem Unrecht abhold, ließ er die Imperialisten gewähren, wenn

sie an der Erweiterung des Weltreichs arbeiteten. Das war auch die Stimmung, die im mittleren und im kleinen Bürgertum vorwaltete; am lebhaftesten setzten sich für die sittlich-religiöse Lösung aller Lebensfragen die Dissenters ein, die Angehörigen der protestantischen Sekten. Im Kabinett waren der Lordkanzler Loreburn (früher Sir Thomas Reid) und John Morley, der Staatssekretär für Indien, mit besonderem Nachdruck in friedlichem Sinne tätig.

Ungern sah Eduard VII. die Liberalen zur Macht gelangen, da er in ihnen ein Hindernis seiner äußeren Politik erblickte. Indessen fanden drei Imperialisten Aufnahme in die neue Regierung, der Staatssekretär für das Äußere Grey, der Schatzkanzler Asquith und der Kriegsminister Haldane. Besonderen Wert legte der König auf Greys Bestellung zum Minister des Äußeren und bot dafür seinen ganzen Einfluß auf. Für Eduard VII. war Deutschland, seitdem es die Handelsherrschaft Britanniens in Frage stellte, der Feind. Da dessen Aufschwung im Schatten des Friedens am besten vor sich ging, war es für die Imperialisten nicht entscheidend, ob Wilhelm II. und seine Minister ehrliche Friedensfreunde waren oder nicht; denn während des Friedens steigerte sich der von Deutschland auf die britische Volkswirtschaft geübte Druck und gleichzeitig ging der Bau der deutschen Kriegsflotte rüstig vonstatten. Auch Grey und seinen Gesinnungsgenossen wäre es lieber gewesen, den Seerüstungen durch Verträge Schranken zu setzen; letzten Endes aber machten sie sich auf einen Krieg gefaßt. Einige Jahre später war in englischen Blättern zu lesen, welche Antwort kurze Zeit nach Bildung des liberalen Ministeriums der Bruder Greys auf die Frage gegeben hatte, wie der Staatssekretär des Äußeren über die Lage denke; sie lautete, Edward spreche fast nie über die äußere Politik, doch so viel habe er durchblicken lassen, daß er nicht einsehe, wie sich der Krieg mit Deutschland werde vermeiden lassen. Nicht daß Grey den blutigen Zusammenstoß gewünscht hätte oder ihn herbeiführen wollte; wer aber so dachte, mußte auf dem weiten Erdenrund Bundesgenossen für den unabwendbaren Kampf werben.

Grey war der Mann des Königs schon zu der Zeit gewesen, da er 1892 bis 1895 als Unterstaatssekretär für das Äußere in den Kabinetten Gladstone und Rosebery wirkte. Trotz dieser amtlichen Vorbereitung trat er 1905 mit unzureichendem geistigen Rüstzeug an die Spitze des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten. Er war niemals auf dem Festlande gewesen und kannte die französische Sprache nicht

so weit, um in ihr ein Gespräch führen zu können. Somit benötigte er, bis er sich eingearbeitet hatte, was nach einigen Jahren auch der Fall war, einen geschäftskundigen Gehilfen. Unter dem englischen Minister des Äußeren dienen immer zwei Unterstaatssekretäre, ein parlamentarischer und ein ständiger. Dem ersteren winkt, wenn er sich bewährt, eine glänzende Laufbahn innerhalb der Regierung, während der andere gewöhnlich mit seinem Posten abschließt. Diesmal mußte der ständige Unterstaatssekretär besonders sorgfältig ausgesucht werden, um Grey entsprechend zu ergänzen. Dieser bot die Stelle dem Botschafter in Petersburg, Sir Charles Hardinge, an, der ein gewisses Opfer brachte, als er sich zum Gehilfen im Ministerium ernennen ließ. Die Selbstentäußerung wurde indessen dadurch gelohnt, daß er 1910 das Amt des Vizekönigs von Indien erhielt. Hardinge war ein erfahrener Diplomat, brachte als Sproß einer vornehmen Familie gewinnende gesellschaftliche Formen ins Amt mit und verband Umsicht mit Ruhe und Mäßigung. Er stand dem König, den er auf Reisen zu begleiten pflegte, anfangs näher als Grey und galt für die Seele der äußeren Politik, bis der Minister mit der Zeit die Zügel an sich zog.

*

Einschränkung der Seerüstungen

Da die englische Regierung, beeinflußt durch die Lage der Finanzen und durch die Rücksicht auf die starke Vertretung der Arbeiterschaft im Parlament, die nichts von vermehrten Rüstungen hören wollte, dagegen nach dem Muster Deutschlands auf die staatliche Alters- und Invalidenversorgung drang, von stärkeren Seerüstungen Abstand nahm, sann sie auf Mittel, um den Ausgleich herzustellen. Wenn dabei immer nur die Schiffsbauten Deutschlands als Schreckbild verwendet wurden, so war dies, wenn nicht eine Irreführung des Volkes, so doch eine Selbsttäuschung. Denn die Vereinigten Staaten und Japan rüsteten ebenso stark; nur stach die größere Nähe Deutschlands und seine mustergültige Organisation mehr in die Augen, besonders aber der letztere Umstand, der es den Deutschen ermöglichte, mit geringeren Geldmitteln als Britannien mehr für seine Flotte zu leisten als die ältere Seemacht

trotz ihren größeren Erfahrungen. Es gab zwei Methoden, um dem wundervollen Aufschwung der deutschen Nation gegenüber das Gleichgewicht herzustellen. Die eine war ein internationales Abkommen, um auf der ganzen Erde das Innehalten in den Seerüstungen herbeizuführen, die andere bestand in dem Ausbau der Bündnisse Englands, durch die der Nebenbuhler in Schranken gehalten werden konnte.

Es spricht für den politischen Genius der britischen Nation, daß ihre Staatsmänner das eine wie das andere Mittel geschickt handhabten, daß sie sich je nach Anlagen und Neigungen bei der Erreichung des gemeinsamen Zieles gegenseitig ergänzten. Das Ministerium verfügte in seinem pazifistischen Präsidenten und einigen seiner Amtsgenossen auf der einen Seite, in den Imperialisten Grey, Asquith und Haldane anderseits über die Männer, die sich in die Arbeit teilten. Über ihnen stand König Eduard, der seine diplomatische Kunst nach Bedarf dem einen wie dem andern Zwecke lieh. Während der Marokkokrise war er der König einer stolzen Nation, der den französischen Ministern, besonders Delcassé, Mut zum Widerstande gegen Deutschland einflößte; jetzt aber blies er, um das Innehalten in den Seerüstungen zu erzielen, die Friedensschalmei. Zwei Jahre lang, von 1904 an, hatte er mit dem deutschen Kaiser keine Begegnung gehabt, sondern lieber in Paris Delcassé zum Frühstück eingeladen; im August 1906 machte er Wilhelm II. auf Schloß Friedrichsruhe im Taunus einen Besuch, um, wie es heißt, seinen Neffen zu einem Abkommen über die Flottenstärken und zum Abgehen von dem Schiffsbauplan von 1900 zu bestimmen.

Besser sind wir über die Reise des englischen Kriegsministers Haldane nach Berlin im Herbst 1906 unterrichtet, durch ihn selbst, da er während des Weltkrieges das Bedürfnis fühlte, sich gegen den von seinen Gegnern in England erhobenen Vorwurf zu verteidigen, er habe den Kriegswillen Kaiser Wilhelms nicht durchschaut und das englische Landheer nicht auf die erforderliche Höhe gebracht. Deshalb wurde nach seinen Angaben, wenn nicht unter seinem Diktat, 1916 eine Geschichte seiner Tätigkeit als Kriegsminister wie seiner zwei 1906 und 1912 nach Berlin unternommenen Reisen veröffentlicht[1]).

---

[1]) Harold Begbie, „The vindication of England", London 1916, S. 110ff. Haldane bescheinigte dem Verfasser (S. 97), daß dessen Schilderung „in keinem Punkte ungenau ist". Das beweist auch die Schilderung, die Viscount Haldane selbst in seinem 1920 bei Cassell and Co. erschienenen Buche „Before the war" von seiner Politik und seinen Beobachtungen in Berlin 1906 und 1912 gibt. Aus diesem Grunde und da Friedjung die früheren

Darin läßt sich Haldane wohl als Friedensfreund, aber als einer der Träger der Rüstungspolitik gegen Deutschland schildern. Es wird erzählt, wie er durch seine Reden, so durch eine in deutscher Sprache vor den Deutschen Londons, das Vertrauen des Berliner Kabinetts gewann. Unterdessen war er bemüht, die Mängel der Mobilisierung des Landheeres zu beseitigen, oder, wie sich sein Lobredner ausdrückt, „dem Moltkeismus durch den Moltkeismus zu begegnen". „Sein Ziel war, (durch seine Reden) die deutsche Empfindlichkeit zu besänftigen, während er und seine Generäle Tag und Nacht daran arbeiteten, um die Armee aus dem Zustand von Chaos und Schwäche emporzuheben. Die weisen, staatsmännischen und maßvollen Reden erregten in Deutschland Aufmerksamkeit..." Kaiser Wilhelm lud ihn daher ein, im September 1906 nach Berlin zu den Truppenübungen zu kommen, und empfing ihn mit allen Ehren, er durfte sich mit seinem Begleiter Oberst Ellison Tag für Tag im Hause des Generalstabes einstellen und erhielt hier alle gewünschten Aufschlüsse[1]). „Der Chef des Generalstabes, von Moltke, war gegenüber den zwei Vertretern Englands vollständig offen und ließ sie nicht nur den Mechanismus der deutschen Kriegsmaschine sehen, sondern besprach mit Lord Haldane ohne Bitterkeit die politische Lage[2])…. Das Ergebnis des Besuches war ein Britannien erwiesener Dienst. In erster Linie gab er uns Zeit, die Armee aus ihrem Zustand von ‚Chaos und Schwäche' zu befreien, dann verschaffte er den zwei Vertretern des Landes höchst wertvolle Ideen zur besseren Einrichtung des englischen Kriegsministeriums und verhalf auch dazu, in viel bessere Beziehungen mit Deutschland zu treten." Nach der ausführlichen Darstellung des Buches von Begbie erscheint Kaiser Wilhelm offenherzig, dabei etwas prahlerisch[3]), Moltke vertrauensvoll und als Mann von

---

Publikationen Haldanes über dessen Verhandlungen in Berlin 1906 und 1912 kannte, wird hier die Darstellung Friedjungs nur durch einige Zitate aus dem Buche Haldanes ergänzt.

[1]) Haldane bemerkt l. c. 23, Anm.: „Of course I neither tried to obtain nor did obtain from the authorities in Germany any information that was not available to the general public there."

[2]) Nach Haldane l. c. (28) äußerte sich Moltke über einen englisch-deutschen Krieg dahin: „It would be in his opinion a long and possibly indecisive war, and must result in much of the overseas trade of both countries passing to a tertius gaudens, by which he meant the United States."

[3]) Haldane erzählt (l. c. 36), der Kaiser habe ihm im Verlaufe der Manöver in Hinblick auf die Truppen gesagt: "A splendid machine I have in this army, Mr. Haldane, now isn't it so?" und hinzugefügt: "And what could I do without it, situated as I am between

religiöser Gesinnung, Haldane dagegen als scharfer Beobachter, berechnend und hinterhältig. Die Deutschen sind so unvorsichtig, sich aushorchen zu lassen, was sich Haldane nicht entgehen läßt und dessen er sich vor seinen Landsleuten rühmt. Selbst wenn man Schlüsse auf die Unterschiede des englischen und des deutschen Charakters zieht, ist doch kein Grund, an der Treue des Selbstbildnisses Haldanes zu zweifeln.

Während der englische Kriegsminister sich von den friedlichen Absichten der deutschen Regierung überzeugte, der König und der Staatssekretär des Äußeren, wie wir noch hören werden, auf dem ganzen Erdenrund Bundesgenossen gegen die Herrschaftspläne Deutschlands warben, bildete der Premierminister den Mittelpunkt der auf Abrüstung hinzielenden Unterhandlungen. Ohne Zweifel würde es allen Staaten zum Vorteil gereicht haben, wenn die für Kriegsschiffe in Anspruch genommenen Summen Friedenswerken zugewendet worden wären. Der Löwenanteil jedoch wäre England zugefallen, denn es blieb, wenn alle Nationen ohne Ausnahme die Seerüstungen in demselben Verhältnisse verminderten, die herrschende Macht. Neue finanzielle Anstrengungen waren dann nicht notwendig. Die russische Kriegsflotte war zerstört, die deutsche erst im Werden, die französische im Rückgange; auf europäischem Boden wenigstens stand Britannien in gesicherter Größe da. Bündnisse sind zur Ergänzung der eigenen Kraft von Wert, bieten jedoch bei ihrer Brüchigkeit für sich allein nicht ausreichende Sicherheit. Dagegen war die Erhaltung der Übermacht zur See die beste Bürgschaft der Macht und des Gedeihens Albions.

So deckte sich der Vorteil Englands mit den Friedensbedürfnissen der Welt, was ihm eine international günstige Stellung einbrachte. Diese Erwägungen trafen sich wie im Schnittpunkt im Geiste des englischen Premiers. Es war Campbell-Bannermans Hochziel, während seines Waltens an dieser Stelle, der Welt Abrüstung und Friedensverträge zu bringen. Deshalb betrieb er mit redlichem Ernst die Vorbereitungen zur zweiten Friedenskonferenz, die für den Juni 1907 nach dem Haag einberufen wurde. Er veröffentlichte im März des Jahres in der „Nation" einen darauf hinzielenden Aufsatz. Darin sprach er die Ansicht aus, niemand auf der Erde könne glauben, daß England seine Übermacht zur See je anders als zu Friedenszwecken benützen werde; die britischen Flotten trügen keine Drohung in die Welt, sondern die

the Russians and the French? But the French are your allies — are they not? So I beg pardon."

Botschaft herzlichen und guten Willens. Im Niederschreiben vergaß der wohlmeinende Mann, daß er selbst während des Kampfes mit den Buren die Regierung seines Landes angeklagt hatte, einen ungerechten Krieg angezettelt zu haben; auch alle Feldzüge Englands in den letzten dreißig Jahren, so der um Ägypten und um den Sudan, waren zu Zwecken der Eroberung geführt worden, die nur gelingen konnte, weil es über eine große Flotte verfügte.

Überhaupt barg der Gedanke, die anderen Staaten zu vertragsmäßiger Anerkennung englischer Seeherrschaft zu bestimmen, einen Widerspruch in sich. Wohl läßt sich die Gleichberechtigung der Nationen leicht in Friedensartikel fassen; dagegen muß die Herrschaft eines Staates Tag für Tag durch neue Anstrengungen erstritten werden. Den Charakter des britischen Reiches hat der ideenreiche Schwede Kjellén so umrissen, daß er sagte, England sei „eine reine Eroberungsmonarchie, die letzte und größte in einer Linie, die mit der assyrischen Herrschaft im Altertum beginnt und erst kürzlich mit der gestürzten russischen endete[1]." Einschränkend fügte er hinzu: „Englands Herrschaft auf dem Ozean ist kein leerer Machtanspruch, keine Prätension in aggressiver Richtung: sie hat defensiven Charakter, als Lebensprozeß seines eigenen bestehenden Reiches. Wer an diesem Meere rührt, der rührt direkt an diesem Reiche; denn er bedroht seine inneren Verbindungen. Das britische Imperium kann nicht ohne die Macht auf dem Meere bestehen und noch weniger Greater Britain. Die Freiheit des Meeres — die große gemeinsame Forderung der Menschheit — ist Englands Tod. Als Herr der Welt kann es bestehen, sonst auf die Dauer nicht."

Wenn sich Campbell-Bannerman über den unauslöschlichen Stempel der Gewalt, welcher der Stellung Englands in der Welt aufgeprägt ist, einer Täuschung hingab, so war das bei seinen imperialistischen Amtsgenossen, wie Grey und Asquith, gewiß nicht der Fall. Der Gegensatz zeigte sich schon bei der Formulierung des Vorschlages, den die britische Regierung der Friedenskonferenz behufs Einschränkung der Schiffsbauten machen wollte. Mochte man sich auch über einen Schlüssel einigen, so war es doch unklar, wie auf den Werften und in den Arsenalen die Erfüllung der allseits gemachten Zusage zu überwachen wäre. Es war nicht daran zu denken, daß etwa Japan Einblick in seine

[1]) „Die britische Weltmacht. Eine politische Analyse" von Rudolf Kjellén. „Neue Freie Presse" vom 11. August 1918.

Rüstungen gewähren würde; aber welche andere Macht würde unbedingt aufrichtig sein? Der englische Marineminister Lord Tweedmouth war überhaupt der Ansicht, daß man sich nicht der Loyalität der anderen Staaten ausliefern könne. Die Meinungsverschiedenheiten im Ministerium waren so groß, daß sich zum Kummer des Premiers eine Einigung nicht erzielen ließ. Daher unterblieb der ursprünglich beabsichtigte Vorschlag Englands.

Indessen hielt es Grey für angezeigt, die Pazifisten in ihrem Bemühen zu ermutigen. Deren Führer Stead unternahm eine Rundreise durch Europa, um auf Regierungen und Völker einzuwirken. Vor Antritt seiner Fahrt, so erzählte Stead später mit aller Bestimmtheit, sagte ihm Grey seine Unterstützung zu. Der Staatssekretär gehörte zwar zu den Zweiflern, aber er befand sich in der schwierigen Lage, die eigene Skepsis und die gläubigen Hoffnungen des Ministerpräsidenten nach außen hin möglichst in Einklang bringen zu sollen.

Aus dieser Verlegenheit wurde die englische Regierung durch das Berliner Kabinett befreit. Dieses erklärte sich im April 1907 von vornherein gegen das Erörtern der Rüstungsfrage auf der internationalen Konferenz. Es begründete die Ablehnung mit den erwähnten sachlichen Schwierigkeiten und fügte hinzu, daß Deutschland nicht beabsichtige, das vom Kaiser und vom Reichstag vereinbarte Flottengesetz fallen zu lassen. Die deutsche Regierung werde sich an einer Verhandlung über die Frage nicht beteiligen; sollten auf der Konferenz Beschlüsse gefaßt werden, so behalte sie sich deren Prüfung vor. Dieses offenherzige Nein ersparte den ebenso urteilenden Regierungen, die aber lieber mit ihrer Meinung zurückhielten, das Eingehen auf die Sache. Den Deutschen wurde die Verantwortung zugeschoben, daß die wichtige Frage nicht auf die Tagesordnung der Friedenskonferenz kam.

Der Offenheit des deutschen Charakters widerstrebte es, sich zum Fangballspiel mit schönen Redensarten herzugeben; es war aber unklug, die Erörterung von vornherein abzuweisen. Am besten wäre es gewesen, ruhig zu warten, wie die Dinge liefen, und darnach das eigene Verhalten einzurichten. So aber forderte Deutschland die Entrüstung der aufrichtigen Pazifisten und die heuchlerischen Vorwürfe aller derjenigen heraus, die in der Sache zwar ähnlich dachten, aber sich den Anschein gaben, ihre edlen Absichten würden vom Berliner Kabinett vereitelt. Hier setzten die Anklagen gegen den preußischen Militarismus mit gutem Grunde ein.

Die Konferenzverhandlungen im Haag

Unter diesem Zeichen standen die vom 15. Juni bis zum 15. Oktober 1907 währenden Beratungen der Haager Friedenskonferenz, die vom ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Léon Bourgeois geleitet wurden. Nach dem Urteil der Baronin Suttner, die neben Stead an der Spitze der Friedensbewegung stand, war der deutsche Vertreter, Marschall von Bieberstein, nicht bloß der scharfsinnigste Redner der Versammlung, sondern förderte auch durch seine Sachkenntnis die positiven Arbeiten, wiewohl er auf Grund der ihm erteilten Weisungen zuweitgehenden Wünschen entgegentreten mußte. Dagegen wurde Stead durch die Haltung der amtlichen englischen Vertreter arg enttäuscht, deren Gleichgültigkeit für die Friedenssache allgemein auffiel. Stead schreibt darüber: „Ich stand in fortdauerndem Verkehr mit allen führenden Mitgliedern der Konferenz, mit Ausnahme der englischen Delegierten, zu denen ich mehr oder weniger in Gegensatz geriet infolge der seltsamen Anweisungen, die sie für die Konferenz erhalten zu haben schienen. Grey hatte sie offenbar angewiesen, das Gegenteil alles dessen zu tun, was er mir versprochen hatte. Statt daß die englischen Vertreter in der Friedenskonferenz die Führung hätten übernehmen sollen, blieben sie im Rückstand und ließen den ersten Platz Deutschland und Amerika. Eine kläglichere und schändlichere Niederlage habe ich selten gesehen [1].“

Einen genaueren Bericht gibt Bertha von Suttner in ihren gleichzeitigen Aufzeichnungen; sie schrieb im Haag August 1907 folgendes nieder [2]: „... Am peinlichsten waren die amerikanischen und englischen Friedensfreunde von der matten und ablehnenden Haltung der britischen Delegierten berührt. In seiner unerschrockenen Art gab Stead seiner Enttäuschung — mehr noch seiner Entrüstung — darüber Ausdruck. Von der liberalen Regierung seines Landes, die durch den Mund des Premiers und des Ministers des Auswärtigen, Sir Edward Grey, so

---

[1]) Stead kam beim Untergange des Dampfers Titanic am 14. April 1912 ums Leben. Nach seinem Tode gingen Auszüge aus seinen Aufzeichnungen durch die englische Presse; das obige Zitat ist der „Kölnischen Zeitung“ entnommen.

[2]) Berta v. Suttner, „Der Kampf um die Vermeidung des Weltkrieges. Randglossen zu den Zeitereignissen vor der Katastrophe.“ Herausgegeben von Alfred H. Fried, Zürich 1917, Band II, S. 41.

entschieden dafür eingetreten war, daß England sich ‚an die Spitze einer Friedensliga der Staaten‘ stellen solle, hatte man eine andere Rolle auf der Haager Konferenz erwartet. Stead regte eine Aktion unter den englischen Parlamentariern an; und in der Tat: eine Deputation, geführt von Lord Weardale und William Randal Cremer (seit kurzem Sir William Cremer) begab sich zu Campbell-Bannerman und Minister Grey, um sie in dieser Angelegenheit zu interpellieren. Stead reiste auch selbst nach London und kam der Sache auf den Grund. Die Instruktionen der britischen Delegation waren ihr von den Funktionären des Auswärtigen Amtes gegeben worden, die noch vom vorigen imperialistischen Regime her in Stellung geblieben sind und daher in ihrem Geiste die Delegierten zu der passiven und ablehnenden Haltung verpflichteten, die sie im Haag beobachteten. Jetzt war die Sache aufgeklärt, und der Premier hat selbst neue Instruktionen geschickt, so daß die englischen Delegierten — nicht nur zur allgemeinen, sondern auch zu ihrer eigenen Befriedigung — nunmehr in liberaler Weise für das permanente Tribunal und andere Vorschläge eintreten[1])."

Aus diesem Berichte geht hervor, daß sich Grey gegen die Vorwürfe damit verteidigte, daß er die Schuld den Weisungen beimaß, welche die noch aus der konservativen Zeit her tätigen Beamten ausgearbeitet hatten. Das glaube, wer will! Anderthalb Jahre waren seit dem Regierungswechsel ins Land gegangen, die Welt war voll von den auf die Konferenz gesetzten Erwartungen, die Minister und die britischen Vertreter berieten miteinander wiederholt über die einzunehmende Haltung — und da sollte man ganz übersehen haben, daß die geltenden Weisungen nicht den von Grey verfolgten edlen Absichten entsprachen? Vermutlich stand es so, daß Grey mit den Imperialisten des früheren Kabinetts innerlich einverstanden war, daß er die in ihrem Geiste erlassenen Weisungen nicht auffallend fand und erst infolge der Beschwerden der Pazifisten auf Wunsch Campbell-Bannermans einlenken mußte. Stead

[1]) Übereinstimmend damit schrieb der Londoner "Evening Standard". „Auf der Haager Konferenz war Baron Marschall die dominierende Persönlichkeit. Neben ihm schienen die schlauen Slawen und die geschickten Romanen ganz nichtssagend, und selbst Mr. Choate (Vertreter Amerikas) wurde in den Schatten gestellt, während Sir Edward Fry) erster Bevollmächtigter Englands) eine trockene und pergamentgleiche Figur wurde. In dem ungleichen Wettkampf kamen wir (d. h. England) schlecht auf unsere Rechnung." Vgl. den Artikel „Marschall von Bieberstein" von Brauer in A. Bettelheim, „Biographisches Jahrbuch", XVII. Band, S. 217, Berlin 1915.

söhnte sich darauf mit ihm aus, wie aus einigen seiner, der Politik Greys gewidmeten Aufsätze hervorging.

Unter diesen Umständen kam es im Haag nur zu Verabredungen von minderer Wichtigkeit. Indessen hätten die gefaßten Beschlüsse ersprießlich wirken können, wenn sie nicht beim Ausbruche des Weltkrieges in alle Winde verflogen wären. Im Haag wurde zugunsten der Neutralen ausgemacht, daß ihre Küstenschiffahrt und ihre Fischerei nicht gestört werden dürfe, ebensowenig ihr Postverkehr. England setzte sich jedoch sofort zu Beginn der Feindseligkeiten 1914 über die wohlgemeinten, von ihm genehmigten Vertragspunkte hinweg. Etwas abweichend war das Schicksal, das dem Plan eines internationalen Prisengerichtshofes zuteil wurde, der in letzter Instanz über nach Kriegsrecht aufgebrachte Schiffe entscheiden sollte; auf der Konferenz kam es zwar zur Einigung darüber, aber der Entwurf wurde von der englischen Regierung nicht genehmigt[1]).

*

Das Seekriegs- und Seebeuterecht

Kläglich war das Ergebnis der Beratungen über das Seekriegsrecht. Dieses Gebiet hatte an der mit Hugo Grotius beginnenden Entwicklung

[1]) Die englische und französische Literatur über Abrüstung und Schiedsgerichte ist sehr reich, aber die politischen Hintergründe werden in ihr wenig behandelt. In den Büchern von Murray und Begbie, wie in dem Werke von R. H. Gretton, "A modern history of the English People" (2 Bände, London 1913) werden die die englische Regierung auf der Haager Konferenz bloßstellenden Vorgänge — wie die Londoner Seerechtskonferenz — einfach mit Schweigen übergangen. Murray und Begbie schildern Grey als das Muster eines friedliebenden, gerechten, der Sache der Abrüstung unbedingt ergebenen Mannes. Ob Grey nun diese Idealgestalt war oder nicht: in Büchern, die über die englische Politik handeln, dürfen Haupttatsachen aus seiner Wirksamkeit nicht unter den Tisch fallen gelassen werden. Dasselbe geschieht in dem bereits erwähnten französischen Hauptwerk über die Zeit, in Debidours "Histoire diplomatique de l'Europe" (seit 1878), 2 Bände, das nur für die französische Politik von Belang ist, dagegen über das Verhältnis Englands zu Deutschlands und über alle Flottenfragen nur oberflächlich unterrichtet. In den Verzeichnissen über die von Debidour benutzten Quellen fehlen so ziemlich alle wichtigeren englischen Bücher, so auch die drei obengenannten. Debidour — Professor an der Pariser Universität — ist, wie viele seiner französischen Fachgenossen, ob des leichten literarischen Gepäcks zu beneiden, mit dem sie sich auf den Weg zur Arbeit begeben.

des Völkerrechtes keinen Anteil; die Beschlüsse des Pariser Kongresses von 1856 blieben ein dürftiger Ansatz. Begreiflich genug: das Völkerrecht regelt die Beziehungen zwischen Gemeinwesen, die sich gegenseitig als gleichberechtigt ansehen, während auf dem Meere England gebot und sich keine Schranken auferlegen ließ. Das galt besonders in bezug auf das Privateigentum. Großbritannien wollte nicht zugeben, daß das auf der See schwimmende Eigentum eines von ihm bekriegten Staates nicht angetastet werden dürfe; ebensowenig war der Privatbesitz der Bürger neutraler Staaten vor seinen Griffen sicher. In diesem Punkt hat sich der Brauch von dem, was in alter Zeit Seeräuber verübt haben, nicht geändert, obwohl dies im Widerspruch mit den Ideen von Gesittung und Recht steht, die sich im Laufe der Jahrhunderte Bahn gebrochen haben. Das fühlte auch der billiger denkende Teil des englischen Volkes, weshalb sich die linksstehenden Gruppen des Parlaments der Notwendigkeit von Reformen nicht verschlossen. Das war jedoch in den Augen der Imperialisten so gut wie Selbstmord, da England damit seine schärfste Waffe aus der Hand gab. So dachte auch Grey, der am 6. Februar 1908 im Parlament sagte: „Wenn das Privateigentum (im Kriege) unantastbar wäre, so wüßte ich nicht, wie jemals ein Krieg beendet werden könnte."

Aus dem Ringen dieser Anschauungen ergab sich, je nachdem die eine oder die andere Partei überwog, ein Schwanken der englischen Politik. Das endgültige Ergebnis konnte jedoch nur diejenigen überraschen, die sich über die Natur der britischen Seeherrschaft einer Täuschung hingaben. Zunächst hatten im liberalen Ministerium die Fürsprecher der Reform die Oberhand. Demgemäß sprach England auf dem Friedenskongreß grundsätzlich die Geneigtheit zu Milderungen des Seebeuterechtes aus. Es wollte aber nicht so weit gehen wie die Staaten des Festlands, so daß man nur zu einigen allgemeinen Sätzen gelangte, die von England mit Vorbehalten angenommen wurden. Indessen sprach es seine Bereitwilligkeit aus, die Sache auf einer besonderen Konferenz zu fördern.

Die Seerechtskonferenz trat am 24. Dezember 1908 in London zusammen. Hier ließ die englische Regierung zur angenehmen Überraschung der Teilnehmer ihre Einwendungen fallen, und die Grundsätze eines billigen Seerechts wurden formuliert. Nach eindringlicher Erörterung aller Fragen einigte man sich auf die Londoner Deklaration vom 26. Februar 1909. Soweit wäre alles gut gegangen; als es aber zur Bestätigung des Entwurfs durch die einzelnen Staaten kam, gerieten die

Dinge ins Stocken. In Großbritannien setzte eine starke Bewegung gegen die Annahme der Beschlüsse ein, damit sich England für den nächsten Krieg nicht die Hände binde. Wohl ließ sich das Unterhaus nicht irre machen und sprach die Zustimmung aus. Im Oberhaus aber erklärten die Redner der konservativen Mehrheit, das sei unvernünftige Schwäche, nicht weit entfernt von Verrat an der Sache der Seeherrschaft. Die Vorlage wurde dann von den Lords verworfen und war damit begraben. Das liberale Kabinett machte keine Anstrengungen, den eigenen Antrag zu retten. Das lag an den allgemeinen Verhältnissen, an der von den Imperialisten genährten, sich immer mehr und mehr verbreitenden Kriegsfurcht. Im besonderen aber war der Rücktritt und bald darauf folgende Tod des Premierministers Campbell-Bannerman (1908) verhängnisvoll. Asquith wurde sein Nachfolger, der als Imperialist andere Sorgen hatte als die Umstimmung des Hauses der Lords. Den ihm gleichgesinnten Kollegen war die Niederlage im Oberhaus willkommener als der Sieg, den die Regierung bei den Abgeordneten davongetragen hatte. Nur die Milderungen des Seebeuterechts, die schon auf der Haager Friedenskonferenz beschlossen worden waren, blieben in Kraft, aber im Weltkrieg schritt England auch über diesen Teil des Völkerrechts hinweg.

*

Internationale Schiedsgerichte

Bei diesen Enttäuschungen der Friedensfreunde war es für sie noch ein Labsal, daß auf dem Haager Kongreß wenigstens die Einsetzung eines ständigen internationalen Schiedsgerichtshofes vereinbart wurde. Er ist auch ins Leben getreten und war die beste Frucht der Beratungen. Die Befriedigung über die Annahme des Prinzips kühlte sich allerdings stark ab, als es zur Aussprache über den Kreis der dem Schiedsgericht vorzulegenden Streitfälle kam.

Der heiße Wunsch der Pazifisten ging auf ein obligatorisches Schiedsgericht, dem sich jeder Staat in jeder noch so großen Sache zu fügen hätte. Überließ man es den Mächten, sich von Fall zu Fall an den Schiedsgerichtshof zu wenden, so war durch das Zierstück nicht

viel für den Weltfrieden geleistet. Die Vermeidung künftiger Kriege durch schiedlichen Austrag war der Sprung ins Himmelblaue, den die Pazifisten von dem Kongresse erwarteten. Diese Hoffnung wurde von der Regierung keines einzigen Staates geteilt. Sie alle wußten, daß nach der Lage der Dinge kein großes Volk, sobald sein nationales Leben, seine Ehre in Frage käme, auf die Entscheidung durch die Waffen verzichten werde. Indessen bemühte man sich, eine allgemeine Formel für die Verpflichtung zu finden, Streitigkeiten vor den Schiedsgerichtshof zu bringen. Ein Antrag dieses Sinnes wurde von mehreren Staaten eingebracht, aber schon darin waren die Ausnahmen von dem Zwange der Anrufung umfänglicher als die Fälle, die der Regel unterlagen. Der Vorschlag ging nämlich dahin, die vertragschließenden Staaten sollten sich verpflichten, „der Schiedsgerichtsbarkeit die zwischen ihnen entstehenden Streitigkeiten zu unterbreiten, die juridischer Natur sind oder sich auf Auslegung der zwischen den Vertragsmächten bestehenden Verträge beziehen, wofern diese Streitigkeiten auf direktem diplomatischen Wege nicht beigelegt werden konnten und weder die wesentlichen Interessen noch die Unabhängigkeit der streitenden Parteien noch die Interessen dritter Mächte berühren." Diese Formel war von gähnender Leere und Inhaltslosigkeit, ganze Wagenladungen von Ausflüchten hatten in ihr Platz. Denn die Pflicht, ans Schiedsgericht zu gehen, war nicht vorgeschrieben, sobald es sich um „die wesentlichen Interessen und die Unabhängigkeit" eines Staates handelte. Das war kein Fortschritt gegen den bisherigen Zustand, da es auch schon in den ältesten Zeiten vorgekommen war, daß sich zwei Staaten schiedlich vertrugen. Die Antragsteller fühlten das selbst, deshalb schlugen sie außerdem auch eine Aufzählung derjenigen Gegenstände vor, bei denen es nicht auf die Unabhängigkeit eines Staates anzukommen pflegt, die also dem Schiedsgerichtshofe unterbreitet werden mußten. Ins Auge gefaßt wurden Streitigkeiten über Handel, Schiffahrt, Eisenbahnen, Telephonwesen, Maß, Münze und ähnliches. Das waren noch immer umfassende Gebiete, auf denen zudem die Lösung oft noch schwieriger ist als auf dem politischen Felde. Es wäre also eine große Sache gewesen, wenn sich alle Staaten von vornherein in diesen Dingen dem schiedlichen Austrage bindend unterworfen hätten.

Als nun der Vorschlag vor die Konferenz kam, erklärten sich 32 Staaten dafür, 9 dagegen, 3 Staaten (Italien, Japan, Luxemburg) enthielten sich der Abstimmung. Die Ablehnung wurde ausgesprochen von Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Bulgarien, Griechenland,

Montenegro, Rumänien, der Schweiz und der Türkei, also von den zwei Mittelmächten, sämtlichen Balkanstaaten, dann von der Schweiz und Belgien. Für die Minorität führte Deutschland das Wort. Freiherr von Marschall entwickelte folgende Gesichtspunkte. Deutschland sei ebenso wie die Staaten der Mehrheit für obligatorische Schiedsgerichte eingenommen, was schon aus dem Umstande erhelle, daß es selbst derartige Verträge geschlossen habe, darunter kürzlich einen mit England. Doch scheine es seiner Regierung verfrüht, allen Staaten gegenüber die Verpflichtung zu übernehmen, und deshalb stimme sie gegen den vorgeschlagenen Weltvertrag. Der von Deutschland erhobene Einwand ging von der Annahme aus, daß Staaten niedriger Kultur sich künftighin jeder Leistung entziehen würden, wenn sie die Möglichkeit besäßen, zu dem gewöhnlich langwierigen Verfahren vor dem Schiedsgerichtshof Zuflucht zu nehmen. Damit aber hatte die deutsche Regierung den Antrag allzu ernst genommen. Es lag auf der Hand, daß er, auch wenn zum Beschluß erhoben, bei seinen vielen Wenn und Aber keine besonderen praktischen Wirkungen erzielt hätte. Das wußten auch die Staaten der Mehrheit, aber sie wahrten klugerweise das Gesicht. Je mehr Geist und Gründlichkeit Marschall von Bieberstein entwickelte, desto stärker war der Eindruck, daß Deutschland Schuld daran trug, wenn der Weltfriedensvertrag nicht zustande kam. Es war aber zu bedenken, daß nicht bloß die Balkanstaaten, sondern auch die Schweiz und Belgien mit Deutschland und Österreich-Ungarn stimmten. Bei den jungen Gemeinwesen des Südostens lag der Beweggrund in der Absicht, bei nächster Gelegenheit gegen die Türkei, vielleicht auch gegen Österreich-Ungarn loszuschlagen; sie wollten sich an dem Heiligen Kriege behufs nationaler Einigung durch kein Schiedsgericht der Welt hindern lassen. Die Schweiz aber und Belgien? Sie waren friedlich gesinnt, eben deshalb widerstrebte es ihnen, sich an der durchsichtigen Friedenskomödie zu beteiligen.

Das Ergebnis war folgendes. Es wurde kein eigentlicher Beschluß gefaßt, der Kongreß gab bloß eine Erklärung ab, diese freilich einmütig, daß alle Staaten in der Anerkennung des Wertes obligatorischen Schiedsverfahrens übereinstimmten; nur Meinungsverschiedenheiten juristischer Natur hätten den Abschluß eines Weltvertrages verhindert. Ebenso einstimmig erfolgte die Einsetzung des ständigen Schiedsgerichtshofes mit dem Sitze im Haag, dessen Anrufung aber keinem Zwange unterlag. Dieses Gericht wurde späterhin mehrfach in Anspruch

genommen und fällte, unter dem Vorsitze des österreichischen Rechtsgelehrten Heinrich Lammasch, eine Reihe von Urteilen zur Schlichtung von mitunter gefahrdrohenden Streitigkeiten. Indessen handelte es sich dabei nie um internationale Lebensfragen, nie um einen Fall, der voraussichtlich einen Krieg hervorgerufen hätte. Doch wirkte der hohe Gerichtshof als Vorprobe eines die Menschheit künftig wirklich umspannenden Gerichtes[1]).

Ein Wort noch über die von der deutschen und von der englischen Regierung befolgten Methoden. Deutschland hielt sich von vorneherein ausschließlich an das praktisch Durchführbare und lehnte nebelhafte Verheißungen ab. Darin zeigte sich ein Gradsinn, der sich an den Schlagworten der Zeit wund stieß. Das Zusammengehen mit der Mehrheit des Friedenskongresses würde zwar an dem Ergebnisse nichts geändert haben, wäre aber dem Ansehen Deutschlands in der Welt sehr nützlich gewesen. Das Deutsche Reich schien sich dem Wehen des aufwärts strebenden Menschengeistes zu verschließen und setzte sich dadurch in den Augen vieler ins Unrecht. Das gehörte zu den im 20. Jahrhunderte von der deutschen Diplomatie begangenen Fehlern. Darin kam der Offizierscharakter der Politik des Reiches zum Ausdruck, der aus Achtung vor dem gegebenen Wort die Übernahme einer Scheinverpflichtung ablehnte; es war aber doch auch ein Mangel an Biegsamkeit, ein geringes Verständnis für die Zeitströmungen, was sich durch die Vereinsamung des Deutschen Reiches strafte, die sich zunächst noch nicht politisch, wohl aber im Reiche des Geistes fühlbar machte. Die Gradheit der deutschen Natur, die allem Scheinwesen abhold ist, gereichte seiner Politik zum Nachteil.

Anders die englische Diplomatie. Nach dem ersten, sie bloßstellenden Schwanken schlug sie sich zu den Pazifisten und ging scheinbar sogar auf solche Forderungen ein, die der britischen Seeherrschaft Opfer auferlegten. Sie beteiligte sich an der Arbeit für einen Prisengerichtshof und selbst an der Reform des Seebeuterechts. Dann freilich, als die Welt von den edlen Absichten mindestens der Regierungspartei den besten Eindruck gewonnen hatte, stellten sich Hindernisse ein, letzten Endes versagte das amtliche England seine Zustimmung. Der Welt gefiel dieses Vorgehen besser als das der Deutschen, da sie darin eine Huldigung für die Zeitideen sah. Wer tiefer blickte, ließ

[1]) Alfred H. Fried, „Handbuch der Friedensbewegung" (2. Auflage, Berlin und Leipzig 1911), Band I, S. 240—269.

sich allerdings durch den Schein nicht täuschen, aber auf der großen Bühne der Politik wirken wie im Theater Prachtgewänder, edle Faltenwürfe und schöne Gebärden, kurz die Behelfe, auf die in bestimmten Rollen kein guter Schauspieler verzichten wird. In dem vorliegenden Falle standen die Dinge zudem so, daß aus der Verhandlung im Haag für die Menschheit etwas Glückhaftes sprießen konnte. Nicht der ewige Friede zwar, aber das Abschleifen der Ecken und Härten des internationalen Rechtes, welches der Gewalt nur allzuviel Spielraum gewährte. Niemand konnte hinter den die Zukunft verhüllenden Vorhang blicken, es war aber ratsam, sich seinem Aufziehen nicht zu widersetzen und den Ausblick auf ein freundlicheres Weltbild offen zu halten.

XXII

Gründung des Dreiverbandes.

Deutschland eingekreist

An keiner Stelle dieses Werkes läßt sich die Schwierigkeit aller Geschichtschreibung, die darauf beruht, daß der gleichzeitige Verlauf mannigfacher innig verketteter Ereignisse nur nacheinander geschildert werden kann, mit größerer Mühe überwinden. Auf der einen Seite muß der Historiker das Gleichartige übersichtlich zusammenstellen, andererseits aber darf er das vielverschlungene Gewebe des Zeitbildes nicht zerpflücken, da ihm auferlegt ist, das Spiel und Gegenspiel der Kräfte in ihrem Aufeinanderwirken zu neuem Leben zu erwecken. Der ordnende Verstand heischt das Gliedern des Stoffes, das künstlerische Gewissen dagegen eine in geschlossenem Bette dahinströmende Erzählung. Die Schwierigkeit wächst in demselben Maße wie die Weite des Schauplatzes der Ereignisse, sie läßt sich bei der Darstellung der allgemeinen Weltgeschichte als eines Ganzen kaum noch überwinden. In dem uns jetzt beschäftigenden Zeitpunkte war es geboten, das Schicksal des Friedens- und Abrüstungsgedankens von der die Erdenweite umspannenden Tätigkeit Großbritanniens ebenso zu trennen, wie von der marokkanischen Verwicklung und von den Wirren auf der Balkanhalbinsel. Und doch greift ein Zahn des Getriebes in den anderen ein. Erst durch den näheren Einblick in die Weltmaschinerie wird man sich darüber klar, inwiefern der Vorschlag, mit den Rüstungen innezuhalten, ernst gemeint war und welche Gründe Grey zu seinem kühlen Zweifel, die deutsche Regierung aber zur Absage bestimmt haben; was von jetzt ab erzählt wird, war bereits früher wirksam. Das jeweilige Weltbild kommt etwa wie ein figurenreicher Gobelin zustande, in den ein Faden nach dem anderen hineingewebt werden mußte, bis Gestalten und Farben in ihrer Fülle erscheinen.

*

Deutsche und Briten in Vorderasien. Bagdadbahn

Die englisch-imperialistische Woge hatte sich mit dem Überfluten Ostafrikas und der Unterwerfung der freien Burenstaaten nicht erschöpft. Sie drang hierauf nach Vorderasien vor, das seit dem Tode Disraelis von den Briten vernachlässigt worden war. Curzon hatte in seinem Buche „Probleme des fernen Ostens" (1894) das Versäumnis gerügt; 1899 Vizekönig von Indien geworden, tat er das Seinige, um Persien, das „Glacis Indiens", oder wenigstens dessen südliche Teile für England zu sichern. Um weiterhin das indische und das afrikanische Reich der Briten auch zu Lande zu vereinigen, waren Arabien und Mesopotamien als Zwischenglieder notwendig. Dann erst war der Ring geschlossen und der Indische Ozean ein nur von englischen Küsten begrenztes Meer.

Mit Rücksicht darauf war der Bau der Bagdadbahn den Engländern unwillkommen. Mit ihr drang deutscher Einfluß keilförmig zu dem Indischen Ozean vor und zerschnitt die weiten Einflußgebiete Albions. Nun hatte England 1899 der Gewährung des Baues der Bahn nicht entgegentreten können, da es mit den Buren im Kampfe lag und gleichzeitig in Mittelasien von den Russen bedroht war. Aber auch in dieser Bedrängnis ließ es das untere Stromgebiet des Euphrat und des Tigris, wie den Persischen Meerbusen nicht aus dem Auge. Die Hafenstadt Koweit, westlich von der Mündung, war der Mittelpunkt eines kleinen Araberstaates unter einem halb selbständigen Scheich oder Sultan, dessen Ländchen zum türkischen Reiche gehörte, was auch Curzon noch 1892 in einem seiner Bücher anerkannt hatte. Als aber die Bagdadbahn in Sicht kam, wurde der wenig beachtete Hafen wichtig, weil er als deren Endpunkt gedacht war und als Umschlagsplatz für die Waren von und nach Indien dienen konnte. Dies erkennend bestimmte England 1899 den Scheich, sich zu verpflichten, er werde mit keiner Macht ohne britische Erlaubnis Verträge schließen. Vergebens der Einspruch der Pforte, der England die Behauptung entgegenhielt, Koweit sei ein unabhängiges Sultanat und dürfe frei über sich verfügen. Britisches Geld tat das übrige: damit war ausgeschlossen, daß die Bagdadbahn bis hierher geführt werde, da die

Türkei es nicht auf einen Krieg mit England ankommen lassen durfte. So wurde Koweit ein neues Glied in der Kette der britischen Besetzungen um den Indischen Ozean. Aden war schon 1839 von England besetzt worden, Beludschistan 1854, die Häfen Südpersiens bei der bereits (Band I, Seite 340) geschilderten Rundfahrt Lord Curzons im Jahre 1903.

Dieser Eingriff bestärkte die Pforte in ihrem Mißtrauen gegen England, so daß sie am 5. März 1903 in die Erweiterung der Bagdadbahnkonzession willigte. Der ursprüngliche Freibrief von 1899 (Band I, Seite 251) war der Deutschen Bank gewährt worden, jetzt kam es zur Gründung der Bagdadbahn-Gesellschaft.

Die auf Grund des Vertrages vom 5. März 1903 gegründete Gesellschaft hatte einen internationalen Charakter. Vom Aktienkapital zeichnete die Deutsche Bank 40%, die französische Finanzgruppe (Ottomanbank) 30%, die Anatolische Eisenbahngesellschaft 10%, der Rest wurde von der Türkei, Österreich-Ungarn, Italien und der Schweiz aufgebracht. Das Aktienkapital war klein, die Hauptsumme für den Bau sollte durch Ausgabe von türkischen Staatsschuldverschreibungen aufgebracht werden. Diese Obligationen hätten aber, wenn die Türkei nicht Pfänder für die pünktliche Zinszahlung stellte, keine Abnehmer gefunden. Als Pfand dachte man sich anfänglich den Mehrertrag der Eingangszölle des Reiches, die man von 11 auf 15% erhöhen wollte. Indessen war die Höhe der Zölle durch Verträge mit den Großmächten festgelegt, und England wie Rußland erhoben gegen die Erhöhung Einspruch. Endlich gaben sie nach, jedoch nur unter der Bedingung, daß der Mehreingang zugunsten der Reformen in Mazedonien verwendet werde; die Bagdadbahn ging also leer aus. Überhaupt versagte England diesem Unternehmen jede Förderung, während Frankreich sich freundlich stellte. Das hing damit zusammen, daß 45% der türkischen Staatsschuld in Frankreich abgesetzt waren, so daß dieses Land den Wunsch hegte, die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei zu fördern. Die osmanischen Staatsschulden wurden von einer internationalen Behörde verwaltet, welcher der Eingang aus bestimmten Steuern zugewiesen war. Als diese Abgaben ein Mehr über den Bedarf der Schuldenverwaltung einbrachten, konnte endlich 1908 angeordnet werden, die frei gewordene Summe habe der Verzinsung der Bagdadbahnobligationen zu dienen. Erst als diese Bürgschaft vorhanden war, schritt man zur Ausgabe von Schuldverschreibungen.

Infolge des finanziellen Notstandes hatte der Bau seit 1904 einige Jahre gestockt, zu welcher Zeit erst die Strecke von Konia bis Bugurlu, 200 Kilometer lang, fertiggestellt war. Daraus erwuchs für England die Aussicht, das Unternehmen in seinen Besitz zu bringen. Diesen Gedanken sprach der Redakteur der „Times", Chirol, in seinem 1903 erschienen Buche „The middle eastern question" (die mittelorientalische Frage) ohne Hehl aus. Seiner Ansicht nach war es ausgeschlossen, daß die Türkei die finanzielle Bürgschaft für die Verzinsung des gewaltigen Baues bieten könne. Das Unternehmen werde also nach der kostspieligen Durchquerung des Taurus in den unfruchtbaren Einöden am oberen Euphrat und Tigris steckenbleiben. Dann müsse die britische Geldmacht eingreifen, denn zu dieser Zeit, so deutet Chirol an, werde das bankerott gewordene Unternehmen billig zu haben sein. Die Rechnung war aber irrig, da sich, wie erwähnt, 1908 die Mittel zur Fortführung des Baues fanden. Infolgedessen wurde der Bau nach sechsjähriger Pause 1910 wieder in Angriff genommen[1]).

Auch in Mesopotamien arbeiteten Deutsche und Engländer einander entgegen. Bei diesem Mittelstück zwischen Ägypten und Indien handelte es sich den Briten vornehmlich um den Süden, schon wegen der Nähe des Meeres und auch weil die nördlichen Gegenden Mesopotamiens an Wassermangel litten. Indessen wendete Britannien auch diesen entfernteren Gebieten Aufmerksamkeit zu. Ziemlich spät erfuhr man in Europa, daß englische Offiziere und Ingenieure dort reisten und Messungen zur Anlage von Kanälen vornahmen. Ein Vortrag des hervorragenden britischen Wasserbaumeisters Willcox brachte nähere Aufklärung. Dieser Ingenieur hatte in Indien erfolgreich gewirkt und übernahm dann die oberste Leitung der Strombauten Ägyptens. In dieser seiner Eigenschaft bereiste er das Land zwischen Euphrat und Tigris, das zur Zeit der Babylonier und unter den Kalifen eine Stätte hoher Kultur gewesen war, jetzt aber verödet dalag. Willcox stellte fest, daß die ehemalige Fruchtbarkeit des Schwemmlandes wiederkehren werde, sobald Kanäle und Schöpfwerke dieselbe Arbeit wie im Altertum und Mittelalter leisten würden. In seinem Vortrage sprach er die Ansicht aus, daß indische und ägyptische Bauern, weil in ihrer Heimat mit Bewässerungsarbeiten vertraut, sich am besten zur Be-

[1]) Das Obige nach C. A. Schäfer, „Die Entwicklung der Bagdadbahnpolitik", S. 38, 50, 61.

siedelung des Zwischenstromlandes eignen würden. Weitaussehende Pläne, würdig der Ausführung durch ein mächtiges Kulturvolk. Die Zukunft mußte entscheiden, ob Deutsche oder Briten hierzu bestimmt sein sollten [1]). Gleichzeitig war Arabien Gegenstand der diplomatischen Arbeit der Engländer und mehr noch ihrer politischen Phantasie [2]). Nicht bloß Aden, auch die Südküste Arabiens, Hadramaut, standen bereits unter englischer Oberhoheit. Im Innern des Landes wieder brachen regelmäßig Aufstände gegen die Pforte aus. Alle Welt wußte, daß zu ihrer Förderung Waffen aus Großbritannien und Ägypten eingeschmuggelt wurden, mochte auch die englische Regierung ihre Hand nicht im Spiele haben. Indessen argwöhnte Sultan Abdul Hamid immer, die Engländer würden eines Tages ganz Arabien ihrem Reiche einverleiben. Als Mittel hierzu mochte den Feinden des Padischah die Wiederherstellung des Kalifates in der heiligen Stadt Mekka dienen, wo Mohammed und seine ersten Nachfolger gethront hatten; auf diese Weise konnten sich die Araber der ungern ertragenen Herrschaft des türkischen Sultans entziehen. Diese Besorgnisse spornten Abdul Hamid zu einer ihm sonst nicht eigenen Rührigkeit an. Es drängte sich ihm die Notwendigkeit auf, Mekka und Medina mit dem Innern des Reiches durch einen Schienenstrang zu verbinden, um die religiösen Mittelpunkte des Islam militärisch festhalten zu können. Er ließ also eine von Damaskus nach Mekka führende Linie, die Hedschasbahn, in Angriff nehmen. Sie war eine der wenigen Taten der Gesittung, zu denen sich Abdul Hamid aus eigenem Antriebe verstand. Für das Werk strömten reiche freiwillige Gaben der Gläubigen zu, außerdem ließ er für den frommen Zweck den Offizieren und Beamten des Reiches einen Gehaltsabzug auferlegen. Am 1. September 1908 war Medina, später auch Mekka durch den Schienenstrang erreicht. Leiter des Baues war der deutsche Ingenieur Meißner mit einer Anzahl seiner Landsleute. Überall gab Abdul Hamid deutschen Beratern, Bahnbeamten, Offizieren den Vorzug.

Schon diese von Nord nach Süd führende syrisch-arabische Bahn war den Engländern nicht angenehm. Da faßte die Pforte den Plan, von Ma'an, einer Station der Hedschas-Linie, eine Zweigbahn nach

[1]) Paul Rohrbach, „Deutschland unter den Weltvölkern“, 2. Aufl., Berlin 1908, S. 265, 277.

[2]) Stuhlmann, „Der Kampf um Arabien zwischen der Türkei und England“, in den „Hamburger Forschungen“ 1916.

Westen bis nach Akaba am Roten Meere zu bauen, um bei dieser Grenzstadt Ägypten zu erreichen. Jetzt fuhr England gereizt dazwischen. Das fehlte noch, daß auf diese Weise einmal türkische Truppen nach Ägypten geschoben werden könnten — am Ende gar unter deutschen Generälen und Offizieren! England stellte also die Behauptung auf, Akaba gehöre gar nicht den Türken, sondern sei ägyptischer Boden, stehe also von Rechts wegen unter britischer Botmäßigkeit; die Bahnverbindung wurde kurzerhand untersagt. Die Pforte ließ das nicht gelten und sandte nach Ma'an Truppen, um den Bau in Angriff zu nehmen. Darauf verlangte Britannien deren Zurückziehung binnen zehn Tagen und unterstützte die grobe Forderung durch Kriegsschiffe, die von Malta herandampften. Nicht bloß Frankreich, auch Rußland stellte sich auf Seite Großbritanniens, was der erste der Dienste war, die sich die Kabinette von Petersburg und London abwechselnd leisteten. Der Türkei blieb nichts übrig als nachzugeben. So verhinderten die Briten zwei große Kulturwerke, die Eisenbahnverbindung bis zum Persischen Meerbusen wie die von Syrien nach Ägypten. Diese zwei Linien konnten ihnen nicht nur in einem künftigen Kriege gefährlich werden, sondern dienten schon im Frieden der militärischen und wirtschaftlichen Kräftigung der Türkei[1]). Mit Akaba und Koweit, die beide vom osmanischen Reiche losgerissen wurden, gewann Britannien neue Stützpunkte seiner Herrschaft; die weitschauende Politik wurde mit rücksichtsloser Energie durchgeführt.

*

Englische Feindseligkeiten gegen Deutschland. Eduard VII. Northcliffe

Alle diese Dinge gelangen den Briten ohne die Anstrengungen eines Krieges. Beim Lenken der auswärtigen Angelegenheiten verteilten der König und die Parteiführer — wie erwähnt — wie nach Verabredung die Rollen unter sich, indem der Premierminister Campbell-Bannerman der Welt Frieden und Abrüstung predigte, Grey und

[1]) Rohrbach, S. 274.

Hardinge für die Ausdehnung der Reichsgrenzen wirkten, der König endlich bei allen Kabinetten gegen Deutschland arbeitete. Besonders im Jahre 1907 verdiente sich Eduard VII. durch seine, diesem Zwecke dienenden Reisen den Namen des besten Botschafters, über den England verfügte.

Im Februar 1907 erschien Eduard mit seiner Gemahlin in Paris. Zum deutschen Botschafter, Fürsten Radolin, sagte er, seine Reise habe nur den Zweck, die Königin zu zerstreuen, die schon seit langer Zeit nicht in Paris gewesen sei. Der wahre Grund der Fahrt war ein anderer. Wie der belgische Gesandte Leghait am 4. Februar aus Paris nach Brüssel meldete, fühlte sich der König vom Ministerpräsidenten Clemenceau enttäuscht, der immer für den besten Freund Englands in Frankreich gegolten hatte. Nun aber gewahrte man in London, daß er sich ebensowenig wie Rouvier gegen die Deutschen ins Feld schicken ließ. „Seit kurzem", so fährt Leghait fort, „besteht eine zwar noch stumme und schüchterne, aber sehr bezeichnende Opposition gegen die Verblendung, mit der man sich in das Fahrwasser Englands hineinziehen läßt. Die Ratschläge und Absichten dieser Macht erscheinen nicht mehr so uneigennützig wie zu Anfang. Infolgedessen bildet sich eine Partei, die das Joch dieses fremden Einflusses abschütteln will, um Frankreich eine größere, ehrenvollere Handlungsfreiheit zu verschaffen, ohne jedoch dabei die ausgezeichneten freundschaftlichen Beziehungen mit dem Nachbar jenseits des Kanals aufzugeben." Der König suchte das Mißtrauen zu zerstreuen, gab Zusicherungen seiner Friedensliebe, wies aber im Gespräch mit Clemenceau und dem Kriegsminister nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, die Land- und Seestreitkräfte Frankreichs zu verstärken. Das war die Kehrseite der Politik der Abrüstung, die England dem Deutschen Reiche predigte. Die französische Regierung durchschaute dieses Spiel. „Ich glaube," so berichtete Leghait nach der Abreise des Königs am 10. Februar, „daß die Regierung der Republik diesen letzten englischen Besuch ebenso gerne vermieden gesehen hätte und daß sie das Bewußtsein hat, damit etwas zuviel von der Verantwortung für die englisch-deutsche Antipathie auf sich genommen zu haben... Man überblickt diese heikle Lage und die Gefährlichkeit des Spiels, so daß alle offiziösen und ernsthaften Preßorgane sich über die Lage ausschweigen und keines von ihnen sich über diese neue Kundgebung der englischen Freundschaft zu freuen wagt."

Trotzdem war die Arbeit des britischen Versuchers nicht vergeblich und beeinflußte die Stimmung des Landes, besonders aber des Heeres. Im April 1907 fand ein militärisches Festessen statt, bei dem Oberst Goepp sein Bedauern aussprach, vor der Stunde der Vergeltung den Abschied erhalten zu haben; darauf erwiderte der kommandierende General Baillard, der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland sei unvermeidlich. Baillard wurde zwar auf einen anderen Posten versetzt, wobei aber die Regierung erklärte, seine unpassende Rede wäre nicht der einzige Grund dieser Maßregel gewesen.

Zu dieser Zeit befand sich Eduard VII. auf der Fahrt ins Mittelländische Meer und traf mit König Alfons von Spanien in Cartagena zusammen. Darüber schrieb der belgische Gesandte, Baron Greindl, am 18. April aus Berlin an seinen Minister: „Wie der Bündnisvertrag mit Japan, das herzliche Einvernehmen mit Frankreich, die mit Rußland schwebenden Verhandlungen, so ist der Besuch des Königs von England beim König von Spanien ein Manöver in dem von Seiner Majestät Eduard VII. persönlich mit ebensoviel Ausdauer wie Erfolg geleisteten Feldzuge zur Isolierung Deutschlands.“ Dann reiste Eduard nach Italien und besuchte den König Viktor Emanuel am 15. April in Gaeta. Italien war schon auf der Konferenz von Algeciras mit den Gegnern Deutschlands gegangen und ließ sich immer mehr in die Verbindung mit ihnen hineinziehen, obgleich es den Bund mit den Mittelmächten 1902 für zwölf Jahre erneuert hatte. Es stand jedem der drei Staaten frei, diese Allianz im sechsten Jahre ihres Bestandes zu kündigen. Der deutsche Botschafter in Rom, Graf Monts, war der Meinung, dies solle jetzt von deutscher Seite geschehen; statt Italien wäre die Türkei in den Bund aufzunehmen. In Berlin wollte man es jedoch vermeiden, Italien völlig in das gegnerische Lager zu drängen; die Kündigung wurde unterlassen, und der Scheinbund lief bis 1914 weiter[1]).

Schon im Winter auf 1907 war die Einkreisung Deutschlands so offenkundig, daß die von allen Seiten angefeindete Nation unruhig wurde und damit einverstanden war, daß die Regierung für Wehr und Waffen sorgte. Nur die sozialdemokratische Partei gefiel sich weiter in der Vorstellung, die Völker seien reif für den Weltfriedensgedanken, stärkere Rüstungen deshalb Verschwendung. Bei den Wah-

[1]) A. F. Pribram, „Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914“, 1920, S. 265ff.

len zum Reichstag (25. Januar und 5. Februar 1907) sprach sich das Volk gegen diese Selbsttäuschungen aus und bereitete der sozialistischen Partei eine Niederlage; die Zahl ihrer Abgeordneten sank von 81 auf 43. Der Wahlausfall kam, wie der belgische Gesandte in London, Graf Lalaing, meldete, den Briten sehr ungelegen. Er entwarf in einem Berichte vom 24. Mai 1907 ein nur allzu wahres Bild von der Wirkung der Zeitungshetze in England. Er machte für sie in erster Linie den mächtigen Zeitungsherausgeber Harmsworth-Northcliffe verantwortlich, der der Schuldigste unter den am Weltkriege Schuldigen geworden ist. Als die deutsche Regierung 1915 den Bericht des belgischen Gesandten veröffentlichen ließ, las man die prophetischen Worte: „Eine gewisse Kategorie der Presse, hier unter dem Namen ‚Gelbe Presse' bekannt, trägt zum großen Teil für die feindselige Stimmung zwischen den beiden Nationen die Verantwortung. Was kann man denn auch von einem Journalisten wie Herrn Harmsworth, heute Lord Northcliffe, Herausgeber der ‚Daily Mail', des ‚Daily Mirror', des ‚Daily Graphic', des ‚Daily Expreß', der ‚Evening News' und der ‚Weekly Dispatch' erwarten, der in seinem Interview für den ‚Matin' sagte: ‚Ja, wir verabscheuen die Deutschen, und das von Herzen. Ich werde nicht zugeben, daß meine Zeitung auch nur das geringste druckt, was Frankreich verletzen, aber ich möchte nicht, daß sie irgend etwas aufnimmt, was den Deutschen angenehm sein könnte.' Diese Art von Journalisten, Herausgeber billiger und viel gelesener Blätter, fälschen nach Belieben die Meinung eines ganzen Volkes. Es ist klar, daß das amtliche England im stillen eine Deutschland feindliche Politik verfolgt, die auf eine Isolierung Deutschlands abzielt, und daß König Eduard es nicht verschmäht hat, seinen persönlichen Einfluß in den Dienst dieser Idee zu stellen; aber es ist sicher sehr gefährlich, die öffentliche Meinung in so offenkundiger Weise zu vergiften, wie es die unverantwortliche Presse tut, von der hier die Rede ist." So der belgische Vertreter in London. Lord Northcliffe verschaffte sich einen neuen Hebel seiner unseligen Einwirkung, als er die „Times" kaufte und daran ging, die gesunkene Abnehmerzahl des Blattes durch verstärkte Kriegshetze gegen Deutschland zu heben. Das unter seiner Leitung erfolgte Anwachsen der Verbreitung der „Times" bewies, wie richtig er die Stimmung des Landes beurteilt hatte.

Indessen bestand daneben noch eine starke Strömung für die Erhaltung des Friedens. Die Linksliberalen mißbilligten die Sprache

der „gelben Presse“, und ihre Organe, so die „Daily News“, der „Manchester Guardian“, die „Nation“, der „Economist“, behandelten Deutschland rücksichtsvoll, unter gerechter Anerkennung der versöhnlichen Absichten seiner Regierung. Nach Berlin gingen Besuche friedensfreundlicher Körperschaften, darunter von Tagesschriftstellern, worauf Gegenbesuche in London folgten. Lord Avebury, besser bekannt unter seinem Forschernamen Sir John Lubbock, stellte sich an die Spitze der Bewegung. Aber zuletzt ergoß sich über diesen Damm die Sturmflut.

*

Englisch-russische Verständigung

Im Sinne der überwiegenden öffentlichen Meinung Englands vollzog sich die Hauptarbeit der britischen Diplomatie: die Bildung des Dreiverbands und allseitige Umstellung Deutschlands. Alles übrige war nur ein Vorspiel im weltgeschichtlichen Drama. Kunstvoll wurde zu diesem Behufe die Gewinnung Rußlands betrieben. Dabei drängt sich die Beobachtung auf, daß das Schlagwort von dem zwischen einzelnen Nationen bestehenden unüberbrückbaren Gegensatz vor dem Verlauf der Geschichte nicht stichhält. Seit länger als einem Jahrhunderte entzündete sich die politische Phantasie an dem unvermeidlichen Zusammenstoße des russischen Eisbären mit dem englischen Leoparden. So stand es in den politischen Kinderfibeln und nicht bloß in diesen; aber die vermeintliche Notwendigkeit zerstob an unerwartet dazwischentretenden Tatsachen. Das war die Handelseifersucht der Briten auf die deutsche Nation und das Emporsteigen Japans. Die allgemeinen Verhältnisse, wie Verschiedenheit der Volkscharaktere, zwingender Einfluß der geographischen Lage, Gesetzmäßigkeit des geschichtlichen Werdens, sind zwar im Weltgeschehen von hoher Wichtigkeit, treten jedoch für die praktische Politik in den Hintergrund, sobald entgegenstrebende politische und wirtschaftliche Interessen sich melden.

Die deutschen Staatslenker erkannten nicht rechtzeitig, daß sich gleich nach dem Mandschurischen Kriege der Zusammenschluß Englands und Rußlands vorbereitete. Ahnungslos sagte der deutsche Staatssekretär, Freiherr von Richthofen, zum belgischen Gesandten in

Berlin, wie dieser am 23. September 1905 nach Brüssel berichtete, die Gefahr einer großen Koalition gegen Deutschland sei nicht sehr groß; für das Einvernehmen Englands und Rußlands fehle die Grundlage; auch würde ein solches, so meinte Richthofen, dem bestehenden englisch-japanischen Bündnisse widersprechen, das doch gegen das Zarenreich gerichtet sei! Seinem Berichte fügte der belgische Gesandte die Bemerkung hinzu: „Von unserem Standpunkt aus wäre zu wünschen, daß der Staatssekretär recht behielte. Der von Deutschland geleitete Dreibund hat uns dreißig Friedensjahre in Europa beschert. Jetzt ist er durch den Zustand der Auflösung geschwächt, in dem sich Österreich-Ungarn befindet. Der neue französisch-englisch-russische Dreiverband würde kein Ersatz sein, sondern im Gegenteil eine Ursache dauernder Beunruhigung."

Es bedurfte keines besonderen Scharfsinnes, um zu erkennen, daß Rußland nach seiner Niederlage in der Mandschurei dem asiatischen Reiche Britanniens nicht mehr gefährlich war. Hochzuschätzen aber ist die Entschlußkraft, mit der die britischen Staatsmänner sofort die englisch-russische Annäherung ins Auge faßten. Nur ein mächtiges Rußland hatte Großbritannien bekämpfen müssen, das gedemütigte konnte es zum Freunde gewinnen. Das 1905 erneuerte und vertiefte Bündnis mit Japan schützte das indo-britische Reich ohnedies gegen einen Angriff von Norden her. Konstantinopel, früher der Zankapfel zwischen England und Rußland, war den Briten weniger wichtig geworden. Gründe genug, um die Kräfte des russischen Volkes und Staates gegen Deutschland in Bewegung zu setzen.

Indessen war das Bündnis Großbritanniens mit Japan, so schöne Früchte es auch gezeitigt hatte, ein Hindernis für das Schlagen der Brücke von London nach Petersburg. War es denn überhaupt möglich, mit den japanischen Siegern und zugleich mit den russischen Besiegten in freundschaftliche Beziehungen zu treten? Leicht konnte das Mißtrauen Nippons erwachen, leicht auch das Petersburger Kabinett stutzig werden. Zudem enthielt der englisch-japanische Allianzvertrag die Bestimmung, daß die verbündeten Mächte kein Abkommen mit einem dritten Staat schließen dürften, wenn es einer von ihnen Nachteil bringen könnte. Da kam den Briten der Streit zu Hilfe, der sich um diese Zeit zwischen Japan und den Vereinigten Staaten entspann. Nippon war nicht stark genug, es zugleich mit Rußland und mit der nordamerikanischen Union aufzunehmen, so daß es die Aussöhnung mit dem Zaren-

reiche willkommen hieß. Hier setzte die englische Diplomatie an, um Japan den Russen zu nähern; dadurch wurde das erwünschte dreieckige Verhältnis zwischen London, Petersburg und Tokio möglich.

Japan und die Vereinigten Staaten waren die stärksten Anrainer des Großen Ozeans und schon deshalb in Eifersucht entbrannt. Dazu kam der Widerwille der westlichen Staaten Nordamerikas gegen die Einwanderung japanischer und chinesischer Gäste, durch die den einheimischen Arbeitern der Lohn gedrückt wurde. Die Abneigung machte sich im Ausschlusse aller japanischen Kinder aus den Schulen des Staates Kalifornien Luft, was zu einer gereizten Auseinandersetzung führte, die die Gefahr eines Krieges in sich schloß. Der Zwist wurde später beigelegt; bevor dies aber geschah, beeilten sich die englische und französische Diplomatie, Rußland und Japan auszusöhnen. Die zwei lange verfeindeten Mächte schlossen am 30. Juli 1907 einen Vertrag, durch den sie die im Friedensschlusse von 1905 unerledigt gebliebenen Streitpunkte ausglichen. In einer sich daran schließenden Erklärung vereinbarten sie die Erhaltung des Status quo in China und grenzten in der Mandschurei ihre Einflußgebiete ab.

Damit war die unerläßliche Voraussetzung für Rußlands Ausgleich mit Britannien gegeben. In Petersburg hatte man es aber damit nicht eilig. Denn unvergessen war, wie feindselig sich Großbritannien im japanischen Kriege benommen, während das Deutsche Reich eine wohlwollende Neutralität bewahrt hatte. Schon deshalb war der Zarenhof nicht willens, die nachbarlichen Beziehungen zu Deutschland zu lösen. Am lebhaftesten wirkte Ministerpräsident Witte gegen die Abkehr vom Deutschen Reiche und gegen die Verbindung mit England (Band II, Seite 73). Da brachte ein Regierungswechsel in Petersburg neue Männer an die Spitze. Da Witte auch mit Hilfe der von ihm erwirkten Verfassung der Revolution nicht Herr werden konnte, verlor er das Vertrauen des Zaren und erhielt im April 1906 die Entlassung; Goremykin, ein handfester alter Beamter, trat an die erste Stelle, für die aber schon im Juli Stolypin auserkoren wurde. Die auf demokratischer Grundlage gewählte Duma ward aufgelöst und die Revolution durch blutige Maßregeln niedergeworfen. Im Mai vollzog sich auch im Ministerium des Äußeren eine wichtige Änderung: an Stelle des Grafen Lambsdorff ergriff Alexander Iswolskij die Zügel.

Iswolskij war seit jeher ein Bewunderer englischer Lebensformen und förderte die Versöhnung mit Großbritannien, jedoch nicht in der

Absicht, deshalb mit Deutschland zu brechen. Das hätte der Zar damals nicht gestattet und auch in den Augen Iswolskijs wäre es eine Torheit gewesen, dessen zerrüttetes Reich in Streitigkeiten mit den Mittelmächten zu verwickeln. Indessen gingen unter dem neuen Minister die Verhandlungen zuerst mit Japan, dann mit England flinker vor sich. Iswolskij hatte es dabei mit dem britischen Botschafter Nicolson zu tun, der, ein ausgesprochener Feind Deutschlands, mit Feuereifer an dem russisch-englischen Ausgleich arbeitete. Störend wirkte eine Rede, die der britische Ministerpräsident nach der Auflösung des russischen Parlaments hielt, in der er für die russische Verfassung eintrat und in den Ruf ausbrach: „Die Duma ist tot, es lebe die Duma!" Mißtönend klang dem Zaren diese Einmischung in die Ohren.

Das war indessen nicht die Hauptsache; was die zwei Mächte trennte, waren die Verhältnisse in Asien. In Persien, Tibet und Afghanistan standen sie sich eifersüchtig gegenüber. In Tibet hatte Großbritannien den mit Japan im Kriege liegenden Russen einen schlimmen Streich gespielt. Bis dahin regierte ein Rußland ergebener Dalai-Lama (Band I, S. 335), den England jetzt durch einen Gewaltstreich aus dem Wege räumte. Im Jahre 1904 schickte die anglo-indische Regierung eine sogenannte Gesandtschaft nach Tibet, die von nicht weniger als 1500 Soldaten begleitet war. Vergebens verbat sich der Dalai-Lama das völkerrechtswidrige Vorgehen. Die Engländer, von dem Obersten Younghusband geführt, drangen unaufhaltsam gegen die Hauptstadt Lhassa vor, die sie am 3. August 1904 erreichten. Der Hohepriester ergriff die Flucht, wurde abgesetzt und ein Britenfreund trat an seine Stelle.

Fast ebenso scharf war der Gegensatz in Persien, doch auch darüber kam man durch das Entgegenkommen Englands hinweg. So wurde am 31. August 1907 der für Rußland günstige Petersburger Vertrag geschlossen. Er befaßte sich mit all den Gebieten, über die man uneins gewesen war. England als werbender Teil machte dem Zaren manche Zugeständnisse. Nur in Afghanistan schnitt es gut ab, indem ausgemacht wurde, die Dinge sollten bleiben wie bisher. Dagegen wich England in Tibet einen Schritt zurück. Es zog seine „Gesandtschaft" aus dem Lande zurück, und die zwei Mächte sicherten sich zu, während der nächsten drei Jahre nicht einmal eine wissenschaftliche Expedition nach Tibet zu senden. Auch wurde die Souveränität Chinas über den Dalai-Lama anerkannt. Überhaupt sollte das chinesische Reich unversehrt bleiben. Der wahre Charakter des Petersburger

Vertrages erhellte aber aus dem Abkommen über Persien. Das Land galt früher als Pufferstaat, und das Vordringen des russischen Einflusses schien den Briten unerträglich. Damit hatte es jetzt sein Ende. Über Persien wurde wie über eine gemeinsame Beute verfügt. Es wurde in drei Zonen zerlegt, eine nördliche als Einflußgebiet Rußlands, eine mittlere neutrale Zone und eine südliche, wo England sich als Herr einrichten durfte. Das Abkommen enthielt zwar die heuchlerische Zusicherung der Unversehrtheit Persiens und der Gebietshoheit des Schah; tatsächlich aber war es ein Teilungsvertrag, der die Selbständigkeit eines mit England und Rußland in Frieden lebenden Volkes vernichtete.

Das Petersburger Kabinett hatte allen Grund zur Zufriedenheit, Iswolskij betrachtete sich als Sieger. Vor kurzem erst war Rußland militärisch niedergeworfen worden und schon trat es mit Japan und Großbritannien, als Gleicher mit Gleichen, in freundschaftliche Verbindung. Was die Gunst der Weltlage mit sich brachte, schrieb Iswolskij dem eigenen Verdienste zu. Dabei verzichtete Rußland nicht einmal auf seine guten alten Beziehungen zu Deutschland. Bei der Zusammenkunft in Swinemünde (3. bis 5. August 1907) kam es zwischen dem Zaren und dem Deutschen Kaiser zu einer Aussprache, bei der Nikolaus versicherte, das zu Petersburg in Verhandlung stehende Abkommen werde keine Spitze gegen Deutschland haben. Das russische Reich war ruhebedürftig und deshalb bereit, mit Deutschland ebenso in Frieden zu leben wie mit Großbritannien und Nippon.

Die von England im Petersburger Vertrage gebrachten Opfer waren nicht gering, aber die Führer der konservativen Opposition im Unterhaus erhoben keine Einwendung. Grey hatte sich vor dem Abschlusse mit seinem Vorgänger im Amte, Lord Lansdowne, ins Einvernehmen gesetzt und dessen Zustimmung erhalten. Die Imperialisten der zwei großen Parteien waren untereinander in der Hauptsache einig; sie lösten sich in der Herrschaft ab, um dieselbe auswärtige Politik zu treiben. Feurige Zustimmung zum Vertrage sprachen die Gegner Deutschlands aus, ihn als Beginn einer neuen Zeit feiernd; die „Times" und die „National Review" brachten triumphierende Artikel. Frau Olga Nowikow, die zu London in ihrem Salon seit Jahren für ein englisch-russisches Bündnis gegen das verhaßte Deutschland wirkte, empfing die Glückwünsche ihrer Freunde.

Indessen machten sich auch Bedenken gegen die den Russen gemachten Zugeständnisse geltend. Lord Curzon nannte im Oberhaus das

Geschäft über Afghanistan zweifelhaft, das über Tibet schlecht, das über Persien noch schlechter. Er war nach wie vor der Ansicht, Persien hätte Pufferstaat zu bleiben und sollte nicht angetastet werden. Das war das Urteil eines Mannes, dem die asiatische Politik Selbstzweck war. Aus anderen Gründen war der linke Flügel der liberalen Partei unzufrieden. Den Radikalen war schon die Verbindung mit dem freiheitsfeindlichen Rußland verdächtig, sie erschraken aber geradezu über das Übereinkommen zur Erwürgung Persiens; das widersprach ihrer Anschauung, England habe die Unabhängigkeit der kleineren Völker zu schützen. Sie konnten es nicht fassen, daß ein liberales Ministerium sich auf einen nach ihrer Vorstellung unsittlichen Vertrag einließ[1]. Es ist aber für die Denkweise der Engländer bezeichnend, daß ein Mann wie Campbell-Bannerman Präsident des Kabinetts war, unter dem Persien unter die Räder geworfen wurde. Die Männer, die an der Regierung des englischen Weltreiches teilnehmen, unterscheiden sich zwar untereinander in ihrem Urteil über das sittlich Erlaubte und sittlich Verbotene; aber letzten Endes unterordnen die Moralisten ihre Bedenken den Geboten des politischen Vorteils. Zur Erleichterung ihres Gewissens halten sie dann um so strengeres Gericht über die anderen Völker und deren Staatsmänner.

*

Die Politik Aehrenthals. Die Sandschakbahn

In diesen Welthändeln war von Österreich-Ungarn nur wenig zu hören. Diese Enthaltsamkeit entsprang dem Gefühl der Schwäche, denn

[1]) Zu den Gegnern der Einkreisungspolitik und des Zurückweichens vor Rußland gehörte Dilke, der schon vor dem Eintritte Greys in die Regierung zu Anfang 1905 an einen Freund schrieb, Grey habe immer den Handel mit Rußland begünstigt, er selbst aber werde, ob innerhalb oder außerhalb der nächsten liberalen Regierung, alles tun, um ihn zu vereiteln. Dilke mißbilligte überhaupt die Tätigkeit König Eduards und Hardinges beim Knüpfen neuer Allianzen gegen Deutschland. Man errege dadurch den Verdacht, das Deutsche Reich einkreisen zu wollen, was große Gefahren in sich schließe, und rücke den Weltkrieg in die Nähe. So an mehreren Stellen seiner Tagebücher, besonders 1908 ("The Life of Sir Charles Dilke" von Gwyne und Tuckwell II, S. 507). Daß ein Mann dieser politischen Anschauung keine Stelle im Kabinett erhielt, lag in der Natur der Sache.

die Monarchie wankte von einer inneren Krise zur anderen und war zufrieden, wenn sie ungestört blieb. Gerne ließ sich Graf Goluchowski die während des japanischen Krieges gewährte Schonzeit gefallen; seiner ganzen Anlage nach hatte er überhaupt keine Lust, die Ruhe Europas durch Erheben von Ansprüchen zu stören. Schwer lastete auf dem Reiche der Unfrieden unter den Völkern. Zur Abwechslung waren es 1905 wieder einmal die Magyaren, welche die Grundfesten des Baues unterhöhlten, der ihnen ein wirtliches Dach bot. Der Streit entzündete sich an der deutschen Armee- und Kommandosprache, die sie in den ungarischen Regimentern der gemeinsamen Armee durch das Magyarische ersetzt haben wollten. Darüber soll noch eingehender die Rede sein, hier sei nur erwähnt, daß schließlich wieder ein Ausgleich zwischen der Krone und der Parlamentsmehrheit auf der Grundlage erfolgte, daß dem Herrscher die Kommandogewalt über das gemeinsame Heer, also auch die Bestimmung der Armeesprache blieb, während die Leitung des Staates im übrigen dem Bunde der oppositionellen Parteien übertragen wurde. Vor dem allgemeinen Wahlrecht machten die neuen Gewalthaber eine Verbeugung, indessen blieb es ein frommer Wunsch der Völker Ungarns. In dem am 8. April 1906 gebildeten Koalitionskabinett wurde Wekerle Präsident, neben ihm saßen Franz Kossuth, dann die Grafen Apponyi und Andrássy. Während der vorhergehenden Wirren hatte Graf Goluchowski als Minister des Äußeren dem Kaiser treu zur Seite gestanden, was ihm die Parlamentsmehrheit nicht verzieh. Zur Macht gelangt, verlangte sie seinen Rücktritt. Er selbst riet dem Kaiser zum Nachgeben, um das wiederhergestellte Zusammenwirken von Krone und Parlament zu erleichtern. Am 24. Oktober 1906 erhielt er die Entlassung, Freiherr von Aehrenthal trat an seine Stelle.

Aehrenthal war unter den österreichischen Staatsmännern einer der letzten, die nicht bloß von der Daseinsnotwendigkeit der Donaumonarchie, sondern auch von der Möglichkeit überzeugt waren, ihr frisches Leben einzuhauchen. Er besaß den Mut zu einer entschlossenen äußeren Politik und traute dem Reiche die Tragkraft für sie zu. Die Sorge des nahen Zerfalles der Monarchie wies er ab, da es doch unmöglich schien, die entstandene Lücke durch neue Gestaltungen auszufüllen. Er meinte, es sei Pflicht des Ministers des Äußeren, die öffentliche Aufmerksamkeit von dem oft kleinlichen Hader im Innern auf die größeren Aufgaben der europäischen Stellung der Monarchie

hinzulenken. Er ergriff also jede Gelegenheit, um, anders als sein Vorgänger, Österreich als Großmacht zur Geltung zu bringen.

Als Botschafter in Petersburg hatte er für Frieden und Freundschaft mit Rußland gewirkt. Das Übereinkommen von Mürzsteg 1903, durch das die zwei Kabinette sich über die mazedonischen Angelegenheiten einigten, war zum Teil sein Werk (Band I, Seite 456). Als Minister galt er anfangs als der Wortführer eines engeren Verhältnisses zu Rußland, doch immer unter Festhalten an der mitteleuropäischen Allianz, dieses Ecksteins der Politik der Donaumonarchie. In diesem Sinne sagte er in seiner ersten Ansprache vor den Delegationen am 4. Dezember 1906: „Aufrichtige Freundschaft besteht seit mehr als einem Dezennium zwischen Österreich-Ungarn und Rußland. Wir können auf Grund der mit dem russischen Minister des Äußern gepflogenen Besprechungen mit Beruhigung dem weiteren Zusammenwirken entgegenblicken, ein Zusammenwirken, welches im Interesse der Erhaltung des Friedens die Besserung der Lage der Bevölkerung in der europäischen Türkei anstrebt."

Indessen stellten sich schon bei der mazedonischen Frage zwischen den zwei Regierungen Meinungsverschiedenheiten ein. Unter Goluchowski war, dem Mürzsteger Vertrag entsprechend, die Reform der Gendarmerie Mazedoniens durchgeführt, auch die der Finanzen angebahnt worden. Beim Justizwesen aber stockte das Werk. Bisher wurde jede Maßregel zunächst zwischen Wien und Petersburg vereinbart, worauf man die anderen Großmächte zum Beitritt einlud. Iswolskij aber machte dem russisch-österreichischen Dualismus ein Ende. Er erklärte dem Wiener Kabinett, er müsse ein anderes Verfahren einschlagen; es sei angezeigt, alle Großmächte gleichzeitig zur Einigung heranzuziehen. Damit wurde eine weitwendige Verhandlung unter allen sechs Kabinetten notwendig, was zur Folge hatte, daß man nicht von der Stelle kam. Iswolskij machte kein Hehl aus dem ihn leitenden Beweggrund. Seitdem Rußland sich mit England am 30. August 1907 über die Teilung der Einflußgebiete in Asien verständigt hatte, stand das Londoner Kabinett dem Petersburger näher als das von Wien. Es ergab sich von selbst, daß Rußland und England auch in Mazedonien Hand in Hand gehen wollten. Auch bot die nähere Verbindung mit der englischen Regierung noch einen Vorteil. Diese behandelte die Pforte ohnedies mit Übelwollen, so daß Rußland darauf rechnen konnte, Großbritannien werde für die Slawen Bulgariens

mehr tun als Österreich-Ungarn. Nicht daß Iswolskij sich vom Mürzsteger Vertrag lossagte, aber Österreich-Ungarn sollte nicht länger vor Großbritannien den Vortritt haben.

So hatte die geänderte Weltlage das Abschwenken der russischen Regierung zu England und ihre Entfremdung von Österreich-Ungarn zur Folge. Der Spalt erweiterte sich durch die Temperamente der zwei Minister des Äußeren. Beide waren ehrgeizig, ausgreifender Pläne voll und kamen einander notwendigerweise ins Gehege. Aehrenthal unterschied sich darin von seinen Vorgängern Kálnoky und Goluchowski, daß er nicht wie sie in Balkanangelegenheiten Zurückhaltung übte, sondern von vornherein zu selbständigem Vorgehen entschlossen war, ohne in Petersburg anzufragen.

Die erste Probe, ob er durchdringen könne, war beim Bau einer der für Österreich-Ungarn wichtigen Balkanbahnen abzulegen. Zunächst richtete Aehrenthal sein Augenmerk auf die Verbindung Bosniens mit dem türkischen Netze. Es war ein Übelstand, daß die bosnische Bahn zu Uvac an der türkischen Grenze ihr südliches Ende fand, während die mazedonische Linie erst in Mitrowitza begann, so daß zwischen den zwei genannten Punkten eine Lücke klaffte. Das fehlende Mittelstück mußte über den Sandschak von Nowibazar geführt werden, wo Österreich-Ungarn auf Grund des Berliner Vertrages Besatzungen hielt und Wegerechte besaß. Um die Verbindung mit Mazedonien über Mitrowitza zu erzielen, knüpfte Aehrenthal insgeheim mit der Pforte Unterhandlungen an, und am 27. Jänner 1908 konnte er öffentlich verkünden, die Zustimmung des Sultans zum Bau der Bahn sei auf dem Wege.

Diese Mitteilung erregte in den Ländern des Dreiverbandes großes und unliebsames Aufsehen. Begreiflich war noch das unwillige Auffahren Iswolskijs. Er behauptete, das Wiener Kabinett wäre gemäß dem Vertrage von 1897 (Band I, Seite 162) verpflichtet gewesen, ihn früher von der Sache zu verständigen; Aehrenthal aber habe ihm, während sonst alle Balkanfragen einträchtig besprochen wurden, bei ihrer Zusammenkunft in Wien (September 1907) die Unterhandlung mit der Pforte verheimlicht. Der österreichisch-ungarische Minister hielt dem entgegen, daß Goluchowski schon früher in einem ähnlichen Falle in Petersburg hatte wissen lassen, jenes Abkommen von 1897 beziehe sich nur auf politische Dinge, es gelte aber nicht für wirtschaftliche Angelegenheiten, wie Handelsverträge und Eisenbahnanschlüsse; sonst

müßte Österreich-Ungarn seine Wirtschaftspolitik von Rußland abhängig machen. Ob nun Iswolskij Grund zu gerechter Beschwerde hatte oder nicht: die Sache war ihm jedenfalls nicht wichtig genug und er ließ sie nach kurzer Zeit auf sich beruhen, um mit dem Wiener Kabinette über die Dardanellen und über Bosnien in Unterhandlungen zu treten. Auch anerkannte er später, in einer am 19. Juni 1908 dem Wiener Kabinett gemachten, auch sonst wichtigen Mitteilung, daß sich das Petersburger Abkommen von 1897 nur auf politische und nicht auf wirtschaftliche Fragen beziehe, daß Österreich-Ungarn somit in Eisenbahnfragen selbständig vorgehen könne.

Nachhaltiger war der Groll in London und in Paris. Hier war die Erregung künstlich und richtete sich dagegen, daß Österreich-Ungarn, der Bundesgenosse Deutschlands, ein kräftiges Lebenszeichen von sich gab und offenbar mit dessen Unterstützung einen Erfolg davontrug. Darin sah man wieder den mit Mißgunst beobachteten deutschen Einfluß in Konstantinopel. Die allerfeinsten Politiker witterten sogar einen Anschlag Deutschlands, sich mittels Österreich-Ungarns der Eisenbahnverbindungen von der Nordsee ans Ägäische Meer zu bemächtigen. Besonders heftig war der Widerspruch in London. Das Wiener Kabinett sollte zu fühlen bekommen, daß die Bundesgenossenschaft Deutschlands auch ihre Unbequemlichkeiten hatte. Mit diesem Beweggrund wurde jedoch zurückgehalten, der österreichischen Regierung dagegen öffentlich der Vorwurf gemacht, daß sie Schuld trage an dem Stocken in der Reform der mazedonischen Verwaltung. Österreich-Ungarn hätte sich von der Pforte durch jene Eisenbahnverbindung gewissermaßen bestechen lassen, um — gemeinsam mit Deutschland — das Reformwerk zu vereiteln. In diesem Sinne äußerte sich Grey am 25. Februar 1908 im Unterhause. Während des Frühjahrs veranstaltete die Presse Englands, Frankreichs und Rußlands ein wahres Kesseltreiben gegen das Wiener Kabinett, an dem sich die Zeitungen Italiens aus dem Hinterhalt beteiligten. Indessen blieb Aehrenthal unerschüttert, da er voraussah, daß die angebliche Erregung über die Sandschakbahn früher oder später verrauchen werde.

Die mazedonische Frage

In der öffentlichen Meinung Englands herrschte eine starke Strömung für die Befreiung der Christen Mazedoniens von der türkischen Herrschaft, wobei zwei Motive zusammenwirkten. Es gab besonders unter den Dissenters ehrliche Gemüter, denen die verwahrloste türkische Verwaltung ein Greuel war und die es für Christenpflicht hielten, Ordnung zu schaffen; von solchen Empfindungen ließ sich auch Campbell-Bannerman bestimmen. Dann aber hatte die Türkei, durch die Anlehnung an die Mittelmächte, es mit England gründlich verdorben; deshalb wurde ihr jede Schuld, jedes Versäumnis doppelt angekreidet. Diese Verquickung menschlicher und politischer Motive herrschte auch in dem zu London bestehenden Balkankomitee vor, dessen Seele Noel Buxton war. Das Komitee arbeitete für die Befreiung der Christen, und Buxton veröffentlichte ein Buch, das von den Türken als von dem Abschaum der Menschheit sprach. Der Mann stand jedoch in Beziehungen zu gewissen christlichen Bandenführern, von denen es bekannt war, daß sie mit Türken ohne Unterschied des Alters und Geschlechts aufs härteste verfuhren. Es war bezeichnend, daß die großen englischen Blätter wohl ausführliche Berichte über die Grausamkeiten der türkischen Truppen brachten, dagegen über die Untaten der bulgarischen, serbischen und griechischen Banden leicht hinweggingen.

Das waren auch die Triebfedern der mazedonischen Politik Greys. Er schlug zunächst in aller Form weitgehende Reformen auf dem Gebiete der Justiz vor; außerdem regte er bei den Kabinetten die Verleihung der Autonomie für Mazedonien an, in der Art, daß an die Spitze der Provinz ein christlicher Generalgouverneur zu stellen wäre, von der Pforte zwar ernannt, aber von den Großmächten vorgeschlagen. Eine solche Ordnung der Dinge wäre der Anfang der Losreißung der Provinz vom osmanischen Reiche geworden. Durch sein Vorgehen gewann Grey den radikalen Flügel seiner Partei, der über seine persische Politik Unwillen empfand. Die Zerschlagung Persiens lieferte den Beweis, daß der Minister des Äußeren nicht sentimental war; es lag ihm aber daran, durch sein Eintreten für Mazedonien etwas für seinen Ruf als Menschenfreund zu tun.

Durch dieses geschickte Verfahren wirkte die englische Regierung außerdem auf die öffentliche Meinung in Rußland. Früher stand man

Großbritannien mißtrauisch gegenüber und besorgte, Rußland werde ausgenützt werden. Jetzt söhnte sich jedoch infolge der den Christen des Balkans gewährten Hilfe das orthodoxe Russentum mit Großbritannien aus und die Liberalen wurden in ihrer Vorliebe für England bestärkt. Das war aber nicht alles. Deutschland stand stets zur Türkei und ließ sich durch das Scheinbild der mazedonischen Reform nicht dazu bestimmen, die Hand von der Pforte abzuziehen; so kam das Berliner und das mit ihm verbündete Wiener Kabinett bei den echten Russen noch mehr in schlechten Kredit.

Wiewohl Iswolskij an der Anregung des Londoner Kabinetts Gefallen fand, zögerte er doch, sich den Vorschlag einer Autonomie für Mazedonien zu eigen zu machen. Es war mehr als zweifelhaft, ob die Ausführung den Völkerschaften Mazedoniens heilsam sein werde. Sie lagen untereinander in erbittertem Hader, und es war vorauszusehen, daß, wenn — der englischen Anregung entsprechend — die türkischen Truppen aus dem Lande gezogen würden, ein allseitiges Gemetzel die Folge sein werde. Eine Teilung der Provinz nach Volksstämmen konnte noch eher halbwegs geordnete Verhältnisse schaffen als das Zusammenspannen von Türken, Griechen, Bulgaren, Serben und Albanesen in einem Gemeinwesen. Außerdem war zu bedenken, daß die Türkei nur durch einen Krieg zur Freigebung Mazedoniens zu bestimmen war. Wer aber sollte diesen Feldzug unternehmen? Rußland war erschöpft und hegte nicht Lust, seine Truppen in die Balkanhalbinsel zu senden. Auch konnte Österreich-Ungarn einem russischen Vormarsch ans Ägäische Meer nicht untätig zusehen und Deutschland würde sich auf seine Seite stellen. Ein Bruch aber mit den zwei Kaisermächten lag nicht in der Absicht des Petersburger Kabinetts. So kam Iswolskij zu dem Schlusse, sich zwar an dem Wirken für die mazedonische Autonomie zu beteiligen, die Hitze Englands jedoch zu mäßigen.

*

Zusammenkunft in Reval

Immerhin schuf die grundsätzliche Übereinstimmung der englischen und der russischen Regierung in der mazedonischen und der persischen Frage die Brücke, auf der die Staatslenker der Westmächte zur voll-

ständigen Einigung mit Rußland gelangten. Nicht bloß die genannten zwei Angelegenheiten waren Gegenstände der Verhandlung, ebenso die Zukunft Armeniens und Kleinasiens. Botschafter Nicolson war eifrig an der Arbeit, unterstützt von der französischen Diplomatie, da Frankreich eines Rückhaltes bedurfte, um die nur aufgeschobene Einverleibung Marokkos durchzusetzen. Zur Krönung des Werkes reiste der König von England nach Reval, wo er am 9. und 10. Juni 1908 mit dem Zaren zusammentraf. Die Wichtigkeit des Besuches ergab sich schon aus der Tatsache, daß der König sowohl von Hardinge wie von dem ersten Seelord, Admiral Fisher, und dem General French begleitet wurde, der seit dem Burenkrieg einer der ersten militärischen Autoritäten Englands war.

Über die Abmachungen von Reval ist, soweit bestimmte Angelegenheiten in Frage kommen, nur weniges bekannt. Dazu gehört, daß die russische Regierung betreffs Nordpersiens freie Hand auch in Dingen erhielt, in denen England ihr bisher nicht willfahrt hatte. Die zwei Mächte hatten manchen Grund zur Geheimhaltung. Es war nicht notwendig, der islamischen Welt bekanntzugeben, was ohne sie und über sie beschlossen war. Dies um so weniger, als unmittelbar nach der Revaler Zusammenkunft die jungtürkische Revolution ausbrach, durch die das Selbstgefühl der Osmanen gewaltig gehoben wurde; es empfahl sich also, die Spuren der Vorgänge von Reval zu verwischen. Die Jungtürken traten mit dem Anspruch auf, die fremde Vormundschaft abzuschütteln und selbst Ordnung in ihrem Hause zu machen. Daher das Schweigen über die zu Reval getroffenen Abmachungen [1]).

Solche Rücksicht war dem schwachen Persien gegenüber überflüssig. Es bekam die harte Hand Rußlands sofort zu spüren. Dieses mischte sich in den blutigen Streit zwischen dem grausamen Schah Muzaffer-ed-din und seinen unzufriedenen Untertanen. Der Schah war 1906

[1]) Iswolskij machte bei der Zusammenkunft zu Buchlau, 15. September 1908, dem Freiherrn von Aehrenthal Eröffnungen über den Inhalt des Abkommens von Reval, worüber der österreichische Minister dem Kaiser Franz Josef folgendermaßen berichtete: „Herr Iswolskij versicherte, daß er nur notgedrungen die Beziehungen Rußlands zu England in Reval weiter entwickelt habe; über die beiden bestehenden Ententen bezüglich Persiens und Zentralasiens hinauszugehen, lag absolut nicht im Interesse Rußlands, dasselbe habe auch keine weiteren Engagements.“ Iswolskij teilte ferner mit, er habe sich zu Reval geweigert, das Engagement auch auf den persischen Golf auszudehnen. Offenbar lag der Nachdruck der Worte Iswolskijs auf dem Worte „Engagement“; eine Verabredung loserer Art ist damit nicht ausgeschlossen.

durch eine revolutionäre Bewegung zur Gewährung einer Verfassung genötigt worden, die er im Jahre darauf beschwor. Der Hilfe Rußlands sicher, warf er jedoch die seiner Willkür gesetzten Schranken nieder und löste am 21. Juni 1908 das Parlament auf. Die junge Freiheit fand ihre Verteidiger, aber die Erhebung wurde niedergeworfen und mehrere Mitglieder des Parlaments büßten ihren Widerspruch mit dem Tode. Als Werkzeug diente dem Schah die Kosakenbrigade, welchen Namen die einheimischen Truppen trugen, die unter dem Obersten Liakow und anderen russischen Offizieren standen. Die englische Regierung ließ alles geschehen, ohne mit Krokodilstränen zu sparen; sie erklärte, daß sie durch ihre Abmachungen mit Rußland gebunden und ohnmächtig sei. So wurde Persien das erste Opfer der Aussöhnung der zwei Weltmächte.

Hätte die englische Regierung den bitteren Klagen der Radikalen ihres Landes über die Politik der Unterdrückung offenherzig entgegentreten wollen, so mußte sie darlegen, daß ihr großes Ziel, die Einschnürung Deutschlands, nur erreichbar sei durch ein dem Zaren gebrachtes Opfer. Es lohnte sich nicht, um Persiens willen das Bündnis mit Rußland in Frage zu stellen. Und wann hatte Albion je die Hand schützend über die Freiheit eines Volkes gehalten, wenn seine Herrschaftspläne erforderten, über sie wegzuschreiten. Grey war Unterstaatssekretär, als England mit Italien über die Teilung Abessiniens handelseins wurde; er trat auch der konservativen Regierung nicht entgegen, als sie die Buren zur Unterwerfung zwang; ebensowenig nahm er sich, solange das Zarentum mit England im Bunde stand, der Freiheit Polens und Finnlands an. Es ist auch nichts dagegen zu sagen, wenn ein Staatsmann um der Größe und der Wohlfahrt des eigenen Landes willen keine Rücksicht gegen ein fremdes Volk walten läßt. Bismarck und seine Nachfolger handelten ebenso, nur verschmähten sie die Maske des Menschen- und Freiheitsfreundes.

Nicht die Teilung der Einflußgebiete in Asien war bei der Bildung des Dreiverbandes die Hauptsache. Auch diesmal galt, daß derartige Verabredungen über einzelne Fragen nicht so wichtig sind wie die jeweilige Gruppierung der Weltmächte. Die nächsten Geschicke der Menschheit hingen davon ab, ob England und Rußland sich vertrugen und ob sie dann gemeinsam loszuschlagen beabsichtigten. Zu Reval rückten sie so nahe zusammen, daß von jetzt ab mit dem Dreiverband zu rechnen war; der Petersburger Vertrag vom 31. August

1907 war nur die Einleitung gewesen. Wohl behielt sich Rußland jetzt noch die freie Hand vor, sich je nach seinen Bedürfnissen auch mit den Mittelmächten auseinanderzusetzen. Es stand Deutschland unbefangener gegenüber als England oder Frankreich, die, sei es wegen der Flottenpolitik, sei es wegen Elsaß-Lothringens und Marokkos zum Fechten bereit waren, wenn sie es auch noch nicht zum Bruche trieben. Die russische Regierung meinte es ernst mit der nach der Revaler Zusammenkunft in Berlin abgegebenen Erklärung, sie wünsche, daß sich nichts in ihren guten Beziehungen zu Deutschland ändere. In demselben Sinne verkündete Ministerpräsident Stolypin öffentlich, der Dreiverband diene dem Weltfrieden. Das war von seiner Seite aufrichtig gemeint; auf die Dauer aber konnte Rußland nicht in der Zwischenstellung verharren. Solange es mit der Neubildung seiner Armee und mit der Revolution zu tun hatte, blieb es seinen friedlichen Vorsätzen treu. Indessen bewegte sich der russische Staatswagen von Reval ab auf einer abschüssigen Bahn, so daß er bald ins Rollen kam, ohne von dem schwachen Zaren aufgehalten werden zu können.

Nicht in Deutschland allein herrschte eine düstere Auffassung der neuen Weltlage. Unmittelbar vor der Zusammenkunft zu Reval sandte der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, am 30. Mai 1908, an seine Regierung einen Bericht voll schlimmer Ahnungen. Er mutete den sich verbindenden Randmächten die Absicht einer Änderung der Weltkarte zu, und koste es auch einen Krieg. Er schrieb darüber: „Die herkömmlichen friedlichen Versicherungen, die zweifellos auch in Reval wiederholt werden dürften, bedeuten wenig im Munde dreier Mächte, die eben erst, wie Rußland und England, wenn auch mit verschiedenem Erfolg, in dem alleinigen Bestreben, sich zu vergrößern, ja ohne glaubhaften Vorwand, die Eroberungskriege in der Mandschurei und im Transvaal geführt haben, oder die, wie Frankreich, in diesem Augenblick zur Überwältigung Marokkos schreiten... Der Dreibund hat während 30 Jahren den Weltfrieden gesichert, weil er unter Führung Deutschlands stand, das mit der politischen Gliederung Europas zufrieden war. Die neue Gruppierung bedroht ihn, weil sie aus Mächten besteht, die eine Änderung des Status quo anstreben, so lebhaft, daß sie Gefühle hundertjährigen Hasses schweigen lassen, um dieses Verlangen zu befriedigen." So bedrohlich schien dem Vertreter eines neutralen Staates die Weltlage. Kurze Zeit darauf, am 18. Juli 1908, meldete Greindl, daß der englische Botschafter Frank Lascelles,

der 15 Jahre in Berlin tätig war, demnächst seinen Posten werde verlassen müssen, bloß aus dem Grunde, weil er an der Annäherung Deutschlands und Britanniens gearbeitet hatte. Der Gesandte fügte noch hinzu: „Der Eifer, den er zur Beseitigung von Mißverständnissen entwickelt hat, die er für töricht und in hohem Maße nachteilig hält, entspricht nicht den politischen Ansichten seines Herrschers[1]).“

*

Der Dreiverband

Für die Welt verkörperte sich der Dreiverband in der Person Eduards VII. Ihm schrieb man mit Recht oder Unrecht den Hauptanteil an dessen Zustandekommen zu. Sieht man von dem Verhältnisse der europäischen Randmächte zu Deutschland ab, so stellt sich sein Werk als Versöhnung zuerst Englands mit Frankreich, dann Englands mit Rußland dar. Jahrhunderte dauernde Feindschaften wurden durch diesen doppelten Ausgleich beendigt. In den Augen kurzsichtiger Beobachter, besonders der leicht zu täuschenden Pazifisten, war Eduard VII. der Friedensstifter. Daß England ihn so nannte und deshalb pries, hatte seinen guten Grund, aber auch unter den Deutschen gab es kuriose Käuze, die ihm Weihrauch streuten[2]). Wer so urteilte, verschloß sich dem mit dem Dreiverband verfolgten Zweck. In dessen Gründung lag der Keim zum Weltkrieg, so daß man — nach der entgegengesetzten Richtung übertreibend — auf die Urheber des neuen Bundes den Vers aus der Jungfrau von Orleans anwenden könnte, der auf die Königin Isabeau gemünzt ist: „Glück zu dem Frieden, den die Furie stiftet!“

Damals stand Sir Eduard Grey noch im Schatten König Eduards, und man war eher geneigt, im Unterstaatssekretär Hardinge und im Botschafter Nicolson dessen beste Gehilfen zu sehen. Nicht zu unterschätzen war die von der französischen Diplomatie entfaltete Tätigkeit. Sie zählte in den Brüdern Paul und Jules Cambon, in Camille

[1]) „Belgische Aktenstücke 1905—1914“, S. 57, 61.

[2]) In der von Alfred H. Fried herausgegebenen „Friedenswarte“ erschienen wiederholt Aufsätze in diesem Sinne.

Barrère, Männer von großen Fähigkeiten. Am wirkungsvollsten griff in jenen Jahren Paul Cambon, der Londoner Botschafter, in die Weltgeschicke ein. Schon als französischer Vertreter in Konstantinopel hatte er 1896, zur Zeit der armenischen Greuel, Frankreichs Verständigung mit England betrieben. Damals schrieb er dem Minister des Äußeren, Hanotaux, die Zeit sei gekommen, Frankreich und auch Rußland mit Großbritannien zu versöhnen; die drei Mächte sollten sich zum Schutze Armeniens verbinden. Hanotaux wendete ein, der Gegensatz Englands und Rußlands sei zu groß, als daß Frankreich gleichzeitig Freund der einen und der anderen Macht sein könne. Im Jahre 1898 bot Delcassé dem Botschafter Cambon den wichtigen Londoner Posten an. Er nahm ihn an, machte aber Delcassé aufmerksam, es wäre nutzlos, ihn nach England zu schicken, wenn man ihn gleich seinem Vorgänger nur zur Bestellung unangenehmer Botschaften benützen wolle. Er ruhte nicht, bis er mit Lansdowne 1904 den Ausgleich über Ägypten und Marokko zustande brachte. Unermüdlich befürwortete er daneben in London auch die Wünsche der russischen Regierung, bis England und Rußland auch untereinander Genossen wurden. Er war einer der Baumeister am Dreiverbande.

Die großen Bündnisse, durch die vom 18. bis zum 20. Jahrhunderte die europäische Politik bestimmt wurde, beruhten auf dem übereinstimmenden Vorteil der beteiligten Staaten; es war aber nicht immer Überlegenheit an Geist und Bildung, wodurch es gelang, einem Gegner das Netz über den Kopf zu werfen. So war Kaunitz Friedrich dem Großen nicht an Genie vergleichbar, Metternich ebensowenig Napoleon I. Das Übergewicht ergab sich aus der Klarheit der Pläne und der Folgerichtigkeit im Handeln. Darin bestand der Vorzug der englischen und französischen Staatsmänner, die seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts an der Einkreisung Deutschlands arbeiteten. England setzte sich zuerst um den Preis des Panamakanals mit den Vereinigten Staaten auseinander und brachte ebenso manches Opfer, um Rußland an sich zu ziehen. Freilich hatte das den Erdball umfassende Britannien mehr überseeische Gebiete für politische Tauschgeschäfte vorrätig als die Festlandsmacht Deutschland. Dieses beteiligte sich aber überhaupt nicht an dem Ausbieten. Fürst Bülow sagte am 30. April 1907, als die Umrisse des gegnerischen Verbandes sichtbar wurden, Deutschland könne nicht von der Eifersucht zwischen den anderen Nationen leben. Die deutsche Regierung machte keinen ernsthaften Versuch, um den einen

oder den anderen mißgünstigen Nachbarn durch Angebote zu gewinnen. Sie versagte, was Bismarck gewiß nicht getan hätte, Marokko den Franzosen; für sie war die Türkei mit Konstantinopel das Rührmichnichtan, während England in Mazedonien, Armenien und selbst in Kleinasien den Russen nach Bedarf entgegenkam. In gewissem Sinne hatten Deutschland und Großbritannien die Rollen vertauscht. Dieses trieb Kabinettspolitik alten Stils, indem es in geheimen Abmachungen mit Frankreich, Spanien, Rußland und Italien Provinzen untereinander und gegen andere Werte verhandelte. Dagegen faßte das Deutsche Reich, um seine wundervoll aufblühende Industrie zu nähren, nur Absatzgebiete ins Auge und wollte, ohne selbst auf Eroberungen auszugehen, die ganze Welt zu einem großen Markte ausgestalten. Dieser ausschließlichen wirtschaftlichen Weltpolitik stellte England seine Bündnisse entgegen.

Man hat viel davon gesprochen, daß die Einkreisung Mitteleuropas nur möglich war, weil die Deutschen sich überall unbeliebt gemacht hatten. Läßt man aber auch alles gelten, was gegen deutsch-preußische Art gesagt wird, so war die Abneigung gegen die Deutschen gewiß geringer als der zur Zeit des Burenkrieges England umbrandende allgemeine Haß. Wohl sind Gefühle auch im zwischenstaatlichen Leben von Wichtigkeit, aber sie rauschen auf und nieder, wie es bei dem Urteil über die englische Burenpolitik geschah; es hätte zwischen 1899 und 1902 in Europa außerdem eines praktischen Staatsmannes bedurft, um den allgemeinen Widerwillen gegen England in ein Bündnis überzuleiten. Da aber Salisbury und Chamberlain es verstanden, die einzelnen Mächte ins englische Interesse zu ziehen, so ging der kritische Augenblick ohne Schaden für Britannien vorüber. Ähnliches ist von dem allgemeinen Haß zu sagen, den die Regierung des Zaren 1907 und 1908 durch die blutige Unterdrückung der Revolution auf sich zog. Stolypin ging erbarmungslos vor, die russischen Feldgerichte haben in jenen Jahren viele Tausende Todesurteile gefällt und vollstrecken lassen. Das hielt jedoch weder die französische Republik noch die gefühlvollen englischen Liberalen von einer engen Verbindung mit dem Zarenreiche ab. So wenig entscheidend sind Zu- und Abneigung bei den Berechnungen der Staatsmänner, wiewohl auch ihnen eine gewisse, aber beschränkte Bedeutung zukommt. Wenn sich zwei europäische Völker aus Ländergier, Handelseifersucht oder aus anderen positiven Ursachen gestritten hatten, haßten sie sich; wurden sie aber

durch ihren Vorteil zusammengeführt, so entdeckten sie aneinander plötzlich edle und gewinnende Eigenschaften. Das beste Beispiel hierfür bieten die Franzosen und die Engländer vor und nach Beilegung der kolonialen Streitigkeiten. Stimmungen waren für die zwischenstaatliche Politik immer nebensächlich und als Massenerscheinung gewöhnlich die Folge wirtschaftlicher oder politischer Zusammenstöße. Koalitionen entstehen aus übereinstimmenden Interessen, erst dann wächst gegenseitige Liebe, gegenseitiger Haß zu vordem unwahrscheinlicher Höhe.

Ebensowenig sind Gleichheit und Verschiedenheit in der Verfassung zweier Länder jemals die entscheidende Ursache in den Wandlungen der äußeren Politik gewesen. Rußland war für den ehrsamen Mittel- und Westeuropäer bis zum Sturze des Zarismus 1917 ein Schreckbild mit dem Doppelantlitz des Despotismus und der Barbarei. Zahllose Opfer im eigentlichen Rußland, in Polen und unter den anderen Fremdvölkern sind damals gefallen, um die Selbstherrschaft des Zaren um kurze Zeit zu verlängern. Aber seit dem Bündnisse Frankreichs mit Rußland, noch mehr seit dem englisch-russischen Ausgleich hüllten sich die Männer der Freiheit innerhalb der westlichen Nationen in Schweigen über die begangenen Untaten, während sie vorher den parlamentarischen und den Büchermarkt mit Anklagen gegen Rußland überschwemmt hatten. Erst als das russische Heer und damit der Zarenthron unter den Streichen der deutschen Armee zusammenbrach, entdeckten Wilson, Lloyd George und Clemenceau ihr Herz für die von der Knechtschaft zu befreienden Völker — natürlich nur jener Mitteleuropas. Bis dahin wurden Polen, Finnland und die Ukraine geradeso ihrem Schicksal überlassen wie später noch Irland. Der Dreiverband entstand gerade zur Zeit der furchtbarsten Verfolgungen in Rußland, ohne daß die liberale englische Regierung Anstand nahm, die Hand in die des Zaren zu legen. Auch das Amerika Wilsons trat schon zu einer Zeit in das Bündnis der Randmächte ein, als die Willkürherrschaft in Rußland noch bestand. Es ist ohne Zweifel zweckmäßig, sich bei der Verfolgung selbstischer Interessen in den Mantel edler Motive zu hüllen, um den Beifall der großen Menge zu gewinnen. Diese Kunst haben die englischen Staatsmänner immer geübt, aus dem Herrschaftsinstinkt heraus, der ihnen angeboren zu sein scheint und den das nordamerikanische Volk von seinen britischen Vettern übernahm.

Beweggründe verschiedener Art wirkten bei der Gründung des Dreiverbandes zusammen. Den russischen Staatslenkern handelte es

sich in erster Linie um Wiederauffrischung ihrer Macht in Asien, um den Einfluß in Nordpersien, um Sicherung gegen das Eingreifen Japans. Ob sich daraus weiter etwas für die Slawen des Balkans ergeben werde, lag im Schoße der Zukunft. Sobald als möglich aber, so hoffte Iswolskij, mußte Rußland die Öffnung der Meerengen für seine Kriegsschiffe durchsetzen, und besonders deshalb hielt er sich auch die Mittelmächte warm, da zur Änderung des Dardanellenvertrages die Zustimmung beider europäischer Heerlager notwendig war. Frankreich wieder erhoffte sich von dem dreieckigen Verhältnisse Paris — London — Petersburg einen Wechsel auf Elsaß-Lothringen, zahlbar, sobald das Deutsche Reich in drangvolle Enge geraten sollte; das aber hatte gute Weile, da Rußland noch kein Heer gegen Westen aufbieten konnte. Zunächst ward den Franzosen Marokko als Siegespreis zuteil; gleichzeitig mit dem Petersburger und Revaler Übereinkommen griff die französische Regierung hier scharf durch, ohne sich an die in der Algecirasakte gezogenen Schranken zu kehren. Ein greifbares, nicht zu unterschätzendes Ergebnis. Die weitesten Ziele setzte sich England. Ihm handelte es sich um Verteidigung und Befestigung seiner, durch das Emporkommen Deutschlands, bedrohten Seeherrschaft. Dieses sollte in Macht- und Handelsfragen niedergehalten werden. Daß konservative Staatsmänner wie Balfour, daß Militärs wie Lord Roberts damals schon den Waffengang mit Deutschland als unabwendbar ins Auge faßten, kann nicht bezweifelt werden. Die am Ruder befindlichen Liberalen wie Asquith und Grey lehnten diese furchtbare Lösung noch ab; sie ließen sich aber mit voller Klarheit von der Absicht leiten, Deutschland einzukreisen, es von der Weltregierung und der Weltverteilung auszuschließen. Es sollte wieder eine reine Festlandsmacht werden, sei es auch die erste wie unter Bismarck; aber der Ausbau seiner Kriegsflotte mußte mit allen Mitteln verhindert werden. Das hofften die gemäßigten Imperialisten durch einen starken Druck von Ost und West zu erreichen; Eduard VII. jedoch schreckte auch vor dem äußersten nicht zurück, wenn kein anderes Mittel verfangen sollte. Man muß sich aber hüten, von der englischen Politik als von einer Einheit zu sprechen; immer sind die Verschiedenheiten unter den Parteien und den Staatsmännern zu beachten; die Abschattungen reichten von dem verhaltenen Zorn der in ihren Einnahmen bedrohten Reeder bis zur Friedenswilligkeit der Gewerkschaften. Die Reihe ging von Kriegsmännern wie Lord Roberts bis zu aufrichtigen Pazifisten wie Macdonald; die

amtliche Politik des englischen Kabinetts wurde aber seit dem Rücktritt Campbell-Bannermans von Männern des Imperialismus geleitet.

So kam das umfassendste Bündnissystem zustande, das je die Geschicke der Menschheit bestimmte. Das scheinbar Unmögliche wurde Ereignis, denn die früheren Nebenbuhler, England und Frankreich, dann Japan und Rußland, endlich England und das Zarenreich versöhnten sich, um Front gegen Deutschland zu machen. Grundpfeiler des Werkes waren dabei Britanniens Verträge, mit Frankreich 1904, mit Japan 1902 und 1905, mit Rußland 1907 und 1908. Schwächere Stützen, doch nicht gering zu schätzen, wurden durch die Übereinkommen gebildet, die den Italienern Tripolis, den Spaniern das nördliche Marokko überwiesen; Portugal als Vasall Englands war ein Anhängsel. Andererseits brachte Rußland in das dreieckige Verhältnis die slawischen Balkanstaaten Bulgarien, Serbien, Montenegro mit. Das von Bismarck geschaffene Netz von Verträgen überspann bloß das europäische Festland, während der Dreiverband die ganze östliche Halbkugel, dazu Australien und Kanada in sich schloß. Sowohl das mitteleuropäische wie das russisch-französische Bündnis hatten bloß dem Zwecke der Verteidigung gedient, beide entstanden auch bloß aus europäischen, nicht aus weltpolitischen Gesichtspunkten. Die Allianz Deutschlands mit Österreich-Ungarn behielt diesen Sinn auch weiter, während das Abkommen zwischen Frankreich und Rußland durch den Beitritt Englands seinen Charakter von Grund aus änderte. Man hat den Dreiverband mit einer Zange verglichen, die England in seine gewaltigen Hände nahm und zusammenpreßte. Seitdem stand Mitteleuropa unter unerträglichem Drucke.

XXIII

Österreich-Ungarn und die großserbische Idee

Unversehens ist das, was früher zu den inneren Schicksalen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie gehörte, Gegenstand der Weltpolitik geworden. Es läßt sich keine Scheidelinie zwischen den Vorgängen in ihrem Innern und dem Weltgeschehen ziehen, durch welches die neuen Gemeinwesen im Donaubecken zum Dasein berufen wurden. Damit haben sich die dem vorliegenden Werke gezogenen Richtlinien verschoben. Während es sonst nicht in dessen Plan gehört, ausführlich bei dem Sonderleben der einzelnen Staaten zu verweilen, muß mit Österreich-Ungarn eine Ausnahme gemacht werden. Sonst läßt es unsere Geschichtsdarstellung unerklärt, weshalb sich, nach den Niederlagen der Mittelmächte, auf dem Boden des Habsburgerreiches neue Staaten gebildet haben. Auch in früheren Fällen mußten die Historiker öfters eine derartige Umschichtung des Stoffes vornehmen. Erst beim Heranbruch einer Revolution wird deutlich, welche früheren Ereignisse den Umschwung anbahnten. Das größte Beispiel hierfür ist die erst spät erfolgte Entschleierung der Vorgeschichte des Christentums. Jeder der Vorläufer Jesu, die verschiedenen messianischen Prophezeiungen des Alten Testamentes, die Lehren der Stoa über die Einheit des Menschengeschlechtes, ebenso was vor Jesu über die Kindschaft Gottes, über den Antichrist und das Jüngste Gericht die Geister beschäftigte: all dies ist in seiner Wichtigkeit für die Entwicklung der Menschheit erst viel später erfaßt worden. Näher liegt das Beispiel von den Ursachen des Verfalles des römischen Reiches, die völlig erst nach seinem Untergange erforscht worden sind. Diese Hinweise genügen wohl zur Begründung, weshalb im folgenden vieles erzählt und nachgeholt wird, was man bis 1918 als unerquickliche Einzelheit im Innenleben des Donaureiches ansah und zur Aufnahme in eine weltgeschichtliche Betrachtung für ungeeignet gehalten hätte. Immerhin muß sich der Leser vor dem Eingehen auf diese Ereignisse mit Geduld wappnen. Er wird vielleicht finden, daß unsere Darstellung des Guten zu viel tut. Die Wucht des Geschehens ist aber für die Mitlebenden

und Mitfühlenden so groß, daß sie noch nicht die Freiheit des Geistes zum Sondern des Großen von dem Kleinen errungen haben können. Wer vermöchte aber auch jetzt schon hellseherisch zu erkennen, was von den zu schildernden Verfallserscheinungen wert ist des Vergessens und worauf sich, zwischen der Weichsel und dem Schwarzen Meer, das künftige Leben der Völker aufbauen wird? Die Antwort auf diese Frage birgt Goethes tiefsinniges Wort „Stirb und Werde!" in sich.

Das gilt vornehmlich für die Zustände in den südslawischen Gebieten. Durch dieses, sein südöstliches Glied, ist der habsburgische Reichskörper brandig geworden. An der serbischen Grenze waren die Feinde am tätigsten. Aus dem Staatsarsenal zu Kragujevać kamen die gegen Erzherzog Franz Ferdinand geschleuderten Bomben, die das Zeichen zum Weltkriege gaben. Offen oder geheim arbeitete jede politische Gruppe in Serbien am Losreißen der südslawischen Gebiete von Österreich-Ungarn. Den serbischen Parteiführern, den nächsten Anstiftern des Weltkrieges, fiel die Bürgerkrone zu; sie und Peter Karageorgević, der durch die Ermordung seines Vorgängers auf den Thron gelangte, waren die Schützlinge der französischen und englischen Demokratie; ihnen werden in Belgrad Denkmäler gesetzt werden. So sieht im Völkerleben Schuld und Sühne aus. Vergebens sucht man in den Weltgeschicken den Sieg des Sittengesetzes; ohne Rücksicht darauf stirbt das Altersschwache ab, während die Kraft sich durchsetzt und Herrscherin wird. Siechtum ist unmoralisch und wird mit dem Tode bestraft; der Starke trägt den Preis davon. Das ist die aus der Menschengeschichte wie aus dem Leben der Natur sich ergebende Lehre.

*

Die Stellung des magyarischen Adels

Einem Traumbild hatten die österreichischen Staatslenker nachgejagt, die zwischen 1849 und 1859 die Monarchie in einen deutschen Einheitsstaat umschmelzen wollten. Damit war der Natur des Reiches und den seine Völker beherrschenden Ideen Gewalt angetan. Die Südslawen hatten sich dazu noch über Undankbarkeit zu beklagen. Denn obwohl sie 1848 die Waffen für den Kaiser ergriffen hatten,

schritt der, mit ihrer Hilfe siegreiche, Einheitsstaat auch über die Verfassung und die Sprache Kroatiens hinweg. Damals begann die Abwendung der Südslawen von Kaiser und Reich. Als durch die Reichsverfassung von 1861 für die ganze Monarchie ein gemeinsames Parlament eingesetzt wurde, verweigerte der kroatische Landtag gleich dem ungarischen dessen Beschickung. Vergebens war der Versuch, das tief gekränkte Volk dadurch zu versöhnen, daß Kroatien eine selbständige Verwaltung unter dem Hofkanzler Mažuranić erhielt, den sein Volk als einen seiner besten Dichter ehrte. Ihm trat Bischof Stroßmayer mit dem Ideal eines von Wien wie von Budapest unabhängigen, südslawischen Staates entgegen, wobei jedoch das Zepter dem Hause Habsburg zugedacht war. Die Abstimmung im kroatischen Landtag, bei der die Wahl in den Wiener Reichsrat mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt wurde, war die wichtigste Ursache des Scheiterns des Planes, der ganzen Monarchie einen gemeinsamen gesetzgebenden Körper zu geben.

Der österreichische Einheitsstaat zerbrach nach der Schlacht bei Königgrätz. Die Dynastie verständigte sich im Ausgleiche von 1867 mit dem magyarischen Adel, so zwar, daß die Teilung der Macht zwischen diesen zwei Gewalten vereinbart wurde. Die Krone behielt die Verfügung über das Heer und die äußere Politik, während die innere Verwaltung und die wirtschaftlichen Hilfsquellen des Landes dem Grundadel überantwortet wurden. Ungarn wuchs politisch und wirtschaftlich stattlich in die Höhe, der Gewinn fiel aber ausschließlich den Oberschichten zu. Gegenseitig gewährten sich die magyarisch-nationalen Parteien freies Spiel, auf den übrigen Volksstämmen lastete Gewaltherrschaft. Deren Mittelpunkt war das Parlament, das auf einer künstlichen Einteilung der Wahlbezirke und auf einem zweckdienlich abgestuften Zensus aufgebaut war. Freiheit des Wortes und der Presse bestand nur für die magyarischen Bürger, denen auch eine zügellose Sprache gegen den König und die Regierung gestattet war; denn darauf hielt der herrschende Stamm mit dem ihm eigenen stolzen Unabhängigkeitssinne. Dagegen gab es auch in der Justiz zur Niederhaltung der Nationalitäten eine sinnreiche Einrichtung. Wohl bestanden überall Geschworenengerichte, die auch in politischen Prozessen das Urteil fällten. Sie waren jedoch so eingerichtet, daß in politischen Strafsachen nur magyarische Geschworene richteten. Solche Prozesse kamen nämlich nach dem Gesetze nur in denjenigen Städten zur Verhandlung,

in denen sich Gerichtshöfe zweiter Instanz befanden; und zu deren Amtssitz waren ausnahmslos Städte mit rein oder mit überwiegend magyarischer Bewohnerschaft bestimmt. Somit kam der Deutsche, der Slawe, der Rumäne in politischen Dingen immer vor magyarische Geschworene, und diese sprachen ohne Gnade den Schuldspruch, sobald der Staatsanwalt den Angeklagten als Feind des Staates und der „Nation" hinstellte. Bloß das magyarische Volk nämlich legte sich den Namen Nation (nemzet) bei, während jeder andere Stamm nur als Nationalität (nemzetiség) anerkannt war. Daß Ungarn ein ein-einheitlicher Nationalstaat sei, galt als politischer Glaubenssatz. Und doch zählten die Magyaren in dem eigentlichen Ungarn (ohne Kroatien) nur 51,4 vom Hundert der Gesamtbevölkerung, Kroatien mit eingerechnet nur 45,4 vom Hundert; die Ziffern nach der amtlichen Volkszählung, die aber nicht das richtige Bild bot, da sie unter politischem und sozialem Drucke vorgenommen wurde.

Solcher Mißbrauch der Macht war nicht nach dem Sinne Deaks und Eötvös', nach deren Ideen der politische Neubau Ungarns 1867 aufgeführt worden war; denn diese weitblickenden Männer wollten den anderen Nationalitäten Freiheit der Bewegung gewähren. Das war auch der Gedanke des ungarischen Nationalitätengesetzes von 1868, dessen Grundlinien Eötvös in seinem 1865 erschienenem Buche „Die Nationalitätenfrage" umrissen hatte. Aber schon Deak scheiterte, wenn er Mäßigung empfahl, an dem überhitzten Nationalgefühl seiner Landsleute. Später wurde das Nationalitätengesetz mit Füßen getreten; Stefan von Tisza sprach als Ministerpräsident während des Weltkrieges öffentlich aus, daß es, weil den magyarischen Interessen nicht entsprechend, unausgeführt bleiben müsse.

Nur Kroatien hatte im ungarischen Staate eine gesonderte Stellung. Es besaß von Alters her eine nationale Selbstverwaltung mit einem eigenen Landtag. Den Magyaren war die Erinnerung an den Kampf von 1848 ein Schreckbild, deshalb setzten sie sich 1868 mit Kroatien auseinander. Schon damals besaßen sie auf Grund ihres Einvernehmens mit der Dynastie solches Übergewicht, daß sie über viele Forderungen des Schwesterlandes unbillig hinwegschreiten konnten. Indessen stellte sich nach manchen Zuckungen ein erträglicher Zustand in dem Lande her. Noch war die Krone stark genug, um manche Wünsche Kroatiens erfüllen zu können, insbesondere dadurch, daß, trotz dem Widerstreben der ungarischen Regierung, Iwan Mažuranić 1873 zum Banus (Statt-

halter) ernannt wurde. Er war nach dem Urteil von Männern wie Gneist und Jagić der fähigste politische Kopf Kroatiens, der dem Lande jederzeit zu Gebote stand, ob nun Wien oder Budapest der Kraftmittelpunkt war. Die Verwaltung des Bauernbanus (diesen Namen erhielt er als der erste nichtadelige Träger des Amtes) war gewissermaßen die Glanzzeit Kroatiens, das sich in die neuen Verhältnisse einlebte. Er bahnte noch die Einverleibung der Militärgrenze in Kroatien an, aber schon 1880 erlag er dem wachsenden Einflusse des ungarischen Ministeriums auf den Hof.

*

Die Tschechen und das Ministerium Taaffe

Die den Magyaren mit der Zeit zufallende überragende Stellung war nicht unverdient, da ihnen die politische Schulung der herrschenden Klasse wie die Klugheit ihrer Staatsmänner zu Hilfe kam. Viel verdankten sie aber auch der Schwäche, zu der Österreich durch innere Wirren verurteilt war. Unversöhnlich standen sich Deutsche und Tschechen gegenüber. Zudem brach 1879 zwischen der Krone und den national fühlenden Deutschen Österreichs ein das Reich lähmender Zwist aus (Band I, S. 341). Der Kaiser, verstimmt durch die von dem führenden Stamme gegen die Einverleibung Bosniens und gegen das Wehrgesetz getriebene Opposition, regierte während des Ministeriums des Grafen Taaffe (1879—1893) mit Hilfe einer slawisch-klerikalen Koalition im Abgeordnetenhaus; das Widernatürliche des Zustandes nötigte Taaffe zu gewagten Kunststücken, auf die er sich zwar trefflich verstand, die er aber selbst am besten dadurch kennzeichnete, daß er über die Schwierigkeit der Lage sagte: „Ich werde mich schon fortwursteln." Er konnte sich nur dadurch halten, daß er auf Kosten des Staates die Tschechen durch nationale, die Polen auch durch wirtschaftliche Zugeständnisse in bessere Laune versetzte. Die Polen waren innerhalb Österreichs national gesättigt und stellten sich der Regierung zur Verfügung. Dagegen wurde der Appetit der Tschechen zwar vom Grafen Taaffe durch gute Bissen angeregt, konnte aber nie voll befriedigt werden, was der Ministerpräsident geschickt dazu benutzte, um

durch Versprechungen ihre Stimmen im Abgeordnetenhause zu gewinnen. Wohl erreichte er den nächsten Zweck, die Niederhaltung des deutschen Elements; der Kaiser besaß in der ganzen Verfassungszeit von 1867 an bis an seinen Tod nie gleiche Machtfülle. Eben dieses System entsprach den Neigungen Franz Josefs I. Denn er hegte seit der Gründung des Deutschen Reiches den Argwohn, die Deutschen Österreichs würden sich am liebsten mit dem Mutterlande vereinigen. Um so weniger Lust besaß er, die Macht mit ihnen zu teilen, wozu er sich in der liberalen Zeit von 1867 bis 1879 hatte bequemen müssen. Dabei hielt er sich aus Rechtsgefühl wie aus Klugheit an die Verfassung von 1867, in deren Formen er, gestützt auf das Heer und das geschulte Beamtentum, schlecht und recht regierte. In dieser Zeit wurde die Verwaltung Galiziens, wie der tschechischen und slowenischen Gebiete, völlig slawisiert, nur in den Ministerien waren, bis zur Auflösung des Staates, die deutschen Beamten in der Mehrheit; unter diesen stieg aber nur der Gefügige zu den hohen Staatsämtern empor. Von der Herrschaft des deutschen Stammes zu sprechen, ist widersinnig, da er von der Hofburg ebenso gelenkt und mißleitet wurde wie die anderen Völkerschaften.

So wurden Deutsche und Slawen gegeneinander ausgespielt. Für die Tschechen ersann der sie 1860 bis 1899 gängelnde Hochadel ein eigenes Spielzeug. Dieses Volk war 1848 und noch bis 1860 von liberalen Ideen beherrscht, bis Graf Heinrich Clam-Martinitz (der Oheim des späteren Ministerpräsidenten) das Programm des historischen Rechtes der böhmischen Wenzelskrone entwarf. Der Anspruch auf einen besonderen Staat war der tschechischen Nationalität förderlich, so daß es gelang, sie für das böhmische Staatsrecht und für die Gefolgschaft des Adels einzufangen. Durch ein Menschenalter waren sie damit der Demokratie abwendig gemacht. Dieses angebliche Staatsrecht wurde als Erbstück einer großen nationalen Vergangenheit den modernen Verfassungsideen entgegengestellt. Dafür ließ sich Franz Palacky, der hervorragendste Historiker des Landes, völlig gewinnen, obwohl er 1848 die böhmische Frage in national-demokratischem Sinne, durch die Zweiteilung des Landes nach Volksstämmen, hatte lösen wollen. Er und sein Schwiegersohn Rieger begründeten den Bund der von ihnen geführten alttschechischen Partei mit dem feudalen Adel. Diesem war besagtes Staatsrecht, obwohl viele seiner Angehörigen der tschechischen Sprache nicht mächtig waren, eine gute Waffe zum Fest-

halten der aristokratischen Vorrechte. Indem der Hochadel im Kampfe gegen das zentralistische und liberale deutsche Bürgertum für die Zerlegung Österreichs in seine Königreiche und Länder arbeitete, schaufelte er aber nicht bloß der Monarchie, sondern sich selbst das Grab.

Das waren die Methoden, durch welche die Hofburg und der Hochadel sich der Bundesgenossenschaft der Slawen versicherten. Das tschechische Volk würde sich bei seinem kräftigen Nationalgefühl auch ohne jene Reizmittel zu selbständigem Leben emporgeschwungen haben. Es war arbeitsam und nüchtern, zähe bis zur Hartnäckigkeit, dazu, durch die ihm zugeführte deutsche Bildung auf eine höhere Stufe der Kultur gehoben als alle übrigen Slawen. Allgemach fühlte es seine Kraft wachsen und machte zuletzt von ihr den ihm genehmen Gebrauch. Ein neues Geschlecht wuchs auf, die demokratisch gesinnten Jungtschechen fegten bei den Wahlen von 1891 die alttschechische Partei aus dem Reichsrate, an Stelle Riegers übernahmen Kramař, Kaizl und Masaryk die Führung[1]).

*

Nationaler Widerstand der Deutschen Österreichs

Durch die den Slawen von der Hofburg erwiesene Gunst wurden die Deutschen dem Staate und der Dynastie entfremdet. Sie litten so lange unter dem Mißtrauen gegen ihre Treue, bis sie aus Trotz der Mahnung der Nationalradikalen Gehör schenkten, sich zu der Gesinnung zu bekennen, die ihnen zugemutet wurde. Unter den Deutschen besaß ursprünglich, bis zu den Wahlen von 1897, die liberale Verfassungspartei die Führung, in welcher das nationale Bewußtsein nicht so stark war, wie die Anhänglichkeit an den österreichischen Staat. In solcher Gesinnung lebte und dichtete Grillparzer, selbst Mitglied der Verfassungspartei des Herrenhauses, ebenso Männer wie Schmerling, Herbst, Sueß, Ignaz und Ernst von Plener, durchwegs gute österreichische Patrioten. Das Wohl des Staates und der Vorteil der

[1]) Paul Samassa, „Der Völkerstreit im Habsburgerstaat", Leipzig 1910.

Dynastie hätten die Regierung bestimmen sollen, diese Gesinnung unter den Deutschen zu pflegen und zu befestigen. Statt dessen ließ der Kaiser die deutsche Verfassungspartei durch Taaffe bekämpfen und zerschlagen, um sie für ihren kirchlichen Liberalismus und ihre Opposition zu bestrafen. So bereitete sich unter dem Ministerium Taaffe in dem zurückgesetzten und in Böhmen mißhandelten Volksstamme die Abkehr vom Staate und von der Dynastie vor. Bei den Wahlen von 1897 ging die Verfassungspartei in Brüche und die deutschnationalen Gruppen beherrschten in den Sudetenländern die öffentliche Meinung. Auf diese Art bereitete sich sowohl unter den Deutschen wie unter den Tschechen ein nationaler Radikalismus aus, der im österreichischen Staate ein Hindernis des Aufschwunges des eigenen Volkes sah. Gegen das Ende seines Ministeriums hatte Taaffe mit der Unlust der Deutschen ebenso zu kämpfen, wie mit der Opposition der Jungtschechen, so daß er sich nicht länger behaupten konnte [1]). Als er 1893 die vom Kaiser ungern bewilligte Entlassung erhielt, trat durch die Berufung eines Koalitionsministeriums eine Atempause ein. Schon 1895 jedoch kam Graf Badeni ans Ruder, der in die Bahnen Taaffes zurücklenkte. Der Hof wünschte die Gewinnung der Jungtschechen, weshalb das Ministerium 1897 die Sprachenverordnungen für Böhmen erließ, welche die Deutschen tief verletzten. Diese wollten es sich nicht gefallen lassen, daß auch in den rein deutschen Sprachgebieten Böhmens bei Gericht in tschechischer Sprache gegen Deutsche verhandelt werde, da diese fast insgesamt der zweiten Landessprache unkundig waren und damit auch die Rechtssicherheit bedroht sahen. Vorübergehend erreichte die Hofburg ihre Absicht, da die Jungtschechen in die slawisch-klerikale Koalition eintraten. Durch Deutschböhmen dagegen ging ein Sturm des Unwillens. Zum äußersten Widerstande entschlossen, vereitelten die deutschnationalen Gruppen des Abgeordnetenhauses durch ihre Obstruktion die Annahme jeder Regierungsvorlage, vor allem die Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn. Die wilden Zusammenstöße im Parlament gipfelten darin, daß der Vizepräsident Kramař zehn Mitglieder der Opposition ausschloß und durch die Polizei hinausschleppen ließ. Das war selbst den in nationalen Dingen eher gleichgültigen Wienern zu viel, drohend erhoben sich die Massen. Erschreckt über diese seit 1848 ungewohnte Erscheinung, entließ der Kaiser den

[1]) Über diese Kämpfe vgl. man jetzt auch den dritten Band von E. v. Pleners „Erinnerungen". 1921.

Grafen Badeni unter Zeichen der Ungnade. Aber noch bedurfte es zweijähriger Kämpfe, bis Franz Josef die Unmöglichkeit des slawisch-klerikalen Kurses einsah und 1899 in die Aufhebung der Sprachenverordnungen willigte. Von diesen Wirren an beginnt die nicht mehr abreißende Reihe der politischen und nationalen Kämpfe, die zur Auflösung des Reiches führten.

*

Koloman Tisza und das Übergewicht Ungarns

Die Uneinigkeit zwischen dem Kaiserhaus und den Deutschen Österreichs, den zwei Trägern des Reichsgedankens, bestärkte die Magyaren in dem Streben, ihre volle Unabhängigkeit zu erringen, und erfüllte sie mit steigender Geringschätzung des alternden Österreich. Indem sie verkannten, daß ihre Herrschaft in Ungarn auf dem Bunde mit der Dynastie unter Anlehnung an Österreich beruhte, glaubten sie kräftig genug zu sein, ihre Macht auch in einem völlig unabhängigen Staate der Stefanskrone zu behaupten. Deak, der Begründer des Dualismus, starb 1876, im Jahre vorher wurde Koloman von Tisza Ministerpräsident. Ursprünglich war Tisza Anhänger der bloßen Personalunion mit Österreich gewesen und bekämpfte den Ausgleich von 1867. Als sich jedoch der Dualismus einlebte, trug Tisza den geschaffenen Tatsachen Rechnung und söhnte sich mit dem Werke Deaks aus. Ehrgeiz und Wirklichkeitssinn ergänzten sich bei dieser seiner politischen Wandlung; so erreichte er, daß die Deak-Partei ihn 1876 zum Führer wählte und ihm das Staatsruder anvertraut wurde. Doch hatte sich unter dem Wechsel seiner Parteistellung der kernmagyarische Grundzug seines Wesens nicht geändert. Seine Seele blieb von dem Streben nach dem Ausbau des ungarischen Nationalstaates erfüllt, wenn er auch das Ziel mit anderen Mitteln als früher anstrebte. Deak und Andrássy hatten ein Herz auch für das Wohl Österreichs, sie hielten das Gedeihen der Deutschen dieses Staates auch für Ungarn nützlich. Tisza stand den Dingen jenseits der Leitha gleichgültig gegenüber. Er erblickte in der Zerrüttung des westlichen Staates eher eine Stufe

zum Emporkommen Ungarns. Er erhob keinen Widerspruch gegen die den deutschen Stamm verletzende Regierungsmethode; anders als Graf Andrássy, der nicht mit seiner Überzeugung zurückhielt, die Begünstigung der Slawen durch Taaffe werde sich an der Monarchie und auch an Ungarn rächen. Dem Kaiser aber kam die Willfährigkeit Tiszas gelegen, und er ließ ihm dafür freie Hand zu verschärfter Magyarisierung und zum lückenlosen Ausbau des Adelsstaates. Unter dem Ministerium Tisza wurde 1886 die Organisation der Verwaltung beschlossen, die in den Komitaten alle Macht dem Verwaltungsausschusse und damit dem Grundadel überantwortete, da in dieser Körperschaft die Höchstbesteuerten der Landschaft die Hälfte aller Sitze erhielten und nur die andere Hälfte aus Zensuswahlen hervorging. Eigentümlich war das Verhältnis Tiszas zur Kossuth-Partei, die den Dualismus auch weiter bekämpfte und die Unabhängigkeit des Landes anstrebte. Der Ministerpräsident bediente sich der Stürmer und Dränger zum Einschüchtern des Hofes; je heftiger sie gegen die Gemeinsamkeit der Armee wetterten, desto heller strahlte sein Verdienst um deren Erhaltung. In diesem Spiel der Kräfte erstarkte die äußerste Linke so, daß sie zuletzt Tisza selbst gefährlich wurde. Alles in allem ist er der Schöpfer des Systems, unter dem das Magyarenvolk künstlich zu einer Höhe emporstieg, von der es zuletzt hinabstürzen mußte.

*

Kroatische Zustände 1880 bis 1893

Ließ sich dieses Überspannen der Kraft noch aus dem ungarischen Nationalcharakter verstehen und erklären, so war die Behandlung Kroatiens, auf dessen Gebiete fast keine Magyaren wohnten, ganz verkehrt. Nach der Beseitigung des Banus Mažuranić sollte auch Kroatien in den ungarischen Nationalstaat gezwängt werden.

Eine Probe wurde bei der, an sich unwesentlichen, Frage der Wappen und Inschriften gemacht. Gemäß dem Ausgleiche zwischen den zwei Ländern hatten sich in Kroatien alle Behörden der Landessprache zu bedienen, auch die mit Ungarn gemeinsamen Ämter, von denen die Eisenbahnen, Post und Telegraph, Steuer- und Zollwesen verwaltet

wurden. Da ließ die ungarische Regierung an dem Finanzdirektionsgebäude zu Agram auch das ungarische Wappen und eine magyarische Inschrift anbringen. Das war an sich unwesentlich, aber die Magyaren hatten aus Symbolen dieser Art, dem kaiserlichen Doppeladler und der schwarzgelben Fahne, selbst immer eine Staatsangelegenheit gemacht. Erregung zitterte durch Kroatien, Zusammenrottungen fanden statt, die verhaßten Wappen und Inschriften wurden von der Menge zerstört. Darauf ward die autonome Landesverwaltung mit einem Federstrich für einige Zeit beseitigt; statt des Banus trat der General Baron Ramberg als königlicher Kommissär an die Spitze der Regierung. Als sich die Erregung legte, erhielt das Land wieder einen Banus in der Person des Grafen Khuen-Hedervary, eines Vetters des ungarischen Ministerpräsidenten. Graf Khuen stammte aus einer deutschen Familie, war in Kroatien begütert, aber Ungar nach Erziehung und Gesinnung. Er regierte das Land von 1883 bis 1903 mit eiserner Strenge im Geiste und im Dienste der ungarischen Staatsidee. Er hauchte der dem Ausgleiche mit Ungarn zugeneigten Nationalpartei neues Leben ein und hielt die Opposition, deren radikaler Flügel im Landtage die heftigsten Szenen hervorrief, durch Bestechung, Korruption und mit Gewalt, oder wie man sich ausdrückte, mit Hafer und Peitsche nieder[1]). Die Presse wurde geknebelt, das Vereins- und Versammlungsrecht mit Füßen getreten, politische Prozesse waren an der Tagesordnung. Als im Jahre 1903 dreißig kroatische Mitglieder des dalmatinischen und österreichischen Landtages eine Audienz beim Kaiser erbaten, um sich über die Einkerkerungen und über alle Willkür in Kroatien zu beklagen, ward ihnen auf Betreiben der ungarischen Regierung der Zutritt zum Herrscher versagt. In diesem Falle konnten die ungarischen Minister darauf hinweisen, daß sie die Einmischung österreichischer Abgeordneter in die inneren Angelegenheiten des ungarischen Staates nicht dulden könnten. Aber ebenso hatten sie verfahren, als die Rumänen Siebenbürgens dem Kaiser eine Denkschrift mit ihren Beschwerden überreichen wollten. Auch sie durften kein Gehör finden, den Unterzeichnern der Denkschrift wurde sogar der Pro-

[1]) Die zwei Hauptwerke über den Gegenstand sind R. W. Seton-Watson, „Die südslawische Frage im Habsburger Reiche" (deutsche Übersetzung des 1911 erschienenen engl. Buches, Leipzig 1913) und L. v. Südland, „Die südslawische Frage und der Weltkrieg", Wien 1918. Unter dem Namen Südland verbirgt sich der kroatische Politiker Dr. Pilar, Rechtsanwalt in Dolni Tuzla, Bosnien.

zeß wegen Hochverrates gemacht. Daß der Kaiser sich gegen seine nicht-magyarischen Untertanen ablehnend verhielt, erschütterte unter diesen die angestammte Anhänglichkeit an Thron und Reich.

Die Opposition gegen das magyarische Regiment in Kroatien setzte sich aus einer gemäßigten und einer radikalen Gruppe zusammen. Die Seele der Gemäßigten war der Bischof von Diakovar, Josef Georg Stroßmayer, der sich zwar seit 1873 bis an seinen Tod — er starb 1905, 90 Jahre alt — nicht mehr in die Tagespolitik mischte, aber von seinem Volk verehrt wurde, weil er die reichen Einkünfte seines Bistums zur geistigen Hebung des Landes verwendete und als Mann hoher Bildung mit den ersten Männern Europas in reger Verbindung stand[1]). Die südslawische Akademie in Agram war sein Werk, die Errichtung der Universität daselbst hatte er angeregt, sie dann ansehnlich gefördert. In der Politik leitete ihn das Gefühl mehr als der Verstand. Sein Ideal war die Vereinigung der katholischen und der orthodoxen Kirche, wodurch er den Zusammenschluß aller Südslawen zu erreichen hoffte. Dabei strebte er nicht etwa die Losreißung von Österreich an; er sagte einmal, er würde sein Leben hingeben, könnte er „den herrlichen Staat" erhalten. So erregte er zuletzt überall Anstoß. Die serbische Regierung versagte ihm, als er ihr Land, dessen Katholiken zu seiner Diözese gehörten, besuchen wollte, den Eintritt. Da die Magyaren sich immer unduldsamer gebärdeten, wurde er ihr Gegner. Die ungarische Regierung erwiderte dies mit der Anklage, er untergrabe in Kroatien die Treue zur Dynastie; sie bestimmte den Kaiser, ihm bei seinem Besuche Kroatiens 1888 eine scharfe Rüge zu erteilen. So ließ sich der Kaiser von den Magyaren zu Schritten bestimmen, welche ihn bei den anderen Nationalitäten bloßstellten.

Die radikale Opposition, die reine Rechtspartei, scharte sich um Anton Starčević. War Stroßmayer von dem Wunsche erfüllt, Serbien und Kroatien zu einigen, so ging Starčević dagegen in dem glühenden Streben nach Selbstbehauptung des kroatischen Volkes auf und verwarf die südslawische und die großserbische Idee. Selbstlos in seiner Lebensführung, gefiel er sich in politischen Phantasien: er hing dem Traume eines Großkroatien nach, welches das ganze illyrische Dreieck, von der Drau bis an die Adria und womöglich bis zum Ägäischen Meere, in sich schließen sollte. Aber nicht etwa so, daß Kroaten und

[1]) Seton-Watson, S. 136—149, bringt eine anziehende Charakteristik Stroßmayers.

Serben zu einer Nation zu verschmelzen wären. Er haßte die Serben wie die Magyaren und er haßte auch Österreich. Er war ein kroatischer Nationalist wie Stroßmayer, aber von ihm durch seine starre Einseitigkeit geschieden.

Die Unduldsamkeit der Starčević-Partei gegen die Serben war Wasser auf die Mühle des Grafen Khuen. Er benutzte sie, um die Serben zur Regierungsmehrheit heranzuziehen. Ohne sie und bloß mit Hilfe seiner kroatischen Mamelucken hätte er sich nicht behaupten können. Die Serben waren ein Drittel der Bewohner Kroatiens und strebten nach einem national- und kirchlich-selbständigen Schulwesen. Das hatte ihnen noch Mažuranić versagt, um die Einheit Kroatiens nicht zerstören zu lassen. Khuen dagegen förderte das serbische Element tunlichst, obwohl es sich zu seinem Mißbehagen immer enger an das Königreich Serbien anschloß. Das serbische Organ in Agram, der Srbobran, war von Pawle Jovanović geleitet, der den Spottnamen Dinarcić erhielt, da er von Belgrad Unterstützung in Dinaren (Franken) bezog. Dadurch ließ sich die ungarische Regierung nicht beirren, so daß sich die Nationalitäten und Parteien Südungarns im Widerspruche zum Wohle des Reiches aufs seltsamste gruppierten[1]). Die Serben hielten es bis 1900 mit den Magyaren, während das kaisertreue kroatische Volk gedrückt wurde, da es sich nicht von Budapest regieren lassen wollte. In den Augen der Magyaren war es nicht die kleinste Sünde der Kroaten, daß sie noch immer auf Wien hofften, um von der ungarischen Herrschaft loszukommen. Khuen-Hederváry selbst war der habsburgischen Monarchie ergeben, aber bei den Machthabern in Budapest handelte es sich mehr darum, den Kroaten das österreichische Gefühl herauszutreiben, als sie in der Treue zum Gesamtreiche zu bestärken.

Die Lage der Kroaten wurde dadurch besonders schwierig, daß der Kaiser sich trotz allen widrigen Erfahrungen nicht von den Magyaren trennen wollte. Er sah in dem kraftvollen Volke einen Rückhalt für sein Haus; er glaubte den Versicherungen ihrer dynastischen Treue und ließ sich auch durch die Drohung schrecken, sie würden sich bei der ersten Abirrung der Krone vollständig von Österreich lossagen. Es gab auch einen wichtigen verfassungsrechtlichen Grund für die Politik der Hofburg. Im ungarischen Abgeordnetenhause ließ sich eine

[1]) Südland-Pilar, „Die südslawische Frage", S. 377—380, 462.

andere als die magyarische Mehrheit nicht zustande bringen, auch nicht bei allgemeinem und gleichem Wahlrecht. Steuern und Rekruten waren nur von dieser Majorität zu bekommen; wurde sie abgestoßen, so drohten die schwersten Verfassungskämpfe. Franz Josef I. wollte seinen Königseid halten und das Land vor Zerrüttung bewahren. Das war ein beherzigenswerter Beweggrund, nur folgte daraus nicht, daß der über eine ansehnliche Machtfülle verfügende Herrscher sowohl das Abbröckeln der Gemeinsamkeit Österreich-Ungarns, wie die Mißhandlung der anderen Volksstämme Ungarns gestattete. Er ließ sich aber Zeit seines Lebens von dem zeitweilig Stärkeren einschüchtern und setzte, um der nächsten Gefahr auszuweichen, das Reich den Stürmen der Zukunft aus. Diesen Mängeln seiner Begabung zum Herrschen standen aber edle menschliche Eigenschaften, besonders reges Pflichtgefühl und nie rastende Arbeitsfreudigkeit gegenüber, so daß sein guter Wille von den Völkern der Monarchie gerne für die Tat genommen wurde. Sie räumten ein, daß bei der unermeßlichen Schwierigkeit der Regierung Österreich-Ungarns Mißgriffe kaum zu vermeiden waren. Es war klar, daß er in Kroatien unter dem Einflusse Ungarns und nicht nach freiem Willen handelte. Die von den Magyaren begangenen schweren Fehler entlockten einem ihrer besten Männer, dem gemeinsamen Finanzminister Benjamin Kallay, 1903, den Stoßseufzer: „Meine Landsleute haben Kroatien schlecht behandelt, seine Entwicklung verhindert und es finanziell ausgebeutet, dafür werden sie einmal zahlen müssen."

*

Der Kampf um die gemeinsame Armee.

Die zwei Thronfolger

Nach Aufhebung der Sprachenverordnung dauerte der Zwiespalt in Böhmen fort. Jetzt verlegten sich wieder die Tschechen auf Obstruktion, so daß die Tätigkeit des österreichischen Parlaments auch weiterhin lahmgelegt war, obwohl das Ministerium Körber (1900—1904) zwischen den Nationalitäten unparteiisch vermitteln wollte. Je ärger

es in Österreich zuging, desto stolzer waren die Magyaren darauf, daß sie in ihrem Staat strenge auf eine geordnete parlamentarische Regierung hielten. Die neue Generation unter den Magyaren sah auf die weise Selbstbeschränkung Deaks gönnerhaft herab, und erkor sich Ludwig Kossuth zum Ideal. Nach dessen Tode (1894) kehrte sein Sohn Franz aus dem mit dem Vater geteilten langen freiwilligen Exil nach Ungarn zurück und übernahm die Führung der Kossuth-Partei, ein Mann von mäßiger Begabung, aber überaus eitel. Wohl huldigten er und die Seinigen dem greisen Könige, der den Magyaren nichts als Gutes erwiesen hatte; aber auch weiterhin forderten sie die Lösung der Gemeinsamkeit mit Österreich, die Zerschlagung der kaiserlichen Armee, ein selbständiges Zollgebiet und eine gesonderte ungarische Zettelbank. Als ersten Schritt verlangten sie die ungarische Dienst- und Kommandosprache bei den ungarischen Regimentern der gemeinsamen Armee. Wie in Österreich, so entlud sich auch in Ungarn die Hochspannung aus einem an sich unbedeutenden Anlasse.

Im Jahre 1902 verlangte der Kriegsminister die Erhöhung des jährlichen Mannschaftsersatzes um 23 000 Soldaten, vorwiegend zum Bedienen der neuangeschafften Geschütze. Das Ministerium Széll befürwortete den Antrag, die Regierungsmehrheit war einverstanden, nur die Kossuth-Partei widersprach; indessen sah ihr Großteil der Abstimmung mit Gemütsruhe entgegen. Da warf sich der Abgeordnete Ugron mit einem Fähnlein von etwa 30 Kossuthisten der Annahme entgegen und griff zu der auch in Ungarn bereits mißbrauchten Waffe der Obstruktion. Ugron war eine bemakelte Persönlichkeit, gegen den ein Betrugsprozeß schwebte; aus Furcht vor dem schlimmen Ausgange desselben setzte er als verzweifelter Spieler alles auf die Karte radikaler Opposition; drang er durch, so war er der Held der ultramagyarischen Öffentlichkeit und konnte sich dann aus seinen Geldverlegenheiten befreien. Demgemäß kündigte die äußerste Linke an, sie werde die parlamentarische Arbeit so lange hindern, bis der König, dem nach dem Gesetze die Leitung und die Organisation der Armee zustand, einwillige, die ungarische Dienst- und Kommandosprache einzuführen. Selbst Franz Kossuth mißbilligte anfangs das gewissenlose Beginnen Ugrons. Als sich aber nach wochen- und monatelanger Obstruktion unter den Magyaren die Gemüter erhitzten, war es Kossuth peinlich, im nationalen Radikalismus um etliche Pferdelängen überholt zu sein, und er schlug

sich zur äußersten Linken. Das Ministerium Széll vermochte den Sturm ebensowenig zu beschwören wie der aus Kroatien zur Staatsleitung geholte Khuen-Hedervàry. Darauf berief der Kaiser und König 1904 den Grafen Stefan Tisza, um seinen Landsleuten den Kopf zurechtzusetzen. Gegen Tisza traten aber auch die Grafen Andrássy und Apponyi in Opposition; sie verbanden sich mit Kossuth zu dessen Sturze, und gleich ihnen schloß sich auch Wekerle der Forderung nach der ungarischen Kommandosprache an. Das war bei Andrássy und Wekerle ein politischer Frontwechsel schlimmer Art, da sie durch Jahrzehnte zur bestehenden Organisation der Armee gestanden hatten. Die vereinigte Opposition brachte dem Ministerium Tisza bei den Wahlen von 1905 eine Niederlage bei. Der Monarch, der aus Liebe zum Frieden, den magyarischen Adelsparteien zu Gefallen, eine ganze Anzahl von Vorwerken des Ausgleiches geräumt hatte, erklärte jetzt endlich, seine Nachgiebigkeit sei zu Ende. Denn die zum Siege vordringende, fortschreitende Unabhängigkeitspartei kündigte selbst an, die ungarische Kommandosprache sei nur der erste Schlag zur Spaltung der Armee und zur Parlamentsgewalt über sie. Damit ward aber Franz Josef ans Herz gegriffen. Wich er auch diesmal zurück, so war der Zerfall der Monarchie nicht aufzuhalten. Zum Widerstand wurde er durch den Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand leidenschaftlich aufgestachelt, der dem Kaiser bestimmt in Aussicht stellte, er werde bei fortgesetzter Schwäche Österreichs gegen Ungarn seine militärischen Würden und Ämter niederlegen[1]). Er hielt vor niemandem mit dem Vorwurf zurück, sein kaiserlicher Oheim entwerte durch das Preisgeben wichtiger Kronrechte das von ihm verwaltete habsburgische Erbe. Also gedrängt, sah sich der Kaiser vor der Unmöglichkeit, in Ungarn ein parlamentarisches Ministerium seines Sinnes zu bilden; statt dessen übertrug er schweren Herzens die Regierung am 17. Juni 1905 dem ihm treu ergebenen General Geza von Fejérváry. Dieser machte sich unverzagt an die schwierige Aufgabe, und verwaltete das Land mit fester Hand ohne Parlament, nach Bedarf auch sonst über das Gesetz hinwegschreitend; schließlich löste er das kaum gewählte Abgeordnetenhaus auf. Bei diesem Anlasse zeigte sich, daß der Kampf der magyarischen Oberschichten mit dem Königtum, wie auch der nationale Streit, die Massen ganz kalt ließ; in den Straßen von Budapest äußerte sich beim Aus-

[1]) Über die Haltung Franz Ferdinands zur Ungarnfrage vgl. Auffenberg-Komarów, „Aus Österreichs Höhe und Niedergang", 1921 S. 93 u. a. O.

einandertreiben des Abgeordnetenhauses nicht die leiseste Teilnahme. Das hing auch damit zusammen, daß Fejérváry, darin vom Minister des Innern Kristoffy beraten, im Namen der Krone ankündigte, sie werde das allgemeine und gleiche Wahlrecht einführen. Da lenkten die Führer der herrschenden Klasse, in ihrer Machtstellung bedroht, ein und vereinbarten mit dem König einen Ausgleich. In der Armeefrage blieb nach dessen Willen alles beim alten, dafür ward die Regierung den Oppositionsparteien übertragen; Wekerle bildete am 8. April 1906 das neue Ministerium, in das Kossuth, Andrássy und Apponyi eintraten. Somit überließ die Krone, obwohl sie ihre Stärke gezeigt hatte, der magyarischen Parlamentsmehrheit wieder die politische und wirtschaftliche Ausbeutung des Landes, gleichzeitig auch die Zuchtrute über die Nationalitäten. Der Unterrichtsminister Apponyi ging noch rücksichtsloser als sein Vorgänger gegen das Volksschulwesen der Deutschen, Slawen und Rumänen vor.

Es war eine Pause im Ringen des Königtums mit dem Grundadel, der, durch das Schreckbild des allgemeinen Wahlrechts im Zaume gehalten, auf eine bessere Gelegenheit wartete, um sich zuletzt doch der Gewalt über die Armee zu bemächtigen. Damals sah der Adel nicht in den aufstrebenden Massen die größte Gefahr, sondern in dem künftigen Könige, der kein Hehl daraus machte, er werde, zum Throne gelangt, die Vorherrschaft der Magyaren mit Hilfe der Nationalitäten brechen. Erzherzog Franz Ferdinand, der Sohn des 1896 verstorbenen jüngeren Bruders des Kaisers, Karl Ludwig, war Thronfolger, da der einzige Sohn des Kaisers, Kronprinz Rudolf, am 30. Januar 1889 durch Selbstmord geendet hatte. Was sonst über das Ende Rudolfs erzählt worden ist, seine Ermordung durch einen Leibjäger oder den Oheim seiner Geliebten, Baronin Vetsera, ist eine Fabel. Wahr ist vielmehr, daß er, gemeinsam mit Marie Vetsera, freiwillig in den Tod ging. Nachdem beide in Briefen von ihren nächsten Angehörigen Abschied genommen hatten, erschoß der Kronprinz zuerst das ihm leidenschaftlich ergebene Mädchen, dann sich selbst. So endete der Fürstensohn, der, vielfach begabt, anfänglich zu schönen Hoffnungen berechtigt hatte. Später aber ergab er sich einem wüsten Leben und verzehrte im Trunk und mit Weibern seine Kraft; unfähig, sich aufzuraffen, glaubte er sich des Herrscherberufes unwürdig und fürchtete wohl auch dem Wahnsinn zu verfallen, der im Hause Wittelsbach, der Familie seiner Mutter, manches Opfer gefordert hatte. Nach der

Schuld und den Irrtümern seines Lebens, nach dem unseligen Verhältnisse zu seiner Gemahlin Stefanie von Belgien, erschien ihm die Liebe der Marie Vetsera als letzter Glücksstrahl, den er gierig einsog, um dann selbst zu verlöschen. Dies die Tatsachen, die zu deuten noch viel Scharfsinn angewendet werden wird, insbesondere ob die Selbstverwüstung auf krankhafte Anlage oder auf Übermut und den Einfluß elender Höflinge zurückzuführen ist. Die Gemeinschaft des Sterbens mit dem jungen Mädchen war gewiß nur ein Begleitumstand der in tieferen Gründen wurzelnden Tat. Das freiwillige Scheiden des Kaisersohns aus Glanz und irdischer Größe erschien der Welt unfaßbar, und da die Beweggründe sich ihr noch lange Zeit entzogen, war es begreiflich, daß die, wenige Tage nach seinem Tode erfolgte amtliche Bekanntgabe des Selbstmordes starkem Zweifel begegnete. Man hätte sich aber sagen sollen, daß dieses Ende dem Vater bei dessen Religiosität besonders furchtbar war, so daß es schon deshalb ausgeschlossen ist, er und seine Umgebung hätten gerade diesen Schleier zur Verhüllung des Geschehenen gewählt. Der Kaiser lehnte aber bei der Beratung mit dem ihm eigenen Geradsinn das Verschweigen ab, indem er sagte, er sei seinen Völkern die Wahrheit schuldig. Der nunmehrige Anwärter der Kaiserwürde, Erzherzog Franz Ferdinand, war aus härterem Stoffe; selbstwillig, ungestüm, voll großer Entwürfe, sah er seiner Thronbesteigung mit Ungeduld entgegen. Was in ihm mild und gütig war, wandte sich der Liebe zu seiner Gattin, der Gräfin Sofie Chotek, und seinen Kindern zu, denen er zärtlich zugetan war. Aber gerade diese Ehe verhärtete ihn gegen die Außenwelt. Denn er mußte sich die ihm nicht ebenbürtige Gattin mit vieler Mühe erstreiten und dann für deren äußere Stellung immer aufs neue kämpfen. Die Sorge um seine vom Throne ausgeschlossenen Kinder drängte ihn zur genauesten Verwaltung seiner Güter; er war seinen Hintersassen ein harter Herr, der sein Eigentum zähe zusammenhielt. Auch klagte seine Umgebung über den jähen Wechsel von Gunst und Ungnade. Auf der anderen Seite jedoch besaß er den Mut seiner Meinung, kannte sein künftiges Reich aus Reisen und stetem Verkehr; unaufhörlich arbeitete er an dem Bilde, nach welchem er als Herrscher den Staat formen wollte. So kam er zu festen Vorstellungen, und der starke Wille, mit dem er schon als Thronfolger oft den Widerstand von oben und von unten überwand, schien ihm selbst die Bürgschaft des Erfolges für sein Wirken als Herrscher. Er legte sich deshalb auch

keinen Zwang in dem Ausdruck seiner Zu- und Abneigung an, die ihn oft leidenschaftlich beherrschten. In allen diesen Dingen war er das Widerspiel seines sich an die Verhältnisse nur zu leicht anpassenden Oheims. Schon als Thronfolger war er durch seinen entwickelten Eigentumssinn, seine Herbheit, seine Unduldsamkeit den Menschen unbequem; er wäre kein milder Herrscher geworden. Von seinem Plane steht der Grundgedanke fest: er gedachte den trotzigen Sinn der Magyaren um jeden Preis zu brechen und dafür die Südslawen an die Krone heranzuziehen, indem er sie zu einer staatlichen Gemeinschaft zusammenfaßte. Das dualistische System verwarf er und setzte sich zur Aufgabe, ein Großösterreich mit der Autonomie jedes einzelnen Volksstammes aufzurichten. Überall wollte er mit fester Hand durchgreifen, auch in Böhmen, wo er beiden Nationalitäten Eigensinn vorwarf. Es mußte doch gelingen, sie zum Ausgleiche zu bestimmen. Zu diesem Zwecke zog er die Führer der beiden Parteien des Hochadels an seine Person heran, sie mit seiner Ungnade bedrohend, wenn sie wie bisher unter sich haderten und die zwei Volksstämme in ihrer Hartnäckigkeit bestärkten. Denn er lebte noch in der Vorstellung, die Völker seien von oben herab, durch die Kirche, den Adel und eine starke Armee, im Zaume zu halten. Damit würde er überall angestoßen haben, zumal da er, in bewußtem Gegensatz zu seinem Oheim, allfälligen Widerstand nicht zu beschwichtigen, sondern zu brechen für angezeigt hielt. Das deutete auf künftige Stürme, deren Beschwörung er sich zutraute — wohl mit Überschätzung seiner Kraft.

Am meisten Widerstand fand er bei den Magyaren, gegen deren Art des Regierens er Widerwillen hegte, woraus er ihnen gegenüber kein Hehl machte. Auch als das Ministerium Wekerle-Kossuth sich der bestehenden Ordnung anbequemte, versöhnte er sich nicht mit ihm und weigerte sich sogar, die Mitglieder des Ministeriums, außer bei den aus formellen Gründen nicht abzulehnenden Empfängen, zu sehen, bei denen er sich aber auf kurze, knappe Worte beschränkte. Nur einmal ließ er den Grafen Andrássy vor, um ihn mit Vorwürfen über das Treiben der Mehrheitsparteien zu überhäufen. Indessen waren deren Führer unter der Regierung Franz Josefs der Macht sicher, solange sie nur nicht an die Kommandogewalt der Krone rührten. So dauerte der Widerspruch der Regierungsmethode hüben und drüben der Leitha fort. In Österreich fühlte sich die Krone stark, da sich die streitenden Nationalitäten gegenseitig die Wage hielten; der Kaiser ließ die Deut-

schen seinen Unmut fühlen, in dem Glauben, sie und die Slawen im Zaume halten zu können. Jenseits der Leitha dagegen wurden die Zügel von den Führern des herrschenden Stammes straff angezogen.

*

Die großserbische Idee. Ermordung König Alexanders

Trotz diesen inneren Streitigkeiten behauptete sich Österreich-Ungarn noch als Großmacht infolge seiner Volkszahl und dank der Organisation, die ihm seit den Tagen des Prinzen Eugen von Savoyen einsichtige Herrscher und Staatsmänner geschaffen hatten. Unerschüttert war auch, wie die letzten Vorgänge in Ungarn bewiesen, das Ansehen des Herrscherhauses, die persönliche Verehrung für Kaiser Franz Josef. Diese Dämme waren jedoch schon unterwaschen, nicht zum wenigsten durch die Wogen, die von Südosten heranspülten. Serbien und Rumänien, selbständige Staaten geworden, übten auf die Stammesangehörigen in der Donaumonarchie wachsende Anziehung. Besonders seitdem die Karageorgević den serbischen Thron bestiegen hatten, wurde Serbien für das Reich der Habsburger eine Gefahr. Nicht daß jenes Fürstengeschlecht die großserbische Idee erst ins Land gebracht hätte. Sie beschäftigte vielmehr die Geister seit dem Zeitpunkte der Einigung Deutschlands und Italiens; das kleine Piemont war das vom nationalen Ehrgeiz gewählte Vorbild. Von dem Zaren hoffte man, er werde ähnlich wie 1859 Napoleon III. dem Einigungswerk seine Waffen leihen.

Der erste Serbenfürst, der sich dem Gedanken der nationalen Erhebung in großem Stile hingab, war Michael Obrenović. Er trat darüber ins Einvernehmen mit dem Fürsten Nikolaus von Montenegro, und war bereit, nicht bloß gegen die Türkei, sondern auch gegen Österreich-Ungarn loszuschlagen; die Aufrufe, so versichert Wladan Georgević in seinem Buche „Die serbische Frage", waren bereits fertig, als er mit Wissen des in der Verbannung lebenden Alexander Karageorgević am 10. Juni 1868 ermordet wurde. Statt seines unmündigen Nachfolgers Milan Obrenović (1868—1889) waltete im Lande eine Regentschaft; deren Haupt, Jovan Ristić, übernahm die großserbische Idee

als Erbstück; in seinen Denkwürdigkeiten kommt er immer wieder darauf zurück, daß er die Befreiung aller Serben von der türkischen und österreichischen Herrschaft nie aus den Augen verloren habe. Deshalb hielt er sich, obwohl Rußland Serbien ausnützte und auf dem Berliner Kongreß im Stiche ließ, immer zu der nordischen Macht. Folgerichtig ging er nicht auf das Angebot ein, das ihm Graf Julius Andrássy als ungarischer Ministerpräsident 1870 machte, durch einen Bund mit Österreich-Ungarn den Großteil Bosniens für Serbien zu erwerben; als Gegenleistung hätte Ristić die Neutralität Serbiens für den Fall zusagen müssen, daß Österreich-Ungarn mit irgendeiner Großmacht in Krieg gerate. Das glaubte der Regent ablehnen zu müssen, „denn", so schrieb er erläuternd in seinen Denkwürdigkeiten, „Serbien könnte auf keinen Fall neutral bleiben, wenn Rußland jene Großmacht sein sollte". So entschlossen also war schon Ristić, zusammen mit Rußland den Waffengang gegen Österreich-Ungarn zu wagen[1]).

Als Fürst Milan, mündig geworden, die Regierung selbst übernahm, wurde er von Rußland so herrisch behandelt und gedemütigt, daß er sich doch lieber an Österreich-Ungarn anschloß und mit der Wiener Regierung Verträge schloß, die die Geschicke seines Landes an jene der Donaumonarchie knüpften. Das war einer der Gründe seines unversöhnlichen Gegensatzes zu der radikalen Partei seines Landes. Ursprünglich standen in deren Programm neben den nationalen Forderungen auch sozialistische und anarchistische Schlagsätze, welche der Gründer der Partei, der in Zürich weilende Svetozar Marković, den Lehren und Schriften Bakunins entlehnt hatte. Als aber Nikola Pašić, nach dem frühen Tode seines Genossen, die Führung der Partei übernahm, ward alle Kraft an die nationale Einigung im Kampf gegen Österreich-Ungarn gesetzt. Allgemach wurden fast alle Gebildeten des Landes für diese Idee gewonnen, wobei es anfangs nicht an einer Gegenströmung fehlte. Der Ministerpräsident Milans, Pirotchanaz, empfahl seinen Landsleuten auch nach seinem Rücktritte die Einigung durch den Anschluß an die Donaumonarchie und mit deren Hilfe anzustreben. Indessen sank infolge der Wirren innerhalb Öster-

[1]) So nach Leopold Mandl, „Der Mord als Mittel der Politik in Serbien" (Österreichische Rundschau, 43. Band, S. 244). Die Arbeiten Mandls haben das Verdienst der Heranziehung serbischer und anderer slawischer Quellen. Seinen Büchern sind im folgenden die meisten Zitate slawischer Herkunft entnommen.

reich-Ungarns dessen Ansehen; zudem zeigte es sich, daß der Einfluß der Magyaren ein unübersteigliches Hindernis war, um das Haus Habsburg für die Rolle eines Schutzherrn der Südslawen zu gewinnen. Auch Pirotchanaz kam von seinen früheren Ansichten zurück und wandte sich 1893 öffentlich gegen Österreich-Ungarn[1]).

Unterdessen hatte der 1882 zum König ausgerufene Milan 1889 die Krone niedergelegt, da der Streit mit der radikalen Partei ihm das Regieren fast unmöglich machte. Solange jedoch Milans Einfluß auf seinen Sohn und Nachfolger, Alexander, vorwaltete, blieb das amtliche Serbien in erträglichen Beziehungen zu Österreich-Ungarn. Um aber Alexander I. von seinem Vater abzuziehen, gewährte der Zar der unseligen Ehe, die der junge König mit der Ingenieurswitwe Draga Maschin schließen wollte, seine Förderung; Milan hatte sich unbedingt gegen die Wahl Alexanders ausgesprochen. Er sah das über das Haus Obrenović hereinbrechende Verderben voraus. Die Tragödie trat ein, als die Radikalen sich von dem Königspaare abwandten. Persönliche Momente kamen hinzu, die Verschwörer in ihrem Unternehmen zu bestärken, das auf die Beseitigung der Dynastie abzielte. Nachdem die Verhandlungen mit dem im Auslande lebenden, mittellosen Peter Karageorgević zum Abschlusse gebracht waren, erfolgte in der Nacht vom 10. auf den 11. Juni 1903 die Bluttat, der Alexander und seine Frau zum Opfer fielen.

Der neue König, mäßig begabt und ohne eigenen Willen, halbfremd in seinem Lande, umgeben von Abenteurern, die ihm aus der Verbannung gefolgt waren, blieb vollständig von den Radikalen abhängig. Die Blutschuld, durch die er auf den Thron gekommen, lastete auf seinem Hause und ließ ihm nur die Wahl zwischen den zwei Flügeln der radikalen Partei, die in der äußeren Politik dasselbe Ziel verfolgten. Im Jahre nach seiner Rückkehr unterbreitete ihm Pašić darüber ein Programm, das, von Todfeindschaft gegen Österreich-Ungarn eingegeben, folgerichtig und weitausblickend die Mittel des Kampfes zusammenfaßte[2]). Darin waren folgende Punkte enthalten:

---

[1]) Noch 1900 empfahl der spätere Minister Milovanović, der Gründer des Balkanbundes, in einem anonymen Aufsatze der Wiener „Fackel", 38. Heft, den Anschluß Serbiens an die Nachbarmacht.

[2]) Der Weg, auf dem dieses Programm öffentlich bekannt wurde, ist für serbische Verhältnisse bezeichnend. Kurz nach der Überreichung des „Nationalprogramms" an den König trat zwischen ihm und Pašić eine arge Verstimmung ein, weil dieser die Forderung

1. Bündnis mit Montenegro. Der Fürst muß sich verpflichten, eine gemeinsame, von Belgrad aus geleitete auswärtige Politik zu machen.

2. Verständigung mit Bulgarien über Mazedonien und Altserbien. Abschluß einer Zollunion behufs Erweiterung des serbischen Wirtschaftsgebietes.

3. Wirtschaftliche Emanzipation von den österreichisch-ungarischen Märkten; zielbewußte Förderung der handelspolitischen Interessen der Westmächte, Rußlands und Italiens, in Serbien; das beste Mittel, die großserbische Idee in Europa populär zu machen.

4. Förderung der Koalitionsidee der kleinen serbischen und serbenfreundlichen Parteien in Kroatien behufs Unterstützung der ungarischen Unabhängigkeitspartei in ihrem Kampfe gegen Krone und Dualismus.

5. Agitation in Bosnien für den Anschluß an Serbien. Diskreditierung der dortigen österreichisch-ungarischen Verwaltung durch systematische publizistische Propaganda und Nährung der Unzufriedenheit der orthodoxen und mohammedanischen Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina.

Genau nach diesem Programm wurde vorgegangen. Wenn die serbische Regierung sich auch zunächst in ihren amtlichen Maßnahmen Zwang auferlegen mußte, um nicht den offenen Bruch mit der benachbarten Großmacht herbeizuführen, so ließ sie es doch in ihrer Presse und den von ihr veranlaßten französischen, italienischen und russischen Schriften, nicht an Herausforderungen Österreich-Ungarns fehlen. Was Peter I. und seinen Ministern noch ein Wagnis schien, darüber ließ sich der Erstgeborene des Königs, Prinz Georg, ohne Hehl vernehmen. „Wenn wir genötigt sind," so sagte er 1904 zu einem Österreicher, „euch wegen Bosnien den Krieg zu erklären, werden die slawischen Regimenter nicht gegen uns marschieren und eure serbischen Regimenter

Peters nach Übernahme seiner Schulden durch den Staat und nach einem Jahresgehalte für seine Söhne nicht erfüllte. Pašić mußte mit den Altradikalen vom Amte zurücktreten und machte einem jungradikalen Ministerium Platz. Um Pašić bloßzustellen, übergab der Privatsekretär des Königs, Balugdšić, das Nationalprogramm im Winter 1905 auf 1906 dem Schriftsteller L. Mandl, der davon in der Presse Gebrauch machte. So Mandl in seinen Schriften „Österreich-Ungarn und Serbien", S. 13—18, und „Die Habsburger und die südslawische Frage", S. 62; Angaben, die, soweit sie ihn selbst betreffen, zuverlässig sind. Sollte nun auch Balugdšić es mit der Wahrheit nicht genau genommen haben, so ist das Schriftstück doch bemerkenswert, weil es aus der Umgebung König Peters stammt und genau die Maßnahmen aufzählt, die in dem darauffolgenden Jahrzehnt tatsächlich von der serbischen Regierung ergriffen worden sind.

werden zu uns übergehen. Bosnien gehört uns[1]." Nach einigen Jahren, zur Zeit der Annexion Bosniens, sprach auch aus den führenden Männern des Landes Todfeindschaft gegen die Donaumonarchie. Stefan Protić, kurz darauf Minister, sagte am 3. Januar 1909 in der Nationalversammlung: „Zwischen uns und Österreich-Ungarn, zwischen den Balkanstaaten und der Monarchie kann es nur dann einen Frieden und gute Nachbarschaft geben, wenn Österreich-Ungarn darauf verzichtet, eine Großmacht zu sein, wenn es sich entschließt, die Rolle einer östlichen Schweiz anzunehmen[2]."

Noch offener sprach der serbische Gesandte in London Mijatović in seinem 1908 erschienenen Werke „Serbia and the Serbians" von den Zielen der maßgebenden Parteien seines Landes. „In der äußeren Politik rühmen sich alle drei Parteien, daß sie für die Verwirklichung des Nationalprogrammes wirken, nämlich für die Befreiung aller serbischen Provinzen von fremden Regierungen — Türkei, Österreich — und ihre Vereinigung in ein unabhängiges Königreich oder in eine Republik." Die Offenheit, mit der diese Ziele, zu denen Serbien nur durch Ströme von Blut der europäischen Menschheit gelangen konnte, vor aller Welt aufgestellt wurden, war geboten, weil es galt, die Volksgenossen in Bosnien, Kroatien, Südungarn zu Hilfe zu rufen und den russischen Panslawisten immer aufs neue Bürgschaften für Serbiens Treue zu den gleichen Idealen zu bieten[3]. In der Klarheit eines gefaßten Vorsatzes, in der an seine Erfüllung gesetzten Leidenschaft liegt auch für die Außenwelt etwas Zwingendes; der selbstgewisse Glaube ist eine Kraft, auch abgesehen von den zu Gebote stehenden eigenen Machtmitteln. Diese waren gering, um so größer die Hilfe, die sich seit 1907 in dem Dreiverband der europäischen Randnationen bot. Rußland war zwar militärisch geschwächt, aber seine Bundesgenossen verfügten über Geld und Waffen. Mit diesem Zeitpunkte hebt die offene Arbeit für ein Großserbien der Zukunft eigentlich an; genau zu dieser Frist schloß Eduard VII. auch seinen diplomatischen Feldzug

[1]) L. Mandl, „Österreich-Ungarn und Serbien", S. 19.

[2]) Nach Südland-Pilar, S. 578.

[3]) Die oben angeführten Daten, die großserbische Bewegung betreffend, mußten Seton-Watson bekannt sein, als er sein Werk, „Die südslawische Frage im Habsburger Reiche" 1911 in englischer, 1913 in deutscher Sprache veröffentlichte; sie sind aber darin mit Stillschweigen übergangen, da er glaubhaft machen will, daß Serbien sich der Donaumonarchie gegenüber einwandfrei benommen, die österreichisch-ungarische Regierung dagegen an der Verbitterung des Verhältnisses alle Schuld getragen habe.

gegen die Belgrader Königsmörder. Die auf die Einkreisung der Mittelmächte zielende Politik Englands machte den Anschluß Serbiens wünschenswert [1]).

Die Leidenschaft, mit der alle Parteien Serbiens sich einem weitausschauenden Gedanken widmeten, übte auch auf die Kroaten und die Bosnier ihre Wirkung. Wehrte sich Österreich-Ungarn, was sein Recht und seine Pflicht war, gegen die großserbischen Anschläge, so wurde es vor Europa angeklagt, es unterdrücke das kleine Nachbarvolk und stehe damit im Dienste des vom Drange nach dem Osten beseelten Germanentums. Diese Schmerzensschreie über die von Wien aus drohende Gewalt, diese zeitweiligen Versicherungen der Harmlosigkeit der Belgrader Regierung verwandelten sich aber seit dem Weltkriege in Töne des Triumphes, daß es den Serben gelungen sei, den ihrer Freiheit und Einigung geltenden Weltkrieg zu entfesseln. So nahm der serbische Konsul in Odessa, Marko Zernović, für die Seinigen den Ruhm in Anspruch, den Weltkrieg entzündet zu haben, was in seiner 1915 mit Erlaubnis der russischen Zensur erschienenen Schrift zu lesen ist: „Vom Jahre 1908 bis 1914 hat der hilflose, kleine slawische Staat es gewagt, an dem schwerbewaffneten europäischen Frieden zu rütteln. Die Südslawen hörten nicht auf, den Ungarn und den Deutschen zuzurufen: ‚Wir fürchten uns nicht vor euch, denn hinter uns steht Serbien, hinter Serbien Rußland und seine Freunde!‘ Die Südslawen haben das kleine Serbien in den Krieg mit Österreich-Ungarn gezwungen, indem sie den Vorfall in Sarajewo herbeiführten. Die Schüsse in Sarajewo setzten die ganze Welt in Brand [2]).“ Die Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand haben, wie sie selbst eingestanden, ihre Tat in der Absicht vollbracht, ihr Volk und weiter auch Europa zum Kampfe für die Einigung des serbischen Volkes aufzurufen, und sie erreichten auch über Verbrechen und Kriegsgreuel ihren Zweck.

---

[1]) Th. v. Sosnosky, „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866“, II. Band, S. 157ff.

[2]) So in der russisch geschriebenen Kampfschrift: „Der Friede und die internationale Gleichberechtigung“, Odessa 1915.

*

Zollkrieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien

Die Schuld der österreichisch-ungarischen Regierung besteht nicht darin, daß sie den Anschlägen Serbiens auf ihr Gebiet nach Kräften entgegentrat und es 1914 für den Mord an Erzherzog Franz Ferdinand zur Verantwortung zog, sondern in der fehlerhaften Behandlung der eigenen Südslawen wie in den Mißgriffen ihrer Handelspolitik.

Die Feindseligkeiten begannen damit, daß die Radikalen, sobald Serbien in Folge der Heirat des Königs Alexander den Rückhalt an Rußland besaß, die österreichische Industrie vollständig von allen Staatslieferungen ausschlossen. Das war für die Donaumonarchie ebenso demütigend wie wirtschaftlich nachteilig. Unmittelbar nach der Thronbesteigung Peters folgte ein zweiter Schlag: Serbien schloß 1904 mit Bulgarien einen Vertrag zur Vorbereitung einer Zollunion der zwei Länder, deren Zustandekommen die handelspolitische Absperrung Österreich-Ungarns von der Balkanhalbinsel zur Folge gehabt hätte. Der Einspruch der Donaumonarchie war in der Rechtslage begründet, da sie einen Handelsvertrag mit Bulgarien besaß, nach dem ihr die Meistbegünstigung eingeräumt war. Sie trat so entschieden auf, daß das bulgarisch-serbische Handelsabkommen gelöst werden mußte. In diesem Falle konnte jeder der Teile behaupten, daß er so handelte, wie ihm die Rücksicht auf die Volkswirtschaft seines Landes vorschrieb, ohne daß ihm die Absicht der Schädigung des anderen Staates nachgewiesen werden konnte.

Anders stand es mit der seit 1906 von Österreich-Ungarn befolgten Zollpolitik. Bis dahin waren die Handelsverbindungen zwischen dem Donaureiche und Serbien sehr rege. Von der Gesamtausfuhr Serbiens gingen 90 vom Hundert nach Österreich-Ungarn, und das Königreich bezog 60 Prozent aller seiner Einfuhren aus dem nördlichen Nachbarreiche. Serbien setzte Rinder, Schweine und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse ab und empfing dafür Industrieprodukte. Der Austausch war für beide Teile gewinnreich. Die Klugheit hätte es Österreich-Ungarn gebieten sollen, die Verbindungen immer enger zu knüpfen, womöglich die Zollunion mit Serbien anzubahnen. Dazu hatte

schon Andrássy die Anregung gegeben, aber der Plan war von Ristić durchkreuzt worden, der sein Land nicht in den Bannkreis Mitteleuropas ziehen lassen wollte. Am Anfang des 20. Jahrhunderts wurde in Österreich-Ungarn der Einfluß der großen Grundbesitzer, zumal der ungarischen, immer mächtiger, die, um die Fleischpreise hochzuhalten, den Ausschluß serbischen Viehs von der Einfuhr verlangten. Sie setzten durch, daß der frühere am 1. März 1906 ablaufende Handelsvertrag nicht mehr erneuert wurde. Unter dem Vorgeben, es müsse das Einschleppen der Viehseuche verhindert werden, wurde die Einfuhr serbischer Rinder und Schweine vollständig verboten; daß dies bloß ein Vorwand war, ging daraus hervor, daß auch das Fleisch geschlachteter Tiere nicht über die Grenze gelassen wurde. Serbien antwortete mit Sperrmaßregeln gegen die österreichische Industrie. Diese litt unter dem Handelskriege ebensosehr wie die serbische Landwirtschaft, wie aus den Ziffern des Zwischenverkehrs hervorgeht. Der österreichische Import sank 1909 auf 24,4 der Gesamteinfuhr Serbiens, der serbische Export im Jahre 1907 auf 16 Prozent seiner früheren Ausfuhr. Die österreichische Industrie wurde von der deutschen, französischen, englischen und italienischen fast ganz verdrängt, bis 1911 eine Art Waffenstillstand im Zollkriege erfolgte[1]). Den Gewinn hatten die Viehmäster Österreich-Ungarns, die der städtischen Bevölkerung das Fleisch teuerer lieferten. Die anfängliche Befürchtung Serbiens, sein Viehstand werde unheilbaren Schaden nehmen, bewahrheitete sich nicht, da französische Kapitalisten dem Lande das Geld zum Baue eines großartigen Schlachthauses in Belgrad vorstreckten, in welchem das Fleisch zur Massenausfuhr hergerichtet wurde, die zum guten Teile über Saloniki ging. Während der Zeit des Übergangs empfand der serbische Bauer jedoch die Unterbindung seines Absatzes schwer und grollte darob Österreich-Ungarn. Die tiefe Abneigung gegen die Nachbarmonarchie drang von der national-gesinnten Ober- und Intelligenzschicht bis in die Volkskreise, die der Politik sonst kühl gegenüberstanden. Es ist zwar unrichtig, die wirtschaftliche Gegnerschaft als die Ursache des späteren kriegerischen Zusammenstoßes hinzustellen. Das Ursprüngliche, auch der Zeit nach Frühere, war das Streben nach Ausdehnung Serbiens, war das Vorwalten der großserbischen Idee. Der

[1]) Über diese Verhältnisse unterrichtet übersichtlich der Aufsatz des früheren österreichischen Handelsministers Josef Bärnreither: „Unsere Handelsbeziehungen zu Serbien" in der „Österreichischen Rundschau". vom 1. und 15. Oktober 1911.

Gegensatz wurde jedoch durch den Zollkrieg verschärft; der 1911 erfolgende handelspolitische Ausgleich änderte nichts an dem unversöhnlichen Hasse gegen die Donaumonarchie.

*

Verhältnis der Kroaten zu den Serben

Serbokroaten gab es im Jahre 1911 im ganzen 9 200 000, zu denen sich auch die 1 400 000 Slowenen zählten, obwohl diese eine eigene Schriftsprache besitzen[1]). Zu den Serbokroaten allein zählte man die 2600000 Bewohner Serbiens und die 300000 Montenegriner, dann die 400000 Seelen in der Türkei, während Österreich-Ungarn nicht weniger als 5 900 000 Angehörige dieses Volkes in sich schloß. Der Kaiser von Österreich und König von Ungarn hatte bis zum Balkankriege von 1913 mehr südslawische Untertanen als Serbien und Bulgarien zusammengenommen. Die Angehörigen des Volkes lebten in fünf Staatsgebieten (Österreich, Ungarn, Bosnien, Serbien und Montenegro), eine Zersplitterung, die unter ihnen tiefes Mißbehagen hervorrief.

In der habsburgischen Monarchie teilten sich die Serbokroaten in 3 150 000 katholische Kroaten, 2 100 000 orthodoxe Serben und in die 650000 Mohammedaner Bosniens, welch letztere von dem einen wie dem anderen Volksstamme für sich in Anspruch genommen wurden. Infolge dieser Scheidung beherrschte das Verhältnis zwischen Kroaten und Serben die politische und geistige Entwicklung der Südslawen. So wird es wohl auch in Zukunft bleiben; schon in dem Namen „der Staat der Serben, Kroaten und Slowenen", den sich das neugebildete Gemeinwesen 1918 gab, liegt die Anerkennung der Tatsache, daß nicht bloß die Slowenen, sondern auch die Kroaten sich wesentlich von den Serben unterscheiden.

Wie bei den verwickelten Umständen begreiflich, haben die Stimmungen unter den Stammesgenossen vielfach gewechselt. In früherer Zeit, als noch vorwiegend das religiöse Bekenntnis das Seelenleben

[1]) Die Ziffern nach Seton-Watson l. c. S. 1.

der Menschen bestimmte, unterlag es keinem Zweifel, daß die Kroaten als Katholiken und die Serben als Orthodoxe zwei verschiedene Völker seien. Sie waren es auch wirklich, wie aus ihrer ganzen Geschichte hervorgeht; die Kroaten gehörten der abendländischen, die Serben der byzantinisch-türkischen Welt an. Daher die Verschiedenheit ihrer Schrift, die bei den einen die lateinische, bei den anderen die cyrillische ist. Die Kroaten verwendeten für ihre spärlichen literarischen Erzeugnisse die um Agram gesprochene Mundart, welche die Kaj-Sprache (Kajkavstina) heißt, weil der Ausdruck für „was" darin „kaj" lautet. Dagegen bedienten sich die Serben für solche Zwecke des Kirchenslawischen, also der von den Slawenaposteln Cyrill und Methud im 9. Jahrhundert geformten Sprache, in welche sie die Bibel übersetzten. Infolgedessen war die Literatursprache der Serben die gleiche wie die der Russen, die für schriftliche Mitteilungen erst im 18. Jahrhundert vom Kirchenslawischen zu ihrer Volkssprache übergingen. Daher auch die enge Beziehung der orthodoxen Südslawen zu Rußland, woher sie ihre religiösen Druckwerke, Bibeln und Gebetbücher, bezogen.

Die Kluft zwischen Serben und Kroaten wurde dadurch überbrückt, daß der Erneuerer des serbischen Schrifttums, Vuk Karadžić (1787 bis 1864) es wagte, statt des unverständlichen, veralteten Kirchenslawischen die lebendige und volltönende Volkssprache nicht bloß in seinen Büchern, sondern auch in seiner Bibelübersetzung zu gebrauchen. Ihm, dem hochverdienten Sammler der schönen serbischen Volkslieder, lag es nahe, hierzu den in der Herzegowina herrschenden Dialekt zu wählen, wo der Born des Volksliedes am reinsten und reichsten quoll. Darob Entrüstung in der Geistlichkeit und in den konservativen Kreisen, die in dem Abweichen vom Kirchenslawischen eine Ketzerei sahen; indessen drang Karadžić nach langem Kampfe durch und erlebte, von seinem Volke als Bahnbrecher gefeiert, noch den Sieg.

Etwas später erhoben sich die Kroaten aus ihrem geistigen Pflanzendasein zu bewußtem Nationalgefühl. Ljudewit Gaj (1809 bis 1872) war der Führer, der von einem anderen Ausgangspunkte zu demselben Ziele wie Karadžić gelangte. Bei den Kroaten mußte nicht erst die Volkssprache zu ihrem Rechte kommen, wohl aber hatten er und seine Genossen sich zu entscheiden, ob sie beim Agramer Dialekt bleiben oder sich mit den Serben vereinigen wollten. Sie wählten das letztere in der Art, daß sie sich die Dichterschule zum Vorbild nahmen, die im 16. und 17. Jahrhunderte in Ragusa geblüht hatte. Damals entfaltete sich

in der tapferen, sich selbst regierenden Handelsrepublik unter Anlehnung an die italienische Renaissance ein achtungswertes literarisches Leben. In dieser Sprache schrieb Gaj seine Zeitung, dichteten Mažuranić und Preradović ihre begeistert aufgenommenen Gesänge. Dieser sprachliche Ausdruck deckte sich mit den von Karadžić für die Serben erkorenen, und damit fing das Ineinanderwachsen der zwei Stämme an. Denn nun besaßen sie dieselbe Schriftsprache, in der das deutsche Wort „was" „sto" lautet, weshalb die darin übereinstimmenden Dialekte die der Stokawština genannt wurden. Die Stosprache überwand also bei den Kroaten die Kajsprache, während die Slowenen diese letztere ausbildeten und sich ihrer für ihr Schrifttum bedienten. Dieser Entschluß der Slowenen war deshalb sachgemäß, weil sie eine Literatursprache ablehnten, die ihr Landvolk fremd angemutet hätte.

Nun hatten sich Serben und Kroaten zwar genähert, indessen machte sich von vornherein ein neuer bedeutsamer Unterschied zwischen ihnen bemerkbar. Die ersteren traten sofort imperialistisch auf und ließen bloß ihr Volkstum gelten; die Kroaten sollten, ob sie wollten oder nicht, darin aufgehen. Schon Karadžić äußerte sich folgendermaßen: „Den Serben römischen Glaubens ist es schwer, sich Serben zu nennen, aber sie werden sich allmählich daran gewöhnen, denn wenn sie nicht Serben sein wollen, so haben sie dann überhaupt keinen nationalen Namen [1])." Er sprach also den Kroaten sogar ihren Volksnamen ab. Der Kroate Gaj dagegen suchte nach einer die beiden Stämme umfassenden Einheit und wählte für sie den gemeinschaftlichen Namen Illyrier, weil man damals glaubte, von diesem, von den Römern nach harten Kämpfen unterworfenen Volke, stammten sowohl Serben wie Kroaten ab. Erst später vertauschten die Männer der kroatischen Bewegung den volksfremden Namen Illyrier mit dem der Serbokroaten und unter dieser Flagge zogen Kroaten und Serben 1848 in den Kampf gegen die Magyaren.

Die selbstbewußten Serben hatten eine Stütze an ihrer nationalen Kirche und verfolgten von Anfang an eine bestimmte Richtung, während die Kroaten über den einzuschlagenden Weg uneinig waren. Es ist uns bereits bekannt, wie weit die Ansichten Stroßmayers und Starčević auseinander gingen. Der Bischof von Diakovar trat in die Fußtapfen der Illyrier, zog aber für die Seinigen den Namen Süd-

[1]) So nach L. v. Südland, „Die südslawische Frage und der Weltkrieg", S. 360, vgl. auch S. 547.

slawen jedem anderen vor, da er in seinem weitausgreifenden Streben neben Kroaten und Serben auch die Bulgaren in die kirchliche und nationale Einigung einbeziehen wollte. Allen drei Völkern widmete er die von ihm in Agram gegründete südslawische Akademie als geistige Heimstätte. Dem trat Anton Starčević entgegen, dessen Inneres sich gegen den Gedanken aufbäumte, sein geliebtes kroatisches Volk könnte sich aufgeben und im südslawischen oder gar im serbischen Strom untertauchen. Er kämpfte dagegen mit einer bis zur Wildheit gesteigerten Leidenschaft, und da er alle Volkstriebe wahllos zum Kampfe aufrief, fand er einen ihm bis zum äußersten folgenden Anhang. Dieser Zwiespalt unter den Kroaten war ihre Schwäche. Unterdessen drangen die Serben mit einer durch nichts beirrten Siegeszuversicht vor und überflügelten selbst in Kroatien ihre Stammesverwandten durch ihre Rührigkeit auch im wirtschaftlichen Leben. Wenn es zweckmäßig schien, steckten sie wohl auch Leimruten aus, sonst aber gossen sie über das Brudervolk ihren Spott aus. So schrieb der Führer der bosnischen Serben, Nikola Stojanović, folgendes: „Die Kroaten sind weder ein Stamm, noch ein Volk. Sie befinden sich im Übergangsstadium vom Stamm in eine Nation, aber ohne Hoffnung, jemals eine Nation zu werden. Ihr Herumirren im 19. Jahrhundert vom Gajischen Illyrismus zu Stroßmayers Südslawentum und Starčević' Kroatentum beweist dies am besten [1].“ Die anmaßenden Aufsätze desselben Schriftstellers waren der Anstoß, daß 1903 in Agram Zusammenrottungen und Gewalttaten gegen die Serben stattfanden, eine Wiederholung früherer Ausschreitungen. Noch 1917 brach einer der geistig höchststehenden Kroaten in die Klage aus: „Der Kern der südslawischen Frage ist, daß das Serbentum sich zu einer scharf imperialistischen, ebenso konfessionellen als nationalpolitischen Bestrebung entwickelt hat, welche alle übrigen südslawischen Völker unterjochen, aufsaugen und auf den Trümmern umgebender Staaten seine eigene Größe aufrichten will [2].“ So schwankten die Gefühle unter den Südslawen zwischen Liebe und Haß.

[1] Südland-Pilar, S. 627.

[2] Südland-Pilar, S. 401. Pilar gehört zu den kroatischen Politikern, welche die südslawische Frage im Rahmen des Habsburgerreiches lösen wollten; er stand auf dem Boden der Rechtspartei. Er war von tiefer Abneigung gegen die großserbischen Bestrebungen erfüllt. Nach seiner Ansicht sind die serbische Kirche und das serbische Volk die Erben und Verwahrer der byzantinischen Kirchen- und Staatstraditionen. Das Bindeglied zwischen der

Die serbisch-kroatische Koalition und ihre Gegner

Indessen blaßten diese Gegensätze gegen Ende des 19. Jahrhunderts ab. Denn mit steigender Bildung trat der konfessionelle Unterschied zwischen Kroaten und Serben zurück, es stärkte sich das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit. Die Zeit arbeitete für die Ideen Karadžić, Gajs, Stroßmayers. Je härter das ungarische Regiment Khuens auf Kroatien lastete, desto mehr Anknüpfungspunkte fanden sich zwischen den bedrängten Kroaten und den Serben des Landes; letztere erstarkten innerlich so, daß sie nicht mehr der Hilfe der ungarischen Regierung bedurften, sondern sich unabhängig von ihr zusammen taten. Dazu kam ein Zwischenfall. Im Jahre 1895 wurde eine Anzahl Studenten von der Agramer Universität verwiesen, weil sie öffentlich eine ungarische Fahne verbrannt hatten; sie zogen nach Prag und scharten sich um Masaryk, der auf sie im Sinne der Vereinigung der Serben und der Kroaten einwirkte.

Diese Entwicklung wurde durch den fortschreitenden Niedergang der österreichisch-ungarischen Monarchie beschleunigt. Immer brannte den Südslawen der Undank Österreichs nach 1848 auf der Seele. Das Gefühl erlittenen Unrechtes verstärkte sich unter dem Banus Khuen-Hedervàry. Unmöglich, so sagten sie sich, könnten die Magyaren solches wagen, wenn nicht die Hofburg auf ihrer Seite stünde; wo aber die treibende Kraft und wo das Werkzeug zu suchen sei, lasse sich schwer unterscheiden. Übrigens hätten die Südslawen den Magyaren nichts zuliebe getan, diese seien also auch nicht wie die Hofburg zu Danke verpflichtet. Zudem fand Ungarn infolge der ihm innewohnenden Kraft Nachahmer, selbst Bewunderer, während das sinkende Österreich kaum Mitleid erweckte. Als zu allem Ungemach noch der Streit um die Armee ausbrach, zündete in einem Teile der Kroaten der Gedanke,

alten und der neuen Zeit sei das orthodoxe Patriarchat von Ipek in Altserbien gewesen, das, von der türkischen Regierung 1557 errichtet, den Nordwesten des osmanischen Reiches einschließlich derjenigen Teile Ungarns umfaßte, die damals unter türkischer Herrschaft standen. Dieses einheitliche, von den Türken gestützte Kirchentum flößte den Serben das Machtgefühl ein, das den Kroaten verderblich geworden sei. Pilars Buch ist eine Fundgrube von Tatsachen, in deren Vorführung er sorgfältig zu Werke geht.

es ließe sich ein Bund mit der ungarischen Opposition gegen das Haus Habsburg schließen, um dem Lande die staatliche Unabhängigkeit zu erringen. Dazwischen trat in Kroatien ein Regierungswechsel ein, da Khuen-Hedervàry 1903 das Amt des Banus niederlegte, um ungarischer Ministerpräsident zu werden. Er benützte gerne die Gelegenheit, um den heißen Boden Agrams zu verlassen; Graf Theodor Pejacević, ein kroatischer Großgrundbesitzer, wurde sein Nachfolger. In Agram freute man sich über die Fortschritte der Kossuthisten, dieser Erlöser von der Khuenschen Bedrängnis. In dieser Stimmung beschloß eine Gruppe des kroatischen Landtages, sich der magyarischen Opposition an den Hals zu werfen, um gemeinsam mit ihr einen frischen, fröhlichen Krieg gegen Habsburg und Österreich zu beginnen. Die so vorgingen, hätten sich sagen sollen, daß die Kossuthpartei, deren Nationalgefühl stürmischer war, als das eines Tisza und Khuen, um so weniger geneigt sein werde, Kroatien freizugeben und außerdem noch durch Dalmatien zu vergrößern. Dieser nüchterne Einwand machte jedoch auf die neuesten Ungarnschwärmer keinen Eindruck. Die Kossuthpartei, in einen schweren Kampf mit der Krone verwickelt, ließ sich die frischen Hilfstruppen gerne gefallen und ging zum Schein auf das Bündnis ein. Sie beteuerte, die Kroaten hätten nur unter dem Drucke der ungarischen Regierungspartei, nur durch Tisza, Vater und Sohn, und deren Genossen gelitten, während die freiheitsliebende Gefolgschaft Kossuths den Südslawen Gerechtigkeit widerfahren lassen werde. Was Dalmatien betrifft, so wurde es als Lockspeise an langem Stiel hingehalten, wenn man es nur einmal von Österreich losgelöst hatte. Die kroatischen Ungarnfreunde jubelten mit den Kossuthisten, als die von Stefan Tisza geführte Reichstagsmehrheit im Januar 1905 bei den Wahlen unterlag.

Das Siegel wurde auf das Bündnis in einer Versammlung kroatischer Abgeordneter gesetzt, die sich aus dem dreieinigen Königreich (Kroatien, Slawonien und Dalmatien) in Fiume zusammenfanden; die Fiumaner Resolution vom 3. Oktober 1905 bildet einen Einschnitt in der politischen Entwicklung der Südslawen. Das Schriftstück beginnt mit einem Lobgesang auf Ungarn und dessen Streben nach vollständiger Selbständigkeit; es sei Pflicht der kroatischen Abgeordneten, an der Seite der ungarischen Nation für die Befreiung von Österreich zu kämpfen. Dann werden alle die konstitutionellen Rechte und Freiheiten aufgezählt, die Kroatien auf diesem Wege zu erringen hoffte.

Ähnlich, nur noch feindseliger gegen Österreich, lautete der Beschluß von 26 serbischen Abgeordneten, die zwei Wochen darnach in Zara tagten. Dann traten Kroaten und Serben am 14. November 1905 gemeinsam zusammen und gaben die Erklärung ab, sie seien ein Volk, das mit dem einen oder dem anderen Namen bezeichnet werden könne[1]).

Führer der Bewegung waren Franz Supilo, Herausgeber des „Novi List“ in Fiume, und Trumbić, ehedem Bürgermeister von Spalato in Dalmatien. Diese zwei Männer haben ihre Österreich-Ungarn feindliche Wirksamkeit damit gekrönt, daß sie zu Beginn des Weltkrieges ins Ausland flüchteten, um in Paris und London auf den Untergang der Monarchie hinzuarbeiten; ihre Unterschriften stehen unter den Aufrufen zu ihrer Zertrümmerung, wie zur Desertion der serbokroatischen Truppen.

Nicht alle ihre Genossen handelten gleich folgerichtig. Manche von ihnen waren anfangs nicht gerade zum Abfall bereit; mancher glaubte mit der Fiumaner Resolution nur einen Schreckschuß abzufeuern, um die Lenker der Monarchie zur Umkehr zu bestimmen; andere hielten sich noch die Wege sowohl nach Wien wie nach Belgrad offen. Daß die Bewegung zuletzt zum Verrat an Österreich führen müsse, konnte nur beschränkten Köpfen oder halbschlächtigen politischen Menschenkindern entgehen.

Das Bündnis einer ansehnlichen Gruppe von Südslawen mit der ungarischen Unabhängigkeitspartei war für Österreich so schlimm wie eine verlorene Schlacht. Das Verhängnis schritt weiter, da Kossuth im Verlaufe des Kampfes sogar mit Serbien anknüpfte und in einem

[1]) Alle diese Beschlüsse finden sich übersetzt bei Südland-Pilar, S. 647—652. Er macht darauf aufmerksam, daß die von Seton-Watson, S. 514—519, gebrachte Übersetzung ungenau ist. Stellenweise gehe darin der eigentliche Sinn verloren, auch seien die der Monarchie feindlichen Stellen ausgelassen und abgeschwächt. Eben deshalb fehle in der Übersetzung Seton-Watsons der dritte Absatz der Fiumaner Resolution. (Andere Richtigstellungen zu dessen Buche bringt Südland-Pilar, S. 459, 568—572, 588, 638, 661, 666, wobei er die guten Seiten des Werkes rückhaltslos anerkennt.) Seton-Watson schreibt mit der Absicht, zu beweisen, daß die Partei der Fiumaner Resolution gegenüber Österreich-Ungarn völlig loyal war und von dessen Regierung ungerecht verfolgt wurde. Seine Darstellung ist etwa bis 1900 unbefangen und bringt trotz manchen Irrtümern vielfache Belehrung. Dagegen ist das Werk von der Fiumaner Resolution an, also in der größeren Hälfte, eine Parteischrift und wegen des Verschweigens oder Umbiegens wichtiger Tatsachen nicht als Geschichtsquelle zu gebrauchen.

nach Belgrad gerichteten Telegramm zum gemeinsamen Vorgehen gegen Wien aufforderte. Eine Schar von Männern der Unabhängigkeitspartei zog nach der Hauptstadt Serbiens zur Verbrüderung mit den lauernden Nachbarn; bei einem daselbst abgehaltenen Feste wurden ein ungarischer und ein serbischer Säbel zusammengebunden und Eidschwüre gegen Österreich getauscht. Daß die Magyaren damit Selbstmordpolitik trieben, ward ihnen von Österreich aus vorgehalten — ohne sichtbaren Erfolg.

In den Honigmonden des Ministeriums Wekerle-Kossuth, also selbst nach der Versöhnung der ungarischen Opposition mit der Krone, hielt die magyarisch-kroatische Freundschaft noch stand. Die Wahlen in den kroatischen Landtag vollzogen sich zum erstenmal seit zwei Jahrzehnten ohne einen auf das Volk geübten Druck, auch die Partei der Fiumaner Resolution hatte vollkommen freie Hand. Sie erhielt die relativ größte Stimmenzahl, ohne jedoch die absolute Mehrheit im Landtage zu erlangen. Sie organisierte sich darauf als serbisch-kroatische Koalition, welche zur kleineren Hälfte aus Serben, zur größeren aus Kroaten bestand.

An der Spitze der serbischen Unabhängigkeitspartei stand Svetozar Pribičević, der mit seinem Bruder Adam in Agram den „Srbobran“ herausgab; Führer des Gesamtverbandes war der Kroate Franz Supilo.

Indessen standen die Dinge lange nicht so, daß die breiten Schichten des kroatischen Volkes sich von Kaiser und Reich abzuwenden Lust gehabt hätten. Die serbische Unabhängigkeitspartei zwar deckte kaum noch einen Schleier über ihre Ziele; die Kroaten unter Supilo dagegen leugneten jede gegen den Bestand der Monarchie gerichtete Absicht und beschwerten sich über die Verleumdungen, denen sie ausgesetzt seien. Ein Drittel Kroatiens hatte zur aufgelösten Militärgrenze gehört, das ganze Land war noch erfüllt von den Erinnerungen an den Dienst unter den österreichischen Fahnen; unter den Generälen und Offizieren der kaiserlichen Armee war die Zahl von Söhnen des streitbaren Volkes bis 1918 unverhältnismäßig groß. Als die serbisch-kroatische Koalition in Fiume den Kampf gegen Österreich zum Beschluß erhob, ertönte im Lande auch nachdrücklicher Widerspruch. Am lautesten in der von Anton Starčević gegründeten Partei, die sich nach seinem Tode gewandelt hatte. Seine Anhänger erkannten mit der Zeit immer mehr, es sei unzweckmäßig, den Kampf an allen Fronten

und gegen jeden möglichen Feind, gegen Österreich und Ungarn, gleichzeitig auch gegen die Serben zu führen. Wohl blieb die Selbstbehauptung des Kroatentums leitender Grundsatz der Partei, weshalb sie sich ebenso kräftig gegen Ungarn, wie gegen die Serben kehrte, welch letzteren sie auf kroatischem Boden das Recht auf ein nationales Sonderleben absprach. Dagegen lenkte sie an der dritten Front, an der österreichischen, ein, und ihr Führer, Josef Frank, setzte eine Umgießung des Programms der „Reinen Rechtspartei" in dem Sinne durch, daß sie ihr Ziel, die Schaffung Großkroatiens, „im Rahmen der habsburgischen Monarchie" anzustreben erklärte. Frank und die Seinigen meinten es aufrichtig mit dem Anschlusse an die Monarchie; das war auch die in der Bauernschaft und in der katholischen Gesellschaft vorwaltende Gesinnung, woher sich ihr Anhang ergänzte. Seit der Fiumaner Resolution wurde der Kampf der „Reinen Rechtspartei" mit der serbisch-kroatischen Koalition immer heftiger. Unter der Führung Franks knüpfte sich Kroatiens bereits abgerissene Verbindung mit den Wiener Regierungskreisen wieder an; er selbst stand in guten Beziehungen zu Aehrenthal. General Auffenberg, eine Zeitlang Divisionär in Kroatien, war die Mittelsperson[1]), durch welche Erzherzog Franz Ferdinand den habsburgisch Gesinnten im Lande zu wissen tat, von ihm seien für Kroatien bessere Zeiten zu erwarten.

Diese Anweisung auf die Zukunft wurde um so lieber gehört, als ganz unvermittelt von Ungarn her neue Stürme heraufzogen. Während der ersten Session des neugewählten kroatischen Landtags herrschte zwischen dem Ministerium Wekerle-Kossuth und der serbisch-kroatischen Koalition eitel Freundschaft, nur die Rechtspartei störte durch ihre leidenschaftliche Opposition das, wie sich bald zeigte, kurze Vergnügen der neuen Mehrheit. Kaum fühlte sich nämlich das ungarische Ministerium sicher im Sattel, in den es sich mit Hilfe der Serbokroaten geschwungen hatte, so zeigte es seine wahre Natur. Vergessen war die Verbrüderung; Kroatien bekam wie früher die Peitsche zu spüren. Kossuth als Handelsminister legte dem ungarischen Parlament ein Eisenbahnstatut vor, welches für alle Bahnen der Länder der Stefanskrone die magyarische Dienstsprache vorschrieb; das war, soweit Kroatien in Betracht kam, ein Bruch des 1868 mit diesem Königreiche geschlossenen Ausgleiches. Schon vordem wurden Beamte kroatischer

[1]) Vgl. dessen Lebensschilderung „Aus Österreichs Höhe und Niedergang", 1921, S. 109 u. a. O.

Nationalität bei den Eisenbahnen in jeder Weise zurückgesetzt; man verlangte auch von ihnen, sie sollten nur ungarisch miteinander sprechen und ihre Kinder in die für den magyarischen Nachwuchs errichteten Schulen schicken[1]). Einmütig erhob der kroatische Landtag Einspruch gegen das Eisenbahnstatut; die serbisch-kroatische Koalition brach mit der ungarischen Regierung. Das Statut wurde aber im Budapester Reichstag angenommen, so daß die vollständige Magyarisierung der Eisenbahnen nicht aufzuhalten war. Das war auch dem Banus Pejačević zuviel; er legte im Juni 1907 sein Amt nieder. Nach der kurzen Zwischenregierung eines hohen Gerichtsbeamten wurde Baron Paul Rauch (Januar 1908) zum Banus ernannt, um Kroatien wieder zum Gehorsam zurückzuführen. Er löste den Landtag auf, erlitt jedoch, obwohl er aufs schärfste dreinfuhr, eine vollständige Niederlage. Bei den Wahlen (Februar 1908) errang die serbisch-kroatische Koalition 57 von 88 Mandaten, also die absolute Majorität, der „Reinen Rechtspartei" fielen 24 Stimmen zu. Darauf regierte Rauch ohne Landtag und gegen das Gesetz; er scheute kein Mittel, um die Opposition zu Paaren zu treiben. Der Sieg der serbo-kroatischen Vereinigung war darauf zurückzuführen, daß sie den schönen Gedanken der Einigung der zwei Volksstämme auf ihre Fahnen schrieb. Dieses Programm übte jedoch seine Zauberkraft erst jetzt, da Kroaten und Serben gegen Ungarn aufmarschierten. Österreich jedoch gewann nichts aus diesem Frontwechsel, da die Südslawen hinter dem Banus Rauch nicht nur die ungarische Regierung, sondern auch den Kaiser sahen, von dem er eingesetzt war. Der das Land durchtobende Verfassungs- und Parteienkampf war für die Belgrader Regierung ein Labsal, denn endlich, so rechnete sie, werde den Kroaten doch die Anhänglichkeit an das Haus Habsburg ausgetrieben werden.

*

Serbiens Ansprüche auf Bosnien

Bosnien und die Herzegowina, seit 1878 im Besitze Österreich-Ungarns, waren völkerrechtlich noch ein Teil des osmanischen Reiches; die Oberhoheit des Sultans war aber eine bloße Form, auf die er

[1]) Südland, S. 640.

selbst nicht den Wert legte wie Serbien, welches aus dem zwiespältigen internationalen Verhältnisse der Länder die Hoffnung schöpfte, sie von der Donaumonarchie loszureißen. Von 1882 bis 1903 leitete der gemeinsame Finanzminister Benjamin Kallay die Verwaltung der besetzten Provinzen, welche durch die hergestellte Rechtssicherheit, durch Anlage von Eisenbahnen und Straßen, durch Förderung geistiger Interessen schöne Fortschritte machten, wie auch von englischen und französischen Beobachtern anerkannt wurde. Die Bewohner teilten sich in 45 Prozent orthodoxer Serben, 32 Prozent Moslim und 23 Prozent katholischer Kroaten, so daß man vor dem Weltkriege rund 800000, 600000 und 400000 Seelen der drei Bekenntnisse zählte. Kallay regierte das Land absolutistisch, aber gerecht. Er glaubte, alle nationalistischen Bestrebungen niederhalten zu können, die serbischen wie die kroatischen; die Landessprache hieß unter ihm amtlich bosnisch, nicht serbokroatisch, womit gewissermaßen eine Scheidewand gegen die benachbarten Südslawen aufgerichtet werden sollte. Es gehörte, wie wir wissen, zum magyarischen System, die Serben auf Kosten der Kroaten an die Regierung heranzuziehen, und Kallay war nicht frei von dieser Schwäche. Gegen Ende seiner Verwaltung erhob das Serbentum auch in Bosnien das Haupt und strebte den Zusammenschluß mit den Stammesgenossen im Königreiche an. Spät erst erkannte Kallay den Fehler seiner Rechnung, gab auch zu, daß die Ungarn die Kroaten ungerecht zurücksetzten und brach in den Ruf aus: „Das Serbentum ist der Feind!“

Sein Nachfolger, Freiherr von Burian, fand bereits schwierige Verhältnisse vor. Gleichfalls Ungar, hätte er am liebsten mit den Serben regiert. Ihren Beschwerden gegen das patriarchalisch-absolutistische Regiment Rechnung tragend, gewährte die Regierung 1905 der orthodoxen Kirche Bosniens die lang erstrebte Autonomie. Schon aber untergruben die Ereignisse in den Nachbargebieten die österreichisch-ungarische Herrschaft. Das Emporkommen des Hauses Karageorgević wirkte zunächst nicht so verderblich wie der Streit um die gemeinsame Armee und die Fiumaner Resolution. Die bosnischen Serben fanden bei der ungarischen Opposition Schutz, und Burian mußte in Bosnien, um nicht mit seinen Landsleuten zusammenzustoßen, bei mancher Auflehnung und Untreue der Serben ein Auge zudrücken.

Das war der Nährboden, auf den die großserbische Aussaat geworfen wurde, um bald in die Halme zu schießen. Man findet die

Methode und das Endziel dieser Wühlarbeit in dem Buche entwickelt, das Miroslaw Spalajković 1899 am Schlusse seiner Pariser Studienzeit erscheinen ließ[1]). Auch wenn der Verfasser nicht später in Serbien zu höheren Staatsämtern emporgerückt, nicht Sektionschef und Gesandter geworden wäre, so würde seine Arbeit erwähnt werden müssen, da die bosnische Politik Serbiens durch sie bestimmt worden ist. Er setzte darin den Franzosen auseinander, gerade sie müßten an dem Geschicke Anteil nehmen, das Bosnien und der Herzegowina durch die „gewalttätige Politik Bismarcks und Andrássys" bereitet worden wäre. Diese Länder seien zwar zum Teile auch von Moslim und Katholiken bewohnt, aber auch diese seien Serben, es gebe dort nur eine Nationalität; dort sei die serbische Rasse ohne Blutmischung am reinsten erhalten. Einer seiner Kernsätze lautet: „Diese Gebiete wieder zu erwerben, ist für Serbien und Montenegro bei ihren heutigen Grenzen der wahre einzige Daseinsgrund, aber das Hindernis liegt in dem ewigen Widerstreite der zwei Ideen, der eines Großserbien und eines Österreich als Balkanmacht." Somit predigte Spalajković die Vertreibung Österreich-Ungarns aus Bosnien und fährt dann fort: „Wird es jemals ein Großserbien geben oder nicht? Die ganze serbische Frage liegt darin. Ist es Europa möglich, es zu unterdrücken? Niemals, denn es hieße eher das serbische Volk vernichten! Man wisse wohl, dies strebt eben Österreich an..." Der Hebel, um die Donaumonarchie zu beseitigen, liege in dem von Europa gegebenen Mandat zur Besetzung; dieses Mandat sei befristet und könne von Europa zurückgenommen werden. Nun war dies unrichtig, da in der Berliner Kongreßakte von einer Frist nicht die Rede ist; auch hätte der einmütige Beschluß des Kongresses nur wieder mit Zustimmung von Österreich zurückgenommen werden können, was nur durch einen europäischen Krieg zu erreichen war; eben vor diesem Kriege schreckten weder Spalajković noch seine Gesinnungsgenossen zurück. Darauf zielend, setzt er auseinander: Da Österreich-Ungarn seiner Aufgabe, das Land zu beruhigen, nicht nachkomme, sondern dessen Bewohner unterdrücke, so hätten die Großmächte das Recht, es zu zwingen, das Land wieder seinem rechtmäßigen Eigentümer zurückzustellen. Darin liegt die Feinheit der Beweisführung: Spalajković sprach scheinbar dem Großherrn das Wort, während er ihm doch Mazedonien ab-

[1]) La Bosnie et l'Herzégovine, Paris 1899. Vgl. Südland-Pilar, S. 380—392.

nehmen wollte. Übrigens sei Österreich kein lebensfähiger Staat und müsse in seine Teile zerlegt werden, es erinnere politisch an Dantes Hölle. Bald hatte Spalajković Gelegenheit, seine Ideen in die Tat umzusetzen. Ins Belgrader Ministerium des Äußeren aufgenommen, ward er an die Spitze der Kultussektion gesetzt, der Abteilung, die unter ihrem harmlosen Namen die großserbische Propaganda im Auslande zu betreiben hatte. Der Welt gegenüber wurde der Schein aufrechtgehalten, daß die Kultussektion sich mit den religiösen Bedürfnissen der orthodoxen Serben in der Türkei und in Österreich-Ungarn zu beschäftigen hätte; indessen wurden auch die politischen Sendboten und die Zeitungen von dort aus geleitet, die zu Treibereien verwendeten Gelder angewiesen. Spalajković heiratete die Tochter eines der reichsten Bosnier, Jeftanović, und besaß damit auch Familienverbindungen in der Nachbarmonarchie. Im Sommer 1907 hielt er sich durch einige Wochen, angeblich zum Besuche seiner Schwiegereltern, in Bosnien auf und verkehrte mit den Häuptern der großserbischen Partei. Was sonst noch vorging, schilderte ein den Serben freundlich gesinnter Franzose, René Pinon, unmittelbar darauf in folgender Weise: „Diese Propaganda dringt in alle Länder ein, wo man serbisch spricht; in das türkische Altserbien, in den Sandschak von Novibazar, in den ungarischen Banat, in Dalmatien und besonders in Bosnien und in die Herzegowina. Serbische Agenten durchziehen die Gegenden, verbreiten die Idee eines Großserbiens, das alle serbischen Länder in sich schließen solle. Herr Spalajković, der durch seine Familienverbindungen in der ganzen Provinz Beziehungen besitzt, hielt sich unter einem falschen Namen längere Zeit in Bosnien auf[1]."

Eine Wirkung dieser Wühlarbeit war es, daß aus den Gemeinden Bosniens und der Herzegowina Abgeordnete gewählt wurden, die, 71 an der Zahl, zwischen dem 9. und 13. November in Sarajewo zu einer Art Parlament zusammentraten. Ihr Beschluß war der Widerhall des in dem Buche Spalajkovićs gemachten Vorschlages. Er ging auf die Errichtung eines selbständigen bosnisch-herzegowinischen Staates, im Rahmen des türkischen Reiches, während von Österreich-Ungarn überhaupt nicht die Rede war. Die beschlossene Formel war deshalb geschickt, weil durch sie die Moslim angelockt wurden. Darauf geschah

[1]) René Pinon, „L'Europe et la crise balcanique" in der „Revue des deux mondes" vom 15. Dezember 1908, S. 668. Vgl. auch Th. v. Sosnosky, „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns", II, S. 181—193, Stuttgart 1914.

etwas Wunderbares: als die Abgeordneten der bosnischen Opposition in Budapest vorsprachen, wurden sie von der Kossuth-Partei, also von Mitgliedern der damaligen Regierungsmehrheit, mit offenen Armen empfangen, Graf Batthyany stellte die Unterstützung der aufgestellten Forderungen in Aussicht. Ob das nun eine Harlekinade oder Verblendung war: die Torheit konnte nicht weiter getrieben werden[1]).

Offenbar nahmen die magyarischen Staatsweisen an, die bloß in einer dünnen Oberschicht des bosnischen Volkes bemerkbare Unruhe habe nicht viel zu bedeuten. Wahr ist, daß die Masse der Bevölkerung die von Österreich-Ungarn dem Lande gebrachte Ordnung und Rechtssicherheit zu schätzen wußte; öffentliche Ruhestörungen kamen bis zum Weltkriege nirgends vor. Auch ermannte man sich endlich in Wien und griff nach der Sarajewoer Tagung kräftig durch. Erzherzog Franz Ferdinand erhob beim Kaiser Klage über das schwache bosnische Regiment. Aehrenthal, seit 1906 Minister des Äußeren, schloß sich ihm an und forderte in einer an Burian gerichteten Note straffere Zügelführung, wobei er die unbegreifliche Begünstigung des serbischen auf Kosten des kroatischen Elementes mißbilligte. Da Aehrenthal in der ungeklärten staatsrechtlichen Stellung Bosniens und der Herzegowina eines der Hilfsmittel der diese Provinzen durchdringenden großserbischen Wühlarbeit sah, bestärkte sich in ihm der Vorsatz, deren Annexion durch Österreich-Ungarn zu erwirken. Die Bosnier sollten wissen, daß die Donaumonarchie sich ihren letzten Landerwerb nicht gutwillig werde entwinden lassen.

---

[1]) In dem Werke Seton-Watsons wird das Buch von Spalajković nicht erwähnt den Angaben Pinons kein Glaube zugemessen. Auch das bosnische Parlament vom November 1907 wie die anderen Zettelungen daselbst sind stillschweigend übergangen. Von Spalajković wird gesagt, er sei Vorstand der „Mazedonischen Sektion" gewesen, eine unrichtige Angabe statt „Kultussektion", wodurch die Annahme wachgerufen wird, er habe sich nur mit Mazedonien beschäftigt. Und doch sind alle diese Dinge ausführlich in dem sogenannten Friedjung-Prozeß zur Sprache gekommen, den Seton-Watson ausführlich, aber unter Weglassung der ihm nicht passenden Tatsachen behandelt. Ablenkend schreibt er Seite 189 der deutschen Ausgabe seines Buches: „Serbien, geschwächt durch die Verschwörungen der Königsmörder und Anti-Königsmörder ... war ganz und gar nicht in der Lage, irgend etwas zu unternehmen, was die Doppelmonarchie ernsthaft hätte bedrohen können. Die Kraft, die die inneren Parteistreitigkeiten noch übrigließen, wurde nicht auf Bosnien, sondern auf Mazedonien und Altserbien verwendet ...; auf wilde und aussichtslose Abenteuer westlich von der Drina konnte es sich nicht einlassen." Mit diesen Sätzen ist die historische Wahrheit auf den Kopf gestellt.

*

Revolutionäre Anschläge und Hochverratsprozesse

Neben den von der serbischen Regierung geförderten Treibereien lief eine direkt revolutionäre Tätigkeit her, die auch mit Bomben und Dynamit hantierte. Wie weit die Minister König Peters in diese Bewegung eingriffen und wie weit sie ihnen unwillkommen war, wird sich wohl nie feststellen lassen; hier sollen bloß die Tatsachen vorgeführt werden.

In Belgrad bildete sich ein aus jungen Leuten, meist Studenten, bestehender Verein, der Slovenski Jug (der slawische Süden), der sich zum Ziele setzte, die von Serben und Kroaten bewohnten Lande zu revolutionieren, um einen aus Republiken bestehenden Bundesstaat aufzurichten. Ob der Slovenski Jug als solcher, oder nur eine radikale Gruppe darin, sich mit solchen Entwürfen beschäftigte, ist weniger wichtig. Das Programm hierfür wurde von Milan Pribičević entworfen, dessen zwei Brüder, wie erzählt wurde, in Agram den „Srbobran“ leiteten und schrieben; Milan selbst, ursprünglich Offizier in der österreichisch-ungarischen Armee, war aus nationalem Eifer ins serbische Heer übergetreten. Die Denkschrift des Oberleutnants Pribičević bezeichnete als Bereich der Tätigkeit der Revolution Serbien, Bosnien, die Herzegowina, Montenegro, Istrien, die slowenischen Länder, Ungarn, Altserbien und Mazedonien, deren serbokroatische Gebiete zu einem „großen südslawischen Republikenbund“ umzugestalten wären. Indessen machte der Verfasser einen Unterschied zwischen Serbien und den übrigen Ländern. Da in dem Königreich, wie er sagte, ohnedies Freiheit und Selbstregierung bestehe, so wären hier nur die Geister für das große Ziel zu gewinnen; wo die Nation dagegen unter Willkürherrschaft leide, sei der Schrecken in jeder Gestalt zu entfesseln. Mord und Zerstörung durch Dynamit werden unbedenklich empfohlen.

Als Milan Pribičević, Oberstleutnant geworden, nach Schluß des Weltkrieges mit serbischen Truppen in das Gebiet der Monarchie einrückte, wurde er von seinen Gesinnungsgenossen im Triumph aufgenommen und das revolutionäre Statut als sein Ruhmestitel gepriesen; die Mordvorbereitungen waren in einem Lande, dessen König

seine Krone einem Blutbade verdankte, seiner militärischen Laufbahn nicht abträglich gewesen[1]). Die Umstände brachten es mit sich, daß der erste vom Slovenski Jug ausgehende Bombenanschlag sich nicht gegen Österreich, sondern gegen den Fürsten Nikolaus von Montenegro richtete. Nikolaus lag nämlich in bitterem Hader mit seinen Untertanen, da er die seinem Lande 1905 verliehene Verfassung schon 1907 wieder aufgehoben hatte. Die heißblütigen politischen Flüchtlinge aus Montenegro, die im Slovenski Jug Unterschlupf fanden, sahen in ihm den Erzfeind und Verräter, da er in seiner Bedrängnis an Österreich-Ungarn eine Stütze suchte. Drei mit Bomben ausgerüstete Männer wurden im Oktober 1907 verhaftet, als sie den Boden des Fürstentums betraten[2]). Sie gestanden, daß sie gekommen seien, die Regierung zu stürzen und statt Nikolaus seinen Sohn Danilo zum Fürsten auszurufen. Über die Herkunft der Bomben befragt, erklärten sie, keine Auskunft geben zu können. Da meldete sich als Kronzeuge ein junger Mensch, namens Georg Naštić, der vor dem Gerichtshofe aussagte, er sei einer der Verschwörer gewesen; die Bomben habe er, auf Grund einer Empfehlung des Kronprinzen Georg von Serbien, im serbischen Staatsarsenal zu Kragujevać erhalten, wo er auch in deren Gebrauch eingeübt worden sei. Eigentlich hätten die Geschosse am 18. August in Sarajewo auffliegen sollen, womit er einverstanden gewesen wäre. Empört darüber, daß man das Unternehmen aufgegeben und den Fürsten von Montenegro zum Opfer erkoren habe, melde er sich jetzt beim Gericht als Zeuge. Für diese Aussage erhielt er vom Fürsten 3000 Kronen, und dieser Umstand wie der andere, daß er schon früher bald Verschwörer, bald Vertrauensmann der bosnischen Polizei gewesen, fordert bei der Bewertung seiner Aussage zur Vorsicht auf. Da jedoch seine Schilderung der Vorgänge im Staatsarsenal zu Kragujevać so ziemlich mit der übereinstimmt, welche die Mörder des Erz-

[1]) Auch Seton-Watson zweifelt nicht an der Echtheit der Denkschrift. Da er aber den Anschlägen auf die Sicherheit Österreich-Ungarns jede Bedeutung abspricht, um die Verfolgungssucht der Wiener Regierung im schlimmsten Lichte erscheinen zu lassen, so nennt er das Revolutionsstatut ein „langatmiges und lächerliches Dokument", den Plan „phantastisch"; kein ernster Politiker habe das Statut ernst genommen. Darin urteilten die Opfer der Bombenattentate, wie die Vertreter des Milan Pribičević, anders.

[2]) L. Mandl, „Österreich-Ungarn und Serbien", Wien 1911, S. 38—41. Südland Pilar, S. 398—400. Über das Verhältns Montenegros zu Rußland vgl. das Neue Wiener Tagblatt vom 22. Februar 1916.

herzogs Franz Ferdinand 1914 vor ihren Richtern ablegten, so wird Nastić in diesem Punkte wohl die Wahrheit gesprochen haben.

Die Besitzer der Bomben wurden in Cetinje zu mehrjähriger Kerkerstrafe verurteilt, der Fürst von Montenegro benützte aber die Gelegenheit, um auch seinen früheren Ministerpräsidenten Radović, den Führer der demokratischen Partei, zu treffen, den er gleichfalls wegen Hochverrats gefangen setzen ließ. Nikolaus hegte keinen Zweifel, daß die Bomben in Serbien gefüllt worden waren. Das bestärkte ihn in seiner Abneigung gegen König Peter, mit dem er ohnedies in Feindschaft lebte, obwohl dieser der Gatte seiner 1890 verstorbenen Tochter Zorka gewesen war. Nicht daß Nikolaus seinen Schwiegersohn oder auch Pašić der Mitschuld an dem geplanten Verbrechen bezichtigte; er grollte jedoch der serbischen Regierung, daß sie das Mordnest des Slovenski Jug in Belgrad duldete. Das durch den Bombenanschlag erregte Aufsehen war so groß, daß die schon wegen der Ermordung König Alexanders übel beleumdeten serbischen Staatslenker sich bewogen fühlten, den Slovenski Jug für einige Zeit zu schließen. Bald aber wurde er wieder eröffnet, gab sich indessen bloß als Leseverein, dem sich auch Universitätsprofessoren anschlossen. Der Klub setzte, wie sich zeigen wird, die Arbeit im großserbischen Sinne fort, ließ sich aber, so scheint es, auf mörderische Mittel nicht mehr ein. Dafür legte sich ein anderer Verein, die Narodna Odbrana (nationale Verteidigung), keinen Zwang auf und beschäftigte sich mit dem Ausrüsten von Banden zum Einfalle in Bosnien und Mazedonien. Die serbische Regierung hielt es für zweckmäßig, die aus dem Staatsarsenal stammenden Bomben nicht selbst abzusenden, sondern durch die Narodna Odbrana übermitteln zu lassen[1]). Die Propaganda der Regierung und die der re-

[1]) Ein Beleg dafür ist ein Bericht des serbischen Gesandten in Cetinje, Jovanović, an den serbischen Minister des Äußern Milovanović vom 3./16. Februar 1909, den die österreichisch-ungarische Regierung im September 1917 aus den beschlagnahmten serbischen Staatsakten veröffentlichte. Infolge der Annexion Bosniens versöhnte sich Fürst Nikolaus mit Serbien und erbat sich zum etwaigen Feldzuge gegen Österreich-Ungarn Sprengstoffe und Bomben. Der serbische Gesandte schreibt in dem erwähnten Brief: „Streng vertraulich. Unter einem ersuchte mich sowohl der Ministerpräsident, als auch der Minister Plamenać im Auftrage des Fürsten, nach Serbien zu schreiben, damit man ihnen auf kürzestem Wege Explosivstoffe, namentlich aber Handbomben, sende. Ich habe immer und so auch gestern dem Herrn Tomanović geantwortet, der Staat verfüge schwerlich über Bomben, möglicherweise besitze aber der Ausschuß der ‚Narodna Odbrana‘ solche und müsse daher die Sache durch diesen gemacht werden. Nun bat er mich wieder, Ihnen zu schreiben, was ich

volutionären Vereine ergänzten sich, um der österreichischen Herrschaft in Bosnien und Kroatien ein Ende zu bereiten. Die das Tageslicht scheuende revolutionäre Agitation wurde mit einem Male wie mit einer Diebslaterne von dem uns bereits bekannten Nastić beleuchtet. Wegen seiner zu Cetinje abgelegten Zeugenaussage im Agramer „Srbobran" heftig angegriffen, beschloß er sich zu rächen. Das geschah in einer im Juli 1908 zu Budapest deutsch erschienenen Schrift „Finale", der er bald eine andere „Wo ist die Wahrheit?" folgen ließ. Beide sind ein unentwirrbares Gewebe von Wahrheit und boshafter Angeberei[1]). Er wollte durch sie die Brüder Pribičević treffen, deren es außer dem serbischen Oberleutnant und den zwei Herausgebern des „Srbobran" noch einen vierten gab, Valerian, einen Theologieprofessor. Zu diesem Behufe veröffentlichte Nastić im „Finale" das oben besprochene revolutionäre Statut, das er im Slovenski Jug erhalten hatte, und bewies durch einen photographischen Abdruck, daß es von der Hand des Milan Pribičević geschrieben war. Das hätte diesem nicht weiter geschadet, da er sich auf serbischem Boden in Sicherheit befand. Nastić behauptete aber außerdem, daß auch dessen Brüder Valerian und Adam an der Verschwörung gegen die Doppelmonarchie beteiligt wären und zu diesem Behufe in Belgrad bei einer Versammlung mitgetan hätten. Damit waren diese zwei des Hochverrats beschuldigt.

Die Veröffentlichung fiel gerade in die Zeit politischer Hochspannung im kroatischen Staatswesen. Der Banus Paul Rauch, zur Niederwerfung der serbisch-kroatischen Opposition berufen, hatte seine Gegner kurz vorher verräterischer Verbindungen mit Belgrad bezichtigt, und diese wieder überhäuften ihn früher wie später mit nicht zu überbietenden Schmähungen. Ebenso heftig tobte der Streit zwischen der serbisch-kroatischen Koalition und der „Reinen Rechtspartei". Wäre dieser Kampf auch nicht mit vergifteten Waffen geführt worden, jedenfalls mußten nach dem Erscheinen der Schrift des Nastić, die, unter Wiedergabe von Dokumenten, bestimmte Anschuldigungen erhob, die kroa-

hiermit tue. Man könne dies im Wege des Ausschusses ‚Narodna Odbrana' tun, aber keineswegs im Amtswege." Die Versicherung, die serbische Kriegsverwaltung verfüge nicht über Sprengstoff, ist stark. Es empfahl sich aber nicht, Bomben aus dem Staatsarsenal nach Cetinje direkt zu übersenden, denn das Fabrikat wäre dem ähnlich gewesen, das die montenegrinischen Gerichte von den 1907 verhandelten Mordprozessen her in Verwahrung hatten.

[1]) Darin ist Seton-Watson vollständig zuzustimmen.

tischen Gerichte einschreiten; es erfolgte also die Verhaftung des Valerian und des Adam Pribičević. Der Banus wollte aber die Gelegenheit zur Vernichtung seiner politischen Gegner benützen, so daß im ganzen 60 Personen eingekerkert und unter die Anklage auf Hochverrat gestellt wurden. Den wenigsten der Beschuldigten konnte etwas Greifbares vorgehalten werden; der Staatsanwalt ging jedoch mit nicht zu überbietender Schärfe vor, und der Präsident des Agramer Gerichtshofes gestattete sich grobe Rechtsverletzungen, so daß sich die öffentliche Meinung auch außerhalb Kroatiens mit Unwillen von dem Schauspiel abwandte. Nastić zwar hielt dem Kreuzverhör der Verteidiger stand und sagte mit solcher Sicherheit aus, daß für seine Aussage gegen die Brüder Pribičević eine gewisse Wahrscheinlichkeit spricht. Indessen war er der einzige und noch dazu verdächtige Kronzeuge, so daß der Ausgang des Prozesses das allgemeine Rechtsgefühl verletzte. Todesurteile wurden zwar nicht verhängt, aber die zwei Pribičević zu zwölfjährigem, 33 andere zu fünf- bis achtjährigem Kerker verurteilt; die übrigen Mitangeklagten gingen nach der langen Untersuchungshaft frei aus (5. Oktober 1909)[1]. Offenbar hatte sich mehr als einer der Beschuldigten in Verbindungen gegen die Sicherheit des Donaureiches eingelassen; aber die Rechtsgrundlagen des Urteils waren schwach, was auch aus der zwei Jahre später erfolgten Begnadigung sämtlicher Verurteilter erhellte. Die Habsburgermonarchie erlitt durch den Prozeß moralischen Schaden, und das war um so schlimmer, als mitten dazwischen die Annexion Bosniens fiel, durch die ganz Europa in Bewegung gesetzt wurde.

*

Besserung der Lage in Österreich-Ungarn

Die Wolken ballten sich am südöstlichen Horizonte des Reiches drohend zusammen; indessen dürfen die Ereignisse des ersten Jahrzehntes nach 1900 nicht in der Art falsch eingeschätzt werden, daß man die riesengroßen Schatten aus dem Weltkriege vorgreifend in sie hinein

[1]) Seton-Watson, S. 207 f., Südland-Pilar, S. 568—572, ergänzen sich wechselseitig.

spielen läßt. Kroatien hatte dritthalb Millionen Einwohner, konnte also die Geschicke des 50 Millionen zählenden Reiches nicht entscheidend bestimmen. Im übrigen Österreich-Ungarn trat nach 1905 sogar teilweise Beruhigung ein. Östlich von der Leitha wurde die Parlamentsmehrheit durch die Drohung mit dem allgemeinen Wahlrecht in Schach gehalten und das aus ihr hervorgegangene Ministerium Wekerle-Kossuth war dem Kaiser gegenüber auch deshalb willfährig, weil es vom Thronfolger Arges befürchtete. Es war doch sehr merkwürdig, daß die Kossuthische Majorität 1907 den Ausgleich mit Österreich für zehn Jahre erneuerte. Das widersprach schnurstracks ihrem Programm, wurde ihr aber durch den augenscheinlichen Vorteil Ungarns aufgedrängt.

Den Wünschen der Magyaren war zwar in den neuen Verträgen betreffs der staatsrechtlichen Formen willfahrt, die Realunion mit Österreich aber nicht angetastet. Die äußere Politik, das stehende Heer, das gemeinsame Zollgebiet, die Notenbank blieben nach wie vor die um die zwei Staaten der Monarchie gelegten Reifen. Diese Erneuerung des Ausgleiches war der letzte dem Reichsgedanken beschiedene Erfolg.

Noch erfrischender war der Eindruck der Wahlreform von 1907, durch welche Österreich zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht überging. In das Verdienst an dem Werke teilten sich die Sozialdemokratie durch ihre stürmischen Weckrufe und Kaiser Franz Josef, der den Widerstand der Aristokratie und des Großbürgertums durch seine Minister brechen ließ. Der greise Herrscher wußte was er tat; er befestigte damit seine ohnedies große Volkstümlichkeit, die ihn bis ans Grab begleitete. Nicht bloß das dynastische, auch das Staatsgefühl hob sich, wenn es auch vornehmlich die Deutschen waren, die sich eng an den Herrscher anschlossen. Seit dem Fallen der Sprachenverordnungen 1899 national nicht mehr gefährdet, fühlten sie sich mit Kaiser Franz Josef in der Verteidigung des Staates, wie des deutschen Bündnisses, einig. Im Ministerium des Freiherrn von Beck (1906 bis 1909) saßen übrigens Vertreter aller größeren Volksstämme, der Deutschen wie der Polen und der Tschechen, so daß die Hoffnung auf das Gelingen des böhmischen Sprachenausgleiches durchs Gewölk schimmerte. Wohl trog diese Erwartung, aber das Aufatmen nach langen Obstruktionsstürmen kam auch der Stellung der Monarchie gegenüber den anderen Großmächten zugute. Will man die Ereignisse jener Tage richtig beurteilen, so darf man sich nicht durch die Erscheinungen beirren lassen, die 1918 eintraten, als die Kraft der Staatslenker

und der Beherrschten durch die mehrjährige Hungersnot wie durch die übrigen Schrecknisse des Krieges zermürbt war. Im Jahre 1908 raffte sich die Regierung noch einmal zu einem großen Entschlusse auf, zur Annexion Bosniens und der Herzegowina. Ließ sich gegen diese Maßregel auch vieles einwenden, so äußerte die Monarchie durch ihre kraftvolle Durchführung jedenfalls wieder ihren bis zum Schlusse des Weltkrieges immer noch starken Willen zum Leben.

XXIV

Die Annexion Bosniens 1908

XXIV. Die Annexion Bosniens 1908

Noch war das Jahr 1908 nicht zu Ende, in dessen Sommer Eduard VII. mit dem Zaren zu Reval gemeinsames Vorgehen auf der Balkanhalbinsel und in Vorderasien verabredet hatte (Band II, S. 154 f.), als dieser Aufmarsch bereits zu einem diplomatischen Zusammenstoße mit Österreich-Ungarn und darauf auch mit Deutschland führte. Von jeher war der Balkan der Turnierplatz der europäischen Diplomatie gewesen, jetzt aber wurde das an sich gefährliche Spiel um so ernster, als es sich angesichts der hochfliegenden Pläne Serbiens nicht bloß um den Bestand der Türkei, sondern auch Österreich-Ungarns handelte. Etwa durch ein Jahrzehnt hatte sich Rußland des Eingreifens auf diesem Stück Erde enthalten, so lange als es die Küsten des Großen Ozeans zu unterwerfen strebte. Diese der Türkei gewährte Schonzeit war zu Ende, als sich das Zarenreich an der von Japan aufgerichteten Schranke wund stieß. Hier zurückgewiesen, suchte es am Bosporus den Ersatz.

Indem aber Rußland die Balkanfrage aufrollte, geriet es mit der Donaumonarchie hart zusammen, die sich so einfach nicht über den Haufen rennen ließ. Von Anfang an hoffte Serbien aus diesem Streite Vorteil zu ziehen, was ihm jedoch erst nach mehreren vergeblichen Anläufen gelang. Seit der ersten Kraftprobe von 1908, die Österreich-Ungarn glücklich überstand, blieb die Balkanhalbinsel ein Herd von Unruhen, auf dem bis zum Weltkrieg die Glut nicht mehr erlosch.

*

Die jungtürkische Revolution

Die Staatslenker Rußlands und Englands hatten, als sie zu Reval über die Türkei verfügten, deren Widerstandskraft unterschätzt. Unmittelbar darauf ereignete sich in Konstantinopel eine Staatsumwälzung, welche die landläufige Vorstellung von der islamischen Welt umstieß. Anfang Juli 1908 holte die türkische Reformpartei zu dem

lange vorbereiteten Schlage aus. Die Offiziere der in Mazedonien und Albanien stehenden Regimenter pflanzten die Fahne der Empörung auf und forderten vom Sultan die Anerkennung der 1876 gewährten, damals kurzlebigen Verfassung. Die ihnen entgegengesandten Truppen gingen zu ihnen über, worauf der Sultan, von Angst für sein Leben ergriffen, vor der Revolution die Segel strich. So wurde die Türkei am 24. Juli 1908 urplötzlich ein Verfassungsstaat.

Die europäische Diplomatie hatte vollständig versagt, denn ihr war der Bestand eines das Reich umspannenden jungtürkischen Bundes entgangen. Auch die deutschen Generäle und Instruktionsoffiziere in der Türkei wußten nicht, was sich in dem von ihnen ausgebildeten Offizierkorps vorbereitete. Ähnlich erging es einige Jahre später den Europäern beim Ausbruche der chinesischen Revolution. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Völker des Orients den Fremden den Einblick in ihr Seelenleben mißtrauisch versagen.

War auch die jungtürkische Erhebung seit langem vorbereitet, so wurde ihr Ausbruch doch durch das russisch-englische Einvernehmen beschleunigt. Denn trotz der Geheimhaltung des zu Reval Verabredeten war es ruchbar geworden, daß die zwei Großmächte der Türkei das Gesetz vorschreiben wollten. Dies zu verhindern war eines der Ziele der jungtürkischen Partei, die dem Sultan Abdul Hamid einerseits Grausamkeit, andererseits Preisgeben der Unabhängigkeit des Reiches vorwarf. Die innere Reform sollte auch der Geltung der Türkei unter den Großmächten zugute kommen, die sich bisher unabläßig Einmischungen gestattet hatten. Tatsächlich gelang es den Führern der Revolution, den verheerenden konfessionellen und nationalen Zwist im Innern für eine kurze Frist beizulegen. Indem sie allen Nationen den Genuß der ersehnten Freiheit zusagten, rissen sie auch die christlichen Völkerschaften mit sich fort. Durch die Täler und Berge Mazedoniens ging es wie Frühlingsahnung. Die Türken verbrüderten sich mit den Bulgaren, Griechen und Serben, deren Banden die Waffen niederlegten und sich auflösten. Die europäischen Kabinette konnten sich diesem starken Eindrucke nicht entziehen und erklärten, Mazedonien bedürfe unter solchen Umständen nicht mehr fremder Vormundschaft, die freigewordene Türkei werde sich selbst zu regieren wissen. Österreich-Ungarn und Rußland riefen also die von ihnen eingesetzten Zivilagenten (Band I, Seite 349) ab und die Verwaltung wurde jungtürkischen Beamten übertragen.

Gleichzeitig verschob sich das Verhältnis der Pforte zu Deutschland wie zu Großbritannien. Bisher stand der deutsche Botschafter an Einfluß voran, während der englische dem Sultan Mißtrauen und Abneigung einflößte. Nun hatte aber Freiherr von Marschall mit den Ministern und Günstlingen Abdul Hamids zusammengearbeitet, diese jedoch befanden sich nach dem Siege der Revolution im Gefängnis oder in der Verbannung. Die Führer der zur Macht gelangten jungtürkischen Partei wieder waren bisher in Paris und London Flüchtlinge gewesen, wo sie sich vielfacher Aufmunterung erfreuten. Nach Stambul zurückgekehrt, gaben sie ihrer Neigung für Großbritannien als dem Musterland parlamentarischer Einrichtungen lebhaften Ausdruck. Auch sprachen sich die englischen und die französischen Zeitungen sofort stürmisch für die türkische Revolution aus, während die deutsche Presse schon deshalb mit ihrem Lobe zurückhielt, weil die Machtstellung Deutschlands im nahen Osten in Frage gestellt war. Der Leiter des englischen Balkankomitees, Buxton, veröffentlichte eine Erklärung, in der er das türkische Volk um Entschuldigung für die Verunglimpfungen bat, die er sich in Büchern und Aufrufen hatte zuschulden kommen lassen. Er reiste nach Konstantinopel, wo der reuige Sünder als neugewonnener Freund gefeiert wurde. Die Volksgunst wendete sich dem britischen Botschafter Lowther zu, dem man es hoch anrechnete, daß er dem Sultan unangenehm gewesen war. Englische und französische Fahnen wurden bei jedem Anlasse geschwenkt und jubelnd begrüßt. An die Spitze des ersten verfassungsmäßigen Ministeriums trat Kiamil Pascha, ein alter Freund Englands. Er war zu wiederholten Malen Großwesir gewesen, aber einmal dem Argwohn Abdul Hamids beinahe zum Opfer gefallen, so daß er nur durch die Flucht auf ein englisches Kriegsschiff die Freiheit, vielleicht das Leben, retten konnte. Er warf sich England in die Arme und folgte in allem dem Rate des britischen Botschafters. Die langjährige Arbeit Marschalls war anscheinend vergeblich gewesen. Auch Österreich-Ungarn wurde durch die Revolution getroffen, da sich unter den Jungtürken Stimmen erhoben, das osmanische Reich werde Bosnien und die Herzegowina auf Grund der ihm zustehenden Souveränität zurückfordern. Das Glück war also den Briten hold: in Ostasien war das gefährlich gewordene Rußland durch Japan niedergestreckt worden, ohne daß England einen Finger rühren mußte, und bald darauf trat am Bosporus, gleichfalls ohne jede Anstrengung des Londoner Kabinetts, dessen Einfluß an die erste Stelle.

Aehrenthal und Iswolskij über Bosnien und die Dardanellen

Die kleineren Völker haben Mühe, sich in den Welthändeln den Mächtegruppen gegenüber geltend zu machen. Serbien setzte seine Hoffnung auf Rußland und seit der Gründung des Dreiverbandes auch auf dessen mächtige Freunde und Bundesgenossen. Indessen war die panslawistische Ideologie für die russische Regierung nur ein Behelf, dessen sie sich zeitweilig bediente. Ihr eigentliches Ziel war und blieb die Herrschaft über Konstantinopel und die Meerengen; solange dieses Höchste nicht zu erreichen war, wollte sie wenigstens die Öffnung der Meerengen für die russischen Kriegsschiffe durchsetzen. Von diesem Gedanken war auch Iswolskij erfüllt. Durch die letzten Abmachungen mit England und Japan war sein an sich kräftiges Selbstbewußtsein noch gewachsen. Das Londoner Kabinett war dem Zarenreich in Persien und Tibet, besonders aber in Mazedonien, so weit entgegengekommen, daß der russische Auslandsminister die Hand nach der kostbarsten Frucht auszustrecken wagte. Des Beistandes Frankreichs glaubte er sich, wenn er die Fessel des Pariser Vertrages von 1856 abstreifte, so gut wie sicher. Bei England, das wußte er, würde er auf Schwierigkeiten stoßen; deshalb ließ er diese Macht vorerst zur Seite und schlug einen Umweg ein. Vor allem versuchte er eine Verständigung mit den zwei Mittelreichen. Hatte er diese und Frankreich auf seiner Seite, dann, so rechnete er, konnte England die Aufhebung des lästigen Vertragspunktes von 1856 nicht ablehnen. Die Einsperrung der russischen Flotte im Schwarzen Meer hatte sich im Laufe des Krieges mit Japan als nationales Unglück erwiesen. Ähnliches sollte sich nicht wiederholen; was die russischen Staatsmänner seit Gortschakow vergebens angestrebt hatten, mußte ihm, Alexander Petrowitsch Iswolskij, endlich gelingen.

Alexander Iswolskij, geboren 1856, hatte sich als Gesandter beim päpstlichen Stuhle, in Belgrad, Tokio und Kopenhagen einen guten Namen gemacht; man rühmte seine Kenntnisse auf dem Gebiete der Geschichte wie des Staats- und Völkerrechts. Seine geistigen Gaben

waren nicht gering, sie versagten jedoch, wenn Ehrgeiz oder andere persönliche Motive sich ihnen in die Quere legten; dann hörte bei ihm gradliniges Denken auf. Ihm fehlte das innere Gleichgewicht, ohne das gute Fähigkeiten eine wertlose Mitgift sind. In der russischen Diplomatie, in der die Talente nur spärlich gesäet waren, galt Iswolskij schon in jungen Jahren als Mann der Zukunft. Neben ihm kam 1906 für den Posten eines Ministers des Äußeren nur Tscharykow in Betracht. Ein ehemaliger Kollege der zwei Diplomaten verglich sie mit zwei Rennpferden, die ungefähr gleiche Aussichten hätten; es wäre Geschmackssache, ob man auf das eine oder das andere wette. Iswolskij überholte den Nebenbuhler und wurde Minister des Äußeren, ließ es sich aber gefallen, daß Tscharykow ihm als Gehilfe zur Seite gesetzt wurde, was unzweckmäßig war, da die Geschäfte unter ihrer Eifersucht litten. Der Minister hielt sich mehr links und liebäugelte in inneren russischen Angelegenheiten mit den Liberalen; sein Gehilfe wieder gab sich als Nationalrusse und unterhielt Verbindungen mit den panslawistischen Kreisen. Es war Iswolskij verhältnismäßig gleichgültig, was Serben und Bulgaren von ihm hielten; dagegen nahm er auf die öffentliche Meinung in den drei großen Kulturnationen Rücksicht und setzte ein gutes Stück Geld daran, in der französischen Presse gepriesen zu werden.

Bei Ausführung seines Dardanellenplanes empfahl es sich, zunächst mit dem Wiener Kabinett das Einvernehmen zu suchen. Denn Deutschland nahm in den Balkanangelegenheiten auf die habsburgische Monarchie jede Rücksicht und ließ sich ohne sie gewiß nicht auf eine Änderung des Meerengenvertrages ein. Iswolskij war auch bereit, dem Wiener Kabinett einen ansehnlichen Preis zu zahlen; er bestand in der Einwilligung zur Annexion Bosniens durch die Donaumonarchie, worüber bereits (Band I, S. 57) 1881 und 1884 zwischen Wien und Petersburg bedingungsweise Verabredungen getroffen worden waren. Jetzt war die Sache dringend, da mit dem Aufkommen der großserbischen Idee Österreich-Ungarn sich in Bosnien nicht mehr sicher fühlte. Aus dem Umstande, daß die Donaumonarchie durch die Berliner Kongreßakte nur zur Besitznahme, nicht zur Einverleibung jenes Landes ermächtigt worden war, schöpften die Serben einen Rechtsgrund für ihre unterirdische Tätigkeit. Ihnen diesen Vorwand zu entwinden, schien dem österreichischen Minister von großer Wichtigkeit. Mochte ihn auch Ehrgeiz leiten, so wirkte doch am stärksten die An-

nahme, durch die Annexion werde den großserbischen Treibereien ein Riegel vorgeschoben werden[1]).

Iswolskij ging ohne Zögern auf die Unterhandlung ein. Er erklärte sich grundsätzlich mit der Annexion einverstanden, und mehr noch, er bot dem Wiener Kabinett außerdem den größeren Teil des Sandschak an, wenn Rußland bei dem Geschäfte auf seine Rechnung komme. Seinen Gedankengang legte er in einer vom 2. Juli 1908 (19. Juni alten Stils) datierten Aufzeichnung, einem Aide mémoire, nieder, die dem Wiener Kabinett am 6. Juli zukam. Das geschah also drei Wochen nach dem zu Reval mit Eduard VII. und seinen Begleitern getroffenen Abkommen; wobei auch bemerkenswert ist, daß der russische Minister sowohl in London wie in Paris aus der neuen Unterhandlung ein Geheimnis machte. Für ihn bestand in dieser Hinsicht kein Unterschied zwischen den neuen englischen Freunden und dem erprobten französischen Bundesgenossen. Das war die erste Probe der Unzuverlässigkeit, unter der bald die eine, bald die andere Mächtegruppe zu leiden hatte[2]). In der erwähnten Niederschrift Iswolskijs vom 2. Juli wird versichert, daß Rußland bezüglich des 1897 erzielten Einvernehmens (Band I, S. 162 f.) mit der Absicht des Wiener Kabinetts übereinstimme, „mit ihm die freundschaftlichsten und vertrauensvollsten Beziehungen aufrechtzuerhalten, in voller Harmonie mit den monarchischen und konservativen Interessen der zwei Länder“. In dem positiven Teile des Vorschlages ist vielleicht das Auffallendste die im

---

[1]) Ein zuverlässiger Führer durch die äußere Politik der Donaumonarchie 1906 bis 1912 ist das Buch von Berthold Molden: „Alois Graf Aehrenthal. Sechs Jahre äußere Politik Österreich-Ungarns“, Stuttgart 1917. Derselbe Verfasser schildert das Leben Aehrenthals bis zu dessen Ministerschaft in dem ihm gewidmeten Aufsatze in Bettelheims „Biographisches Jahrbuch“ 18. Band (Berlin 1917). Über die Motive Aehrenthals vgl. noch Sosnosky, „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866“, Band II, S. 150 ff., und Südland, „Die südslawische Frage“, S. 503.

[2]) In der Aufzeichnung vom 2. Juli ist gesagt: „. . . wir sind nach wie vor der Ansicht, daß die Frage der Abänderung des durch Artikel 25 des Berliner Vertrages, nämlich der Annexion Bosniens, der Herzegowina und des Sandschaks von Nowibazar, einen hervorragend europäischen Charakter hat und nicht darnach geartet ist, um durch ein gesondertes Einvernehmen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn geregelt zu werden. Anderseits sind wir bereit, anzuerkennen, daß derselbe Vorbehalt auch die Frage von Konstantinopel, des angrenzenden Gebiets und der Meerengen trifft. Nichtsdestoweniger wäre die russische Regierung mit Hinblick auf die hervorragende Wichtigkeit, welche die Lösung der zwei erwähnten Fragen für ihre wechselseitigen Interessen besitzt, bereit, auf die Erörterung darüber im Geiste freundschaftlicher Wechselseitigkeit einzugehen.“

allgemeinen ausgesprochene Bereitwilligkeit Iswolskijs, der Donaumonarchie nicht bloß Bosnien und die Herzegowina, sondern auch den Sandschak von Nowibazar zu überantworten, auf dessen Besitz das Wiener Kabinett, wie sich bald zeigte, innerlich bereits verzichtet hatte. Wohl war eine Einschränkung gemacht und nur die nördliche Hälfte des Sandschak angeboten. Die Lockspeise wurde hingehalten, weil die russische Regierung, wie aus den Worten Iswolskijs hervorging, eigentlich auf Größeres zielte, nämlich auf die Beherrschung Konstantinopels und seiner Umgebung.

Aehrenthal, durch die Eröffnung Iswolskijs angenehm berührt, kam ihm auf halbem Wege entgegen. Er hatte gegen die Dardanellenwünsche Rußlands nichts einzuwenden, wofern Iswolskij sich mit zwei Bedingungen befreundete. Die eine war, daß die zwei anderen Anrainer des Schwarzen Meeres, Rumänien und Bulgarien, für ihre Kriegsschiffe dasselbe Recht erhielten wie Rußland. Dann verlangte er Bürgschaften für die Sicherheit Konstantinopels gegen den Überfall durch eine in den Bosporus einlaufende russische Flotte. Das natürliche Vorbild für die neue Ordnung der Dinge war in den zwischenstaatlichen Verträgen über den Suezkanal gegeben (I. S. 409). Diese Wasserstraße konnte zwar von allen Kriegsschiffen benützt werden, jedoch mit der Beschränkung, daß innerhalb 24 Stunden immer nur je ein Schiff derselben Nation passieren und daß dieses nicht länger als einen Tag im Kanal verweilen durfte. Die Übertragung dieser Einrichtung auf die Meerengen verbürgte den ausreichenden Schutz der türkischen Herrschaft am Bosporus und in den Dardanellen.

Das dem Wiener Kabinett angebotene Entgelt war nicht zu verachten. Iswolskij aber sah in der Einverleibung Bosniens und der Herzegowina kein Opfer von seiten Rußlands. Hatte doch das Petersburger Kabinett die Souveränität über die besetzten Provinzen immer als Tauschgegenstand angesehen. Schon im Vertrage vom 15. Januar 1877 waren Bosnien und die Herzegowina der habsburgischen Monarchie ohne Vorbehalt überwiesen worden; und diese Abmachung erhielt durch das Übereinkommen vom 13. Juli 1878 eine Bekräftigung, als sich Rußland den Beistand des Wiener Kabinettes für die Zurückgewinnung Beßarabiens sichern wollte. Dann war 1881 von den zwei Mächten ausgemacht worden, daß Österreich-Ungarn die zwei Provinzen unter gewissen Voraussetzungen annektieren könne, eine Abmachung, die 1884 für drei Jahre erneuert wurde. Indessen waren diese Verträge ent-

weder durch die Berliner Kongreßakte außer Kraft gesetzt oder nach Ablauf der vereinbarten Frist von selbst erloschen. Es galten nur mehr die Beschlüsse des Berliner Kongresses; doch gab es in den Kabinetten der Großmächte nur eine Meinung darüber, daß die zwei Länder Bestandteile der Donaumonarchie waren. Dazu kam, daß Aehrenthal, wie noch näher auszuführen sein wird, zu einem nicht geringen Opfer bereit war, zum Verzicht auf den Sandschak wie auf die der Monarchie zustehende Hafen- und Eisenbahnpolizei in Montenegro. Auf dieser Grundlage kamen die zwei Kaisermächte einander nahe, so daß nur mehr eine dünne Wand zu durchstoßen war. Damit schob Iswolskij die Ansprüche Serbiens und Montenegros zur Seite, die sich schmeichelten, die zwei Provinzen später einmal unter sich teilen zu können. Dieses Spiel hatte das Petersburger Kabinett oft getrieben, die Balkanstaaten zeitweilig liebkost und benützt, um sie dann wieder fallen zu lassen. Rußland war mit großen Aufgaben belastet, da es die Erde vom Schwarzen Meer bis zum Großen Ozean umspannte. Jetzt standen die Dardanellen im Mittelpunkt seiner Wünsche, weshalb die Rücksicht auf die Südslawen zurücktrat. Diese Sachlage benützte Aehrenthal, um die leckere Speise von der dargereichten Schüssel zu nehmen. Er wäre ein politischer Stümper gewesen, hätte er nicht zugegriffen.

*

Die Räumung des Sandschak

Das Wiener Kabinett erwog den Vorschlag Iswolskijs gründlich, und Aehrenthal unterbreitete dem Kaiser Franz Josef am 9. August darüber eine alle Verhältnisse durchleuchtende Denkschrift. Was der Minister darin über die beim Zusammenbruche der Türkenherrschaft später einmal zu verfolgenden Pläne darlegte, soll noch erzählt werden; hier sei bloß erwähnt, daß er dringend davor warnte, sich dem Traume eines Vormarsches gegen Saloniki hinzugeben. Diesem Gedanken hatte noch Andrássy nachgehangen und deshalb der Donaumonarchie auf dem Berliner Kongreß das Recht erstritten, seine Besatzungen durch den Sandschak von Nowibazar und über Mitrowitza hinaus vorzuschieben. Anders Aehrenthal, der im Gegensatze dazu die Räumung des

Sandschak empfahl. Das sei schon deshalb geboten, um das Mißtrauen der Pforte zu beschwichtigen, das durch die Annexion Bosniens bestärkt werden würde. Offenbar stellte sich Aehrenthal vor, die Türkei müsse doch einsehen, daß sie mehr gewann als verlor, wenn sie in Bosnien klare Verhältnisse schaffen lasse, dafür aber der Sorge vor einem Vormarsche der Österreicher enthoben sein werde; das wichtigste für sie wäre doch, Herrin im eigenen Hause zu sein.

Noch größeren Wert legt die Denkschrift Aehrenthals auf die die Räumung des Sandschak empfehlenden militärischen Gründe. Hier gab der Generalstabschef Conrad von Hötzendorf den Ausschlag, der die Ansicht hegte, die Sandschak-Garnison für sich sei gegen einen Überfall durch Serben und Montenegriner nicht zu halten, stak sie doch, damals etwa 3500 Mann, in dem schmalen Hals zwischen diesen Ländern; selbst wenn man ihre Zahl vervielfachte und ein ganzes Armeekorps dorthin warf — was sich bei der Weglosigkeit und der Armut des Landes nicht leicht machen ließ —, waren diese Truppen immer noch in Gefahr, abgeschnitten zu werden. Auch mache man sich, so bemerkte Conrad weiter, durch längeres Verweilen im Sandschak die Albanesen zu Feinden. Wenn eines Tages über das Schicksal der Balkanhalbinsel die Waffen entscheiden würden, könnten die kaiserlichen Truppen den Vormarsch doch niemals über das unwegsame Bergland des Sandschak antreten, sondern immer nur auf der breiten Heerstraße durch Serbien und das Morawatal. Stand nur erst eine österreichische Armee in der Mitte der Balkanhalbinsel, so fiel ihr der früher geräumte Sandschak doch von selbst zu. Es ist fast überflüssig, zu bemerken, daß dieser Beweisgang Conrads von Hötzendorf durch den Verlauf der Balkanfeldzüge von 1914 bis 1918 seine Bestätigung erfuhr.

Wohl riet Aehrenthal in der Denkschrift vom 9. August, sich bei der Räumung des Sandschak das Besatzungsrecht vorzubehalten. Doch auch davon kam er bald zurück, weil ihm viel daran lag, nicht bloß die Türkei, sondern auch Italien mit der Annexion Bosniens auszusöhnen. Das Wiener Kabinett ging deshalb noch weiter und ließ sich zum Verzicht auf die Eisenbahn- und Hafenpolizei über Montenegro herbei, die ihm nach Artikel XXIX der Berliner Kongreßakte zustand. Nur beharrte es darauf, daß an der montenegrinischen Küste kein Kriegshafen angelegt werden dürfe. Alle diese Erwägungen beschäftigten den am 19. August zu Wien gehaltenen Ministerrat, der die Linie des weite-

ren Verhaltens zog. Demgemäß erging am 27. August die Antwort auf Iswolskijs Angebot vom 2. Juni. Darin war als Grundlage für die nächsten Verhandlungen vorgeschlagen: Annexion Bosniens und der Herzegowina, Räumung des Sandschak, Bereitwilligkeit Österreich-Ungarns auf die Pläne Rußlands hinsichtlich der Meerengen einzugehen.

Diese für die spätere Balkanpolitik nebensächlich gewordenen Dinge spielten bei den Beziehungen Österreich-Ungarns zu Rußland 1908 bis 1914 eine wichtige Rolle. An ihnen entzündete sich die Feindschaft Iswolskijs gegen Aehrenthal, überhaupt Rußlands gegen Österreich: es war daher empfehlenswert, über die Verhandlungen lieber ein Wort mehr als weniger zu sagen.

*

König Eduard VII. bei Kaiser Franz Josef

Ohne von diesen Unterhandlungen eine Ahnung zu haben, setzte die englische Regierung die Politik der Einkreisung Deutschlands mit der ihr eigenen Zähigkeit fort; sie lebte des Glaubens, auf Rußland rechnen zu können, da man sich in Reval nahegekommen war. Zunächst hatte sie es nicht auf Feindseligkeiten gegen die Mittelmächte abgesehen; ihr nächstes Ziel bestand in einem Abkommen aller seefahrenden Staaten, den Schiffsbauten Einhalt zu tun und Englands Übergewicht auf dem Meere zu sichern.

Am 11. August 1908 besuchte König Eduard den Deutschen Kaiser auf Schloß Friedrichshof bei Cronberg, um ihn für die Auffassung Englands zu gewinnen. Der Kaiser erwiderte jedoch, daß er von den im deutschen Flottengesetze niedergelegten Bestimmungen nicht abzugehen gedenke, worauf die Herrscher sich in Mißmut trennten. Nun gehörte es zu den Lebensgewohnheiten des Königs von England, alljährlich die Heilwässer von Marienbad in Böhmen aufzusuchen. Bei dieser Gelegenheit pflegte er bei Kaiser Franz Josef vorzusprechen, gewöhnlich in dessen Sommerresidenz zu Ischl. Dieser freundschaftliche Verkehr setzte sich während der englisch-deutschen Verstimmung fort. So reiste der König von Schloß Friedrichshof zunächst nach Ischl mit dem

Vorsatze, beim österreichischen Kaiser zu erwirken, was ihm bei dessen Bundesgenossen mißlungen war. Da Italien bereits in seiner Treue zu den Mittelmächten wankte, schien es nicht unmöglich, auch Österreich-Ungarn von Deutschland abzuziehen. Am 13. August kam der König mit dem Unterstaatssekretär Hardinge nach Ischl, um den Dreibund in seiner letzten Verschanzung anzugreifen. England verfügte durch seine Allianzen über eine Machtfülle wie kaum je zuvor und konnte zumal auf der Balkanhalbinsel Österreich-Ungarn nützen oder schaden. Der Plan war so übel nicht, denn wenn das Donaureich sich dem Vorschlage auf allgemeinen Rüstungsstillstand anschloß, so befand sich Deutschland der ganzen Welt allein gegenüber. Indessen mißlang der Versuch, denn Kaiser Franz Josef ließ sich nicht von Deutschland abziehen und lehnte das Ansinnen ab. Ebensowenig richtete Hardinge bei Aehrenthal aus[1]). Der österreichische Minister war zwar der Ansicht, die deutsche Regierung täte gut daran, die englische Anregung nicht von der Hand zu weisen, er dürfe sich aber auch in dieser Angelegenheit nicht von dem deutschen Bundesgenossen trennen. Eduard VII. muß in den Kaiser lebhaft gedrungen haben, denn dieser sagte bald darauf zu einem österreichischen Diplomaten: „Diesmal war der König von England mit mir unzufrieden.“ Das war nach vielen schönen Erfolgen der erste Fehlschlag der britischen Politik. Der König verließ Ischl tief verstimmt und machte, in Marienbad angelangt, daraus kein Hehl. Zu gleicher Zeit befanden sich Iswolskij und Clemenceau zur Kur in Karlsbad. Die beiden Minister besuchten den König, und beim gemeinsamen Frühstück malte er die Lage Europas in düsteren Farben, er schien auf einen Waffengang mit Deutschland gefaßt. Er wäre noch unzufriedener gewesen, wenn er gewußt hätte, wie tief sich Iswolskij unmittelbar vorher mit den Mittelmächten eingelassen hatte. Clemenceau gab nach dieser Zusammenkunft im Gespräche mit Iswolskij und mit österreichischen Bekannten der Sorge Ausdruck, der Weltfriede werde nicht erhalten werden können; er fügte aber die Versicherung hinzu, Frankreich lasse sich von England nicht als Werkzeug

[1]) Aehrenthal sagte kurz darauf in Buchlau zu Iswolskij: „England wolle sich auf dem two power-standard erhalten, schließe Ententen mit Frankreich und Rußland ab und verlange von Deutschland die Anerkennung der britischen Superiorität zur See. Daß auf diesem Wege eine Besserung des Verhältnisses beider Staaten nicht zu erreichen sei, sei wohl selbstverständlich und ich hatte mit dieser meiner Meinung auch gegenüber Sir Charles Hardinge nicht zurückgehalten.“

gebrauchen. Der russische Minister gab darüber zu Buchlau dem Freiherrn von Aehrenthal einen anschaulichen Bericht: „Wie Herr Iswolskij mir mitteilt," heißt es in der vom österreichischen Minister herrührenden Niederschrift, „beurteilt Clemenceau das Verhältnis zwischen Deutschland und England mit großem Pessimismus, und ist überzeugt, daß dasselbe zum Kriege führen werde. Clemenceau hege weiters die Besorgnis, im Augenblicke eines Konfliktes mit England werde Deutschland irgendeinen Vorwand benützen, um über Frankreich herzufallen. Der französische Staatsmann perhorreszierte daher jedes engere Bündnis mit England, durch das Frankreich in den deutsch-englischen Gegensatz hineingezogen werden könnte." In diesem Zeitpunkte, darüber kann nicht der geringste Zweifel herrschen, waren sowohl die Staatslenker Deutschlands und Österreich-Ungarns, wie Frankreichs und Rußlands, lebhaft bemüht, den allgemeinen Frieden zu erhalten; England allein blies, wie aus den Worten Clemenceaus hervorgeht, in die Glut, mit der bestimmten Absicht, seinen Handelsnebenbuhler unschädlich zu machen. Aus keinem bisher veröffentlichten amtlichen Zeugnisse geht die darauf gerichtete Absicht Eduards VII. so deutlich hervor als aus den Mitteilungen Iswolskijs[1]).

*

Die Zusammenkunft in Buchlau

Der Aufenthalt Iswolskijs in Karlsbad erleichterte seine Verhandlungen mit Aehrenthal, so daß man sich Anfang September ziemlich nahe gekommen war. Es schien angemessen, allmählich auch einige befreundete Regierungen zu verständigen. Iswolskij gab dem serbischen Minister Milovanović, mit dem er am 4. September in Karlsbad sprach, einen Wink und empfahl ihm, sich ins Unvermeidliche zu fügen. Ebenso der österreichische Minister, er wieder zog Deutschland

[1]) Andere Mitteilungen über Clemenceaus Eindrücke und sein Mißtrauen gegen England, in der „Wiener Allgemeinen Zeitung" vom August 1914 und des Korrespondenten der „Neuen Freien Presse" in diesem Blatte vom 13. September 1914, gehen auf Clemenceau selbst zurück, dessen Bruder mit einer Wienerin verheiratet war; daher seine Beziehungen zur österreichischen Presse.

und Italien ins Vertrauen. Am 5. September traf er in Salzburg mit dem italienischen Minister Tittoni, unmittelbar darauf in Berchtesgaden mit dem deutschen Staatssekretär Freiherrn von Schön zusammen, der 1907 nach dem Rücktritte Tschirschkys sein Amt angetreten hatte. Beide Minister nahmen die Eröffnungen Aehrenthals über die demnächst zu erfolgende „Regelung des staatsrechtlichen Verhältnisses von Bosnien und der Herzegowina" ohne Widerspruch zur Kenntnis[1]); auch Tittoni, obwohl Aehrenthal ihm ausdrücklich sagte, daß Italien aus diesem Anlasse nicht auf eine Kompensation rechnen dürfe. Tittoni war schon dadurch für die Sache eingenommen, daß Österreich-Ungarn den Sandschak sowohl wie die Eisenbahn- und Polizeihoheit über Montenegro aufzugeben gedachte.

Indessen waren zwischen dem Wiener und dem Petersburger Kabinett noch wichtige Dinge zu verabreden. Eine Zusammenkunft der zwei Minister war wünschenswert, doch hatte die Sache ihre Schwierigkeit, weil zwischen ihnen vom Frühjahr her noch eine persönliche Verstimmung bestand (Band II, S. 150). Der österreichische Minister fand, wie er sich ausdrückte, seinen russischen Kollegen „nachtragerisch". Es erhob sich die Etikettefrage, ob Aehrenthal nach Karlsbad kommen oder Iswolskij einen Besuch in Wien abstatten solle. Deshalb schlug der Botschafter Graf Berchtold als Auskunftsmittel vor, er wolle die zwei Staatsmänner als Gäste auf sein mährisches Schloß Buchlau laden, hier könnten sie auf neutralem Boden die Mißhelligkeiten begleichen und ihr ferneres Vorgehen verabreden. So geschah es; am 15. September fanden sie sich in Buchlau ein und widmeten den nächsten Tag den Staatsgeschäften. Sie verbrachten im ganzen sechs Stunden in Gesprächen, bei denen kein Zeuge anwesend war. Nach einer ziemlich scharfen persönlichen Aussprache gingen die Herren auf die Sache ein und gelangten anscheinend zu beiderseits befriedigendem Einvernehmen. Vor dem Abschied berichtete jeder für sich dem Grafen Berchtold, was besprochen worden war; dieser erhielt den Eindruck, die Verständigung sei gelungen. Die lose Form der Abrede erwies sich jedoch bald von Übel und wurde Ursache eines in Europa widerhallenden Streites über den Inhalt des Abkommens.

[1]) Schoen, „Erlebtes", S. 72 erzählt, er habe Aehrenthal auf dessen Eröffnungen gesagt: „Was die Haltung der deutschen Regierung betrifft, so könne er ihm vorerst nur sagen, daß bei ihr der feste Entschluß bestehe, den Interessen, Wünschen und Bedürfnissen des Bundesgenossen in der Richtung des Balkans Unterstützung zu leihen."

Die Berichte von österreichischer und russischer Seite stimmen in folgendem überein. Aehrenthal bewarb sich nicht um die vorgängige Zustimmung des Petersburger Kabinetts zur Annexion, sondern kündigte Iswolskij von vornherein den Entschluß seiner Regierung an, die Maßregeln auf eigene Faust zu vollziehen; auf der anderen Seite stellte er Iswolskij die Art seines Vorgehens in der Dardanellenfrage frei. Sie wollten sich dabei jedoch gegenseitig in die Hände arbeiten. Österreich-Ungarn verzichtete auf den Sandschak; dafür wieder versicherte Iswolskij, Rußland wolle sich weder Konstantinopels noch irgend eines Gebietes in dessen Nähe bemächtigen. Den russischen Kriegsschiffen ward die Fahrt durch die Dardanellen einzeln, aber nicht in Eskadern, zugestanden. Als Abschluß der Aktion war eine europäische Konferenz ins Auge gefaßt, um die beabsichtigten Änderungen dem internationalen Rechte einzuverleiben. Darauf legte Iswolskij den größten Wert und Aehrenthal willigte ohne Sträuben ein.

Es waren zwei Punkte, über die hinterher ein hitziger Streit zwischen den zwei Ministern entstand. Zunächst über das Ausmaß der einander wechselseitig zu leistenden diplomatischen Hilfe. Iswolskij behauptete, er habe mit Nachdruck auf das Völkerrechtswidrige der also geplanten Annexion hingewiesen und nur in Aussicht gestellt, Rußland werde sich der Annexion nicht widersetzen. Dagegen berichtete Aehrenthal dem Kaiser Franz Josef in einer ins einzelne gehenden Aufzeichnung unter anderem: „Iswolskij habe kein Bedenken getragen, zu erklären, daß Rußland, wenn wir gezwungen sein würden, zur Annexion zu schreiten, diesem Geschehnisse gegenüber eine freundschaftliche und wohlwollende Haltung einnehmen werde[1].“ Es muß schon jetzt bemerkt werden, daß auch Berchtold dem Kaiser von Österreich dasselbe über den ihm von Iswolskij erstatteten Bericht meldete und, wie noch zu erzählen ist, sich für die Richtigkeit seiner Angabe mit dem Einsatze seines Botschafterpostens verbürgte.

Diese Meinungsverschiedenheit läßt sich immerhin auf ein Mißverständnis zurückführen, da es sich dabei doch nur um Schattierungen handelte. Schlimmer war, daß Iswolskij sich nachträglich als den Ge-

[1]) In demselben Sinne berichtete Aehrenthal am 26. September 1908 in einem die Buchlauer Zusammenkunft ausführlich darstellenden Schreiben. Es heißt dort: „In Buchlau hat Iswolskij nach einer von mir vorgebrachten eingehenden Darlegung unserer Beweggründe sich mit der von mir in Aussicht genommenen Vorgangsweise im Prinzipe einverstanden erklärt und eine freundschaftliche Haltung Rußlands zugesichert.“

täuschten hinstellte, da Aehrenthal kurz darauf überraschend schnell zur Tat schritt; das wäre eine Überrumpelung, wäre illoyal gewesen, hätte seine eigene Dardanellenaktion durchkreuzt. Dem steht der erwähnte ausführliche Bericht Aehrenthals über die Buchlauer Zusammenkunft entgegen, in dem es heißt: er habe Iswolskij ausdrücklich angekündigt, die Annexionserklärung werde möglicherweise schon Anfang Oktober vor Zusammenkunft der Delegationen erfolgen müssen. Iswolskij hätte, so erfahren wir weiter aus dieser Quelle, einen späteren Zeitpunkt, etwa Mitte Oktober, gewünscht, bis er selbst nach Petersburg zurückgekehrt wäre; darauf habe Aehrenthal diesen Aufschub als kaum tunlich bezeichnet, dem russischen Minister jedoch eine „vorherige rechtzeitige Verständigung" zugesagt.

Als die Erbitterung des Streites immer höher steigen sollte, sprach Berchtold den russischen Minister bei dessen Rückkehr nach Petersburg darauf hin an, worauf Iswolskij genötigt war, der Wahrheit die Ehre zu geben und zuzugestehen, ihm sei der Zeitpunkt der Annexion in Buchlau bekanntgegeben worden, was ihn aber nicht hinderte, in demselben Gespräche das Vorgehen Aehrenthals brutal zu nennen [1]).

Nun hatten die zwei Minister in Buchlau verabredet, Iswolskij werde dem Wiener Kabinett eine Niederschrift senden mit genauer Angabe des zwischen ihnen Vereinbarten; indessen ist diese Aufzeichnung nie nach Wien gelangt. So hingen die Ergebnisse der Buchlauer Aussprache in der Luft. Iswolskij stand unter der Vorstellung, er werde noch immer Zeit haben, vorher die Meerengenangelegenheit in Italien, Frankreich und England nach Wunsch zu betreiben; er war aber so unvorsichtig, sich dessen in Buchlau nicht bestimmt zu versichern. Er sagte unmittelbar darauf zu Tittoni, in Buchlau sei erst die Grundlage eines Abkommens und nicht dieses selbst vereinbart worden [2]). Als nun das

[1]) Das Gespräch Berchtolds mit Iswolskij fand am 30. Oktober 1908 statt, worüber der Botschafter am selben Tage nach Wien berichtete: „Ich versuchte die starke Gemütsbewegung des Ministers einigermaßen zu beschwichtigen, indem ich bemerkte, daß, nach Inhalt der mir von Euer Exzellenz zugekommenen Aufzeichnung der Buchlauer Besprechung Hochdieselben deutlich zu verstehen gegeben hätten, die Annexion werde eventuell schon in der ersten Oktoberhälfte erfolgen. Herr Iswolskij leugnete dies auch gar nicht ab, meinte aber, er sei nicht auf einen ‚acte brutal' gefaßt gewesen, sondern habe angenommen, daß Euer Exzellenz in Gemäßheit der diplomatischen Gepflogenheit den Weg vertraulicher Fühlungnahme mit den Kabinetten betreten werden."

[2]) So nach dem Briefe Tittonis an Aehrenthal vom 4. Oktober 1908.

Wiener Kabinett sofort mit der Sache Ernst machte, war er überrascht; Aehrenthal dagegen schritt hochgemut über ihn hinweg.

Zur Vervollständigung seines diplomatischen Gespinstes verhandelte Aehrenthal auch mit Bulgarien. In Buchlau hatten die zwei Diplomaten die voraussichtlichen Folgen ihres Vorhabens auf die Balkanhalbinsel erwogen und waren übereinstimmend der Ansicht, die Türkei werde lebhaften Einspruch erheben, auch Serbien wie Montenegro würden sich rühren; Iswolskij fragte damals den österreichischen Minister, ob man Serbien nicht eine Landentschädigung zuwenden könnte, was dieser bestimmt ablehnte, wenn es auf Kosten Österreich-Ungarns geschehen sollte. Doch suchten sie gemeinsam einen Stützpunkt zur Niederhaltung etwaigen Widerstandes und fanden, daß man Bulgarien durch die Anerkennung seiner Souveränität, Griechenland aber durch Kreta gewinnen könnte. Erfüllte man den heißen Wunsch des Fürsten und des Volkes von Bulgarien, so brachte dies Österreich-Ungarn sichtbaren Vorteil. Es war immerhin möglich, daß das soeben flügge gewordene jungtürkische Regiment sich mit Serbien und Montenegro verband, um der Annexion entgegenzutreten. Für diesen Fall wünschte Österreich-Ungarn Bulgarien auf seiner Seite zu haben. Es traf sich gerade, daß Fürst Ferdinand mit der Pforte in einen hitzigen Streit verwickelt war, da Bulgarien, einen Vorwand vom Zaune brechend, die das Land durchziehende wichtige Eisenbahnlinie der ottomanischen Eisenbahngesellschaft abgenommen und unter die eigene Verwaltung gestellt hatte. Schon deshalb war dem Fürsten die Anlehnung an Österreich willkommen. Am 23. September erschien er zum Besuche des Kaisers von Österreich in Budapest; hier wie unmittelbar darauf in Wien wurde das Notwendige besprochen. Aehrenthal behauptete später bestimmt, er habe den Fürsten nicht in die Absicht der Annexion eingeweiht; er muß aber die Zustimmung Österreich-Ungarns zu Bulgariens Souveränität in Aussicht gestellt haben, da der österreichische Botschafter in Paris, Khevenhüller, dem Präsidenten der Republik gegenüber Anfang Oktober kein Hehl daraus machte.

*

Die Vorbereitung der Annexion

Zunächst blieben Aehrenthal und Iswolskij in bestem Einvernehmen. Ende September war in Wien alles zum Handeln vorbereitet, so daß der österreichisch-ungarische Minister sowohl seinen russischen wie seinen italienischen Kollegen brieflich nochmals auf das Bevorstehen des Ereignisses aufmerksam machte[1]). Unterdessen machte sich Iswolskij mit unbegreiflicher Langsamkeit auf die Fahrt. Aus Tegernsee schrieb er am 23. September an Aehrenthal, er werde zunächst mit dem deutschen Staatssekretär in Berchtesgaden zusammentreffen, dann nach Italien reisen, um den König und Tittoni zu sehen. Am 1. Oktober gedenke er in Paris einzutreffen; dorthin erbitte er sich die ihm zugesagte Anzeige des Zeitpunktes der Annexion. Die Reise nach Italien verfolgte den Zweck, das Einvernehmen zu dreien, Italien, Österreich und Rußland, in eine feste Form zu bringen. Zu Desio, auf dem Landgute Tittonis, fand am 28. September eine Aussprache statt, in Racconigi sprach Iswolskij den König[2]). Tittonis damalige Ansicht erhellt aus seinen an den österreichisch-ungarischen Botschafter, Grafen Lützow, gerichteten Worten: „Verraten Sie mich nicht, aber im Grunde bin ich beinahe mit Ihrer Annexion zufrieden; am meisten fürchte ich einen schlecht umschriebenen und der Klarheit entbehrenden Sachverhalt; er ist eine Quelle von Gefahr." Es beunruhigte ihn nur, daß er vom Wiener Kabinett nichts Schriftliches in Händen hatte. Deshalb schrieb er Aehrenthal am 4. Oktober und verlangte, damit sich Italien und Rußland mit der Annexion befreunden könnten, ausdrückliche Erklärungen über die Meerengenfrage, den Verzicht auf den San-

[1]) Am 21. September schrieb Aehrenthal an Iswolskij: „Quant à la question de la Bosnie et l'Herzégovine je ne suis pas encore à même de vous donner des informations sur la date précise à laquelle nous procéderons à l'annexion de ces provinces. Vous pouvez cependant compter sur ma promesse de vous avertir de ce fait un moment plus tôt.

[2]) Über die Unterredung Iswolskijs mit Tittoni schrieb der russische Botschafter in Wien, Urussow, im Auftrage seines Ministers an Aehrenthal: „Mr. Iswolskij a mis son interlocuteur au courant de l'échange de vues dans ses détails, qu'il a eu avec Votre Excellence à Buchlau au sujet de cette question. Le ministre des affaires étrangères de l'Italie a paru disposé à entrer dans le même ordre d'idées et M. Iswolskij a bien dû croire qu'il s'en expliquera avec le cabinet des Vienne sous peu.

dschak und auf Artikel XXIX des Berliner Vertrages. Dann „hätte man den Vorteil, die Entente Italiens, Österreich-Ungarns und Rußlands möglich zu machen, die Sie wünschen und ich für meinen Teil nicht bloß für wünschenswert, sondern für notwendig erachte". Am Abend des 6. Oktober, noch am Tage des Eintreffens dieses Briefes, erklärte Aehrenthal, daß er die genannten Punkte annehme „und daher den Akkord zwischen Italien, Rußland und Österreich im Prinzip als abgeschlossen betrachte". Er werde ungesäumt „eine präzise Redaktion unserer Entente ausarbeiten lassen und dieselbe Herrn Tittoni übermitteln". Am nächsten Tag brachte Graf Lützow diese amtliche Erklärung dem italienischen Minister, so daß Aehrenthal alles für bereinigt hielt.

Am 30. September löste er seine dem russischen Minister gemachte Zusage ein. Darin hieß es: die letzten Nachrichten — er zielte damit wohl auf die in Konstantinopel bemerkliche Unruhe — hätten das Wiener Kabinett zum beschleunigten Handeln bestimmt; die Annexionserklärung werde am 7. Oktober ausgesprochen werden; er hoffe auf Grund der Buchlauer Besprechung auf eine wohlwollende und sympathische Haltung Rußlands[1]). So glaubte Aehrenthal für eine ausreichende diplomatische Vorbereitung gesorgt zu haben und ging gleichzeitig auch an die Verständigung der anderen europäischen Kabinette. Dafür wurde die feierliche Form gewählt, daß Abgesandte des Kaisers von Österreich den Oberhäuptern der Großmächte eigenhändige Schreiben ihres Monarchen überbrachten; an die übrigen Regierungen erging am 3. Oktober ein Rundschreiben des Wiener Kabinetts.

*

Die Annexionserklärung

Während des Sommers war zu den anderen Gründen ein neuer getreten, um das Wiener Kabinett zur Eile anzuspornen. Das

[1]) Es heißt in dem Briefe: „En vous informant mon cher collègue de ce qui précède et cela plusieurs jours avant le terme du 7 octobre, j'ai — fort de l'esprit de notre entrevue de Buchlau — la ferme conviction, que nous pouvons compter sur une attitude bienveillante et sympathique de la part de la Russie."

war der Eifer, mit dem die siegreiche jungtürkische Partei den parlamentarischen Aufbau des osmanischen Reiches betrieb. In dem zu Saloniki tagenden Hauptausschusse der Partei erwog man, ob nicht auch Bosnien und die Herzegowina, die formell noch zur Türkei gehörten, zur Beschickung des Parlaments einzuladen wären. Wie widerwärtig für Österreich, wenn auch dieser Zündstoff nach Bosnien geworfen wurde! Einige unzufriedene Mohammedaner dieses Landes erschienen in Konstantinopel, um darüber mit den Führern der Jungtürken zu verhandeln. Dagegen erwog die österreichisch-ungarische Regierung seit einiger Zeit den Erlaß einer Verfassung für die besetzten Provinzen. Wie wäre es dann mit dem Eide der Abgeordneten zum künftigen bosnischen Landtag zu halten? Sollte bloß dem Kaiser Franz Josef geschworen werden? Wohl möglich, daß ein Teil der Abgeordneten die Forderung stellte, auch dem Sultan als dem nominellen Souverän den Eid zu leisten. Schon das Aufwerfen dieser Frage wäre für die österreichische Regierung eine Unbequemlichkeit gewesen. Um diese Schwierigkeiten zu ebnen, setzte sich das Wiener Kabinett mit dem leitenden Ausschusse der jungtürkischen Partei zu Saloniki in Verbindung. Auf seine Anfrage erhielt jedoch der Generalkonsul Rappaport die hochfahrende Auskunft: zum Erlasse einer Verfassung für Bosnien wäre nur der Sultan, nicht der Kaiser von Österreich, berechtigt.

Es durfte also nicht gezögert werden. Nicht bloß die gemeinsame Regierung, auch die Ministerpräsidenten der zwei Staaten der Monarchie, Beck und Wekerle, waren mit der Einverleibung einverstanden. Nur das Preisgeben des Sandschak stieß auf Widerspruch, der vom Grafen Andrássy schon aus dem Grunde erhoben wurde, weil er damit das Werk seines 1890 verstorbenen Vaters verteidigte. Er wies darauf hin, das Wiener Kabinett habe die Besetzung des Sandschak 1879 für notwendig gehalten, um Serbien und Montenegro räumlich auseinanderzuhalten. Darauf entgegnete Aehrenthal, das werde auch in Zukunft der Fall sein, da der Landstrich im Besitze der Türkei bleiben solle. Übrigens machte die Annexion den Ministern nicht solches Kopfzerbrechen wie die Frage des staatsrechtlichen Verhältnisses dieser Länder zu den zwei Staaten der Monarchie. Ungarn erhob nämlich auf die zwei Provinzen Anspruch, aus dem weit herbeigeholten Grunde, daß ein Teil von ihnen im Mittelalter längere Zeit von ungarischen Königen beherrscht worden war. Nach umständlichen Verhandlungen

einigte man sich mühsam dahin, daß die zwei Länder, getrennt von Österreich wie von Ungarn, auch fernerhin unmittelbar unter der Reichsgewalt, also unter dem gemeinsamen Ministerium, stehen sollten[1]).

Soweit war Anfang Oktober alles geordnet, als — noch vor der Proklamation der Einverleibung — Bulgarien der österreichisch-ungarischen Regierung zuvorkam. Fürst Ferdinand beschloß, sich früher zum König ausrufen zu lassen, um nicht als Mitläufer Österreich-Ungarns zu erscheinen. Er berief seine Minister in der Nacht vom 4. auf den 5. Oktober nach Tirnowo, der alten Krönungsstadt der bulgarischen Herrscher, und beschloß mit ihnen die Unabhängigkeit seines Landes von der Türkei. Am Morgen des 5. Oktober verkündete der Donner der Kanonen dem Volke des weiteren, daß sein Fürst den Titel eines Zaren angenommen habe.

In Wien war man von der fortstürmenden Eile des neuen Königs ebenso überrascht wie in Petersburg[2]). Nun durfte man mit der ohnedies vorbereiteten Maßregel nicht mehr zögern. Am 5. Oktober unterzeichnete Kaiser Franz Josef das Handschreiben, durch welches er seine Souveränität über Bosnien und die Herzegowina ausdehnte und ebenso die Proklamation, die den Bewohnern Bosniens verkündete, das Band zwischen ihnen und dem Sultan sei für immer zerschnitten. In diesem Aufrufe wurde dem Lande eine Verfassung verheißen, eine Zusage, die im Jahre darauf auch in Erfüllung ging. Die Veröffentlichung dieser Staatsakte erfolgte am 6. Oktober, also einen Tag früher, als Aehrenthal in dem Briefe an Iswolskij angekündigt hatte. Gleichzeitig übergab der österreichisch-ungarische Botschafter in Konstantinopel der Pforte eine Note, durch welche der Vertrag vom 15. April 1879, in welchem — nach der Besetzung Bosniens — die Oberhoheit

[1]) Entgegen der mit Aehrenthal getroffenen Abrede ließ der ungarische Ministerpräsident in dem dem Reichstag vorgelegten Motivenberichte zur Annexionserklärung einen Satz stehen, in welchem gesagt war, daß der alte historische Rechtstitel Ungarns auf Bosnien die Berechtigung zur Angliederung vermehre. Aehrenthal hielt den Bruch des Übereinkommens dem Ministerpräsidenten in einem Schreiben vom 12. November 1908 vor und beschwerte sich in diesem Sinne beim Kaiser. Das war einer der Kniffe, durch welche Wekerle und andere ungarische Minister staatsrechtliche Ansprüche in öffentliche Aktenstücke einschmuggelten.

[2]) Als Iswolskij dem Grafen Berchtold den Vorwurf machte, die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens sei mit Wissen des Wiener Kabinetts erfolgt, erwiderte dieser, es sei ihm bekannt, „daß die voreilige Aktion des Fürsten Ferdinand für das Wiener Kabinett eine vollkommene, noch dazu höchst unliebsame Überraschung gewesen wäre".

des Sultans über dieses Land anerkannt war, gekündigt wurde. Somit sagte sich Österreich-Ungarn aus eigenem Ermessen von einer Bestimmung des europäischen Vertragsrechtes los. Die Handschreiben des Kaisers an die Staatsoberhäupter bekundeten einen unwiderruflichen Entschluß, ebenso die Thronrede, mit welcher er am 8. Oktober die Delegationen eröffnete. Nirgends war angedeutet, die Donaumonarchie erwarte erst den Spruch einer zu berufenden europäischen Konferenz. Eine Kühnheit, die, wenn sich nicht der Erfolg einstellte, dem Habsburgerreiche teuer zu stehen kommen konnte.

Die Maßregel wurde von den Volksvertretungen Österreichs und Ungarns günstig aufgenommen. Geradezu freudig stimmten die Kroaten und Slowenen zu, weil sie der Vereinigung der Südslawen der Monarchie zu einem besonderen Staate näher gekommen zu sein glaubten. Der Führer der kroatischen Rechtspartei, Josef Frank, hatte schon früher in der Presse die Annexion befürwortet, die slowenischen Abgeordneten Korosec und Sustersič sprachen sich in den Delegationen in gleichem Sinne aus. Es war auch ein günstiger Umstand, daß in Österreich wie in Ungarn Koalitionsministerien am Ruder waren, bestehend aus Mitgliedern aller großen Parteien. Da die Kossuth-Partei im Ministerium Wekerle durch drei Mitglieder vertreten war, wurde mit einem derben Scherze gesagt, die Bestien des politischen Tiergartens seien insgesamt bei der Fütterung. Ähnlich in Österreich: im Kabinett Beck saßen zwei tschechische Abgeordnete, Fiedler und Prašek, welche die Maßregel deckten. Es fiel aber auf, daß auch Karl Kramař sich am 9. Oktober in der österreichischen Delegation den Wortführern der Polen, Slowenen und Kroaten anschloß und sich ohne Einschränkung für die Annexion aussprach. Das anerkannte Haupt der Panslawisten Österreichs sagte bei diesem Anlasse: er anerkenne, daß die Einverleibung Bosniens eine logische Folge der in der Türkei eingetretenen Veränderungen sei; für sie spreche auch die Tatsache, daß Österreich-Ungarn durch dreißig Jahre in Bosnien seine zivilisatorische Sendung erfüllt habe. Das Rätsel des Verhaltens des tschechischen Führers löste sich 1916, als der gegen ihn angestrengte Hochverratsprozeß Einblicke in die geheimen Verbindungen des Angeklagten mit der russischen Regierung eröffnete. Dem Gerichtshofe lag ein Schreiben vor, in dem Tscharykow, der Gehilfe des russischen Ministers des Äußeren, Kramař empfahl, keinen Widerspruch gegen die Annexion zu erheben, da Rußland nicht in der Lage wäre, sich im gegenwärtigen Augenblicke

der Südslawen anzunehmen. Das Ganze klang wie eine Weisung an einen politischen Agenten, bemerkte der öffentliche Ankläger; und wie recht er hatte, zeigte sich einige Wochen nach der Annexion. Denn sobald die russische Regierung über das Vorgehen Österreich-Ungarns Klage erhob, brach Kramař mit Vorwürfen gegen die Politik Aehrenthals los[1]).

Gleichviel übrigens, aus welchen Gründen die Vertreter der slawischen Völker der Monarchie die Billigung der Annexion aussprachen; die Tatsache stand fest, und ebenso die Unterstützung der Politik Aehrenthals durch die Deutschen und die Magyaren. Diese Einigkeit der sonst ewig streitenden Volksstämme war ein Zeugnis dafür, daß sie damals noch auf die Geltung der Monarchie in Europa Wert legten. Eine entschlossene Tat ermutigt die Freunde, reißt die Unzuverlässigen mit sich fort. Eine kräftige und kluge äußere Politik war noch das einzige Mittel, um das Gefühl der Zusammengehörigkeit wachzurufen, das bereits im Schwinden begriffen war. So weit hatte sich die Annahme Aehrenthals als richtig erwiesen, so daß er gerüstet in den wechselvollen Kampf eintrat, der sich unmittelbar darauf um die Annexion entspann.

*

Charakteristik Aehrenthals

Der Staatsmann, der von jetzt ab in den Vordergrund tritt, Alois Lexa Freiherr von Aehrenthal, war 1854 als Sproß einer reichbegüterten Familie des deutsch-österreichischen Adels geboren. Sein Urgroßvater Lexa, der Abstammung nach Jude, erwarb unter Kaiserin Maria Theresia ein großes Vermögen, trat zum Christentum über und wurde mit dem Titel von Aehrenthal geadelt. Der spätere Minister

[1]) Als Kramař in dem öffentlichen Verhör gefragt wurde, weshalb er den wichtigen Brief Tscharykows nicht zur Kenntnis des Ministers des Äußeren gebracht habe, mit dem er in regelmäßiger Verbindung stand, erwiderte er, Aehrenthal sei von den Absichten der russischen Regierung ohnedies unterrichtet gewesen. Dem trat der Militäranwalt mit der Bemerkung entgegen, daß Österreich-Ungarn noch durch fünf Monate unter der Drohung eines Krieges wegen Bosniens gestanden sei und sich deswegen rüsten mußte; der Brief Tscharykows wäre also für seine Regierung doch ein wichtiges Schriftstück gewesen.

begann seine diplomatische Laufbahn in Petersburg zur Zeit, da Graf Kálnoky dort Botschafter war. Dieser wußte die Begabung des jungen Mannes zu schätzen, gewann ihn lieb und berief ihn, als er die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernahm, ins Ministerium nach Wien, wo sich Aehrenthal bestens bewährte. Er genoß das volle Vertrauen des Ministers und erhielt Einblick in alle geheimen Geschäfte. So rückte er rasch von Stufe zu Stufe, wurde 1895 Gesandter in Bukarest, 1899 bis 1906 Botschafter in Petersburg. Hier erwarb er sich solches Ansehen, daß Hardinge, zur selben Zeit in Petersburg englischer Botschafter, bei der Ernennung Aehrenthals zum Minister des Äußeren das Urteil fällte, er sei der hervorragendste unter den fremden Diplomaten an der Newa. Der österreichisch-ungarische Vertreter nahm dort bei Hofe und in der vornehmen Gesellschaft eine Ausnahmsstellung ein. Die russische Sprache hatte er sich, dank seiner Kenntnis des Tschechischen, schon bei seinem ersten Aufenthalte in Petersburg angeeignet. Mit vielen russischen Staatsmännern stand er in vertrauten Beziehungen, doch mit keinem von ihnen sprach er sich so gut wie mit dem Reichskontrollor Schwanebach, einem kenntnisreichen Deutschrussen, der den Absolutismus für die einzige in Rußland mögliche Regierungsform hielt und deshalb viel beim Zaren galt. Aus zwei Gründen gefiel Aehrenthal dem russischen Hofe. Einerseits tat er alles, um das Wiener Kabinett während des mandschurischen Krieges bei der Neutralität festzuhalten; andererseits sprach er sich mit allem Nachdruck für die Wiederherstellung der durch die russische Revolution erschütterten Zarengewalt aus. Selbst die Minister Nikolaus II. gingen darin nicht weiter als er, auch standen Goremykin, Stolypin und Schwanebach, die den Zaren in dieser kritischen Zeit berieten, durch den Letztgenannten mit Aehrenthal in steter Fühlung. Der österreichische Botschafter ließ sich zu dieser Haltung nicht bloß dadurch bestimmen, daß er selbst monarchisch und konservativ fühlte. Er war auch der Ansicht, die Donaumonarchie könne sich mit dem Zaren verhältnismäßig leicht über den Balkan verständigen, werde dagegen immer gegen die herrschende Strömung im Volke zu kämpfen haben, die sich überhaupt schwerer berechnen lasse als die Politik des Hofes. In dieser Rechnung lag allerdings ein Unterschätzen der öffentlichen Meinung, da sich auch der Zar ihr nicht ganz entziehen konnte. Begreiflich aber, daß der Hof an Aehrenthal Wohlgefallen fand, was die Eifersucht selbst der deutschen Diplomatie erregte. In Berlin stieg der Verdacht auf, Aehren-

thal arbeite auf ein österreichisch-russisches Bündnis unter Beiseiteschiebung des Deutschen Reiches hin. Das war jedoch ein Irrtum, und er überzeugte die deutsche Regierung durch sein Wirken als Minister, daß das Bündnis mit Deutschland auch ihm als Eckstein der österreichischen Politik galt.

Das Eigene in seiner Persönlichkeit war die Verbindung von Geistes- und Charaktereigenschaften, die sich auszuschließen scheinen. Er war ein methodischer Kopf, der jeden Gedanken folgerichtig zu Ende dachte, der in seinen Kenntnissen, seinen Ideen volle Ordnung hielt; daneben besaß er ein leidenschaftliches Naturell, das mit Heftigkeit losbrechen konnte und nur mit aller Selbstbeherrschung im Zaume zu halten war. Die äußere Ruhe, die er in Staatsgeschäften bewahrte, die Kälte seiner Umgangsformen waren durch strenge Selbstzucht erzwungen. Er war ein fleißiger Arbeiter und verfügte über ein starkes Gedächtnis wie über eine gute historische und staatsrechtliche Bildung. Diese Eigenschaften kamen ihm bei der Formung seiner politischen Gedankengänge zugute, deren Geschlossenheit imponierte. Er arbeitete seine Entwürfe im Geiste sorgfältig durch, so daß ihm auch die Einwendungen klar vor Augen standen; so fand man ihn bei der Aussprache gerüstet und mußte sich sagen, daß der Einspruch ihm nichts Neues sagte. Ein Gespräch mit ihm erhielt seinen Reiz nicht durch überraschende Einfälle, nicht durch Geist und Witz, in welchem Betracht er nicht hervorragte, sondern durch die strenge Logik seiner Ausführungen. Wollte er sich klar ausdrücken — was nicht immer der Fall war —, so machten seine Ideengänge den Eindruck wie die Muster der Teppiche, die in den Warenhäusern zu den Füßen der Käufer ausgebreitet werden. Er entwickelte seine Gedanken wie etwas Selbstverständliches, ohne stärkere Betonung oder Schattierung der Rede, aber so, daß die einzelnen Glieder des Beweises sich wie von selbst ineinanderfügten.

Dabei stand ihm ansehnliche dialektische Kunst zu Gebote, wenn er etwas zu verhüllen hatte oder den anderen hinhalten wollte. Das verstand er wie irgendein Diplomat der alten Schule. Wollte er seine wahre Meinung verbergen oder jemanden auf eine falsche Fährte locken, dann setzte er seine Worte so zweideutig wie ihm gut schien. Deshalb haben manche fremde Diplomaten über seine Unaufrichtigkeit geklagt, wogegen die scharfsinnigen unter ihnen Aehrenthal günstig beurteilten. Diese verschiedenen Ansichten hörte man von den zwei englischen Botschaftern, die mit ihm während seiner Ministerschaft zu tun hatten.

Der etwas schwerfällige Goschen behauptete, Aehrenthal gehe auf Täuschung aus, während dessen Nachfolger Cartwright, ein Mann von schneller Auffassung und einem Aehrenthal ähnlichen Scharfsinn, wiederholt versicherte, er sei mit ihm gut ausgekommen und habe den österreichisch-ungarischen Minister ungefähr so offenherzig und so zurückhaltend gefunden, wie es im diplomatischen Verkehr überhaupt zu erwarten sei. Die von Goschen erhobene Beschwerde bezog sich auf sein Erlebnis gelegentlich der Ausrufung des Fürsten Ferdinand zum Zaren. Kurz vor dem Ereignisse fragte Goschen den österreichischen Minister des Äußeren, was an dem Gerüchte aus Bulgarien wahr sei, worauf dieser ausweichend ungefähr erwiderte, er habe keine Kenntnis von dem Bevorstehen der Unabhängigkeitserklärung. Aehrenthal sprach dem Wortlaute nach die Wahrheit, denn er selbst wurde durch den plötzlichen Entschluß Ferdinands überrascht, wenn er sich auch über die Sache selbst mit ihm früher geeinigt hatte. Goschen jedoch erklärte sich von Aehrenthal hintergangen. Zur Steuer der Wahrheit ist aber zu bemerken, daß es im diplomatischen Verkehr für ungehörig gilt, über geheime Staatssachen Fragen zu stellen, da über sie eine Auskunft nicht erteilt werden darf. Darauf berief sich Aehrenthal und behauptete, er habe von seinem Rechte, eine ausweichende Antwort zu geben, Gebrauch gemacht. Er verstand es übrigens in bedenklichen Fällen, das nun einmal nicht Wegzuleugnende in längere Perioden einzuwickeln, oder die Tatsache, von der er den Hörer ablenken wollte, in einem tonlos gesprochenen Nebensatze zu verstecken. Dort wurde sie nur bemerkt, wenn man gut zuzuhören verstand. Da er selbst rasch und sicher auffaßte, so fand er, es sei Schuld des anderen, wenn er nicht in den Sinn seiner Worte eindrang.

Es wäre aber irrig, zu glauben, Aehrenthal habe seine Ansichten, seine Zu- und Abneigungen gleißnerisch verborgen. Galt es nicht ein geheimes Spiel und diplomatisches Ringen, so ließ sein Vorgehen an Bestimmtheit nichts zu wünschen übrig. Auch er war, was Bismarck von sich sagte, ein guter Hasser. Grollte er, so war er unversöhnlich und blieb sich darin auf jede Gefahr hin treu; immer erwies er sich als Mann von stolzem Ehrgefühl und ungewöhnlichem Mute. Das bekam unter anderem der päpstliche Nuntius Granito del Belmonte zu spüren, der sich einmal über kirchenpolitische Angelegenheiten für eine Zeitung ausfragen ließ und dabei die Unvorsichtigkeit beging, Zweifel an der Wahrheit einer Behauptung Aehrenthals auszusprechen.

Darauf erklärte der Minister, er müsse alle nichtamtlichen Beziehungen zum Nuntius abbrechen, und er blieb dabei in der ganzen Zeit von Belmontes Aufenthalt in Wien, obwohl alle möglichen Versuche gemacht wurden, Aehrenthal milder zu stimmen. Es war nichts Geringes, daß ein Minister des katholischen Österreich den Vertreter des Papstes nur als solchen gelten ließ, sonst aber wie Luft behandelte. An Feinden hat es Aehrenthal denn auch unter den fremden Diplomaten wie in der österreichischen Aristokratie nicht gefehlt. Auch mit dem deutschen Botschafter Tschirschky, besonders aber mit dem bulgarischen Agenten geriet er in arge Weiterungen. Es fehlte ihm die Geschmeidigkeit in der Behandlung der Menschen und der Dinge, wodurch er sich die Geschäfte oft erschwerte. Das Herbe in seinem Wesen brachte neue Verwicklungen zu den bereits in der Sache liegenden. Er wollte geachtet und von seinem eigenen Gegner wie von denen des Staates gefürchtet sein; es lag ihm nichts daran, darob einen neuen Kampf aufzunehmen[1]).

In der äußeren Politik rechnete er sich nicht zur Schule Andrássys, der die Ansicht hegte, Österreich-Ungarn müsse sich den Weg nach Saloniki offen halten, sondern trat als Minister in die Fußtapfen Kálnokys, der sich bescheidenere Ziele gesetzt hatte. Zu dieser Selbstbeschränkung gelangte Aehrenthal jedoch erst im reiferen Alter, denn als jüngerer Diplomat sprach ihn der Gedanke der Teilung der Balkanhalbinsel zwischen Österreich-Ungarn und Rußland an. Mit den Jahren kam er von dieser Idee ab und sprach sich vor der Öffentlichkeit wie im Kreise von Freunden nachdrücklich im Sinne der Selbstbescheidung aus. Er hörte es ungerne, wenn man ihm und dem Wiener Kabinett trotzdem weitfliegende Entwürfe und einen erst am Ägäischen Meere haltmachenden Ehrgeiz

---

[1]) Einen Niederschlag der Aehrenthal feindseligen Stimmungen findet man in der mißgünstigen Darstellung der Politik Aehrenthals in dem Buche von H. W. Steed, "The Hapsburg Monarchy", London 1913, S. 206—295. Steed hatte als Korrespondent der „Times" durch den Verkehr mit den Botschaftern Goschen und Cartwright Einblick in die Verhältnisse; sein Urteil ist jedoch durch den Haß gegen Deutschland und gegen jedermann getrübt, der dem Dreibund seine Unterstützung lieh. Grobe Irrtümer fehlen nicht, so Seite 269, wo er von der Absicht Bismarcks schreibt, den Papst durch eine in Civitavecchia gelandete deutsche Truppenabteilung der deutschen Politik fügsam zu machen; so auch Seite 232, wo erzählt wird, Deutschland habe zur Zeit des Burenkrieges ein Bündnis gegen England aufrichten wollen, sei aber von Rußland und Frankreich abgewiesen worden — was sich so ziemlich umgekehrt verhält. Das lebendig geschriebene Werk Steeds darf daher nur mit Vorsicht benützt werden.

zutraute. Die türkische Herrschaft auf der Balkanhalbinsel müsse man, solange es eben ginge, zu erhalten trachten.

Das war aber nur sein vorläufiges Programm, während seine letzten Ziele in der oben erwähnten geheimen Denkschrift vom 9. August 1908 entwickelt sind. Er geht hier von der Voraussetzung aus, das Ende der Türkenherrschaft nahe unaufhaltsam. Dann sei „das Übel an der Wurzel zu fassen und den großserbischen Zukunftsträumen ein Ende zu machen". Dazu diene am besten ein Bündnis mit Bulgarien. „Der Antagonismus zwischen Bulgarien und Serbien", so fährt er fort, „ist schon heute ein Faktor, mit dem gerechnet werden kann; in Bulgarien ist die Überzeugung vorherrschend, daß der Weg nach Mazedonien über den Leib des serbischen Staates gehen muß, und es ist sicher, daß um den Besitz von Üsküb der heftigste Streit zwischen Serbien und Bulgarien entbrennen wird. Fördern wir in diesem Streit die bulgarische Sache und begünstigen wir die Schaffung eines Großbulgarien auf Kosten Serbiens, so ist die notwendige Vorbereitung getroffen, um in einem Momente günstiger europäischer Konstellation die Hand auf das noch übrige Serbien legen zu können. Dann hätten wir die sicheren Grenzen, von denen ich früher gesprochen: ein unter unserer Ägide selbständig gewordenes Albanien, ein Montenegro, mit dem wir freundschaftliche Beziehungen unterhalten, und ein Großbulgarien, das uns zu Danke verpflichtet ist." All dies ist zwar infolge des großen Krieges versunken und verloren, indessen hat die Geschichte auch über gescheiterte Entwürfe zu berichten, um so mehr, wenn sie mit solcher Klarheit entwickelt sind.

Von Kálnoky, den er sonst als Wegweiser und väterlichen Freund verehrte, unterschied er sich durch kühnes Ausgreifen in der Politik. Sein Vorgänger ebnete sich behutsam den Pfad, er selbst ging oft herausfordernd einher. Er hielt dafür, daß eine kraftvolle äußere Politik zur Festigung der Donaumonarchie beitragen werde. Schon deshalb ergriff er jede Gelegenheit zum Einwirken auf die Weltbegebenheiten. Daß er hierbei Mittel und Wege wechselte, lag in der Natur der Sache. Im Jahre 1907 betrieb er den Bau der Sandschakbahn; als sich ihm im nächsten Sommer durch Iswolskijs Angebot andere und bessere Aussichten eröffneten, ließ er den Sandschak fahren, betonte jedoch in seiner Denkschrift vom 9. August 1908, daß die österreichischen Eisenbahnpläne auf dem Balkan festzuhalten wären. Jedesmal ließ sich die öffentliche Meinung Österreichs und Ungarns —

abgesehen von den ausgesprochenen Russenfreunden — von ihm leiten, weil man eine feste Hand am Steuer fühlte und einen Staatsmann sah, der nach längerem Zögern überhaupt etwas wollte.

Nachträglich ist es leicht zu sagen, daß Aehrenthal der Monarchie zuviel zumutete und nicht genügend erwog, sie halte einen Zusammenstoß auf Tod und Leben nicht aus. Indessen bestand sie unter seiner Leitung noch einmal die Probe als Großmacht, aber freilich forderte er durch die Annexion Bosniens erst recht die Gefahren heraus, in deren Bannung ein österreichischer Staatsmann seine höchste Pflicht zu sehen hatte.

XXV

Russisch-englische Niederlage im Annexionsstreit

16*

XXV. Russisch-englische Niederlage im Annexionsstreit

Sturm aus London gegen Österreich-Ungarn

Es war vorauszusehen, daß sich gegen die Annexion Widerspruch erheben werde; überraschend aber war die Welle des Zornes und der Bitterkeit, die dem Wiener Kabinett aus England entgegenschlug. Jenseits des Kanals fielen harte Worte über die Vermessenheit des Wiener Kabinettes, sich über einen Vertrag und zugleich über den Machtwillen Großbritanniens hinwegzusetzen; aber auch Iswolskij wurde ob seiner Mitschuld schwer getadelt. Das Londoner Kabinett hatte allen Grund, ungehalten zu sein, doch mehr über seinen russischen Freund, als über den ihm fernstehenden österreichischen Minister. Denn die zwei festländischen Kabinette einigten sich über Bosnien, Konstantinopel und Bulgarien, ohne bei England anzufragen, das vor eine fertige Tatsache gestellt wurde. Großbritannien war gerade daran, die Türkei in sein System von Bündnissen und Freundschaften aufzunehmen, da traten die Kaisermächte dazwischen und führten gegen die Pforte gleichzeitig drei Stöße, zwei auf den Außenrand ihrer Herrschaft — Bosnien, Bulgarien —, einen gegen die Meerengen, das Herz des osmanischen Reiches. England als Weltmacht war damit zum Kampfe herausgefordert.

Die öffentliche Meinung jenseits des Kanals brauste aber auch aus einem anderen Grunde auf. Soeben hatten sich der britische und der türkische Liberalismus verbrüdert und die Jungtürken wurden als Freiheitshelden gefeiert. Diese Schwärmerei sollte sich zwar nach wenigen Monaten verflüchtigen, jetzt aber war sie auf ihrem Höhepunkt; wie konnte nur Österreich sich erlauben, die jungtürkische Regierung durch sein Zugreifen zu verletzen und ihre Reformarbeit zu stören? Es wäre zwar logisch gewesen, sich auch über Bulgarien aufzuregen, da es sich gleichfalls über einen Vertrag hinwegsetzte. Die englische Regierung verstand es jedoch, die sittliche Entrüstung von Bulgarien ab- und auf Österreich-Ungarn hinzulenken, und in der äußeren Politik folgt die öffentliche Meinung Großbritanniens fast immer gelehrig den Weisungen des Auswärtigen Amtes. Die Engländer fühlen sich

am wohlsten, wenn ihre moralischen Wallungen auch dem Vorteil ihres Landes, der Größe ihres Weltreiches dienen.

Noch hatte die habsburgische Monarchie nicht für die Sekundantendienste gebüßt, die sie dem Deutschen Reiche auf der Marokkokonferenz und später wieder geleistet hatte, als sie es ablehnte, England in der Frage der Einschränkung der Seerüstungen zu unterstützen. Wurde sie jetzt gedemütigt, so widerfuhr ihr dieses Ungemach als der Bundesgenossin Deutschlands. Schon am 7. Oktober hielt Sir Eduard Grey dem Wiener Kabinett im Unterhause eine kräftige Strafpredigt über die Pflicht der Einhaltung von Verträgen. Wohl habe sich, dies gab der Minister zu, an der Lage des gut verwalteten Bosniens in der Sache nichts geändert, aber das von Österreich eingeschlagene Verfahren könne mit Hinblick auf das internationale Recht nicht ruhig hingenommen werden. Auf denselben Ton war die Antwort gestimmt, die Eduard VII. am 10. Oktober dem Kaiser von Österreich auf dessen Brief vom 30. September sandte; der König sprach ganz steif sein Bedauern über den gefaßten Entschluß aus und verwies darauf, daß die Verträge nur geändert werden könnten mit Zustimmung aller beteiligten Staaten. Diese Rache für die in Ischl erfahrene Abweisung wird dem Könige wohlgetan haben.

Die Beziehungen Greys zu der englischen Presse wurden durch seinen Privatsekretär unterhalten, der sich auf sein Geschäft verstand und gegen Österreich-Ungarn alle Windschläuche öffnete. Tag für Tag wurde dem Wiener Kabinett neben seinen alten Sünden auch die neueste vorgehalten; selbst Kaiser Franz Josef erfuhr keine Schonung, wenn er auch eher bedauert als angeklagt wurde. Aehrenthal aber galt als Meister der Arglist, als Träger einer Politik des Raubes, worin er sich Bismarck als Vorbild genommen haben sollte. So bezeichnete der „Daily Graphic" die Annexion als „ein Beispiel von Brigantentum, für das selbst in den räuberischen Zeiten der europäischen Geschichte nur schwer eine Parallele zu finden wäre", und ebenso gehässig äußerte sich der „Daily Telegraph": „Wenn die Herren im Privatleben die Karten in der Manier gemischt hätten, die die Hauptakteure in dieser Intrigue gewählt haben, würden sie aus ihren Klubs ausgeschlossen werden. Die Annexion ist ein tödlicher Schlag gegen die Moral[1]."

[1]) Die Zitate nach Th. v. Sosnosky, „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns", II, S. 160.

Iswolskij in Paris und London

Das war die Luftströmung, in die Iswolskij geriet, als er Anfang Oktober in Paris eintraf. Hier fand er den Brief Aehrenthals vom 30. September vor, der ihm den für die Annexion ins Auge gefaßten Zeitpunkt (7. Oktober) bekannt gab. Würde er schon damals gefunden haben, das Wiener Kabinett setze sich damit über die getroffene Abrede hinweg, so hätte er mehrere Tage zum Einspruche Zeit gehabt. Da er es unterließ, ist es klar, daß das Vorgehen Aehrenthals ihm keinen Grund zu einer Beschwerde bot.

Nur über eines durfte er sich mit Recht beschweren. Botschafter Graf Khevenhüller brachte aus Wien sowohl den Brief an Iswolskij wie das Schreiben des Kaisers an den Präsidenten der französischen Republik mit, welch letzteres er einige Tage später hätte übergeben sollen. Da er aber erfuhr, Präsident Fallières habe einen Jagdausflug vor und kehre erst am 7. Oktober zurück, sprach er schon am 3. Oktober bei ihm vor; so geschah es, daß die französische Regierung von der Sache ungefähr gleichzeitig unterrichtet wurde wie Iswolskij. Auch erging sich Khevenhüller bei der Audienz etwas redselig über das mit Rußland wie auch mit Bulgarien erzielte Einvernehmen, was Iswolskij um so unangenehmer war, als er beabsichtigt hatte, seine französischen Freunde selbst in die Sache einzuweihen und auf seine Seite zu bringen[1]).

So fand der russische Minister in Paris eine unfreundliche Aufnahme. Man war hier mit Recht ungehalten, daß er sich mit den Mächten des Dreibundes verständigt hatte und Frankreich erst nachträglich heranzog. Solch einen Bundesgenossen, das sagte ihm Clemenceau auf den Kopf zu, könne die französische Regierung nicht brauchen. Jetzt erst erkannte Iswolskij, daß er sich etwas Schlimmes

[1]) Khevenhüllers Verhalten wurde von Aehrenthal gerügt und Berchtold erhielt den Auftrag, in Petersburg zu erklären, der Minister bedauere das „impetuose Vorgehen" des Botschafters in Paris. Nach Iswolskijs Angabe, deren Glaubwürdigkeit dahingestellt bleiben mag, hätte er den Brief Aehrenthals vom 30. September erst einen Tag nach der Audienz Khevenhüllers bei Fallières erhalten. So berichtete Berchtold nach Wien am 30. Oktober 1908. Anderseits sagte Iswolskij im Gespräch mit diesem, er wolle zugeben, daß seine verspätete Benachrichtigung „vornehmlich einer Verkettung unglücklicher Zufälligkeiten zuzuschreiben sei".

eingebrockt hatte. Er verließ, von dem bitteren Spott Clemenceaus verfolgt, die französische Hauptstadt und versuchte sein Glück in London. Hier wurde er von König Eduard und Grey erst recht in die Lehre genommen. Es verletzte Eduard VII. und Clemenceau, daß Iswolskij zu Karlsbad und Marienbad mit ihnen getafelt und beraten hatte, ohne über seine Verhandlung mit dem Wiener Kabinett ein Wort fallen zu lassen. Wie konnte man ihm bei solcher Hinterhältigkeit trauen? Nein, so hatte sich England den Dreiverband nicht gedacht. Es war nur recht und billig, daß die französische und die englische Regierung nichts von seinen Dardanellenplänen hören wollten; sie weigerten sich, auf die Pforte einen Druck auszuüben; das wäre, so bekam er zu hören, ein Unrecht gegen die liberal gewordene Türkei. Damit verflogen die Träume Iswolskijs. Die Buchlauer Abrede, wie die Verhandlung mit Tittoni, hatten zum Ergebnisse bloß die Annexion Bosniens, während Rußland leer ausging. Aehrenthal hatte, während Iswolskij in den diplomatischen Gewässern kreuzte, sein Schiff in den Hafen gebracht. In seiner Verlegenheit beteuerte der russische Minister schon in Paris, er wäre von der Annexion überrascht, in Buchlau sei darüber nur unverbindlich gesprochen worden. Als Beweis führte er an, daß auch Aehrenthal in Buchlau zugestanden hatte, die beabsichtigten Änderungen an den Verträgen könnten nur durch den Beschluß einer europäischen Konferenz Rechtskraft erhalten.

Das falsche Spiel des russischen Ministers begann am 6. Oktober während seines Aufenthaltes in Paris. Als nämlich Aehrenthal in Petersburg mitteilen ließ, er gedenke in einer vertraulichen Sitzung der Delegationen bekanntzugeben, daß die russische Regierung zugesagt habe, der Annexion gegenüber „eine freundschaftliche Haltung“ einzunehmen, fuhr Iswolskij mit einem Telegramm an das Ministerium des Äußeren in Petersburg gereizt dazwischen. Jene österreichische Darstellung werde zwar auch vom Botschafter Khevenhüller in Paris verbreitet, sei aber falsch, wovon er bereits die französische Regierung verständigt habe. Dann fuhr er fort, „er habe dem Baron Aehrenthal in Buchlau erklärt, daß er die Annexion als eine Verletzung des Berliner Vertrages und es als Notwendigkeit betrachten müsse, sie zu einem Gegenstand der Beratung der Mächte zu machen“. Hier war Falsches und Wahres miteinander vermengt, weshalb Berchtold, dem der Ministergehilfe Tscharykow das Telegramm Iswolskijs vorwies, sofort Einspruch erhob. Zu Buchlau habe ihm der russische Minister

persönlich einen Bericht über seine Unterredung mit Aehrenthal gegeben und ihm mitgeteilt, über die Balkanangelegenheiten sei das Einvernehmen erzielt worden. Am Tage nach diesem seinem Gespräch mit Tscharykow suchte Berchtold den Ministergehilfen wieder auf und machte ihm ernste Vorstellungen, worüber er nach Wien meldete: „Nach der mir zur Einsicht gegebenen telegraphischen Darstellung des Ministers (Iswolskijs) müßte man glauben, daß die Annexion ohne seine Zustimmung erfolgt sei. Es würde dadurch der ganze Akkord, der in Buchlau so glücklich zusammengeschweißt worden war, auf den Kopf gestellt. Ich hätte, sowohl Seiner Majestät unserem Allergnädigsten Herrn, als auch meinem Minister von dem Resümee Herrn Iswolskijs Kenntnis gegeben. Diese Angaben erscheinen nunmehr durch die neueste Stellungnahme des Ministers desavouiert. Sollte die letztere aufrechtgehalten werden, müßte ich mich gezwungen sehen, die Sprache, die Herr Iswolskij in Buchlau gebrauchte, als Irreführung zu betrachten. Ein weiteres Verbleiben auf meinem Posten wäre in diesem Falle ausgeschlossen. In sichtliches Unbehagen geraten, beteuerte mein Mitredner, daß es dem Minister gewiß nicht beifalle, den Akkord zu leugnen, daß nur die Worte ‚freundschaftliche Haltung‘ zu weit gingen, übrigens die voraussichtlich entgegengestellte Formel ‚Nichtverhindern‘ im wesentlichen aufs gleiche hinauslaufe.“ Tscharykow sprach noch die Hoffnung aus, die Sache werde sich ausgleichen lassen, worauf Berchtold erwiderte: „Ich versicherte dem Adjoint, daß dies auch mein Wunsch sei, bestand aber darauf, daß dem Minister mein peinliches Befremden telegraphisch gemeldet werde über dessen jüngste Darstellungsweise des Buchlauer Akkords, welche mir in unversöhnlichem Gegensatze zu stehen schien zu meiner früheren Auffassung desselben Themas [1]).“

Trotz dem tiefen Ernste dieser Auseinandersetzung war die Brücke zwischen Petersburg und Wien noch nicht abgebrochen, da Iswolskij

[1]) Auch in Wien ließ Iswolskij die Auffassung Aehrenthals bestreiten, und zwar durch ein dem russischen Botschafter Urussow am 8. Oktober gesandtes Telegramm. Dieser verständigte Aehrenthal davon, fügte aber begütigend hinzu, „daß Iswolskij nicht seine freundschaftliche Haltung in Abrede stellen wolle, sondern nur den größten Wert darauf lege, daß der Anschein vermieden werde, als sei die Annexion auf Grund einer Verständigung zwischen dem Wiener und dem Petersburger Kabinett erfolgt“. Aehrenthal räumte ein, eine vorherige Zustimmung Rußlands und Italiens zur Annexion habe nicht stattgefunden; weitergehende Äußerungen des Botschafters Khevenhüller seien diesem von seinem lebhaften Temperament eingegeben worden.

die österreichisch-ungarische Regierung wissen ließ, er sei bereit, die Ergebnisse der Besprechungen von Buchlau als tatsächlich erzielt (acquis) anzuerkennen und sie zur Grundlage seines Verhaltens auf der europäischen Konferenz zu machen; indessen bedeutete das nicht viel, da man über das Wesen jener Ergebnisse uneins war. Eine Verschärfung trat aber dadurch ein, daß Aehrenthal, über die Winkelzüge seines russischen Kollegen äußerst aufgebracht, in ausbrechender Leidenschaft ihm am 10. Oktober telegraphieren ließ, er werde, falls Iswolskij auf der Ableugnung verharre, ihren Noten- und Briefwechsel über die Balkanfrage veröffentlichen. Diese Drohung erregte bei Iswolskij ebenso Furcht wie Erbitterung, und es stieg in ihm der Haß gegen seinen glücklicheren und zugleich rücksichtslosen Nebenbuhler auf, ein Haß, der fortan sein Verhalten bestimmte und für die Ruhe Europas verhängnisvoll wurde.

*

Serbien. Die Türkei. Bulgarien. Italien

Die Wucht der von London aus gegen die habsburgische Monarchie unternommenen Angriffe hatte zur Folge, daß ihr ringsum Gegner erwuchsen. Wo aber bereits Feindseligkeit gegen Österreich-Ungarn bestand, wurde sie zu heller Flamme angefacht. Das war in Serbien und in Montenegro der Fall, über deren Ansprüche die Annexion wortlos hinwegschritt. Die Enttäuschung war hier um so größer, als damit alle Wühlarbeit in Bosnien und Kroatien ergebnislos, das dafür ausgegebene schöne Geld verloren schien. Niederdrückend wirkten auch die Ratschläge, die Iswolskij im September 1908 dem serbischen Minister des Äußeren in Karlsbad gegeben hatte. Indessen richteten sich die Geister bei der Kunde aus London wieder auf. Die Freude war um so größer, als Eduard VII. bis zu diesem Augenblick der serbischen Regierung ständig vorgehalten hatte, sie diene einem durch Königsmord auf den Thron gelangten Herrscher. Das war mit einem Male wie weggewischt, so daß durch die südslawische Welt die Ahnung flog, Großbritannien habe für die großserbischen Träume sein Herz entdeckt.

Demgemäß gingen in Belgrad die Wellen hoch. Kronprinz Georg hielt am 10. und 11. Oktober Ansprachen, die fast unverhohlen den Krieg gegen die Donaumonarchie forderten; er bot sich an, Führer der Freiwilligen zu werden, die für Nationalität und Ehre zu sterben bereit wären. Gleichzeitig veröffentlichte der großserbische Verein Slovenski Jug flammende Aufrufe gegen Österreich-Ungarn und bat die slawischen Völkerschaften der Monarchie um ihre Unterstützung. Die serbische Regierung verlangte Gelder zur Ergänzung der Rüstungen und die Volksvertretung faßte am 12. Oktober einen Beschluß, der eine Reihe von Beleidigungen und Herausforderungen der Nachbarmonarchie enthielt. Wenn die von einigen Abgeordneten geführte Sprache alles Maß überschritt, so trug jeder für sich die Verantwortung; der einstimmige Beschluß der Volksvertretung jedoch, der mit der Regierung vereinbart sein mußte, riß eine Kluft auf, über die hinweg letzten Endes nur die Kanonen sprechen konnten. Der Beschluß der Skupschtina lautete[1]:

„Schmerzlich berührt von dem großen Unrecht, das Serbien und dem serbischen Volke durch den Bruch eines internationalen Vertrages, ohne das Einverständnis des daran interessierten Volkes, von einer Seite geschehen ist, die diesen Vertrag unterzeichnet hat und ihn schützen sollte; tief überzeugt von der Größe der die ganze serbische Rasse bedrohenden Gefahr, die einen für ihre Unabhängigkeit und ihren Bestand sehr bedenklichen Präzedenzfall schafft; in ihrer Ergebenheit für die Interessen des allgemeinen Friedens und der Gerechtigkeit hierdurch bis ins Innerste beunruhigt und fest entschlossen, zu tun, was nötig ist, um in der durch die Gewalt geschaffenen Krise die Interessen Serbiens und seiner Landsleute zu sichern, spricht die Skupschtina, nachdem sie von den Erklärungen der Regierung und den Maßnahmen, die diese in dieser Sache zu ergreifen gedenkt, Kenntnis genommen hat, der Regierung einstimmig ihr Vertrauen aus und erwartet von ihr, daß sie die bedrohten serbischen Interessen in der energischesten Weise verteidigt. Zu diesem Zwecke stellt die Skupschtina der Regierung einmütig die ganze und geeinigte Kraft des serbischen Volkes zur Verfügung."

Eine derartige Sprache eines europäischen Staates war immer nur vor Ausbruch eines Krieges gehört worden, und Österreich-Ungarn

[1]) Die Übersetzung nach Schultheß' Geschichtskalender 1908.

hätte Grund gehabt, Rechenschaft zu fordern. Indessen ließ das Wiener Kabinett es bei Warnungen bewenden und Aehrenthal lehnte die Annahme des von der serbischen Regierung gegen die Annexion eingelegten Protestes mit der Begründung ab, daß Serbien die Berliner Kongreßakte nicht unterzeichnet habe, also kein Recht besitze, sich ihrer anzunehmen. Diese Langmut hatte aber nur die Folge, daß sich die Provokationen steigerten. Am 19. Dezember brachte die „Daily Mail" einen Bericht über Äußerungen, die Fürst Nikolaus von Montenegro zu ihrem Vertreter gemacht hatte; der Fürst sagte, er sehe keinen Ausweg als einen Krieg mit Österreich, wenn er sich auch über dessen Gefahren keiner Täuschung hingebe. Überhaupt fand unter dem Eindrucke der Annexion eine Versöhnung der zwei Herrscherhäuser von Serbien und Montenegro statt und Fürst Nikolaus fand wieder Gnade in den Augen der revolutionären großserbischen Klubs. Gleichzeitig machte der serbische Minister Milovanović eine Rundreise durch Europa, um die Kabinette zur Hilfe aufzurufen; Ende November fuhr der serbische Kronprinz mit dem Minister Pašić nach Petersburg, wo sie wohlwollend aufgenommen wurden. Serbien stellte zwei Forderungen, die der habsburgischen Monarchie nur durch einen Krieg abzuringen gewesen wären. Es verlangte für Bosnien und die Herzegowina Autonomie, die von den Großmächten zu verbürgen wäre, für sich selbst einen Hafen an der Adria nebst einem Landstrich, der vom serbischen Staatsgebiet bis dahin zu reichen hätte. Dieser Korridor zum Meere, wie man sich ausdrückte, hätte, der Natur der Sache nach, von Bosnien oder Dalmatien losgetrennt werden müssen. Nun war zwar die Forderung billig, daß den Naturprodukten Serbiens ein Ausweg zum Meere eröffnet werde; daß aber zu diesem Zwecke ein österreichisches Reichsgebiet abgetreten werden sollte, war ein ebenso starkes Verlangen wie das andere, das autonom erklärte Bosnien unter die Schutzhoheit der Großmächte zu stellen. Es war schon damals klar, daß über diese Dinge nur ein Krieg die Entscheidung bringen könne. Die serbische Regierung rüstete auch eifrig und ließ sich im Oktober einen Kredit von 16 Millionen, einige Monate später von weiteren 33 Millionen Franken, bewilligen. Außerdem schickte sie die bis zum Ausbruche der türkischen Revolution in Mazedonien tätig gewesenen serbischen Banden an die bosnische Grenze, wo sie sich zum Einbruche bereit machten. Von den bosnischen Bergen herab konnte man stellenweise die Übungen dieser Scharen ansehen. Infolge des Einspruches der österreichischen

Regierung wurden diese Banden gegen das Innere gezogen, was in der Sache keinen Unterschied machte[1]).

Über diese Drohungen konnte das Wiener Kabinett noch hinwegsehen, unangenehmer war, was sich gleichzeitig in der Türkei zutrug. Der Protest der Pforte zwar mochte hingehen, um so mehr, als es ihr gutes Recht war, sich zu Worte zu melden, wenn sie auch durch die Namensänderung der österreichischen Herrschaft in Bosnien keinen Verlust erlitt. Das Wiener Kabinett eröffnete mit ihr eine Verhandlung zum Ausgleich der in Frage stehenden Rechte über Bosnien. Das war um so notwendiger, als Mitte Oktober in der ganzen Türkei gegen alle Einfuhren aus Österreich und Ungarn ein Boykott in Szene gesetzt wurde. Das neuerwachte politische Bewußtsein der Bewohner des ottomanischen Reiches machte sich Luft und das jungtürkische Zentralkomitee leitete die Volksbewegung, während die Regierung der Sache fernzustehen behauptete. Durch fünf Monate lag der Handel der habsburgischen Monarchie in der Türkei vollständig darnieder. Vor den Läden der österreichischen und ungarischen Kaufleute standen drohende Gestalten, welche den Eintritt von Käufern verhinderten; die Lastträger in Stambul wie in allen türkischen Häfen verweigerten das Ausladen von Schiffen aus der Monarchie. Auch kamen der österreichischen Regierung aus den syrischen Häfen Beirut und Haifa Berichte zu, daß die britischen Konsuln zur Ächtung des Handels mit Österreich-Ungarn anspornten.

Aber weiter. Der gegen die Donaumonarchie entfachte Sturm hatte zur Folge, daß wie Pflaumen im Winde die unzuverlässigen Freunde, Bulgarien und Italien, von ihr abfielen. Nur Rumänien hielt dank der Festigkeit König Carols von Anfang bis zu Ende an den übernommenen Verpflichtungen fest. Den Bulgaren zwar war es kaum zu verargen, daß sie, von Rußland und England angelockt, nach den Vorteilen griffen, die ihnen vom Dreiverbande geboten wurden. Der erste Punkt des in Paris vereinbarten Programmes der europäischen Konferenz besagte: „Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens.“ Dieses Land wurde also von den Hütern der europäischen Verträge begnadigt, während Österreich in der Verdammnis blieb. Nicht bloß, daß die Lossagung des Fürstentums von der türkischen Lehenshoheit

[1]) Dem österreichisch-ungarischen Generalstab waren die Standorte der Banden genau bekannt und er entwarf jeweilig Karten, in welche ihre Aufstellungen eingezeichnet waren; Abdrücke davon wurden den Militärkommanden in Bosnien bekanntgegeben.

genehmigt werden sollte, Rußland gewährte ihm auch finanzielle Aushilfe. Bulgarien schuldete der Pforte noch den Tribut für Ostrumelien, der seit Jahren nicht bezahlt worden war; es hatte außerdem eine Entschädigung zu leisten, weil es, wie erwähnt, die sein Gebiet durchziehenden Eisenbahnen, die einer von der türkischen Regierung seinerzeit eingesetzten Gesellschaft gehörten, mit Beschlag belegt hatte. Im ganzen waren von Bulgarien dem türkischen Staatsschatze 125 Millionen Franken zu zahlen. Für diese Summe trat Rußland gewissermaßen als Bürge ein. Da das Zarenreich selbst vom letzten Türkenkriege her noch 40 Raten der Kriegsentschädigung zu fordern hatte, so wurde eine Verrechnung vereinbart, derart, daß die Schuld Bulgariens an die Türkei durch die der Türkei an Rußland gedeckt ward. Bulgarien bezahlte dafür dem russischen Staatsschatze mäßige Jahresraten, so daß die Bürde leicht zu tragen war. Es lag dem Kabinett von Petersburg viel daran, Bulgarien von Österreich abzuziehen, was ohne Mühe gelang. Deshalb wurde der Bulgarenfürst, bevor noch seine neue Würde von Europa anerkannt war, bei seiner Reise nach Petersburg am 22. Februar 1909 mit königlichen Ehren aufgenommen. Stolz auf den Erfolg ließ er bei Aehrenthal anfragen, ob er nicht auch nach Wien kommen könne, wo er gleichfalls als König behandelt zu werden hoffte. Der österreichische Minister jedoch, erbittert über das Abschwenken Bulgariens zu Rußland, ließ Ferdinand durch den bulgarischen Agenten Sarafow mit übelangebrachter Schroffheit sagen, über ihn persönlich könne der Fürst verfügen, dagegen könne von dessen Empfang als König in Wien, besonders beim Kaiser, nicht die Rede sein, bevor Bulgarien förmlich als Königreich anerkannt sei. Es scheint, daß Sarafow als Russenfreund in seinem Berichte nach Sofia die Absage Aehrenthals beleidigender schilderte, als sie gemeint war. Ferdinand aber, in seiner Eigenliebe schwer verletzt, und in Petersburg völlig gegen Österreich-Ungarn gewonnen, brach darauf mit Aehrenthal die persönlichen Beziehungen ab und ließ sich zur Abwechslung wieder mit den Gegnern Österreich-Ungarns ein. Maßgebend war für ihn, daß er die Donaumonarchie von Feinden umringt sah, so daß ihm das Einvernehmen mit Rußland und Serbien größere Vorteile zu bieten schien. Von jetzt ab spannen sich die Fäden, die sich schließlich zu dem bulgarisch-serbischen Waffenbunde von 1912 verdichteten.

Bulgarien stand nicht im Vertragsverhältnisse mit Österreich-Ungarn, es war also keine Treulosigkeit, wenn es seinen Vorteil wo immer

suchte. Anders Italien. Dieser unzuverlässigste aller Bundesgenossen machte sich für den Fall, daß das über der Donaumonarchie zusammengezogene Gewölk losbrechen sollte, zum Abfall bereit. Tittoni hatte zwar mit Aehrenthal das Notwendige verabredet und, wie erwähnt, in einer Anfang Oktober vor seinen Wählern gehaltenen Rede die vollzogene Annexion zustimmend besprochen. Sobald aber England an den Schild schlug und den Heerbann gegen Österreich aufrief, konnte Italien nicht fernbleiben. Am 7. Oktober sagte König Viktor Emanuel zum Botschafter Lützow, die Annexion sei ein gegen den Berliner Vertrag geführter Messerstich. Die öffentliche Meinung machte sich die britische Auffassung zu eigen, und Tittoni geriet ins Gedränge; er wurde in der Parlamentsdebatte vom 1. bis zum 4. Dezember 1908 wegen seiner Abmachungen mit Aehrenthal mit Vorwürfen überhäuft. Der in allen Sätteln gerechte Minister hatte keine Lust, sich Österreich zuliebe zu opfern, und hielt eine Antoniusrede, in der er zwar seine Dreibundsfreundlichkeit beteuerte, dabei aber die habsburgische Monarchie preisgab. Er versicherte, er habe sich Aehrenthal gegenüber zu nichts verpflichtet, Italien besäße also auf der zu berufenden Konferenz freie Hand und befände sich mit Rußland in so freundschaftlichem Einvernehmen wie noch nie[1]). Das alles widersprach seinem am 4. Oktober Aehrenthal gesandten Briefe, was er bei Lützow mit den ihm erwachsenen Verlegenheiten entschuldigte.

In Wien hörte sich das recht ungemütlich an, zumal die Irredentisten auf der Halbinsel mobil machten und auf einen Krieg gegen Österreich-Ungarn hinarbeiteten. Dazwischen fanden in Wien Schlägereien zwischen deutschen und italienischen Studenten statt, die in Italien weidlich gegen Österreich ausgebeutet wurden. Wohl brachte das furchtbare Erdbeben vom 28. Dezember 1908, durch das Messina in Trümmer gelegt wurde, eine Ablenkung, da Italien in Trauer versenkt und mit der Hilfe für Sizilien beschäftigt war. Aber in Österreich gab man sich im November und Dezember keiner Täuschung darüber hin, daß Italien sich auf die Seite der Gegner der Monarchie stellen werde, falls diese losschlugen. Militärische Vorkehrungen auf der Halbinsel mahnten zur Vorsicht.

[1]) Reden Tittonis vom 3. und 4. Dezember in der Sammlung seiner Reden „Italien, der Dreibund und die Balkanverträge". Berlin 1913.

*

Aehrenthals feste Haltung

Da nun bloß Deutschland — dieses allerdings eisenfest — zu Österreich-Ungarn hielt und sonst alle Welt auf dieses Reich losschlug, wurden auch in dessen Innerem alle Feindseligkeiten losgekettet. Die Deutschen zwar, die Magyaren und Polen unterstützten, von den Sozialdemokraten abgesehen, die äußere Politik der Monarchie; unter den Tschechen aber und den Südslawen gab es eine starke Strömung zugunsten der großserbischen Ansprüche. Schon damals schieden sich in Böhmen die Geister nach den im Weltkriege entscheidend werdenden Gesichtspunkten. Die tschechische Landbevölkerung, die bis fast gegen den Schluß des großen Krieges im kaiserlichen Heere ihre Pflicht tat, war im Reichsrate durch die Agrarpartei und die Klerikalen vertreten, welche von ihrer der Annexion günstigen Haltung nicht abwichen; die Jungtschechen aber, meistens in den Städten gewählt, machten unter Führung des Abgeordneten Kramař zugleich mit Iswolskij eine Schwenkung und fanden in der Dezembertagung des Reichsrates, die Annexion sei ungerecht, die Politik Aehrenthals schädige den Staat. Kramař befolgte eben jeweilig die von Petersburg kommende Losung. Gleichzeitig brach in den tschechischen Städten ein Begeisterungstaumel für Serbien los. Die Straßen Prags waren in diesen Monaten ohnedies von Unruhe erfüllt, da der Pöbel die deutschen Studenten, wenn sie in den Farben ihrer Verbindungen durch die Straßen gingen, bedrohte und beschimpfte. In weiterer Folge kehrte sich die Menge gegen die Haltung der Monarchie in der bosnischen Angelegenheit und ward nicht müde, Serbien, seinen König und sein Volk zu bejubeln. Die Behörden waren schwach genug, untätig zuzusehen, bis sich am 2. Dezember 1908 alle Bande der Ordnung lösten. Es war der Tag, an dem 60 Jahre vorher Kaiser Franz Josef den Thron bestiegen hatte, und in den übrigen Teilen Österreichs wurden zur Erinnerung an das Ereignis Umzüge und Fackelzüge veranstaltet. In Prag dagegen zogen die Massen durch die Straßen, Schmähungen auf den Kaiser und Hochrufe auf Serbien ausstoßend; sie verjagten die Polizeimannschaft und der Pöbel riß die deutschen Firmentafeln herab, zerstörte und plünderte auch Läden deutscher Kaufleute. Da mußte sich die Regierung ermannen — das immer vermittelnde Ministerium Beck war

im November entlassen worden — und verhängte über Prag das Standrecht.

In diesen sich häufenden Widerwärtigkeiten erprobte sich der feste Sinn Aehrenthals. Er wurde auch in seinem Lande hart angefeindet, wie jeder Staatsmann, der viel wagt und nicht sofort durchdringt. Es gab in der Aristokratie ahnenstolze Leute, die auf die junge Familie Aehrenthals — der Minister besaß erschreckenderweise nicht einmal die zur Erlangung des Kammerherrnschlüssels notwendigen sechzehn Ahnen — hochmütig herabsahen; in deren Salons rümpfte man die Nase über den Emporkömmling, der durch seine Politik die Freundschaft Rußlands verscherzt hatte. Dieser Vorwurf wurde auch von ernsten Männern erhoben, die fanden, er hätte mit Iswolskij alles klarer verabreden, ihm keinen Vorwand zu Klagen leihen sollen. Die Tschechen grollten ihm, weil er, gemeinsam mit dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand, das ihnen genehme Ministerium Beck zu Falle gebracht hatte. Die am Export in die Türkei beteiligten Fabrikanten und Kaufleute klagten laut über den ihnen zugefügten Schaden und meinten, Aehrenthal hätte sich mit der Pforte ins Einvernehmen setzen sollen, um die Annexion vorzubereiten. Die Sozialdemokraten endlich höhnten über seinen Mißerfolg, der den veralteten Methoden seiner Diplomatie zuzuschreiben sei. Indessen war der Sinn der großen Mehrheit des Volkes diesseits wie jenseits der Leitha zu gesund, um sich von diesen Gedankengängen einfangen zu lassen. In den Parlamenten zu Wien und Budapest wie in den Massen überwog die Stimmung, es sei Ehrensache, den Strauß durchzufechten.

Dazu war Aehrenthal auch entschlossen. Er blieb bei dem Beweisgrund, von welchem er sich bei seinem Vorgehen hatte leiten lassen: es sei ein Gebot der Staatsklugheit gewesen, die Gelegenheit zu ergreifen und auf Iswolskijs Vorschläge einzugehen. Ganz verkehrt aber würde er gehandelt haben, so setzte er auseinander, wenn er zuerst bei der Pforte angefragt hätte; denn die herrschende jungtürkische Partei würde, von England kräftig unterstützt, um keinen Preis auf die Souveränität der Pforte über Bosnien verzichtet haben; jede Verhandlung vor der Tat wäre daher ein Schlag ins Wasser gewesen. Und darin hatte Aehrenthal gewiß recht, ebenso, daß er in England den Hauptfeind sah. Er war übrigens sicher, daß Großbritannien nicht zum Schwerte greifen werde: verblüffen aber, so sagte er den fremden Diplomaten, verblüffen lasse er sich nicht. Am 26. Februar 1909 schrieb Aehrenthal

an Berchtold: „Es kann wohl nicht der leiseste Zweifel darüber obwalten, daß Herr Iswolskij seinen kaiserlichen Herrn über meine Politik und sein Verhältnis zu derselben auf das einseitigste zu informieren fortfährt. Nicht allein, daß er Kaiser Nikolaus bewogen hat, in langen Briefen an Seine Kaiserliche und Königliche Apostolische Majestät die schwersten Beschuldigungen gegen meine Person vorzubringen, — Herr Iswolskij hat seinen kaiserlichen Herrn auch veranlaßt, diese Beschuldigungen dem deutschen Botschafter in St. Petersburg gegenüber und auch in einem Schreiben an Kaiser Wilhelm zu wiederholen." Er rechnete mit Bestimmtheit darauf, daß das von seinen Niederlagen noch nicht erholte Rußland Frieden halten werde. Darin bestärkte ihn der Generalstabschef Conrad von Hötzendorf, der ihn sogar antrieb, selbst die Entscheidung durch das Schwert anzurufen, solange Rußland nicht gerüstet war. Das jedoch lehnte Aehrenthal ab. Er berief sich gerne auf eine Stelle in Jakob Burckhardts Betrachtungen zur Weltgeschichte, in welcher zwischen echten und falschen historischen Krisen ein feiner Unterschied gemacht wird, und nur von einer der letzteren könne gesprochen werden. Er schien keine Nerven zu haben und erwiderte, wenn man ihm von der schwankenden öffentlichen Meinung sprach: „Meinen Mitbürgern wird die Nervenmassage, die sie jetzt durchmachen müssen, heilsam sein." Man konnte gegen die Einleitung der Annexion manches einwenden und finden, daß er das Petersburger Kabinett unrichtig behandelt hatte: darüber aber, daß er in der Gefahr auf der Höhe seiner Aufgabe stand, herrschte nur eine Meinung.

Gegen die Einberufung einer europäischen Konferenz erhob er zwar keine Einwendung, wohl aber gegen das vorgeschlagene Programm. „Kompensationen für Serbien und Montenegro", so erklärte er, „seien nur auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, nicht aber durch eine Gebietserweiterung möglich [1])." Außerdem aber forderte er, daß die österreichisch-ungarische Souveränität über Bosnien auf der Konferenz nicht erörtert werden dürfe, sondern einfach registriert werden müsse. In London und Petersburg schlug man über dieses hochfahrende Verlangen die Hände über dem Kopf zusammen; auch seine Freunde fanden ihn in die-

[1]) In diesem Sinne berichtete der russische Geschäftsträger in London an Iswolskij 11./24. Februar 1909: Man sei in London der Ansicht, Serbien müsse vor der Vernichtung bewahrt werden, aber ohne Krieg mit Österreich werde sich nicht erreichen lassen, für Serbien andere als ökonomische Konzessionen zu erlangen. B. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, 1921, S. 75.

sem Punkte zu unbeugsam. Infolge dieser Vorstellungen erklärte er sich zu einer Erörterung mit den Großmächten bereit, aber nur von Kabinett zu Kabinett und vor der Konferenz. Denn er wollte sein Vaterland nicht einem förmlichen Tadel der Konferenz aussetzen, gleich dem 1871 über Rußland ausgesprochenen, als dieses Reich sich über den Dardanellenvertrag hinwegsetzte und im Schwarzen Meer Kriegsschiffe zu bauen begann. Und dabei blieb er mit dem Kernsatz: „Solange ich Minister bin, werde ich nicht zugeben, daß über Kaiser Franz Josef Gericht gehalten wird."

*

Bülow. Iswolskij. Clemenceau

Indessen würde Aehrenthal den Erfolg nicht haben erzwingen können, wenn das Deutsche Reich nicht in voller Treue zu Österreich-Ungarn gestanden hätte. Diese Rückendeckung war der Dank für die von Österreich-Ungarn 1906 und 1907 geleisteten Dienste. Schon am 6. Oktober 1908 benachrichtigte Bülow den deutschen Botschafter in Wien, Tschirschky, die deutsche Regierung lege „besonderen Wert darauf, daß man in Wien hinsichtlich der Annexionsfrage volle Sicherheit über unsere zuverlässige Haltung habe. Es sei dies für uns ein Erfordernis selbstverständlicher Loyalität." Als Aehrenthal dann die Bedingungen formulierte, unter denen allein das Wiener Kabinett die Konferenz beschicken werde, teilte der Reichskanzler am 13. Oktober nach London mit, Deutschland stehe seinem Verbündeten in seiner Auffassung zur Seite. An demselben Tage wurde Tschirschky angewiesen, in Wien mitzuteilen, es bestehe für das Berliner Kabinett weder Veranlassung noch Neigung, „das Vorgehen unseres Verbündeten einer Kritik zu unterziehen, wohl aber der feste Wille, in Erfüllung unserer Bundespflichten an seiner Seite stehen zu bleiben". Noch wärmer klang die von Kaiser Wilhelm dem Kaiser von Österreich auf dessen Brief gegebene Antwort vom 15. Oktober. „Du kannst", hieß es darin, „auch in dieser Frage auf meine unwandelbare persönliche Freundschaft und Verehrung, wie auf die enge Bundesfreundschaft zählen, die unsere Reiche verbindet."

Diese Haltung der deutschen Regierung war um so bemerkenswerter, als sie dadurch bei der Pforte Anstoß erregte und Gefahr bestand, die Türkei werde sich England völlig in die Arme werfen. Das war auch der Grund, weshalb Botschafter Freiherr von Marschall der österreichischen Regierung grollte und seiner Mißstimmung über die Annexion lauten Ausdruck gab; gehörte doch die Gewinnung der Türkei zu seinen Lebensaufgaben. Auch der Botschafter in Rom, Graf Monts, fand, daß Österreich-Ungarn die Freundschaft Deutschlands auf eine überflüssig starke Probe gestellt hätte. Dieser Ansicht begegnete man auch in vielen liberalen Zeitungen Deutschlands, wogegen die konservative und die klerikale Presse des Deutschen Reiches die kräftige Unterstützung Österreichs heischte und billigte. Die Rücksicht auf die Pforte war auch der Reichsregierung nicht fremd; deshalb wurde in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 7. Oktober die Behauptung abgewehrt, daß Deutschland das Wiener Kabinett zu seinem Vorgehen angeregt oder aufgestachelt hätte. Auch erklärte Bülow am 29. Mai 1909 im Reichstage, die deutsche Regierung sei von der Absicht der Annexion ungefähr zur selben Zeit wie die übrigen Mächte unterrichtet worden, und sie wisse dem Wiener Kabinett Dank dafür, daß es nicht früher geschehen sei. Diese Worte waren für Stambul berechnet, ohne daß das Berliner Kabinett einen Zweifel darüber ließ, Österreich-Ungarn sei seiner Unterstützung sicher. Bülow schrieb an Marschall einen sehr bestimmten Brief, in dem er ihn bat, die Opposition gegen die österreichische Politik fallen zu lassen, hinzufügend, dem Botschafter werde es bei seiner großen diplomatischen Erfahrung ohne Zweifel gelingen, eine Trübung des Verhältnisses Deutschlands zur Pforte hintanzuhalten. Kaiser Wilhelm teilte ganz die Auffassung des Kanzlers und trank bei einem Jagdbesuch in Österreich dem Freiherrn von Aehrenthal mit den Worten zu: „Weidmannsheil!" Der seit zwei Jahren im Ruhestande lebende Holstein empfahl dem Kanzler in einem Schreiben dringend eine kräftige Politik, woran es seines Erachtens auf der Algeciras-Konferenz gefehlt hatte. Auch ohne diese Mahnung wären der Kaiser und Bülow nicht von der eingenommenen Linie abgewichen; handelte es sich doch darum, der Welt zu zeigen, daß die zwei Mächte der europäischen Mitte bei festem Zusammenstehen dem Sturme aus Ost und West gewachsen seien.

Dabei war aber Bülow besorgt, Rußland nicht vor den Kopf zu stoßen. Von London und Paris nahm Iswolskij seinen Weg nach Berlin,

blieb hier vom 24. bis 26. Oktober 1908 und schüttete Bülow sein Herz aus. Er sprach mit solcher Bitterkeit von Aehrenthal, daß der Reichskanzler sich mit je einem Finger seiner Hände ein Ohr verschloß und sagte: „Lieber Freund, ich darf diese Worte nicht anhören, aber ich würde ebenso meine Ohren zustopfen, wenn der österreichische Minister in ähnlichen Ausdrücken über Sie spräche!“ So hielt er Iswolskij in guter Stimmung, aber dessen Ansehen war so gesunken, daß Kaiser Wilhelm ihn zwar zum Frühstück einlud, sich jedoch trotz allen Bemühungen Iswolskijs in kein politisches Gespräch mit ihm einließ. Iswolskij kehrte schweren Herzens nach Rußland zurück, das er vor drei Monaten mit hochfliegenden Entwürfen verlassen hatte. Diese lange Abwesenheit gehörte mit zu den Seltsamkeiten seiner Geschäftsführung.

Zu den Unannehmlichkeiten, die Iswolskij auf seiner Rundfahrt erlebte, gehörte die kühle und spöttische Art, mit welcher der französische Bundesgenosse seinen Bestrebungen folgte. Clemenceau machte den Feldzug nur lässig mit, da er seit seinem Marienbader Gespräche mit Eduard VII. auf der Hut war. Er hatte die Zügel in der Hand, während der Minister des Äußeren, Pichon, unter seinem Einflusse handelte, so daß der Direktor im Auswärtigen Amte, Louis, der mit Rußland durch Dick und Dünn gehen wollte, in Schranken gehalten wurde. Im Herbst 1908 war, wie noch ausführlicher zu erzählen ist, der Streit um Marokko aufs neue entbrannt; indessen hegte die deutsche Regierung nicht mehr Lust, scharf ins Zeug zu gehen und war zu einem Ausgleiche bereit. Dazu wurde sie auch durch die wegen Bosnien bestehende Spannung bestimmt. Eben diese Aufregung bot dem Pariser Kabinett die Möglichkeit, von Deutschland in Marokko Zugeständnisse zu erhalten; so weit, aber nicht weiter, ließ sich Clemenceau in eine Erörterung der bosnischen Frage ein. Unter diesen Umständen kam am 9. Februar 1909 zwischen Berlin und Paris ein Frankreich günstiges Übereinkommen zustande; während die Engländer und Russen Mitteleuropa bedrohten, machte Frankreich seinen Fischzug. Damit hing zusammen, daß die französische Presse sich nicht sonderlich gegen Österreich-Ungarn erhitzte. In den Pariser Zeitungen waren arge Hetzereien gegen England und Rußland zu lesen; der Neujahrsartikel des „Temps“, 1909, enthielt eine ernste Mahnung an England, den Kontinent nicht in Flammen zu setzen. Es hieß darin: „Seit dem Auftauchen der orientalischen Krise sind die englischen Blätter systematisch und unnötigerweise ag-

gressiv gewesen, und die Äußerungen hochstehender Persönlichkeiten schienen nicht beruhigender. Betrachtet man die plötzliche Wut, die gegen Österreich entfesselt wird, so fragt man sich, ob die englische Politik ihren Plan darauf beschränkt, den türkischen Markt dem Germanismus zu entreißen, oder ob sie nach diesem Pressekampf andere Kämpfe im Sinne hat, in denen übrigens ihr eigenes Risiko unbedeutend wäre. Ein auf die Balkanverwicklung gepfropfter europäischer Krieg würde augenblicklich den wirklichen Interessen keines kontinentalen Landes dienen. Denn keines dieser Länder hat bisher diesen Krieg gewollt, keines hat sich daher auf ihn vorbereitet. So entschlossene Anhänger der französisch-englischen Entente wir sind, so würden wir doch wünschen, daß im kommenden Jahre nicht gewisse in London begangene Unklugheiten den Gegnern dieser Entente das Spiel erleichtern."

Iswolskij war über die Haltung der französischen Presse höchst erzürnt und beklagte sich in dem Aufsatze, den er im September 1909 in die „Fortnightly Review" einrücken ließ, bitter über ihren Undank: habe sie doch anläßlich der beiden letzten russischen Anleihen die hübsche Summe von 1 400 000 Franken erhalten. Welch eine Naivität war es doch, die Rechnung über jene Bestechungen öffentlich vorzuweisen! In dem von Aehrenthal veranlaßten Gegenartikel Dillons in derselben englischen Revue wurde ihm witzig erwidert: der russische Minister gleiche dem Aktäon der griechischen Sage, der auf Befehl der von ihm beleidigten Diana von seinen eigenen Hunden zerrissen wurde.

Bei seiner Rückkehr nach Rußland, Ende Oktober 1908, fühlte sich Iswolskij im Amte bedroht. Sein Gehilfe und Nebenbuhler Tscharykow war über sein Mißgeschick nicht gerade unglücklich. Die Panslawisten machten ihm zum Vorwurf, sich mit Aehrenthal in Buchlau zu tief eingelassen und Serbien preisgegeben zu haben. In diesem Sinne sprachen Graf Bobrinskij und Pogodin in einer zu Moskau abgehaltenen Versammlung.

Diese nationalistischen Kundgebungen waren aber, wie immer, ungefährlich, wenn die Regierung die Nationalisten nicht zu Eroberungszwecken vorschieben wollte, denn die Massen hatten andere Sorgen als den Krieg gegen Österreich.

Im Grunde aber war man von den obersten Kreisen bis tief hinab einig darüber, daß Rußland es nicht auf einen Waffengang ankommen lassen könne.

Die von Iswolskij unter diesen Umständen eingenommene Haltung zeigte seine ganze Hilflosigkeit. Am 30. Oktober hatte er die bereits erwähnte Unterredung mit dem Grafen Berchtold, über welche dieser nach Wien des weiteren berichtete: „Die leidenschaftlichen Ausbrüche des Herrn Iswolskij klangen in wehmütigen Reflexionen persönlicher Natur aus. Er sei ein gebrochener Mann. In welch qualvolle Situation sei er seinem kaiserlichen Herrn gegenüber gebracht! Und wie schwierig, ja aussichtslos gestalte sich seine Stellung in Anbetracht der Stimmung der öffentlichen Meinung! Nicht einmal der Ausweg der Demission bleibe ihm offen, denn von einer solchen könne nun bei der allgemeinen Unruhe und der Sorge um den Stand der russischen Werte nicht die Rede sein. Er müsse auf seinem Posten bleiben, mißachtet und angefeindet von allen Seiten..." Berchtold vermochte, wie er schreibt, dem springflutgleich auf ihn herabdringenden Redestrom nur mit Mühe durch seine Einwürfe Einhalt zu tun. Iswolskij half sich beim Zaren dadurch, daß er ihm Aehrenthal in den schwärzesten Farben malte, auch besaß er noch so viel Einfluß auf ihn, um ihn zu einem Schreiben an den Kaiser von Österreich zu bestimmen, in dem Nikolaus II. (7. Dezember 1908) sich in ungewöhnlich scharfen Ausdrücken über dessen Minister beschwerte. Dieser trage die Schuld an der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Wien und Petersburg, er habe die diplomatischen Bräuche in einer Art mißachtet, daß der Zar sich persönlich verletzt fühle. Eine solche Politik lasse für die Verhältnisse auf dem Balkan das schlimmste, selbst einen Zusammenstoß mit den Waffen, befürchten. „Gott behüte uns", so rief der Zar aus, „vor einer solchen Eventualität, die der Möglichkeit guter Beziehungen zwischen Rußland und Österreich ein Ende machen und Europa in einen allgemeinen Krieg verwickeln könnte." In der vom 28. Januar 1909 herrührenden Antwort nahm Franz Josef seinen Minister in Schutz und suchte den Zaren zu begütigen. Es war noch ein Glück, daß das persönliche Verhältnis der Monarchen nicht unter den zur Unterschrift vorgelegten Briefen litt, in denen sich ihre Minister gegenseitig die unangenehmsten Dinge sagten.

Während Iswolskij seinen kaiserlichen Herrn ins Feuer schickte, brachte er sich selbst in Sicherheit. Das geschah durch ein im Dezember an die Mächte gerichtetes Rundschreiben, in dem Rußland sich aus der Schlinge zog. Das Petersburger Kabinett kritisierte zwar darin scharf das Vorgehen Österreich-Ungarns und begründete den Vorschlag auf Berufung einer europäischen Konferenz des näheren; indessen er-

klärte es sich bereit, dem Wunsche der österreichischen Regierung insofern Rechnung zu tragen, daß auf der Konferenz der vollendeten Tatsache der Annexion ohne Beratung zugestimmt werden solle; die Erörterung darüber zwischen den einzelnen Kabinetten könne vorher stattfinden. Was wollte Aehrenthal Besseres verlangen? In ähnlichen Wendungen bewegte sich die von Iswolskij am 25. Dezember in der Duma gehaltene Rede; nur erteilte er darin den Balkanstaaten den Rat, sich zu einem Bunde zusammenzuschließen. Das lag nun noch im Schoße der Zukunft, im wesentlichen aber leitete der russische Minister mit seiner Rede den Rückzug aus seinem unglücklichen Feldzuge ein. Er konnte sich eben den Folgen der vom Juni bis zum September mit Aehrenthal gepflogenen Unterhandlungen nicht entziehen. Mochte er auch mit Händen und Füßen um sich schlagen, er saß nun einmal in der Falle.

*

Kriegsgefahr

Unter allen Großmächten war England jetzt die einzige, die nicht locker ließ: sie verfolgte Österreich-Ungarn mit der Zähigkeit einer Bulldogge. Nicht daß die verantwortlichen Minister einen Krieg entfesseln wollten, dessen Schrecken mit der Geringfügigkeit des Anlasses in keinem Verhältnisse gestanden hätten; sie wollten jedoch dem Wiener Kabinette zeigen, daß England ihm mehr schaden als Deutschland nützen könne; auf der Konferenz sollte ihm eine Demütigung bereitet werden. Hierzu war nun freilich zunächst der Sturz Aehrenthals erforderlich, der davon überzeugt war, daß nicht bloß der Zar, sondern auch Eduard VII. darauf hinarbeiteten; der König, so behauptete er, habe schon einen Nachfolger für ihn bereit, den Botschafter in London, Grafen Albert Mensdorff, dessen Vater von mütterlicher Seite ein Vetter der Königin Viktoria gewesen war. Dieser persönliche Kampf war jedoch Nebensache; für England bestand der Hauptgewinn in der bitteren Verfeindung Rußlands mit Österreich-Ungarn, infolge deren sich das Petersburger Kabinett endgültig von Mitteleuropa ab- und den Randmächten zuwandte. Die Zerrissenheit des Festlandes ist die Voraussetzung der britischen Seeherrschaft; die Übermacht zur See

konnte und kann nur behauptet werden, wenn die großen Landmächte untereinander im Hader liegen. Diesen Zwiespalt zu vertiefen, wird immer das Hauptziel der britischen Politik sein, und darauf arbeiteten Grey und Hardinge hin, ebenso wie Eduard VII., der König, bereits mit Hinblick auf den ihm unvermeidlich scheinenden Krieg.

Zu dieser Zeit soll Eduard VII. den Ausspruch getan haben: „Wir haben schöne Bundesgenossen, Frankreich will und Rußland kann keinen Krieg führen.“ Ein beglaubigtes Zeugnis für die Absichten der Kriegspartei liegt aber in der Rede vor, die Winston Churchill am 11. September 1914 in einer Massenversammlung zu London hielt. Damals ermahnte er seine Landsleute, im Kampfe gegen Deutschland auszuharren, ohne mit der Wimper zu zucken; denn das sei der große Krieg, der bereits zur Zeit der bosnischen Annexion zu führen war, „wenn sich Rußland damals nicht so weit erniedrigt hätte, den deutschen Drohungen nachzugeben.“

Bedächtiger faßte Grey 1908 die Sache auf; ihm war es mehr um einen diplomatischen Sieg über Österreich-Ungarn zu tun, um Verstärkung auch des auf Mitteleuropa geübten Druckes. Darauf zielten seine in Belgrad und Konstantinopel gegebenen Ratschläge. Den Serben wurde jede diplomatische Unterstützung zuteil, so daß sie vornehmlich auf England rechneten, um auf der Konferenz einen Landgewinn einzuheimsen; doch erhielten sie den Wink, nicht zur Entscheidung mit den Waffen hinzuarbeiten, und Großbritannien beteiligte sich amtlich an den von Deutschland vorgeschlagenen Schritten der Großmächte, um Serbien zur Einstellung seiner Rüstungen zu bestimmen. Die Pforte wieder wurde ermuntert, ihre Zustimmung zur Annexion nur gegen ein gutes Stück Geldes zu erteilen. Darauf berief sich der Großwesir bei der Verhandlung mit Österreich-Ungarn; die Pforte für sich, so sagte er zum österreichisch-ungarischen Vertreter, würde sich ins Unvermeidliche fügen, England aber rate ihr, eine Geldentschädigung zu verlangen. Diese neue Liebenswürdigkeit Albions kostete der Donaumonarchie ein Stück Geldes. Zwar verweigerte das Wiener Kabinett eine Zahlung aus dem Titel der Anerkennung der Annexion, indessen willigte es, was an der Sache selbst nichts änderte, schließlich ein, der Pforte den mohammedanischen Kirchenbesitz in Bosnien, den Vakuf, abzulösen, wofür 56000000 Franken entrichtet wurden. Die Unterhandlung ging zähe von statten, was deshalb unangenehm war, weil unterdessen der Boykott gegen die Einfuhren aus Österreich und Ungarn

fortdauerte. Endlich wurde zwischen Wien und Konstantinopel am 26. Februar 1909 abgeschlossen; die verwickelten wirtschaftlichen Fragen waren in dem Vertrage gelöst und die Annexion in aller Form anerkannt. Mit demselben Tage hörte der Boykott auf.

Wohl standen noch Serbien und Montenegro unter Waffen und zum Einfalle bereit, noch war auch die Konferenz zu überstehen, indessen atmete man in Wien auf. So oft im Laufe des Winters die Kunde neuer Herausforderungen aus dem Süden eintraf und Aehrenthal gefragt wurde, wie lange sich die Monarchie das wüste Treiben werde gefallen lassen, erwiderte er: „Nur Geduld, zuerst schließen wir mit der Pforte ab, dann werden wir Serbien züchtigen!"

Es war arg genug, was sich der kleine Nachbar herausnahm. Kurz nach Neujahr beriet die Skupschtina wieder über die Annexion, und Protić, der Führer der altradikalen Partei, erklärte (vgl. Band II, S. 188) rundweg: „Zwischen uns und Österreich-Ungarn kann es nur dann Frieden und gute Nachbarschaft geben, wenn Österreich-Ungarn darauf verzichtet, eine Großmacht zu sein, wenn es sich entschließt, die Rolle einer östlichen Schweiz anzunehmen."

Noch viel wichtiger war, daß der russische Minister des Äußeren die großserbische Forderung aufstellte, Österreich-Ungarn müsse aus der Balkanhalbinsel geworfen werden. Milovanović galt für einen der gemäßigtsten Politiker Serbiens, aber auch er sagte: „Man kam auf die unglückselige Idee, Österreich-Ungarn in die Balkanhalbinsel einzubeziehen... Was man vor dreißig Jahren auf dem Berliner Kongreß als Argument für die Okkupation ... vorbrachte, daß nämlich auf diese Weise das Vordringen Rußlands verhindert, der Balkan aber Österreich-Ungarns Kultur eröffnet werde, erscheint heute als bitterste Ironie. Denn die Freiheit, welche die Balkanvölker von 1812 bis 1876 erlangten, erhielten sie durch Rußland, während Österreich-Ungarns erster Schritt auf dem Balkan darin besteht, daß es das Volk zweier serbischer Länder zu Sklaven macht (Zarobiti). Den Balkanvölkern droht nun von Österreich-Ungarn Gefahr, und das Gleichgewicht muß gegen Österreich-Ungarn verteidigt werden... Österreich-Ungarn muß aufhören, ein Balkanstaat zu werden[1])."

Das war zwar keine unmittelbare Kriegserklärung, wohl aber die Ankündigung, Serbien werde nicht ruhen, bis die Österreicher aus

[1]) Die angeführten Stellen nach Th. v. Sosnosky, „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns", II, S. 204.

Bosnien und der Herzegowina eigentlich vertrieben seien. Gleich damals erwartete man als Antwort den Einmarsch der kaiserlichen Truppen in Serbien; aber das Wiener Kabinett hielt noch an sich und sein Gesandter in Belgrad, Graf Forgach, erhielt den Auftrag, Aufklärungen bloß über den Ausdruck zu verlangen, daß Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina zu Sklaven mache. Milovanović wich zurück und behauptete, das Wort „zarobiti" sei nicht im Sinne von „unterjochen", „zu Sklaven machen", sondern bloß von „zu eigen machen", „untertan machen" gebraucht. So ging es in den nächsten Wochen weiter, die Sprache der Presse und der Abgeordneten Serbiens wurde immer heftiger. Am 23. Februar fand in Belgrad ein Ministerwechsel statt, durch den jedoch die Stellung des Ministers des Äußeren nicht berührt wurde. Der neue Kabinettchef Novaković führte sich durch ein Gespräch mit dem Mitarbeiter des „Matin" ein, der darüber berichtete: die Regierung Serbiens werde, wenn auch zwei Drittel des serbokroatischen Volkes dem Hause Habsburg unterworfen seien, es zu verhindern wissen, daß auch das letzte Drittel von Österreich aufgesaugt werde. Zu gleicher Zeit bewilligte die Skupschtina neue Beträge für Rüstungen und alle am Königsmorde von 1903 beteiligten Offiziere wurden wieder in die Armee eingereiht. Das geschah entgegen den dem Londoner Kabinett gemachten Zusagen, aber man hörte nichts davon, daß König Eduard darüber noch dieselbe sittliche Entrüstung empfand wie früher.

Unmöglich konnte eine Großmacht dies alles ruhig hinnehmen. Sollte Österreich-Ungarn Gewehr bei Fuß warten, bis Serbien losschlug oder aber sich die Sache anders überlegte? Indessen, so schwer auch das Wiener Kabinett gereizt war, es erklärte sich doch zunächst einverstanden, daß die deutsche und die französische Regierung, deren Zusammenwirken sich aus dem über Marokko erzielten Ausgleich ergab, einen Versuch zur Vermittlung machen sollten. In Berlin vereinbarte Staatssekretär Kiderlen-Wächter am 28. Februar mit dem Botschafter Jules Cambon eine Formel, welche Serbien unter Anerkennung der Annexion einen Ausweg eröffnete. Unglücklicherweise versagte jedoch das Petersburger Kabinett seine Zustimmung, so daß Serbien unter Waffen blieb und ein Losbruch zu befürchten stand [1]).

[1]) Dies und das folgende nach dem österreichisch-ungarischen Rotbuche: „Diplomatische Aktenstücke betreffend Bosnien und die Herzegowina, Oktober 1908 bis Juni 1909", Wien 1909. Vgl. auch B. Molden, „Alois Graf Aehrenthal", Stuttgart, und neuestens

In Wien drängten die Generäle zum Handeln, in erster Linie Freiherr von Conrad, der die Pläne zum Losschlagen fertiggestellt hatte. Nach seiner Ansicht war die Abrechnung mit Serbien unvermeidlich und der damalige Zeitpunkt günstiger als voraussichtlich ein späterer. Da von der Belgrader Regierung die Losreißung von Teilen der Monarchie als Programm angenommen war, so müsse es früher oder später zum Kriege kommen; es empfehle sich aber, den Handschuh aufzunehmen, bevor Rußland sich von seinen Niederlagen in der Mandschurei erholt hätte. Je länger man zögere, desto schwieriger gestalte sich die Lage; denn der Feind werde mit jedem Tage stärker, während die Mittelreiche auf der Höhe ihrer Machtentfaltung stünden.

Das war jedoch nicht die Ansicht Aehrenthals. Blieb Serbien auch weiter hartnäckig, dann allerdings stimmte auch der Minister des Äußeren für den Krieg, und er so furchtlos wie einer. Indessen zog er die friedliche Lösung vor, wenn auch nur unter der Bedingung, daß die zwei südslawischen Staaten sofort abrüsteten und in der bosnischen Sache nachgaben. Er zweifelte zwar nicht an dem Gelingen einer militärischen Unternehmung, und auch er war überzeugt, daß Rußland in diesem Zeitpunkte den Krieg nicht erklären werde. Es war jedoch sicher, daß, wenn Serbien von den kaiserlichen Truppen besetzt und zum Vasallen herabgedrückt war, Rußland sofort mit seinen Rüstungen beginnen und den Entscheidungskampf zu der ihm gelegenen Zeit herbeiführen werde. Vielleicht schon in zwei Jahren, vielleicht später; dann mußte sich Österreich-Ungarn auf den Ausbruch eines allgemeinen europäischen Krieges gefaßt machen. Dieses Furchtbare abzuwenden, lag dem Kaiser Franz Josef am Herzen, und sein Minister stimmte ihm zu. Sie waren in diesem Punkte auch mit dem Thronfolger einverstanden, der sonst mit seinem kaiserlichen Oheim in vielen anderen Dingen, besonders wegen der zaghaften Behandlung Ungarns, nicht übereinstimmte. Erzherzog Franz Ferdinand war zwar bereit, in einem gegen Serbien zu führenden, unvermeidlichen Kriege den Oberbefehl zu übernehmen, wünschte aber im Hinblick auf Rußland dessen Abwendung. Denn er vertrat seit jeher die Ansicht, nicht das Zarenreich sei Österreich-Ungarns Hauptgegner, sondern Italien. Der Streit mit Rußland lasse sich schlichten, Italien aber greife, indem es sich die Eroberung

B. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, S. 76ff., wo S. 79f. die französisch-deutsche Formel abgedruckt ist. Iswolskij war der Ansicht, daß dieselbe in Wien redigiert worden sei. Ebenda, S. 80.

Triests und die Herrschaft über die Adria zum Ziele setze, der Donaumonarchie ans Herz. So kam man in Wien zu dem Entschlusse, Serbien sei durch das Aufgebot militärischer Macht vor die Wahl zu stellen, sich zu beugen oder des Krieges gewärtig zu sein; immer mit dem leitenden Gedanken, der Monarchie sei ein ehrenvoller Frieden willkommener als der Krieg[1]).

Darnach stellte die österreichisch-ungarische Regierung anfangs März 1909 ihre Forderungen. Sie eröffnete den Großmächten, sie verlange nichts mehr, als daß sich Serbien deren Entscheidung unterwerfe. Damit war dem kleinen Staat die Demütigung erspart, denn was Europa für recht fand, mußte auch ihm billig sein. Die Abgabe der Erklärung des Belgrader Kabinettes habe jedenfalls auch in Wien zu erfolgen; aber sein Geschick habe die serbische Regierung nicht etwa Österreich-Ungarn, sondern den Großmächten anzuvertrauen. Wieder waren es die Einflüsterungen Iswolskijs, die Serbien vom Einlenken abhielten. Am 10. März lehnte Serbien jede Unterhandlung mit dem Wiener Kabinett, also auch die verlangte Erklärung, ab; denn, so hieß es in der Antwort, Bosnien sei eine Angelegenheit, die nicht zwischen Wien und Belgrad schwebe, sondern ganz Europa angehe. Die wahre Bedeutung dieses Spieles mit Worten zeigte sich darin, daß Serbien am 13. März auch sein zweites und drittes Aufgebot zu den Waffen rief. Nun mußte Österreich-Ungarn auch vollen Ernst zeigen. Somit wurde zwar noch keine vollständige Mobilisierung von Truppenkörpern angeordnet, aber zu den südlichen Korps der Armee wurden so viele Mannschaften eingezogen, daß in der zweiten Hälfte des März eine genügende Streitmacht zum Einmarsch in Serbien bereit war. Auch gingen österreichische Sendboten zu den albanischen Stämmen und stellten Geld und 20 000 Gewehre in Aussicht, um Montenegro von Süden her in Schach zu halten. Gleichzeitig widerhallte Serbien wie auch Montenegro von Kriegsgeschrei. Die zwei

[1]) Nach dem Tode des Erzherzogs Franz Ferdinand äußerte sich der frühere bulgarische Ministerpräsident Danew in dem Sofioter Blatte „Trgowinski Wjestnik" über eine Unterredung, die er seinerzeit mit dem Erzherzog hatte. Erzherzog Franz Ferdinand sagte: „Die Serben stellen mich als ihren größten Feind dar. Das ist aber keinesfalls der Wahrheit entsprechend. Zum Beweise will ich Ihnen nur sagen, daß zur Zeit, als die bosnische Krise ihren Höhepunkt erreichte hatte und alles gegen Serbien schlagfertig war, ich fast der einzige gewesen bin, der gegen ein kriegerisches Einschreiten sein Veto erhob. Demnach hätte Serbien es fast mir nur allein zu verdanken, daß es nicht zugrunde gerichtet wurde." So nach dem Berichte des „Neuen Wiener Tagblatt" vom 9. Juli 1914.

südslawischen Staaten waren noch immer überzeugt, England und Rußland würden sie nicht im Stiche lassen und ihnen auf der Konferenz einen Gebietszuwachs verschaffen. Serbien insbesondere hoffte auf Kosten Österreich-Ungarns einen Zugang zum Adriatischen Meere. Österreich-Ungarn, so nahm man in Belgrad an, könne es schon im Hinblick auf seine slawischen Völkerschaften nicht auf einen Waffengang ankommen lassen. Die Unruhen in Prag und in Laibach bestärkten den König und seine Minister in dieser Annahme; sie rechneten mit der Gebrechlichkeit im Organismus der Nachbarmonarchie. Dies aber war eine Täuschung, wie Vertreter der fremden Mächte übereinstimmend aus Wien meldeten. Der französische Botschafter Crozier berichtete nach Paris über ein Gespräch, das er während eines großen Empfanges bei Kaiser Franz Josef mit einem der ersten Hofwürdenträger gehabt hatte. Auf die Frage des französischen Botschafters nach dem Stande der Dinge sagte ihm, auf den Kaiser hinweisend, sein Gewährsmann; dieser sehe gewiß nicht so aus, wie ein den Krieg herbeiwünschender Monarch; wenn aber Serbien seine Herausforderungen fortsetze, werde Franz Josef die Kriegserklärung mit derselben Ruhe unterschreiben wie die Ernennung eines Leutnants.

*

Sieg des Wiener Kabinetts

Erst jetzt kam Iswolskij zum vollen Bewußtsein der Gefahren der Lage. Er war, da das Wiener Kabinett durch fünf Monate so vieles erduldet hatte, von der Annahme ausgegangen, der 78jährige Kaiser von Österreich werde lieber einlenken, als es aufs Äußerste ankommen lassen. Nun aber konnte jeder Tag den Einmarsch der Österreicher in Belgrad bringen. Dieser Aussicht sah die russische Regierung mit Schrecken entgegen. Denn dann mußte sie, ungerüstet wie Rußland war, das von ihr vorgeschobene und in den letzten Wochen ermutigte Serbien seinem Schicksal überlassen, was für das Zarenreich eine Demütigung gewesen wäre. Erschien Österreich-Ungarn mit einem Heere in der Mitte der Balkanhalbinsel, so konnte es nur durch einen späte-

ren schweren Krieg aus dieser beherrschenden Stellung geworfen werden. Inzwischen aber war es vielleicht durch eine Reihe von Jahren der Schiedsrichter der südslawischen Welt[1]).

In dieser selbstverschuldeten Verlegenheit zeigte die deutsche Regierung Iswolskij einen Ausweg. Die Feinde Deutschlands haben die Fabel einer von Berlin ausgegangenen schweren Bedrohung Rußlands in die Welt gesetzt; in Wahrheit aber vollzog sich die Wendung in freundschaftlichen, das Petersburger Kabinett schonenden Formen. Am 14. März hatte Fürst von Bülow mit dem russischen Botschafter, Grafen Osten-Sacken, eine ausführliche verbindlich geführte Unterredung. Der Reichskanzler machte den Vorschlag, Rußland selbst möge es übernehmen, auf Serbien einzuwirken, so daß die Ehren des Ausgleiches gewissermaßen dem Petersburger Kabinett zufallen würden. Österreich-Ungarn aber sei durch ein bestimmtes Zugeständnis von dem Einmarsche in Serbien abzuhalten. Dieses hätte darin zu bestehen, daß die Mächte der Annexion Bosniens durch amtliche Erklärungen zustimmten, so daß eine europäische Konferenz überhaupt nicht stattfinden müsse[2]). Auf diese Art ließe sich der übermäßig aufgebauschte Streitfall kurzerhand erledigen. Bülow bedang sich nur aus, daß Iswolskij der englischen Regierung nicht früher eine Mitteilung über den Vorschlag mache, bevor das Petersburger Kabinett eine Entscheidung getroffen habe, denn sonst drohte alles in die Brüche zu gehen[3]).

---

[1]) In diesen bewegten Tagen stellte Aehrenthal dem Verfasser des vorliegenden Werkes die Tatsachen und die Schriftstücke zur Verfügung, die in dessen Aufsatz „Österreich-Ungarn und Serbien" am 25. März 1909 durch die „Neue Freie Presse" zur öffentlichen Kenntnis gebracht wurden.

[2]) In England herrschte die Meinung, der Vorschlag gehe von Wien aus. Vgl. den Bericht des russischen Geschäftsträgers in London an Iswolskij d. d. 6./19. März 1909; Siebert, Diplomatische Aktenstücke, S. 102.

[3]) In einem Erlasse des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Petersburg vom 14. März 1909 heißt es: „Dem Grafen Osten-Sacken habe ich zur Sache selbst gesagt, wir wären zu freundschaftlicher Vermittlung bereit, falls Rußland Serbien tatsächlich und ernstlich zur Ruhe bringen wolle. Wir müßten, falls wir darüber keine bündige Zusicherung hätten, unserem Bundesgenossen überlassen, in der ihm geeigneten Weise vorzugehen. Sollte aber Rußland ernstlich gewillt sein, Serbien zur Ruhe zu bringen, würden wir bereit sein, mit Herrn Iswolskij in einen freundschaftlichen Gedankenaustausch darüber einzutreten, wie ein energisches Vorgehen Rußlands in Belgrad ermöglicht werden könnte, ohne daß Herr Iswolskij mit seiner bisherigen Politik in Widerspruch gerate." Aus diesem Schriftstücke geht hervor, daß Rußland in keiner Weise bedroht wurde. In gleichem Sinne berichtet Schoen, „Erlebtes", S. 79.

Der Entschluß muß dem russischen Minister schwere innere Kämpfe gekostet haben. Auf der einen Seite der drohende militärische Triumph Österreich-Ungarns, auf der anderen der Bankerott seiner eigenen Staatskunst. Wenn nicht einmal eine Konferenz einberufen wurde, wenn Aehrenthal auch ohne sie zum Ziel gelangte, so war Iswolskij aufs äußerste bloßgestellt. Es war aber schon ein Vorzeichen friedlichen Austrages, daß der russische Minister vor dem britischen Botschafter Schweigen bewahrte und die Sache bloß mit sich selbst erwog. Endlich nach einwöchentlichem Schwanken siegte bei ihm der Entschluß, das persönliche Opfer zu bringen, um Rußland neue schwere Verwicklungen zu ersparen. Am 24. März traf die vorbehaltlose Zustimmung Rußlands zur Annexion Bosniens in Berlin und in Wien ein. Erst dann wurde Nicolson, der aus seinem argen Verdrusse kein Hehl machte, verständigt.

So ritt Iswolskij spornstreichs vom diplomatischen Kriegsschauplatz davon, begleitet von Frankreich, das sich klugerweise jedes unfreundlichen Wortes gegen Österreich enthalten hatte, mithin nicht in die Niederlage verwickelt war. Jetzt blieb nur noch England neben Serbien zurück. Nicolson deutete in Petersburg an, daß Grey nicht nachgeben werde, und dies scheint einige Tage auch dessen Absicht gewesen zu sein. Mindestens wollte er der serbischen Regierung einen geordneten Rückzug ermöglichen[1]. Schon am 19. März hatte er dem Wiener Kabinett den Entwurf einer Erklärung vorgelegt, welche Serbien den Mächten abgeben könnte. Das genügte Aehrenthal nicht, und er forderte zum letzten Male, die serbische Regierung habe in Wien die Zustimmung zur Annexion und die Zusage der Entlassung der Reserven auszusprechen. Denn es war doch zu stark, daß Serbien noch immer darauf beharrte, es verhandle mit Österreich-Ungarn überhaupt nicht über die Annexion. Als Grey darauf doch noch bessere Bedingungen erzielen wollte, ließ ihn Aehrenthal am 26. März kurzerhand wissen, er könne nur bis zum 28. warten, den Tag darauf werde Österreich-Ungarn in Belgrad ein Ultimatum stellen und seine Truppen in Serbien einrücken lassen. Die englische Regierung war schon früher vom britischen Botschafter in Wien, Cartwright, aufmerksam gemacht worden, daß Aehrenthal in seinem Entschlusse unerschütterlich sei; Cartwright mahnte Grey dringend, nicht länger mit dem Nachgeben zu

[1]) In diesem Sinne lauten die Berichte des russischen Botschafters in London; vgl. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, S. 100ff.

säumen, um Serbien den Krieg und eine Niederlage zu ersparen[1]). So blieb dem Londoner Kabinett nichts übrig, als dem von Rußland gegebenen Beispiel zu folgen, und am 28. März — ohne die Formalität einer Konferenz — gleichfalls dem Verlangen Österreich-Ungarns zu willfahren. Ebenso willigten die anderen Signatarmächte der Berliner Kongreßakte in die Aufhebung des Artikels XXV ein. Gleichzeitig drangen sie insgesamt in Serbien, nachzugeben; dem Belgrader Kabinett, das von der ganzen Welt im Stiche gelassen war, blieb nichts übrig als zu tun, was man von ihm verlangte (31. März). Am Tage darauf wurden die serbischen Reservemänner in ihre Heimat entlassen. Ebenso fügte sich Montenegro, dem wenigstens die Genugtuung wurde, daß Österreich-Ungarn seinerseits auf den Artikel XXIX des Berliner Vertrages, also auf die Eisenbahnhoheit und die Hafenpolizei über Montenegro, verzichtete, wobei Österreich nur durchsetzte, daß Antivari nicht zu einem Seehafen ausgebaut werden sollte.

So hatte sich der feste Wille des österreichischen Ministers durchgesetzt; es kam zuletzt genau so, wie von ihm geplant worden war. Wenn auf der Gegenseite bloß mit diplomatischen Noten und Zeitungsartikeln gearbeitet wird, während der Hauptträger der Handlung zum Zuschlagen entschlossen ist, so ergibt sich der Ausgang von selbst. Es war vor ihrem Zusammenbruche der letzte große Erfolg der österreichisch-ungarischen Monarchie, der die Freunde wie die Neider nicht das Zeugnis versagen konnten, sie habe ihre Stellung als Großmacht behauptet und befestigt.

*

Die Beziehungen der Großmächte 1909

Aehrenthal war von dem Ausgang der Krise sehr befriedigt und sagte am Abend der Unterwerfung Serbiens zu dem Leiter der Presse-

[1]) Vgl. auch Siebert, l. c. S. 103; der russische Geschäftsträger in London meldet Iswolskij, Cartwright habe telegraphiert, Aehrenthal bitte die englische Regierung inständigst, von Entgegnungen auf seine Redaktion der serbischen Note abzusehen, da er von Iswolskij schon die Zusicherung habe, Rußland nehme jeden Text an, der zwischen Wien und London vereinbart werden wird.

abteilung seines Ministeriums, Emil von Jettel: „Ich freue mich über diese Wendung, denn — abgesehen von den Schwierigkeiten und Opfern eines Feldzuges — wäre das Ende doch gewesen, daß wir nach der Eroberung Serbiens das Land wieder hätten räumen müssen.“ Er hatte dabei wohl auch im Auge, daß im Falle der Ausdehnung Österreich-Ungarns, Italien nach Artikel VII des Dreibundvertrages das Recht auf Landerwerbungen auf der Balkanhalbinsel hatte, und dazu wollte Aehrenthal es nicht kommen lassen. Ebenso nahm er Rücksicht auf Bulgarien, mit dessen Herrscher er in arge Weiterungen geraten war. Er begnügte sich mit seinem Erfolge; wenn man ihm vorhielt, der Verzicht auf den Sandschak sei überflüssig gewesen, erwiderte er, für die Monarchie empfehle sich eine Politik der Sammlung. Darin wie im früheren Verlauf der Krise fand er die Zustimmung des Kaisers, der ihn am 17. August 1909 in den Grafenstand erhob.

Gerne würde Aehrenthal darauf Serbien in ein besseres handelspolitisches Verhältnis zur Monarchie gebracht haben, um auch diese Quelle des Streites zu verstopfen. Voraussetzung dafür wäre die Öffnung der Grenzen der Monarchie für serbisches Vieh gewesen, dessen Ausschluß von den Agrariern Ungarns und Österreichs durchgesetzt worden war. Westlich von der Leitha ließ sich der Widerstand leichter überwinden, die ungarischen Viehzüchter aber beharrten starrsinnig auf ihrem Vorteil. Nach vieler Mühe gelangte man 1911 zu einem Handelsvertrag. Lebend Vieh wurde zwar noch immer nicht über die Grenzen der Monarchie gelassen, unter dem Vorwand drohender Einschleppung von Seuchen. Indessen räumte Österreich-Ungarn dem Nachbar das Recht zur Einfuhr einer bestimmten Menge von Fleisch vorher geschlachteter Rinder und Schweine ein, wodurch wenigstens den lebhaftesten Beschwerden Raum gegeben war; auf der anderen Seite hob Serbien die Sperre gegen die gewerblichen Erzeugnisse aus dem Donaureiche auf. Selbst dieser bedächtige Ausgleich begegnete in Ungarn lebhaftem Widerstand, besonders beim Ackerbauminister Daranyi, der darob die Entlassung nahm. So schwer konnten die Gebote einer vernünftigen äußeren Politik gegen den Eigennutz der ungarischen Grundbesitzer zur Geltung gebracht werden.

Nun hieße es die Verhältnisse verkennen, wenn man annehmen wollte, der Haß Serbiens gegen Österreich-Ungarn hätte sich durch eine andere Handelspolitik beschwichtigen lassen können. Naive Gemüter übersahen, daß der Gegensatz politischer Natur unüberbrückbar

war; die großserbischen Ansprüche wären durch die handelspolitische Öffnung der Grenzen der Monarchie nicht geringer geworden. Das aber ist keine Entschuldigung für die vom ungarischen Grundadel begangenen Fehler, durch welche der serbische Bauer mit Erbitterung gegen die Monarchie erfüllt wurde. Politische Torheiten sind als solche zu kennzeichnen, ob sie nun das Verderben hervorgerufen haben oder nur Begleiterscheinungen waren. Für den großen Gang der Dinge freilich war der Handelskrieg nicht von entscheidender Wichtigkeit; so oder so hätten sich die Völkerschaften nördlich oder südlich von der Save in die Flamme des Weltbrandes gestürzt.

Während nun Österreich-Ungarn aus der bosnischen Krise nicht ohne Einbußen hervorging, worunter die Entfremdung Rußlands an erster Linie stand, war der von Deutschland 1909 errungene Erfolg völlig ungetrübt. Bülow verstand es sogar, mit Iswolskij auf fast freundschaftlichem Fuße zu bleiben. In dem Duell mit England war das Deutsche Reich bisher im Nachteil gewesen, weil es sich immer um Flotten- und Kolonialangelegenheiten gehandelt hatte, und hier war Albion der stärkere Teil. Der serbisch-bosnische Streit dagegen spielte sich auf dem Festland ab, so daß das Deutsche Reich die ihm eigene Macht einsetzen konnte. An dem Damme des österreichisch-deutschen Bündnisses brachen sich die von Ost und West heranbrausenden Wogen. Fürst von Bülow ließ sich auf seinem Wege auch nicht durch die Warnungen irre machen, die ihm von den Gegnern Aehrenthals aus Wien zukamen: eines Tages könnte der vielangefeindete Minister fallen gelassen werden, so daß Deutschland zuviel wage, indem es alles auf diese eine Karte setze. Der Reichskanzler vertraute darauf, der Kaiser von Österreich werde bei dem Angriffe auf die Ehre seines Reiches fest bleiben, eine Annahme, die sich als richtig erwies. Treffend sagte er am 29. März 1909 im Reichstage: „Wäre Österreich dem auf ihn geübten Drucke unterlegen, so würden wir uns sehr bald, und dann ohne Österreich-Ungarn, derselben Mächtegruppierung gegenüber gesehen haben, der Österreich-Ungarn hätte weichen müssen.“ Und noch eindrucksvoller waren die folgenden Worte in derselben Rede: „Ich habe irgendwo ein höhnisches Wort gelesen über unsere Vasallenschaft gegenüber Österreich-Ungarn. Das Wort ist einfältig! Es gibt hier keinen Streit um den Vortritt wie zwischen den beiden Königinnen im Nibelungenliede; aber die Nibelungentreue wollen wir aus unserem Verhältnisse zu Österreich-Ungarn nicht ausschalten.“

Das von Bülow gebrauchte Gleichnis deckte sich mit der Wirklichkeit des Verhältnisses Deutschlands zu Österreich-Ungarn. Im Jahre vorher, am 7. Mai 1908, erschienen zur Vorfeier des 60. Jahrestages der Thronbesteigung Franz Josefs der Deutsche Kaiser und mit ihm sämtliche Fürsten Deutschlands wie die Bürgermeister der Freien Städte in der Wiener Hofburg, um dem greisen Herrscher ihre Glückwünsche darzubringen. Es war eine Huldigung seltener Art, wie sie vor 1866 nicht möglich gewesen wäre. Die Versicherung unverbrüchlicher Freundschaft wurde während der Annexionskrise treulich eingehalten. Als das serbisch-bosnische Ungewitter sich verzogen hatte, kam Kaiser Wilhelm am 13. Mai 1909 wieder nach Wien; in herzlichen Trinksprüchen erneuerten die zwei Herrscher das Gelöbnis der Treue, und kaum zuvor wurde ein fremder Monarch vom Wiener Volk so warm begrüßt wie diesmal Kaiser Wilhelm.

Die Engländer hatten eine lebhafte Empfindung für die vom Londoner Kabinett erlittene diplomatische Niederlage. Einer der besten Kenner der äußeren Politik, Sir Charles Dilke, bekämpfte im Parlament das Verfahren Greys mit triftigen Gründen. Er fand, daß Österreich-Ungarn den Berliner Vertrag nur in der Form, nicht in der Sache verletzt habe; Serbien sei überflüssigerweise in eine schwierige Lage gebracht und der Bund der zwei Kaisermächte gegen die Absicht Greys zusammengeschweißt worden. Das alles hätte man sich ersparen können. Grey verteidigte sich gegen diesen Angriff am 22. Juli 1909 ausführlich im Unterhause, wobei sich seine üble Laune über Österreich-Ungarn ergoß. Er sprach als Wächter der von dieser Macht verletzten Moral und hielt ihr ein ganzes Sündenregister vor, was aber den Eindruck verfehlte, da er selbst doch schon Ende März dem Verbrecher die Absolution hatte geben müssen.

Indessen war Grey während der Krise immer in gemessener Haltung geblieben und hatte sich nicht persönlich bloßgestellt. Dagegen stand der britische Botschafter in Petersburg, Nicolson, immer im Gefechte voran. Noch während der allerletzten Wendung gab er sich Mühe, Iswolskij den Nacken zu steifen, ohne aber dessen Zusammenknicken verhindern zu können. Anfang März 1909 brachte die deutsche Regierung in London gegen ihn die Beschwerde vor, er verschärfe durch seine Ratschläge den russisch-österreichischen Gegensatz. Von Grey zur Äußerung aufgefordert, stellte er dies am 9. März in Abrede; er habe der russischen Regierung nie geraten, „eine Richtung einzuschlagen, die

die Kluft zwischen ihr und Wien erweitern könnte". Das war, wie die Botschafter Deutschlands und Österreich-Ungarns, Pourtalès und Berchtold, ihren Regierungen berichteten, eine Unwahrheit. Pourtalès meldete am 1. April 1909, befreundete Diplomaten hätten ihm die Art, wie Nicolson sich über die serbischen Ansprüche äußerte, „direkt als hetzerisch" gekennzeichnet. Von der englischen Botschaft würden Gerüchte ausgesprengt, Rußland sei nur zurückgewichen, weil es von Deutschland mit Krieg bedroht worden wäre; englische Diplomaten äußerten sich, Deutschland habe mit dem Kürassierstiefel aufgestampft, mit der Mobilmachung an seiner Ostgrenze gedroht. Für Pourtalès war ein Gespräch belehrend, das er mit dem französischen Botschafter, dem alten, loyalen, vornehm gesinnten Admiral Touchard, hatte. Darüber teilte er in dem oben erwähnten Briefe mit:

„Ich bemerkte, was mich besonders bei dieser Lösung freue, sei, daß sie auf dem Wege einer freundschaftlichen Aussprache mit dem Petersburger Kabinett herbeigeführt worden sei. Der Admiral sah mich bei diesen Worten höchst erstaunt, halb ungläubig an und erwiderte, man erzähle sich aber doch von einem sehr heftigen Auftritt, der an dem gewissen Abend zwischen dem deutschen Botschafter und Minister Iswolskij stattgefunden habe. Ich erkannte sofort, daß diese Information auf meinen englischen Kollegen zurückzuführen sei und erzählte darauf dem Admiral lachend, daß ich die Geschichte von dem heftigen Zusammenstoß mit Iswolskij schon in den verschiedensten Versionen gehört hätte. Ich könne ihm versichern, und Iswolskij werde es ihm bestätigen können, daß an der ganzen Geschichte nicht ein wahres Wort sei, daß vielmehr meine letzten Verhandlungen mit dem Minister fortwährend im freundschaftlichsten Ton geführt worden seien. Es ist deutlich zu erkennen, daß Sir Arthur Nicolson, verstimmt über die durch unsere Aktion erfolgte Lösung der bosnischen Krise, nunmehr aufs eifrigste bemüht ist, die Legende von der deutschen Drohung zu verbreiten und dadurch die deutsch-russischen Beziehungen zu vergiften. Er hofft, auf diese Weise zu erreichen, daß die überstandene bosnische Krisis bei Rußland wenigstens einen tiefen Groll gegen Deutschland hinterlasse[1])."

[1]) Im Mai 1916 entspann sich über diese Vorgänge ein Streit, an dem sich Bethmann Hollweg durch ein im New-Yorker Herald veröffentlichtes Gespräch, Grey durch eine Unterhausrede (24. Mai), Tisza durch eine Parlamentsrede (14. Juni) beteiligten. Die Berichte des Grafen Pourtalès wurden in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 24. Mai 1916 veröffentlicht.

Es war ein schlimmes Vorzeichen, daß gerade Nicolson im Jahre 1910 an Stelle Hardinges zum ständigen Unterstaatssekretär im Ministerium des Äußeren ausersehen wurde. Während Hardinge mäßigend gewirkt hatte, brachte sein Nachfolger seinen Groll gegen Deutschland ins Amt mit. Nicolson und Iswolskij arbeiteten sich bis zum Weltkriege verständnisvoll in die Hände.

König Eduard und Nicolson hatten während der bosnischen Krise zum Sturme gegen die zwei mitteleuropäischen Reiche geblasen. Grey war ihnen jedoch bloß bis zu einem gewissen Punkte gefolgt. Nur der Anfang des Gefechts, das Kesseltreiben gegen Österreich im Oktober 1908, war geschickt angelegt. Da Grey es aber nicht zum Bruche zu treiben gedachte, so hätte er unmittelbar nach dem österreichisch-türkischen Vertrage vom 26. Februar 1909 erklären sollen: Nun ist der Moral Genüge geschehen und wir machen in Europa Ordnung. Statt dessen wurden die zwei südslawischen Staaten von Petersburg noch weiterhin aufgestachelt und blieben mit stumpfen Zähnen Österreich-Ungarn an der Kehle, bis dieses sie mit einem kräftigen Ruck abschüttelte[1]).

*

Ergebnisse

Erst seit der Annexion Bosniens war die Teilung Europas in zwei feindliche Heerlager vollzogen, die Zerrissenheit des Weltteils unheilbar. Denn in diesem Zeitpunkte brach Rußland, das sich früher noch nicht endgültig für das englisch-französische System entschieden hatte, seine freundschaftlichen Verbindungen mit Österreich-Ungarn ab und kehrte allgemach auch Deutschland den Rücken. Mit Freuden streckte Britannien dem wieder- oder neugewonnenen russischen Freunde die Arme entgegen und nahm auch Serbien in den Verein auf. Über-

[1]) Das war auch die Auffassung des belgischen Gesandten in Berlin, Baron Greindls, der am 3. August 1909 nach Brüssel über den Unmut der Feinde Deutschlands schrieb: „Der Groll ist die Folge der Enttäuschung darüber, daß die vom König von England konstruierte Maschine ... versagte, als man sie in dem österreichisch-serbischen Konflikt benützen wollte; das heißt beim ersten Versuch."

haupt erkannten die Engländer erst seit 1908, daß die Südslawen ein wichtiger Stein im Spiele gegen das germanische Mitteleuropa waren und wußten ihn an die richtige Stelle zu schieben. Freudig fügte sich Serbien als Glied in die Organisation der Randmächte gegen die zwei Kaiserreiche ein und setzte die Aufstachelung der Südslawen der Monarchie zum Abfall vom Hause Habsburg in verstärktem Maße fort. Damit schloß sich der unter Eduard VII. um Mitteleuropa gezogene Ring. Zu ruhigem Atmen und Arbeiten ist der Weltteil seitdem nicht mehr gekommen.

In Vorahnung des Kommenden erhob sich gegen Aehrenthals Politik der Tadel seiner einheimischen Gegner, und zwar von zwei verschiedenen Seiten her. Die einen schoben ihm die Schuld an dem Bruche mit Rußland zu, wobei sie jedoch außer acht ließen, daß dazu mehr die Untreue Iswolskijs, als Aehrenthals Ungestüm beigetragen hatte. Es war aber richtig, daß dieser durch unbezähmbaren Stolz die Kluft noch vertiefte.

Auf der anderen Seite fanden es die österreichischen Fürsprecher kühnen Durchgreifens unbegreiflich, daß der Minister des Äußeren, vor dem Schlage gegen Serbien, zurückgescheut hatte. Conrad von Hötzendorf hat ihm dies nie verziehen. Da die Wunde einmal aufgebrochen war, mußte sie nach der Ansicht des Generalstabschefs mit Feuer und Eisen behandelt werden. Auf die militärische Wehrlosigkeit Rußlands hinweisend, sah er auch dem Zusammenstoße mit diesem Reiche ohne Zagen entgegen; jetzt oder nie sei es Zeit zur Abrechnung.

Der Meinungsaustausch Conrads und Aehrenthals über den Gegenstand erweckt durch das Vorwegnehmen der Gründe für und gegen eine Waffenentscheidung hohes Interesse[1]). Am 6. April, eine Woche nach der friedlichen Lösung, überreichte der Generalstabschef dem Kaiser eine Denkschrift, in der er seinen Tadel der Friedenspolitik ausführlich begründete. Nicht ein wirklicher, nur ein Scheinerfolg sei erzielt worden. Man täusche sich damit über den Ernst der Lage hinweg und verkenne, daß die Monarchie nur hingehalten worden sei, um später mit Macht angefallen zu werden. Jetzt stünden Serbien und Montenegro noch allein, denn Rußland sei nicht gerüstet, Italien könne nicht plötzlich aus der Rolle fallen, Deutschland hätte unentwegt

[1]) Vgl. A. F. Pribram, Der Konflikt Conrad-Aehrenthal (Österreichische Rundschau 1920, Augustheft). Über die Konflikte im Jahre 1907 vgl. jetzt Conrad von Hötzendorf, „Aus meiner Dienstzeit“, 1922, Bd. I, S. 63 ff. und 503 ff.

zu Österreich gehalten. Jetzt hätten die zwei südslawischen Staaten entwaffnet werden können, während sie in einem allgemeinen Kriege 250 000 Serben und 40 000 Montenegriner stellen würden, was Österreich-Ungarn durch die Einverleibung der zwei Staaten verhindern sollte. Das Einlenken des Wiener Kabinetts werde sich im Innern der Monarchie als schädlich erweisen, noch mehr durch die Einbuße militärischer Geltung auf der Balkanhalbinsel. Da die Gelegenheit versäumt worden wäre, würden sich die Feinde im Südosten fallweise jedem die Monarchie bedrohenden Bunde anschließen. Österreich-Ungarn werde eines Tages von allen ungünstigen Nachbarn angegriffen werden und sich ihrer vereinigten Macht nicht erwehren können. Auf diese Vorwürfe erwiderte Aehrenthal zunächst gemessen, darauf hinweisend, es wäre ein Irrtum Conrads, anzunehmen, Frankreich und England würden ruhig zusehen, wenn Österreich-Ungarn die Slawen demütigte, auch müßte er einen Vorbeugungskrieg unbedingt verwerfen. Als aber der Generalstabschef sich nicht beruhigte und dem mit Aehrenthal übereinstimmenden Kriegsminister Schönaich schrieb, die Monarchie dürfe nicht warten, bis ihr ein Krieg aufgedrängt werde, sondern solle ihn in dem für sie günstigen Zeitpunkte führen, wandte sich der Minister des Äußeren in einer dem Kaiser am 15. August überreichten Denkschrift mit Nachdruck gegen die Einmischung Conrads in die ihm ferner liegenden auswärtigen Angelegenheiten. Er legte dar, daß eine dauernde Festsetzung Österreichs in Serbien, angesichts des Widerstandes nahezu aller Großmächte, unmöglich gewesen wäre. Er lehnte eine imperialistische Politik auf dem Balkan — dies seine eigenen Worte — bestimmt ab, gegen diesen Imperialismus würden sich Italien und selbst die Türkei mit den Gegnern der Mittelmächte verbinden. Ihm aber schwebe ein anderes Ziel vor: die Wiederherstellung des Einverständnisses mit Rußland. Damals gab sich der Minister noch der Hoffnung auf einen derartigen Ausgleich hin; er ging dabei von der Annahme aus, Rußland werde noch durch Jahrzehnte militärisch geschwächt sein und so lange den damaligen Besitzstand auf der Balkanhalbinsel nicht stören wollen. In diesem Punkte hat Conrad schärfer in die Zukunft gesehen, auch verkannte Aehrenthal, wie tief der Zar und die russische Nation durch seine bosnische Politik beleidigt worden waren.

Trotzdem wäre die Behauptung vorschnell, daß Österreich-Ungarn sich 1909 durch sofortiges Zuschlagen bessere Möglichkeiten für einen

Weltkrieg geschaffen hätte. Darüber geben die späteren Ereignisse Aufschluß. Selbst wenn Serbien niedergeworfen worden wäre, mußte Österreich-Ungarn auf der Balkanhalbinsel ansehnliche Truppenkörper bereithalten; fast ganz Europa, Italien eingeschlossen, hätten ihm die beträchtliche Ausdehnung mißgönnt und es Jahr um Jahr mit einer gewaltigen Koalition bedroht. Der Weltkrieg wäre aller Wahrscheinlichkeit nach früher ausgebrochen als 1914. Möge also, wer will, einen Tadel gegen Kaiser Franz Josef und Wilhelm, gegen Aehrenthal und Bülow aussprechen, weil sie einen Frieden in Ehren einem Kriege vorzogen: ein besonnenes Urteil wird sich dem nicht anschließen. Conrad aber war vom Gegenteil überzeugt, und erfüllte sich mit steigender Bitterkeit gegen den Minister des Äußeren, so daß ihr persönliches Verhältnis von jetzt ab dauernd gelöst blieb. Während und nach dem Weltkriege schob er ihm in schriftlichen wie in mündlichen Äußerungen die Schuld zu, daß Serbien nicht schon 1909 unschädlich gemacht worden war.

Unversöhnlich war der von Iswolskij gegen Aehrenthal gehegte Groll. Er verfolgte den österreichischen Minister bis über dessen Grab hinaus mit seinem Hasse; es war eines seiner Lieblingsgespräche, ihn als Urheber des wachsenden europäischen Zwiespalts hinzustellen und während des Weltkrieges bezeichnete er, seit September 1910 Botschafter in Paris, die Politik Aehrenthals als die Urheberin des hereingebrochenen Verderbens. Die neutralen Diplomaten wichen in den Unterredungen mit Iswolskij dem Gegenstande womöglich aus, da er dieselben Vorwürfe fast immer mit demselben Ausdrucke wiederholte. Während des Restes seiner Ministerschaft tat er alles, um den Spalt zwischen Petersburg und Wien zu vertiefen; unermüdlich stellte er Nikolaus II. vor, nicht er, der Minister allein, sei von Aehrenthal hintergangen worden, sondern auch der Zar und Rußland, und damit beschönigte er seine diplomatische Niederlage. Überall in Europa warb er um Bundesgenossen gegen Österreich-Ungarn, zunächst in Rom, wo man seine Eröffnungen freudig entgegennahm. Bisher hatte der Zar den ihm vom König Viktor Emanuel gemachten Besuch nicht erwidert, weil die Drohungen der italienischen Sozialisten gegen seine Person ihn abschreckten. Jetzt gelang es dem römischen Kabinett seine Bedenken zu beschwichtigen, so daß er sich im Oktober 1909 auf den Weg machte. Um dabei Österreich-Ungarn sein Mißfallen kundzugeben, wich er dessen Grenzen in einem großen Bogen aus, fuhr von Odessa zu

Schiff nach Italien und kehrte, ohne Österreich zu berühren, auf einem Umwege über Frankreich und Deutschland nach Hause zurück. Zu Racconigi fand am 24. Oktober 1909 seine Zusammenkunft mit Viktor Emanuel statt, die zu einem bedeutsamen Abkommen führte. Nach dessen bisher bekanntgewordenem Inhalt verpflichteten sich die zwei Mächte zu einer wohlwollenden Haltung, wenn Rußland die Meerengenfrage aufwerfen und wenn Italien nach Tripolis und der Kyrenaika greifen sollte[1]). Seitdem sind die neuen Freunde stets in gutem Einvernehmen geblieben. Gefährlicher für die Mittelmächte war die enge Vereinbarung, die Rußland gleichzeitig mit Bulgarien schloß. Im Februar 1909, gelegentlich der Anwesenheit König Ferdinands in Petersburg, war vorgearbeitet worden; dann glaubte sich dieser von Aehrenthal persönlich beleidigt und warf sich in seiner Gereiztheit in eine Österreich durchaus feindselige Politik. Keine Handlung der Regierung Ferdinands zeugt deutlicher für seine launenhafte Unberechenbarkeit als der im Dezember 1909 zwischen Rußland und Bulgarien geschlossene Geheimvertrag[2]). Er war nicht bloß gegen die Donaumonarchie, sondern auch gegen Deutschland gerichtet. Der Inhalt dieses Geheimvertrages soll genauer bei den Vorbereitungen für den ersten Balkankrieg zur Sprache kommen. Das stärkste an Feindseligkeit gegen die Mittelmächte enthielt der fünfte Artikel, wenn er auch nur von den zu leistenden wechselseitigen diplomatischen Diensten handelte, denn er stellte fest, „daß die Verwirklichung der hohen Ideale der slawischen Völker auf der Balkanhalbinsel, die dem Herzen Rußlands so nahe stehen, nur nach einem günstigen Ausgange des Kampfes Rußlands mit Deutschland und Österreich-Ungarn möglich ist".

Hier stößt man in einem amtlichen Schriftstücke der Petersburger Regierung zum ersten Male auf den Vorsatz, sich zum Vollstrecker des panslawistischen Ideals zu machen und zu diesem Behufe Deutschland niederzuringen. Iswolskijs Stellung in der europäischen Geschichte ist damit ebenso gekennzeichnet wie des Bulgarenkönigs Charakter, der innerhalb kurzer Zeit von der Freundschaft mit Österreich zur Haßpolitik gegen diese Macht wie gegen die deutsche Nation und bald wieder zum Waffenbündnis mit Mitteleuropa übersprang.

---

[1]) So nach der von der deutschen Regierung veranlaßten Veröffentlichung „Deutschland schuldig?", Berlin 1919, S. 189.

[2]) Wiedergegeben in den „Dokumenten aus russischen Geheimarchiven", Berlin 1918, S. 27, und bei M. Boghitschewitsch „Kriegsursachen", S. 115—121.

Iswolskij verhüllte seine Anschläge dieser Art, die erst in einer ferneren Zukunft reifen konnten, hinter in Berlin abgegebenen freundschaftlichen Versicherungen, mit denen der Zar noch freigebiger war. Die Begegnung des deutschen und des russischen Kaisers, die am 17. und 18. Juli 1909 in den Finnischen Schären stattfand, verlief in den herkömmlichen guten Formen. Als Bülow im Juli 1909 vom Amte zurücktrat, ließ Iswolskij ihm seinen Dank für die Dienste aussprechen, die der Kanzler ihm am Schlusse der bosnischen Krise erwiesen hatte. Zwischen Wien und Petersburg dagegen ging es so steif zu, daß selbst unaufschiebbare Geschäfte sich schwer erledigen ließen. Das war aber für beide Teile unbequem, da über politische und wirtschaftliche Angelegenheiten fortlaufend zu sprechen war. Infolgedessen tauschten die beiden Regierungen am 20. März 1910 Erklärungen aus, in denen sie, wenn auch in gewundener und schwerfälliger Form, der verletzten Ehre des anderen Teils Genüge taten und den unterbrochenen Verkehr wieder aufnahmen. An der gegenseitigen tiefen Verstimmung änderte dies nichts, wenigstens solange Iswolskij (bis zum 28. September 1910) die auswärtigen Angelegenheiten leitete.

Am Schlusse der bosnischen Krise war Serbien zu wenig gedemütigt, Rußland aber, wenn man sich so ausdrücken darf, zu stark. Dabei ist nicht zu hoch anzuschlagen, daß das slawische Gesamtgefühl der Russen sich gegen die Annexion Bosniens empört hatte. Was die Regierung des Zaren betrifft, so war sie ebenso bereit, Serbien zu benützen wie es preiszugeben. Im Volke selbst waren die panslawistischen Neigungen nur in der dünnen Ober- und Mittelschichte verbreitet, die, wie die Vorgeschichte des Krieges mit Japan bewies, erwünschten Falles beiseite geschoben werden konnten. Die Irrwischpolitik Iswolskijs in der bosnischen Frage, seine in Buchlau geführten Reden lassen darauf schließen, daß auch er dem Panslawismus keine maßgebende Bedeutung zuschrieb. Mag man darüber auch verschiedener Meinung sein, so ist doch jedenfalls das russische Ehr- und Machtgefühl, von dem die ganze Nation von oben bis unten durchdrungen war, der stärkste Antrieb gewesen, um das Zarenreich mit Haß und Zorn gegen Österreich-Ungarn und in zweiter Linie auch gegen dessen Bundesgenossen zu erfüllen. Gerade ein Schwächling wie Nikolaus II. konnte sich dieser Strömung nicht entziehen. Da der Despotismus dem Volke so viele Güter versagte, mußte er es wenigstens mit den nationalen Ehrenfragen ernst nehmen. An dieser empfindlichen Stelle war der

Zar ebenso tief getroffen worden wie sein Volk. Wäre die Demütigung wenigstens von einer militärisch furchtbaren Macht zugefügt worden! Aber das Petersburger Kabinett konnte sich nicht einmal darauf berufen, es sei vom „preußischen Kürassierstiefel“ niedergestampft worden; bei den Wissenden würde eine solche Behauptung Heiterkeit erweckt haben. Nein, das gewaltige Rußland war vor dem geringgeschätzten Österreich-Ungarn zurückgewichen, und der Groll darüber bohrte sich tief in die Seele des Volkes wie der Staatslenker. Es war überhaupt zum Verzweifeln, daß die russische Diplomatie sich immer wieder an den von Österreich-Ungarn gezogenen Schranken wundstieß. Diese Erfahrung war schon im Krimkrieg gemacht worden, dann hatte Andrássy im Verein mit Disraeli 1878 den bis an die Tore Konstantinopels gerückten russischen Heeren Einhalt im Vormarsche geboten. Später ging es ebenso schlimm, denn Kálnoky focht 1887 den Strauß um Bulgarien siegreich durch und verschaffte dem Koburger die anfangs von Rußland verweigerte Anerkennung. Aehrenthal war der vierte der Minister Kaiser Franz Josefs, die den russischen Nebenbuhler aus dem Sattel hoben. Das angeblich bis ins Mark faule Österreich war ein diplomatisch unüberwindliches Hemmnis, allerdings nur dadurch, daß ihm Deutschland seine starke Unterstützung lieh. Im Frieden war gegen dieses Bollwerk nichts auszurichten, es mußte also einmal mit den Waffen zerschlagen werden. Das war die die oberen Schichten beherrschende Empfindung, mit der sich alle die Vorstellungen verbanden, die aus religiös-orthodoxen wie aus allslawischen Nebenquellen zuflossen. Wohl setzten sich dem Strome auch Dämme entgegen, so der in den Massen lebende Drang nach Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, so das Bewußtsein der im Kriege mit Japan erwiesenen militärischen Mängel. Das waren die Kräfte und die Hemmungen, welche Rußlands Verhältnis zu Großbritannien bestimmten, bis der Zar und seine Ratgeber sich aufs engste mit dieser Macht verbanden zu ihrem eigenen Verderben wie zum Unheil für die zwei Kaiserreiche.

XXVI

Kapitalismus und Imperialismus

XXVI. Kapitalismus und Imperialismus

Es liegt in der Natur jeder in der menschlichen Gesellschaft wirkenden Kraft, daß sie den Staat beherrschen und dessen Machtmittel ihren Zwecken dienstbar machen will. Die geistigen Bewegungen unterscheiden sich darin nicht von den ökonomischen; das Christentum unterwarf sich seit Konstantin dem Großen den römischen Staat, der dritte Stand in der Revolution das bis dahin monarchische Frankreich. Vom Großkapital ist dasselbe zu sagen; es setzt den Staat in Bewegung, um Schulden im Auslande einzutreiben und günstige Handelsverträge zu erlangen, zur Gewinnung von Kolonien und Niederringung des Gegners. Es benötigt einen mächtigen Staat mit kräftiger Handelspolitik, der überall in der Welt zugreift, auch mit einer starken Kriegsflotte, um auch das Meer der Kapitalsvermehrung nutzbar zu machen. Der Drang nach Ausdehnung und Herrschaft war allen Zeitaltern, allen kraftbewußten Völkern eigen. Bei den Römern läßt sich genau verfolgen, wie unter den verschiedensten Lebensformen auf allen Stufen wirtschaftlicher Entwicklung Streben nach Eroberung mitwaltet. Der Hauptantrieb zur Unterwerfung Italiens war der Landhunger der latinischen Bauern, der sich am besten durch Ackerbaukolonien im eroberten Lande befriedigen ließ. Eine Kapitalistenklasse bildete sich in Rom erst ein oder zwei Jahrhunderte später, die dann zu weiteren, zu überseeischen Unternehmungen drängte. Dem widerstrebte nach dem zweiten punischen Kriege die römische Bürgerschaft. Sie war durch die zahlreichen gegen Hannibal geführten Feldzüge erschöpft, so daß sie für die Kriegserklärung gegen König Philipp von Mazedonien nicht zu gewinnen war; darauf ging der Senat eigenmächtig und unter Bruch der Verfassung in der Sache vor. Damit beginnt die lange Reihe der Kämpfe zur Eroberung aller Länder um das Mittelländische Meer, und hierbei erst übernahmen die römischen Kapitalisten die Führung, auf deren Antrieb die zwei blühenden Handelsstädte Karthago und Korinth im selben Jahre zerstört wurden. Diese wirtschaftlichen Zusammenhänge haben die alten Historiker so gut gekannt wie wir, wenn auch die nationalökonomischen

Begriffe nicht geformt waren. Plutarch besitzt zwar nicht die Vorstellung dessen, was wir heute Kapitalismus nennen, aber er schildert in den Lebensbeschreibungen des älteren Cato und des Crassus anschaulich, wie die großen Vermögen entstanden und wie deren Zusammenballung auf Staat und Gesellschaft gewirkt haben. Sein Auge war für die Tatsachen offen und die erst mehr als ein Jahrtausend später einsetzende Begriffsbildung hat die Gesichtspunkte nicht wesentlich verschoben. Ähnlich die politischen und historischen Schriftsteller Italiens im Mittelalter. Wir erfahren von ihnen, welchen Einfluß Schiffahrt, Handels- und Leihkapital auf die äußere und innere Politik Venedigs und Genuas übten, wie die großen Florentiner Bankhäuser Bardi, Peruzzi, Medici mit fremden Königen und mit ihren Mitbürgern Geschäfte machten. Nicht bloß durch Begriffe, nicht einmal vorwiegend durch sie dringt der menschliche Geist in das Wesen der Dinge ein, sondern mehr noch durch Anschauung und gegenständliches Erfassen, vor allem aber durch ahnungsreichen Spürsinn und Tiefblick[1]).

*

Die marxistische Schule als Wegweiserin

Die wirtschaftlichen Antriebe zum Imperialismus haben eingehende Untersuchungen erfahren, unter denen die der marxistischen Schule hervorgehoben zu werden verdienen. Darnach wäre der Imperialismus ein politisches Streben, das sich auf dem Höhepunkte der Entwicklung der Bourgeoisie einstellt; er sei eine Begleiterscheinung der Herrschaft des Kapitals, das sich mit den Gütern dieser Erde auch weite Ländergebiete unterwerfen will. Mit dieser Formel findet man jedoch nicht das Auslangen. Sie stimmt im allgemeinen zu den Vorgängen während der letzten zwei Jahrhunderte der römischen Republik, überhaupt zur Politik aller auf Erweiterung ihres Absatzes und ihres Machtkreises

[1]) Sombart faßt den Begriff des Kapitals und des Kapitalismus so enge, daß die betreffenden Verhältnisse nach ihm sich erst vom Ausgange des Mittelalters an eingestellt hätten. Damit aber bleibt ihm, so reiche Belehrung er dem Leser sonst in seinem „Modernen Kapitalismus“ bietet, das Verständnis der Volkswirtschaft Roms, besonders aber der Handelsrepubliken Italiens, verborgen.

ausgehenden Handelsvölker. Die Einseitigkeit der Definition zeigt sich darin, daß die zwei Eroberer, die sich ausdrücklich die Weltherrschaft zum Ziele setzten, Alexander und Karl der Große, sicherlich nicht die Vollstrecker des Programms der Bourgeoisie gewesen sind. Alexander wollte über Indien bis zum östlichen Weltmeer vordringen, das städtearme Mazedonien stellte ihm ein Heer, dessen Soldaten Bauernsöhne, dessen Offiziere Adelige waren; und diese Edelleute haben nach seinem Tode die Reiche der Seleuciden, der Ptolemäer und anderer Dynastien gegründet. Als Karl der Große mit der Kaiserkrönung das mittelalterliche Imperium ins Leben rief, war sein Heerbann ein ähnlich zusammengesetztes Fußvolk; mit der Bourgeoisie also haben diese Unternehmungen nichts zu tun. Die deutschen Könige wieder zogen nach Italien an der Spitze von Reiterheeren aus, die aus adeligen Vasallen und aus deren Knappen, also jüngeren Edelleuten und bäuerlichen Hintersassen, bestanden. Die Vasallen der Ottonen und Hohenstaufen marschierten freudig mit, da sie in Italien mit Grafschaften und Statthaltereien, mit Gütern und Burgen ausgestattet wurden. Wie weit die sozialistische Definition des Imperialismus auf das 19. und 20. Jahrhundert paßt, wird sich aus der folgenden Darstellung ergeben; für diese Zeit kommt jene Auslegung der Wahrheit näher, ohne sie jedoch zu erschöpfen. Es genügt zum Verständnisse nicht, dem Gespenst der Bourgeosie durch die Weltgeschichte nachzujagen, was die Hauptbeschäftigung der sozialistischen Geschichtsphilosophie ausmacht. Die Fülle des Geschehens ist unendlich reich und läßt sich nicht in karge Formeln pressen. Es ist ein Bedürfnis der menschlichen Natur, die verwirrende Mannigfaltigkeit der Dinge auf einfache Lehrsätze zurückzuführen. Begriffe und viele der sogenannten Naturgesetze sind nach Ernst Mach bloß Mittel zur Ersparung bei der geistigen Zurechtlegung der Vorgänge der Außen- und Innenwelt; wenn aber erstarrt, sind sie im Erforschen der Wahrheit ein Hindernis.

*

Das Leihkapital

Die Lösung der Frage, in welcher Weise während des Menschenalters vor dem Weltkriege der Kapitalismus auf den Ablauf der Ereignisse gewirkt hat, wird erleichtert, wenn dessen drei Formen, das Leih-,

das Handels- und das Industriekapital, gesondert ins Auge gefaßt werden.

Das Leihkapital suchte, bevor sich die Staatsanleihen einstellten, bei den Privaten Anlage. Seine Härte zu mildern haben die Gesetzgeber schon früh versucht, das Alte Testament durch den Erlaß aller Schulden im Jubeljahr, die Staatsmänner von Solon bis Julius Cäsar durch Regelung des Schuldenwesens. In den neueren Zeiten werden die Staatsanleihen vom Kapital begünstigt, da die Kontrolle über sie leichter geübt werden kann und die Verzinsung sicher ist, wenn verfassungsmäßig öffentliche Rechnungslegung des Staatshaushaltes vorgeschrieben ist. Das Leihkapital hat in der Regel Interesse an der Erhaltung des Friedens, wenigstens solange die Schulden pünktlich entrichtet werden. Stockt die Zahlung, so ist es unerbittlich. Dies hatten, wie eingehend dargelegt wurde (Band 1, S. 42 ff.), die Vizekönige von Ägypten zu verspüren, denen infolge leichtsinnigen Schuldenmachens die Herrschaft über Ägypten und über den Suezkanal entwunden wurde. Der Vertreter der englischen Staatsgläubiger in Kairo, Colvin, war einer der Träger der Kriegspolitik seines Landes, aus der die Besitznahme Ägyptens durch Großbritannien hervorging.

Auch das Beispiel der Bagdadbahn zeigt die große Rolle des Finanzkapitals, mit dessen Hilfe der deutsche Unternehmungsgeist die wirtschaftliche Ausbeutung Vorderasiens durchzusetzen hoffte. Die Deutsche Bank unter ihren Direktoren Georg Siemens und Arthur Gwinner übernahm die Führung, doch hielt sie es für vorteilhaft, das französische und das englische Kapital zur Beteiligung an dem Werke heranzuziehen, was von England aus Eifersucht gegen das Deutsche Reich abgelehnt, von Frankreich dagegen angenommen wurde, weil Ministerpräsident Rouvier die finanziellen Vorteile der Teilnahme höher anschlug als die politischen Einwendungen. In London rechnete man bei den großen Kosten des Baues anfangs mit dem voraussichtlichen finanziellen Zusammenbruche der Bahngesellschaft, worauf deren Eigentum billig erworben werden könnte. Als sich das französische Kapital später von der Unternehmung zurückzog, wurde die Bagdadbahn einer der großen Preise im Ringen der Nationen um die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft.

Die wichtigste Verschlingung der Politik mit der Tätigkeit des Leihkapitals zeigte sich im Laufe des Bündnisses zwischen Rußland und Frankreich, das seinen Ausgangspunkt von der Gewährung von An-

leihen nahm und durch sie, wenn die Freundschaft stockte, immer wieder befestigt werden mußte. Die Vorgeschichte des Bündnisses reicht bis zu der von Bismarck 1887 veranlaßten Verfügung zurück, die Deutsche Reichsbank dürfe russische Wertpapiere nicht länger belehnen. Das Zarenreich mußte sich bei seinem großen Kapitalbedarf notgedrungen an Frankreich halten, wo es aus politischen Gründen williges Gehör fand.

Alles Vorherige wurde aber während des Weltkrieges überboten. Lange Zeit begnügten sich die Vereinigten Staaten mit Golddarlehen an die Deutschland bekämpfenden Mächte wie mit deren Unterstützung durch Lieferung von Lebensmitteln und Rohstoffen, von Waffen und Munition. Der Vorteil, den die Union aus der Selbstzerfleischung Europas zog, war außerordentlich groß und bei längerer Dauer des Kampfes eröffnete sich die Aussicht auf Erringung der finanziellen Vormacht der Vereinigten Staaten über die anderen Nationen. Die Kapitalmagnaten der Union erfaßten die Sachlage und taten alles für die Verlängerung des Krieges. Dies war das Hauptmotiv der Politik Nordamerikas, demgegenüber alle anderen Triebfedern wenig bedeuteten, wenn auch die Rassen- und Kulturgemeinschaft mit dem englischen Mutterlande, die Abneigung gegen das monarchische und militärisch regierte Deutschland nebenher mitspielten. Wilson glaubte Herr seiner Entschlüsse zu sein, war aber in Wahrheit das ausführende Organ des nordamerikanischen Kapitalismus, dessen Vorteil sich in diesem Fall mit dem des Staates deckte; denn das Aufsteigen der Vereinigten Staaten zur führenden wirtschaftlichen Macht war eine die Gemüter berauschende Tatsache. So erklärt es sich, daß Wilson den ihm im Herbst 1914 gemachten Vorschlag der schwedischen Regierung, sich an die Spitze der neutralen Mächte zu stellen und die kriegführenden Staaten zur Achtung des Völkerrechtes anzuhalten, kühl ablehnte. Ob er selbst an seine Weltmission als Friedensbringer geglaubt hat, gehört zu den historischen Tatsachen zweiter Ordnung. Vielleicht wurde durch ihn der Eintritt der Union in den Weltkrieg verzögert, den die republikanische Partei, weil unmittelbar unter dem Einfluß des Handels- und Finanzkapitals stehend, schon damals herbeigeführt hätte. Im Grunde aber, und dies erklärte er selbst im Herbst 1918, war er entschlossen, auch ohne die Erklärung des unbedingten Tauchbootkrieges in den Kampf einzutreten. Das war von dem Augenblicke unabweisbar, als die der Union befreundeten Mächte ihr viele Milliarden schuldeten und die fortgesetzten Siege Deutschlands auf den Schlachtfeldern zu Lande die Gefahr herauf-

beschworen, daß die Schuldner der Union die geliehene Summe nicht würden bezahlen können. Dies ist der Kern der Sache; die Reden und Aufrufe Wilsons, die 14 Punkte, die Friedensvermittlung des Präsidenten sind Beiwerk, durch welches Wilson zu hoher Befriedigung der sich die Hände reibenden amerikanischen Finanzmagnaten die Politik der Union mit dem himmelblauen Gewand idealer Bestrebungen umkleidete. Kaum jemals in der Wirtschaftsgeschichte der Menschheit haben die Kategorien der materialistischen Geschichtsauffassung eine gleich einleuchtende Bestätigung gefunden; um so verwunderlicher ist es, daß die dem Kapitalismus dienende Beredtsamkeit Wilsons bei den Sozialisten der Welt, selbst Deutschlands, Anklang und Glauben fand. Marx und Engels würden über die sozialistischen Lobreden Wilsons die Lauge ihres Hohnes geschüttet haben.

Dieselbe große Rolle spielte in der Weltpolitik die Sicherung der Rußland und der Türkei vor dem Kriege gewährten Anlehen. Es war eine Eigentümlichkeit der französischen Banken, daß sie ihre Gelder nur zu geringem Teile der Förderung der Industrie im eigenen Lande zuwendeten. Es war ihnen bequemer, das Leihkapital zu exportieren, wozu sie sich gerade die zwei Länder aussuchten, deren unsichere inneren Verhältnisse zur Vorsicht hätten mahnen sollen. Indessen folgten die Banken dem Drängen der französischen Regierung, die auf die Wünsche Rußlands peinliche Rücksicht nahm. Die Türkei wieder schien deshalb ein annehmbarer Schuldner, weil ihre Finanzen unter internationaler Aufsicht standen und gewisse Steuereingänge zur Verzinsung der Schulden verpfändet waren. Gleichzeitig verhinderte die französische Regierung die Gewährung von Anleihen an die Staaten des Dreibundes, zeitweise selbst an Italien, was für das französische Kapital manchen Gewinstentgang bedeutete. Diese Finanzpolitik hat im Weltkriege die Probe schlecht bestanden. Die russischen und die türkischen Staatsanleihen wurden notleidend. Der französische Staat ist als Bürge und Zahler für die fälligen Zinsen eingetreten und suchte nach dem Weltkriege einen Ausweg aus der üblen Lage, in die er geraten war. Im Grunde drehte sich die französische Politik, sowohl der Sowjetrepublik wie der Pforte gegenüber, um die Frage der Rettung des leichtsinnig aufs Spiel gesetzten Leihkapitals. Daher bestand Frankreich auf der Belassung des Sultans in Konstantinopel, um ihn und seine Regierung unter Aufsicht zu halten und die Verzinsung der türkischen Staatsanleihen zu erzwingen. Das Leihkapital ist so innig mit den Schicksalen der euro-

päischen Staaten verknüpft, daß man die ganze internationale Politik der letzten vierzig Jahre von dem Gesichtspunkte darstellen könnte, wie die Anleihen untergebracht wurden, wie der Abschluß von Bündnissen durch sie ermöglicht oder verhindert wurde, endlich welche Sicherheit die Gläubiger sich zu verschaffen strebten. Der Kapitalexport findet statt, um in einem Lande mit höherem Zinsfuß größeren Gewinn einzuheimsen. Dieser Profit wird oft durch Verluste aufgewogen, wodurch Frankreich schwer getroffen wurde. England ist dieser Gefahr weniger ausgesetzt, weil es seine Kapitalien mit Vorliebe in den eigenen Kolonien anlegt. Diese teilen das Schicksal Großbritanniens; ihre inneren Verhältnisse, wenigstens soweit sie von Angelsachsen besiedelt sind, bieten keinen Anlaß zu Besorgnissen. Auf diesem Kreislauf des Geldes zwischen Britannien und seinen Kolonien beruht zum guten Teil die Gesundheit des englischen Reichskörpers.

Dem Leihkapital liegt viel an der Erhaltung des Friedens, solange die Zinsen pünktlich eingehen. Es zittert bei jeder Umwölkung des politischen Gesichtskreises, denn es sieht voraus, daß mindestens die besiegten Staaten in finanzielle Verlegenheiten geraten werden. Schon vor Kriegsbeginn stellen sich durch das Sinken der Kurse Kapitalsverluste ein; diese sind nicht mehr hereinzubringen, wenn der besiegte Staat zur Herabsetzung der Schuldzinsen genötigt ist.

*

Das Handelskapital

Mit einem einzigen Strich zeichnet Goethe den Schattenriß des Handelskapitals: Krieg, Handel und Piraterie.

Der Kaufmann ist ohne Eifersucht auf seinen Konkurrenten nicht denkbar; so können zwar Dutzende und Hunderte von Fabriken desselben Zweiges nebeneinander bestehen und in der Heimat oder in der Fremde gleichzeitig lohnenden Absatz finden; dagegen überwindet der Kaufmann die Konkurrenz nur, wenn er ihr den Boden abgräbt und deren Kunden an sich zieht. Das gilt für den einzelnen, wie für ein ganzes Handelsvolk. Auch arbeitet der Großindustrielle gewöhnlich für Kunden, die ihm unbekannt bleiben, während der Kaufmann Mann

für Mann gewinnen und festhalten muß; wo sich sein Konkurrent eingenistet hat, wird er schroff, selbst schnöde abgewiesen. Der Industrielle ist, wenn seine Fabrik mit Aufträgen voll versorgt ist, mit sich und der Welt zufrieden, während der Kaufmann seinen Absatz immer weiter ausdehnen möchte; denn die Ware, mit der sein Konkurrent dienen kann, ist auch ihm zugänglich.

All dies verschärft sich beim Seehandel. Das Kapital des Landhandels arbeitet in Warenlagern und Außenständen; dazu kommen an der See die dem Sturme der Elemente ausgesetzten Schiffe, Werften, Hafenanlagen. Die Unsicherheit ist groß, Wagemut muß sie überwinden. In der Gefahr straffen sich die Nerven, es hat deshalb nie ein waffenscheues Seevolk gegeben, während der Landhandel im europäischen Osten von unkriegerischen Völkern, Juden und Armeniern, betrieben werden konnte. Das in Schiffen angelegte Kapital muß sich hoch verzinsen, um die Versicherungsprämie hereinzubringen, wozu in alten Zeiten noch die Abwehr der Piraterie trat. Eine Kriegsflotte ist unerläßlich, um den Einbruch abzuhalten. Ist der Gewinn nicht mehr hoch genug, um die Versicherung gegen die Elemente und gegen den Landesfeind zu tragen, so lohnt sich die Schiffahrt nicht mehr und das Handelskapital verwandelt sich in Leihkapital, das sich mit einer bescheideneren Rente begnügt. Genua und Holland sind diesen Weg gegangen; als ihre Kaufherren nicht mehr stark genug waren, die See zu beherrschen, wurden sie Bankherren und Abnehmer von Staatsanleihen.

Ein unkriegerisches Seevolk ist ein Widerspruch in sich selbst, nie konnte Seegeltung ohne eine Schlachtflotte festgehalten werden. Vernachlässigt ein Handelsvolk seine Kriegsmarine, so wird es zum Kinderspott. Das verspürten sogar die Römer in den letzten Zeiten der Republik; sie konnten sich der Seeräuber lange nicht erwehren, bis Pompejus, mit diktatorischer Gewalt ausgestattet, das Meer von ihnen säuberte. Die Spanier haben selbst in der Zeit ihres Glanzes das mittlere Amerika nie ganz beherrscht; sie waren zwar in dessen Innerem die Herren, aber im 17. Jahrhundert hausten auf den westindischen Inseln, besonders auf Haiti, die von England und Frankreich unterstützten Flibustier und brandschatzten die blühendsten Seestädte. Die Seepolizei handhabt sich schwerer als die auf den Landstraßen, weil hier nur bestimmte Linien zu überwachen sind, dort eine unabsehbare Fläche. In den Seekriegen der zwei letzten Jahrhunderte wandelten

sich diese Verhältnisse ins Große, der Weltkrieg führte zu einer Probe auf Leben und Tod. Aus innerster Notwendigkeit, nicht aus der Willkür eines Monarchen oder seiner ehrgeizigen Ratgeber schritt jedes Seevolk von den ältesten Zeiten bis zum heutigen Tage zum Bau einer Kriegsflotte; mit deren Untergang war das Schicksal des Deutschen Reiches besiegelt.

Um ein Seevolk zu sein, genügt es nicht, am Meere zu wohnen und auf den heimatlichen Schiffen den eigenen Bedarf heranzubringen; jener Name wird erst erworben, wenn ein Volk die Vermittlung zwischen anderen Nationen übernimmt. Die Franzosen waren eigentlich nie ein Seevolk und sind es auch heute nicht. Eine Seehandelsmacht entsteht erst durch Mitwirkung am Weltfrachtgeschäft. Dadurch sind die Phönizier, die Hansa, die Holländer reich geworden. Die hanseatischen Kaufleute brachten Schafwolle aus England nach Flandern, die hier gewebten Tuche in die Länder des Nordens, Holz zum Schiffsbau aus Skandinavien in ihre norddeutschen Häfen, Getreide aus Polen in die Großstädte Brügge und Gent. Sie waren, indem sie behufs Sicherung ihres Handels Könige des Nordens absetzten oder beschützten, das Urbild eines Seevolkes.

Die gesamte Handelsmarine der Erde seiner Zeit wurde von Colbert auf 20 000 Schiffe, geschätzt, von denen 16 000 den Holländern gehörten, die man die „Frachtfuhrleute der Welt“ nannte. Amsterdam war die größte Geld- und Warenbörse der Erde; der niedrige in Holland herrschende Zinsfuß verlockte auch zur Ausfuhr von Leihkapital, ein Geschäft, auf das sich die Niederländer zurückzogen, als sie von den Briten zur See überflügelt wurden.

Die Engländer waren in der Mitte des 18. Jahrhunderts bereits das erste Handelsvolk Europas, bevor sie noch die industrielle Vormacht errangen. Nach den napoleonischen Kriegen und dem Abfall der spanischen Kolonien verfügten sie über den dreifachen Primat der Industrie, der Kolonialmacht und des Seefrachtgeschäftes. Seitdem das Großgewerbe auf dem Festlande und in den Vereinigten Staaten sich hob und Afrika unter die europäischen Völker aufgeteilt war, blieb den Briten noch das Übergewicht im Seehandel. Vor dem Weltkriege hatte ihre Handelsmarine 19 Millionen Tonnen Wasserverdrängung, die deutsche, die nächststärkste, nur 5½ Millionen Tonnen. In Europa, vollends in Nordamerika, standen sie als Vermittler der Ein- und Ausfuhr an erster Stelle. Aber das nur im Warengeschäft, zuletzt nicht mehr bei

der Beförderung von Personen, denn die Passagierdampfer der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd übertrafen zum Schlusse die englischen an Größe, Sicherheit und Bequemlichkeit. Doch auch im Warentransport machte sich der deutsche Wettbewerb durch das Sinken der Frachtraten unangenehm bemerkbar; die Gewinne der britischen Reeder verminderten sich mit dem jährlichen Anwachsen der deutschen Handelsmarine. Nun standen die Dinge so, daß der englische Industrielle sich immer noch trösten konnte, das reichgewordene Deutschland sei seine beste Kundschaft, was aber bei dem Reeder nicht zutraf. Denn deren Fahrten nach Hamburg und Bremen wurden seit 1860 weniger zahlreich, während die deutschen Handelsschiffe sich immer häufiger in den britischen Kolonien einfanden. Schon das war eine schwärende Wunde, wozu noch der Bau der deutschen Kriegsflotte kam, womit alle Machtverhältnisse verschoben wurden. Unter den Reden Kaiser Wilhelms, in denen er die Sprache der Ein- und Ausfuhrziffern prahlerisch unterstrich, war die törichteste, in der er sagte: „Der Dreizack Neptuns gehört in unsere Faust." Deshalb hatten die britischen Widersacher Deutschlands auf den britischen Inseln außer in der Flotte und im Heere ihren Hauptsitz unter den Vertretern des Handelskapitals; dort in Admiral Sir John Fisher, der 1905 und 1908 zum Überfall auf die deutsche Kriegsflotte drängte, hier in Winston Churchill, der 1908 bis 1912 Handelsminister war und darauf die Leitung der Admiralität übernahm. Das verschiedene Verhalten des Industrie- und des Handelskapitals Großbritanniens rührt daher, daß das erstere noch die Möglichkeit hatte, sich wenigstens auf dem Markte des Mutterlandes durch Schutzzölle des Wettbewerbes zu erwehren, ihn durch Bildung eines Reichszollbundes auch von den Kolonien abzuhalten. Dagegen besitzt der Handel kein anderes Mittel, sich eines Nebenbuhlers zu entledigen, als den Krieg. So hielten es die seefahrenden Nationen aller Zeiten, und da sich immer nur die Formen des Lebens ändern, nie die Natur der Menschen, so entsprang diesem Widerstreit der Interessen der furchtbarste aller Kriege.

*

Das Industriekapital

Vom Industriekapital großen Stils kann erst seit der Verwertung der Dampfkraft zum Betrieb der Maschine gesprochen werden. Große Vermögen entstanden, leicht ließ sich das Kapital zum Bau der länderumspannenden Schienenstränge aufbringen. Nach dem Bau der Haupteisenbahnlinien in den zivilisierten Staaten machte sich eine gewisse wirtschaftliche Ermattung fühlbar; da tritt die Elektrizität ihren Siegeslauf an. Um 1895 beginnt, wie man sich ausgedrückt hat, eine neue Sturm- und Drangperiode des Kapitals; Deutschland und Nordamerika stellen sich mit ihrer Industrie England gleichberechtigt an die Seite.

An dem Kapitalsexport beteiligt sich die Industrie durch Schöpfung von Fabriksunternehmungen, Bergwerken, Hafenbauten im Ausland. Das Leihkapital wandert schon wegen des höheren Zinsengewinns aus; der Unternehmer streicht neben diesem noch den ihm zuwachsenden Profit ein. Daran beteiligten sich mit Vorliebe die Kaufleute und Techniker der aufstrebenden Nationen. Die deutschen Banken entlehnten bei den französischen und belgischen ein gutes Stück Geld und gründeten damit Eisenbahnen und Fabriken in Ost und West; die Nordamerikaner bezogen auf dem Londoner Markte Leihkapital und verwendeten es zu Geschäften in Südamerika. Die panamerikanische Bewegung entstand aus dem Streben des Kapitals der Vereinigten Staaten nach neuem Gewinn, der nach dem Falle der Zollschranken zwischen den amerikanischen Republiken der reichsten und stärksten von ihnen zufallen mußte. Fortschreitende Nationen verwandeln Leihkapital in solches, das in der Industrie und im Handel arbeitet; bei alternden Völkern tritt eine Rückbildung ein, sie begnügen sich mit den Interessen ihres Vermögens.

Das Industriekapital hält nach zwei Richtungen unermüdlich Umschau. Auf der einen Seite schafft es Rohstoffe herbei; dann sucht es fortwährend neue Märkte zum Absatze der fertigen Waren. Dieses zweifache Bestreben bringt die Industrie mit den entferntesten Ländern in Berührung, womit sie in die Weltpolitik eintritt. Die Begierde nach Rohstoffen äußert sich oft gewalttätig, führt selbst zu Raub und Krieg. Bei der Verarbeitung bringt die vom Staate gestattete Ausbeutung der Arbeitskraft den eigentlichen Gewinn; äußerlich spielt sich hierbei alles in den vom Gesetz gezogenen Schranken ab.

Die kostbarsten Rohstoffe sind die edlen Metalle, denn für sie kauft man ohne besondere Herrichtung, höchstens durch Aufprägung des staatlichen Stempels, alle Güter der Erde. Columbus segelte nach Westen, um das metall- und gewürzreiche Indien zu finden, Cortez und Pizarro plünderten die silberreichen Länder Mexiko und Peru. Der letzte der Kriege um Fundstätten des gelben Metalls war der, den die Briten gegen die Buren führten. Nach der Entdeckung der Goldfelder in der Transvaalrepublik geriet die Londoner City in eine gewisse Abhängigkeit von den Maßregeln dieses Kleinstaates; dessen Gesetze und die Verordnungen ihres Präsidenten Krüger beeinflußten die Kurse der südafrikanischen Bergwerkspapiere, des damals wichtigsten Spielpapiers der Londoner Börse. Der Gold- und Diamantenkönig Cecil Rhodes sah eine Störung darin, daß Krüger seinen weitgreifenden Plänen oft ein starres Nein! entgegensetzte. Der von Rhodes 1895 ins Werk gesetzte Raubzug Jamesons gegen Johannesburg führte nicht zu dem gewünschten Ziele; so mußte England Schiffe und Heere aufbieten, um das tapfere kleine Volk unter die Füße zu bringen.

Gold ist aber für die Industrie nur eine unter vielen Waren; Kohle Eisen und Baumwolle sind noch unentbehrlichere Unterlagen der Produktion. Der Zucker spielte in dem Kriege der Vereinigten Staaten mit Spanien 1898 dieselbe Rolle wie in Südafrika das gelbe Metall. Nur wurde im Kampfe um die westindische Insel deren Befreiung zum Vorwand genommen, während dort die Habgier und Herrschsucht nackt zu Tage traten. Der demokratische Präsident der Union, Cleveland, widersetzte sich der Kriegserklärung, dann kam mit den Republikanern Mac Kinley ans Ruder, der Kuba den Vereinigten Staaten unterwarf.

Bei der Gründung des Kongostaates waren wieder Elfenbein und Kautschuk das lockende Ziel der ausbeutenden Gesellschaften und ihres Schutzherrn, Leopolds von Belgien. Die Unmenschlichkeit, mit der die Einwohner zur Lieferung der kostbaren Rohstoffe angehalten wurden, war nicht viel geringer als die, durch welche in denselben Gegenden der Sklavenraub allgemeinen Abscheu erregt hatte.

Die Mittel, durch welche die Staaten den Absatz der fertigen Waren im Auslande erzielen, pflegen weniger rücksichtslos zu sein als das Herbeischaffen der Rohstoffe. In Europa war der kriegerische Widerstand Britanniens gegen die von Napoleon verhängte Kontinentalsperre der letzte Fall des Ringens der Nationen um jenen Preis. Später wurde das Ziel unter den weißen Völkern durch Handelsverträge erreicht;

die farbigen Völker dagegen galten als rechtlos, wurden durch das Schwert unterworfen und aufgeteilt; ihr Gebiet ward eine Kolonie, als ob sie nicht auch ein Recht auf das von ihnen besiedelte Land gehabt hätten. Den abscheulichsten Krieg zur Erzwingung des Absatzes einer Ware führte England 1838 bis 1842 gegen China. Dessen Regierung wie die Japans verbot im Hinblick auf die verheerende Wirkung des Rauchens von Opium den Genuß wie die Einfuhr dieses Betäubungsmittels. Da aber die englisch-ostindische Kompagnie, damals noch die Beherrscherin Ostindiens, große Mohnfelder besaß und aus der Ausfuhr ihres Ertrages reichen Gewinn zog, drängte sie zum Kriege; es war ein Leichtes, sich das Zeugnis von 161 anglo-indischen Ärzten zu verschaffen, der Genuß von Opium sei nicht bedenklicher als der von Wein und Bier, bloß das Übermaß wirke schädlich. Nach vierjährigem Widerstand mußte China nachgeben, wogegen das entferntere und schwerer anzugreifende Japan auf dem Verbote beharrte.

Kriege zur Erzwingung des Absatzes erregen den größten Haß und sind eine Ausnahme. Überhaupt zieht die Industrie den friedlich errungenen Warenverkauf vor, da er durch Krieg auf jeden Fall gestört wird. Es ist kein Zufall, daß die Geschichtschreiber das Wort Industriekrieg nicht gebrauchen, während sie immer wieder von Handelskriegen zu erzählen wissen. Was wir Zollkrieg nennen, ist ein Kampf mittels Tarifen und Einfuhrverboten, nicht mit den Waffen. Solange das Industriekapital mit jenen Mitteln das Auslangen findet, drängt es nicht zur Anwendung von Gewalt. Darin stimmt es mit dem Leihkapital überein; es ist in Friedenszeiten wagelustig, bei äußeren Verwicklungen dagegen schreckhaft; aus Furcht vor wirtschaftlichen Verlusten unterblieb so mancher Krieg, der aus politischen Gründen unvermeidlich schien. Es ist auch nicht einzusehen, weshalb das Kapital als solches sich selbst zerstören sollte, was im Gefolge eines Zusammenstoßes mit den Waffen von selbst eintritt. Das Kapital ist antimilitaristisch, solange der Austausch von Waren, Aktien oder Goldbarren ungestört vor sich geht; zur Verteidigung rüstet es allerdings Heere und Flotten aus. Dagegen ist ein seebeherrschendes Handelsvolk aus einem besonderen Grunde schnell zur Gewalt bereit. Solange es über die Meere verfügt, bringt der Krieg von selbst großen Gewinn, da gleich bei dessen Ausbruch die Schiffsfracht teuerer wird. Die ungeheuren Profite der englischen Reeder gehörten zu den Ursachen der langen Dauer des Weltkrieges, um so mehr, als der Staat ihnen die durch die Tauchboote

zugefügten Verluste ersetzte. Zwischen den verschiedenen Gattungen des Kapitals ist daher genau zu unterscheiden.

Der unbezähmbare Drang des Industriekapitals nach Erschließung neuer Märkte ruft den Exportimperialismus hervor. Bei dem Erwerb von Kolonien ging aber das Streben nach Ackerland für die Auswanderer und das Aufspüren wertvoller Rohprodukte allem anderen voran. In unserer Zeit ergänzten und verflochten sich diese Antriebe. Dazu aber trat etwas Neues, dem Jahrhundert Eigentümliches, das Streben nämlich, soviel Land und Macht wie möglich zu gewinnen, unabhängig davon, ob die neuerworbene Kolonie in der Gegenwart Nutzen abwerfe oder nicht. In früheren Zeiten besetzten die Seevölker nur so viel Häfen und Küsten, als sie zu bestimmten Zwecken benötigten; in unseren Tagen will jede Nation soviel von der bewohnten Erde an sich reißen wie möglich. Wie wenig die erworbenen Kolonien dem Deutschen Reiche eingebracht haben, ist bekannt; von ihnen allen war das kleine Togo die einzige Siedelung, die ihre Verwaltungskosten ohne Zuschuß aus Reichsmitteln deckte. In dem „objektlosen Machtstreben" — der Ausdruck stammt von Hilferding — zeigt der Imperialismus seine wahre Natur [1]).

*

Freihandel und Schutzzoll. Kartelle

Englands Industrie und Handel erwuchsen unter dem Walten der Schutzzölle und der Abwehrmaßregeln der Navigationsakte; als Britannien erstarkt war, warf es die Krücken als hindernd fort und ging

[1]) Rudolf Hilferding, „Das Finanzkapital" (Wien 1910), ist das Hauptwerk der marxistischen Schule über den Gegenstand, mit scharfsinnigen Untersuchungen über Kapitalismus und Imperialismus. Die zweite Hälfte des Buches handelt eingehend über das von den Banken der Industrie zugewendete Kapital, durch das sie die Volkswirtschaft beherrschen. In diesem Belang bringt Hilferding viel Aufklärung, dagegen läßt er die Leistung des Handelskapitals fast ganz beiseite. Dem aus Rußland stammenden Verfasser liegt als einem Binnenländer das Meer seitab von seinen Gedankenkreisen. Er würdigt die Kolonien wohl als Lieferanten von Rohstoffen und als Markt für fertige Waren; was aber das Meer als Wasserstraße bedeutet, wie es die eigentliche Brutstätte des Imperialismus wurde, ist ihm nicht geläufig.

von 1846 an zum Freihandel über. Die für den Weltmarkt tätige Industrie wollte sich nicht länger die Rohstoffe und die Lebensmittel für ihre Arbeiter verteuern lassen. Mit den Schutzzöllen wurden die Schranken der nationalen Produktion niedergelegt und Englands wirtschaftlicher Vorrang befestigt. Das System warf den Briten jedoch erst vollen Nutzen ab, als es auch von den ausgebeuteten Völkern angenommen wurde. Die Manchesterschule verbreitete die Lehre, der Freihandel bringe überallhin Wohlstand, erziehe die Völker zu Brüderlichkeit und zum ewigen Frieden. Cobden und Bright predigten dies in gutem Glauben, dienten aber damit vor allem ihrem Vaterlande. Es spricht für den politischen Genius einer Nation, wenn sie ökonomische Systeme hervorbringt, die ihr selbst Macht und Reichtum zuwenden. Die Ausfuhr von Ideen lohnt noch besser als von Waren.

Vergebens bekämpften zwei hervorragende Nationalökonomen, Friedrich List in Deutschland, Henry Charles Carey in den Vereinigten Staaten, das britische System; ihre Lehren kamen erst nach ihrem Tode zur Geltung. Der schutzzöllnerische Gegenschlag war aber nicht das Ergebnis wissenschaftlicher Einsicht, sondern die Folge massenhafter Einfuhr von Lebensmitteln aus Amerika und Asien, wodurch seit 1868 der Preis von Getreide und Fleisch tief herab gedrückt wurde. Bis dahin standen die deutschen und die französischen Grundbesitzer im Lager des Freihandels, jetzt verbanden sie sich mit den Industriellen zu dessen Bekämpfung. In Deutschland führte Bismarck den Schutzzoll 1879 zum Siege, in Frankreich schritt Jules Méline voran, in Österreich Alexander Peez[1]). Die Gleichzeitigkeit dieser Erscheinungen beweist, daß nicht die Persönlichkeiten, sondern die Umstände die Wandlung hervorriefen. Auf dem europäischen Festlande kam der Bund zwischen den Fabrikanten und den Landwirten ohne Schwierigkeit zustande, in Amerika dagegen stießen die Interessen der Industriellen des Nordostens einerseits, die der Baumwollpflanzer anderseits so scharf aufeinander, daß hier der Übergang zum Schutzzoll erst etwas später durch den Mac-Kinley-Tarif angebahnt wurde.

Offenbar haben die natürlichen Triebkräfte der deutschen Nation in erster Linie zu ihrem Aufschwunge beigetragen, während die Schutzzölle ihn höchstens beschleunigten. Das Anschwellen der Produktion dauerte auch dann fort, als die unter Caprivi 1892 und 1894 geschlosse-

[1]) A. Peez, „Zur neuesten Handelspolitik", Wien 1895.

nen Handelsverträge einen teilweisen Abbau der Schutzzölle brachten, des Weizenzolles von fünf auf vierthalb Mark für den Meterzentner. Gegen diese Maßregel erhob der Grundbesitz heftigen Einspruch und schuf sich 1893 in dem Bund der Landwirte das Kampfesmittel. Die Schwerindustrie verband sich mit den Agrariern, so daß Dezember 1902 vom Reichstag ein neuer Tarif mit stark erhöhten Schutzzöllen angenommen wurde. Auf dieser Grundlage waren die weiterhin geschlossenen Handelsverträge aufgebaut.

Die Linien der deutschen und der britischen Handelspolitik liefen somit immer weiter auseinander. Das hing auch mit der verspäteten Kapitalsbildung in Deutschland zusammen. Der britische Unternehmer arbeitete mit eigenem Geld, das dem deutschen Emporkömmling anfänglich fehlte. Dafür hatte dieser einen Rückhalt an dem engmaschigen Netz von Banken in seinem Lande. Hier flossen wie in einem Sammelbecken die Ersparnisse des Mittelstandes, das Barvermögen der Kapitalisten zusammen. Die Banken beteiligten sich ganz anders als in England an der Industrie, zuerst durch Gewährung von Krediten, dann durch die Übernahme oder die Begründung von Fabriken. Die letzteren besaßen an den Schutzzöllen eine Stütze, weil diese die Bildung von Kartellen erleichtern. Sowohl in den Ländern mit Schutzzoll wie in denen mit Freihandel vereinigen sich die Unternehmungen desselben Zweiges zu Kartellen und Trusts, um die Preise hochzuhalten und neben dem Unternehmergewinn einen Extraprofit einzuheimsen. Die Kartellbildung wird aber durch Schutzzölle gefördert, da die betreffenden Unternehmungen, wenn sie das eigene Land beherrschen, auf den Weltmarktpreis noch einen Betrag in der Höhe des Zolls aufschlagen können.

Ursprünglich waren die Schutzzölle als Erziehungsmittel der Industrie gedacht und werden, so auch von Friedrich List, gerechtfertigt, der es als selbstverständlich annahm, daß sie nach dem Erstarken heimischen Großgewerbes fallen würden. Aber das einmal errungene Absatzmonopol war zu kostbar, als daß es freiwillig dahingegeben worden wäre. Im Gegenteil: die mächtig gewordene deutsche Industrie setzte Ende 1902 noch eine Tariferhöhung durch, um ihren Gewinn zu steigern. Das Monopol wurde mit der Verbesserung der Maschinen, mit dem Sinken des Zinsfußes immer wertvoller und eine Quelle von Reichtümern[1]).

[1]) Das nennt Hilferding den Funktionswandel des Schutzzolles. Er sagt darüber: „Aus einem Mittel der Abwehr gegen die Eroberung des einheimischen Marktes durch fremde

Aber weiter. Das Kapital des Schutzzollandes hat an den Monopolpreisen in seiner Heimat solchen Rückhalt, daß es den Wettbewerb im Auslande leichter aufnehmen kann. Bei der Ausfuhr werden also die Waren billiger verkauft, entweder zu dem Weltmarktpreise oder zu einem noch niedrigeren. Die durch den Schutzzoll gewährte Prämie stachelt also zur Ausfuhr an. Selbst vor dem Schleudern im Preise (dumping) wird nicht zurückgescheut. Der einheimische Verbraucher ersetzt den Verlust und zahlt einen Teil des Preises der im Auslande abgesetzten Ware. Durch das Schleudern mit der Ware kann der Fabrikant des Landes, in das exportiert wird, nicht bloß aus dem Felde geschlagen, sondern selbst ruiniert werden; dann erringt das importierende Kartell sogar in der Fremde ein Monopol. So glatt und schematisch spielt sich der Vorgang kaum je ab, aber die Aussicht auf Absatz wird durch den Kartellschutzzoll jedenfalls erweitert.

Da bei freiem Handel die Kartelle in einem Lande dadurch gehindert sind, daß aus dem konkurrierenden Staate Waren eingeführt werden können, so mildert der Freihandel die wirtschaftlichen Gegensätze, der Schutzzoll verschärft sie. Das in England herrschende System erhält sich durch den großen Kolonialbesitz Britanniens; die fernen Siedlungen nehmen die Erzeugnisse des Mutterlandes auf. Die Deutschen und die Amerikaner besaßen keine Kolonien und entschädigten sich durch den Absatz ihrer kartellierten Industrien im Auslande. Die letztere Organisation schlägt aber nur dann durch, wenn die Kartelle für ein großes und kaufkräftiges Heimatland arbeiten; dann ist der Gewinn zu Hause ansehnlich genug, um eine großzügige Ausfuhr zu ermöglichen. So brachten die natürlichen Verhältnisse ebenso wie die staatliche Gesetzgebung die Zuspitzung des englisch-deutschen Gegensatzes zuwege.

Industrien ist er ein Mittel zur Eroberung der fremden Märkte durch die einheimiche Industrie geworden, aus der Verteidigungswaffe des Schwächeren die Angriffswaffe des Stärkeren." (Das Finanzkapital, S. 389.) Hilferding mißt dem Schutzzolle bei der Entwicklung der imperialistischen Vorstellungen wohl eine zu große Rolle bei, Deutschland erscheint ihm infolgedessen als der eigentliche Träger des Imperialismus, England wird dabei zur Seite gelassen. Diese Einseitigkeit vermindert etwas den Wert des gründlichen Werkes.

*

Englische Schutzzollbewegung. Chamberlain

Den britischen Imperialisten lag der Wandel der Zeit schwer auf dem Herzen, aber niemand nahm ihn ernster als ihr hervorragendster Mann, Joe Chamberlain, bis 1903 Kolonialsekretär im Ministerium Balfour. Er vor allem hatte den Burenkrieg entzündet, so daß ihm zwar der Ruhm des gewonnenen Sieges zufiel, doch auch die Verantwortung für dessen unabwendbare nachteilige Folgen. Als Mann von großen Gesichtspunkten war er nicht um Auskunftsmittel verlegen, die England vor dem Verluste seiner bedrohten Machtstellung bewahren sollten. Von jeher war er der Wortführer eines engen politischen und wirtschaftlichen Zusammenschlusses Englands mit seinen Kolonien gewesen; immer hatte er gelehrt, daß, wenn sie ihre Kräfte zu einem Reichszollbunde vereinigten, dies die beste Bürgschaft der Wohlfahrt beider Teile wäre. Die also aufgerichtete Handelsmacht wäre jeder Fahrnis gewachsen. Diesen Gedanken stellte er nach dem Burenkriege in den Mittelpunkt seines politischen Systems, ergänzte ihn aber durch einen anderen, der mit seiner Zentralidee enge zusammenhing. Offenbar wären die Kolonien nicht bereit gewesen, in einen großenglischen Zollverband einzutreten, solange Britannien am Freihandel festhielt. Denn soweit sie sich selbständig regierten, was bei allen angelsächsischen Siedelungen der Fall war, arbeiteten auch sie auf die Herstellung einer Großindustrie hin und belegten deshalb britische Waren wie alle anderen mit Einfuhrzöllen. Wohl gewährten mehrere von ihnen, so Kanada, den Fabrikanten Englands Vorzugszölle; indessen bestand für sie kein Anreiz, darin noch weiter zu gehen, wenn England ihre eigenen Erzeugnisse, besonders ihre Rohstoffe, nicht besser behandelte als die der übrigen Erde. Großbritannien hielt die Einfuhrzölle, soweit sie überhaupt bestanden, niedrig, um seinem Volke die Nahrungsmittel und seiner Industrie die Rohstoffe billig zu verschaffen; die Kolonien zogen also wohl Vorteil aus dem englischen Freihandel, mußten sich aber andererseits den Wettbewerb aller fremden Ursprungsländer gefallen lassen, wenn sie Getreide, Fleisch und andere Naturerzeugnisse nach England lieferten. Hier also setzte Chamberlain ein. Am 15. Mai 1903 hielt er zu Birmingham eine Rede, die den Anstoß zu einer tiefgreifenden Bewegung gab. Die Kolonien,

dies seine Darlegung, wünschten sich nichts Besseres als den Reichs-zollbund mit Altengland, verlangten aber eine Gegengabe für den Eintritt. Sie hatte darin zu bestehen, daß England zum Schutzzoll übergehe, seinen Siedlungen jedoch Vorzugszölle einräume. Dieses Lockmittel war nicht bloß für die Kolonien, sondern auch für eine große Zahl altenglischer Industrien ausgesteckt, die mehr oder minder schwer mit fremdem Wettbewerb, besonders mit dem der Deutschen, kämpften. Damit zog Chamberlain zwei starke Kräftegruppen in seinen Kreis, erweiterte diesen aber noch durch den Zutritt der altenglischen Grund-besitzer. Für sie war die Einführung von Zöllen auf Nährprodukte ein Vorteil; mochte die Abgabe auch für die Kolonien niedriger sein, so war immer noch auf die Steigerung der Bodenwerte zu rechnen; und dann konnte im Mutterland wieder Getreidebau auf Geländen betrieben werden, die jetzt bloß als Weiden und für die Jagd benutzt wurden.

Diese Verheißungen brachten Chamberlain jedoch mit zwei Schich-ten der Bewohner Großbritanniens in Gegensatz. Die eine bestand aus den Vertretern der mächtigen Exportindustrie, die keine Lust hatten, sich die Rohstoffe verteuern zu lassen, und auch mit gutem Grund be-sorgten, daß die Staaten des europäischen Festlandes den Übergang Englands zum Schutzzoll mit der Erhöhung ihrer eigenen Einfuhr-zölle beantworten würden. Der Hauptstock des englischen Großgewerbes, so die Spinner und die Weber, lehnten es ab, die lohnenden Märkte des europäischen Festlandes für die Aussicht dreinzugeben, daß die Kolo-nien mit der Zeit reich genug sein würden, um dafür Ersatz zu gewähren. Noch stärker war der Widerstand der Hauptabnehmer der von außen kommenden Nahrungsmittel, der Arbeiter. Es war vorauszusehen, daß sie vor allen die Kosten des vorgeschlagenen Handelssystems durch Verteuerung des Mehls, des Fleisches und anderer Naturerzeugnisse würden bezahlen müssen. Alle diese Elemente wurden von der libe-ralen Partei zum Kampfe gegen den Reichszollplan Chamberlains aufgeboten, sie holte alle die geistigen Waffen aus der Rüstkammer hervor, welche die Freihandelsschule unter Führung Cobdens und Brights bei der Abschaffung der Getreidezölle (1846) angelegt hatte.

Für die am Ruder befindliche konservativ-unionistische Partei war besonders schlimm, daß der Redefeldzug Chamberlains in ihre eigenen Reihen die Spaltung trug. Sie schloß große, an den Exportindustrien beteiligte Kreise in sich, aber auch viele kleine Leute, und diese wen-deten sich von dem streitbaren Kolonialsekretär ab. Dafür boten die

Schutzzoll heischenden Industrien nicht vollen Ersatz. Der Führer der konservativen Partei, Ministerpräsident Balfour, sah den Bruch kommen, wollte ihn aber noch durch vorsichtige Vermittlung vermeiden. Er lavierte, aber nicht mit Glück. Es kam zu einer Ministerkrise, die einen seltsamen Ausgang nahm. Da nämlich sowohl Chamberlain wie auf der anderen Seite die Freihändler unter den Ministern auf eine bestimmte Entscheidung drangen, Balfour sich ihr jedoch entzog, traten die Männer sowohl der einen wie der anderen Richtung aus dem Kabinett (18. September 1903), die geschwächte Regierung ihrem Schicksal überlassend. Diese Lösung war Chamberlain nicht unerwünscht, da er damit Ellbogenfreiheit erhielt, die ihm als Amtsgenossen Balfours versagt war. Nichts hemmte mehr die Gewalt seiner Agitation, er konnte mit ganzer Kraft nicht bloß für seine Ideen werben, sondern auch für sich selbst. Wenn er die Mehrheit der konservativ-unionistischen Partei auf seine Seite brachte, so war er und nicht Balfour der Führer, den er durch seine Beredsamkeit und die Macht der ganzen Persönlichkeit überragte. Von Stunde an leistete der ehrgeizige Mann, was nur geleistet werden konnte. Er sprach vor Tausenden und Zehntausenden und knüpfte in jeder Stadt an die Lage der dort betriebenen Industrie an; in Newcastle an Kohle und Eisen, in Birmingham an Stahl und Maschinenbau, in Greenock an die Zuckerraffinerien und so fort. Eine unglaubliche Menge von Statistik ergoß sich in seinen Reden über das Land, er baute seine Grundgedanken zu einem völlig neuen Tarifsystem aus. Indessen sprachen die Hauptziffern nicht für, sondern gegen ihn; denn Großbritannien verkaufte seinen Kolonien jährlich durchschnittlich nur Waren im Werte von 109 Millionen Pfund, an das gesamte Ausland aller Weltteile dagegen um 174,4 Millionen; die Freihändler legten also dar, der Entgang werde größer sein als der zu erwartende Gewinn. Doch scheiterte Chamberlain nicht eigentlich an der Klippe der Exportindustrie, worüber er mit Hilfe der schutzsuchenden Fabrikation hätte hinüberkommen können; unüberwindlich aber war der Widerstand der Arbeiter, durch die gerade damals eine starke Bewegung ging. Bei den meisten Nachwahlen siegte entweder der Bewerber der Arbeiterpartei, oder häufiger noch mit ihrer Hilfe der der Liberalen. Das Kabinett Balfour kam dadurch ins Gedränge und dankte am 4. Dezember 1905 ab. Bei den im Monat darauf stattfindenden allgemeinen Wahlen unterlagen die von Chamberlain gespaltenen Konservativen und mit ihnen auch sein engerer Anhang,

Der glänzende Sieg der Linken brachte die Schutzzollbewegung zum Stocken und das bestehende Tarifsystem blieb in Kraft. Dieses überdauerte auch den Weltkrieg, England hielt nach wie vor die britischen Inseln wie die sich nicht selbst regierenden Kolonien den fremden Nationen zur Einfuhr fast vollständig offen, sehr zum Vorteil seiner Stellung unter den anderen Völkern, die zwar wußten, daß England zu seinem eigenen Wohle so handelte, die aber aus seiner liberalen Handelspolitik Vorteil zogen.

*

Die Deutschen und das Ausland

Deutschland dagegen schritt auf der Bahn des Schutzzolls weiter, womit es nicht allein stand, da alle Staaten des europäischen Festlandes, vornehmlich unter dem Einflusse der Landwirtschaft, wie auch die nordamerikanische Union dem um 1868 gegebenen Anstoße folgten. Das gleichzeitige Aufblühen der Volkswirtschaft unter dem einen wie dem anderen System ist ein Beweis, daß man die Wirkungen der Zolltarife überschätzt; die Theorie der Handelspolitik wird immer strittig sein, die Gesetzgebung aber richtet sich nicht nach wissenschaftlichen Gründen, sondern nach dem Einflusse der jeweilig mächtigsten Interessengruppen. Wichtiger als die Lehren der Nationalökonomie war das Walten des allgemeinen Friedens, der, von Bismarck und dem mitteleuropäischen Bunde geschützt, so lange gesichert war wie das politische Übergewicht des Deutschen Reiches. Sobald die diplomatische Vorherrschaft in Europa auf England überging, etwa seit 1904, verging kein Jahr ohne Kriegsgefahr. Über die Gründe der Erscheinung, auch über den Anteil der verschuldeten Nationen an diesem unerquicklichen Wandel der Dinge kann man verschiedener Ansicht sein, die Tatsache selbst steht außer Frage.

Unter den von Deutschland 1905 geschlossenen Handelsverträgen war der mit dem russischen Reiche der wichtigste. Er sicherte der deutschen Industrie den weiten russischen Markt, ohne daß die deutsche Landwirtschaft größere Opfer bringen mußte. Zum Entgelt ließ Deutsch-

land das unter Bismarck der Reichsbank auferlegte Verbot der Belehnung russischer Papiere fallen, auch erhielt das Zarenreich eine ansehnliche Anleihe. Witte, der die Unterhandlungen führte, war der Ansicht, daß die beiden Nationen sich wirtschaftlich gegenseitig benötigten, und Kaiser Wilhelm ließ alle Künste spielen, um den Zaren zum Abschlusse zu vermögen. In Rußland wurde behauptet, die deutsche Regierung habe die durch den japanischen Krieg verursachte Schwäche des Zarenreiches zur Erlangung handelspolitischer Vorteile benützt, eine Beschwerde, die von den Panslawisten aus nationalen Gründen unterstrichen wurde. Wahr ist, daß der Gewinn aus einem derartigen Vertrage immer dem wirtschaftlich Stärkeren zufällt. Wahr auch, daß Deutschland seinen Vorteil bis aufs äußerste verfolgte, so daß dieser Handel sogar die Versorgung der russischen Ostseegebiete mit deutschen Bodenerzeugnissen in die Hand nahm. Indessen lehren die Ziffern der Handelsstatistik, daß in den Jahren 1905 bis 1913 die Einfuhr deutscher Industriewaren nach Rußland und umgekehrt die russischer Bodenerzeugnisse zunahm[1]). Die Annahme Wittes war also wohlbegründet, der deutsch-russische Warenaustausch sei für beide Länder ein unersetzliches Bedürfnis.

Der Aufschwung der deutschen Industrie wäre den Briten nicht bedenklich erschienen, wenn die an sich erfreulichen Fortschritte ihres eigenen Landes gleichen Schritt mit denen Deutschlands gehalten hätten. Das war aber nicht der Fall, ihre gewerbliche Produktion wurde sogar in einer Reihe der wichtigsten Zweige überflügelt. Vom Jahre 1893 an wurden die Briten in der Erzeugung von Stahl überholt, im Jahre 1903 in der von Roheisen; am empfindlichsten war für sie, daß dies 1913 auch in der Herstellung von Maschinen der Fall war, was doch mit dem Vorkommen von Naturschätzen nichts zu tun hatte. Die gründlichere naturwissenschaftliche Bildung verschaffte den Deutschen das Übergewicht auch in der elektrischen und der chemischen Industrie. Vor dem Kriege wurden vier Fünftel des Weltbedarfes an Farbstoffen von ihnen hergestellt; als Adolf von Baeyer den künstlichen Indigo erfand, ging die starke Ausfuhr von Indigo aus Kalkutta auf ein Sechstel herunter. Dementsprechend spielte die deutsche Einfuhr nach England in dessen Handelslisten eine immer wichtigere Rolle, dagegen nahm die britische Einfuhr nach Deutschland zwar nicht an

[1]) Franz Mataré, „Die wirtschaftlichen Kriegsmotive der Mächte", München 1915.

Menge, wohl aber verhältnismäßig ab; im Jahre 1900 lieferten die Engländer noch 16,8 vom Hundert aller nach dem Deutschen Reiche eingeführten Waren, 1913 nur mehr 11 vom Hundert.

Die wirtschaftliche Organisation der zwei Länder stellte zwei verschiedene Grundformen dar, die des gefesteten, ererbten Reichtums und die des rastlosen, überschnellen Aufstiegs. Dort von altersher besuchte Absatzmärkte, beschickt durch Waren mit sich gleichbleibenden Mustern, an denen der Fabrikant ungern etwas änderte, auch wenn die Bedürfnisse und der Geschmack der Verbraucher sich gewandelt hatten; hier ein unermüdliches Sichanpassen, ein beständiges Unterbieten der älteren Konkurrenz durch niedrigere Preise, durch Verlängerung der Zahlungsfristen. Die großen britischen Fabriken waren in Jahrzehnten, selbst Menschenaltern emporgewachsen, sie arbeiteten also oft mit rückständigen Maschinen, nach uralten technischen Grundsätzen. Der Fabriksherr, seine Angestellten, seine Reisenden hielten sich an die übliche Arbeitszeit, der Chef schloß am Freitagabend die Schreibstube, seine Leute die Arbeit Samstagmittag, um das Wochenende behaglich zu genießen, um den Sonntag strenge einzuhalten. Der Deutsche dagegen lebte in den Geschäften, die er erst beendete, wenn die Einläufe erledigt waren. „Wir Deutsche arbeiten durchschnittlich zwei Stunden im Tage länger als andere Völker", stellte ein deutscher Schriftsteller fest, um hinzuzufügen, daß dieses Sichverlieren in der Arbeit neben seinem wirtschaftlichen Werte doch einen Verlust an edleren Gütern bedeutete. Er fügte hinzu, daß die anderen Nationen eine Art Scheu, ja Grauen vor der Unbeirrbarkeit dieses Eifers empfanden; der Brite sah seine Gewohnheiten bedroht, „das Leben breit, hell und voll zu genießen in Sport, Wette, Spiel, Landleben, Reisen", ein Leben, das er im Bewußtsein führte, zum Herrn der Meere ausgewählt zu sein[1]). Die Verehrung der Arbeit, sagt ein anderer Beobachter, sei von den Deutschen förmlich zu einem Sakrament erhoben worden[2]).

Im Lebensgenuß sahen sich die Briten beengt, nicht etwa in ihrem Bildungsbedürfnis. Dieses war bei den Deutschen trotz alledem mindestens so groß wie bei ihnen. Die Engländer waren in ihrem Herrendasein gestört, nicht etwa in der Ausbildung geistiger Anlagen. An

[1]) Max Scheler, „Die Ursachen des Deutschenhasses" (Leipzig 1917) S. 25, 60, 106.
[2]) Erwin Stransky, „Der Deutschenhaß", Wien 1919, S. 17.

Bildungsdrang war und ist ihnen der Deutsche trotz der Amerikanisierung des Lebens auch seiner eigenen Heimat mindestens ebenbürtig.

Es ist falsch, aus diesen Tatsachen den Schluß zu ziehen, die Deutschen hätten sich durch ihre Arbeitsmethoden den Haß ihrer bequemeren Nachbarn zugezogen. Es ist doch sonderbar, daß derselbe angeblich verabscheute Kaufmann und Fabrikant in der ganzen Welt mit schönstem Erfolge Handelsverbindungen anknüpfte, daß er immer mehr Kunden an sich zog, daß deutsche Firmen in London und Manchester, Paris und Lyon, Rom und Genua wegen ihrer Zuverlässigkeit und Ehrenhaftigkeit allgemein Achtung genossen[1]. Es ist kindisch, zu glauben, daß eine derartige Stellung in der Welt durch üble Charaktereigenschaften erworben wird. Wäre dies der Fall, so hätten die Deutschen wahre Rattenfänger sein müssen. Die Wahrheit ist, daß sie sich zwar den bitteren Groll ihrer Konkurrenten zuzogen, aber die Achtung und das Vertrauen ihrer Geschäftsfreunde genossen, sowohl derjenigen, bei denen sie kauften, wie ihrer eigenen Abnehmer.

Auf diesen wirtschaftlichen und nationalen Grundlagen vollzogen sich die im ersten Bande dieses Werkes vorgeführten, vor 1904 fallenden Begebenheiten. Als die Deutschen nach 1870 mit erhöhtem Kraftbewußtsein und frischer Tatkraft in die Weltwirtschaft eingriffen, lag ihnen der Gedanke der Verdrängung der Briten noch ferne. Während die Nation, nach ihren inneren Triebkräften — und diese sind das Ursprüngliche und Stärkste im Völkerleben — Werte schuf und Warenabsatz pflegte, ohne sich ihre Stellung in der Welt verstandesmäßig klarzumachen, lehnte ihr großer politischer Führer bewußt alles ab, was als Übergreifen in ferne Welthändel, was als Anmaßung und Schulmeisterei ausgelegt werden konnte. Auch französische Publizisten weisen darauf hin, daß Bismarck, im Gegensatz zu dem Streben Wilhelms II. und seiner Zeit, sich der Weltpolitik verschloß, daß er niemals alldeutschen Phantasien nachhing. Immer belehrte er sein Volk, es müsse, um nicht eine große Koalition gegen Deutschland wachzurufen, in erster und zweiter Linie Festlandspolitik treiben, sich nicht in den Gegensatz zwischen Rußland und England hineinziehen lassen. Er war in seiner Vorsicht und seiner Beschränkung auf die nächsten Ziele das Gegenteil eines Imperialisten. Aber der Aufschwung der deut-

[1] Zu diesen deutschen Kaufleuten gehörte Friedrich Engels, der durch lange Jahre — bis 1896 — in Manchester die seiner Firma gehörige Niederlassung leitete und gleichzeitig mit Marx zusammenarbeitete.

schen Volkswirtschaft, dann das Ausgreifen aller Seestaaten zum Erwerb von Kolonien, zumal in Afrika, beunruhigte England, das, von Karl Marx um 1850 der Despot des Weltmarktes genannt, ein Menschenalter darauf seine Handelsherrschaft gefährdet sah. In Britannien setzte um 1885 die imperialistische Bewegung ein, zu deren Führer sich Chamberlain aufwarf, welcher vor allem die Konservativen als die Vertreter der oberen Zehntausend in ihre Kreise zog, zu der sich aber auch Liberale wie Rosebery, Asquith und Grey bekannten. Diesem Streben dienten die von Britannien geführten Kolonialkriege, die 1882 zur Eroberung Ägyptens, 1894 bis 1898 zu der des Sudans führten und mit der Unterwerfung der Buren 1899 bis 1903 schlossen, während welcher Zeit Frankreich sein afrikanisches Reich erweiterte und abrundete. Der Zeit nach geht der englische und französische Imperialismus dem deutschen um Jahrzehnte voran. Denn in Deutschland versuchte noch der zweite Reichskanzler dem Drange zur Weltpolitik den Hemmschuh anzulegen, auch Holstein war ein ausgesprochener Gegner der England beunruhigenden Flotten- und Weltpolitik. Aber die wirtschaftlichen Kräfte erwiesen sich stärker als der mäßigende Einfluß der führenden Männer, selbst eines Bismarck; mit elementarer Gewalt rissen sie die Schranken der Festlandspolitik nieder. In der alldeutschen Bewegung, die gedanklich dem englischen Imperialismus entsprach, machte sich nicht eine einzige, das Mittelmaß überragende Persönlichkeit bemerkbar. Daß es gewisse, zu den Alldeutschen gehörende Industrielle gab, ist ebenso richtig, wie die Tatsache, daß das Handelskapital der Hansestädte sich den kolonialen Bestrebungen gegenüber gleichgültig verhielt. Die wirtschaftlich wenig bedeutenden deutschen Siedelungen in Afrika spielten im deutschen Außenhandel eine geringfügige Rolle, und es ist kein Fall zu verzeichnen, daß die großen Reeder und Schiffahrtsunternehmungen unter Wilhelm II. den Anstoß zum Erwerb von Kolonien gegeben hätten. Die Behauptung, das Kapital als solches hätte das Reich in den Imperialismus und den Weltkrieg hineingetrieben, kann also nicht aufrechtgehalten werden. Man muß vielmehr genau unterscheiden: das Leih- und Industriekapital war in Deutschland wie in allen anderen Staaten überwiegend im Sinne des Friedens tätig; die Unduldsamkeit des Handelskapitals steht auf einem anderen Blatte. Die Rüstungsindustrie steht der Natur nach für sich da; daß sie die alldeutsche Bewegung aufstachelte und auch mit Geld unterstützte, ist im Deutschen Reichstag 1913 aus ihren eigenen Ge-

schäftsschreiben nachgewiesen worden. Man spitzt aber gewisse Tatsachen künstlich zu und tut anderen Gewalt an, wenn man den Weltkrieg eine Folgeerscheinung des Kapitalismus nennt, es ist vielmehr notwendig, sich gewissenhaft in die Ereignisse zu vertiefen, das Gleichartige zusammenzufassen und das Bild der überwältigenden Fülle der Erscheinungen in annähernder Vollständigkeit vor dem geistigen Auge aufzurollen.

XXVII

Fortsetzung der deutschen und englischen Flottenrüstungen 1907—1911

Nach der durch die bosnische Krise hervorgerufenen Unruhe hätten die europäischen Völker, da ein eingreifender Anlaß zum Hader nicht vorlag, sich wieder den Werken des Friedens zuwenden können, zumal die aufgestörte Volkswirtschaft ihr gutes Recht auf Arbeit geltend machte. Auch trat in den zwei Jahren bis zum abermaligen Auflodern des Marokkostreites insoweit eine Entspannung ein, als kein besonderer Streitfall den Weltteil aufregte; der Strom der Ereignisse ging vielmehr ins Breite und ergoß sich in gesonderte Arme. Was aber nie ermattete, war der dumpfe Groll Englands über den Aufstieg seines Nebenbuhlers zur Seegewalt. Darüber tröstete auch die Fortdauer des Friedens nicht hinweg, da Deutschland unter dessen Segnungen reicher aufblühte als Großbritannien. Alle diplomatischen Mißhelligkeiten ließen sich durch Vergleiche schlichten oder konnten mit der Zeit an Schärfe verlieren, dagegen gab es für die Briten keinen Ersatz, wenn sie ihre Seeherrschaft und damit den Besitz Indiens und Ägyptens bedroht wähnten. Daher faßte der Oberbefehlshaber der englischen Flotte, Sir John Fisher, schon 1905, obwohl Deutschlands Kriegsmarine damals an Zahl der Schiffe noch hinter der Nordamerikas und Frankreichs zurückstand, den furchtbaren Plan, ohne Kriegserklärung mit Übermacht in die deutschen Häfen einzudringen und die deutschen Panzer zu zerstören.

Fisher betrieb die Sache dann 1908 mit erhöhtem Eifer, in der Erwägung, daß die seither noch angewachsene deutsche Flotte bald nicht mehr in offener Seeschlacht zu überwältigen sein werde. Es gab für Männer wie Fisher keine Treulosigkeit, die nicht gestattet war, sollte England seine Überlegenheit zur See behaupten. Daß der Zivillord der Admiralität, Arthur Lee, derselben Ansicht war, sprach er 1905 im Parlament offen aus; indessen trug die englische Regierung Bedenken, gegen Ehre und Gewissen zuzuschlagen.

Unabhängig aber von den widerstreitenden Urteilen und Entschlüssen einzelner Männer ging das Verhängnis seinen Weg. Denn

da Deutschland immer mehr erstarkte, erweiterte sich in England der Kreis derjenigen, die einen Waffengang für unabwendbar hielten. Britannien könne es nicht darauf ankommen lassen, daß ihm die Verbindung mit seinen Kolonien und die Zufuhr zur See durch eine fremde Flotte oder durch einzelne Kreuzer abgeschnitten werde; das wäre nicht bloß sein Niedergang, sondern der Tod. Dieser Antrieb wirkte so elementar wie irgendeine Naturkraft innerhalb der unbeseelten Welt, wie der elektrische Strahl, der auf die Wohnstätten der Menschen niederfährt, oder die Flut, die ihre Häuser zerstört. Von seiten Deutschlands war es nicht Bosheit, daß es wuchs, damit folgte es nur den seine Entwicklung bestimmenden Gesetzen. Ebenso naturnotwendig war das Widerstreben Albions gegen den sich anbahnenden Umschwung. Die geschichtliche Darstellung gewinnt nichts, wenn sie an die Empfindungen der Völker und überhaupt an Massenerscheinungen innerhalb der Menschheit den moralischen Maßstab anlegt, der sehr wohl berechtigt ist, wenn die Taten einzelner Menschen zu beurteilen sind. Dort, wo die Menschen als Gemeinschaften handelnd auftreten, als Volksschichten, Nationen und Rassen, als Kirchen und Konfessionen, stehen sie unter elementaren Trieben, die sich durch Vernunft und Moral nur schwer bändigen lassen. Es ist die erhabene Aufgabe der Religion und der Sittenlehre, auf diese Triebe sänftigend und erziehend einzuwirken; der Historiker aber erfüllt seine Aufgabe besser, wenn er das Werden der Dinge begreifen lehrt, statt es Schritt auf Schritt zu meistern, zu preisen oder zu verdammen.

*

Deutsch-französisches Abkommen über die Marokkofrage vom 9. Februar 1909

Das Eingreifen der englischen Regierung in die Balkanpolitik hatte mit einem diplomatischen Mißerfolg geendigt, worüber Grey innerhalb wie außerhalb des Parlaments viel Unangenehmes zu hören bekam. Das Mißbehagen wurde durch die Haltung Frankreichs vergrößert, das in dieser Angelegenheit und auch sonst seine eigenen Wege ging. Selbst in der Marokkofrage bog es, so lebhaft auch der Streit mit Deutschland

zeitweilig aufrauschte, in die Bahn eines Vergleiches ein, der dem Londoner Kabinett ungelegen kam. Die zwei festländischen Kabinette standen einander zwar immer gereizt gegenüber, doch keines hatte Lust, es Marokkos wegen zum Kriege zu treiben. Die deutsche Regierung sagte sich nach ihren auf der Algeciraskonferenz gemachten Erfahrungen, daß ihr ursprüngliches Programm, die Unabhängigkeit des scherifischen Kaiserreiches, nicht durchzusetzen war. Es lohnte sich nicht, darob mit den zwei engverbundenen Westmächten in blutigen Hader zu geraten. Frankreich arbeitete zähe an der sogenannten friedlichen Durchdringung Marokkos, während sich die deutsche Regierung damit begnügte, die Algeciras-Akte gegen Eingriffe zu verteidigen. Nun ist der vordringende Teil immer gegen denjenigen im Vorteil, der sich auf die Abwehr beschränkt. Es war auch vergeblich, sich der Selbstherrschaft des marokkanischen Kaisers anzunehmen, der sich nicht einmal gegen Aufstände in seinem Lande behaupten konnte. Zuerst erhob sich gegen Sultan Abdul Aziz ein Anführer von Räuberscharen, namens Raisuli, der Ende 1906 sogar Tanger bedrohte. Dann pflanzte Muley Hafid, der Bruder des Sultans, im August 1907 die Fahne der Empörung auf, nötigte ihn zur Flucht an die Küste, und das Ende war, daß der siegreiche Bewerber im Februar 1909 von den Mächten als Herrscher anerkannt wurde. Aber gegen ihn rebellierten wieder andere Häuptlinge. Diese Unruhen kamen der Politik Frankreichs zugute, welches bei den häufigen Mordtaten Sühne für seine Staatsangehörigen zu fordern das Recht hatte und die Anlässe dazu benützte, Stücke marokkanischen Bodens an sich zu reißen. Es besetzte auf diese Weise die Oase Tafilet und dann die Stadt Udschda an der algerischen Grenze. Weit wichtiger war, daß französische Truppen im August 1907 auch in Casablanca, dem wichtigsten Hafenplatz der Westküste, einrückten, wo einige Europäer niedergemacht worden waren. Die ganze Ebene an der Westküste stand seitdem unter französischer Herrschaft. In Casablanca ereignete sich darauf ein Zwischenfall, der schlimme Folgen nach sich ziehen konnte. Drei Deutsche, die in der französischen Fremdenlegion dienten, entflohen und riefen den Schutz des deutschen Konsuls in Casablanca an, der sich ihrer annahm und sie auf ein deutsches Schiff bringen lassen wollte. Da stürmten (25. September 1908) französische Marinesoldaten heran, entrissen die Deserteure dem Konsulatssekretär, drohten ihn zu erschießen und verprügelten den Diener des Konsuls. Darob Sturm sowohl in Deutschland wie in Frankreich; auf beiden Seiten wurde von

Verletzung des Völkerrechtes und von Genugtuung mit den Waffen gesprochen. Ministerpräsident Clemenceau führte die Pariser Presse so geschickt ins Treffen, daß er als Hüter der Ehre seines Landes auftreten konnte. Es war, wie alle sachkundigen Leute in den zwei Ländern erkannten, ein falscher Alarm; das aber hinderte England nicht, der französischen Republik fünf Divisionen Infanterie und eine Division Kavallerie anzubieten, falls es zum Schlagen käme[1]). Indessen wollten die Kabinette von Paris und Berlin Schlimmeres vermeiden und einigten sich am 24. November 1908 auf die Anrufung des Haager Schiedsgerichtes. Damit war die Sache abgetan; als das Schiedsgericht am 22. Mai 1909 seinen Spruch verkündete (die Deutschen bekamen wegen des Schutzes von Deserteuren unrecht, die Franzosen wegen der verübten Gewalttätigkeit), war diesseits wie jenseits des Rheins die Haupt- und Staatsaktion bereits halb vergessen.

Schon bei diesem Anlasse zeigte sich, daß die deutsche Regierung zum Einlenken bereit war. Marokko erforderte einen unverhältnismäßigen Aufwand an Kraft und lähmte Deutschland bei der Verteidigung wichtigerer Interessen. Das Berliner Kabinett sagte sich, daß es im Sommer 1905 besser getan hätte, sich mit Frankreich zu verständigen, statt auf einer internationalen Konferenz zu bestehen, auf der es eine Niederlage erlitt. Deshalb kam es während der bosnischen Krise den Franzosen entgegen und man verständigte sich über die Auslegung der strittig gewordenen Algeciras-Akte. In der Abmachung vom 9. Februar 1909 wurde die arg durchlöcherte Integrität und Souveränität Marokkos zwar nochmals anerkannt und den Deutschen wirtschaftliche Gleichberechtigung im Lande zugesichert; das Neue und Entscheidende jedoch war, daß die deutsche Regierung zugestand, daß Frankreich in Marokko besondere politische Interessen besitze, und das Versprechen, deren Geltendmachung nicht hindern zu wollen. Deutschland billigte dem westlichen Nachbar somit in politischen Dingen den Vortritt zu, ohne dabei die völlige Unterwerfung des Landes zuzugestehen.

Der Vorteil der Abmachung für Frankreich lag auf der Hand, so daß dessen Regierung töricht gewesen wäre, nicht darauf einzugehen. Ihr letzter Beweggrund war jedoch der Einblick in die militärische Schwäche Rußlands, wozu das verächtliche Urteil Clemenceaus über Iswolskij trat. Sich diesem Bundesgenossen anzuvertrauen, wäre ein

[1]) So nach Debidour, l. c. S. 100.

Abenteuer gewesen. England aber war für den Kriegsfall kein vollgültiger Ersatz, und daher blieb die französische Regierung taub für die Lockungen König Eduards.

Es war für Deutschland an der Zeit, den 1905 begangenen Fehler gutzumachen. Denn um Neujahr 1909 war der Streit um Bosnien auf der Höhe, und England rührte die Trommel, um gegen die Mittelmächte Genossen zu werben. Dem Londoner Kabinett wäre es willkommen gewesen, wenn Deutschland und Frankreich sich Marokkos wegen noch länger gestritten hätten. Da dies den zwei Kabinetten klar war, kamen sie überein, die soeben erzählte Verhandlung vor der englischen Regierung geheimzuhalten. So hatte die deutsche Diplomatie in der bosnischen Sache nicht gegen zwei Fronten zu kämpfen und errang, vereint mit Österreich-Ungarn, einen schönen Erfolg. Eduard VII. erhielt die Kunde von dem deutsch-französischen Marokkoabkommen erst nach dessen Abschlusse, in dem Augenblicke, als er in Gesellschaft des Unterstaatssekretär Hardinge in London den Bahnhof betrat, um nach Berlin abzureisen. Der König, so sagt ein französischer Bericht, zeigte zwar nicht Unzufriedenheit, aber Erstaunen; Hardinge jedoch, der den Schatten auf der Stirn seines Souveräns bemerkte, sagte zu ihm: „Das ist für Frankreich zwar ein gutes Geschäft, aber sicherlich nicht genug, um es Elsaß-Lothringen vergessen zu machen[1].“ Diese Worte klingen an eine Äußerung Palmerstons aus dem Jahre 1863 an, als Polen sich gegen die russische Herrschaft erhob und England sich des Aufstandes annahm; damals sagte der englische Premierminister: „Die Wunde muß weiter bluten!“

Die üble Laune König Eduards bei dem Besuche in Berlin war, wie der belgische Gesandte Greindl am 17. Februar 1909 nach Brüssel berichtete, jedermann sichtbar: „Der König von England, erkältet und von den ihm gebotenen Festlichkeiten sichtlich ermüdet, war sehr schweigsam. Seine Majestät hatte keine politische Unterhaltung mit dem Reichskanzler. Er sprach mit dem Fürsten Bülow nur einige Minuten... über gleichgültige Dinge. Damit wurde gerade nur den Forderungen der politischen Höflichkeit Genüge getan[2].“ Man muß nicht annehmen,

[1]) So erzählt Mermeix (Deckname für Gabriel Terrail) in seinem gute Mitteilungen enthaltenden Buche, „Chronique de l'an 1911“ (Paris 1912), S. 18, mit dem Beifügen, ein Freund Hardinges habe ihm die Worte nach den Angaben des Unterstaatssekretärs berichtet.

[2]) Wie Benckendorff nach Mitteilungen Hardinges am 3. Februar 1909 an Iswolskij berichtet (Siebert, l. c. S. 721), war vorgesehen, daß Eduard VII. persönlich nur die Haltung

daß der König von dem Zusammenstoß zu Casablanca einen deutsch-französischen Krieg erwartete oder ihn wünschte — wozu kein Anzeichen vorliegt —, ganz unwillkommen aber wäre ihm eine vollständige Aussöhnung der zwei arg verfeindeten Nationen gewesen[1]).

*

Deutsche Flottenpolitik

In den Jahren 1905 bis 1907 waren im englischen Schiffsbau die finanziellen Rücksichten ausschlaggebend; genötigt durch die ungünstiger gewordene Lage des Staatshaushaltes, weniger aus pazifistischen Erwägungen, schränkte Großbritannien den Bau von Panzerschiffen ein. Unterdessen reckte sich Deutschland wirtschaftlich so stattlich in die Höhe, daß es die Last der Rüstungen ohne sichtbare Beschwerden trug. Genau nach dem Flottengesetze von 1900 wurde jährlich die bestimmte Zahl von Schlachtschiffen auf Kiel gelegt, so daß im Jahre 1917 deren 34 gebaut sein sollten. Dazu kam 1906 eine wichtige Ergänzung, indem der Reichs-

---

Deutschlands in der bosnischen Frage besprechen sollte. Hardinge sagte (l. c. S. 729) zu Benckendorff u. a.: „Ich kann Ihnen nur erklären, daß nach unserer Meinung im F. O., solange eine Frage der Flottenrüstungen besteht, das an und für sich wünschenswerte Resultat ganz normaler Beziehungen zwischen Deutschland und England unerreichbar sein wird.“ Nachdem die Zusammenkunft stattgefunden, betonten Hardinge in London und Bülow in Berlin den Vertretern Rußlands gegenüber den zufriedenstellenden Verlauf des Berliner Aufenthaltes Eduards VII. Osten-Sacken, Rußlands Botschafter in Berlin, teilte nach Petersburg mit (Siebert, l. c. S. 727), Hardinge habe Bülow zum Marokkoabkommen beglückwünscht. Das englische Kabinett sei bereit, alle derartigen dem Frieden dienenden Bestrebungen zu unterstützen. Diesem Zweck habe auch der Besuch König Eduards in Berlin gegolten.

[1]) In Debidour, „Histoire diplomatique de l'Europe“ wird der historische Sachverhalt auf den Kopf gestellt (IV. Band, S. 64, 96). Deutschland, so behauptet er, sei begierig gewesen, für seinen zu Algeciras erlittenen Mißerfolg Rache zu nehmen. In seinem Groll hätte es die schlimmsten Absichten gehabt und sei nur durch England, besonders aber durch Österreich-Ungarn, von deren Ausführung abgehalten worden. Das Wiener Kabinett habe dem Berliner vorgehalten, es befände sich im Casablanca-Streit im Unrecht und Deutschland zum Nachgeben bestimmt. Das sind Phantasien Debidours. Das Wiener Kabinett wünschte zwar den Ausgleich in der Casablanca-Angelegenheit; da es aber in der bosnischen Frage auf die Hilfe Deutschlands angewiesen war, hatte es Dringenderes zu tun, als dessen Regierung durch Moralpredigten lästig zu fallen.

tag zustimmte, auch eine größere Zahl von Kreuzern auszurüsten. Dadurch wurde die im Gesetz von 1900 gelassene Lücke der Seerüstung ausgefüllt (Band I, Seite 244). Bei diesem Anlasse wurde manches weithin tönende Wort gesprochen, das in England Unwillen erregte und besser unterblieben wäre. Im Jahre 1908 folgte ein weiterer Schritt. Ein Gesetz wurde angenommen, wonach die Schlachtschiffe nicht wie bisher 25 Jahre im Dienste stehen sollten, sondern nur 20 Jahre, und dann durch neue zu ersetzen wären; für die Kreuzer war dies bereits früher festgestellt worden. Der angenommene Grundsatz stand auch in anderen Flotten in Kraft und wurde nach der Ausschußberatung von dem Reichstag ohne Debatte angenommen. Immer verstand es der Staatssekretär der Marine, Tirpitz, durch umfassende Werbearbeit in der Presse und in Vereinen die öffentliche Meinung für seine Pläne zu gewinnen. Eindrucksvoller noch als die Vermehrung der Schiffe war das organisatorische Talent, mit dem die junge Flotte, sowohl was den seemännischen Geist wie die rein technischen Leistungen betrifft, auf die Höhe der englischen gebracht wurde. Die Kieler Woche, in der Kaiser Wilhelm alljährlich Gäste aus ganz Europa nach dem Hauptkriegshafen des Reiches zur Flottenschau lud, erregte durch ihre glänzenden Schaustellungen den Neid der Gegner Deutschlands. Statt die Welt durch vornehme Zurückhaltung mit dem militärischen Aufschwunge der Nation zu versöhnen, gefiel sich der Kaiser selbstgefällig in verletzendem Prunken mit seiner Macht.

England hatte, wenn seine Seeherrschaft nicht in Frage kommen sollte, keine andere Wahl als gleiche Anspannung seiner Kräfte. Der Versuch, durch die Anregung einer die ganze Welt umspannenden Rüstungspause die ererbte Übermacht zur See ohne weitere Mühe zu behaupten, war gescheitert. In erster Linie, weil die deutsche Regierung auf den Vorschlag nicht eingehen wollte. Es war nur seltsam, daß England immer nur an die Deutschen herantrat, statt, wenn es mit dem Rüstungsstillstand Ernst machen wollte, auch mit den anderen Seemächten in Unterhandlungen zu treten. Es ist aber bereits erzählt worden (II, Seite 120 f.), daß die britischen Marinefachmänner untereinander selbst nicht einig waren, wie eine feste Formel anzusetzen sei. Somit durfte der deutsche Staatssekretär, Freiherr von Schoen, am 23. März 1909 im Reichstage sagen, es sei von England kein greifbarer Vorschlag zum Rüstungsstillstand gemacht worden und die englische Regierung konnte nicht widersprechen. Kraftgefühl und Hartnäckigkeit auf der einen, Eifer-

sucht und hinterhältige Vorwürfe auf der anderen Seite machten die Einigung unmöglich.

Wohlfeile Weisheit ist es, nachträglich Kaiser Wilhelm und Tirpitz vorzuhalten, sie hätten die Mühe nicht an den Bau einer Flotte verschwenden sollen, die doch nur dazu bestimmt war, auf den Meeresgrund versenkt zu werden. Wäre dies begründet, so hätte es auch den Nordamerikanern, den Franzosen, den Russen und den Italienern verwehrt gewesen sein müssen, in der Seerüstung fortzufahren; ihnen allen droht irgendeinmal, wenn die Eifersucht der Briten rege geworden ist, dasselbe Schicksal wie den Deutschen[1]). Das Wahre an der Sache ist, daß die zweite Handelsmacht der Welt auf die Dauer unmöglich hinter schwächeren Staaten zurückstehen konnte. Es gibt Notwendigkeiten, denen sich kein Volk verschließen kann, die sich vielmehr mit der Kraft der Selbstverständlichkeit durchsetzen. Deutschlands stetig anwachsende Volkszahl bedurfte von der See her gewaltige Zufuhren an Lebensmitteln, Rohstoffen und Halbfabrikaten, die es mit den Erzeugnissen seines Bodens und seines Gewerbefleißes bezahlte. Dieser Austausch von Waren machte eine Handelsflotte und zu deren Schutze Kriegsschiffe notwendig. Sonst konnte es von jedem Raubstaate verhöhnt und geschädigt werden. So urteilte seit Weltbeginn jeder Seestaat, und so wird es, wofern die Menschheit ihre Natur nicht völlig ändert, auch bleiben. Es widersprach dem Selbstgefühl der deutschen Nation, hinter Staaten zweiten Ranges zurückzustehen; sie wollte, da sie eine friedliche Politik verfolgte und darin ein gutes Gewissen hatte, sich von England nicht verbieten lassen, was ihr gutes Recht war. Wohl wurde dieser Werdegang durch die persönlichen Neigungen Kaiser Wilhelms über das richtige Maß beschleunigt; aber auch wenn er nicht eingegriffen hätte, würde zu guter Letzt unter jedem Monarchen, von jedem Parlamente, der Entschluß zu Schiffsbauten gefaßt worden sein. Ein Flottengesetz, ähnlich dem vom Jahre 1900, hätte sich ein Jahrfünft später doch als Notwendigkeit eingestellt. Da Nordamerika und die übrigen Seestaaten Panzerschiffe bauten und damit immer fortfuhren, konnte und durfte Deutschland nicht völlig zurückstehen.

Eine andere Frage ist, wie gesagt, ob die deutsche Regierung nicht überhastet vorging, und wieder eine andere, ob ihre äußere Politik nicht dafür Sorge tragen mußte, daß Deutschland an seiner Ostgrenze entlastet

[1]) Dies bestätigt Bernard Shaw in seiner Schrift: „Winke zur Friedenskonferenz", 1919.

werde, wenn es nun einmal den mächtigen maritimen Nebenbuhler reizte. Diese Erwägungen werden uns, wie früher bereits anläßlich der Haager Friedenskonferenz, auch weiterhin immer wieder beschäftigen, am lebhaftesten bei den Ereignissen von 1912, als über die Flottenstärken eine ernste Unterhandlung stattfand. Dann wird sich zeigen, daß in Berlin für das Erreichbare das Augenmaß fehlte.

Unerträglich aber ist die Predigt der Klugschwätzer, denen die Weisheit erst nach der Niederlage Deutschlands aufging. Die dem Flottenbau zustimmenden Parteien und Politiker innerhalb und außerhalb des Reichstages haben zu schweigen und dürfen sich nicht vermessen, der Regierung Wilhelms II. ihre größte organisatorische Tat als Torheit oder Verbrechen anzurechnen. Nicht bloß Konservative und Nationalliberale, auch bürgerliche Demokraten und Klerikale haben von 1906 bis 1914 zu jeder Flottenvorlage ihre Einwilligung gegeben und stehen deshalb in gleicher Schuld. Kläglich ist die nachträgliche Ausrede dieses und jenes Politikers, man sei durch die Demagogie der Regierung, zumal durch die Teufeleien des Staatssekretärs Tirpitz, verführt worden; nur ein schlechter Mann wird sich auf diese Weise der Verantwortung entziehen. Wer damals die Augen offen hielt, vernahm Tag für Tag, mit welchem Ingrimm die Briten die Rüstungen Deutschlands verfolgten; und ebenso waren die aus der geographischen Lage Deutschlands erwachsenen Gefahren aller Welt sichtbar. Wagte es das deutsche Volk trotzdem, sich in die vorderste Reihe der Seemächte zu stellen, so haftete jedes Mitglied des Reichstages für sein in diesem Sinne gesprochenes Wort, für seine Stimme. Wirft man nachträglich mit Anklagen gegen Wilhelm und seine Ratgeber um sich, so trifft der Vorwurf ebenso alle bürgerlichen Parteiführer und ihren Anhang. Der Geschichtschreiber aber wird sich nicht herbeilassen, den schließlichen Ausgang des Krieges zum Maßstab für sein Urteil zu nehmen, er überläßt den Götzendienst des Erfolges der wankelmütigen Menge und ihren Lakaien.

Erst seit 1914 fand die Erzählung Glauben, Kaiser Wilhelm habe seit Jahren auf den Krieg und die Weltherrschaft hingearbeitet, und diese Darstellung der Feinde Deutschlands ist von deutschen Sozialdemokraten aus Haß gegen die monarchische Ordnung weiterverbreitet worden. In den Jahren vor dem Weltkriege war die Friedensliebe des Kaisers von keinem ernsten Kritiker seiner Regierung bezweifelt worden; englische und amerikanische Schriftsteller haben sich in diesem Sinne besonders

nachdrücklich geäußert. In Deutschland selbst wurde er von den Alldeutschen bei vielen Anlässen, besonders wegen seiner Marokkopolitik, mit Vorwürfen über seine Nachgiebigkeit überhäuft. Er selbst benützte jede Gelegenheit, den Franzosen durch versöhnliche Botschaften und Handlungen die Absicht friedlicher Auseinandersetzung zu erkennen zu geben. Nur lag es in seiner nach außen gewendeten Art, daß er auch das Bedürfnis fühlte, sich auf den land- und seegewaltigen Herrscher aufzuspielen, überflüssigerweise, weil er es der Welt nicht erst verkünden mußte. Ebenso oft aber, und das war gleich aufrichtig gemeint, schrieb er Briefe und hielt Ansprachen, in denen er versicherte, ihm liege nichts ferner, als die Anrufung der Gewalt, also Landgewinn durch einen Eroberungskrieg. Er legte Wert darauf, gerade den Briten Zeichen seiner Schätzung ihres Nationalcharakters und ihrer Staatseinrichtungen zu geben. Er wählte, um sich von einem hartnäckigen Katarrh zu befreien, die milde Südküste Englands zum Aufenthalt und verweilte daselbst vom 10. November bis zum 12. Dezember 1907. Damals besuchte der Kaiser den englischen König auf Schloß Windsor und bei diesem Anlasse, so erfährt man durch Lord Haldane, kam es zu einer guten Aussprache zwischen den zwei Herrschern[1]. Gelegentlich seines längeren Aufenthaltes in England gab sich Wilhelm II. alle Mühe, das Mißtrauen des englischen Volkes zu zerstreuen und ihm eine richtige Vorstellung von seiner Denkweise beizubringen. Diese Versuche fielen aber teils mit, teils ohne seine Schuld, unglücklich aus. Im Februar 1908 richtete der Kaiser an den englischen Marineminister, Lord Tweedmouth,

[1] Auch mit Grey und Haldane verhandelte der Kaiser, am eingehendsten über die Bagdadbahn. Die englische Regierung erklärte sich bereit, dem Bau keine Hindernisse in den Weg zu legen, verlangte aber, daß der Hafen an deren Endpunkte am Persischen Meerbusen den Briten zufallen solle. „Ich werde Ihnen diesen Hafen geben", sagte der Kaiser zu Haldane. Als jedoch die zwei Kabinette zur Formulierung schritten, ergab sich ein Hindernis: Grey verlangte, daß zu den Verhandlungen auch Rußland und Frankreich zugezogen werde, während Bülow allein mit England abschließen wollte, da bei einer gemeinsamen Konferenz das Deutsche Reich allein gegen drei Mächte gestanden hätte. Dadurch stockte die Sache vorerst, bis einige Jahre später die Einigung auf der obigen Grundlage zustande kam. Vgl. den Bericht Haldanes in der „Westminster Gazette", Oktober 1919, und die auf ihn zurückgehenden Mitteilungen bei Begbie, S. 119—121. In gleichem Sinne schildert Haldane in seinem Buche: „Before the war", Seite 48ff., seine Unterredungen mit Wilhelm II. Haldane stellt den Kaiser als den guten, Bülow als den bösen Geist bei diesen Erörterungen dar. Man sieht aber nicht ein, weshalb der deutsche Kanzler schuldiger gewesen sein soll als das englische Kabinett. Dieses hat zuletzt doch allein mit der deutschen Regierung abgeschlossen, um sich die Euphratmündung nicht entgehen zu lassen.

einen vertraulichen Brief, in welchem aus dem Vergleiche der beiderseitigen Schiffsstärken der Schluß gezogen war, das seegewaltige England hätte von keinem Gegner etwas zu fürchten, ein Schreiben, auf das der englische Minister höflich antwortete. Durch Vertrauensmißbruch kamen die „Times" zur Kenntnis des Briefwechsels und erhoben gegen den Kaiser den Vorwurf, er hätte sich in innere englische Angelegenheiten, besonders in die Aufstellung des Marinebudgets, gemischt; Tweedmouth aber wurde beschuldigt, sich mit einem fremden Herrscher in eine Erörterung seiner amtlichen Obliegenheiten eingelassen zu haben. Wohl wurde der Marineminister im Parlament von seinen Kollegen gegen diese Anklage in Schutz genommen; auch stellte der Premierminister fest, daß Tweedmouth den Brief des Kaisers vor dessen Beantwortung dem Staatssekretär des Äußeren gezeigt hatte; trotzdem mußte er die Leitung der Marine an MacKenna abgeben.

Noch schlimmer fiel eine andere Friedensbemühung Kaiser Wilhelms aus. Während seines Aufenthaltes in England führte er mit verschiedenen Personen Gespräche, in denen er die Befürchtungen des Inselvolkes zu zerstreuen suchte. Diese Äußerungen wurden mit seinem Wissen und Willen zusammengefaßt und am 28. Oktober 1908 im „Daily Telegraph" der Öffentlichkeit übergeben. Die Kaiserunterredungen erregten in der ganzen Welt Staunen, in Deutschland aber tiefsten Unmut, denn Wilhelm II. hatte sich in der Wahl seiner Beweise gründlich vergriffen und durch einige von ihnen den Gegnern Deutschlands geradezu Waffen geliefert. Besonderen Nachdruck legte der Kaiser auf die Dienste, die er den Briten während des Burenkrieges und nach demselben geleistet hätte. Er erinnerte daran, daß er die Burengeneräle bei ihrer Rundreise durch Europa nicht habe empfangen wollen; auch erzählte er, daß er vorher, nach dem ersten Mißgeschick des britischen Heeres, einen Feldzugsplan zur Niederwerfung der Buren ausgearbeitet und der Königin Viktoria gesendet habe. Man stutzte, zu hören, daß Wilhelm II. geistiger Mitstreiter in dem Kampfe gewesen sein sollte, obwohl er die südafrikanische Republik früher durch das vielberufene Telegramm an Krüger seines Schutzes versichert hatte. Das warf einen Schatten auf seinen Charakter; auch war es des deutschen Kaisers nicht würdig, sich dem britischen Generalstab zur Verfügung zu stellen; zum Überfluß ließ dieser öffentlich erklären, der Feldzugsplan Wilhelms habe nur allgemeine Andeutungen enthalten und sei deshalb nicht von Nutzen gewesen. Doch nicht genug daran: der Kaiser berief sich auch darauf, daß

er es abgelehnt hatte, gemeinsam mit Frankreich und Rußland sich der Buren anzunehmen; damit, so sagte er wörtlich, habe er verhindert, „England bis in den Staub zu demütigen“. Schon dieses Werben des Kaisers um die Gunst der Briten war unzweckmäßig, noch bedenklicher erschien folgende Behauptung: „Ich kann nur wiederholen, daß ich ein Freund Englands bin. Aber ich bin in meinem Lande mit diesem Gefühle in der Minderheit. In breiten Schichten Deutschlands, unten und im Mittelstande, ist die Stimmung euch unfreundlich. Mit allen Mitteln, mit aller Kraft arbeite ich an der Besserung unserer Beziehungen.“ Es war ein schwerer Mißgriff des Kaisers, daß er damit die Engländer in der Ansicht bestärkte, ihnen drohe Schlimmes von der Mehrheit des deutschen Volkes. Endlich und schließlich bot Wilhelm II. den Briten Freundschaft und Mithilfe an, wenn einmal „die Frage der Zukunft des Stillen Ozeans zu lösen sein werde“ — eine Äußerung, die in Japan beleidigen mußte und schon deshalb zweckwidrig war, weil Albion nicht die geringste Lust hegte, sich mit Nippon zu entzweien und die Hilfe der Deutschen in Anspruch zu nehmen.

Das war ein unangenehmer Zwischenfall, denn das Entgegenkommen des Kaisers wurde in England entweder spöttisch oder höhnisch aufgenommen. Indessen ging der Zwischenfall vorüber und hatte für die äußere Politik des Reiches keine weitere Folge. Dagegen wird noch zu erzählen sein, wie der deutsche Reichstag die Herzensergießungen des Kaisers aufnahm und wie es infolgedessen zum Bruche Wilhelms mit Bülow kam.

*

Verstärkung des britischen Landheeres

Die Erfahrung hatte gezeigt, daß keine der zwei von England bisher angewendeten Methoden, weder die Anregung zu zwischenstaatlichen Verträgen über die Stärke der Flotten, noch auch Bündnisse zur Einkreisung Mitteleuropas, ihren Zweck erreichten. Im Annexionsstreite schlug Deutschland, vereint mit Österreich-Ungarn, den Dreiverband diplomatisch aus dem Felde und auch zur See wurde es immer mächtiger. Somit mußte sich Großbritannien zu etwas Drittem entschließen, zu erhöhten Ausgaben auf militärischem Gebiete.

Über diese Notwendigkeit bestand auch bei den Imperialisten der liberalen Parlamentsmehrheit kein Zweifel, sie verfügten aber in ihrer Partei anfangs nicht über die Mehrheit. Nur allmählich überwanden sie den Widerstand der bürgerlichen Radikalen und der Arbeiterpartei, auf deren Hilfe die Altliberalen angewiesen waren. Den zwei pazifistischen Gruppen schien es zweckmäßiger, die Staatseinkünfte für soziale Reformen zu verwenden; Deutschland sei nicht darin nachzuahmen, daß man mehr Schiffe baue, sondern darin, daß die schon von Bismarck eingeführte Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter auch in England Platz greife. Wie sehr man auch gegen den preußischen Militarismus wetterte, Tatsache war, daß Deutschland für Heer und Flotte insgesamt weniger ausgab als Britannien und bei all dem in der sozialen Fürsorge allen Nationen voranschritt.

So kamen die Imperialisten des Kabinetts, Grey, Asquith und Haldane, nur langsam ans Ziel. Der Kriegsminister Haldane entfaltete dabei eine eifrige Tätigkeit. Ausgerüstet mit den auf seiner Berliner Reise gemachten Erfahrungen (Band II, Seite 117 ff.), brachte er 1907 ein Wehrgesetz durchs Parlament, das den schlimmsten Übelständen abhalf. Das stehende Heer wurde auf 163000 Mann gebracht (sechs Infanteriedivisionen und eine Kavalleriedivision), die Miliz oder Territorialarmee sollte 300000 Mann zählen. Doch war nur das aus geworbener Mannschaft zusammengesetzte stehende Heer kriegsbereit. Die Miliz, aus Freiwilligen bestehend, erreichte bis zum Weltkriege nicht einmal die vorgeschriebene Ziffer; auch war sie so mangelhaft ausgebildet, daß sie, wie Haldane selbst einräumte, erst sechs Monate nach Ausbruch eines Krieges einem Berufsheere die Spitze bieten konnte [1]).

Haldanes Verdienste um die Kriegstüchtigkeit der Armee, besonders seine Fürsorge für die Heranbildung des Generalstabes und über-

[1]) Als England in den Weltkrieg mit einer unzureichenden Armee eintrat, wurde Haldane vielfach beschuldigt, die Waffenrüstung vernachlässigt zu haben. Gegen diese Vorwürfe nimmt ihn das Buch von Begbie, „The vindication of England", S. 53—95, in Schutz. Zugunsten Haldanes beruft sich Begbie u. a. auf das Zeugnis des englischen Generalstabs und Lord Roberts, der Haldanes Wirksamkeit Gerechtigkeit widerfahren ließ. Eingehend berichtet jetzt Haldane selbst über seine Tätigkeit als Kriegsminister und über die militärischen Vorbereitungen Englands 1906—1914 in seinem 1920 erschienenen Buche „Before the war", Kap. IV, S. 156 ff. Haldane will beweisen, daß die Rüstungen Englands nur zur Verteidigung, nicht zum Angriffe bestimmt waren. „We never intended to create an army capable of invading or encircling Germany." S. 138.

haupt der Offiziere, wurden auch von den Konservativen anerkannt[1]). Indessen erhoben sich Stimmen im Lande, welche diese Rüstungen für unzureichend erklärten und auf die Notwendigkeit der allgemeinen Dienstpflicht hinwiesen. Eine im Jahre 1903 gebildete Liga setzte sich dieses Ziel. An ihre Spitze trat Feldmarschall Lord Roberts, der Sieger über die Buren. Er und seine Freunde waren im Recht, wenn sie von den militärischen Schwächen des Reiches sprachen. Dagegen war das Mittel verwerflich, durch welches sie die in England tiefgewurzelte Abneigung gegen den Zwangsdienst zu überwinden trachteten. Unaufhörlich sprachen sie von der Absicht Deutschlands, Britannien durch eine plötzlich unternommene Landung zu überraschen und mit einigen Schlägen niederzuwerfen. Roberts hat, indem er dieses Schreckgespenst vorführte, zur Vergiftung des Verhältnisses der zwei Nationen viel beigetragen. Wer ein Volk stetig der schwärzesten Absichten anklagt, führt den Krieg ebenso herbei, wie wenn er dem Angriffe unmittelbar das Wort spricht. So war Lord Roberts das Haupt der Kriegspartei in England und in dieser Tätigkeit höchstens von einem Manne übertroffen, von Lord Northcliffe, der in seinen zahlreichen Zeitungen ohne Unterlaß gegen Deutschland schreiben ließ. Im allgemeinen neigten die Konservativen der allgemeinen Wehrpflicht zu, ohne jedoch mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung sich für sie zu erklären, während die Liberalen fast ausnahmslos widerstrebten. In dieser Partei war von hervorragenden Männern nur Lord Rosebery anderer Ansicht; aber er stand in den politischen Fragen so stark rechts, daß er in dem 1905 gebildeten liberalen Kabinett keinen Platz erhielt. Er war überhaupt ein Eigenbrötler, dessen literarische und künstlerische Neigungen größer waren als sein politischer Ehrgeiz. Nach dem Burenkrieg hatte die Regierung 1904 das Komitee für Reichsverteidigung eingesetzt, mit dem jeweiligen Ministerpräsidenten als Vorsitzenden, um für Heer und Flotte das einheitlich leitende Organ zu schaffen. Rosebery war dessen Mitglied, schlug hier die allgemeine Dienstpflicht vor und trat aus, da er nicht durchdrang. Wirkungsvoller als der feinsinnige, aber wenig tatenlustige Mann setzte sich Lord Roberts für die allgemeine Dienstpflicht ein. Am 23. Juli 1908 beantragte er im Oberhause eine Resolution, dahin gehend, es sei ein so starkes Landheer aufzustellen, daß „auch die furchtbarste fremde Macht“ zögern würde, an der englischen Küste eine Landung

[1]) Vgl. Haldane, l. c. S. 163ff.

zu versuchen. Die bei diesem Anlasse von Roberts gehaltene Rede säte Mißtrauen und Haß gegen Deutschland. Dieses Reich, so legte Roberts dar, sei imstande, ohne daß man in England davon eine Ahnung haben müßte, plötzlich 200000 Mann an die englische Küste zu werfen. Da der Friedensstand des deutschen Heeres hierzu ausreichen würde, wäre eine vorhergehende Mobilisierung überflüssig, auch könnten die Streitkräfte ohne Aufsehen in der Nähe der Häfen versammelt werden. Deutschland, so fuhr Roberts fort, besitze genug Fracht- und Personenschiffe, um jene Truppenmacht gleichzeitig über See schicken zu können, England aber verfüge nicht über ein genug starkes Heer, um dem Stoße zu widerstehen. Selbst in England standen Fachmänner auf, welche diese Rechnung als falsch erklärten. Es war barer Unsinn anzunehmen, daß Deutschland Schiffe zur Überfahrt von 200000 Mann nebst allem ungeheuren Kriegsgerät unbemerkt in seinen Häfen vereinigen und bei Nacht und Nebel beladen könne. Es war schon unmöglich, die Vorbereitungen insgeheim vorzunehmen, vor allem, ohne Aufsehen zu erregen, die ganze Handelsflotte für diesen Dienst in den Häfen zu vereinigen. Ohne Zweifel war dies Roberts, der selbst große überseeische Unternehmungen geleitet hatte, so gut bekannt wie irgend jemandem. Er wollte aber die öffentliche Meinung aufpeitschen, um England die militärischen Mittel zu verschaffen, im künftigen Kampfe auf dem Festlande mit Macht einzugreifen. Diesem Zwecke diente seine Beweiskette, und er erzielte auch die Wirkung, daß die Lords mit 74 gegen 32 Stimmen die von ihm vorgeschlagene Entschließung annahmen. So wurde die Kriegsfurcht im Lande wachgehalten[1]).

*

Panik und Flottenrüstung in England

So lange Campbell-Bannerman an der Spitze der Regierung stand, hielten sich die Seerüstungen Englands in mäßigen Grenzen, wie er überhaupt ein aufrichtiger Friedensfreund war. Indessen legte der

[1]) Über diese Stimmungen hatte der belgische Gesandte Baron Greindl seiner Regierung schon am 27. Oktober 1905 gemeldet: „Ob wohl die Leute, die in England Furcht vor einem unausführbaren deutschen Angriff zu Schau tragen, ganz aufrichtig sind? Schützen

von schwerer Krankheit heimgesuchte Ministerpräsident am 5. April 1908 sein Amt nieder und schied am 23. April aus dem Leben. Der Schatzkanzler Asquith wurde sein Nachfolger, an dessen Stelle übernahm Lloyd George die Leitung der Finanzen. Durch Winston Churchill, der damals als Handelsminister ins Kabinett trat — später wurde er Marinesekretär —, erhielten die Imperialisten des Kabinetts eine wertvolle Verstärkung. Unter Führung des neuen Premiers schlug das Ministerium den Weg ein, der ihm durch die Umstände vorgeschrieben war. Es bestand aber die Gefahr, daß durch die Erhöhung des Marinebudgets die liberale Partei gespalten wurde. Wohl war die Regierung, wenn sie mehr Schiffe zu bauen vorschlug, auch der Stimmen der Konservativen sicher und konnte so die Mehrheit des Parlaments um sich scharen. Brach jedoch bei diesem Anlasse die liberale Partei auseinander, so war nicht bloß ihre Herrschaft erschüttert; auch die großen, von den Liberalen geplanten inneren Reformen, besonders die Alters- und die Invalidenversicherung, gerieten auf die Sandbank. Aus diesen Voraussetzungen, dem Willen zur Macht und dem Willen zu Reformen, erklären sich die seltsamen Vorgänge, deren Schauplatz das englische Parlament im Frühjahr 1909 wurde.

Am 12. März legte die Regierung dem Unterhaus das Marinebudget vor, in dem der sofortige Bau von vier Dreadnoughts verfügt und bestimmt war, daß weitere vier Panzer vom 1. April 1910 an auf Stapel zu legen seien. Also gleichzeitig acht große Panzer; und da auch das Geld für eine Anzahl geschützter Kreuzer, Torpedozerstörer und Unterseeboote verlangt wurde, war das Vorgehen ohne Beispiel. Es stand zu befürchten, daß ein großer Teil der Liberalen die Heeresfolge verweigern werde. Um die Mehrheit mit fortzureißen, trat der Marineminister MacKenna mit einer wichtigen Enthüllung vor das Unterhaus. Der Admiralität, so behauptete er, sei zur Kenntnis gekommen, daß die deutsche Regierung sich nicht mit dem Bau der im Flottengesetze von 1900 vorgeschriebenen Zahl von Schiffen begnüge, sondern insgeheim darüber hinausgehe; die deutschen Werften, erklärte er, arbeiten daran, England in der Herstellung von Dreadnoughts zu überflügeln. Mac Kenna legte weiter dar, daß schon unter den allgemein bekannten Umstän-

---

sie derartige Besorgnisse nicht etwa vor, um einen Krieg anzufachen, in dem die deutsche Kriegsflotte vernichtet, die deutsche Handelsmarine und der deutsche überseeische Handel zerstört werden würden? England befindet sich in sicherer Lage, Deutschland hingegen ist leicht zu treffen."

den, wenn das Deutsche Reich sich an sein gesetzlich kundgemachtes Bauprogramm halte, es so stehe, daß 1911 nicht mehr als 16 britische Dreadnoughts gegen 13 deutsche vorhanden sein würden; dadurch aber, daß Deutschland den Bau insgeheim beschleunige, werde es im April 1912 nicht weniger als 17 gegen 16 englische besitzen. Das wäre eine große Gefahr für England, die nur durch die Annahme der Regierungsvorlage zu bannen wäre.

Das klang nun erschreckend, aber die Darlegungen MacKennas waren, wie er und seine Amtsgenossen später selbst bekannten, vollständig falsch. Die deutsche Regierung erklärte mit aller Bestimmtheit, zunächst durch die Presse, sie halte sich streng an das Flottengesetz. Das wiederholten Bülow und Tirpitz am 29. März 1909 im Reichstag und stellten fest, Deutschland werde demgemäß im Herbst 1912 nicht, wie Mac Kenna behauptet hatte, 17, sondern dem Gesetze gemäß nur 10 Dreadnoughts fertig haben, daneben drei Panzerkreuzer. „Wir haben nichts zu verheimlichen und nichts zu verstecken," sagte der Reichskanzler, „und es ist nicht beabsichtigt, die Durchführung unseres Bauprogramms über die gesetzliche Frist hinaus zu beschleunigen. Alle dem entgegenstehenden Gerüchte sind falsch."

Aber schon hatte die Enthüllung des englischen Marineministers in seinem Lande einen Sturm hervorgerufen. Die Panik wurde durch die Kriegsrufe des Führers der Opposition, Balfour, verstärkt, der die öffentliche Meinung durch die Berechnung aufregte, England werde im Dezember 1910 bloß 10 gegen 13 deutsche Dreadnoughts fertiggestellt haben. Selbst Churchill widersprach dieser abenteuerlichen Behauptung, aber viele Leute gaben Balfour recht, der im Namen seiner Partei forderte schon 1909 müßten bedingungslos alle acht Panzer in Bau genommen werden. Balfour hatte so gesprochen, als ob es selbstverständlich sei, daß Deutschland die Welt hintergehe, wie er sich überhaupt fortan mitunter Männern wie Roberts und Northcliffe im Kriegstreiben zugesellte. Da die Aufregung im Lande bedenklich stieg, sah sich der Premierminister bemüßigt, beruhigend einzugreifen. Er stellte fest, daß zwischen den Kabinetten von London und Berlin gute Beziehungen bestünden, und gab zu, daß Deutschland der einzige Richter über seine militärischen Erfordernisse sei. Da er aber die Annahme der Regierungsvorlage durchsetzen wollte, wiederholte er die Angaben MacKennas über das Zurückbleiben der englischen hinter den deutschen Rüstungen. Einen scharfen Pfeil schoß er gegen Deutschland ab, indem

er sagte, er setze zwar keinen Zweifel in die Versicherung des Berliner Kabinetts, daß es sich an die Bestimmungen des deutschen Flottengesetzes halten wolle, es wäre aber doch möglich, daß Deutschland über kurz oder lang diese seine Ansicht ändere. So wurde das Wort der deutschen Regierung durch die Debatte geschleift, von den Hitzköpfen als unglaubwürdig bezeichnet, von den anderen so umgedeutet, daß es an Wert verlor. Die Unruhe war so groß, daß der Führer der englischen Pazifisten, Stead, öffentlich erklärte, nun müsse er selbst sich für die verlangten Schiffsbauten aussprechen. Besseres konnte die Regierung nicht wünschen; sie erreichte auch sonst, was sie angestrebt hatte, denn die liberale Partei stimmte fast geschlossen für ihre Anträge. Die Admiralität hatte ihr Ziel erreicht: der erste Seelord Fisher sprach es kurz darauf zum deutschen Marineattaché unumwunden aus: die Flottenpanik wäre nichts weiter als eines der üblichen Manöver gewesen, um das Parlament und die Nation für die Annahme größerer Vorlagen vorzubereiten[1]).

*

Nachklänge der Parlamentsdebatte vom März 1909

Zwei Jahre später, als der Qualm jener Debatte verflogen war und der wahre Sachverhalt sich nicht mehr verhüllen ließ, wurde Mac Kenna durch die Anfrage Sir Robert Harcourts in die Enge getrieben, was denn von den 1909 vorgebrachten Ziffern über die deutschen Schiffsbauten eigentlich zu halten sei. Der Marineminister mußte gestehen, daß sich die Angaben der deutschen Regierung bewahrheitet hatten. Der gute Mann, der früher Unterrichtsminister gewesen war und vom Flottenwesen nicht viel verstand, hatte eben bloß die falschen Angaben herabgelesen, mit denen ihn die Admiralität ins Gefecht schickte, um die gleich ihm unkundigen Abgeordneten zur Bewilligung der Summe zu bestimmen. Die Regierung verschloß sich nicht der Notwendigkeit, ihm einen gewandteren Nachfolger zu geben; Churchill wurde Marineminister, MacKenna aber zum Staatssekretär des Innern ernannt.

[1]) Tirpitz, „Erinnerungen“, S. 177.

Der neue Lord der Admiralität war kein Freund Deutschlands, aber auch er mußte in seiner ersten öffentlich gehaltenen Rede (9. November 1911) erklären, „er freue sich, bezeugen zu können, daß die Erklärungen des deutschen Ministers über den Bauplan durch die Ereignisse vollauf bestätigt wurden". Churchill war, mit seinem deutschen Kollegen Tirpitz verglichen, gleichfalls nur ein Dilettant, indessen so begabt, daß er sich rasch in sein Amt hineinarbeitete und darin auch viel leistete, wenngleich seine Leichtfertigkeit ernsteren Mitgliedern seiner Partei schon im Frieden auf die Nerven ging, bis er sich im Kriege vollends bloßstellte.

Durch die Parlamentsdebatte vom März 1909 waren die Wogen aufgewühlt worden und brachten wunderliche politische Gebilde an die Oberfläche. Während die Mehrheit der Arbeiterpartei unter Führung Macdonalds Besonnenheit bewahrte, stürzte sich ihr sozialdemokratischer Flügel in wilde Treibereien gegen Deutschland. Hyndman und Blatchford, die Führer der Gruppe, brachten in ihrem Organ, dem „Clarion", eine Reihe von Artikeln zugunsten größerer Rüstungen, und der zweite dieser Marxisten lagerte in der „Daily Mail", dem Blatte Northcliffes, die abenteuerlichsten Dinge ab. Am 15. Dezember 1909 behauptete er in dieser Zeitung, auf allen deutschen Kriegsschiffen werde zu Ehren des Tages, an dem die britische Flotte von der deutschen besiegt werden würde, ein Trinkspruch ausgebracht. Ein Mitglied des Parlaments fragte bei dem Bruder des deutschen Kaisers, als dem Admiral der Flotte, an, ob diese Angabe auf Wahrheit beruhe, worauf Prinz Heinrich umgehend telegraphierte, es sei „eine unsinnige Lüge vom Anfang bis zum Ende". Auch andere Verrücktheiten wurden in England verbreitet und geglaubt. Der liberale Abgeordnete Sir John Barlow interpellierte am 19. Mai 1909 den Kriegsminister, ob ihm bekannt wäre, daß sich 66000 deutsche Heeresangehörige in verschiedenen Stellungen in England aufhielten, ferner, daß unweit des Londoner Hauptbahnhofes Charing Croß in Kellergewölben 50000 deutsche Mausergewehre und 75000 Patronen versteckt lägen — eine Angabe, die Kriegsminister Haldane in seiner Antwort töricht und lächerlich nannte.

Diese Verirrungen waren die Folge des unheilvollen Verfahrens der Regierung, welche die öffentliche Meinung zum Mißtrauen gegen Deutschland aufstachelte, worauf sie dann notgedrungen das Übermaß der Feindseligkeit eindämmen mußte.

Es gab allerdings eine Gegenströmung im Lande, da es nur zu klar war, daß eine derartige Politik zum Kriege führen mußte; sie war aber nur innerhalb der Arbeiterpartei und bei den bürgerlichen Radikalen bemerkbar, zudem mehr in der Presse als in dem von den Imperialisten der zwei großen Parteien beherrschten Parlament. Die „Daily News" und die Wochenschrift „Nation" gaben den Stimmen dieser Minderheit Ausdruck. „Was ist da zu tun?" fragte das zweite dieser Blätter. „Jene falschen Angaben (MacKennas) wurden gebraucht, um dem Hause der Gemeinen das ungeheuerlich angewachsene Budget von 1909 und 1910 zu entreißen, um 1909 den Bau von acht Dreadnoughts und 1910 von fünf zu sichern und um die Kolonien in die durch Panik veranlaßte Vorsorge für zwei Zusatz-Dreadnoughts hineinzuschrecken. Sicherlich bedeutete dieser kolossale Mißgriff eine Beleidigung des Hauses der Gemeinen, der Steuerzahler und Deutschlands." Noch kräftiger schrieb 1913 F. W. Hirst, der Herausgeber des „Economist": „Es ist Zeit, von den Fiktionen zu den Tatsachen zurückzukehren, und ich werde zur Befriedigung jedes Lesers beweisen, daß die Panik ein falscher Schrecken war, daß die Regierung und die Führer der Opposition sich selbst und das Parlament mit falschen Ziffern getäuscht haben, kurz, daß die ganze Geschichte von Anfang bis zu Ende ein Betrug war, dessen sich ein sich selbst achtendes Land gründlich schämen sollte"[1]).

Es war das gute Recht Englands, seiner Flotte nach eigenem Ermessen jede beliebige Stärke zu geben, verderblich aber, wie die Regierung, um die Einigkeit der liberalen Partei zu erhalten, das Brandgeschoß zwischen die zwei Nationen warf. Groß war in Deutschland darob die Erbitterung. Das Ehrgefühl der Nation war verwundet, da der heimischen Regierung ohne Grund Doppelzüngigkeit zugemutet wurde. Die Deutschen wollten zur See in einem Sprung alles nachholen, was die Vorfahren durch Jahrhunderte versäumt hatten; unklugerweise entzog sich das Berliner Kabinett den Verhandlungen über die Seerüstungen. Auf der anderen Seite spielte die englische Regierung sorglos mit dem Frieden der Welt, dessen Bewahrung nach ihren

[1]) F. W. Hirst, „The six panics and other Essays", S. 96, 98. Der Aufsatz von Hirst über die sechs überflüssigen Paniken in England ist um so wichtiger, als die Vorgänge des März 1909 sonst in den einschlägigen englischen und französischen Büchern verschwiegen werden. So von Debidour wie in den noch zu besprechenden Schriften von Wallace, Begbie und Oliver.

Worten ihr höchstes Ziel war. Diese Gleichgültigkeit war eine Folge des sicheren Gefühls der Briten, in ihrem meerumflossenen Lande unangreifbar zu sein; um es auch zu bleiben, haben sie im Laufe der Jahrhunderte jede zur Seegeltung aufstrebende kontinentale Macht niedergekämpft.

*

Zusammenhänge zwischen der äußeren und der inneren Politik Englands

Das Vorgehen des englischen Ministeriums wird aber erst verständlich, wenn ihre großen Aufgaben und Sorgen für die innere Regierung des Landes und des Weltreiches in Betracht gezogen werden. Von diesen Pflichten mehr als von allem anderen in Anspruch genommen, paßte sie ihre dem Deutschen Reiche gegenüber eingehaltene Taktik derjenigen an, die für die Lenkung des Parlaments notwendig war. Wollte sie die herrschende liberale Partei nicht spalten, so mußte sie sich deren Vorurteilen anbequemen und dem deutschen Nebenbuhler gegenüber die Sprache gebrauchen, welche ihren Anhängern im Lande verständlich war. Daran lag ihr mehr als an den Empfindungen der deutschen Nation. Daher die Widersprüche in den Regierungserklärungen über die äußere Politik.

Das Ministerium Asquith schrieb sich, während es durch seine Reden den Weltteil in Unruhe versetzte, in die Jahrbücher seines Landes mit zwei großen Reformen ein: durch die Alters- und Invalidenversorgung des kleinen Mannes und durch das Beiseiteschieben des Gesetzgebungsrechtes des Oberhauses. Damit bahnte sich die Demokratie auf dem englischen Boden die Wege zum Siege. Es ist für das britische Volk bezeichnend, daß der Anstoß zu dem grundstürzenden Wandel nicht durch einen politischen Lehrsatz, sondern durch ein bestimmtes Lebensbedürfnis gegeben wurde. Wollte der Staat seine Pflicht gegen die Arbeiter erfüllen und für sie in ihrem Alter oder beim Schwinden ihrer Kraft Sorge tragen, so mußten die besitzenden Klassen stärker zu den Abgaben herangezogen werden. Da zudem große Ausgaben für das Heer und die Flotte zu bestreiten waren, so griff der

Staatskanzler Lloyd George kräftig durch und schlug 1909 beträchtliche Steuern auf Einkommen und Erbschaften, ferner auf die Grundbesitzmassen vor, die in England in den Händen von wenigen tausend großen Landherren vereinigt sind. Diese Vorlagen, vom Unterhaus gegen die Stimmen der Konservativen angenommen, stießen bei den Lords auf Widerstand. Das Oberhaus verwarf nicht die der Arbeiterversicherung dienenden Entwürfe, wohl aber die Art der Deckung. Infolgedessen kam das sogenannte Volksbudget Lloyd Georges im Jahre 1909 nicht zustande. Als darauf das Volk zur Entscheidung aufgerufen wurde, gab es schon bei der nächsten Wahl 1910 dem liberalen Ministerium recht, aber auch dann noch wollte sich das Oberhaus nicht fügen. So mußte das Parlament wieder aufgelöst werden, und das eine Jahr 1910 sah, was früher nie vorgekommen war, zweimal allgemeine Wahlen. Bei diesen handelte es sich nicht mehr bloß um Versicherungs- und Steuergesetze, sondern um die Reform der Verfassung. Die Liberalen wollten für alle Zukunft verhindern, daß das Oberhaus jemals wieder heilsame soziale Gesetze vereiteln könnte, und nahmen die Beschränkung der Vorrechte der Lords in ihr Programm auf. Ihr Sieg war vollständig; da das Ministerium Asquith entschlossen war, den Widerstand der Konservativen durch einen Pairsschub zu brechen, gab das Oberhaus zuletzt nach und fügte sich in sein Schicksal. Es mußte auf sein Gesetzgebungsrecht in Steuer- und Finanzsachen vollständig verzichten und in den übrigen Angelegenheiten beträchtlich einschränken lassen. So gereichte den Lords ihr früheres Sträuben zum schweren Mißgeschick. Daß auch die soziale Reform keinem Widerstand mehr begegnete, lag in der Natur der Sache.

Das große Werk konnte nur gelingen, wenn dafür die drei Fraktionen der Regierungsmehrheit, die liberalen Imperialisten, die bürgerlichen Radikalen und die Arbeiterpartei trotz den sie trennenden Unterschieden geschlossen zusammenwirkten. Die oberste Regel für die Taktik der Regierung war also, alles zu vermeiden, was eine Spaltung herbeiführen konnte. Wurden für Flotte und Heer neue Summen verlangt, so durfte dies nur mit der Begründung geschehen, daß England gegen einen Überfall geschützt werden müsse. Auch für eine unverhohlen imperialistische Flottenpolitik würde sich im Unterhause eine Mehrheit gefunden haben, da nicht bloß die Rechtsliberalen, sondern auch die konservative Opposition für jede Erhöhung des Kriegsbudgets stimmten. Dann aber war der Keil in die Regierungsmehrheit getrieben, und

etwas Größeres stand auf dem Spiele als der Bestand des Ministeriums: die soziale und die politische Reform war vereitelt. Diesem Zwecke dienten die gegen Deutschland erhobenen Anwürfe, es baue seine Flotte ins Ungemessene aus und bedrohe die Sicherheit Englands. Wie weit sich jeder einzelne der Männer der Regierung der Übertreibung bewußt war oder wie weit bei jedem der Glaube reichte, ist für den Verlauf der Ereignisse nicht entscheidend.

Läßt sich auch gegen das Verfahren des liberalen Ministeriums in der äußeren und Flottenpolitik viel einwenden, so war dagegen dessen Walten im Innern des Weltreiches von großen Gesichtspunkten geleitet. Überall ward den britischen Kolonien Freiheit und Selbstbestimmung zugebilligt, während Indien und Ägypten in strenger Zucht gehalten wurden. Das die britischen Kolonien und das Mutterland umschlingende Band knüpfte sich in diesen Jahren immer fester, wozu die von Zeit zu Zeit nach London einberufenen Kolonialkonferenzen das Ihrige beitrugen. Besonders staatsklug war es, daß England in Südafrika ein einheitliches Gemeinwesen ins Leben rief[1]). Der südafrikanische Bund (Union of South Africa) kam dadurch zustande, daß die zwei älteren britischen Kolonien, Kapland und Natal, mit den zwei unterworfenen Burenrepubliken, Transvaal und Oranjestaat, vereinigt wurden. Dadurch erreichte England ein Doppeltes. Auf der einen Seite bahnte es die Aussöhnung mit den noch grollenden Buren an; dann aber wurden diese, soweit sie noch auf die Wiedergewinnung der Unabhängigkeit sannen, durch eine England ergebene Mehrheit im Zaume gehalten. Denn in den zwei ehemaligen Burenstaaten lebten bloß 440 000 Weiße, während die beiden älteren britischen Kolonien, Kapland und Natal, 700 000 Weiße zählten. Wohl gab es auch unter den letzteren ein starkes holländisches Volkselement, das aber bereits an die englische Herrschaft gewöhnt war. Somit war das Zusammenfassen der vier Siedelungen zu einem Bunde für die englische Herrschaft förderlich; auch konnten die 4 300 000 Farbigen des Gesamtgebietes dadurch leichter in Gehorsam gehalten werden. Die Mehrheit der ehemals freien Buren blieb auch jetzt noch unter Führung des Generals Herzog in der Opposition; die Minderheit unter Botha dagegen schloß sich enge an England an und lenkte, gestützt auf die Kolonisten britischer Abstammung, die südafrikanische Union. Es war eine weitere Stufe der Entwicklung, daß in der

[1]) Über die Verhältnisse in Südafrika nach dem Burenkrieg belehrt am besten das Buch von Paul Samassa, „Das neue Südafrika", Berlin 1905.

neuen Union der Gedanke durchschlug, sich behufs Aufrichtung eines einheitlichen Südafrika auch der deutschen Kolonien zu bemächtigen; so gebar der britische Imperialismus den südafrikanischen. Neues Leben quoll zwischen dem Indischen und dem Atlantischen Ozean auf, ausgestattet mit den Vorzügen und den Machtbegierden des englischen Weltreiches. An der Schöpfung des Bundes hatte noch Ministerpräsident Campbell-Bannerman den Hauptanteil gehabt, wenn das Gesetz auch erst nach seinem Tode durchs Parlament ging. Dagegen befürchteten die Konservativen von dem neuen Staate Schlimmes für die englische Herrschaft und versuchten, das Werk zu vereiteln, wobei sich die Northcliffe-Presse hervortat. Das englische Parlament setzte jedoch auf die Briten Südafrikas das Vertrauen, sie würden sich in allen Wechselfällen durchsetzen; man hoffte schließlich, die Buren durch Verleihung staatlicher Freiheitsrechte zu gewinnen, und diese Rechnung hat nicht getrogen.

*

Tod Eduards VII.

Mit den großen Reformfragen beschäftigt, wurde seit der zweiten Hälfte des Jahres 1909 die öffentliche Meinung Englands von den äußeren Angelegenheiten abgelenkt, und damit flaute der Gegensatz zu Deutschland etwas ab. Daher kam es, daß bei den 1910 stattfindenden Doppelwahlen die äußere Politik nur eine untergeordnete Rolle spielte. In diese Zeit verhältnismäßiger Ruhe fiel am 6. Mai 1910 der Tod König Eduards VII. Das letzte Jahr seines Lebens wurde ihm durch den Ansturm gegen die Befugnisse des Oberhauses, den er mit Unbehagen verfolgte, ebenso verdüstert wie durch den Mißerfolg seiner bosnischen Politik. So scharf hatte er sich gegen die Annexion Bosniens eingesetzt, daß darob seine Freundschaft mit Kaiser Franz Josef in die Brüche ging. Er beteuerte zwar, seine persönliche Verehrung für den alten Herrscher sei unvermindert geblieben; auch erwartete er, als er im August 1909 wie alljährlich zu Marienbad in Böhmen die Kur gebrauchte, wie gewöhnlich bei diesem Anlasse zu dem österreichischen Herrscher nach Ischl eingeladen zu werden. Dies unterblieb aber auf

Betreiben Ährenthals, so daß sich die zwei Monarchen nicht mehr gesehen haben.

Eduards Tod wurde in England allgemein betrauert, um so mehr, als sein Sohn Georg V. an Regenteneigenschaften weit hinter ihm zurückblieb. Dazu kam die persönliche Liebenswürdigkeit des von Lord Rosebery „Le roi charmeur“ genannten Königs. Für Eduards Schätzung durch sein Volk war ausschlaggebend, daß das Reich sich zu seiner Zeit wieder zur führenden Macht in Europa aufschwang — unter ihm, doch nicht durch ihn, wenn es auch für seine Begabung spricht, daß das vor seinem Regierungsantritte in das Hintertreffen gekommene Königtum wieder zu erhöhter Geltung kam, worauf es nach seinem Tode abermals in den Schatten zurücksank. Die englischen Historiker und Politiker weichen in dem Urteil über die geistigen Gaben Eduards VII. weit voneinander ab[1]). Während der Demokrat Sidney Lee, noch dazu in dem englischen biographischen Nationalwerk, ihn als unbedeutend schildert, gibt es eine höfische Auffassung, die ihn nicht bloß als edlen und gerechten Herrscher, sondern auch als weisen Staatsmann feiert[2]). Nach derselben Quelle wäre es das Ziel des Königs gewesen, Deutschland zum Beitritte in den Dreiverband der Randmächte zu gewinnen; er sei aber auf die Ablehnung Deutschlands gestoßen. Indessen wird nicht eine einzige Tatsache zum Beweise für diese Behauptung angeführt; dagegen geht aus dem gesamten Wirken Eduards hervor, daß ihn die wachsende Größe Deutschlands beunruhigte, und daß er von dem Gedanken erfüllt war, ihr Schranken zu setzen. Seinen Verehrern galt Eduard VII. als Friedensstifter, weil er einen wichtigen Anteil daran hatte, daß England sich von 1904 an mit seinem ehemaligen Erbfeinde Frank-

[1]) Siehe die Charakteristik Eduards VII. in diesem Werke Band I, S. 397—400.

[2]) Am weitesten in der Bewunderung Eduards VII. geht Lord Esher: „The influence of King Edward“. Seine Übertreibungen werden von Begbie, „The vindication of Great Britain“, London 1916, sanft abgelehnt, S. 33—49, aber auch von diesem wird der König hochgepriesen, als Freund Deutschlands, als besonnener, auf den Frieden hinwirkender Staatsmann. Über all dies ließe sich noch sprechen, wenn Begbie nicht zum Schlusse sagen würde, Eduard VII. habe die Politik der Milde und der Loyalität, die aufrichtige und herzliche Friedensliebe von seinem Vater und von Palmerston geerbt. Diese Nebeneinanderstellung entbehrt nicht der Komik, da „Lord Feuerbrand“ der politische Gegenfüßler des Prinz-Gemahls und das typische Urbild der britischen Gewalt- und Kriegspolitiker war. Im Jahre 1848 wirkte der Prinz-Gemahl für die Einigung Deutschlands, Palmerston bekämpfte sie. Ohne daß Begbie es in seiner Naivität merkt, liegt eine tiefe Wahrheit darin, daß ihm Eduard VII. als Schüler Palmerstons erscheint. Begbie selbst bemüht sich, gerecht gegen Deutschland zu sein, dringt aber, wie man sieht, nicht in den Kern des Verhältnisses ein.

reich und 1907 mit seinem Nebenbuhler Rußland versöhnte, zuletzt auch mit diesen zwei Mächten in ein Bündnis trat. Möge man dieser Wendung für den Frieden und die Freundschaft unter den Völkern noch so große Bedeutung beimessen, so war doch die wichtigste Triebfeder zum Schließen der neuen Bünde die Feindschaft gegen Deutschland, der Wunsch, es von allen Seiten zu umstellen. Das Wahrste über diese Seite der Tätigkeit König Eduards findet sich in einem Berichte des belgischen Gesandten Baron Greindl, der am 13. Februar 1909 an seine Regierung schrieb: „Der König versichert, daß die Erhaltung des Friedens immer das Ziel seiner Bemühungen gewesen sei; das hat er seit Beginn des diplomatischen Feldzuges immer gesagt, den er erfolgreich durchgeführt hat, um Deutschland zu isolieren; aber es kann ihm nicht entgehen, daß der Weltfriede niemals ernstlicher bedroht war, als seitdem der König von England sich damit befaßt hat, ihn zu befestigen." Für die Offenheit seines Charakters spricht die Tatsache, daß er aus seiner Abneigung gegen Wilhelm II. und dessen Reich kein Hehl machte. Daß er jedoch nicht zu den führenden politischen Geistern gehörte, zeigte sich darin, daß der Verlauf der Dinge durch seinen Tod in keiner Weise beeinflußt wurde.

Triebfedern und Methoden der englischen Politik

Wie weit König Eduard mit den Männern der Kriegspartei einverstanden war, ist nach dem Stande unserer Kenntnisse nicht festzustellen. Immerhin zog ihn Admiral Sir John Fisher, der vor dem Ministerpräsidenten Campbell-Bannerman seine Absicht verheimlichte, 1908 in das Geheimnis seines Planes, die deutsche Flotte durch einen unvermuteten Überfall zu vernichten. Es ist eine Tatsache erster Ordnung, daß sowohl der höchststehende Seemann wie der berühmteste General Englands, der erstere insgeheim, der zweite in öffentlicher Rede, das plötzliche und unvermutete Niederschlagen Deutschlands befürworteten. Feldmarschall Lord Roberts wurde nicht müde, zu sagen,

daß die Deutschen die Weltherrschaft anstrebten; darüber hinausgehend sprach er in einer 1912 gehaltenen Rede, die uns noch näher beschäftigen wird, den Grundsatz aus, ein Staat tue gut daran, einen Feind zu überfallen, sobald der richtige Augenblick gekommen sei. Er sagte damals: „Deutschland schlägt zu, wenn Deutschlands Stunde geschlagen hat. Das ist die seither befolgte Politik seines Auswärtigen Amtes... Es ist eine ausgezeichnete Politik. Es ist oder sollte die Politik jeder Nation sein, die bereit ist, eine große Rolle in der Geschichte zu spielen.“ Der friedliebende Teil des englischen Volkes war über das Anpreisen eines Angriffskrieges entrüstet und Roberts galt als das Haupt der den Weltfrieden in Frage stellenden Jingos, welche, wie Bernard Shaw sagt, „keine Geduld hatten, auf einen schicklichen Vorwand zu warten, um die sorgfältig vorbereitete Mine zur Explosion zu bringen. Für sie wäre es das größte Unglück gewesen, das England treffen könnte, wenn der Kampf ausblieb.“[1] Auch in Deutschland fehlte es nicht an Kriegstreibern; aber unter diesen gab es niemanden, der durch seine amtliche oder soziale Stellung so hervorragte, wie Fisher oder Roberts.

Indessen bestanden auch in England derartige Ansichten nur in einer kleinen Minderheit, deren Anzahl geringer war als die der zuverlässigen Friedensfreunde auf der äußersten Linken. Dazwischen breitete sich die Mehrheit des Volkes und des Parlaments aus, in dem sich nahezu die gesamte konservativ-unionistische Partei und der Großteil der Regierungsanhänger befanden. Von der Stimmung dieser weiten Schichten hing das Schicksal des Weltreiches ab, weshalb es notwendig ist, näher bei dem Gegenstand zu verweilen. Am besten ist es, darüber englische Zeugnisse zu hören, von Männern in angesehener Stellung, die vor, in und nach dem Weltkriege sich über die öffentliche Meinung des Landes vernehmen ließen.

Im März 1909 veröffentlichte Sir Frederic Harrison in den „Times“ einen Brief über die Aussichten für die Zukunft. Er war ein angesehener Rechtsgelehrter und Historiker, in England einer der Hauptvertreter der Philosophie Comtes, dabei ein eifriger Freund der Gewerkschaften, seiner politischen Gesinnung nach radikal. Er stimmte mit seinen politischen Freunden in dem Hasse gegen den „Bismarckismus“

[1] Shaw, „Winke zur Friedenskonferenz“, S. 15. Begbie verurteilt (S. 25) die von Roberts empfohlene Lehrmeinung und stellt sie auf eine Stufe mit der Versuchung Satans, der zu Jesus sagte: „Alle diese Dinge will ich dir geben, wenn du niederfallen und mich anbeten willst.“

überein und bekämpfte seit dem Siege Deutschlands 1871 dessen Vormacht in Europa; damals hatte er sogar einer Einmischung Englands zugunsten der unterlegenen Franzosen das Wort gesprochen. Mit den Jahren verschärfte sich seine Abneigung gegen Deutschland, weil er in dessen Größe eine Gefahr für sein Land sah. Anders als die Radikalen erklärte er den Krieg gegen Deutschland für unabwendbar, gegen diesen „Mittelpunkt des europäischen Wirrsals", wie in seinem 1908 erschienenen Buche über die nationalen und sozialen Probleme zu lesen ist. Das war auch der Inhalt seines Briefes an die „Times"[1]. Darin ist seine Befürchtung, Englands Seeherrschaft sei in Gefahr, in den stärksten Worten ausgedrückt, eine Herrschaft, mit der Britannien stehe und falle. Das sei ein Gegensatz wie seinerzeit zwischen Rom und Karthago, Spanien und England, später zwischen Deutschland und Frankreich. Er empfiehlt zwar nicht, wie Roberts, unmittelbares Losschlagen, gibt sich bloß als Beobachter einer unabwendbaren Entwicklung, aber sein Schreiben ist die Prophezeiung des heraufziehenden Schicksals. In diesen Äußerungen ist auf das Gleichgewicht der Kräfte auf dem Festlande der größte Wert gelegt, denn nur so lange dieses bestehe, sei Englands Seeherrschaft gesichert. In demselben Sinne sprach 1912 ein anderer hervorragender Brite, Viscount Milner, einer der Vorkämpfer des Imperialismus, der bei der Umklammerung der Buren der Gehilfe Chamberlains und Rhodes' gewesen war. Er schrieb im Jahre 1912: „Es ist das Machtgleichgewicht auf dem Kontinent, das uns allein ermöglicht, die Herrschaft über das Meer zu behaupten. Dessen Erhaltung ist eine Lebensfrage für unsere Überlegenheit auf der See, die wieder eine Lebensfrage ist für die Sicherheit des britischen Reiches."

Diese Lehre ist ausführlich in einem Werke entwickelt, das während des Weltkrieges von F. Scott Oliver veröffentlicht wurde[2]. Es ist nach

[1] Wieder abgedruckt in F. Harrison, „The German Peril", London 1915, einer Sammlung früherer Aufsätze Harrisons.

[2] Fred. Scott Oliver, „Ordeal by battle" (Gottesurteil durch Kampf), London 1915. In der Einleitung spricht sich der Verfasser über sein Verhältnis zu Roberts und zu Maxse, dem Redakteur der imperialistischen „National Review" aus, mit dem er in vielen, wenn auch nicht in allen Dingen übereinstimmt. In der Schilderung Deutschlands und Wilhelms II. ist Treffendes und Witziges mit den ungerechtesten Anklagen vermengt; Oliver entwirft von dem deutschen Volke und vom Kaiser ein Zerrbild, in das er besonders liebliche Züge durch eine Verteidigungsrede hineinmalt, die er einem Führer von Hexenküchen als dem „Anwalt des Teufels" — Deutschland nämlich — in den Mund legt. Diese für die britischen Leser bestimmten Scherze haben jenseits des Kanals großen Beifall gefunden.

dem Urteile der „Times“ und anderer imperialistischer Zeitungen das beste Buch, das bis dahin über die Ursachen des Krieges erschienen war; auch ein Gegner der Anschauungen Olivers wird ihm nicht Kraft des Stils und Witz absprechen können. Oliver, ein Historiker, der unter anderem das Leben des Mitbegründers der amerikanischen Union, Alexander Hamilton, geschrieben hat, war ein Anhänger des Feldmarschalls Roberts, dessen Bemühungen um die allgemeine Wehrpflicht er seit Jahr und Tag unterstützt hatte. An dem Buche interessiert uns weniger, was es über Deutschland sagt, als was man aus ihm über die Denkweise der Engländer, der Regierung und der Parteien lernt.

Über die historische Grundansicht Olivers kann man sich kurz fassen, da sie sich bei vielen seiner Landsleute findet. Darnach ist Englands Seeherrschaft die Bedingung auch seiner bürgerlichen Freiheit, daher auch für die Menschheit von Wert; sie beruht auf dem Gleichgewicht der Nationen des Festlandes, so daß Britannien, wenn eine Macht überragende Geltung gewinnt, gegen sie Bündnisse aufrichten und den Kampf aufnehmen muß. Deshalb mußte Britannien in zahlreichen Kriegen die Freiheit Belgiens und Hollands verteidigen [1]. Im Eifer des Gefechtes übersieht Oliver, daß Britannien im 17. Jahrhundert sich auch mit Holland maß, gewiß nicht, um es zu verteidigen, sondern um den Nebenbuhler zu treffen; auch der Krimkrieg und die sonstige Bekämpfung Rußlands lassen sich so nicht erklären. Aber man ist gewohnt, daß die Engländer ihre Macht- und Eroberungskriege als Kampf für die Freiheit anderer Völker darstellen.

Wichtig ist die weitere Fortspinnung des Gedankenganges Olivers. Die Lehre von der Erhaltung des Weltgleichgewichtes, so bemerkt er, sei nach Waterloo in Vergessenheit geraten, jetzt aber dränge sie sich wieder gebieterisch auf, da Deutschland nach der Seeherrschaft strebe. Das sei seit etwa 1909 vollkommen klar geworden, ohne daß jedoch der Leser erfährt, weshalb gerade dieses Jahr den Einschnitt bilden soll. Mehrere Mitglieder des Kabinetts Asquith, die imperialistischen nämlich, erkannten, so hören wir weiter, die drohende Gefahr und kehrten zu der alten Theorie zurück, dem Erbstück der Whigs des 17. Jahrhunderts. Nur begingen auch sie den Fehler, daß sie trotz den Warnungen Lord Roberts' nicht zur richtigen Gegenwehr, der allgemeinen Dienstpflicht, griffen. Kriegsminister Haldane besonders sei ein Schäd-

[1] Oliver, l. c. S. 241—251.

ling gewesen; er, doch auch die übrigen führenden Mitglieder beider Parteien, hätten sich von Wilhelm II. und seinen Ministern täuschen lassen, welche Friedensliebe vorspiegelten und sich die Weltherrschaft zum Ziele setzten [1]).

Sodann kommt Oliver zu der Tatsache, daß ein großer Teil der liberalen Partei die ganze Theorie vom europäischen Gleichgewicht als verderblich verwarf. Über den Grund dieser gegenteiligen Ansicht geht der Verfasser kurz hinweg; er lag darin, daß die Friedensfreunde einsahen, eine auf Grund dieser Lehre aufgebaute Politik werde ebenso zu Kriegen führen wie im 17. und 18. Jahrhunderte. Sachgemäß aber schildert Oliver die daraus sich für das liberale Ministerium ergebenden Schwierigkeiten (Seite 247): „Die heimliche Rückkehr dieser Doktrin (vom Machtgleichgewicht) auf das Feld der praktischen Politik entsprach nicht den vorgefaßten Meinungen der gerade an der Macht befindlichen Partei. Ganz im Gegenteil. Die meisten Liberalen mißtrauten der Phrase. Die ganze Masse der Radikalen hegte vor ihr Abscheu. Nichtsdestoweniger war die Idee, die hinter und unter der Phrase steckte, unwiderstehlich, weil sie den Tatsachen entsprang. Wäre eine sozialistische Regierung im Amte gewesen, so hätte sich diese Politik gleichfalls von selbst als notwendig ergeben und wäre mit freiem Willen oder ohne ihn aus dem einfachen Grunde angenommen worden, weil, wenn das Machtgleichgewicht in Europa nicht aufrechtgehalten ist, es keine Sicherheit für die britische Freiheit gibt, unter der wir mit Gottes Hilfe unsere Aufgaben in unserer eigenen Art zu erfüllen imstande sind." Hiermit ist der Finger an die Wunde des Zwiespaltes gelegt, der durch die liberale Partei ging.

Ganz zutreffend kommt Oliver zu dem Schlusse, daß die englischen Staatsmänner im Sinne der Politik des Kraftgleichgewichtes in den Dreiverband eintraten und ihn dann befestigten, „obgleich sie es nicht gestanden, vielleicht selbst bis zu einem gewissen Ausmaße sich dessen nicht bewußt waren". Nun, Asquith, Grey und Haldane gehörten sicherlich nicht zu den Ahnungslosen, deren es unter ihren Amtsgenossen manchen gegeben haben mag. So weit Oliver, dessen Buch eine breite Spalte zum Einblick in die englische Politik öffnet.

Ähnlich wie Oliver schildert der vierte in der Reihe unserer Zeugen die Stimmung in England. Es ist Bernard Shaw, der sich zwar in

[1]) Die Verteidigung Haldanes gegen die Angriffe Olivers geht durch das ganze Werk Harold Begbies.

seiner Schrift „Winke zur Friedenskonferenz" für eine billige Behandlung Deutschlands ausspricht, sich aber doch auch zur Lehre vom Machtgleichgewicht bekennt. In deren erstem Abschnitte „Wahrheit statt Legende" spottet er über die naiven Leute, denen England als Hort des Edelmutes, Deutschland aber als Nest von Verbrechern gilt, und stellt dem gegenüber den Sachverhalt fest: „Englands Flotte muß die Meere beherrschen, und keine gegnerische Flotte oder Flottenkombination darf seine eigene überflügeln; kein festländischer Staat darf ein militärisches Übergewicht in Europa erlangen, das so groß ist, daß England ihn nicht überwinden könnte, wenn es seine eigene Kraft in die Wagschale wirft (mit anderen Worten: England muß über das Gleichgewicht der Mächte entscheiden). Vor allem darf keine Macht ersten Ranges die Küsten der Nordsee beherrschen und Großbritannien den militärischen Zugang zum Kontinente sperren." Shaw beklagt diese Notwendigkeit und möchte durch Errichtung eines Weltfriedensbundes — mit Einschluß Deutschlands — Abhilfe treffen; komme der Bund nicht zustande, so werde sich England dereinst auch gegen Amerika wenden müssen. Auf Krieg hätten in England die Jingos, so stellt — wie bereits erwähnt — Shaw fest, schon viele Jahre vor 1914 hingearbeitet; in ihren Augen wäre es das größte Unglück gewesen, das England treffen konnte, wenn der Kampf ausblieb. Noch als Deutschland kapitulierte, hegten sie solche Furcht vor dem Frieden, daß sie Deutschlands Zusammenbruch eine „Friedensoffensive" nannten. Diese Bulldogg-Jingos, wie sie Shaw mit einem Kernworte nennt, überwogen, wie wir wissen, in der Leitung der Flotte und des Heeres, und sie drängten nicht bloß 1905 und 1908, sondern mit besonderem Nachdrucke während der Marokkokrise von 1911 zum Kriege.

Es liegt eine tiefe Wahrheit in der von Oliver gebrauchten Wendung von der „heimlichen Rückkehr" zur Lehre vom Weltgleichgewicht. Den Massen des englischen Volkes wurde verschwiegen, daß Großbritannien die Spaltung des Festlandes und die Uneinigkeit unter dessen Völkern betreiben mußte, um die Seeherrschaft zu behaupten. Die Regierung gab sich aus Rücksicht auf den friedliebenden Teil ihrer Partei den Anschein, als sei sie von moralischen Erwägungen, von der Sorge um die Erhaltung der menschlichen Gesittung beherrscht, indem sie Deutschland durch Bündnisse umstellte. Durch diesen Kunstgriff hoffte man nicht etwa die deutsche Regierung zur Umkehr zu bestimmen, sondern den starken Friedensgruppen innerhalb der libe-

ralen Partei ein billiges Vergnügen zu bereiten. Aus demselben Grunde gaben die englischen Staatsmänner der Schaffung des Dreiverbands eine harmlose Deutung, obwohl dessen wahre Natur offen zutage lag. Sie hatten damit einen großen Erfolg erzielt, besaßen aber genug Selbstverleugnung, um sich nicht zu rühmen, sie hätten Deutschland in die Ecke gedrängt. Sie errangen diplomatische Siege, ohne mit ihnen zu prunken, ja, sie stellten sogar bestimmt in Abrede, sie überhaupt angestrebt zu haben. „Bis zum letzten Augenblick", so schrieb Shaw nach dem Kriege, „wollte Sir Edward Grey nicht den Schafspelz opfern." Deutschland war schon 1909 von allen Seiten umstellt und von der Höhe herabgestiegen, auf die es durch die Staatskunst Bismarcks emporgehoben worden war. Die Welt sollte aber zu dem Glauben gebracht werden, daß es am Abend vor der Erringung der Weltherrschaft stehe und mit Mühe im Zaume gehalten werde. Hierfür war die von Grey am 29. März 1909 im Unterhause gehaltene Rede bezeichnend. In derselben verteidigte er sich gegen die von Sir Charles Dilke und anderen gegen seine bosnische Politik geführten Angriffe. Es war ihm vorgehalten worden, er habe Österreich-Ungarn für seine Bundesgenossenschaft mit Deutschland bestrafen wollen und habe sich darin arg vergriffen. Das bezeichnete er als ungerechten Vorwurf; Großbritannien sei zu seinem Einspruch gegen die Annexion ausschließlich durch die Achtung vor den Verträgen bestimmt worden. Wer diese Versicherung Greys für echt hielt, war wohl auch so gefällig, das weitere ernst zu nehmen. Der Minister beteuerte nämlich, England arbeite durchaus nicht auf die Isolierung Deutschlands hin, wie es überhaupt jedermann klar sein müsse, daß eine Nation von der Stärke und der Stellung Deutschlands nicht dulden könne, eingekreist zu werden. Zur selben Zeit leugnete auch Asquith im Parlament die Absicht der Einkreisung.

Dieses Verfahren entfernte sich weit von der Offenheit und Kühnheit, mit der die beiden Pitt, Canning und Palmerston den Anspruch Englands auf Herrschaft verfochten hatten. Die Zeiten hatten sich geändert. Die früheren Staatsmänner sprachen im Parlament zu der Oberschicht der Gesellschaft, und bei dieser genügte der Hinweis auf die Größe Britanniens, um sie zur Anspannung der Kräfte des Landes zu bestimmen. Jetzt aber kamen neue Schichten empor, vor allem die Arbeiter, die sich zum Ideal der Völkerverbrüderung bekannten. Von da an mußte die Regierung, wenn Rüstungen, Waffenbündnisse oder gar Gewaltanwendung empfohlen wurden, immer den Beweis anstreben,

die Maßregeln dienten dem Wohle der ganzen Menschheit oder seien dem Reiche um seiner Verteidigung willen aufgezwungen, dem Weltreiche, von dem Lord Curzon geschrieben hatte, es sei das von der göttlichen Vorsehung zur Ausbreitung der Zivilisation geschaffene Werkzeug. Dadurch kam in die parlamentarische Beredsamkeit eine früher nicht gekannte Salbung und Unaufrichtigkeit. Die Staatsmänner stellten Beweggründe in Abrede, die von den großen Rednern des früheren Menschenalters als selbstverständlich vorausgesetzt worden waren. Das war die neue Zeit, in der ein Talent wie das Asquiths sich betätigen konnte, dessen Stärke im geschickten Formulieren, im Umschiffen von Klippen lag, nicht in der sieghaften Geltendmachung großer Ideen. Nicht, daß er oder Grey an Wahrheitsliebe ihren Vorgängern nachstanden. In den neuen Zeiten aber waren andere Reizmittel, andere Höflingskünste notwendig, um das souveräne Volk zu umschmeicheln und fortzureißen.



XXVIII

Deutschland vor dem Weltkrieg

Deutschland brach 1918 nicht als ein durch Wurm und Fäulnis zermürbter Organismus zusammen, sondern wie ein vom Blitze getroffener Baum. Die Krone ward zu Boden geworfen, aber der Stamm ragte kräftig in die Höhe, fähig, sich wieder zu entfalten, wenn nur die Feinde nicht auf ihn den Feuerbrand schleuderten. Für Deutschlands Gedeihen legte kurz nach dem Kriegsausbruche der amerikanische Gesandte Gerard Zeugnis ab, der zu Tirpitz sagte, er begreife die Deutschen nicht, daß sie den Krieg zugelassen hätten, da sie doch in wenigen Jahren England auf friedlichem Wege überholt haben würden[1]). Das war es, was die britischen Imperialisten zur Einkreisung des Deutschen Reiches und zum Losschlagen bestimmte. Nach dem Kriege haben viele Deutsche, die einen aus Parteigeist, die anderen grüblerisch und in Selbstquälerei, die geistigen und sittlichen Mängel des Staates und des Volkes als Ursache des Verderbens hingestellt. Wäre dies richtig, so hätten die Neider und Feinde der Nation schon vor dem Kriege eben dieses herbe Urteil gefällt. Deren Schilderungen vor 1914 stimmen aber mit seltener Einmütigkeit darin überein, daß Deutschlands strotzende Gesundheit und unaufhaltsames Wachstum die Nachbarn beunruhigten. Wohl wurde der Nation Anmaßung und Selbstüberschätzung vorgeworfen, ihre Kraft aber nicht in Zweifel gezogen.

Als eine der ungezählten Stimmen dieser Art sei die Schilderung des Oxforder Professors Gilbert Murray in seiner gegen Deutschland gerichteten Streitschrift hervorgehoben[2]). Es heißt daselbst: „Deutschland war, ohne Zweifel, wenn man es bloß nach dem Maßstabe beurteilte, auf den es selbst Gewicht legte, (vor dem Kriege) die führende Nation sowohl Europas als der Welt. Sein Handel und seine Industrie schienen auf den sichersten Grundlagen zu ruhen und mit

[1]) Tirpitz, „Erinnerungen", S. 207.

[2]) G. Murray, "The foreign policy of Sir Edward Grey 1906—1914" (London 1915), S. 104.

den schnellsten Schritten weiterzukommen; sein Volk war das organisierteste, erzogenste, disziplinierteste und zu gleicher Zeit das zufriedenste und begeistert loyal; seine Philosophen und Männer der Wissenschaft, seine Historiker und Philologen gaben in der ganzen Menschheit durch ihre Gelehrsamkeit den Ton an, beugten aber dennoch wie kleine Kinder ihre Häupter unter den Willen des Staates; sein Königtum war das glänzendste Europas, und die Nation konnte sogar noch im 20. Jahrhunderte zu der Vorstellung gelangen, daß das Wort der Hohenzollern der erlesene Kanal für die Befehle Gottes sei. Beurteilt sowohl nach dem Richtmaß der Welt wie des eigenen Geistes, fühlte sich Deutschland als die erste der Nationen; allerdings nach ihrem eigenen, überlieferten und geweihten preußischen Maßstabe, dem Maßstabe von Blut und Eisen. Lasset dies Richtmaß entscheiden! Eine Nation dieser Geistesrichtung konnte kaum auf die langsame Entwicklung der Geschichte warten oder sich unter die schwachen Schranken des formalen Rechtes beugen."

*

Deutschland ohne führende Geister

Aber schon vor 1914 klagten einsichtige Deutsche, daß auf zwei Gebieten die Schwungkraft der Nation ermatte, auf dem Felde der äußeren Politik und auf dem der Geisteswissenschaften wie der künstlerischen Kultur. In Bismarck besaß das Reich eine das Zeitalter beherrschende Persönlichkeit, ebenso lebte keiner anderen Nation ein Tonkünstler wie Wagner, ein Soziologe wie Marx, nicht einmal ein Geschichtschreiber wie Mommsen oder ein Philosoph von der Originalität des sonst mit Grund bestrittenen Genius Nietzsches. Mit diesen Männern sanken die geistigen Chorführer ins Grab, ohne Ersatz zu hinterlassen. Allerdings war das Sinken der zeugenden Kraft im Reiche des Gedankens allgemein durch ganz Europa zu bemerken, überall verschwanden von 1900 an die schöpferischen Geister. Dostojewskij und Tolstoi fanden ebensowenig gleichwertige Nachfolger wie die im Frankreich des 19. Jahrhunderts führenden Romanschriftsteller; auch den bildenden Künsten fehlten die Kraftnaturen, die das Größte sich selbst,

der Überlieferung dagegen nur die Technik verdanken. In all dem sah Spengler[1]) Anzeichen des bevorstehenden Unterganges des Abendlandes, das dem Alexandrinismus, einer unschöpferischen, in die Breite gehenden Gelehrsamkeit, verfallen sei. Es war ein Deutscher, der aus diesen und den Erfahrungen anderer Zeiten und Völker ein allgemeines historisches Gesetz ableitete; konnte er doch gerade bei seinem eigenen Volke unmittelbar nach vorhergehender reicher Blüte deutlich das Abwelken beobachten. Aus der Entwicklung Englands ließ sich diese Erkenntnis nicht gewinnen, denn dessen Kultur war in der Zeit der Königin Viktoria nicht farbiger gewesen als unter Eduard VII. Der gelesenste oder doch meist genannte britische Schriftsteller Bernard Shaw gehört nicht zu den aufbauenden, sondern zu den skeptischen Geistern, die, wie der Spötter Lukian, den frommen Glauben der früheren Zeit zu Grabe geläutet haben.

Während jedoch das künstlerische und philosophische Gestalten dessen, was Geist und Herz des Menschen bewegt, sichtlich verkümmerte, bemächtigte sich das Jahrhundert mit siegender Gewalt der Kenntnis der Natur und unterwarf sie immer mehr seinem Dienste. Biologie und Chemie, Elektrizität und Mechanik erschlossen dem forschenden Auge weite Gebiete, eine Arbeit, bei der Deutschland mindestens ebensoviel leistete wie irgendein anderes Kulturvolk.

Vielleicht läßt sich sagen, daß diese Forschungsgebiete die besten Köpfe an sich zogen, so daß sich daraus die Verödung der Geisteswissenschaften erklärt. Als Beleg wäre das Lebenswerk Kants und im Vergleiche damit das Schaffen Einsteins anzuführen. Auch Kant begann als Physiker und veröffentlichte mit 31 Jahren seine „Allgemeine Naturgeschichte und Theorie des Himmels“, ein Werk, worin das jetzt allgemein angenommene System der Weltentstehung entwickelt ist. Das Werk blieb durch fünfzig Jahre fast unbeachtet, während Kants „Kritik der reinen Vernunft“ (1781) von den philosophisch gerichteten Zeitgenossen mit Bewunderung aufgenommen wurde. Umgekehrt gewann Einstein, obwohl an der Grenzscheide zwischen Naturwissenschaft und Philosophie stehend, seinen Ruhm vornehmlich als Physiker; in einer anderen Zeit würde er unter die bahnbrechenden Metaphysiker eingereiht worden sein. Ohne Zweifel waltet beim Auftauchen von führenden Geistern in den verschiedenen Wissensgebieten nicht der Zufall, sondern eine feste, in der Natur des Zeitalters verankerte Regel.

[1]) Oswald Spengler, „Der Untergang des Abendlandes“, 1918.

Es gibt, abgesehen von allem anderen, eine bestimmte Ursache, weshalb im Menschenalter vor dem Weltkriege gerade in Deutschland das Schauen und das künstlerische Gestalten hinter anderen Seelenkräften zurücktraten. Das lag im Überwiegen der Schule, der Zucht, der Organisation: diese Lebensformen sind weder der Kunst und der Poesie, noch der Philosophie und der Geschichtschreibung günstig. Strenge geistige Disziplin und künstlerische Anschauung stehen einander im Wege; ausgebildetes Schulwesen führt zur Spaltung in wissenschaftliche Einzelgebiete; es ist dem Entstehen einer einheitlichen Weltauffassung nicht günstig. Nur eine starke Seele wird sich über Zucht, Norm, sogenannte gute Erziehung, über allgemein verbreitete Formen hinwegzusetzen vermögen. Der gemeinsame Betrieb der Wissenschaft in Laboratorien und Seminarien, wie er in Deutschland gepflegt wurde, fördert Wertvolles zutage, aber das Genie arbeitet in stiller Einsamkeit. So erklärt sich vor allem das Erlahmen der Schöpferkraft auf dem Gebiete der Geschichtschreibung. Die historischen Seminarien haben die Methoden der Einzelforschung verbessert, sie lenkten jedoch von der Weltbetrachtung, von dem Überblick ganzer Perioden der Entwicklung ab. Die Quellen wurden als wichtiger betrachtet, denn das in ihnen überlieferte Geschehen. Das Forschen drängte das Darstellen zurück und lähmte den Entschluß, dieses in großem Stile zu versuchen. Mut ist aber nicht nur für den Tatmenschen unerläßlich, sondern auch für Denker und Dichter.

Die allgemein verbreitete methodische Gleichförmigkeit gab auch dem politischen Leben eine graue Färbung. Überall ein Normal- und Mittelmaß; Tausende und aber Tausende geistiger Arbeiter wurden erzogen, um als Räder in den Mechanismus eingefügt zu werden, aber Anstöße zum Großen und Allgemeinen konnten von ihnen nicht ausgehen. Das Heer und die Verwaltung, Gerichtswesen und Schule leisteten Großes, besonders dort, wo das Zusammenwirken zahlreicher Einzelkräfte notwendig war; die schöpferischen Naturen aber wollten sich nicht melden, die berufen sind, Triebfeder zu sein und nicht Triebrad.

Hätte sich dieses Absinken bloß in der obersten Leitung des Staates gezeigt, so könnte man die Schuld Wilhelm II. beimessen, der das ihm in Bismarck verliehene Gottesgeschenk undankbar hinwarf und dem die Gabe seines Großvaters, sich mit den stärksten Talenten zu umgeben, versagt war. Aber das Übel stak tiefer und trat ebenso im Parlamente wie in den Parteien zutage. Bei den Nationalliberalen ging die

Führung von Bennigsen, Miquel, Lasker auf Bassermann über, bei den Fortschrittlichen von Eugen Richter auf untergeordnete Köpfe, bei den Klerikalen von Windthorst auf Lieber, Spahn und Erzberger — überall ein Niedergang. Ähnlich an den Fürstenhöfen, wo die ausgeprägten Persönlichkeiten früherer Zeit keine geistigen Erben fanden; Männer, wie die Könige Johann und Albert von Sachsen, Großherzog Friedrich von Baden, Ernst von Koburg wurden durch Mittelmäßigkeiten ersetzt. Diese letzteren waren mit der an den Höfen aufzubringenden Sorgfalt recht und schlecht, dabei in gleichförmig militärischer Bildung, erzogen, und dieser Drill brachte nicht Herrennaturen auf den Thron, sondern Männer eines unbefriedigenden Durchschnittes.

Ebenso bar an beherrschenden Persönlichkeiten, wie sie das politische Leben bedurft hätte, war im 20. Jahrhundert die preußische Adelskaste; nach dem Freiherrn vom Stein, den Humboldts und Bismarck machte sie den Eindruck, als wäre sie in Verkalkung begriffen. Über das Großbürgertum endlich prägte Walter Rathenau 1920 den vielsagenden Ausspruch: „Es bestand (zur Kriegszeit) nur mehr aus Nachkommen, seine Begründer waren um 1900 ausgestorben."

*

Die Sozialdemokratie und die Einzelpersönlichkeit

Man sollte glauben, daß die Sozialdemokratie eine Ausnahme hätte machen müssen, da doch die revolutionären Kräfte durch sie brausten, um in mächtigem Auftrieb von unten her die Talente an die Oberfläche zu fördern. Diese aber wollten sich nicht einstellen, trotz der Begeisterung unter den Sozialdemokraten, trotz dem ehrlichen Glauben an die Heilslehre, die das Reich Gottes auf Erden für eine nicht zu ferne Zeit ankündigte. Mit der Ausbreitung der Anhängerschaft verarmte die Partei an führenden Geistern. Karl Marx und Friedrich Engels standen nach dem Tode Lassalles in einsamer Größe da; diese dem Bürgertum entstammenden Männer hatten sich den Weg selbst gesucht, nach ihnen kam eine Generation von Kommentatoren und orthodoxen Jüngern

empor, die durch den Nürnberger Trichter des Marxismus gespeist wurden. Jeder von ihnen fand die Denkrichtung und den Denkapparat fertig vor. Unter den Männern der Tat verhielt es sich so wie unter denen des Gedankens: nach Bebels Tode gab es Zehntausende von Agitatoren, Parteisekretären, Durchschnittsjournalisten, aber keine Persönlichkeit, die den Mittelpunkt bilden konnte. Lehre und Formelkram sind für den Staatsmann eine unzureichende Schule. Gerade in der Sozialdemokratie wurde die Ursprünglichkeit der Natur durch Organisation, durch unduldsame Rechtgläubigkeit niedergehalten; ein Abrücken von den Dogmen ward nicht geduldet. Als Eduard Bernstein sich dagegen auflehnte, legte der Parteitag ihm Zaum und Zügel an; als Jaurès um seiner freieren Auffassung willen angefeindet wurde, klagte er über die dogmatische Intoleranz der deutschen Sozialisten.

Die Folge war die mangelhafte Vorbereitung der Sozialdemokraten für die Regierung. Marx und seine Schule erwarteten, daß die Entwicklung der Güterproduktion von innen heraus und von selbst die künftigen Organisationsformen hervorbringen werde; es sei überflüssig, wenn nicht schädlich, sich mit Träumen über die Einrichtung des Zukunftsstaates zu beschäftigen. Das Nachdenken darüber ward beinahe ebenso in Acht getan wie von der katholischen Kirche das Grübeln über die Geheimnisse des Glaubens. Bei der innerhalb der Sozialdemokratie herrschenden Disziplin fügte sich die Anhängerschaft diesem Denkzwange, so daß die Partei 1918 unvorbereitet ans Ruder kam; die Idee der Sozialsierung war nicht genügend durchdacht und stand der Wirklichkeit hilflos gegenüber. Unendlich frischer, weil in völliger geistiger Freiheit, hatte der dritte Stand 1789 die ihm gesetzten Aufgaben durchmustert. Die Forderungen, welche die Wähler damals den Abgeordneten mitgaben, die Cahiers, enthielten eine unerschöpfliche Fülle von Gedanken und Vorschlägen, mit deren Reichtum sich die sozialistischen Schlagsätze von 1918 nicht vergleichen lassen. Nach den Formen der marxistischen Geschichtsauffassung allein läßt sich eine neue Gesellschaftsform nicht aufbauen.

Dann noch ein anderes: stellt irgendeine Denkrichtung die Bedeutung der großen Persönlichkeit für das Geschehen in Abrede, so wird ihr eine solche dann fehlen, wenn sie am notwendigsten wäre. Die Athener verbannten durch das Scherbengericht die überragenden, der demokratischen Gleichheit gefährlichen Mitbürger; die marxistische Lehre scheidet die Einzelpersönlichkeit aus den Faktoren der geschichtlichen

Rechnung aus; kein Wunder, daß hier wie dort die ungewöhnlichen Gestalten verschwanden, um dem Mittel- und dem Untermaße Platz zu machen.

*

Licht- und Schattenseiten des Staatslebens

So war Deutschland wohl in all dem kerngesund, was sich durch gemeinsame Arbeit leisten ließ, was auf straffer Organisation, auf Ordnung und System beruhte. Heerwesen und innere Verwaltung standen, wie der langjährige Krieg und die zähe Abwehr der Blockade bewiesen, auf einer früher nie erreichten Höhe, und das nicht bloß in technischer Beziehung, sondern kraft des die Bürger durchdringenden Pflichtgefühles. Dagegen fehlten der Nation die politischen, philosophischen, künstlerischen Führernaturen, und damit die Vorahner des Kommenden, es fehlte die hellseherische Erkenntnis, was sich durch den Krieg, durch einen rechtzeitigen Friedensschluß, was sich durch den Übergang der Macht auf den vierten Stand erreichen ließ. Innerhalb jeder Schichte sahen sich die einzelnen zum Verwechseln ähnlich, die Junker unter sich, das satte Bürgertum, die Professoren, die Beamten, am ähnlichsten die zum Klassenkampfe vorzüglich gedrillten Sozialdemokraten.

In der politischen Machtgruppierung waren zwei Kernschäden bemerkbar. Der eine war der klaffende Gegensatz der Regierungsform zu der Schichtung der Gesellschaft, der andere die konfessionelle Spaltung der Nation. Diese Übelstände hingen miteinander enger zusammen, als es auf den ersten Blick scheinen möchte. Das Bürgertum zerfiel in das katholische und das protestantische Heerlager; das erstere im Zentrum geeinigt, das letztere in Nationalliberale und Fortschrittliche gespalten, zum Teil aber auch den Konservativen folgend. Diese Zerklüftung machte es dem dritten Stande nach 1871 unmöglich, den ihm gebührenden Anteil an der Staatsgewalt zu erringen. Das Zentrum stand zwar mit den protestantisch-liberalen Parteien klassengemäß in einer Linie, in geistigen und kirchlichen Fragen aber fühlte es sich zu der protestantischen Junker- und Beamtenpartei hingezogen. Die Erbschaft aus dem Dreißigjährigen Kriege wirkte verderblich nach; im

Deutschland des 19. Jahrhunderts konnte das Bürgertum nicht zu der politischen Geltung gelangen wie in anderen Kulturstaaten; die Nation war dadurch, daß die Konfessionen parteibildend wirkten, wie nirgends in der Welt, in ihrer Mittelschichte politisch rückständig und damit machtlos.

Infolge dessen konnten das Königtum und die mit ihm verbündete Herrenschichte, der Kriegsadel samt dem großen Kapital, ihre Übermacht ungebührlich verlängern, die Demokratie dauernd niederhalten. Das war die soziale Grundlage des inneren Systems Bismarcks, welches auf der konfessionellen Zerklüftung des Bürgertums und auf der Furcht des letzteren vor dem Proletariat beruhte. Ohne das unheilvolle Erbstück aus der Kirchenspaltung und aus dem Dreißigjährigen Kriege hätte sich die Überleitung zum Parlamentarismus ebenso vollzogen wie in England oder in Italien. Dieser Wandel wäre notwendigerweise nach dem Kriege auch ohne die Niederlage eingetreten; bei einem glücklichen Ausgange auf friedlichem Wege. So aber schmetterte der Umsturz die früheren Gewalten zu Boden, mit ihnen auch unersetzliche moralische Güter, so die von den anderen Nationen beneidete straffe Organisation, vor allem das die früheren Obrigkeiten beseelende Pflichtgefühl, ihre in einer Zeit materiellen Lebensgenusses doppelt anzuerkennende Uneigennützigkeit. Es liegt aber viel Wahres in dem Urteile Friedrich Christoph Schlossers über das Zeitalter Voltaires: „Ohne die Grundlage strenger Sittlichkeit, ohne reinen Eifer für Wahrheit und Recht, ohne tiefe Verachtung des Eigennutzes und der Eitelkeit, ist jeder Angriff auf das Bestehende nur verderblich.“

*

Preußischer Militarismus

Das W[illegible]rt vom preußischen Militarismus hat einen bestimmten Sinn, soweit es [illegible] um den maßgebenden Einfluß der Kriegerkaste auf Staat und Gesel[illegible]t handelt. Daß die Offiziere der erste Stand im Staate wären, daß [illegible] Ehre und ihre Interessen einen besonderen Schutz zu genießen hätten, daß sie bei Übergriffen von ihren Vorgesetzten gedeckt werden müßten, stand ihnen wie dem Kaiser und der Regierung

fest. Wohl kamen militärische Ausschreitungen selten vor, da im Offizierskorps vornehmer Sinn und Ritterlichkeit zu Hause war, aber in manchen Fällen ward das bürgerliche Ehrgefühl doch verletzt. Schlimm waren die im November 1913 in der elsässischen Stadt Zabern sich abspielenden Vorgänge. Ein übermütiger junger Offizier belegte die Rekruten des Landes wiederholt mit der den Elsässer beleidigenden Bezeichnung „Wackes"; als er deshalb auf der Straße von Landeskindern verhöhnt wurde und die Umstehenden darüber lachten, ließ er dreißig zum Teil angesehene Bürger und Beamte verhaften, die auf Befehl des Regimentsobersten die Nacht im Keller des Polizeihauses verbringen mußten. Als die Sache im Reichstag zur Sprache kam, stellte sich Kriegsminister Falkenhayn auf den Standpunkt, die verletzte militärische Ehre habe Sühne geheischt; der Reichskanzler wieder gab verlegene und unzureichende Erklärungen ab, weshalb der Reichstag am 4. Dezember mit 293 gegen 54 Stimmen der Regierung ein Mißtrauensvotum gab. Mit Ausnahme der Konservativen verurteilten alle Parteien den Übermut des Militärs, aber der Beschluß hatte bei der Ohnmacht der Volksvertretung keine Wirkung. An sich war das Ereignis unbedeutend, aber als Symbol des Kräfteverhältnisses im Staate vielsagend; auf die Dauer durfte sich die Nation einen solchen Zustand nicht gefallen lassen.

Diese Dinge hatten jedoch mit den Beziehungen der europäischen Mächte untereinander nichts zu tun. Es war den Franzosen bei ihrem heißen Wunsche nach Rückeroberung des Elsaß ganz gleichgültig, ob Deutschland absolutistisch oder demokratisch regiert wurde, wofern dabei nur seine militärische Kraft abnahm; von ähnlichen Empfindungen waren die britischen Imperialisten beseelt, die ihr Weltreich befestigen und erweitern wollten; von der russischen Kriegspartei nicht zu sprechen, deren Kerntruppe aus Anhängern des Zarismus und der Orthodoxie bestand. Da die französische und die englische Regierung die russische Despotie umschmeichelten, auf deren militärische Kraft sie ihre Hoffnung setzten, war es eine durchsichtige Heuchelei, als die Westmächte sich von Anfang des Weltkrieges an als Bannerträger der Freiheit gegen den preußischen Absolutismus gebärdeten. Zur Zeit, da Wilson sich entschloß, dem Deutschen Reiche den Krieg zu erklären, war der Zar noch Herr in seinem Reiche, aber der Präsident der Union trug kein Bedenken, Hand in Hand mit ihm gegen Mitteleuropa vorzugehen. Wenn die britischen und nordamerikanischen Gewalthaber, um die Herrschaft der

angelsächsischen Rasse in der Welt aufzurichten und den Strom des Reichtums nach London und Newyork zu leiten, die Komödie des Freiheitskampfes aufführten, so läßt sich dagegen von ihrem Standpunkte aus nichts einwenden, zumal da auch Selbsttäuschung mitsprach. Im Kampfe ist man eben in bezug auf die Waffen nicht wählerisch. Anders muß das Urteil über diejenigen Deutschen lauten, die damals und selbst noch nach dem Gewaltfrieden von 1919 den Feinden, mindestens aber Wilson, zumuteten, ihr treibendes Motiv sei das Streben nach dem Siege weltbürgerlicher Ideen gewesen; über solche Kinder und Narren ist weiter kein Wort zu verlieren.

Die nackten Ziffern belehren darüber, daß die Rüstungen der europäischen Randmächte zwischen 1905 und 1914 noch gewaltiger waren als bei den Staaten Mitteleuropas. In diesem Zeitraume verwendeten Deutschland und Österreich-Ungarn für ihr Heerwesen und ihre Flotte zusammen 13.66 Milliarden Mark, denen bei Frankreich und Rußland insgesamt 16.85 Milliarden gegenüberstehen. Es gab in Europa in der ersten Hälfte jenes Jahrzehnts nur eine Meinung darüber, daß Wilhelm II. den Frieden zu bewahren wünschte; aber schon damals (1905 bis 1914) waren seine künftigen Feinde in den militärischen Ausgaben mit 7.32 Milliarden Mark gegen 6.03 Milliarden den Mittelmächten weit voraus. Die Streitkräfte des immer unzuverlässigen Italien sind dabei nicht mitgerechnet, aber ebensowenig die gewaltigen Flotten- und Heeresausgaben Englands. Die deutsche Regierung, das erkannte auch im Jahrfünft 1905 bis 1909 das Ausland an, wünschte nichts sehnlicher, als daß Reich und Volk im Frieden weiter wüchsen, daß der von Osten und Westen drohende Angriff unterbleibe[1]). Dafür legte auch Lloyd George Zeugnis ab, als er in einer am 28. Juli 1908 gehaltenen Rede die Deutschland bedrohenden Gefahren also schilderte: „Betrachten Sie sich Deutschlands Stellung. Sein Heer ist für das Land, was unsere Flotte für uns ist, seine einzige Verteidigung gegen Angriff und feindlichen Überfall. Es wurde nicht festgelegt, daß sein Heer stärker sein soll als Europas zwei stärkste Heere, wie wir festgelegt haben, daß unsere Flotte stärker sein soll als Europas zwei stärkste Flotten. Es hat vielleicht ein stärkeres Heer als Frankreich, als Rußland, als Italien, als Österreich. Aber

[1]) Diese Gesichtspunkte werden von Georg Brandes gut in einem Artikel der Kopenhagener „Politiken" dargelegt, der in der „Frankfurter Zeitung" vom 9. Dezember 1917 übersetzt ist.

es ist zwischen zwei Großmächten gelegen, welche, wenn sie sich vereinigen, sich über es mit weit größeren Truppenmassen stürzen können, als es selbst besitzt. Vergessen Sie dies nicht, wenn Sie sich darüber wundern, daß Deutschland so bedenklich und so erschreckt worden ist durch die Allianzen und Verständigungen und alle Arten geheimnisvoller Mahnungen und Dinge, welche sich in der Presse zeigen, oder Winke, welche von der ‚Times' und ‚Daily Mail' gegeben werden... Da liegt Deutschland in Europas Mitte, mit Frankreich und Rußland an der Seite und mit einem Bündnisse zwischen dessen beiden Heeren, die zusammen größer sind als das seine. Stellt Euch vor, daß Deutschland und Frankreich oder Deutschland und Rußland oder Deutschland und Österreich Flotten hätten, die, wenn sie sich vereinigten, größer und stärker wären als die unsere — würden wir uns dadurch nicht beschwert fühlen? Würden wir nicht rüsten? Natürlich würden wir das!"

Frankreich und Rußland rüsteten also nicht, weil sie eines Überfalles durch Deutschland gewärtig waren, sondern in der Verfolgung ihrer Ziele, Elsaß-Lothringens und Konstantinopels. Umgekehrt diente das deutsche Heer nicht bloß der Verteidigung des Vaterlandes, sondern der Machtbefestigung des Königtums und der aus Junkern und Kapitalisten bestehenden Herrenschichte. Von der Rednerbühne des Reichstages haben dies Sozialisten oft mit Recht betont, daneben aber auch verkündet, die Welt sei zu ihrer Bewaffnung durch den deutschen Militarismus veranlaßt; schritte Deutschland zur Abrüstung, so würden die übrigen Staaten gerne mitgehen. Der große Krieg hat Deutschlands Heer niedergeschmettert, aber die Rüstungen der anderen großen Nationen gingen trotzdem weiter; England und die Union bauten nach geschlossenem Frieden ebensoviel Kriegsschiffe wie zuvor. Die Angabe, der preußische Militarismus sei das eigentliche Hindernis dauernden Weltfriedens gewesen, ist durch die Tatsachen bestimmt widerlegt. Trotzdem wird die Behauptung von Wilson, Lloyd George und ihren Nachbetern wiederholt und desgleichen in Deutschland von jenen, welche die Herrschaft ihrer Partei über die Ehre und das Wohl des Vaterlandes setzen.

*

Charakteristik Bülows

Dem Fürsten von Bülow waren glückliche Gaben in die Wiege gelegt; schon die Anmut seiner gesellschaftlichen Formen nahm für ihn ein. Im Gespräche fesselte er durch sprudelnde Einfälle, durch die Früchte einer umfassenden Belesenheit. Er überfloß von einer Liebenswürdigkeit, gegen die der harmlose oder selbstgefällige Hörer wehrlos war, von der man sich nicht einspinnen lassen durfte. Auf dem Instrumente der Presse spielte er virtuos als Künstler, als Redner im Reichstage verstand er nicht bloß die Versammlung zu fesseln, sondern auch durch seinen munteren, nie verletzenden Witz zu unterhalten, wofür das hohe Haus ihm dankbar war. Neben dem Humor stand ihm auch rednerisches Gewicht zur Verfügung, wenn er auch ergreifende Wirkungen nicht zu erzielen vermochte; denn etwas Spielerisches schwang in den angeschlagenen Tönen mit. So breitete sich, bis die Ungnade des Kaisers ihn fällte, über seiner Amtsführung ein Glanz aus, der die wirklichen Erfolge doch überbot.

Denn unter ihm sank die Geltung des Deutschen Reiches in der Welt, das zu Ende des 19. Jahrhunderts der erste Staat Europas, bei Bülows Rücktritt aber eingekreist und auf die Verteidigung angewiesen war. Dennoch wurde seine Auslandspolitik im Reichstage nur sehr selten scharf angefochten; er fand Glauben und Beifall, wenn er auseinandersetzte, die Schuld liege an den Gefahren der Weltpolitik, in die Deutschland hineingezogen sei, wie an dem durch dessen Aufblühen hervorgerufenen Neide. Bloß der Alldeutsche Verband befehdete ihn fast immer und verzieh ihm weder das Fallenlassen der Buren noch den Entgang Marokkos[1]). Gegen Ende seiner Amtswirksamkeit stand Deutschland bereits unter einem Drucke; aber kurz vor seinem Rücktritte fiel ihm in der bosnischen Frage ein schöner Erfolg zu, so daß sich die öffentliche Meinung im Reiche mit dem Gedanken

[1]) Indessen stellt sich Graf E. v. Reventlow, der Hauptschriftsteller der Alldeutschen, in seinem Buche „Deutschlands auswärtige Politik" nicht bloß in den genannten zwei Angelegenheiten auf die Seite Bülows; er billigt die allgemeine Richtung der Politik des Reichskanzlers, insbesondere, daß dieser weder mit England noch mit Rußland in ein enges Verhältnis getreten sei (1. Auflage, Berlin 1914, S. 178, 289).

beruhigte, die Einkreisung sei mißlungen, das Netz zerrissen. Es war aber nur das Aufatmen für eine kurze Pause.

Bülow war ein auswählender, nicht ein schöpferischer Geist, so daß die ihn bestimmenden Einflüsse sich unschwer auseinanderlegen lassen. Von Bismarck übernahm er den Dreibund, den er ungemindert, aber auch unvermehrt, seinem Nachfolger überantwortete. Im Flottenbau führte er, was er bei seinem Amtsantritte zugesagt hatte, das Programm des Kaisers aus und empfing dabei von Tirpitz starke Anregungen. Für das Verhältnis zur Pforte und überhaupt zur islamischen Welt gab Botschafter Marschall von Bieberstein den Ausschlag, in der Marokkopolitik Friedrich von Holstein. Aber die Einflüsse kreuzten und bekämpften sich oft, so daß der Reichskanzler für das Zusammenarbeiten der Räder zu sorgen, die auseinanderstrebenden Kräfte in Einklang zu bringen hatte. In der bosnischen Sache, seiner glücklichsten Leistung, gab er allein die Richtung an. Immer behauptete er sich neben dem Kaiser als Lenker der Staatsgeschäfte.

Nach Anlage und Erziehung war er vor allem Diplomat, dessen Handwerk er besser verstand als irgendeiner der Nachfolger Bismarcks. Bei den Kabinetten des Auslands war er wegen seiner verbindlichen Formen wohlgelitten. In seinen Reden verband er den Ton nationaler Würde glücklich mit der Rücksicht auf die Empfindlichkeit der anderen Mächte; abgesehen von seinen 1902 gegen Chamberlain gesprochenen Worten, dessen Ausfall auf das deutsche Heer er allzuscharf abwies (Band I, Seite 392), ließ er während der zwölf Jahre seines amtlichen Wirkens und auch später gegen eine fremde Regierung kein Wort fallen, am wenigsten gegen England. Herausforderung oder Schulmeisterei waren ihm fremd. Von den Franzosen sprach er mit ruhiger Festigkeit, unter lebhafter Anerkennung ihres starken Nationalgefühls; mit Rußland setzte er sich freundschaftlich, selbst herzlich auseinander; mit den Italienern, für die er eine Schwäche hatte, in wohlgesetzten Höflichkeiten, stets nachsichtig, selbst wenn sie, wie er sagte, eine Extratour machten. Geschmack und Takt haben ihn nie verlassen.

Um so mehr fällt es auf, daß dieser schmiegsame Geist, dieser in Unterhandlungen sattelgerechte Diplomat, die an ihn herantretenden Bündnisangebote anderer Staaten ausnahmslos zurückwies. Das ist der springende Punkt seiner Auslandspolitik. Wir wissen, daß er 1899 den Allianzvorschlag Chamberlains ablehnte, ebenso 1900 nichts davon wissen wollte, gemeinsam mit Rußland und Frankreich für die

Buren einzutreten, daß er 1902 wieder den Japanern einen Korb gab. Aber weiter: es wurde eingehend dargelegt, daß Rouvier 1905 viel darum gegeben hätte, sich mit dem Berliner Kabinett zu verständigen, daß er ein Stück der atlantischen Küste Marokkos anbot, wenn Deutschland nur auf die Marokkokonferenz verzichten würde. Aber auch dies war vergebens. Als Kaiser Wilhelm ungefähr zur selben Zeit zu Björkoe mit dem Zaren zusammentraf und von dort einen Bündnisentwurf mitbrachte, war Bülow mit der Fassung so wenig einverstanden, daß er seinen Rücktritt anbot und schon damit die Sache unmöglich machte. Nicht gerade um Bündnisentwürfe handelte es sich auf der Haager Friedenskonferenz, aber auch hier sprach Deutschland ein starres Nein. Es ließ die Frage der Abrüstung nicht einmal auf die Tagesordnung setzen und stand an der Spitze der Staaten, die ein obligatorisches Schiedsgericht ablehnten. So hielt sich die deutsche Regierung nicht bloß von den Kabinetten fern, sondern nahm auch auf die Stimmung der Völker nicht die entsprechende Rücksicht.

Die in jedem einzelnen dieser Fälle bestimmenden Gründe haben uns bereits beschäftigt; sie waren verschiedener Art, lassen sich aber, soweit Bündnisse mit England und Rußland in Frage kamen, auf den von Bülow später oft verkündeten Lehrsatz zurückführen, daß Deutschland zwischen den zwei Weltmächten seine Unabhängigkeit wahren und sich nicht von der einen gegen die andere gebrauchen lassen dürfe. Nun ist es zwar zu billigen, daß das Reich sich nicht von irgend jemandem vorschieben ließ; aber dies brauchte nicht die Folge eines klug abgewogenen Bündnisses zu sein. In solcher Vorsicht lag ein eigentümliches Mißtrauen der deutschen Staatslenker in die eigene diplomatische Geschicklichkeit. Hier spielte vielleicht der Holstein beherrschende Argwohn gegen Fallstricke mit, der ihn bis zur Krankhaftigkeit verfolgte. Aber Bülow selbst hat die Theorie von der notwendigen Unabhängigkeit Deutschlands vor und nach dem Weltkriege so eingehend begründet, daß sie sein geistiges Eigentum gewesen sein muß. Sie wurde von einem Mitarbeiter Bülows, Hammann, das System der Gleichgewichte genannt, die eine Macht sollte von der anderen in Schach gehalten werden. Da aber Deutschland sich in den Jahren seiner überragenden Stellung in Europa, also vor 1904, nicht binden wollte, geschah es, daß die englische Diplomatie die Brücke zum Zarenreich schlug und Deutschland zwischen zwei Feuer brachte. Bismarck hatte immer nach allen Seiten ausgelugt, um seinem Lande neue Bundesgenossen zu erwerben.

Sein nächster Nachfolger ließ den Rückversicherungsvertrag mit Rußland fahren, was übrigens Bülow mißbilligt hatte; aber auch er machte keine Anstrengung, um die dadurch entstandene Lücke im Netze zu bessern [1]).

Es war ein Irrtum, wenn man im Berliner Kabinett annahm, England sei mit Frankreich auf der einen, mit Rußland auf der anderen Seite so arg verfeindet, daß sich diese Mächte nicht gegen Deutschland zusammenfinden würden. Auch hielten die Ratgeber Kaiser Wilhelms Deutschland für stark genug, sich mit Hilfe des Dreibundes gegen Ost und West zu behaupten. Im ruhigen Bewußtsein, den Nachbarvölkern kein Unrecht zugefügt und deren Verlegenheiten nicht zu einem Anschlage mißbraucht zu haben, zog sich die deutsche Regierung auf ihre eigenen militärischen Hilfsmittel zurück; sie glaubte, das Reich ruhe sicher an diesem und an dem Anker des Dreibundes.

*

Bülow über das Verhältnis zu England

Von den möglichen Bündnissen wäre das mit England das aussichtsreichste gewesen, wenn auch das zur Zeit des Burenkrieges vereinsamte Britannien nicht so viel zu bieten hatte wie später; die Ausdehnung des deutschen Kolonialwesens war aber davon zu erwarten.

[1]) Noch nach dem Kriege verfocht Fürst von Bülow die in der „Deutschen Politik" und auch sonst dargelegte Theorie. In einem am 24. August 1919 im „Hamburger Fremdenblatt" veröffentlichten Briefe Bülows heißt es mit Bezug auf das englische Bündnisangebot von 1899: „Jene englische Anregung um die Wende des Jahrhunderts erfolgte in einer Zeit, wo es England erwünscht gewesen wäre, wenn wir 1899 seine schwierige Lage im Burenkriege erleichtert hätten, indem wir die russischen und französischen Bajonette auf uns ablenkten und ihm die Dienste erwiesen, die ihm dann Japan auf den Schlachtfeldern der Mandschurei leistete. Japan war aber Rußland gegenüber weniger verwundbar als wir. Es hatte auch nicht bei einem Konflikt mit der Feindschaft einer Großmacht wie Frankreich zu rechnen. Das deutsche Interesse gebot, uns weder von Frankreich und Rußland gegen England, noch von England gegen Rußland vorschieben zu lassen. Wir mußten unsere Unabhängigkeit behaupten, uns freie Hand wahren, durften für Niemanden die Kastanien aus dem Feuer holen."

Es ist aber naiv anzunehmen, daß ein 1899 mit England mitten in dessen Verlegenheiten abgeschlossener Vertrag den Gegensatz zu Deutschland aufgehoben hätte. Damals war das erste deutsche Flottengesetz angenommen, das zweite entscheidende in Vorbereitung. Britannien konnte nunmehr nach den von den Buren erlittenen empfindlichen Schlappen dem Berliner Kabinett nicht den Verzicht auf eine Kriegsmarine auferlegen. Ging aber die Seerüstung auch weiter vonstatten, so brach nach dem Burenkriege die Eifersucht wieder hervor und man stand wieder so zueinander, wie vor dem etwa eingegangenen Vertrage. Was die Briten beunruhigte, war nicht das am Anfange des Jahrhunderts bestehende Kräfteverhältnis, sondern die sichere Aussicht, daß es sich unaufhörlich zugunsten des mächtig aufstrebenden Deutschland verschob. Es war ja gar nicht daran zu denken, daß England der Bundesgenosse Deutschlands bleiben und ihm gestatten würde, von dem breiten Rücken des Freundes gedeckt, seine Flotte auszubauen. Unter allen Umständen hätte Britannien von Deutschland den Verzicht auf eine ihm gleichstrebende Seemacht verlangt. Wollte man die Engländer zu Freunden, so mußte das Flottenprogramm geopfert werden. Ein drittes gab es nicht.

Bis etwa 1905 wäre ein derartiger Verzicht möglich gewesen, nachher aber hätte sich die öffentliche Meinung Deutschlands dagegen aufgelehnt. Die Nation wollte es sich nicht verbieten lassen, naturgemäß zu wachsen. Wilhelm II., Tirpitz, das Offizierskorps und die national Hochgestimmten unter den Gebildeten waren auch früher nicht dafür zu haben; später, nach Englands in der Marokkofrage bekundeten Feindseligkeit, gab es auch im Reichstage keine Mehrheit für den Verzicht auf das Flottengesetz von 1900. Nur die Sozialdemokraten und ein kleiner Kreis bürgerlicher Antimilitaristen hätten zugestimmt, darüber hinaus keine nennenswerte Gruppe. Als Probe diente die Abstimmung über die Flottennovelle von 1906, für die sich alle größeren bürgerlichen Parteien einhellig aussprachen. Und wir wissen, daß mit dem Gesetze von 1906 die entscheidende Wendung und das Wettrüsten durch den Bau von Dreadnoughts eintrat, womit England vorangegangen war. Die späteren Versuche einer grundsätzlichen Verständigung über maritime Dinge mißlangen und was etwa im einzelnen ausgemacht wurde, blieb ein Flickwerk.

Beharrte aber Deutschland bei seiner Flottenpolitik, so hatte es überhaupt keine Wahl unter den noch möglichen Allianzen als die mit

Rußland. Das war zur Zeit des Burenkrieges noch anders gewesen; damals konnte noch die von England gebotene Hand ergriffen werden. Im Jahre 1905, nach der ersten Marokkokrise und während der Zusammenkunft von Björkoe war der Vorhang gefallen und Deutschland war eingekreist, wenn es nicht Rußland für sich gewann. Kaiser Wilhelm hatte das richtige Gefühl dafür und schloß mit Nikolaus II. ab; der Kanzler aber glaubte die Wahl noch offen und in diesem Irrtum blieb er bei dem System der Gegengewichte.

Wohl entging dem Fürsten Bülow nicht, was über den Kanal her Schlimmes drohte, wenn er auch nicht wußte, daß der oberste Chef der britischen Flotte, Admiral Fisher, 1905 und 1908 dem König Eduard in den Ohren lag, ohne vorherige Ankündigung in die deutschen Häfen einzudringen und dort die Panzer in den Grund zu bohren. Der Reichskanzler meinte aber, das Unheil lasse sich durch Klugheit und Kaltblütigkeit beschwören. Oft sagte er während seiner Amtsführung und begründete es in seiner „Deutschen Politik" näher, er habe, solange die Flotte noch zum Widerstande zu schwach war, durch die Gefahrenzone steuern müssen; bis dahin konnte England den Nebenbuhler zur See ohne Anstrengung und ohne jede Gefahr niederschmettern und auch seine Handelsflotte wegführen. Später werde Deutschland mehr Sicherheit genießen; und sich den Risikogedanken Tirpitz' zu eigen machend, sprach Bülow in seinem Buche die Ansicht aus, Großbritannien werde sich nach Fertigstellen der deutschen Flotte vor dem Angriffe hüten, da es dann Gefahr laufe, in einer oder mehreren Seeschlachten seine besten Panzerschiffe und damit seine unbedingte Hoheit über das Weltmeer zu verlieren. Bis dahin mußte — dieser Schlüssel zum Verständnisse seiner Politik ward von Bülow gegeben — England vorsichtig behandelt werden, nie durfte sich Deutschland eine Blöße geben, nirgends „die Flanke bieten". Ähnlich, aber noch anschaulicher, legte er im Gespräche mit Kaiser Wilhelm seine Gedanken dar. Er verglich die von ihm zu leistende diplomatische Arbeit mit der des Themistokles, als Athen nach den Perserkriegen seine Mauern wieder aufbauen wollte und das eifersüchtige Sparta dagegen Einspruch erhob. Damals ließ sich der kluge Mann nach Sparta zur Unterhandlung senden und hielt dessen mißgünstige Regierung so lange hin, bis die Mauern der Stadt durch die angestrengte Arbeit von Männern, Frauen und Kindern zu stattlicher Höhe emporgestiegen waren. Ein geistreicher Vergleich, der nicht bloß für den Anfang, sondern auch für das Ende, von der Schöpfung

der Flotte bis zu deren Untergang, stimmte; denn die Mauern Athens haben die Eroberung der Stadt am Schlusse des Peloponnesischen Krieges nicht hindern können, ebensowenig wie die Flotte den Niederbruch Deutschlands.

Seit dem Flottengesetze von 1900 handelte Bülow nach der von ihm aufgestellten Regel. Die deutsche Regierung hütete sich, England Anlaß zu Beschwerden zu geben und unterdrückte deshalb auch ihr Verlangen nach neuen Kolonien; nicht einmal in Marokko griff sie zu, obwohl Frankreich dazu einlud. Deutschland nahm selbst Beleidigungen ohne Gegenschlag hin. Als das Londoner Kabinett in der Note vom 25. August 1904 mit Krieg und als der Civillord Arthur Lee am 3. Februar 1905 mit der Zerstörung der deutschen Flotte drohte, begnügte sich das Berliner Kabinett mit ruhigen und ernsten Verwahrungen. Ähnlich nach der Enthüllung Delcassés, daß England der französischen Regierung im Mai 1905 militärischen Beistand versprochen hätte, falls sie wegen Marokkos nicht nachgeben wollte. Als das Londoner Kabinett darauf im Herbst 1905 erklären ließ, es habe Frankreich nicht zum Kriege ermutigt, gab sich Bülow den Anschein, dieser Versicherung zu glauben. Dieselbe Selbstbeherrschung übte die deutsche Regierung, als das britische Ministerium dem Parlament 1909 die sie beleidigende Eröffnung machte, Deutschland baue insgeheim mehr Kriegsschiffe, als sein Reichstag bewilligt habe. Bülow und Tirpitz berichtigten kurz und sachlich, um den Streit nicht fortzuspinnen (Band II, Seite 331 f.). Wußten sie doch, daß sie der Kriegspartei in England sonst Anlaß zu Treibereien geben würden, wie die des Feldmarschalls Lord Roberts gewesen war. Der deutsche Botschafter in London, Wolff-Metternich, war beunruhigt und machte Bülow aufmerksam, daß Deutschland gut daran tun würde, seine Seerüstung einzuschränken. Der Kanzler beriet darüber mit dem Marineminister, der es für tunlich erklärte, sich mit England über ein bestimmtes Stärkeverhältnis zu einigen. Das war der Beginn der zwanglosen Besprechungen über den Gegenstand, die aber erst später mit der Festsetzung des Verhältnisses von 1:1,6 endeten. Mit der englischen Flottenpolitik hing es zusammen, daß Grey die Anregung gab, man solle zur Beseitigung des Verdachtes geheimer Schiffsbauten den Marinebevollmächtigten der zwei Staaten die Befugnis erteilen, die beiderseitigen Bauten zu überwachen. Kaiser Wilhelm widerstrebte anfangs diesem vermeintlichen Eingriffe in seine Militärhoheit; nur mit einiger Mühe bestimmte ihn Tirpitz zum Nach-

geben, damit Deutschland nur nicht böser Anschläge gegen den Frieden beschuldigt werden könnte [1]).

In bezug auf die Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit England urteilte Bülow optimistischer als Tirpitz, er hielt ihn für vermeidlich, wenn die Geschäfte in Berlin nur geschickt geführt wurden. Zwar dürfe man sich keine Blößen geben, deshalb aber sei der Verzicht auf eine Weltpolitik doch nicht notwendig. Bis zum Besitze einer Flotte etwa in dem Ausmaße, wie sie bei seinem Rücktritt bestand, sei Vorsicht geboten, später werde Britannien im eigenen Interesse dem Zusammenstoße ausweichen. In dieser rosigeren Auffassung der Weltlage nahm Bülow keinen Anstand, sich in Marokko ein hohes Ziel zu stecken und auf die handelspolitische Besitznahme Vorderasiens hinzuarbeiten, und dies gleichzeitig mit dem Flottenbau. Indessen sah er nach dem Mißerfolge von Algeciras den in Marokko gemachten Fehler ein und anerkannte durch das Abkommen mit Frankreich vom 9. Februar 1909 dessen politisches Übergewicht in jenem Lande. Auch mit England hoffte er ins reine zu kommen und verbreitete sich darüber ausführlich in der „Deutschen Politik". „Kriegswolken", so heißt es dort, „gehören zum Bilde des politischen Himmels. Aber die Zahl derer, die sich entladen, ist ungleich geringer als die Zahl der Wolken, die sich verziehen. Gleich schwere, wenn nicht schwerere Gefahren haben den Frieden zwischen England und Frankreich in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts während der Julimonarchie bedroht und zeitweise auch in der Epoche des zweiten Kaiserreiches. Zwischen England und Rußland schien 1885 gelegentlich der Zuspitzung der afghanischen Frage der Krieg unvermeidlich. Alle diese bedrohlichen Wolken haben sich verzogen, ohne daß eine Entladung erfolgt wäre" [2]).

---

[1]) Tirpitz, „Erinnerungen", S. 178, 180.

[2]) Eine andere Kernstelle des Buches lautet: „Frankreich würde uns angreifen, wenn es sich bei zureichenden Kräften glaubte, England nur, wenn es zu der Ansicht käme, daß es seine wirtschaftlichen und politischen Lebensinteressen nicht anders als auf gewaltsamem Wege gegen Deutschland durchsetzen könnte. Die Triebfeder der englischen Politik uns gegenüber ist nationaler Egoismus, die der französischen nationaler Idealismus. Wer aber seine Interessen verfolgt, wird meist besonnener bleiben, als wer einer Idee nachjagt." In der zweiten Ausgabe der „Deutschen Politik", 1916 veröffentlicht, ist zwar der obige Beweisgang Bülows wiederholt, auch durch Zusätze näher begründet, aber doch auch manche Einschränkung hinzugefügt. So wird S. 118—121 das Bedauern ausgesprochen, daß Britannien die Freundschaft Deutschlands nicht gewollt, die ihm wiederholt entgegengestreckte Hand zurückgewiesen habe. Übrigens erkannte Bülow, daß er sich von dem Bau der Flott-

Man glaube nicht, daß der ehemalige Reichskanzler dies freundliche Bild 1913 nur ausgemalt habe, um zu beschwichtigen. Im vertrauten Zwiegespräche ging er zu jener Zeit noch weiter und bekannte sich zu der Ansicht, daß die Zeit der großen Kriege vorüber sei, daß die innigen volkswirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern wie der Sinn für Menschlichkeit eine friedliche Entwicklung der Welt erhoffen lasse. Deshalb tadelte er während des Weltkrieges und nachher laut die Unvorsichtigkeit der von Bethmann Hollweg 1914 betriebenen Politik, bei der Deutschland den Gegnern ins Messer gelaufen sei. Die freundliche Auffassung der bei seinem Rücktritte 1909 bestehenden Weltverhältnisse hatte ihre Ursache in Bülows starkem Lebensgefühl, in der Zuversicht, die Geschäfte glücklich geführt und sie seinem Nachfolger in gutem Stande zurückgelassen zu haben. Als seine hoffnungsvolle Annahme 1914 zusammenbrach, fand er, die Schuld läge vor allem an den unverzeihlichen Mißgriffen seines Nachfolgers. Wie anders, wenn er 1914 an der Spitze gestanden hätte! Daß er selbst die Fähigkeit besessen haben würde, den Sturm zu beschwören, war die Überzeugung, mit der er weder in seinen Gesprächen noch in seinen Briefen zurückhielt.

In seinem Vertrauen auf die Kraft und den guten Stern Deutschlands zögerte er nicht, in der „Deutschen Politik“ auch auszusprechen, Deutschland werde zuletzt ebenbürtig neben Britannien treten und von ihm als gleichberechtigt anerkannt werden. Das war aber eine Selbsttäuschung. War England wirklich dazu bereit, bestanden auch nur Anzeichen seines Einlenkens? Es gab zwar auch jenseits des Kanals Stimmungen zu einem Vergleiche auf einer solchen Grundlage; alle maßgebenden britischen Staatsmänner aber, alle Kriegsleute, die großen Reeder und die Chefs der Welthandelsfirmen wiederholten unaufhörlich, daß England wie bisher Herrscher auf den Meeren bleiben müsse; seine Sicherheit, seine Versorgung mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln sei bedroht, wenn es nicht das Imperium über den Ozean besitze. Diese Sorge wurde von ihnen nicht vorgeschützt, sondern wirklich gehegt, was von vielen sonst einsichtigen Deutschen nicht geglaubt wurde. Die britischen Staatslenker um Eduard VII. hielten eine ihnen ungünstige Weiterentwicklung für unvermeidlich; daher die Aufrichtung

für den Frieden zuviel versprochen habe. Deshalb ließ er die optimistischen Stellen weg und betonte bloß, daß Deutschland durch die Flotte Bewegungsfreiheit erworben habe. — Einen guten Vergleich zwischen den zwei Auflagen bietet die Schrift von Richard Hamel, „Aus Fürst Bülows diplomatischer Werkstatt“, Berlin 1916.

eines großen Bündnissystems gegen Deutschland, daher dessen wohlgelungene Einkreisung. Sonach ging die deutsche und die englische amtliche Politik von der entgegengesetzten Annahme aus; die erstere hielt den Krieg für vermeidbar, die letztere nicht. Das ist der durch die Leidenschaften des Weltkrieges bei vielen in Vergessen geratene Sachverhalt; darauf ist in letzter Linie zurückzuführen, daß die deutsche Diplomatie sich wenig um weitere Sicherungen durch Bündnisse kümmerte, während die britische das Netz immer fester zuzog. Sinnlos aber sind die gegenseitigen Vorwürfe über die Tücke und Hinterhältigkeit des anderen Teiles. Nicht in den Persönlichkeiten lagen die Ursachen des Zusammenpralles, sondern in den über ihnen waltenden staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräften, also, um es in der philosophischen Schulsprache mit einem vielleicht abgegriffenen Worte auszudrücken, nicht in der menschlichen Freiheit, sondern in der harten Notwendigkeit.

*

Deutsche Orientpolitik

Noch mehr Schwierigkeiten türmten sich für Deutschland auf, als es, wie es französische politische Schriftsteller gern genannt haben, von dem Drang nach dem Osten erfaßt wurde. Auch hier setzte sich die stark gewordene Nation neue Aufgaben, die, mit den anderen zusammengenommen, über ihre Kräfte gingen.

Es war nicht das Werk der deutschen Diplomatie, sondern ergab sich aus der Weltlage, daß der türkische Sultan beim Deutschen Reiche Schutz und Hilfe suchte. Vorüber war die Zeit, da er gegen die Eroberungsabsichten Rußlands bei England und Frankreich Anlehnung fand. Die französische Republik besorgte im nahen Osten die Geschäfte des Zaren und Britannien wandte sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ganz von der Pforte ab. Seitdem England sich in Ägypten festgesetzt hatte, war das Nilland der Angelpunkt seiner Machtstellung, Konstantinopel wurde ihm gleichgültig. Mit der Zeit faßte es dann die Zerschlagung des türkischen Reiches ins Auge, um dessen arabische Gebietsteile als Landbrücke nach Indien zu gewinnen. Mit Schrecken

sah die Hohe Pforte, daß der Pfeiler der britischen Freundschaft barst. Als Salisbury Rußland 1896 einlud, den Sultan Abdul Hamid zur Freigebung Armeniens zu zwingen, standen die Dinge für die Türkei verzweifelt. Es war noch ein Glück, daß der Zar, der sich in seinen ostasiatischen Entwürfen nicht stören lassen wollte, den Antrag Englands ablehnte. Aber die drohende Gefahr war der Hauptgrund, weshalb sich der Sultan der deutschen Regierung in die Arme warf. Wilhelm II. antwortete damit, daß er in seiner zu Damaskus 1899 gehaltenen Rede die Bekenner des Islam seines Schutzes versicherte; das praktische Ergebnis war die an die Deutsche Bank erteilte Konzession zum Bau der Bagdadbahn. Im türkischen Staatsrat waren jedoch die Ansichten über den Nutzen dieser Politik geteilt. Kiamil Pascha, zu wiederholten Malen Großwesir, empfahl immer aufs neue, die englische Regierung um Wiedergewährung der entzogenen Gunst zu bitten; vielleicht werde sie sich durch den förmlichen Verzicht auf Ägypten versöhnen lassen. Auch für die Anrufung des Schutzes des Zaren ließ sich manches sagen, da er die Pforte zu schonen Grund hatte, solange er Port Arthur und die Mandschurei heißer begehrte als die Dardanellen. Indessen bei der Pforte schlugen die Gründe für die Anlehnung an Deutschland durch, besonders weil dieses in den Gebietsfragen vollständig uneigennützig war. Es begehrte bloß wirtschaftliche Zuwendungen, nicht aber wie Rußland und England Häfen und Landgebiete. So schloß sich die Türkei immer enger an Deutschland an. Übrigens verschaffte die Begierde Rußlands, sich in Ostasien auszudehnen, der Pforte ein Jahrzehnt der Erholung. Es war ihr ein Labsal, Rußland zuerst durch den Krieg mit Japan, dann durch die in seinem Innern gärende Revolution beschäftigt zu wissen. Während dieser Zeit trat Japan mit der Pforte in Fühlung und verlangte von ihr einen Dienst, der sie nicht das mindeste gekostet hätte. Das im Schwarzen Meere liegende russische Geschwader hatte für den Krieg mit Japan keinen Wert, da der Dardanellenvertrag ihr die Ausfahrt ins Ägäische Meer verlegte. Als nun die russische Ostseeflotte im Herbst 1904 nach Ostasien zum Kampfe auszog, trat die japanische Diplomatie mit einem merkwürdigen Ansinnen an die Pforte heran: „Lasset das Geschwader des Schwarzen Meeres durch die Meerengen heraus, damit wir auch ihm den Garaus machen können, lasset es heraus!“[1]) Die Versuchung war groß, aber der Sultan hielt es für unklug, die ihn schützenden Verträge in einem Punkte zu ver-

[1]) So nach der Mitteilung eines türkischen Diplomaten.

letzen; er zog es vor, sich nicht zu rühren. Das Gewitter in Ostasien brauste zwar bald vorüber, brachte aber der seitwärts gelassenen Türkei immerhin etwas Erfrischung.

Während dieser Vorgänge stieg die Geltung Deutschlands am Bosporus zusehends. Was auch sonst gegen die deutsche Diplomatie eingewendet worden ist: hier leistete sie alles, was billigerweise verlangt werden konnte. Der Kaiser, Bülow und Botschafter Marschall arbeiteten einander in die Hände. Wilhelm II. war in seinem Element, da seine Phantasie diesmal sich nicht an Wirklichkeiten stieß, die ihn zu unbesonnenen Äußerungen reizten; an Bülow gefiel den türkischen Staatslenkern das fürstliche Gebaren, das ihm eigen war, ohne daß er erst zur Durchlaucht erhoben werden mußte; Marschalls, des Botschafters, festes Auftreten und Zuverlässigkeit gewannen das Vertrauen des sonst krankhaft argwöhnischen Sultans. Neben den Staatslenkern waren Militärs, Geldmänner und Ingenieure in gleichem Sinne tätig. Colmar von der Goltz, der militärische Erzieher des türkischen Generalstabes, wurde von dessen Offizieren, auch nachdem sie zu Generälen und Marschällen aufgestiegen waren, als Meister verehrt. Der türkischen Finanzen nahm sich Georg von Siemens an, der Direktor der Deutschen Bank; er schuf dem Sultan durch die Bagdadbahn den Eisenstrang zur Festhaltung seiner asiatischen Provinzen. Bei der Hedschasbahn leistete als Ingenieur Meißner Pascha dieselben Dienste, so daß Mekka und Medina der Reichshauptstadt näher gerückt wurden. Dies Zusammenwirken aller Kräfte verdient Anerkennung, wenn der Lohn auch ausblieb.

In dem Vordringen des deutschen Einflusses auf die Türkei trat während der jungtürkischen Revolution (Juli 1908) eine Stockung ein. Die aus London und Paris heimkehrenden, ans Staatsruder gelangenden Flüchtlinge sahen in den demokratischen Staaten des Westens ihr Vorbild, während sie dem deutschen Kaiser als dem Freund und Schützer des Sultans Abdul Hamid mißtrauten. Durch kurze Zeit herrschte Begeisterung für England, und Kiamil Pascha, von den Jungtürken zum Großwesir erhoben, bog, seiner alten Vorliebe entsprechend, ins britische Fahrwasser ein. Das prägte sich noch schärfer aus, als Österreich-Ungarn im Oktober 1908 die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina aussprach und die deutsche Regierung ihm dabei festen Rückhalt gewährte; die Türken grollten der einen der Mittelmächte wie der anderen. Indessen zog die Wolke bald vorüber. Die Jung-

türken überzeugten sich bald, daß England es nicht aufrichtig mit ihnen und der jungen Freiheit meine. Das zeigte sich zuerst, als Kiamil Pascha sich mit den Anhängern der alten Ordnung gegen sie verschwor, die Jungtürken ihm aber zuvorkamen und am 14. Februar 1909 seinen Sturz herbeiführten. Die Absetzung Kiamils wurde in London übel aufgenommen, noch mehr die folgenden Ereignisse. Ein zweiter, gefährlicherer Anschlag ward gegen den Parlamentarismus versucht, diesmal von Abdul Hamid selbst, der sich nur zum Scheine der neuen Ordnung anbequemt hatte. Mit Hilfe der Priesterschaft und einiger ihm ergebener Offiziere setzte er einen Staatsstreich ins Werk, der in Konstantinopel am 13. April 1909 auch gelang. Indessen erklärte sich der größere Teil der Armee für das liberale System und das Armeekorps von Saloniki, von Mahmud Schewket Pascha geführt, setzte sich gegen Stambul in Marsch. Es rückte in die Hauptstadt ein, worauf Abdul Hamid am 27. April 1909 abgesetzt und Mohammed V. auf den Thron erhoben wurde. Nun erwarteten die Jungtürken, die sich des Despoten mit Mühe erwehrt hatten, daß das freiheitsliebende England ihnen geneigt sein werde. Aber der siegreiche General Mahmud Schewket und seine Offiziere — die letzteren meistens die Schüler des Freiherrn von der Goltz — zeigten Vorliebe für Deutschland, weshalb sich das Londoner Kabinett erzürnt von der neuen Ordnung abwandte. Der türkische Liberalismus wog in den Augen der Briten federleicht, wenn seine Retter wieder, wie Abdul Hamid, mit Deutschland anknüpften. Das Londoner Balkankomitee, das vor der türkischen Revolution der Hort der christlichen Völkerschaften gewesen war, hatte sich durch kurze Zeit mit den Jungtürken angefreundet, wurde aber jetzt ihr bitterer Feind und betrieb wie früher den Abfall der Christen. Es war klar, daß England die Türkei nur duldete, wenn sie sich zum Werkzeuge hergab. Sonst ging Großbritannien lieber dem Plane nach, sein Imperium in Asien auf Kosten der Pforte auszudehnen. Anders die Mittelmächte, die nichts Besseres als die Festigung des osmanischen Reiches wünschten. Auch während der Britenschwärmerei der Jungtürken hatten Bülow und Marschall kurz und vornehm der Freundschaft Deutschlands für die Türkei Ausdruck gegeben. So entschlüpfte die Türkei dem englischen Einflusse, und das frühere Verhältnis zwischen Berlin und Konstantinopel stellte sich wieder her. Als auch der Streit um Bosnien durch Zahlung einer Geldsumme seitens Österreich-Ungarns gütlich beigelegt war, liefen die Dinge wieder im alten Geleise.

Als erste Frucht dieser Bemühungen ergab sich für Deutschland die Wiederaufnahme des ins Stocken geratenen Baues der Bagdadbahn (Band II, S. 136). Es gelang der Türkei, die Steuergelder aufzubringen, um die Zinsen der neuen Schuldverschreibungen zu zahlen, so daß sich, Fangarmen vergleichbar, die von Deutschland gelegten Schienenstränge über Kleinasien und bis an den Euphrat dehnten. Damit schob sich der deutsche Einfluß zwischen Ägypten und Indien ein und drang bis an den Indischen Ozean vor, an die empfindlichste Stelle des britischen Reiches. Britannien aber konnte und durfte an der Mündung des Euphrat und Tigris keine europäische Macht dulden. Daß Deutschland in Vorderasien ein Kulturwerk schuf, machte den Briten den Fall nicht willkommener.

Dieses Gliederstrecken der neuen Weltmacht war aber auch den Russen unheimlich. Sie rechneten die Gegenden am oberen Euphrat zu ihrem Einflußgebiete; sie hatten sich bisher nur von England gehemmt gesehen, mit dem sie sich aber, da Persien durch das Abkommen von Reval (Band II, S. 153ff.) gewissermaßen aufgeteilt wurde, friedlich vertrugen. Da trat Deutschland auf den Plan und heimste dank der Freundschaft der Pforte das ein, was Rußland sich nur durch einen Krieg hätte verschaffen können. Durch ein Jahrhundert hatten sich England und Rußland am Bosporus bekämpft, jetzt waren beide zur Seite geschoben und die Deutschen waren die lachenden Erben. Man konnte diesen nicht einmal vorwerfen, daß sie zu ihrem Ziele durch Tücken und Ränke gelangt wären. Um so schlimmer: dann konnten sie auch nicht durch eben diese Mittel hinausgedrängt werden.

Hier war der Punkt, wo die Interessen der Briten und der Russen zusammenflossen. Im Bunde mit der englischen Diplomatie arbeitete die französische und bewies der russischen Regierung, daß Konstantinopel und die Meerengen unerreichbar seien, wenn sich die Deutschen daselbst einnisteten; diese seien in ihrem Drange nach dem Osten unersättlich.

Von jetzt an rückte der Zar von Deutschland ab. Wohl trafen sich Wilhelm II. und Nikolaus II. regelmäßig und erneuerten die Versicherung alter Freundschaft, aber zwischen die zwei Kabinette trat ein Schatten. Verdüstert wurde das Verhältnis noch durch das Vorgehen Deutschlands im bosnischen Streite. Indem es sich bedingungslos neben Österreich-Ungarn stellte, drängte es die russische Regierung noch mehr an Englands Seite. Wohl ließ Bülow alle Künste seiner Diplomatie

spielen, um dem Petersburger Kabinett zu zeigen, daß er auf dessen Freundschaft hohen Wert lege, und tatsächlich hielt er selbst Iswolskij in guter Stimmung. Der Reichskanzler bot seine guten Dienste an, um dem russischen Minister aus der durch dessen eigene Schuld erwachsenen Verlegenheit herauszuhelfen. Damit hatte Bülow bis zu einem gewissen Grade Glück. Es ist unwahr, daß er Rußland durch Drohungen zum Nachgeben gezwungen habe, er zeigte Iswolskij vielmehr den Ausweg aus seinen Nöten. Tatsächlich sagte der russische Minister dem Fürsten Bülow bei dessen Rücktritt (Juli 1909) den Dank für die geleisteten Dienste (Band II, S. 283).

So verhinderte Bülows Geschicklichkeit das Schlimmste; aber augenfällig lockerte sich die alte Freundschaft der zwei Höfe, aus der der Geist wich, wenn auch die Formen die alten blieben. Die Strömung ging gegen Deutschland, während das viel ältere antienglische Grundgefühl zurücktrat.

Damit sind wir zu dem Hauptunterschiede der Politik Bismarcks und der seiner Nachfolger zurückgekehrt. Schon Caprivi schleuderte er den Vorwurf zu, unter ihm sei der Draht zu Rußland abgerissen. Bis an seinen Tod ließ er in den „Hamburger Nachrichten" seine Warnungen ertönen, die um so berechtigter waren, je tiefer sich das Deutsche Reich in die Angelegenheiten des fernen Ostens einließ. Er hatte nichts dagegen, daß das geschah: man findet in seinen Kundgebungen nicht einmal einen Tadel der Depesche an Krüger. Er mahnte nicht von der Weltpolitik ab, wohl aber davon, auch dorthin überzugreifen, wo Deutsche und Russen zusammenstoßen mußten. In den „Gedanken und Erinnerungen", seinem politischen Testamente, ist in eindringlichen Sätzen dargelegt, daß es Deutschland wie auch Österreich-Ungarn nicht zum Nachteil geraten würde, wenn sich Rußland in den Besitz Konstantinopels, seines „Haustorschlüssels", setzte. Darauf wäre er gewiß noch nachdrücklicher zurückgekommen, wenn er erlebt hätte, daß sich England seinem Volke immer feindseliger entgegenwarf. Immer hatte er es abgelehnt, daß Deutschland über die Verteidigung der habsburgischen Monarchie hinausgehe und ihr auch in ihrer Balkanpolitik Beistand leiste. Die unbedingte Parteinahme für Österreich-Ungarn ist das grundsätzlich Neue in der deutschen Politik nach 1900.

Es war zuviel, was sich die deutsche Regierung auflud, indem sie auf der einen Seite der englischen Alleinherrschaft zur See ein Ende machen

wollte und auf der anderen über Konstantinopel auf Bagdad zielte. Eines oder das andere! Deutschland war bereits mit der unversöhnlichen Feindschaft Frankreichs, mit der dumpfen Eifersucht Englands belastet und drängte jetzt auch Rußland von seinem Torwege ins warme Meer ab. Da Bismarck die Schwächen des von ihm gegründeten Reiches so gut kannte, sank er mit schwerer Sorge ins Grab. Seine Nachfolger muteten sich mehr zu, als er je unternommen hatte, und steuerten frohgemut und waghalsig in die Weltweite.

*

Tirpitz.

Schlachtflotte oder Auslandsflotte?

Verdiente Tirpitz nicht schon als überragende Persönlichkeit in den Vordergrund gerückt zu werden, so jedenfalls als Dolmetsch der Wünsche der Nation nach der seit den Tagen der Hansa verlorenen Seegeltung. Darin war er in Wort und Tat der Führer, seine Gestalt läßt sich aus der Geschichte der Größe und des Falles Deutschlands nicht hinwegdenken.

Bei der Organisation der deutschen Kriegsmarine hatte Tirpitz Vorläufer und unentbehrliche Gehilfen, auch Fachleute an seiner Seite, die auf ihrem besonderen Gebiete besser beschlagen waren als er. In einem Hauptpunkte aber, einem viel umstrittenen, gab er allein der Flottenrüstung das Gepräge, unterwarf den Kaiser, den Reichstag, die Nation seinem Willen, und das war die Entscheidung darüber, ob Deutschland mehr eine Schlacht- oder eine Auslandsflotte nottue, ob die Hochsee im Kriege besser durch ganze Geschwader der schwersten Panzerschiffe oder durch viele über den Ozean schwärmende schnelle Kreuzer behauptet werden könne.

Für England lag die Sache deshalb einfach, weil es mit allen Schiffsgattungen wohlversehen war und dank seinem Reichtum überall das Übergewicht behauptete. In den anderen Flotten jedoch wogte der Streit der Meinungen. Bei den Franzosen gewann gegen Ende des 19. Jahrhunderts „die junge Schule“ die Oberhand; man traute

den schweren Schiffen nicht viel zu und glaubte sie durch zahlreiche kleinere, schnell laufende Kreuzer ersetzen zu sollen, so daß die Schlachtflotte bis zur Übernahme des Marineministeriums durch Delcassé einschrumpfte. In den deutschen Marinekreisen standen sich die Ansichten schroff gegenüber. Selbst nachdem Tirpitz der Idee einer Schlachtflotte zum Siege verholfen hatte, hielt das Flottenkommando an dem Gegenteile fest und ließ seine Theorie in den Marineschulen vortragen, bis der Staatssekretär beim Kaiser Abhilfe durchsetzte. Wilhelm II. schwankte ursprünglich; er hätte am liebsten gleichzeitig Schlachtschiffe und Kreuzer bauen lassen; aber Tirpitz überzeugte ihn, daß, da die Geldmittel nicht reichten, ein ganzer Entschluß gefaßt werden müsse; und dabei hielt er den Kaiser auch fest. Die Gründe strömten dem Staatssekretär nur so zu; er wurde nicht müde zu wiederholen, daß, wenn sich in Kriegen die in die Welt hinausgesandten Kreuzer noch so heldenhaft schlügen, einer nach dem anderen von dem überlegenen Feinde abgetan werden würde. Ohne eine starke Hochseeflotte müsse Deutschland notwendigerweise unterliegen; wenn diese dagegen bereit stünde, wäre die Annäherung des Feindes an einen Punkt der deutschen Küste unmöglich; auch dieser würde seine Kräfte zusammenhalten müssen. In einer Seeschlacht könne man zu siegen hoffen; und unterläge man auch, so erführe der Feind doch solche Verluste, daß ihm die Wiederkehr verleidet wäre. Ohne Hochseeflotte wären die auf andere Waffen verwendeten Opfer vergebens gebracht. Anders stünde es, wenn Deutschland in fernen Meeren gleich Britannien feste Stützpunkte besäße, wo die Kreuzer Docks zur Ausbesserung, Kohle zum Einnehmen fänden; es fehle aber außer in Kiautschou an einem solchen Rückhalt, und selbst dieses sei nur gegen die See zu befestigt und wäre gegen einen Angriff vom Lande her nicht zu halten. Deshalb legte Tirpitz auch auf die Umwandlung von Handelsschiffen und Personendampfern zu Kapern nicht entscheidenden Wert; auch sie würden — meinte er — wie die Kreuzer bald vom Geschicke ereilt werden. Der Verlauf des Weltkrieges, so setzte Tirpitz später auseinander, hätte ihm recht gegeben; denn Schiffe wie die „Emden“ und die „Karlsruhe“ seien nach herrlichem Kampfe doch verlorengegangen, während sich die Schlachtflotte bei dem Zusammenstoße im Skagerrak 1916 ruhmvoll behauptete.

Wiewohl nun Tirpitz durchdrang, verstummte in der Marine der Widerspruch nie ganz. Vizeadmiral Galster veröffentlichte 1904 unter

dem Titel: „Welche Seerüstung braucht Deutschland?“ eine Schrift, in der er einräumte, schwere Schiffe seien als Rückhalt unerläßlich, jedoch darauf bestand, eine Auslandsflotte sei notwendiger. Es wäre besser, die vorhandenen Mittel zum größeren Teile für den Kreuzerkrieg auf dem Weltmeere, für den Kleinkrieg in der Nord- und Ostsee, endlich für die Befestigung der Küsten zu verwenden. Galster verlangte also Kreuzer mit großer Fahrtgeschwindigkeit, daneben viele Torpedoschiffe und besonders auch Unterseeboote, die letzteren, „nachdem ein brauchbarer Typ gefunden worden sei“, woran es damals noch fehlte.

Die Gründe und Gegengründe sind im zweiten Teile des Weltkrieges und später ins Unendliche ausgesponnen worden. In einer derart strittigen Frage, in der die Fachleute unter sich nicht einig sind, wird sich die geschichtliche Betrachtung eines Urteils nicht unterwinden; es ist fruchtbarer, sich in die Gedankengänge der handelnden Männer zu versetzen als sie zu meistern.

Es ist kindisch, zu behaupten, der Irrtum Tirpitz' sei mit Händen zu greifen, denn Deutschland hätte trotz seiner Schlachtflotte den Krieg verloren. Auf derselben Höhe stünde die weise Lehre, das Reich hätte sich, wie der Ausgang beweise, das Gießen von Kanonen ersparen können. Die aus der Schlachtflotte gezogenen Vorteile waren im Weltkriege zahlreich; da sie auf der Wacht stand, konnte der Feind keine Unternehmung gegen die deutsche Küste wagen; kein deutscher Hafen wurde beschossen; die Schiffahrt und der Fischfang auf der Ostsee nahmen mit geringen Unterbrechungen ihren Fortgang. Und weiter: da die britische Flotte in der Nordsee festgebannt blieb, waren zu wenig Schiffe für die Eroberung Konstantinopels zur Hand, so daß der Bosporus 1915 siegreich verteidigt werden konnte; nur dadurch war der Türkei der Kampf ums Dasein möglich. Auch ist es unmöglich zu beweisen, daß Deutschland mit einer größeren Anzahl von Kreuzern bei einer gleichzeitig geringeren Schlachtflotte erfolgreicher gewesen wäre; Tirpitz wußte so gut wie einer, daß die schnelleren Kreuzer leisten können, was den schwer bestückten und schwer gepanzerten Schlachtschiffen unmöglich ist. Da er aber weder über die Mittel noch auch anfangs über die entsprechende Anzahl von Werften verfügte, um allen Ansprüchen zu genügen, so hielt er die Kräfte für sein Hochziel zusammen. Es ist wohl einseitig gewesen, daß er die Vorbereitungen für einen Kreuzer- und Kaperkrieg hintansetzte, und darauf wie auf die anfänglich geringe

Wertung der Unterseeboote richteten sich die Angriffe seiner Gegner; aber in der Geschlossenheit seines Wesens liegt das Imponierende, um so mehr, als er die Dinge ebenso durchdachte, als er sie kraftvoll ins Werk setzte. Er ließ es also darauf ankommen, daß Deutschland in den Weltkrieg mit bloß 13 großen Kreuzern gegen 43 englische eintrat, während es mit 37 gegen 60 britische Schlachtschiffe immerhin noch die See halten konnte. Dafür waren die deutschen Großkampfschiffe beider Typen so vollkommen ausgerüstet, daß selbst die britischen an Panzerung und in der Sprengwirkung der Granaten ihnen nachstanden. In dem Feuergefecht am Skagerrak wurden zwei englische Panzerkreuzer durch deutsche Panzergranaten vernichtet und versenkt, während kein einziges deutsches gleichartiges Schiff, wenn auch getroffen, unterging. Der Kreuzer „Lützow" sank erst auf der Rückfahrt. Dies rührte daher, daß Tirpitz auf die Sinksicherheit der Panzer den größten Wert legte, nach dem Grundsatze, daß ein Schiff zuerst schwimmen muß, um überhaupt schlagen und siegen zu können. Das wurde durch die höchste Sorgfalt in der Verteilung der Hohlräume in den Unterwasserteilen der Panzer erreicht, so daß, wenn auch eine Mine oder ein Torpedo hineinfuhr, der Schaden nicht so bald tödlich war. Erstaunlich, was die deutschen Schiffe aushielten. Bei dem Vorstoße auf Imbros erhielt „Goeben" drei schwere Minentreffer, konnte aber trotzdem aus eigener Kraft in den Bosporus zurückkehren, während ein modernes Linienschiff, der „Audacious", nach einem einzigen in der irischen See erhaltenen Minentreffer auf den Grund sank[1]).

Übrigens kam es nicht zur entscheidenden Probe auf den inneren Wert der zwei Schlachtflotten. Denn als Tirpitz den Oberbefehl erbat,

[1]) Tirpitz, „Erinnerungen", S. 114 und Hassel, „Alfred von Tirpitz", S. 178. — In der Schmähschrift des ehemaligen Flottenoffiziers L. Persius („Die Tirpitzlegende" in „Der Tag des Deutschen", 1918) ist diese für die deutsche Schiffsbautechnik rühmliche Tatsache übergangen. Auch viele andere Stellen dieser Schrift sind eine gehässige Herabsetzung der Leistungen der deutschen Flotte, wenn auch Admiral Scheer und andere, um Tirpitz in noch schwärzerem Lichte erscheinen zu lassen, die geziemende Anerkennung finden. Derselbe Persius hatte Tirpitz bei dessen Scheiden aus dem Amte viel Lob gezollt; jetzt hat er die Stirne, in seiner Schrift zu behaupten, er habe das nur ironisch gemeint. Übrigens wirft Karl von Müller, der heldenmütige Kapitän der „Emden", Persius vor, er habe in bezug auf dieses Schiff eine „bewußt unrichtige Angabe" gemacht. (Der Aufsatz Müllers war im November 1918 in Berliner Blättern abgedruckt.) Als ehemaliger Seeoffizier hatte Persius in der Flotte viele Verbindungen und gelangte in Kenntnis mancher Tatsachen, die er aber im „Berliner Tageblatt" und auch sonst gehässig gegen Tirpitz verwertete.

um die Schlacht zu wagen, schlug der Kaiser es ihm rundweg ab. Noch wogt der Streit, ob sein Rat gut war oder zum Verderben geführt hätte. Für den Kaiser sprach, daß er das kostbare Kriegswerkzeug nicht sofort einem vernichtenden Schlage aussetzen, es für bessere Möglichkeiten aufsparen wollte. Es läßt sich, wiewohl die Deutschen sich in der Skagerrakschlacht über alle Erwartung gut hielten, doch nicht sagen, welchen Ausgang die Schlacht gehabt hätte, wenn sie nicht abgebrochen, sondern durchgeschlagen worden wäre. Indessen hatte Tirpitz die Logik für sich. Da der Kaiser, der anfangs unentschieden war, dem Flottenplane des Großadmirals zugestimmt hatte, so mußte er auch folgerichtig nach dessen Schlachtidee handeln. Ausschließlich zu diesem Zwecke war seit 1900 gebaut und geprobt worden; damit stand im Widerspruch, wenn man die Flotte hinter Minen und Küstengeschützen in Sicherheit brachte. Dann wäre es von vornherein besser gewesen, sich auf die Verteidigung und den Küstenkrieg einzurichten. Daß Seehelden wie Nelson, Tegetthoff und Togo sich in ähnlichem Falle auf Tod und Leben zum Kampfe gestellt hätten, läßt sich kaum bezweifeln; der englische Admiral Jellicoe hat es unbegreiflich gefunden, daß die Deutschen nicht bald eine Seeschlacht anboten. Tirpitz war bereit, seinen Namen, seine Ehre an eine solche Tat zu setzen, was seiner wie aus einem Gusse geformten Gestalt auch entsprach.

*

Tirpitz als Politiker

Vor dem Erscheinen seiner „Erinnerungen“ war Tirpitz als Politiker den ihm Fernstehenden nur obenhin bekannt. Gegner Englands, hielt er doch mit dieser Anschauung möglichst zurück und sprach im Reichstage und auch sonst öffentlich immer wie ein Mann, der einem Ausgleiche mit Britannien geneigt wäre; auch nicht ein Wort von ihm machte die Runde, das wie die Reden der englischen Marineminister Mac Kenna und Churchill oder gar wie die Kriegstreibereien Lord Roberts in Europa Unruhe verbreiten konnte. Seine Selbstbeherrschung war so vollkommen, daß, als er 1918 in den Feldzug für die Vaterlandspartei und zur unerbittlichen Bekämpfung Englands eintrat, einer seiner Gegner, der fortschrittliche Abgeordnete Müller-Meiningen, im Mai

1918 ein Flugblatt veröffentlichte, in welchem ihm aus seinen 1913 und 1914 gehaltenen Reden vorgehalten wurde, er sei vor dem Kriege doch auch für eine Verständigung mit England gewesen und hätte deshalb in ein festes Verhältnis der Flottenbauten von 1:1,6 gewilligt. Es sei also eine „Fälschung der Geschichte", wenn Tirpitz und seine Freunde sich jetzt den Anschein gäben, immer grundsätzliche Gegner Bethmann Hollwegs gewesen zu sein; er, Müller-Meiningen, müsse dieser Legendenbildung entgegentreten [1]). Nun, Tirpitz war nicht so naiv, den Hannibalschwur gegen England, dem er die Alleinherrschaft zur See entreißen wollte, vor aller Welt abzulegen.

Noch mehr: Tirpitz war von jeher der geräuschvollen Einmengung in die Welthändel abhold, die unter Wilhelm II. dem Deutschen Reiche wachsende Feindschaft zuzog. Zur Zeit der Kaiserdepesche an Krüger war er noch nicht Minister; damals tadelte er in einem Briefe an General Stosch vom 13. Februar 1896 die überflüssige Kundgebung, die um so böser wirken werde, wenn das Reich, wie es jetzt scheine, zum Bau einer Schlachtflotte schreiten und damit England unbequem werden wolle [2]). Ebenso verkehrt schien ihm das Machtwort gegen Japan 1895, durch welches ihm die Früchte seines Sieges über China entwunden wurden; ähnlich urteilte er über das Erscheinen eines deutschen Geschwaders vor Manila 1898, als die nordamerikanische Flotte die Philippinen den Spaniern entriß. Er kannte die Seelenverfassung des englischen Volkes aus seinen Studien und Reisen und wußte, daß das unruhige Gebaren Deutschlands den Verdacht ehrgeiziger Pläne erweckte, was um so schlimmer war, als Deutschland sie nicht einmal hegte. Selbst bei ernsten Anlässen, so als die chinesischen Boxer durch Ermordung des deutschen Gesandten das Eingreifen notwendig machten, sprach er sich dem Kaiser gegenüber gegen die Entsendung einer stärkeren Truppenmacht aus. Daß er 1911 bei der Absendung des „Panther" nach Agadir nicht gefragt wurde, ist bereits erwähnt worden. „Richtiger wäre es gewesen," so sagt er in seinen Erinnerungen, „in der Stille zu wachsen und weitere Macht anzusammeln; denn wir standen 1914 nahe vor dem Ziel, daß das bloße Vorhandensein unserer Macht genügte, den Frieden ohne Nervosität zu bewahren" [3]). Er verwarf also das stete

[1]) „Großadmiral von Tirpitz als Staatsmann" von Dr. Müller-Meiningen, Berlin, im Mai 1918 (Flugblatt der „Deutschen Korrespondenz").

[2]) Hassel, „Alfred von Tirpitz", S. 107.

[3]) L. c. S. 164.

Pochen auf die militärische Kraft der Nation und tadelte es bitter, daß Deutschland unausgesetzt „Hans Dampf in allen Gassen“ spielte. Immer besorgte er, das Reich werde noch vor dem Fertigstellen seiner Flotte in den gefährlichen Kampf gezogen werden. Die von ihm befürwortete kluge Zurückhaltung war der Schleier, hinter dem sich weltumspannende Pläne bargen. Darin war er so unbeirrbar und schroff wie in den Grundsätzen seiner Schiffsbaupolitik; hingen doch die einen mit den anderen eng zusammen. Als ehrgeiziger Seemann würde er auch ohne die Gegnerschaft zu England einer mächtigen Marine das Wort geredet haben; diese Notwendigkeit stand ihm fest.

Solange Britannien, darin liegt der Kern seiner Weltpolitik, über die Seeherrschaft verfüge, lebe der aufblühende Seehandel Deutschlands nur von dessen Gnade. Ein einziger Schlag, und seine Handelsschiffe seien weggefegt. Der aber wäre zu befürchten, denn Handelseifersucht sei die Haupttriebfeder der Politik Englands, während sich dieses in den letzten Jahren vor dem Weltkriege den Bau der deutschen Flotte wohl oder übel gefallen ließ. Sei einer großen Nation ein derartiges parasitisches Dasein ihres Handels würdig? Erst wenn Deutschland über eine mächtige Schlachtflotte verfüge, lebe es aus eigener Kraft, erst dann werde es von den Briten als gleichberechtigt angesehen werden. Jetzt sei es bei der Erwerbung nicht bloß von Kolonien, sondern auch eines einfachen Kohlenhafens von der Gnade Englands abhängig. Auch werde für die großen Mächte ein Bündnis mit Deutschland erst wünschenswert sein, wenn es als Angebinde eine starke Kriegsflotte mitbringe. Denn welche Dienste konnte es sonst gegen Britannien leisten? An vielen Stellen seiner Erinnerungen ist dieser mit der Flotte fallende und steigende Bündniswert Deutschlands der Angelpunkt des Gedankenganges des Großadmirals.

Das Wesentliche dieses Ideenganges entwickelte Tirpitz 1897 dem Fürsten Bismarck bei seinem Besuche in Friedrichsruh, als er um dessen Beistand für den Flottenbau warb. Der Altreichskanzler erwiderte ihm (Bd. II, S. 106), für die Vergrößerung der Marine müsse er nicht erst gewonnen werden; die scheine auch ihm notwendig; aber, so fügt Tirpitz offenherzig hinzu, von seinen politischen Beweisgründen wandte sich Bismarck fast zornig ab.

Kein Wunder; denn die ganze Denkrichtung des Gründers des Deutschen Reiches sträubte sich gegen ein Theoretisieren, das mit der Wirklichkeit nur lose zusammenhing. Selbst wenn die Säze jenes

Programms im einzelnen richtig gewesen wären, was bei vielen zweifelhaft ist, so war mit ihnen für die praktische Politik nicht viel anzufangen. Um nur einiges hervorzuheben: tatsächlich blühte der deutsche Außenhandel neben dem Hollands, Norwegens und der anderen Seevölker auch so empor; tatsächlich schuf Bismarck ein bis dahin unvergleichlich ausgedehntes Bündnis auch ohne eine deutsche Kriegsflotte; und vielleicht hätte sich Tirpitz, als er 1919 sein Buch veröffentlichte, sagen sollen, daß je stattlicher die Marine emporwuchs, es um Deutschland in der Welt immer einsamer wurde. Das Reich gewann durch seine Seegeltung auch nicht einen einzigen Freund. Begreiflich genug, daß Bismarck dem jungen Marineminister den Rat auf den Weg gab, mit seinen Perspektiven sparsam zu sein.

Kurz zusammengefaßt, gingen die Ansichten des Großadmirals dahin, daß Deutschland stille halten müsse, solange es noch ungenügend gerüstet war; dann sollte es von England machtvoll Gleichberechtigung fordern. Man erfährt aber nicht, was das Reich dann eigentlich anzustreben gehabt hätte. Etwa Kolonien? Oder die Mündungen des Rheins und der Schelde? Das letztere stellt Tirpitz in Abrede und betont, daß die militärische Verfügung über die flandrische Küste — nicht etwa die Einverleibung Belgiens — sich erst im Weltkriege als Notwendigkeit aufgedrängt hätte. Das Zukunftsideal Tirpitz' liegt also im Dunkel, während Bismarcks Absehen immer auf bestimmte Ziele gerichtet war.

In bezug auf Rußland dachten die Männer der zwei aufeinanderfolgenden Geschlechter gleich. Die Freundschaft mit dem östlichen Nachbar hielten sie für höchst wertvoll, wenn auch aus verschiedenen Gründen, Bismarck zur Deckung gegen Frankreich, Tirpitz mehr gegen England. Während des Weltkrieges hat der Großadmiral für einen Vergleich mit Rußland gearbeitet und ginge es auch über den Leib Polens. Man sieht aber nicht, daß er vor dem Kriege vorgeschlagen hat, für ein Bündnis mit Rußland Opfer zu bringen. Wohl tadelt er in seinen Erinnerungen (Seite 142), daß Deutschland den Zusammenstoß Rußlands und Englands verhindert habe, indem es sich auf der Linie Berlin—Konstantinopel—Bagdad aufs unglücklichste zwischen sie klemmte. Es liegt aber kein Zeugnis dafür vor, daß er schon vorher den Verzicht auf Vorderasien nachdrücklich verfocht. Ist es doch geschehen? Das hätte er folgerichtig tun müssen, wie Bismarck immer die Preisgebung der Türkei anriet, um Rußland bei guter Laune zu erhalten. In den

Jahren 1904 und 1905 stand Deutschland nicht fern von einem Bündnisse mit dem Zarenreiche, Tirpitz aber stimmte nach seinen eigenen Berichten dagegen; Rußland stehe unter dem Drucke Japans und könne daher dem Deutschen Reiche keine nennenswerte Hilfe leisten. Wohl wird der Leser in den Abschnitten der Erinnerungen über die äußere Politik mit einer Fülle von Gesichtspunkten vertraut gemacht, die aber wesentlich nur den Verhältnissen zur Zeit des Weltkrieges angepaßt sind; für die vorhergehende Epoche vermißt man das zielbewußte Wollen eines Staatsmannes, der fähig gewesen wäre, in jedem Augenblicke die Zügel zu ergreifen. Das war übrigens nicht der Ehrgeiz Tirpitz', der erst während des Krieges nach der Reichskanzlerschaft strebte, um dem Schwanken ein Ende zu machen und alle Kraft gegen das verhaßte England in Bewegung zu setzen. Vordem hielt er sich von der äußeren Politik zurück, soweit nicht die Flotte in Betracht kam, der Herz, Geist und Tatkraft des großen Organisators gehörten.

*

Rücktritt Bülows

Die auswärtigen Dinge wandten sich in den letzten zwei Jahren der Kanzlerschaft Bülows zum Besseren. Dennoch neigte sich sein Stern zum Niedergange. Denn Wilhelm II. war unzufrieden, seitdem die im „Daily Telegraph" veröffentlichten Kaiserworte im Reichstage zu lebhaften Anklagen gegen den Herrscher geführt hatten, ohne daß Bülow dem wehren konnte. Der Kaiser sagte sich mit Recht, daß er keine Schuld trug, wenn seine Äußerungen der Öffentlichkeit übergeben worden waren. Denn er hatte das Zwiegespräch vor dem Drucke dem Reichskanzler zur Begutachtung übersendet. Bülow, damals zur Erholung in Norderney weilend, las die Vorlage nicht, ebensowenig der bei ihm zum Dienste weilende Gesandte Müller, der im Haag beglaubigt war[1]). Das

[1]) Der damalige Staatssekretär Freiherr v. Schoen erzählt in seinen Erinnerungen „Erlebtes", 1921, S. 96, er habe auf das ihm von der Preßleitung überschickte Manuskript ein deutliches „Nein" geschrieben und dadurch die Veröffentlichung untersagt. Der Artikel war aber unterdes in Berlin bekanntgeworden und seine Verbreitung nicht mehr zu verhindern.

Schriftstück wurde vielmehr ans Auswärtige Amt nach Berlin geschickt und der mit der Berichterstattung beauftragte vortragende Rat fand seltsamerweise, die Drucklegung sei unbedenklich[1]). Als dann der Sturm losbrach, bekannte sich Bülow beim Kaiser des Versäumnisses schuldig und bot seine Entlassung an. Der Rücktritt wurde nicht angenommen, der Kanzler hatte also vor dem Reichstage die Verteidigung des Kaisers zu führen. Die Redner aller Parteien fanden das wiederholte Hervortreten des Herrschers bedenklich. Bülow erwiderte würdig, begann mit einer Anklage gegen sich selbst und fand eindrucksvolle Worte, um die edlen Beweggründe des Kaisers bei seinen Friedensangeboten an England ins Licht zu setzen. Am Tage darauf, am 11. November 1908, wiederholten und verschärften sich die Vorwürfe, die in dem einmütigen Wunsche aller Parteien gipfelten, der Kaiser möge sich bei seinen für die Öffentlichkeit bestimmten Worten größere Zurückhaltung auferlegen. Dies sicherte Kaiser Wilhelm dem Kanzler auch zu, wovon die Nation sofort verständigt wurde. Indessen scheint es der Monarch übel vermerkt zu haben, daß Bülow am zweiten Tage der Debatte nicht wieder für ihn das Wort ergriff, sowie daß er bei ihm Fürsprecher des Wunsches des Reichstages gewesen war. Seitdem wollte sich sein früheres Vertrauen zu dem Kanzler nicht mehr völlig einstellen.

Darunter litt auch der Einfluß Bülows im Reichstage. Nach dem für die Regierung günstigen Ausfalle der Wahlen von 1907 stützte sie sich auf eine aus Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen bestehende Mehrheit. Indessen rückten die Konservativen vom Kanzler ab, sowohl dem Kaiser zu Gefallen, als auch weil ihnen in Gesellschaft der Linksliberalen nicht wohl zumute war und sie sich mehr zu den Klerikalen hingezogen fühlten. Gelegentlich der Finanzreform kam es zum Bruche. Neue Steuern mußten auferlegt werden und die Regierung verlangte, da sie nicht bloß die indirekten Abgaben erhöhen wollte, auch die nachdrückliche Besteuerung der Erbschaften. Dieselben Gegensätze zeigten sich wie gleichzeitig in England, denn auch die deutschen Konservativen, die Vertreter des Grundbesitzes, wollten das Erbteil der Gattin und der Kinder nicht zu stark belasten. Doch war der Ausgang verschieden, denn in Deutschland blieben die Konservativen, verbündet mit den Klerikalen, Sieger und die neue Mehrheit lehnte die

[1]) Nach Schoen („Erlebtes", 1921, S. 97) hatte man im Auswärtigen Amte nur untersucht, ob die sachlichen Angaben den wirklichen Vorgängen entsprachen.

Erbanfallssteuer ab. Der Reichskanzler hatte vom ersten Tage an erklärt, er stehe und falle mit der vorgeschlagenen Reform. Mit 194 gegen 186 Stimmen geschlagen, reichte er seine Entlassung ein, die ihm am 14. Juli 1909 gewährt wurde. Eine Wendung eigener Art: kurz vorher hatte Bülow mit dem Reichstage zusammengewirkt, um den Kaiser zu größerer Vorsicht zu bestimmen, jetzt wurde er von der Parlamentsmehrheit, besser gesagt, vom preußischen Adel, im Stiche gelassen. Ein deutscher Kanzler konnte sich gegen das Übelwollen der Junker immer noch behaupten, wenn er das Vertrauen des Kaisers besaß. Versagte sich ihm aber die eine wie die andere Stütze, so wankte sein Regiment.

*

Russisch-deutsche Annäherung

Auch nach dem Rücktritte des Fürsten von Bülow blieben die Beziehungen der Kabinette von Berlin und Petersburg freundnachbarlich. Die schonende Behandlung Rußlands durch die deutsche Regierung lohnte sich, besonders daß der Kanzler dem russischen Außenminister Iswolskij einen Ausweg aus der Verlegenheit eröffnet hatte, in die er durch die bosnische Angelegenheit geraten war.

Dagegen blieben sich die Kabinette von Wien und Petersburg dauernd entfremdet. Daran änderte sich nicht viel, als Iswolskij am 28. September 1910 vom Amte zurücktrat. Nach seinem kläglichen Spiel war der Abgang unvermeidlich und nur hinausgeschoben worden, um dem Wiener Kabinett nach der Demütigung Serbiens nicht auch noch diesen Triumph zu bereiten. Vom Hohne der öffentlichen Meinung seines Landes begleitet, trat Iswolskij das Amt eines Botschafters in Paris an. Zunächst bekam er auch von der französischen Presse öfters Spott zu hören, der aber dank den ihm zur Verfügung stehenden großen Geldsummen bald der Schmeichelei wich. In der europäischen Politik wurde er jedoch erst wieder eine wichtige Figur, als Poincaré 1912 ins Ministerium und ein Jahr darauf an die Spitze der französischen Republik trat. Iswolskij brachte nach Paris unversöhnlichen Haß gegen Aehrenthal bis über dessen Grab hinaus mit, blieb immer ein Feind

Österreich-Ungarns und mischte das Gift, das den Völkern Europas im August 1914 gereicht wurde. Es ist wohlverbürgt, daß Jaurès, als er ihn einige Tage vor seiner Ermordung zufällig zu Gesicht bekam, zu einem Freunde sagte, dort stehe der Schurke, der den Krieg auf dem Gewissen habe.

Sasonow, der neue Minister des Äußeren, war schon seit Juni 1909 der Gehilfe Iswolskijs gewesen. Zunächst blieb in Petersburg alles im alten Gleise: engste Verbindung mit Frankreich, Groll gegen Österreich-Ungarn, neben der Freundschaft mit England, doch auch fallweise Einvernehmen mit der Regierung des Deutschen Reiches. Die Weltlage brachte es mit sich, daß zuvörderst zwischen Petersburg und Berlin sogar eine Annäherung stattfand. 1910 verschärfte sich nämlich die nie ganz geschwundene russisch-englische Nebenbuhlerschaft und so machte sich die alte Regel geltend: so oft Rußland in Mittel- und Ostasien beschäftigt ist, kommt Mitteleuropa zur Ruhe. China und Persien waren die Gebiete, auf welche die Aufmerksamkeit und der Ehrgeiz Rußlands abgelenkt wurden.

In China ballten sich Wolken zusammen, die sich jedoch nur im Innern des Reiches entluden. Im Jahre 1910 bemächtigte sich der Nation solche Erregung, daß die Regierung, um die Geister zu beruhigen, am 4. September die Berufung eines Parlaments, wenn auch erst für einen späteren Zeitpunkt, in Aussicht stellte. Doch vergebens; im September 1911 brach die Revolution aus, die im Februar 1912 zur Errichtung der Republik führte. Mit Spannung fragte man sich in Europa, besonders in Petersburg, ob die Erhebung die von den chinesischen Patrioten ersehnte Verjüngung des Reiches bringen werde. Denn dann würde China die Gebiete zurückfordern, die ihm von den fremden Nationen entrissen worden waren. Ein Vorstoß wäre zunächst gegen die Mandschurei zu erfolgt, wo sich Russen und Japaner gerade häuslich einrichteten. Die Sorge dieser zwei Nachbarn wurde durch die Haltung der nordamerikanischen Union erhöht, welche sich dem chinesischen Reiche dienstfreundlich näherte. Der amerikanische Staatssekretär Knox machte im Januar 1910 den beteiligten Großmächten den Vorschlag, die Eisenbahnen in der Mandschurei neutral zu erklären. Dadurch wäre aber das russisch-japanische Übergewicht in diesem Lande beseitigt worden. Die Einmischung der Union hatte zur Folge, daß sich die Kabinette von Petersburg und Tokio gegen Nordamerika und China zusammenfanden und am 3. Juli 1910 ein folgenreiches Abkommen schlossen,

durch das sie sich ihren Besitzstand in der Mandschurei verbürgten. Brachte diese Vereinbarung ihnen schon für die Gegenwart greifbare Vorteile, so war sie zugleich eine wechselseitige Versicherung gegen Unfälle, die sich für die zwei Reiche aus der drohenden chinesischen Revolution ergeben konnten[1]).

Nähere und dringendere Sorgen stellten sich für das Zarenreich durch den Gang der Dinge in Persien ein. Dieses unglückliche Land war der Spielball fremder Ränke, besonders seitdem am 31. August 1907 im Petersburger Vertrage ausgemacht worden war, daß der Norden in den Machtbereich Rußlands, der Süden in den Englands fallen solle, während die Mitte als neutrales Gebiet anerkannt wurde. Demgemäß besetzten die Russen unter dem Vorwande, daß ihr Handel durch den persischen Bürgerkrieg gestört werde, die Provinz Aserbeidschan, und breiteten sich dann weiter im Norden Persiens aus. Dies geschah, während sich die persische Patriotenpartei zum Schutze der neu gewährten Verfassung gegen den tyrannischen Schah Mohamed Ali erhob. Zuletzt siegten die Anhänger der Verfassung, der Schah wurde im Juli 1909 vertrieben und sein elfjähriger Sohn auf den Thron gesetzt. Die Regentschaft gab sich redliche Mühe, in dem zerrütteten Staate Ordnung und Freiheit zu begründen. Da aber die Patriotenpartei, die Fedaïs, das Land dem fremden Einflusse entziehen wollte, wurden die Bestrebungen von Rußland wie von England mißmutig verfolgt. Während der bürgerlichen Streitigkeiten wurde der Handel Südpersiens mehrfach gestört, so daß England Anlaß fand, sich in diesem Lande festzusetzen; es landete Truppen in Buschir, besetzte Schiras und bedrohte Ispahan. In Petersburg behauptete man, daß England dadurch den Vertrag von Petersburg verletze, und die gesamte russische Presse wetterte mit Erlaubnis der Regierung gegen die Unersättlichkeit Albions. Es zeigte sich, daß die englisch-russische Freundschaft noch lange nicht festgenietet war; die russische Regierung hielt es daher für vorteilhaft, an Deutschland Anlehnung zu suchen. Vielleicht konnte mit Berlin ein besseres Geschäft gemacht werden. So bewegte sich die russische Politik unter der Leitung Sasonows ebenso im Zickzack wie unter Iswolskij. Je nachdem die Partei des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch Einfluß gewann oder Ministerpräsident Stolypin durchdrang, überwog die deutschfeindliche oder die deutschfreundliche Strömung.

[1]) Vgl. Siebert, l. c. S. 263 ff., woselbst S. 264 f. die Projekte des öffentlichen und des geheimen Abkommens abgedruckt sind.

Gern schlug die deutsche Regierung in die dargebotene Hand ein. Der neue Reichskanzler, Theobald von Bethmann Hollweg, war dazu ebenso bereit wie Staatssekretär Kiderlen-Wächter, dem der Kanzler, der aus der inneren Verwaltung hervorgegangen war, die Leitung der äußeren Politik vertrauensvoll überließ. Am 4. und 5. November 1910 waren der Zar und Sasonow in Potsdam zu Gaste und hier kam ein Abkommen zustande, mit dem sich ein neues Weltverhältnis zu bilden schien. Freilich verschoben sich die Kulissen in Petersburg so rasch, daß die angenehme Aussicht bald darauf wieder völlig schwand.

Über das Ergebnis der Potsdamer Zusammenkunft machte der Kanzler am 10. Dezember 1910 dem Reichstage eine vielversprechende Eröffnung. Darnach hatte man sich sowohl über Persien wie über den Balkan geeinigt. Das Abkommen über die Balkanhalbinsel wird uns noch beschäftigen, gelegentlich des Wortbruches, den sich Rußland 1912 zuschulden kommen ließ; jetzt sei nur erwähnt, daß zu Potsdam die Erhaltung des Status quo im Südosten Europas verabredet wurde. In bezug auf Persien war die Einigung etwas dauerhafter, der Faden wurde von den Regierungen auch weiter gesponnen und am 19. August 1911 zu Petersburg ein in seiner Art merkwürdiger Vertrag geschlossen. Darin ward den Russen in Nordpersien völlig freie Hand gelassen, so zwar, daß Deutschland daselbst auf den Erwerb von Eisenbahnen und Bergwerken verzichtete. Als Entgelt erhielt Deutschland das wertvolle Zugeständnis, Rußland werde dem Ausbaue der Bagdadbahn kein Hindernis in den Weg legen, vielmehr den Anschluß dieser Bahn an das nordpersische Netz fördern. Dem Berliner Kabinett war das Einvernehmen um so willkommener, als es in die böseste Zeit des neuerwachten Marokkostreites fiel.

*

Die Bagdadbahn. Kiderlen-Wächter

Die Bagdadbahn war durch Jahre ein Sorgenkind Deutschlands gewesen, da, wie wir wissen, der Bau 1904 ins Stocken geriet. Damals war die Linie erst 200 km weit geführt, von Konia bis Bulgurlu. Der Name Bagdadbahn war also zunächst nur eine Anweisung auf die Zukunft ohne Angabe des Zahltages.

Das Kapital zum Weiterbaue konnte erst dann herbeigeschafft werden, als die Türkei das Pfand zu liefern vermochte, welches die pünktliche Zahlung der Zinsen verbürgte (Band II, Seite 135 f.). Im Jahre 1910 wurde dann der zweite Teil der Bagdadbahn-Anleihe in Deutschland und den befreundeten Staaten untergebracht. Der wiederaufgenommene Bau machte aber bei den großen technischen und klimatischen Schwierigkeiten nur mühsam Fortschritte. England wünschte, daß die Linie das Mittelländische Meer bei Alexandrette treffe und dann erst ostwärts ausbiege. Vom türkischen Standpunkte aus wäre es jedoch verkehrt gewesen, den Schienenstrang den Geschossen der englischen Kriegsschiffe auszusetzen; es wurde somit der Beschluß gefaßt, die Bahn mehr landeinwärts über Adana zu führen. Zwischen Deutschland und Frankreich kam es zu einem Vertrage, nach welchem die Ottomanbank sich von dem Bau der Bagdadbahn zurückzog und ihren Aktienbesitz an die Deutsche Bank abtrat, wogegen diese auf gewisse Eisenbahnkonzessionen am Schwarzen Meere und in Syrien verzichtete. Dadurch kamen die Deutschen finanziell in den vollen Besitz des Hauptunternehmens. Zu Beginn des Weltkrieges war etwa die Hälfte der Riesenstrecke Konia—Bagdad—Basra ausgeführt, wodurch die Verteidigung Syriens und Mesopotamiens erleichtert war. Bei der Wiederaufnahme des Baues brachte der Londoner „Punch" ein Scherzbild: Kaiser Wilhelm sitzt als neuer Harun al Raschid mit Turban und Tschibuk auf einer nach Bagdad fahrenden Lokomotive, hinter ihm Kiderlen-Wächter als Maschinenmeister. Denkwürdiger als das Bild selbst ist, daß es vom Kaiser seinem Staatssekretär mit der Inschrift gesendet wurde: „Herzlichen Glückwunsch zur Erledigung der Bagdadbahn im März 1911".

Die dem Staatssekretär gezollte Anerkennung war wohlverdient. Der Schwabe Kiderlen-Wächter, hochstämmig und breitschultrig, bot bis in seine letzten Lebensjahre das Bild der Kraft. Im Gespräche gefiel er sich in Offenheit und selbst in Derbheit, doch blitzte ein Humor durch, der die Töne vom Sarkastischen bis zum Gemütlichen in sich schloß. Hinter diesem Sichgehenlassen stak aber ein gutes Stück Verschlagenheit. In einer französischen Revue war eine Charakteristik Kiderlens zu lesen, in der es hieß: „Dieser in Bismarcks Art muntere Deutsche ist scheinbar gutmütig und ein vortrefflicher Gesellschafter, großer Biertrinker, voll lustiger Anekdoten, und dabei im Grunde der listigste und geschickteste Gevatter." Immer spürte man bei ihm den Erdgeruch süddeutscher

Muttererde, über den der dünne Firnis des Diplomaten gebreitet war. Unter Bismarck kam er empor, Caprivi und Marschall schenkten ihm ihr Vertrauen, er kam in die Umgebung des Kaisers, dem er auf dessen Reisen als Vertreter des Auswärtigen Amtes beigegeben wurde. Aus einem nicht genau bekannten Grunde zog er sich aber die Ungnade des Kaisers zu. Man erzählt, er habe in einem dem Staatssekretär Marschall gesendeten vertraulichen Reisebericht nach seiner Art ironisch über den Kaiser gesprochen und dieser Brief sei von einem seiner Gegner dem Monarchen in die Hände gespielt worden. Genug, Kiderlen wurde noch Gesandter an Höfen zweiten Ranges — Hamburg, Kopenhagen, Bukarest, — dann aber stockte seine Laufbahn. Tschirschky und Schön, der Reihe nach Staatssekretäre, kamen ihm zuvor, obwohl er sie überragte. Auf die Dauer konnte man aber nicht an ihm vorübergehen und Bülow berief ihn zur Stellvertretung des Staatssekretärs im Herbste 1908 nach Berlin. Als Schön das Ministerium des Äußeren verließ und als Botschafter nach Paris ging, wurde Kiderlen-Wächter Leiter der auswärtigen Angelegenheiten. Zum Staatssekretär wurde er aber erst im Juni 1910 ernannt, was Bethmann Hollweg nicht ohne Schwierigkeiten durchsetzte. Das war ein hochsinniger Akt des Reichskanzlers, da Kiderlen selbstbewußt und eigenwillig war, so daß Bethmann den ihm gebührenden Anteil an der Leitung der Geschäfte mitunter erst einfordern mußte. Aber die Tüchtigkeit des Staatssekretärs stand über jedem Zweifel, was auch der Kaiser anerkannte.

*

Wilhelm II.

Wilhelm II. war mit der Vorstellung von dem erhabenen Beruf des von Gott eingesetzten Königtums auf den Thron gelangt. In dieser Anschauung war er als Prinz von den politischen Vertrauten seiner Jugend, Waldersee und Stöcker, bestärkt worden. Sein Erzieher Hinzpeter nährte sein von Natur aus starkes Selbstbewußtsein, erfüllte ihn, wie Tirpitz berichtet, mit Mißtrauen gegen seine amtlichen Ratgeber, trieb ihn in Gegensatz zu Bismarck, dem er auf dem Höhepunkte der Krise von 1890 den Vorwurf zuschleuderte, er verachte seinen Monar-

chen. Mit Besorgnis hatte der edle Vater des Prinzen dessen Selbstüberschätzung wahrgenommen und gedachte sie dadurch zu dämpfen, daß er ihn in die strenge innere Verwaltung des Staates geben wollte, während es Wilhelm zu den auswärtigen Geschäften zog[1]). Seine Eltern waren Kinder einer liberalen Zeit, er aber sprang mit beiden Füßen in Romantik und Mystizismus zurück. Er lehnte sich gegen die Natürlichkeit und Menschlichkeit seines Vaters auf, seine Mutter erschrak über das gefährliche Gottesgnadengefühl des Sohnes. Anfangs war ihm Bismarck das Vorbild, aber das jede Schranke überfliegende Selbstvertrauen des jungen Monarchen führte zum Sturze des großen Ministers.

Blendende Gaben wurden Wilhelm in die Wiege gelegt, die ihn zur Selbstbespiegelung verleiteten. Darunter ein vortreffliches Gedächtnis, fließende Rednergabe, gewandte Führung des Gespräches, brennendes Interesse für alles, was die Menschen bewegt und fördert, gleichviel ob auf dem Gebiete der Wissenschaft und der Technik, des Heerwesens und des Staatslebens. Auf alles erstreckte sich sein Anteil, oft bei unzureichenden Kenntnissen, aber immer mit dem Gefühl, er sei auf den verschiedensten Gebieten sachverständig. Seine Begeisterungsfähigkeit täuschte ihn über die Lücken seines Könnens und Wissens hinweg. Er sprühte vor Lust am Leben, vor allem vor Lust an seinem Herrscheramte. Unaufhörlich wollte er sich ausleben, immer kehrte er dabei sein Innerstes heraus; er sonnte sich an der Macht, auf deren Schein er einen noch größeren Wert legte, als auf ihre wirkliche Übung.

Seine Religiosität war nicht äußerlich; er war des besonderen Verhältnisses zwischen sich, dem Kaiser, und dem obersten Lenker sicher. Er betrachtete sich als Werkzeug des Herrn, als das Schwert, dessen sich Gott zur Herrschaft über die Deutschen bediente. Damit war ein starkes Bewußtsein von den ihm gesetzten Pflichten verbunden, das Gefühl der Verantwortlichkeit vor Gott, aber auch seinem Volke gegenüber. War seine Herrschermacht in Frage gestellt, so brauste er auf und drohte den zu zerschmettern, der sich gegen ihn auflehnte[2]). Sonst aber war

[1]) Vgl. darüber jetzt den 3. Band der „Gedanken und Erinnerungen", wo S. 2 der Brief des Kronprinzen Friedrich Wilhelm an Bismarck aus dem Jahre 1886 über diese Frage abgedruckt ist.

[2]) Bismarck hebt in seinen „Gedanken und Erinnerungen", III, S. 128, hervor, daß bei Wilhelm II. im Gegensatz zu seinen Vorfahren das Prinzip der gegenseitigen Neigung zwischen Herrn und Diener gefehlt habe.

er gegen seine Untertanen — so erschienen ihm alle Reichsbürger ohne Unterschied — gütig und liebenswürdig, kein grausamer Zug gegen irgendeinen von ihnen ist uns überliefert; die Schrift Quiddes, die ihn mit Caligula vergleicht, führt vom Anfang bis zum Ende irre. Er war ein trefflicher Familienvater, von reinen Sitten, deshalb unwillig und unerbittlich gegenüber den Verirrungen, denen sein Freund Philipp Eulenburg erlag.

Die Feinde, die ihm von 1914 an erstanden, werden doch nicht vergessen machen, daß bis dahin gegen ihn, den 55jährigen Mann, in der inneren wie in der äußeren Politik nie der Vorwurf der Untreue, des Wortbruches, überhaupt der niederen Gesinnung erhoben worden war. Er verletzte die Freiheitsliebenden unter den Deutschen durch sein überspanntes Herrschergefühl, aber die Parteien wußten, wie sie zu ihm standen, und man konnte auf seine Gewissenhaftigkeit bei der Handhabung der Verfassung rechnen. Er setzte sich nicht eigenmächtig über sie hinweg; glaubhafte Klagen über Verletzung der verbrieften Parlamentsrechte sind nicht erhoben worden. Zuverlässig war er auch im Einhalten von Verträgen und Bündnissen mit anderen Staaten. Da er sein Wort hielt, warf er den Gedanken von sich, der italienische oder der rumänische König wären fähig, von dem oft erneuerten Bündnisse abzufallen. Weitausgesponnene Ränke waren schon deshalb nicht seine Sache, weil er immer das Herz auf seinen Lippen trug und mit der größten Unvorsichtigkeit seine Absichten, wie die ihn beherrschenden Gedanken, der Welt preisgab. Diese Unklugheit stürzte seine Ratgeber unaufhörlich in Verlegenheit, den Staat häufig in große Gefahren. Seine Lust sich aufzuknöpfen und mitzuteilen war so unbezähmbar, daß seine Minister genötigt waren, ihm Wichtiges vorzuenthalten. Sein erster Reichskanzler und dessen Sohn rechneten damit, daß der Kaiser in seiner Ahnungslosigkeit seiner Mutter und seiner Großmutter Dinge anvertrauen könnte, die verschwiegen bleiben mußten. Am bezeichnendsten aber war, daß, als die deutsche Regierung 1910 durch Verrat in Kenntnis der geheimen Korrespondenz des russischen Botschafters in London, Grafen Benckendorff, kam, dem Kaiser die Tatsache und der Inhalt der Papiere verhehlt wurden. So wenig hatten die Gegner des Deutschen Reiches die „Geheimdiplomatie" des Kaisers ernstlich zu besorgen.

Im Verkehr war er, wie alle fremden Diplomaten bezeugen, gewinnend und anziehend; aber wenn er sich gehen ließ, verfiel er leicht

ins Burschikose, Banale, wodurch er das feinere Gefühl verletzte. Wie um das Gegengewicht zu halten, kehrte er bei feierlichen Gelegenheiten, oder wenn er sich in Stein oder Farben konterfeien ließ, die Majestät marktschreierisch hervor; eine Eigenschaft, die auf fast allen seinen Bildnissen hervorsticht. Der französische General Gallifet machte vor einem Porträt Wilhelms II. die Bemerkung, es sähe wie eine Kriegserklärung aus. Er hatte einen Hang zum Theatralischen, ohne aber ein Komödiant zu sein; denn er gab sich wirklich so wie er war, mit seinen Schwächen, besonders mit seiner Selbstbespiegelung. Er sonnte sich in den Strahlen seines Herrscheramtes, wie er auch mit seinen Kenntnissen und Fähigkeiten prunkte. Das war so unköniglich wie möglich, denn der echte Herrscher besitzt das Gefühl seiner Majestät, ohne sie durch den Purpurmantel hervorkehren zu müssen; er hält die Menschen im Zaum, ohne sie durch Äußerlichkeiten zu überglänzen. Wilhelm II. aber gab sich als Emporkömmling, noch dazu preußischen, berlinerischen Stils. An geistigen Gaben war er reicher als die meisten Herrscher seiner Zeit; wenn er sie wirken ließ, gewann er die Menschen, die sich aber abgestoßen fühlten, wenn er sie künstlich steigerte.

Will man sein Verhältnis zu den Männern der von uns geschilderten Zeit richtig erfassen, so darf man sich nur auf die vor dem Weltkriege niedergelegten Zeugnisse berufen. Die späteren sind fast durchwegs von leidenschaftlicher Parteilichkeit eingegeben, oft ein Zerrbild seiner Persönlichkeit. Überblickt man dagegen die Urteile der fremden Diplomaten über den Kaiser, sowohl die in ihren Depeschen, wie die in Büchern oder Zeitschriften niedergelegten, so tritt uns ein überwiegend günstiges Bild des Kaisers entgegen. Andrew White, Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, geht darin am weitesten; er urteilt über Wilhelm geradezu enthusiastisch. Und White war nichts weniger als ein Höfling; Beweis dessen das von ihm in düsteren Farben gemalte Bild Nikolaus' II. und des russischen Hofes, an dem er gleichfalls als Botschafter geweilt hatte. Er stellt den sittlichen Charakter Wilhelms in seinem 1906 erschienenen Buche so hoch wie seine Regentenfähigkeiten und schließt das Kapitel über ihn mit den begeisterten Worten: „Der junge Herrscher, der jetzt an der Spitze dieses Reiches steht, ist zwar ein selbständiger Charakter, aber doch ein Sohn seiner großen Vorfahren und ein Verehrer ihrer großen Vergangenheit; er ist ein tapferer Held und doch ein friedfertiger Fürst. Nie wird er das Schwert aus seiner gepanzerten Faust geben; aber nicht weniger ist er

friedlichen Eroberungen hold. Seine Füße stehen auf der Erde, aber sein Blick sucht die Ideale. Das ist Wilhelm II., der wohl einen neuen Namen zur Liste jener Männer fügen wird, die als Führer Deutschlands an der Vervollkommnung der Welt gearbeitet haben." Nicht weil dieser Lobgesang mit der Wirklichkeit übereinstimmt, sind die Worte hierhergesetzt, sondern als Merkzeichen, wie Wilhelm einen hochstehenden Mann von großen Verdiensten zu erobern verstand. Und ähnlich äußerte sich über ihn im Jahre vor dem Weltkriege der frühere kanadische Ministerpräsident, Sir Wilfried Laurier. der im kanadischen Unterhause am 27. Februar 1913 den Kaiser als einen Mann feierte, „wundervoll begabt durch Geist, Charakter und moralische Anlagen; sein mächtiger Einfluß war immer für den Frieden eingesetzt". Womöglich noch günstiger urteilte der Führer der Friedensbewegung in England, W. T. Stead, über des Kaisers Pläne und Regierungsmethode. Er sagte zu dem englischen Schriftsteller Harold Begbie, dieser habe Wilhelm in einem Aufsatze ganz falsch geschildert; „Mr. Stead versicherte mir, daß der Kaiser ihm selbst gesagt hatte, er seufze in seinem Innern über den Zustand seines Volkes, er bemühe sich bei jeder Gelegenheit, es zu den edlen Überlieferungen seiner mächtigen Vorfahren zurückzurufen, er schaudere bei dem Gedanken an Gott, dem er sicherlich eines Tages auf die Frage werde zu antworten haben: ‚Was habt ihr aus dem deutschen Volke gemacht?'" [1])

Man könnte nun sagen, diese Männer seien voreingenommen gewesen, hätten sich von Wilhelms Liebenswürdigkeit bestricken lassen. Aber die geschworenen Feinde Deutschlands, der Klüngel um Lord Northcliffe, machten — vor dem Kriege — halt vor der Person Kaiser Wilhelms. Der Korrespondent der Northcliffe-Blätter sprach sich 1911 „über die tiefe, persönliche Zuneigung aus, die den Kaiser mit Britannien und mit dem englischen Herzen verknüpfe... Es war sein Traum seit seiner Jugend, daß England und Deutschland Schulter an Schulter marschieren sollten". Und in dem Hauptblatte der englischen Imperialisten, also unter den Augen Northcliffes, war am 17. Oktober 1913 zu lesen: „Wir alle kennen den Kaiser als vollkommenen Gentleman, dessen Wort zuverlässiger ist als die Unterschrift mancher anderer, den als Gast zu begrüßen wir immer froh, den zu verlieren wir immer betrübt sind, als einen Herrscher, dessen

[1]) Harold Begbie, „The vindication of Great Britain", S. 123.

Ehrgeiz für sein eigenes Volk ebensoguten Grund hat wie unser eigener [1])."

Es hieße Wasser in den Ozean tragen, wollte man all die Zeugenaussagen über die friedlichen Absichten Wilhelms zusammenstellen; auch die französische offizielle Ansicht ist, daß er bis zum Herbst 1913 den Frieden aufrechtzuhalten und erst von diesem Zeitpunkte zum Losschlagen bereit war [2]). Auf den Umschlag der öffentlichen Meinung über den Kaiser nach 1914, besonders aber nach der Niederlage Deutschlands, ist kein Gewicht zu legen; mit einer in der Geschichte sonst kaum verzeichneten Erbärmlichkeit fielen jetzt alle Gegner über den Kaiser her und entwarfen von ihm das Bild eines nach Weltherrschaft und Krieg strebenden Tyrannen.

---

[1]) Die obigen Anführungen nach Begbie, S. 131. Von den vor 1914 im Ausland erschienenen Büchern verdienen erwähnt zu werden: Legge, „The public and private life of Kaiser Wilhelm II", 1905; Grand Carteret, „Le César allemand", 1909; P. Baudin, „L'empire allemand et l'empereur", 1912; S. Whitman, „German Memoirs", 1912. Das Gesamturteil über Wilhelm II. ist — bei starken Abweichungen im einzelnen — überwiegend günstig.

[2]) So nach dem französischen Gelbbuch.



Personen- und Sachregister







